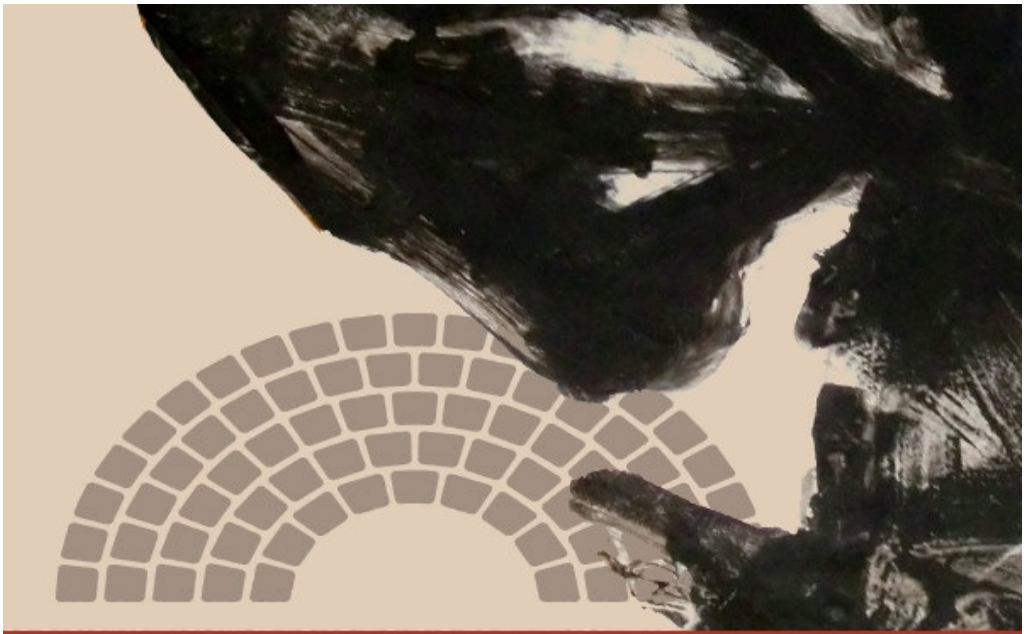


Tomasz Konicz

FASCHISMUS IM 21. JAHRHUNDERT

SKIZZEN DER DROHENDEN BARBAREI

TELEPOLIS

Inhaltsverzeichnis

Titel

Vorwort

1. Einleitung

2. Systemkrise und Neue Rechte

2.1 Der Terror der Ökonomie

2.2 Die Nation in der Krise

2.3 Politische Ökonomie des Krisennationalismus

2.4 Zur Wiederkehr der nationalistischen Ideologie

2.5 Willkommen in der Postdemokratie

2.6 Freihandel und Flüchtlinge

2.7 Neo: Aus liberal wird national

2.8 Kapital als Klimakiller

3. Die Mitte und ihr Extremismus

3.1 Spielend in die Apokalypse

3.2 Das Terrorspiel der Clowns

3.3 Sprache der Verdinglichung

3.4 Vom Aberglauben zum Wissenschaftsglauben

3.5 Schwarz-Braun macht mobil

3.6 Die Gunst der rechten Stunde

3.7 Die "Lügenpresse" und ihre Lügenfressen

3.8 "Absaufen!" - Pro und Contra

4. Querfront als rechte Einstiegsdroge

4.1 Putin unser, der du bist im Kreml

4.2 Die Sarrazin der Linkspartei

4.3 Querfront als Symptom

5. Das Geld im Hintergrund

5.1 Das Establishment hinter den Rechtspopulisten

5.2 AfD: Die Masken fallen

5.3 Goldene Geschäfte mit der Panik

6. Antisemitismus im 21. Jahrhundert

6.1 Der letzte Dammbruch

6.2 Der ewige Soros

6.3 Der "ewige Jude" hat Konjunktur

7. Islamismus und Faschismus

7.1 Von grünen und braunen Faschisten

7.2 Fluchtpunkt Amok

8. Neue Alte Rechte

8.1 Die Bewegung als Bewegung

8.2 Donald Trump und die Zeit des Borderliners

8.3 Abschied vom Menschenrechtsimperialismus?

8.4 "Ukraine über Alles!"

8.5 Polen: reaktionäre Politisierung

8.6 Österreich: Mit permanenten Tabubrüchen wird eine neue Normalität geschaffen

8.7 Vom Rechtspopulismus zum Rechtsterrorismus

8.8 AfD: Keiner kann mehr sagen, von alldem nichts gewusst zu haben

8.9 Eine ganz normale (Nazi-) Partei?

8.10 AfD: Die Partei für die weniger Intelligenten?

8.11 AfD: Nur ein stummer Schrei nach Liebe?

9. Barbarei im 21. Jahrhundert

9.1 Outsourcing der Barbarei

9.2 Klima für Extremismus

10. Maschinenkult und Menschenhass

10.1 KI und Kapital

11. Was tun gegen Faschismus im 21. Jahrhundert?

Epilog: So nah und doch so fern

Impressum

Vorwort

Wohin treiben die beständig nach rechts abdriftenden Gesellschaften in den Zentren des kapitalistischen Weltsystems? Mit jeder neuen Wahl scheint der Durchmarsch der Neuen Rechten unaufhaltsam voranzuschreiten. Die Verrohung des öffentlichen Diskurses, die zunehmende rechte Gewalt, die rasch voranschreitende Aushebelung bürgerlicher Grundrechte - sie lassen Erinnerungen an den Vorfaschismus der 30er Jahre aufkommen.

Für Tomasz Konicz ist dies kein Zufall. In den hier versammelten Beiträgen werden Parallelen zwischen dem Aufstieg des Faschismus im Europa der Zwischenkriegszeit und dem gegenwärtigen Durchmarsch der Neuen Rechten gezogen. Zentral ist hierbei der ökonomische Krisenprozess, der in Wechselwirkung mit dem politischen Aufstieg der extremen Rechten steht: von der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis zur gegenwärtigen, 2008 manifest gewordenen Systemkrise.

Faschismus soll hierbei als eine Extremform von Krisenideologie demaskiert werden, die in Krisenzeiten mittels Gewalt und Terror eine im Zerfall begriffene kapitalistische Gesellschaftsformation aufrechtzuerhalten versucht – und diese in die Barbarei treibt. Die barbarische Gefahr komme hierbei aus der Mitte der Gesellschaft,

weshalb den Begriffen des Extremismus der Mitte und der konformistischen Rebellion breiter Raum bei der Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten eingeräumt wird. Der Prozess des Ins-Extrem-Treibens der Mitte wird nicht nur anhand der AfD nachgezeichnet, sondern auch beim neoliberalen "Mainstream", der als Brutstätte der Neuen Rechten fungiert.

Tomasz Konicz, geb. 1973, arbeitet als Publizist und freier Journalist mit den Schwerpunktthemen Krisenanalyse und Ideologiekritik.

1. Einleitung

»Ich bin in der Tat heute der Meinung, dass das Böse immer nur extrem ist, aber niemals radikal, es hat keine Tiefe, auch keine Dämonie. Es kann die ganze Welt verwüsten, gerade weil es wie ein Pilz an der Oberfläche weiterwuchert. Tief aber, und radikal ist immer nur das Gute.«

Hannah Arendt

Der Spätsommer 2018 dürfte als die Zeitperiode in die bundesdeutsche Zeitgeschichte eingehen, in der die Neue Deutsche Rechte ihre demokratische Fassade endgültig fallen ließ. Unter Instrumentalisierung eines durch Flüchtlinge begangenen Totschlags tobte Ende August ein brauner Mob durch die Straßen der sächsischen Stadt Chemnitz, der - weitgehend unbehelligt vor der überforderten Polizei - Jagd auf Migranten und all jene Menschen machte, die nicht ins faschistische Weltbild passen.

Der offene Straßenterror, an dem sich bis zu 8000 Faschisten und deren Sympathisanten aus der "Mitte" der Gesellschaft beteiligten, machte schlagartig die wachsende Akzeptanz rechtsextremistischer Ideologie und Praxis in breiten Teilen der deutschen Bevölkerung offensichtlich. Die massenmediale Fassade von den irregeleiteten "besorgten Bürgern", die jahrelang um die Neue Deutsche Rechte vom Medienbetrieb und Politik aufgebaut wurde, ist nach dem

Exzess von Chemnitz nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Diese faschistische Wende wurde von der AfD bewusst forciert, die den rechten Straßenterror von Chemnitz umgehend rechtfertigte. Der AfD-Führer Alexander Gauland erklärte, bei den pogromartigen Ausschreitungen handelte es sich um "Selbstverteidigung". Es sei normal, dass nach einer solchen Tötungstat die Menschen "ausrasten". Dabei war der Vorsitzende der AfD mit dieser Einschätzung beileibe nicht allein. Umfragen, die kurz nach den Ausschreitungen durchgeführt wurden, legten eine wachsende Akzeptanz faschistischer Gewalt in der Bundesrepublik offen: Nur 62 Prozent der befragten Ostdeutschen konnten sich dazu durchringen, die Ausschreitungen zu verurteilen, im Westen waren es 72 Prozent.

Das Pogrom, der militante Rechtsextremismus - sie drohen, nach Chemnitz im Rahmen der Rechtsdrift der bundesrepublikanischen Gesellschaft zur neuen deutschen Normalität zu gerinnen. Gerade die bürgerliche "Mitte" scheint besonders anfällig zu sein für den rechtsextremen Exzess. Ganz "normale Bürger" spendeten den durch Chemnitz marodierenden Nazis Applaus, während die Polizei den Rechten de facto die Stadt überließ, wie Spiegel-Online titelte. Eine der Bürgerinnen in Chemnitz, die mit den Nazis marschierte und dabei beteuerte, kein Nazi zu sein, machte gegenüber Spiegel-Online in entwaffnender Offenheit klar, was die Anziehungskraft

faschistischer Bewegungen ausmacht. Auf die Nachfrage des Reporters, wieso ihre Klage über die soziale Spaltung des Landes nicht zu einem Engagement für "Umverteilung" führe, sondern sich im Hass auf Ausländer und Flüchtlinge entlade, antwortete die kurz vor ihrer (mageren) Verrentung stehende Bestatterin: "Weil man ja gegen irgendwen sein muss, und mit denen ist es einfach." Es ist einfach, Faschist zu sein.

Es ist der alte Untertanencharakter, der auch im 21. Jahrhundert dem Faschismus Auftrieb verschafft. Unzufriedenheit und Ängste, die angesichts zunehmender Krisentendenzen gerade in der Mitte der kapitalistischen Gesellschaften aufkommen, führen nicht zur Opposition oder zur kritischen Reflexion, sondern zu einer manischen Suche nach sozial schwachen Sündenböcken. Es ist so einfach, sich dem Wahn zu ergeben. Und es ist oftmals auch dem Faschisten klar, dass keine kausale Beziehung besteht zwischen den beklagten sozialen Verwerfungen - wie der obszönen Schere zwischen Arm und Reich in der Bundesrepublik - und den hierfür verantwortlich gemachten, zumeist ohnehin marginalisierten Bevölkerungsgruppen, wie den Flüchtlingen.

Der Begriff der **konformistischen Rebellion** ist somit unabdingbar, um den Aufstieg des Faschismus in Krisenzeiten zu erhellen. Der zunehmende Druck, die zunehmenden Abstiegsängste, denen nahezu alle Gesellschaftsschichten

ausgesetzt sind (Siehe Kapitel 2.1), sie erhalten in dem Hass auf Krisenopfer ihr irrationales Ventil. Ohne die Gefahren einer echten Revolte einzugehen, die sich immer gegen mächtige soziale Gruppen und bestehende Machtstrukturen richtet, kann der Faschist sich in die absurde Pose des konformistischen Rebellen werfen, in der er sich einerseits im Kampf gegen mächtige Verschwörungen wähnt, doch eigentlich nur das tut oder sagt, was alle, die von ihm imaginierte große schweigende Mehrheit, heimlich wollten. Die Hetze und das Pogrom gegen sozial schwache Minderheiten wandelt sich in der faschistischen Ideologie folglich zum Kampf gegen mächtige, im Verborgenen agierende Gegner.

Ein Schwerpunkt der vorliegenden Textsammlung liegt gerade auf der umfassenden Darstellung der Genese und der Verlaufsform des Ins-Extrem-Treibens dieser konformistischen Rebellion des Faschismus im 21. Jahrhundert. Dabei reifte die totalitäre Gefahr nicht an den "Rändern", sondern gerade in der Mitte der spätkapitalistischen Gesellschaften heran. Die im 3. Kapitel zusammengestellten Texte ("Die Mitte und ihr Extremismus") fassen diese Tendenzen unter dem Begriff des **Extremismus der Mitte** zusammen.

Die Kernthese, an der sich dieses Kapitel orientiert, interpretiert den Faschismus als die politische Kraft, die das latent gegebene, barbarische Potenzial kapitalistischer Vergesellschaftung in

Krisenzeiten manifest werden lässt. Die Wechselwirkung zwischen autoritären Tendenzen im Vorfaschismus und der Kulturindustrie, der instrumentellen Rationalität, den Massenmedien und der "bürgerlichen" Politik soll in diesem Kapitel beleuchtet werden. Hierdurch soll eine zentrale Fragestellung erhellt werden: Wieso befindet sich in nahezu allen Industriegesellschaften in Krisenzeiten gerade die extreme Rechte im Aufschwung?

Die Ursachen des Aufstiegs der Neuen Rechten müssen somit in dem **systemischen Krisenprozess** verortet werden, in dem das spätkapitalistische Weltsystem sich befindet. Dieser wird in Kapitel 2 diskutiert ("Systemkrise und Neue Rechte"), wobei der Schwerpunkt der Textsammlung auf dem Spannungsverhältnis zwischen Neoliberaler Globalisierung und den zunehmenden neonationalistischen Bestrebungen, wie dem Trumpschen Protektionismus, liegen wird. Die Krisenschübe, die maßgeblich zu Formierung der Neuen Rechten in Europa und Deutschland beitrugen, sind auch im öffentlichen Bewusstsein noch präsent: Es waren Eurokrise und die kurz darauf einsetzenden Flüchtlingskrise, die rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Bewegungen in vielen Ländern Europas zum Auftrieb verhalfen. Es gilt, in diesem 2. Kapitel den inneren, systemischen Zusammenhang zwischen diesen disparat scheinenden Krisenphänomenen herauszuarbeiten. Angesichts der sich entfaltenden Klimakrise und der damit

einhergehenden Flüchtlingsströme soll im Kapitel 2.8 überdies der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wachstumszwang und der daraus folgenden irrationalen Ressourcenverbrennung dargelegt werden. Die Kernthese lauter hierbei: Die Wirtschafts- und die Klimakrise bilden nur zwei Seiten desselben Krisenprozesses.

Diese ökonomische wie ökologische Krisenentfaltung soll dabei als ein historischer Prozess dargelegt werden, angetrieben durch die inneren Widersprüche, die der kapitalistischen Produktionsweise innewohnen. Der aufkommende Faschismus und Neo-Nationalismus sind dabei politischer Ausfluss eines drohenden Umbruchs zwischen zwei historischen Krisenphasen: von der krisenhaften neoliberalen Globalisierung zum Protektionismus und Neonationalismus. Die Neue Rechte betreibt somit eine Ideologisierung der reell drohenden Krisenverschärfung. Die Parallelen zu der Krisenperiode der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts, als die Weltwirtschaftskrise von 1929 dem deutschen Nationalsozialismus den Weg ebnete, sollen so erkennbar werden.

Das Geraune vom "Untergang" Deutschlands oder gleich des Abendlandes, das abermals in der deutschen Rechten aufkommt, muss somit als Ideologie begriffen werden: als eine verzerrte, der Legitimierung faschistischer Bewegungen dienende Wahrnehmung der krisenhaften Realität. Die Rechte hat dem neoliberalen

Mainstream diese dumpfe, quasi unbewusste Wahrnehmung des Krisenprozesses voraus. Die Angst, die angesichts des unverstandenen Krisenprozesses aufkommt und die bekannten Abschottungstendenzen befördert ("Grenzen dicht!"), wird von der Rechten in Hass transformiert. Es ist notwendig, diesen unbewusst erahnten Krisenprozess der bewussten, kritischen Reflexion zuzuführen - dies gerade in scharfer Abgrenzung zum irrationalen Wahn und Hass der Neuen Rechten.

Der Hass richtet sich immer gegen Personengruppen oder Bevölkerungssichten. Die Rechte betreibt somit eine **Personifizierung der Krisenursachen**, die als Folge des bösartigen oder schädlichen Treibens einer Personengruppe imaginiert werden. Somit geht die rechte Jagd nach "Sündenböcken" mit einer impliziten **Naturalisierung des Kapitalismus** einher, dessen innere, den historischen Krisenprozess antreibende Widersprüchen nicht wahrgenommen werden. Neben den bekannten Sündenböcken wie Südländern, Türken, Griechen, Sozialschmarotzern, Russen, Amerikanern oder Arabern, die als Personifizierungen der Krisenfolgen fungierten, spielt der latente Antisemitismus als Personifizierung der Krisenursachen eine zentrale Rolle in der rechten Ideologie aller Schattierungen. Dies wird etwa am Soros-Wahn offensichtlich, dem weite Teile der neuen Rechten verfallen sind. Bei der ideologischen

Verarbeitung des Krisenprozesses greifen folglich nicht nur ungarische oder polnische Rechtsextremisten zunehmend auf Elemente des Antisemitismus zurück, wie sie in Kapitel 6 in ihren Wandlungen im 21. Jahrhundert dargelegt werden.

Eine **Definition des Faschismus** scheint nun - unter Verwendung der Begriffe des Extremismus der Mitte und des der opportunistischen Rebellion bzw. konformistischen Rebellion - möglich. Der historische Faschismus samt des deutschen Nationalsozialismus fungiert, ebenso wie die gegenwärtigen Bewegungen der "Neuen Rechten", als extremistische Krisenideologie, die auf eine terroristische und letztendlich eliminatorische Praxis zutreibt. Faschismus - ob nun der deutsche Nationalsozialismus, Francos katholischer Faschismus in Spanien oder die faschistische Diktatur Pinochets in Chile - ist eine **offen terroristische Krisenform kapitalistischer Herrschaft**. Rechtsextreme und faschistische Tendenzen gewinnen immer dann an Dynamik, wenn die bürgerlich-liberale kapitalistische Gesellschaft in eine ökonomische oder politische Krise gerät, die das Fortbestehen des Gesamtsystems gefährdet oder auch nur zu gefährden scheint (Weltwirtschaftskrise 1929, Sieg der Volksfront 1936 in Spanien oder Allendes Wahlerfolg 1970 in Chile, manifeste Systemkrise des Weltsystems ab 2008).

Bei dieser Krisenideologie in all ihren Schattierungen - von der

deutschen AfD oder der Schweizer SVP über den französischen FN bis zum ungarischen Jobbik und zur Goldenen Morgenröte Griechenlands - handelt es sich somit die besagte "konformistische Rebellion", in denen nicht etwa die Überwindung des bestehenden Systems propagiert wird, sondern dessen extremistische Zuspitzung und Verhärtung. Die Krise des Kapitalismus soll mittels einer terroristischen Entgrenzung des Kapitalismus - der für diese Gesellschaftsformation konstitutiven destruktiven Vergesellschaftungsformen - überwunden werden.

Die rechte "opportunistische Rebellion" bringt somit den besagten "Extremismus der Mitte" hervor. Ganz "normale Bürger" - wie am eingangs erläuterten Beispiel aus Chemnitz dargelegt - verfallen dem irrationalen faschistischen Wahn. Nicht das emanzipatorische Bemühen, das Bestehende zu überwinden, führt in die Barbarei, sondern der krampfhafte, ins Extrem treibende Versuch, am kollabierenden Bestehenden festzuhalten. Im 8. Kapitel, "Neue Alte Rechte", wird gerade dieser Prozess des "Ins-Extrem-Treibes" rechter Bewegungen am Beispiel der ehemaligen "Professorenpartei" AfD, des Rechtspopulisten Trump, der Österreichischen Rechtspopulisten und polnischer und ukrainischer Rechtsbewegungen skizziert.

Der Begriff des Extremismus kann die Grundlagen dieser Krisenideologie - die im Bestehenden und scheinbar "Alltäglichen"

wurzelt - aber nur dann erhellen, wenn er ernst genommen und nicht nur als eine rein formale Begriffshülse verwendet wird, mit der in totalitarismustheoretischer Diktion Kräfte an den Rändern des politischen Spektrums belegt werden. Stattdessen gilt es, die Grundzüge der weltanschaulichen Wahnsysteme des europäischen Rechtspopulismus nachzuzeichnen, um so die Kontinuität zwischen neoliberaler und rechtspopulistischer sowie rechtsextremistischer Ideologie aufzuzeigen. Was konkret wird von der Rechten ins Extrem getrieben? Erst bei dieser Auseinandersetzung mit dem konkreten Inhalt der neurechten Ideologie - sowie deren Verwurzelung im Mainstream der spätbürgerlichen Gesellschaften - wird der besagte Begriff des "Extremismus der Mitte" voll verständlich.

Die Neue Rechte greift auf Anschauungen, Wertvorstellungen und ideologische Versatzstücke zurück, die im Mainstream der betroffenen Gesellschaften herrschen. Dies war auch bei der "alten Rechten" während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre der Fall, als der damals dominante völkische Nationalismus ins eliminatorische Extrem getrieben wurde. Dieser Prozess des "Ins-Extrem-Treibens" der Mitte wirkt auch in den verwüsteten, islamisch geprägten Gesellschaften der Peripherie, die den militanten Islamismus als dominante postmoderne Form der Krisenideologie hervorbringen. Im 7. Kapitel, **"Islamismus und**

Faschismus", sollen folglich europäischer Faschismus und Islamismus als wesensverwandte, potenziell eliminatorische Ideologien dargelegt werden - die sich oft genug bei Auseinandersetzungen wechselseitig hochschaukeln.

Der Faschismus weist eine Eigendynamik auf, er ist nicht einfach nur ein "Betrugsprojekt", das von reichen Eilten, von Kapitalisten, Bankiers oder Ölscheichs, wie im Fall des "Islamischen Staates", finanziert wird. Eine Zielsetzung dieser Textsammlung besteht gerade darin, die Genese des **Faschismus als eine genuine Massenbewegung** nachzuzeichnen, die quasi "naturwüchsig" in Reaktion auf Krisenschübe an Breite gewinnt - und erst dann, in zunehmendem Ausmaß, das Interesse der Funktionseliten im Kapitalismus weckt. An die Macht gelangen die konformistischen Rebellionen aber nur dann, wenn sie auf die Unterstützung zumindest eines Teils der Funktionseliten der betreffenden Gesellschaft zählen können. Diese widersprüchliche Beziehung zwischen reaktionären Milliardären, den alten neoliberalen Eliten und den neuen neonationalistischen Populisten und Bewegungen wird in Kapitel 5, "Das Geld im Hintergrund", sowie im Text 2.7, "Neo: Aus liberal wird national" thematisiert. Faschismus ist eine Krisenform der letztendlich subjektlosen kapitalistischen Herrschaft, er ist nicht deren Optimum - in der Regel sind es folglich die reaktionärsten Teile der Funktionseliten aus Wirtschaft,

Politik und Staat, die faschistische Bewegungen zuerst fördern.

Den spezifisch deutschen Tendenzen zur Ausbildung einer **Querfront** zwischen rechten und linken Kräften ist wiederum Kapitel 4 gewidmet. Diese Überlegungen und Strategien, die formell darauf abzielen, der Neuen Rechten die Anhängerschaft dadurch streitig zu machen, dass die Linke die Rhetorik und die Forderungen der Rechten teilweise übernimmt und/oder sich daran anpasst, werden einer eingehenden Kritik unterzogen - gerade weil sie eine effektive Bekämpfung faschistischer Tendenzen in der Bundesrepublik hintertreiben.

Nicht nur der Faschismus, auch der **Kapitalismus** soll hier als eine **historische Formation**, als ein dynamisches Weltsystem vermittelt werden, das von seinen eigenen, inneren Widersprüchen in eine destruktive, weltverheerende Expansionsbewegung getrieben wird. Der Kapitalismus hat einen historischen Anfang, eine Durchsetzungsphase in der ursprünglichen Akkumulation vor rund 300 Jahren - und er wird zwangsläufig ein historisches Ende finden. Entgegen den Tendenzen zur Verdinglichung gesellschaftlicher Prozesse und der korrespondierenden Identitäten, soll somit die Wahrnehmung von sozialen Prozessen und Widersprüchen gefördert werden, anstatt die Gesellschaft und den Menschen als einen verdinglichten Ist-Zustand zu imaginieren.

Wohin bewegt sich das Ganze des Weltsystems, angetrieben von der blindwütigen Dynamik der eskalierenden innerkapitalistischen Widersprüche? Dieser Frage wird in den Kapiteln 9 und 10 nachgegangen, die den Blick werfen auf die sich bereits jetzt in Gestalt des globalen Abschottungssystems andeutende Barbarei, sowie dessen drohende genozidale Verhärtung im Gefolge der sich entfaltenden Klimakrise (Kapitel 9). Die in Kapitel 10 forcierte Auseinandersetzung mit dem KI-Kult des Transhumanismus soll wiederum Bestrebungen innerhalb der IT-Eliten kritisieren, mittels einer Maschinenreligion die Menschheit zu einem veralteten "Auslaufmodell" zu deklarieren.

Die Darstellung des Kapitalismus als einen offenen historischen Prozess zunehmender Widerspruchsentfaltung soll wiederum in der Zusammenfassung (Kapitel 11) Eingang finden werden, um - ausgehend von diesem Befund - konkrete **Strategien antifaschistischer Praxis** zur Diskussion zu stellen. In Frontstellung zum aufschäumenden Extremismus der Mitte der Neuen Rechten ist dieses abschließende Kapitel von der Intention getragen, einen radikale strategische Orientierung bei diesem ergebnisoffenen zivilisatorischen Überlebenskampf zu formulieren. Radikal im besten Sinne des Wortes: als das Bemühen, die Problemstellung an ihrer Wurzel zufassen und eine entsprechende transformatorische Praxis zu entwickeln, die der Tiefe der sich

entfaltenden Krisendynamik gerecht wird. Kernthese: Der Faschismus bezieht seine Dynamik aus dem Krisenprozess. Eine breite Bündnisbildung muss - allen Widersprüchen und Widerständen zum Trotz - mit der offensiven Thematisierung des Krisenprozesses einhergehen, der den Faschismus des 21. Jahrhunderts letztendlich Auftrieb verschafft.

Die vorliegende Textsammlung kann selbstverständlich nicht den Anspruch erheben, eine Gesamtdarstellung des Faschismus im 21. Jahrhundert oder gar des Krisenprozesses zu leisten. Es handelt sich bei den hier zusammengefassten Texten eher um Skizzen einzelner Elemente und Momente der faschistischen Dynamik, die in den Zentren des kapitalistischen Weltsystems um sich greifen - die aber in ihrer Gesamtschau dem Leser durchaus ein skizzenhaftes Gesamtbild der drohenden faschistischen Barbarei im 21. Jahrhundert vermitteln dürften.

Die einzelnen Texte mussten - mitunter recht umfangreich - modifiziert werden, um etliche Redundanzen zu beseitigen und die tagesaktuellen Bezüge so umzuformulieren, dass die Texte auch im größeren zeitlichen Abstand noch korrekt zeitgeschichtlich vom Leser eingeordnet werden können. Hierbei wurde durchaus ein Balanceakt unternommen, bei dem die intendierte Wirkung von Wiederholungen, die bestimmte Kernelemente der Argumentation beim Leser verfestigen, gegen die negative Wirkung von

Redundanzen abgewogen werden musste. Selektives Lesen soll durch knappe thematische Verweise anstelle jener gestrichenen Passagen ermöglicht werden, bei denen es für das Gesamtverständnis des Textes erforderlich schien.

Das theoretische Fundament dieser Textsammlung bildet die Weiterentwicklung Marxscher Theorie durch die Wertkritik, wie sie maßgeblich vom Philosophen und Krisentheoretiker Robert Kurz und der Theoriegruppe Exit auf der Höhe des 21. Jahrhunderts geleistet wurde.

Ich danke Thomas Meyer vom Exit-Zusammenhang für die Unterstützung bei der Anfertigung dieser Textsammlung.

Hannover, im August 2018

2. Systemkrise und Neue Rechte

2.1 Der Terror der Ökonomie

Es ist einer der folgenschwersten Fehler der orthodoxen linken bzw. marxistischen Faschismusanalyse, diesen als Folge einer bloßen Verschwörung der reaktionärsten Teile der herrschenden kapitalistischen Klasse darzustellen, die das "Volk" verführt habe. Faschismus ist eine genuine Massenbewegung, die tatsächlich in Krisenzeiten an breiter Attraktivität in der Bevölkerung gewinnt und eine echte Eigendynamik entwickelt.

Der Faschismus scheint einen Ausweg zu bieten für die bedrängten Massen, die ihm quasi naturwüchsig zuneigen. Die sich zuspitzenden inneren Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung, der zunehmende Druck, der auf den Marktsubjekten lastet - er findet in faschistischer Ideologie und Praxis ein systemimmanentes, barbarisches Ventil. Der sich in Hass wandelnde Druck, der dem Faschismus Auftrieb und Legitimation verschafft, kommt aus der Mitte der kapitalistischen Gesellschaft, nicht aus deren "Rändern". Charakteristisch für den Vorfaschismus ist gerade die faschistische Transformation der Mitte, die plötzlich empfänglich wird für Ansichten und Obsessionen, die zuvor noch

als extremistisch galten.

Was befindet sich nun in der "Mitte" der spätkapitalistischen Arbeitsgesellschaften? Die zentrale Triebkraft des Aufstiegs der Neuen Rechten soll im Folgenden in der Gesellschaftssphäre verorten werden, die wie keine andere im Spätkapitalismus ideologisch überhöht wird: in der Sphäre der Ökonomie mit ihren inneren, sich zuspitzenden Widersprüchen. Um den Faschismus eben als echtes Massenphänomen erklären zu können, muss der Fokus der Betrachtung auf die Tätigkeitsform der Massen innerhalb der Ökonomie gelegt werden, auf die individuelle wie gesamtgesellschaftliche Reproduktion mittels Lohnarbeit.

Dass der herrschenden Ideologie die Lohnarbeit immer noch - trotz der zunehmenden Diskussion um die Krise der Arbeitsgesellschaft - als eine unantastbare Konstante menschlicher Existenz gilt, machte gerade die Debatte um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens deutlich, die in den vergangenen Jahren auch in der Bundesrepublik geführt wurde. Zahlreiche gesellschaftliche Akteure sprachen sich vehement gegen die Idee der Entkopplung von Arbeit und Reproduktion aus, die angesichts rasch voranschreitender Automatisierungs- und Rationalisierungstendenzen in der Ökonomie an Anziehungskraft gewinnt.

Der DGB stellte sich beispielsweise im April 2018 gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen, als öffentlich Alternativen zu den Hartz-IV-Arbeitsgesetzen diskutiert wurden. Er halte von solcherlei Ideen "gar nichts", erklärte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann gegenüber Medienvertretern: "Arbeit strukturiert Alltag, Arbeit bringt Identifikation, Kommunikation der Menschen." Der Chef der IG-Metall, Jörg Hofmann, erklärte in einem Zeitungsinterview, die Menschen in Deutschland würden "nicht glücklich, wenn sie daheim sitzen und alimentiert werden", sie wollten arbeiten, "und zwar möglichst qualifiziert". Ende 2017 hatte Münchens Erzbischof Kardinal Reinhard Marx ein flammendes Plädoyer für die Lohnarbeit gehalten, die nach Ansicht des katholischen Würdenträgers nicht bloß "irgendwas" sei: "Es gehört zur Grundkonstitution des Menschseins, dass ich für mich und meine Familie etwas schaffe, das von Wert ist." Die Einführung eines Grundeinkommens, das dazu führen würde, dass Menschen sich "nicht gebraucht" fühlten, sei "demokratiegefährdend", so Kardinal Marx.

Die innige Liebe zur harten, "ehrlichen" Lohnarbeit, die insbesondere unter den hoch bezahlten Funktionseliten der Bundesrepublik grassiert, bringen aber immer wieder Vertreter der "Arbeitgeber" am besten auf den Punkt. "Arbeit hält gesund" - auf diesen Nenner brachte die Bild-Zeitung im September 2012 die

Ausführungen des damaligen Präsidenten der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), Dieter Hundt. Dieser hat in einem Gespräch mit dem Boulevardblatt behauptet, dass Lohnarbeit unter keinen Umständen psychisch krank machen könne. "Im Gegenteil: Berufstätigkeit schafft Selbstbestätigung und Anerkennung. Sie ist damit eine wichtige Basis für die psychische Gesundheit", so Hundt. Wenn Lohnabhängige dennoch psychisch erkrankten, dann seien sie selbst daran schuld, führte der BDA-Chef weiter aus: "Die wesentlichen Ursachen liegen dabei in genetischen (!) und entwicklungsbedingten Faktoren, im familiären Umfeld, im Lebensstil und im Freizeitverhalten."

Kranke Arbeitsgesellschaft

Dabei wandte sich Hundt mit dieser Intervention gegen eine Fülle von Studien und Berichten, die genau das bestätigen, was der Arbeitgeberpräsident so vehement verneint: Arbeit macht krank. Um 120 Prozent sei die Zahl der psychischen Erkrankungen unter Deutschlands "Arbeitnehmern" seit 1994 angestiegen, meldete etwa das Wissenschaftliche Institut der AOK (WidO) im August 2012.

Aufgrund dieser Zunahme seelischen Leidens an den spätkapitalistischen Zuständen sind der AOK allein 2011 Kosten in Höhe von 9,5 Milliarden Euro entstanden sein. Diese

Behandlungskosten seien binnen eines Jahres um eine Milliarde Euro angestiegen, lamentierte AOK-Vorstand Uwe Deh. Im Jahr 2011 befanden sich 130.000 Menschen allein wegen des Burnout-Syndroms in Behandlung, wobei hier die größten Steigerungsraten zu verbuchen waren: Zwischen 2004 und 2011 sind die auf Burnout zurückgeführten Krankheitstage um das Elffache auf 2,7 Millionen angestiegen.

Dennoch sollten laut der Bundespsychotherapeutenkammer (BptK) 2011 die Depressionen zu der mit Abstand häufigsten psychischen Erkrankung gehört haben, die 73 Fehltage pro 100 Versicherten verursachte. Der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK) zufolge sind die psychischen Erkrankungen 2011 in etlichen Regionen sogar erstmals auf den "dritten Rang bei den Fehlzeiten" vorgerückt. Knapp 14 Prozent aller Ausfalltage der Versicherten der DAK sind auf Depressionen oder Angstzustände zurückgeführt worden, die allein 2011 um zehn Prozent zugenommen hätten. "Die psychischen Erkrankungen arbeiten sich nach vorne", kommentierte 2012 Bärbel Löhnert von der klientenzentrierten Problemberatung in Dachau gegenüber der Süddeutschen Zeitung. Vor wenigen Jahren seien diese Krankheitsbilder in den Statistiken noch "weit hinten" anzutreffen gewesen.

Neuere Zahlen zeigen eindeutig, dass der Trend zu Burnout und Depression in Deutschland - der nicht zufällig mit der Durchsetzung

der Hartz-IV-Arbeitsgesetze so richtig in Schwung kam - weiterhin ungebrochen ist. Die DAK-Gesundheit meldete etwa für 2016 einen neuen Höchststand bei den Fehltagen ihrer Versicherten, die durch psychische Erkrankungen ausgelöst wurden. Die Krankenkasse zählte 246 Ausfalltage je 100 Versicherte, wobei Frauen weitaus häufiger betroffen waren als Männer. Damit habe sich die Zahl der Fehltage binnen der letzten zwei Dekaden "mehr als verdreifacht". Auch die Kaufmännische Krankenkasse (KKH) meldete für das Jahr 2016 einen "drastischen Anstieg" des Burnout-Syndroms unter ihren Versicherten, von denen 26.000 betroffen waren. Innerhalb eines Jahrzehnts sei die Zahl der Burnout-Fälle um 134 Prozent angestiegen, wobei die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen überdurchschnittlich stark betroffen sei: Hier wurde ein Anstieg von 150 Prozent konstatiert. Insgesamt habe die Zahl der Fehltage aufgrund psychischer Leiden in Deutschland binnen zwei Dekaden mehr als verdreifacht, meldete 2017 der Tagesspiegel unter Berufung auf Analysen der Krankenkasse DAK-Gesundheit.

Nicht nur die Burnout-Republik Deutschland ist hiervon betroffen. Auch in der "Wohlstandsinsel" Schweiz brennen Lohnabhängige aufgrund des ansteigenden Leistungsdrucks immer öfter aus, wie es aus Zahlen der Krankenversicherung Swica im April 2918 ersichtlich wurde. Demnach haben die Arbeitsausfälle aufgrund psychischer Erkrankungen innerhalb der Swica-Versicherten

innerhalb von fünf Jahren um 35 Prozent zugenommen. Viele Lohnabhängige kämen "mit dem steigenden Arbeitsdruck nicht mehr klar", kommentierte Adrian Wüthrich, Präsident des Gewerkschaftsdachverbands Travailsuisse, den Anstieg. Pierre Vallon, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, pflichtete dem bei: "Die Angestellten sind immer stärker unter Druck, müssen permanent Top-Leistungen erbringen und Überstunden leisten."

Für viele Lohnabhängige wird dieser Druck immer öfter schlicht unerträglich. Nicht nur in ökonomisch verheerenden Krisenländern wie Griechenland, die durch das deutsche Krisendiktat in den sozioökonomischen Kollaps getrieben wurden, klettert die Selbstmordrate auf immer neue Höchststände. Auch in den USA, die sich - nach der Wirtschaftskrise von 2008/09 - eigentlich in einem langjährigen Wirtschaftsaufschwung befinden, steigt die Suizidrate immer weiter an. 2016 haben sich 45.000 US-Bürger das Leben genommen, was einen Anstieg von 28 Prozent gegenüber dem Jahr 1999 gleichkommt. Ein Faktor, der zu diesem steilen Anstieg beigetragen habe, seien die Folgen der "großen Rezession", die vor zehn Jahren die USA heimsuchte, erklärten Soziologen gegenüber der Washington Post.

Der mitunter letale Druck nimmt immer weiter zu - in der gesamten kapitalistischen "Arbeitsgesellschaft". Folglich sind nicht

nur die klassischen Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Funktionsträger im mittleren Management von dieser Zunahme psychischer Erkrankungen betroffen, so das Ergebnis Studie des Instituts für angewandte Innovationsforschung (IAI) der Ruhr-Universität-Bochum. Jeder vierte deutsche Manager sei burnoutgefährdet, auch das Risiko, einen Herzinfarkt zu bekommen, sei in dieser Gruppe deutlich höher. Thomas Kley, einer der Studienautoren, erklärte gegenüber Medienvertretern: "Vor allem Führungskräfte aus dem mittleren Management haben ein deutlich höheres Risiko, einer vitalen Erschöpfung zu erliegen. Sie sind die sogenannten Umsetzer in den Unternehmen, sie müssen Zusatzarbeit stemmen und Schwierigkeiten beseitigen. Aber auch die nächsttiefere Hierarchieebene - die passiv Betroffenen - kämpfen am Limit." Auch eine ähnliche Studie der SRH Hochschule Heidelberg kam 2015 zum gleichen Ergebnis: "Deutschlands Chefs haben ein größeres Risiko, psychisch krank zu werden als Otto-Normal-Bürger."

Und es herrscht mittlerweile weitgehende Einigkeit darüber, dass es die - krisenbedingte - Verschärfung und Entgrenzung des Arbeitslebens ist, die zu dieser Konjunktur psychischer Deformationen bei immer mehr Lohnabhängigen wie Funktionsträgern der Kapitalverwertung führt. Die "Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben" würden für Millionen von

Lohnabhängigen immer stärker verschwimmen, beklagte beispielsweise die AOK schon 2012, sodass die Betroffenen in einem Zustand ständiger Arbeitsbereitschaft verharren und kaum noch abschalten könnten.

Der DGB berichtete wiederum, dass nahezu 70 Prozent seiner Mitglieder mit Wochenendarbeit konfrontiert seien: "35 Prozent arbeiten demnach regelmäßig, 33 Prozent ab und zu an Samstagen und Sonntagen." Hierbei handele es sich um eine "Zunahme um rund zwei Drittel innerhalb von zwei Jahrzehnten". Hinzu kommt die Intensivierung der Ausbeutung der "Ware Arbeitskraft", die durch eine Prekarisierung des Arbeitslebens und durch eine Verinnerlichung der Kapitalimperative erreicht wird. Frecherweise gilt ausgerechnet das als "gelebte Freiheit". Rund ein Drittel aller Lohnabhängigen kann inzwischen die Arbeitszeit "selbst bestimmen", meldete die AOK. Da diese "Selbstbestimmung" in der Krisenkonkurrenz zu anderen Lohnabhängigen geschieht, wächst das Arbeitspensum aller Betroffenen bis ins Unerträgliche an.

Die "Arbeitnehmer" arbeiteten deswegen "aus sich selbst heraus deutlich über ihre Leistungsgrenzen hinaus", konstatierte Antje Ducki, eine Mitherausgeberin des AOK-Reports. Es fände eine enorme Identifikation der Betroffenen "mit ihrer Arbeit und ihren jeweiligen Projekten" statt. Zudem habe sich längst der "Selbstständige Freelancer" als ein "Prototyp" des Berufslebens

durchgesetzt. Somit erweist sich die "Marktfreiheit" mal wieder als der sicherste Weg, die lohnabhängigen Monaden bis weit über die Grenzen ihrer psychischen Belastungsfähigkeit gegeneinander zu hetzen.

Diese beständige Intensivierung der Krisenkonkurrenz äußert sich wiederum in einer Zunahme des Mobbings, der Schikanen und des Psychoterrors am Arbeitsplatz. Bei einer 2008 durchgeführten Umfrage gaben zwölf Prozent der befragten Angestellten an, schon mal selbst Opfer einer Mobbing-Attacke gewesen zu sein. Zeuge eines Mobbings an Kollegen war rund ein Drittel der Umfrageteilnehmer. Rund zehn Jahre Später, im März 2018, berichteten rund 30 Prozent der Teilnehmer österreichischen einer Mobbingstudie von entsprechenden Erfahrungen, rund zwei Drittel der Befragten gab an, Zeuge von Mobbingattacken geworden zu sein. Diejenige Gruppe, die überdurchschnittlich oft gemobbt wurde, bestand aus älteren Lohnabhängigen. Hierbei handelt es sich somit zumeist um Leistungsterror, der sich gegen vermeintlich oder tatsächlich Schwächere richtet. Ein großer Teil der Depressionen, die in den genannten Studien konstatiert wurde, ist gerade auf diese Zunahme der Krisenkonkurrenz zurückzuführen.

Zwischenfazit: Offensichtlich ist das herrschende kapitalistische Wirtschaftssystem dermaßen "widernatürlich", dass die Menschen in wachsendem Ausmaß an dessen eskalierenden Widersprüchen

mental und physisch zerbrechen. Es macht übrigens nur dann Sinn, von einer menschlichen "Natur" zu sprechen, wenn von den menschlichen Bedürfnissen die Rede ist - und genau diese Bedürfnisse kann der Kapitalismus nicht einmal ansatzweise mehr befriedigen. Immer mehr Lohnabhängige gehen an der eskalierenden Krisenkonkurrenz zugrunde, anstatt in ihr aufzuleben, wie es die offizielle neoliberale Ideologie predigt, die den Menschen als des Menschen Wolf imaginiert. Diese krisenbedingte Epidemie des Irrsinns, die immer schneller um sich greift, blamiert folglich auch die herrschende Ideologie, in der das kapitalistische System zu einem Naturzustand verklärt wird, der gerade aus den natürlichen Veranlagungen, aus einer unabänderlichen "Natur" des Menschen resultieren soll.

Hass als Ventil

All dieser ansteigende Druck, der auf den Lohnabhängigen lastet, er verlangt nach einem Ventil. Und dieses Ventil liefert der in den Burnout gehetzten Mitte der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft gerade die Neue Rechte. Der krisenbedingt zunehmende Druck auf Lohnabhängige führt zur Etablierung eines "autoritären Kreislaufs" in all jenen Gesellschaftsmitgliedern, die sich eine Alternative zur kapitalistischen Dauerkrise nicht vorstellen können. Der Sozialpsychologe Oliver Decker hat diesen irrationalen Konstitutionsprozess autoritärer und rechter Ideologien in der

gegenwärtigen Krise präzise auf den Punkt gebracht:

»Die ständige Orientierung auf wirtschaftliche Ziele - präziser: die Forderung nach Unterwerfung unter ihre Prämissen - verstärkt einen autoritären Kreislauf. Sie führt zu einer Identifikation mit der Ökonomie, wobei die Verzichtsforderungen zu ihren Gunsten in jene autoritäre Aggression münden, die sich gegen Schwächere Bahn bricht.«

Dieses "Ins-Extrem-Treiben" des krisenbedingt zunehmenden Terrors der Ökonomie, den sich die Lohnabhängigen verstärkt ausgesetzt sehen, ging dem Aufstieg des politischen Extremismus voraus. Decker spricht ausdrücklich von einer "Landnahme der Ökonomie in allen gesellschaftlichen Bereichen", die "handfeste, entdemokratisierende Wirkungen" zeitige. Alle rechte Ideologie baut auf eben dieser autoritären Aggression gegenüber Schwächeren oder Sündenböcken, zumeist Krisenopfern, auf.

Somit waren es gerade die Arbeitsmarktreformen um die Jahrtausendwende, oftmals durchgesetzt von neoliberalen Sozialdemokratien wie der SPD Gerhard Schröders (Agenda 2010) oder den US-Demokraten Clintons ("Workfare"), die das sozioökonomische Fundament für den Aufstieg der Neuen Rechten legten - in Form der Entrechtung der Lohnabhängigen und der Verrohung des Arbeitslebens vermittels eskalierender

Krisenkonkurrenz. Dieser neoliberale Politik war Flankiert durch den Aufbau eines autoritären, strafenden Staates, der die zunehmenden sozialen Widersprüche durch stärkere staatliche Repression zu bekämpfen sucht - und etwa den USA die höchste Gefängnispopulation aller entwickelten kapitalistischen Länder verschaffte. Gerade diese Tendenzen zum härteren staatlichen "Durchgreifen" haben ebenfalls zur Ausbildung der opportunistischen Rebellion der Neuen Rechten beigetragen.

Die von "Rot-Grün" durchgesetzte Agenda 2010 samt den Hartz-IV-Arbeitsgesetzen kann im Fall Deutschlands als die eigentliche Geburtsstunde der neuen deutschen Rechten bezeichnet werden. Die Neue Rechte ist ein Produkt des Neoliberalismus. Die neoliberale Verzichtspolitik, die nach Ausbruch der Eurokrise von Schäuble europaweit exportiert wurde, förderte somit die autoritäre Aggression gegen die Krisenopfer, auf der rechtspopulistische wie rechtsextremistische Ideologien gleichermaßen beruhen. Der Rechte treibt nur die staatlich forcierte autoritäre Politik der Exklusion ins rassistische Extrem.

Fazit: Je größer der Druck von "oben", etwa am Arbeitsplatz oder auf dem Amt, desto größer der Hass auf die Krisenopfer unter all den Gesellschaftsmitgliedern, die die entsprechenden autoritären Dispositionen aufweisen. Die absurd scheinende, sich gegen Migranten richtende "Opferrhetorik" der extremen Rechten, etwa

in Gefolge der pogromartigen Ausschreitungen von Chemnitz im Sommer 2018, hat ihre Ursache gerade in diesem uneingestandenen Leiden an den wachsenden Zumutungen der spätkapitalistischen Arbeitsgesellschaft. Der Unwille, sich gegen den Druck der verhärtenden Machtstrukturen zu wehren, führt somit zur autoritären Aggression gegen diejenigen, die machtlos sind. Der Masochismus des Untertanen, der sich gegen die zunehmenden Zumutungen nicht wehren will, verlangt nach sadistischer Satisfaktion. Dies wurde vor allem während der Eurokrise evident. Deswegen avancierte etwa der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble just dann zum beliebtesten Politiker Deutschlands, als er 2015 Griechenland leidenschaftlich demütigte und drangsalierte.

Es ist somit die auf allen Ebenen der spätkapitalistischen Gesellschaften zunehmende Krisenkonkurrenz, die dem Faschismus seinen Massenanhang verschafft - mittels der unbewussten Identifikation der "Mitte" mit der amoklaufenden und widerspruchszerfressenen "Ökonomie", die zur Ausbildung autoritärer Aggressionen gegen Krisenverlierer oder "Sündenböcke" führt. Auf dieser ideologischen Kontinuität baut alle rechtspopulistische und letztendlich faschistische Ideologie auf. Es findet bei diesem Extremismus der Mitte kein ideologischer Bruch statt, sondern ein beständiges, graduelles Abdriften ins

Barbarische. Es ist bequem, es ist einfach, es verschafft die Illusion der Rebellion.

Der im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung beständig zunehmende Konkurrenzdruck, der marktvermittelte Terror der Ökonomie durchdringt die spätkapitalistischen Gesellschaften. Nicht nur die Lohnabhängigen, auch Unternehmen, Volkswirtschaften, Städte, Regionen mussten in Form der Markt- und Standortkonkurrenz auf den zunehmenden ökonomischen Druck reagieren. Dieser Krisendruck wurde praktisch durch alle Hierarchien des Systems hindurch auf Lohnabhängigen als die untersten Glieder der kapitalistischen Nahrungskette abgewälzt.

Die Krise kurz erklärt

Die zentrale Frage lautet folglich: Wer oder was ist es, das diesen Druck beständig ansteigen lässt? Wieso zieht sich die Schlinge immer fester zu um den Nacken der Lohnabhängigen, wieso wird in der Wirtschaft, insbesondere im "Arbeitsleben", mit immer härteren Bandagen gekämpft?

Die Antwort darauf fällt zuerst scheinbar unbefriedigend aus, da tatsächlich Niemand die "Schuld" am Krisenausbruch trägt. Es sind die zunehmenden inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise, die das globale kapitalistische System in die Krise treiben - und den barbarischen Kern kapitalistischer

Vergesellschaftung in Gestalt der "Neuen Rechten" offen zutage treten lassen. In den folgenden Abschnitten und Texten soll somit diese tiefgreifende kapitalistische Krise, die den Faschismus als Krisenideologie Auftrieb verschafft, knapp als ein Prozess dargestellt werden, als ein globaler, historischer Prozess zunehmender Widerspruchsentfaltung. (Eine umfassende Darstellung des historischen, globalen Krisenprozesses findet sich in dem Buch: "Tomasz Konicz, Kapitalkollaps. Die finale Krise der Weltwirtschaft.", Konkret-Verlag, 2015.)

Im Kern ist der Kapitalismus schlicht zu produktiv für sich selbst geworden. Die Produktivkräfte sprengen somit die Fesseln der Produktionsverhältnisse, wie es Marx formulierte. Dieses System stößt somit in einem langfristigen, dekadenlangen Prozess an eine innere Schranke seiner Entwicklungsfähigkeit. Es scheitert im Kern an sich selbst, an seiner betriebswirtschaftlichen Effizienz: Die immer schneller um sich greifende Rationalisierung und Automatisierung führt dazu, dass immer mehr Waren in immer kürzerer Zeit durch immer weniger Arbeitskräfte hergestellt werden können. Neue Industriezweige wie die Mikroelektronik und die Informationstechnik beschleunigten diese Tendenz noch weiter. Diese neuen Technologien schufen weitaus weniger Arbeitsplätze, als durch deren gesamtwirtschaftliche Anwendung wegrationalisiert wurden. In der globalen Tendenz entsteht so eine

ökonomisch überflüssige Menschheit, die gerade die Fluchtbewegungen in die Zentren des Weltsystems verstärkt.

Je größer das Automatisierungspotenzial ist, je weniger Menschen global gebraucht werden, um in immer kürzerer Zeit immer größere Warenmassen zu produzieren, desto stärker bildet sich - vermittelt durch den Weltmarkt - der Druck aus auf all diejenigen Menschen, die in der Arbeitsgesellschaft noch eine Verwendung finden, desto brutaler werden auch die Schikanen gegen die Masse derjenigen, die vom kriselnden Prozess der Kapitalverwertung bereits ausgespien worden sind. Der dem kapitalistischen System innewohnende Wahnwitz entfaltet sich in der Krise zur vollen Kenntlichkeit: Der potenzielle materielle Überfluss, der den durch den Kapitalismus hervorgebrachten Produktivkräften innewohnt, verwandelt die Arbeitswelt in ein wahres Irrenhaus - für den depressiven Angestellten genauso wie für den vom Herzkasper bedrohten Manager.

Diese Entwicklung kennzeichnet einen fundamentalen Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise. Die Lohnarbeit bildet die Substanz des Kapitals - doch zugleich ist das Kapital bemüht, durch Rationalisierungsmaßnahmen die Lohnarbeit aus dem Produktionsprozess zu verdrängen. Marx hat für diesen selbstwidersprüchlichen Prozess die geniale Bezeichnung des "prozessierenden Widerspruchs" eingeführt. Dieser Widerspruch

kapitalistischer Warenproduktion, bei dem das Kapital mit der Lohnarbeit seine eigene Substanz durch Rationalisierungsschübe minimiert, ist nur im "Prozessieren", in fortlaufender Expansion und Weiterentwicklung neuer Verwertungsfelder der Warenproduktion aufrechtzuerhalten. Derselbe wissenschaftlich-technische Fortschritt, der zum Abschmelzen der Masse verausgabter Lohnarbeit in etablierten Industriezweigen führt, ließ auch neue Industriezweige oder Fertigungsmethoden entstehen.

Aus dem erläuterten "prozessierenden Widerspruch" der Warenproduktion resultiert ein industrieller Strukturwandel, bei dem alte Industrien verschwanden und neue hinzukamen, die wiederum Felder für Kapitalverwertung und Lohnarbeit eröffneten. Über einen bestimmten Zeitraum hinweg besaßen bestimmte Industriesektoren und Fertigungsmethoden die Rolle eines Leitsektors, bevor diese durch andere, neue Industriezweige abgelöst wurden: So erfahren wir seit dem Beginn der Industrialisierung im 18. Jahrhundert einen Strukturwandel, bei dem die Textilbranche, die Schwerindustrie, die Chemiebranche, die Elektroindustrie der Fahrzeugbau, usw. als Leitsektoren dienten, die Massenhaft Lohnarbeit verwerteten.

Doch genau dieser Strukturwandel funktioniert seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts immer weniger, nachdem die Lohnarbeit aufgrund der Rationalisierungsschübe der mikroelektronischen

Revolution sich innerhalb der Warenproduktion zunehmend verflüchtigt - und die Wegrationalisierung nicht mehr durch eine Einsaugung zusätzlicher Lohnarbeit in neuen Industriesektoren kompensiert werden kann. Die Krisenperiode der späten 70er und frühen 80er Jahre ("Stagflation"), als der "Nachkriegsaufschwung" auslief, markiert gerade das Scheitern dieses industriellen Strukturwandels. Und gerade deswegen setzte sich ab den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts der finanzmarktgetriebene Neoliberalismus durch: in politischer Gestalt von General Pinochet (Chile), Margret Thatcher (Großbritannien) und Ronald Reagan (USA). Die Ausbildung eines gigantischen Finanzsektors und des korrespondierenden riesigen Schuldenbergs im globalen Maßstab, die das von Lohnstagnation geprägte neoliberale Zeitalter charakterisierte, kann folglich als eine Systemreaktion auf einen nicht mehr erfolgreich stattfindenden Strukturwandel aufgefasst werden. Die Krise ist somit schon längst da: Sie frisst sich in einem dekadenlangen Prozess schubweise von der Peripherie in die Zentren des Weltsystems.

Fazit: Schwerwiegende Systemkrisen setzen im Kapitalismus somit immer dann ein, wenn dieser Prozess des "industriellen Strukturwandels" ins Stocken gerät. Das System bildet dann in Reaktion auf diese Verwertungskrise der "realen", warenproduzierenden Wirtschaft einen überdimensionierten

Finanzsektor aus, der mittels Finanzblasen eine Verschuldungsydnamik entfacht und damit einen Kollaps der "Realwirtschaft" hinauszögert. Dies war zuletzt in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts der Fall, bis diese Spekulationsexzesse 1929 platzten - und die anschließende verheerende Weltwirtschaftskrise dem Nationalismus und Faschismus den Weg bereitete. Und in einer ähnlichen Situation befindet sich das spätkapitalistische Weltsystem auch heute. Es fehlt ein neues globales "Akkumulationsregime", in dem Lohnarbeit massenhaft verwertet würde. Das kapitalistische Weltsystem befindet sich somit in einer strukturellen Überproduktionskrise.

In den folgenden Abschnitten dieses Kapitels soll die Wechselwirkung zwischen diesem hier grob skizzierten, historischen Krisenprozess und dem Aufstieg der Neuen Rechten genauer dargelegt werden. Hierbei spielt aber nicht nur diese sich immer stärker global manifestierende innere Schranke des Kapitals eine zentrale Rolle, sondern auch dessen "äußere", ökologische Schranke. Die ökologische und die ökonomische Krise bilden nur zwei Momente desselben Krisenprozesses. Das Kapital als prozessierender Widerspruch, das eine ökonomisch überflüssige Menschheit produziert, verbrennt auch in seinem Wachstumszwang die Ressourcen und ökologischen Lebensgrundlagen der Menschheit. (Siehe hierzu Kapitel 2.8 und 9.2)

Entscheidend für die Genese des Neuen Rechten im gegenwärtigen Krisenprozess ist aber die fetischistische Eigendynamik des Kapitals auf gesamtgesellschaftlicher und globaler Ebene: Der Krisenprozess, der durch eskalierende innere Widersprüche des an Widersprüchen und Absurditäten nun wahrlich nicht armen Kapitalverhältnisses angefeuert wird, äußert sich den einzelnen Akteuren, seien es nun Lohnabhängige, Manager, Unternehmen oder Staaten, in Form zunehmender und sich zuspitzender "Sachzwänge", also in Form von Zwängen, die von "Sachen" ausgehen. Allein schon in dieser Formulierung kommt der fetischistische, durch Vermittlungsebenen konstituierte Charakter kapitalistischer Vergesellschaftung voll zum Ausdruck, da die Sachen über die Menschen zu herrschen scheinen, diese den Wechselfällen und Erschütterungen der "Märkte" und Krisen ohnmächtig ausgesetzt sind, als ob es sich um Naturgesetze handelte.

Dabei sind es ja gerade die Marktsubjekte, die diese Dynamik - die einem Verhängnis gleich über sie zu herrschen scheint - alltäglich buchstäblich erarbeiten. Dieser Zwiespalt zwischen subjektiven Akteuren auf Markt- oder Politikebene und den objektiven Sachzwängen kapitalistischer Vergesellschaftung ergibt sich aus der blinden Marktvermittlung des gesamten Produktionsprozesses im Kapitalismus. Jeder Marktteilnehmer produziert, obwohl die

marktvermittelte Arbeitsteilung immer komplexer wird, isoliert und in Konkurrenz zu allen anderen Marktteilnehmern zum Selbstzweck möglichst hoher Renditen für den anonymen Markt. Deswegen konstituiert sich, angetrieben von dieser Maxime höchstmöglicher Profiterzielung, auf gesamtgesellschaftlicher Ebene "hinter dem Rücken der Produzenten" (Marx) eine Eigendynamik dieses Verwertungsprozesses des Kapitals, die einem "automatischen Subjekt" (Marx) gleich eben diesen Marktsubjekten als eine fremde, "naturwüchsige" Macht entgegentritt, die sie selber - unbewusst, da marktvermittelt - hervorbringen.

Erst jetzt wird deutlich erkennbar, wie die allseitige "subjektive" Krisenkonkurrenz mit dem "objektiven" Krisenprozess verschmolzen sind: Die Subjekte - vom Lohnabhängigen, über Unternehmen bis zum Staatssubjekt - reagieren auf diese "Verhärtungen" mit dem Bemühen, die Krisenfolgen auf die Konkurrenz abzuwälzen. Die Neue Rechte brütet unbewusst die ideologische Legitimierung dieses Prozesses aus, der mittels Rassismus, Kulturalismus, Sozialdarwinismus und - dies ist zentral - Antisemitismus legitimiert wird. Und dies ist letztendlich das Geheimnis ihres Erfolgs: Sie legitimiert die widerspruchsgetriebene Eigendynamik des Spätkapitalismus, der in seiner Krise in die manifeste Barbarei abdriftet. Die Rechte bildet somit letztendlich einen unbewussten Fetischkult aus, bei dem die zunehmende

Krisenkonkurrenz ideologisch legitimiert und praktisch verschärft wird. Die folgenden Texte sollen etliche Facetten dieser Wechselwirkung aus sich verschärfender kapitalistischer Krisendynamik und dem Ins-Extrem-Treiben rechter Ideologie genauer darlegen.

2.2 Die Nation in der Krise

Die eskalierende Krisendynamik hinterlässt bösartige ideologische Verfallsformen von Nationalismus und Rechtsextremismus

Auch ein blindes Wirtschaftshuhn findet mal ein Körnchen Wahrheit. Henrik Müller, Spiegel-Online Wirtschaftskolumnist und ehemaliger Chefredakteur des Manager Magazin, setzte sich im September 2015 anlässlich einer Neuwahl in Griechenland mit einer Illusion auseinander: mit der Illusion nationaler Souveränität.

Die nationale Politik benehme sich überall auf der Welt so, "als ob sie ihre Geschicke selbst bestimmen" könne, was sich angesichts der jüngsten Ereignisse in Griechenland und auch in den USA als Illusion erweise. Müller nennt in diesem Zusammenhang nicht nur das Berliner Krisendiktat gegenüber Athen, sondern auch das Zurückschrecken der US-Notenbank vor einer Leitzinserhöhung.

Griechenland hätte sich den "Vorgaben der Gläubiger" ebenso beugen müssen wie die Fed der angespannten Wirtschaftslage in China, um so "eine weltweite Kettenreaktion" zu verhindern. Man könne kaum noch von nationaler Souveränität sprechen, wenn die "Notenbanker der größten Volkswirtschaft der Erde" nicht mehr "souverän über ihre Währung zu gebieten", so Müller.

Die "wechselseitigen Einflüsse" seien im Rahmen der

Globalisierung inzwischen derartig angewachsen, dass eine nationale Regierung "kaum noch irgendetwas entscheiden kann, ohne andere Länder damit zu beeinträchtigen". Überall, wo Nationen es dennoch versuchten, "richten sie großen Schaden an". Und dennoch scheine das Denken in nationalen Kategorien wieder eine Renaissance zu erleben, wunderte sich Müller:

»Die einzelnen Nationen können kaum noch etwas gestalten. Trotzdem bestimmt das überkommene Prinzip nationaler Souveränität nach wie vor die Politik. Ja, es ist sogar seit einigen Jahren wieder im Aufwind...«

Und tatsächlich findet eine krisenhafte Zuspitzung dieser beiden gegenläufigen Tendenzen statt. Das nationale Prinzip scheint auf dem Vormarsch in einer krisengeschüttelten Zeit, in der der Prozess der kapitalistischen, negativen Globalisierung auf die Spitze getrieben scheint. Niemals zuvor in der Geschichte des Kapitalismus war die transnationale wirtschaftliche Verflechtung so eng wie derzeit. Das gilt vor allem für die Bundesrepublik, die alljährlich extreme Handelsüberschüsse erwirtschaftet.

Doch zugleich nehmen die nationalen und geopolitischen Spannungen weltweit zu, gewinnen nationalistische und rechtsextreme Bewegungen rasant an Zulauf. Es scheint als, ob der Drang zur globalen Vergesellschaftung, der der negativen, rein konkurrenz- und marktvermittelten Globalisierung innewohnt,

zugleich all die Zentrifugalkräfte hervorbringen würde, die dieser Globalisierungstendenz entgegenwirken.

Während die globalen Handelsströme - und die globalen Ungleichgewichte - zunehmen, gewinnen nationalistische und separatistische Bewegungen an Zulauf. Auch und gerade beim Exportweltmeister Deutschland, im Land von Pegida und AfD. Zudem nehmen ja die nationalen Auseinandersetzungen tatsächlich zu, wie es ja während der langjährigen Griechenlandkrise offensichtlich wurde, in deren Verlauf die Bundesrepublik das Mittelmeerland in den sozioökonomischen Kollaps treib.

Auch die widerlichen und menschenverachtenden geopolitischen Machtspiele um die Ukraine nach dem westlich gesponserten Umsturz 2014, das nicht enden wollende Gemetzel im arabischen Raum oder das "Great Game" zwischen den USA und China in Ostasien belegen die zunehmende geopolitische Instabilität des wirtschaftlichen Globalisierungsprozesses.

Der fehlende nationale ökonomische Bezugsrahmen

Je stärker die wirtschaftliche Verflechtung, desto stärker die nationale Konkurrenz. Dieser Eindruck stellt sich deswegen ein, weil beide gegenläufigen Tendenzen Teil der krisenbedingt zunehmenden Widerspruchsentfaltung im Spätkapitalismus sind. Alles im Spätkapitalismus drängt zur regelrechten Flucht in die

Globalisierung, doch zugleich lässt das sich immer deutlicher abzeichnende Scheitern dieser krisenhaften kapitalistischen Globalisierung all die ideologisch absolut dysfunktionalen neo-nationalistischen Ideologien aufkommen, denen die ökonomische Basis - die nationale Volkswirtschaft - längst abhandengekommen ist.

Die nationale Politik ist machtlos, weil sie keinen einigermaßen geschlossenen nationalen ökonomischen Bezugsrahmen mehr vorfindet: Stattdessen agieren die Staaten - und auch viele Regionen innerhalb der Nationalstaaten - als bloße Wirtschaftsstandorte im globalen Wettbewerb, wobei die alten nationalen sozioökonomischen Verflechtungen zusehends durch globale Fertigungsketten und Absatzmöglichkeiten zersetzt werden.

Für die avancierte Industrie in Bayern ist beispielsweise China wichtiger als Mecklenburg-Vorpommern. Die nationale "Volkswirtschaft" ist in Auflösung begriffen, die Nation stellt nur noch einen Hohlkörper dar, an den sich brandgefährliche Krisenideologien klammern.

Die Globalisierung selbst stellt ein Krisenphänomen dar, sie ist Ausfluss der Tendenz des Kapitals, vor seinen inneren Widersprüchen in eine - globale - Expansion zu flüchten.

Konfrontiert mit der sich immer stärker abzeichnenden Krise der -nationalen - Arbeitsgesellschaft nahm die internationale wirtschaftliche Verflechtung des Kapitals ab den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts eine neue Qualität an. Im Rahmen der sich verschärfenden Krisenkonkurrenz gingen Unternehmen und Konzerne dazu über, unter Ausnutzung neuer technologischer und logistischer Möglichkeiten globale Fertigungsketten aufzubauen und immer neue arbeitsintensive Fertigungsschritte in Billiglohnländer auszulagern, um von dem enormen globalen Lohngefälle zu profitieren.

Krisenfolgen auf andere abwälzen

Der rasche Aufstieg der Schwellenländer - hier insbesondere Chinas - ist gerade Folge dieses ungeheuren Schubs globaler ökonomischer Verflechtung, in dessen Verlauf die Illusion einer nachholenden Industrialisierung in der Semiperipherie des kapitalistischen Systems aufkam. Die Schwellenländer, galten ja der brüderlichen Wirtschaftswissenschaft lange Jahre als künftige Lokomotiven der Weltwirtschaft, die eine neue Ära der Prosperität einleiten würden. Die Lohnabhängigen in den Zentren des Weltsystems, in den USA wie in Westeuropa, konnten so trotz eines stagnierenden Lohnniveaus mit billigen Warenströmen versorgt werden.

Dennoch handelte es sich beim Boom der Schwellenländer um eine kreditfinanzierte Illusion. Die Globalisierung wurde maßgeblich durch die sich intensivierende Konkurrenz befeuert, doch ihre jahrzehntelange Dynamik ist nur unter Berücksichtigung der zunehmenden globalen Ungleichgewichte in den Handels- und Leistungsbilanzen zu verstehen.

Die diesen Ungleichgewichten zugrunde liegende Verschuldungsdynamik ermöglichte erst die lang anhaltende Globalisierungsperiode, bei der exportorientierte Volkswirtschaften (etwa die BRD, früher auch China) ihre Handelsüberschüsse in sich immer weiter verschuldende Zielländer (hier vor allem die USA, aber auch eine Zeit lang Europa) ausführten.

Die Globalisierung mit ihrer Tendenz zur Schaffung größerer einheitlicher Wirtschaftsräume und Freihandelszonen ermöglichte gerade diese ungeheure, globale Dynamisierung der krisenbedingten Verschuldungsprozesse des spätkapitalistischen Weltsystems.

Unterm Brennglas ist dies in der Eurozone nachzuvollziehen, wo die Einführung des Euro der südlichen Peripherie die Kreditkonditionen des nördlichen Zentrums gewährte - und bis zum Platzen der hiernach einsetzenden europäischen Schuldenblasen allen Beteiligten eine gute Defizitkonjunktur verschaffte. Das brutale

Machtspiel um die Macht in der erodierenden Eurozone setzte erst nach dem Krisenausbruch ein - als es darum ging, die Krisenfolgen auf andere abzuwälzen.

Die Auflösung der alten nationalen "Volkswirtschaften" wurde durch die zunehmende Krisendynamik vorangetrieben, durch die Tendenz des Kapitals, vermittels permanenter Produktivitätsfortschritte sich seiner eigenen Substanz - der wertschaffenden Lohnarbeit - zu entledigen und somit die kapitalistische Arbeitsgesellschaft in eine systemische Überproduktionskrise zu führen, die nur durch die fortlaufende Ausweitung des Kredits noch Nachfrage "auf Pump" schaffen konnte.

Die zunehmende Verdrängungskonkurrenz auf den "enger" werdenden Märkten trieb somit die Konzerne in die Globalisierung, die zudem die Kreditausweitung auf den Finanzmärkten zusätzlich befeuerte. Nachdem die Zentren des Weltsystems 2008 ihre großen Schuldenkrisen durchlebten, verlagerte sich die Verschuldungsdynamik in die Schwellenländer. Ein Paradebeispiel hierfür ist gerade China, dass bis zur Weltwirtschaftskrise 2008 gigantische Handelsüberschüsse mit den - sich immer weiter verschuldenden - USA und Europa erwirtschaftete, um hiernach, ab 2009, selber die Defizitkonjunktur auszubilden.

Der globalisierte Verschuldungsprozess stößt somit immer deutlicher an seine Grenzen. Und es ist gerade diese sich immer deutlicher Abzeichnende "innere Schranke" (Robert Kurz) des Kapitals, die all die von Henrik Müller beklagten Tendenzen überhandnehmen lässt: die zunehmenden nationalen Auseinandersetzungen samt ihren nationalistischen Absonderungen. Müller klagt:

»So wirbt in der EU kaum noch ein Politiker für die Überwindung nationaler Strukturen. Stattdessen herrscht ein großes, hässliches Gerangel nationaler Interessen.«

Das Gefühl der Heteronomie, des Ausgeliefertseins an übermächtige Sachzwänge und Verwerfungen einer amoklaufenden Ökonomie, die einer Naturgewalt gleich ganze Regionen und Länder sozioökonomisch verwüstet, geht mit der Tendenz einher, die Krisenfolgen auf andere abwälzen zu wollen.

Die sich allgemein verschärfende Krisenkonkurrenz tobt auch unter den zu "Wirtschaftsstandorten" zugerichteten Nationalstaaten, wie auch unter den einzelnen Regionen. Deshalb nimmt in Europa der Separatismus gerade in der Krise überhand, da hier zumeist ökonomisch avancierte Regionen innerhalb von Krisenstaaten (Spanien, Italien, Belgien) bemüht sind, durch eine Sezession sich ökonomische Vorteile zu verschaffen - zumal die

Nationalökonomien ja bereits in Auflösung übergegangen sind. Die Katalanen wollen Andalusien loswerden, Flandern die Wallonen, Norditalien die Elendsgebiete im Süden Italiens.

Der sich abzeichnende "objektive" Zerfall des kapitalistischen Weltsystems, der immer größere sozioökonomische Zusammenbruchsregionen hinterlässt und letztendlich zum Staatszerfall oder zu einer autoritären, faschistischen Krisenverwaltung führt, wird gerade in Form der zunehmenden "subjektiven" Auseinandersetzungen zwischen Nationen oder Regionen ausgetragen. "Wer steigt ab?" Das ist der Kern dieser negativen Krisenkonkurrenz, bei der ganze Regionen und Länder im Elend und Zerfall versinken.

Ein gutes Beispiel hierfür bietet gerade die Eurokrise mit den besagten jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Athen. Auf der geopolitischen Oberfläche erscheint diese "subjektive" Auseinandersetzung als ein wirtschaftlicher und letztendlich geopolitischer Machtkampf, bei dem Berlin seine ökonomische Dominanz ausspielte, ein abschreckendes Exempel statuierte und hierdurch seine Hegemonie in der Eurozone festigte.

Doch objektiv betrachtet wurde auf der systemischen Ebene durch diese Auseinandersetzung - wie durch das gesamte verheerende deutsche Spardiktat in der Eurozone - die Krisendynamik exekutiert,

bei der weite Teile der südlichen Peripherie der Eurozone einen massiven, langfristigen sozioökonomischen Abstieg erfuhren.

Auch Deutschlands Konjunktur läuft somit "auf Pump" - nur werden diese Schuldenberge mittels Handelsüberschüssen exportiert. Die durch ausartende Handelsüberschüsse aufrechterhaltene Illusion einer heilen Arbeitsgesellschaft in der BRD konnte nur durch die Deindustrialisierung, Verelendung und Marginalisierung der Peripherie aufrechterhalten werden.

Die deutsche Beggar-thy-neighbor-Politik, die auf möglichst hohe Außenhandelsüberschüsse abzielt, stellt einen Moment der ausartenden globalen Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen dar, die durch die Globalisierungsschübe ermöglicht wurden. Hierbei können durchaus Parallelen zu der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre gezogen werden (damals wurde der Begriff Beggar-thy-neighbor geprägt), die ebenfalls mit einer Zunahme nationaler Spannungen und nationalistischer und faschistischer Bewegungen einhergingen.

Der große Unterschied zwischen den nationalen Wirtschaftskriegen der 1930er Jahre und der heutigen Lage besteht aber darin, dass die Globalisierung eine derartig enge globale Wirtschaftsverflechtung hervorbrachte, dass eine Schließung der Grenzen für die Warenströme und die Einführung von Schutzzöllen

- wie in den 30ern üblich - für die neoliberalen Funktionseliten aus Politik und Wirtschaft jahrelang unvorstellbar war. Dies änderte sich erst mit der Amtsübernahme durch Trump. Stattdessen wurden nach dem Krisenausbruch 2008 die nationalen Wirtschaftskriege in Form von Währungskriegen ausgetreten, bei denen Währungsabwertungen den Exportindustrien Vorteile auf den Weltmarkt verschaffen sollen.

Diese nationale Krisenkonkurrenz zwischen den längst von Zerfallserscheinungen (etwa zunehmender Korruption) ergriffenen Staatsapparaten vollzieht sich nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf geopolitischer oder militärischer Ebene. Dies gilt vor allem für die Ukraine, die ja nur deswegen ab 2014 Objekt des neoimperialen Great Game zwischen Ost und West wurde, weil sich Kiew einer eskalierenden Wirtschaftskrise gegenüber sah. Die Ukraine war als ein eigenständiger Staat schlicht nicht mehr ökonomisch überlebensfähig, weswegen sich die ostukrainische Oligarchie, deren politischer Vertreter Janukowitsch war, zwischen der Einbindung in eines der um die Ukraine konkurrierenden Machtzentren entscheiden musste. Janukowitsch entschied sich für Moskau, was die vom Westen massiv unterstützte Protestbewegung erst initiierte.

Imperiale Interventionen

Auch in den Zusammenbruchsgebieten des Weltmarkts, im arabischen Raum und im subsaharischen Afrika, sind imperiale Interventionen an der Tagesordnung, die den besagten objektiven - hinter dem Rücken der Akteure ablaufenden - Krisenprozess exekutieren. Der Krisenimperialismus beschleunigt den Zerfall der Nationalstaaten der Peripherie. Um den Leichnam Syriens oder des Irak raufen sich jahrelang gleich reihenweise die regionalen und globalen "Mächte", wie die Türkei, die arabischen Golfdespotien, die USA oder Russland, die jeweils ihre Fraktionen im nicht enden wollenden Gemetzel unterstützten. (Näheres hierzu im Buch: Gerd Bedszent: Zusammenbruch der Peripherie - Gescheiterte Staaten als Tummelplatz von Drogenbaronen, Warlords und Weltordnungskriegern, Berlin 2014)

Dennoch ist es ein immer wieder - auch in der Linken - begangener Fehler, die militärischen Interventionen des Westens für den offenen Zerfall der Nationalstaaten verantwortlich zu machen. Die imperialen Großmächte tun gewissermaßen genau dass, was sie seit der Etablierung und Expansion des kapitalistischen Weltsystems schon immer machten, sie verhalfen der "unsichtbaren Hand" des Weltmarktes notfalls mit dem eisernen Handschuh ihrer Militärmaschinerie zur Geltung - etwa bei den Opiumkriegen des britischen Empire gegen China.

Doch inzwischen funktioniert dieser Krisenimperialismus nicht

mehr. Der Westen kann die Kriege gegen die morschen Staatsapparate der Periphere gewinnen, doch er verliert immer wieder den Frieden. Die nationalen Staatsapparate zerfallen und die ehemaligen Nationalstaaten lösen sich in Chaos und Anomie auf, ohne dass es den Interventionsmächten noch gelingt, ein höriges Marionettenregime zu installieren. (siehe hierzu: Robert Kurz: Weltordnungskrieg - Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honnef 2003.)

Alle militärischen Interventionen der vergangenen zwei Dekaden haben sich trotz militärischer Erfolge als kolossale Fehlschläge erwiesen, die Billionen von US-Dollar verschlangen, ohne die angepeilten Ziele auch nur ansatzweise zu erreichen: von Afghanistan, über den Irak, bis hin zu Libyen. Ein Desaster folgt dem nächsten. Und wieder: die "subjektive", von einem imperialistischen Interessenkalkül geleitete, Intervention beschleunigt nur den systemischen Zerfalls- und Krisenprozess des kapitalistischen Weltsystems, der sich in einem jahrzehntelangen Prozess schubweise von der Peripherie in die Zentren frisst. Es wird nur das umgestürzt, was ohnehin im Fallen begriffen ist.

Es gibt keinen Irak, kein Afghanistan, Libyen mehr. Diese Länder stellten schon vor den Interventionen bloße Modernisierungsruinen dar, in denen Kapitalverwertung nicht im ausreichenden Ausmaß

stattfand, um eine funktionsfähige "Volkswirtschaft" aufrechtzuerhalten. Will man der Zukunft der Nation innerhalb des sich auflösenden spätkapitalistischen Weltsystems ansichtig werden, so reicht hierfür ein Blick gen Süden. Zusammenbruchgebiete wie Somalia, Kongo oder Afghanistan wechseln sich ab mit archaisch-despotischen Regimes wie Eritrea oder Nord Korea.

Die historische Zeit des Nationalstaates, dem die krisenhafte Globalisierung das ökonomische Fundament entzogen hat, ist somit tatsächlich abgelaufen. Bei den Nationen handelt es sich ohnehin um ein relativ junges und offensichtlich vergängliches Phänomen, das sich erst im 19. Jahrhundert ausformte (zusammen mit den meisten Landessprachen, wie etwa dem Hochdeutschen).

Die offenen, evidenten nationalstaatlichen Zerfallsprozesse in der Peripherie oder Semiperipherie (jüngst Syrien, Irak, Jemen, Ukraine) des kapitalistischen Weltsystems wirken auch in dessen Zentren - nur sind sie dort noch nicht so weit vorangeschritten. Wie hohl das nationalstaatliche Gerüst in den USA ist, machtt die brutale und hilflose Reaktion der Staatsmacht auf die Naturkatastrophe in New Orleans deutlich, als der Hurrikan Katharina diese Region für Wochen in ein diktatorisches Dritte-Welt-Land verwandelte. Auch Russland Staatsapparat, der sich nun in Syrien engagiert, gilt als einer der korruptesten der Welt.

Es ist somit überdeutlich absehbar, dass die Zeit der Nation abgelaufen ist und die Nationalstaaten in Auflösung übergehen. Offensichtlich wird dies in der anhaltenden Flüchtlingskrise, die ja gerade durch die ökonomischen und staatlichen Zerfallsprozesse in der Peripherie und Semiperipherie ausgelöst wurde. Die Fluchtbewegungen sind ja Folge des um sich greifenden Weltbürgerkrieges der dem Kollaps der Märkte und Staaten in immer größeren Zusammenbruchregionen folgt.

Flüchtlinge: Die kollabierende Peripherie

Die ökonomisch "überflüssigen" Menschen fliehen aus diesen Regionen in die verbliebenen, beständig schrumpfenden Inseln der scheinbaren Stabilität, die aber den Anschein einer funktionierenden nationalen Arbeitsgesellschaft nur noch auf Kosten der kollabierenden Peripherie aufrechterhalten können - auch wenn in den Zentren die Fassaden ebenfalls zunehmend bröckeln.

Dies gilt nicht nur für die USA mit dem US-Dollar als Weltleitwährung, die gerade die Krise der Schwellenländer befeuert, sondern auch und vor allem für die BRD, die mittels neo-merkantilistischer Politik und ungeheurer Handelsüberschüsse nicht nur Schulden exportiert, sondern auch Arbeitslosigkeit. Insofern ist es nur konsequent, dass die Massen der ökonomisch

"Überflüssigen" sich gerade den Exportüberschussweltmeister BRD als Zufluchtsort aussuchen.

Eine "Rückkehr" in frühere - heute gern idealisierte - kapitalistische Formationen, wie den Sozialstaat der 1970er oder die Wirtschaftswunderwelt der 1950er ist selbstverständlich angesichts der dargelegten historischen und irreversiblen Krisendynamik absolut illusionär. Jeder Appell, der eine Rückkehr zur Nation als Krisenantwort propagiert, führt ins sozioökonomische wie politische Desaster und kann nur als erzreaktionär bezeichnet werden. Die auch von Teilen einer konservativen Linken propagierte Rückkehr zur Nation kann angesichts der Krisenreife nur einen weiteren Schritt in die Barbarei gleichkommen.

Aus eben diesem systemischen, systemimmanent unkontrollierbaren Krisenprozess resultieren die von Müller eingangs beklagten widersprüchlichen Erscheinungen, wo eine ökonomisch ohnmächtige nationalistische Politik massenhaften Zulauf und Aufwind erhält, während die globale ökonomische Verflechtung den Nationalstaat eigentlich obsolet macht. Doch zugleich kann der Kapitalismus nicht aus seiner nationalstaatlichen Hülle heraus, da die politische Konkurrenz der Staatsapparate nur die Fortsetzung der allgemeinen ökonomischen Konkurrenz darstellt, die ja konstitutiv für den Kapitalismus ist.

Deswegen klagt beispielsweise Müller, dass die "europäische Integration" auf "halbem Wege stecken geblieben" sei, da es tatsächlich keine nennenswerten europäischen Machtzentren gibt, die als trans- oder postnational bezeichnet werden könnten. Brüssel ist kein europäischer Machtfaktor, die Entscheidungen fallen seit Krisenausbruch explizit in den Hauptstädten - insbesondere in Berlin.

Die EU war schon immer eine durch den Krisenprozess befeuerte Kampfarena, auf der wechselnde europäische Nationalkoalitionen ihre Interessen durchzusetzen versuchten. Solange die europäische Verschuldungsdynamik aufrechterhalten werden konnte, die erst die Eurozone ermöglichte, fiel dies nur der breiten Öffentlichkeit nicht auf, weil die entsprechenden Defizitkonjunkturen allen Beteiligten das Gefühl verschafften, an einem allgemein vorteilhaften "Integrationsprozess" beteiligt zu sein. Die nationalen Machtkämpfe, die vor dem Ausbruch der Eurokrise hinter geschlossenen Brüsseler Türen abliefen, traten mit der Eskalation der Krisenkonkurrenz nach Ausbruch der Eurokrise mit voller Wucht an Tageslicht.

Eine Überwindung der kollabierenden Nationalstaaten, die in ihrer Agonie sich wechselseitig an die Gurgel zu gehen versuchen, ist aber nur jenseits des Kapitalismus, jenseits der kollabierenden Kapitalvergesellschaftung mit all ihren Vermittlungsebenen,

möglich. Es mag illusionär erscheinen, die Nation, den Markt, das Geld, den Staat überwinden zu wollen, aber rein negativ ist dies längst der Fall. Die Krise des Kapitals lässt all diese durch das Kapital hervorgebrachten Formen der negativen Vergesellschaftung zerfallen. Wiederum hilft hier ein Blick gen Süden. Die Staaten, die nationalen "Volkswirtschaften" und Märkte sind in den Failed States der Periphere längst in Geschichte übergegangen.

Dabei treten im Krisenprozess autoritäre Tendenzen und zunehmende, von Seilschaften und Rackets betriebene Krisenkonkurrenz in eine Wechselwirkung, die gerade in faschistischen Bewegungen ihre organisatorische Ausdrucksform findet: Der Leviathan und das Racket bilden die beiden Mahlsteine, die im kapitalistischen Barbarisierungsprozess die zivilisatorischen Errungenschaften der letzten 10.000 Jahre zu zermahlen drohen. Die - bisherigen - Endpunkte dieser Entwicklung sind in Nordkorea und Somalia zu finden. 1984 oder Mad Max? Dies ist die Wahl, die der Krisenprozess systemimmanent den Insassen der zusammenbrechenden kapitalistischen Tretmühle lässt.

Das historische Ende der - von der herrschenden Ideologie für Naturgesetze gehaltenen - anachronistischen Formen kapitalistischer Vergesellschaftung ist somit unvermeidlich, da es aus den inneren Widersprüchen des Kapitals resultiert; es stellt sich

nur die Frage, ob dies auch in den Zentren in der Form eines barbarischen Zusammenbruchs oder einer totalitären Formierung sich vollziehen wird, oder vermittels emanzipatorischer Aufhebung und Transformation in eine postnationale und postkapitalistische Gesellschaftsformation - was nur durch eine breite antikapitalistische Bewegung möglich wäre, die den kategorialen und praktischen Bruch mit der Kapitalvergesellschaftung wagen würde.

Es sieht nun wirklich nicht gut aus: Die Ahnung vom nahenden Ende der Nation löst massenhaft eine reaktionäre Rückbesinnung auf die als Kampfgemeinschaft verstandene Nation hervor. Die bösartige Panik in den Foren, die überschäumende Wut, die all die Gossen des Internets überflutet und sich immer öfter in pogromartigen Aufmärschen oder Brandanschlägen manifestiert - sie sind Vorboten der kommenden Barbarei. Selbst der gemeine und grenzdebile Forentroll ahnt, dass eine gewaltige Erschütterung auf ihn zukommt.

Die abgetakelte Idee der Nation fungiert hier nur noch als oberflächliches Legitimationsmuster im drohenden Eintritt Europas in den Weltbürgerkrieg, der in der Peripherie des kapitalisierten Weltsystems längst schon tobt. Der kaum noch einzudämmende Hass im Netz, die zur mörderischen Tat drängende Wut der ohnmächtigen spätkapitalistischen Subjekthüllen, sie könnten nur

Vorstufen des drohenden Gemetzels darstellen:

»Die Menschen bemächtigen sich zunächst der Sprache der Gewalt, bevor sie zu Akten der Gewalt übergehen.«

Diese während des Jugoslawienkriegs gemachte Beobachtung des US-Journalisten Chris Hedges, sie gilt nun auch für das im nationalistischen Delirium versinkende Europa.

Die größte Tragik der historischen Widerspruchsentfaltung des kapitalistischen Systems besteht laut dem Krisentheoretiker Robert Kurz darin, "dass sich die menschlichen Individuen nach mehr als 400 Jahren Marktwirtschaft inzwischen selber als diese wahnsinnigen Raubaffen unterstellen, zu denen man sie ideologisch deklariert hat, obwohl sie in ihrer Mehrheit tatsächlich bloß das lebende Futter für den Verwertungsprozess des Kapitals sind".

Wie sehr diese absurde kapitalistische Zurichtung zum "wahnsinnigen Raubaffen" den spätkapitalistischen Subjekthülsen ins Blut übergegangen ist, enthüllt ein kurzer Blick in all die Internetforen, die nicht Penibel zensiert und gesäubert werden.

Der wichtigste Hort des spätkapitalistischen "wahnsinnigen Raubaffen" ist die Mittelklasse, jene prekäre Schicht, die sich nach oben orientiert und nach unten abzudriften droht. Hier ist die

Produktion von Panik am stärksten ausgeprägt, die Mentalität des "Rette sich, wer kann" am stärksten verbreitet. Die Nation gilt hier inzwischen als Trutzburg, in der man sich abschotten könne.

Mittels eines verstärkten Grenzregimes, durch den Ausschluss der Flüchtlinge, der Krisenverlierer (durch deren inzwischen offen diskutierte Konzentrierung in Lagern in Nahost und Afrika), hofft man auch, die Krise draußen halten zu können. Es würde reichen, die Grenzen tatsächlich mal drei Wochen für deutsches Kapital und deutsche Waren zu schließen, um dieses Wahngebilde zu entkräften.

Und selbstverständlich stellt dieser neue alte Nationalismus nur ein Übergangs- und Verfallsphänomen dar, das den voranschreitenden Barbarisierungsprozess begleitet. Die Angst vor islamistischen Banden instrumentalisierend, formieren sich nun rechtsextreme Banden.

Es ist gerade diese im Namen der Nation drohende Bandenherrschaft, die den Zerfall der Nation beschleunigt, wie etwa das Beispiel der Ukraine illustriert, wo die unzähligen faschistischen Banden und Milizen für eine Großukraine kämpfend den Zerfall des Landes forcieren. 2015 kämpften die Milizen des Rechten Sektors nicht mehr gegen das "russische Imperium", sondern - ganz wie ihre Vorbilder aus den Elendsregionen der

Peripherie - um die Kontrolle von Schmuggelrouten und Schwarzmärkten.

Alle wollen irgendwen hängen sehen. Die Wut fordert Opfer, damit alles wieder gut werden kann. Die Naturalisierung des Kapitalismus geht mit einer Personifizierung der unverstandenen systemischen Krisenursachen einher, sodass die Suche nach Sündenböcken für den sich immer deutlicher Abzeichnenden Kollaps des Kapitals inzwischen manische Züge erreicht hat.

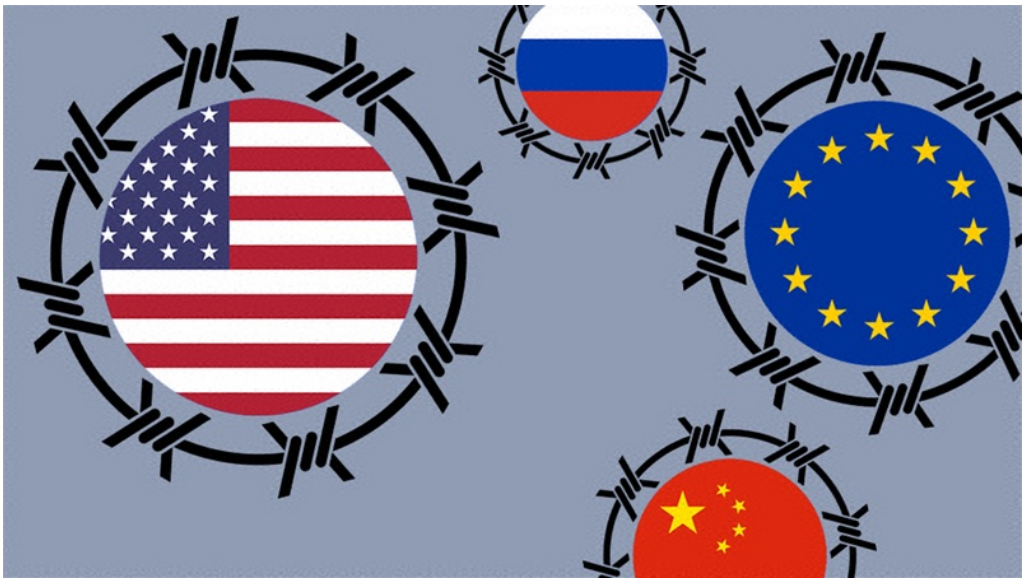
Die Feindbilder des im Internet grassierenden Raubaffen wechseln - oftmals noch durch die unter zunehmenden Kontrollverlust leidenden Massenmeiden angefacht - fast im Tagesrhythmus. Gestern war es noch der Grieche, vorgestern der Russe, heute ist es der Araber, übermorgen eventuell wieder der Jude. Das Ganze hat Ähnlichkeit mit den Hexenverbrennungen der frühen Neuzeit, die ja ebenfalls durch eine mörderische Personifizierung von unverstandenen gesellschaftlichen Umbrüchen befördert wurden.

Erstveröffentlichung: September 2015

2.3 Politische Ökonomie des Krisennationalismus

Wieso feiert der Nationalismus in der Krise ein zombiehaftes Comeback?. Politische Ökonomie des Krisennationalismus - Teil 1

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Auf diesen Nenner ließen sich die handelspolitischen Ergebnisse des Mitte 2017 abgehaltenen G20-Gipfels von Hamburg bringen. Während der konfrontativ geführten Verhandlungen konnte der drohende Handelskrieg zwischen den USA und der BRD, der vor allem am Streit um Stahlimporte zu entfachen drohte, damals noch abgewendet werden.



In der Herzkammer der deutschen Exportindustrie sprach die Schwäbische Zeitung anschließend von einem "bröckelnden Bekenntnis" der Gipfelteilnehmer zum Freihandel. Trump sei mit seiner Abkehr vom globalisierten Handel nicht alleine, auch China betreibe durch harte Importauflagen ebenfalls einen "ökonomischen Nationalismus".

In der Abschlusserklärung des Gipfels legten deren Unterzeichner zwar ein Bekenntnis zum Freihandel ab, doch zugleich setzte Trumps Delegation entsprechende protektionistische Formulierungen durch, die eben dies Bekenntnis de facto ad absurdum führen. Letztendlich war es ein Meisterstück der deutschen Gipfeldiplomatie, die ja vor allem auf publikumswirksame Effekte im Vorwahlkampf abzielte. So wollen die G20 "den Kampf gegen Protektionismus einschließlich aller unlauterer Handelspraktiken" fortsetzen.

Gegen diese "unlauteren Handelspraktiken" können selbstverständlich "Verteidigungsinstrumente im Handel" zur Anwendung gebracht werden - also protektionistische Maßnahmen. Diese müssten nur "legitim" sein. Fazit: Alle Gipfelteilnehmer können nun ihren handelspolitischen Standpunkt in der wirklich "vielsagenden" Gipfelerklärung vertreten sehen.

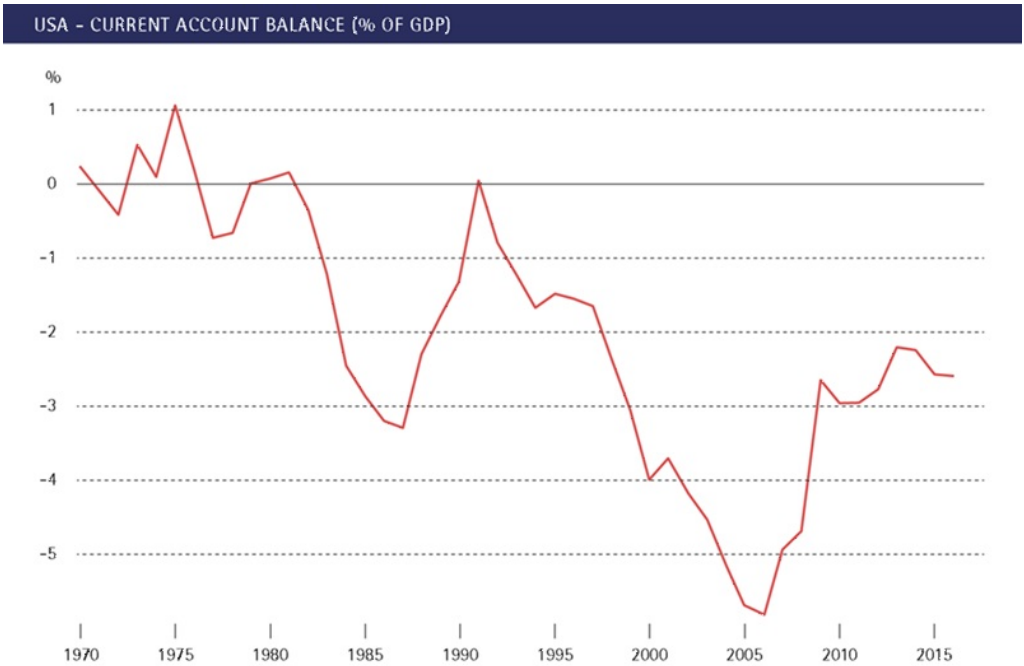
Vor ein paar Jahren noch galt eine Abkehr von der Globalisierung

mitsamt ihrer hegemonialen neoliberalen Ideologie als undenkbar - nun feiert die veröffentlichte Meinung der Bundesrepublik schon ein "bröckelndes Bekenntnis" der G20 zum Freihandel als einen Gipfelerfolg. Trump scheint hingegen seine protektionistische Linie weiter fortsetzen zu wollen. Mitte Juli 2017 initiierte er eine Kampagne für Waren aus heimischer Fertigung. Die Initiative soll dabei helfen, die Deindustrialisierung der USA zu revidieren, wie Spiegel Online berichtete: "Die USA importieren viel mehr als sie exportieren, in weniger als 20 Jahren verschwand fast ein Viertel ihrer Fabriken."

Bereits im vergangenen April bekräftigte Amerikas regierender Rechtspopulist, er wolle dieser Deindustrialisierung der USA nicht mehr tatenlos zusehen: "Unter meiner Regierung wird der Diebstahl des amerikanischen Wohlstandes aufhören", polterte Trump anlässlich der Ankündigung einer Reihe protektionistischer Maßnahmen, mit denen das enorme US-Handelsdefizit vermindert werden soll. Seine Administration werde "unsere Industrie verteidigen", kündigte der offen nationalistisch argumentierende US-Präsident an, der seine Wahl mit der Parole "America First" gewann.

Damit brach Trump öffentlich mit der Freihandelsideologie, die in den vergangenen neoliberalen Jahrzehnten maßgeblich gerade von den USA durchgesetzt wurde. "Jahr für Jahr, Jahrzehnt für Jahrzehnt,

sind unserem Land tausende Fabriken gestohlen worden," zitierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) den US-Präsidenten. Diese "schlechten Freihandelsverträge" werde er nun korrigieren, so Trump.



Leistungsbilanz USA. Quelle: Weltbank, USA-Current Account Balance. Grafik: TP

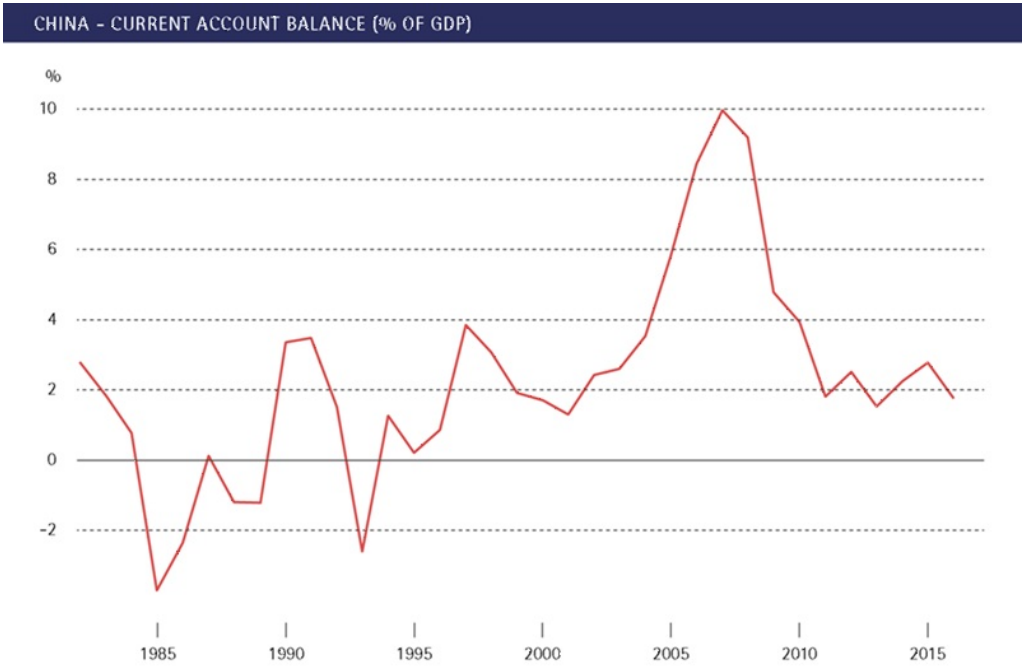
Die Zahlen zum amerikanischen Handelsdefizit sind hierbei eindeutig: Dieses lag 2017 wieder bei gigantischen 568 Milliarden US-Dollar, wobei dessen Löwenanteil auf die Volksrepublik China entfiel, die 2017 einen Handelsüberschuss von 375 Milliarden US-Dollar gegenüber den Vereinigten Staaten verzeichnen konnte. Auf Platz zwei der amerikanischen Exportüberschussliste lag 2016

Japan mit 69 Milliarden US-Dollar, gefolgt von der Bundesrepublik, die einen Überschuss von 65 Milliarden errang.

Historisch betrachtet ist das gigantische amerikanische Handelsdefizit sukzessive in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts und im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zu absurden Dimensionen angeschwollen, wobei dies größtenteils auf die rasche, exportgetriebene kapitalistische Modernisierung der Volksrepublik China zurückzuführen ist. Die massiven Handelsdefizite der Vereinigten Staaten sind kurzfristig im Gefolge der Weltwirtschaftskrise 2008/09 eingebrochen, um hiernach wieder anzusteigen und bei rund drei Prozent des BIP zu pendeln. Die durch protektionistische Maßnahmen intendierte Senkung des Handelsdefizits soll die Reindustrialisierung befördern, die Trump seiner Anhängerschaft im Wahlkampf versprach.

Die handelspolitischen Angriffe Trumps richteten sich anfänglich vornehmlich gegen China, während seine Attacken gegen die Überschüsse der Bundesrepublik erst im Verlauf seiner ersten Europavisite im Juli 2017 zunahmen. Auf den ersten Blick scheint dies angesichts der oben erwähnten Zahlen auch nachvollziehbar. Das Handelsdefizit der Vereinigten Staaten mit der Volksrepublik ist inzwischen höher als in der Hochphase der globalen Finanzblasenökonomie in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts, als die "transatlantische" Immobilienblase in den USA und weiten

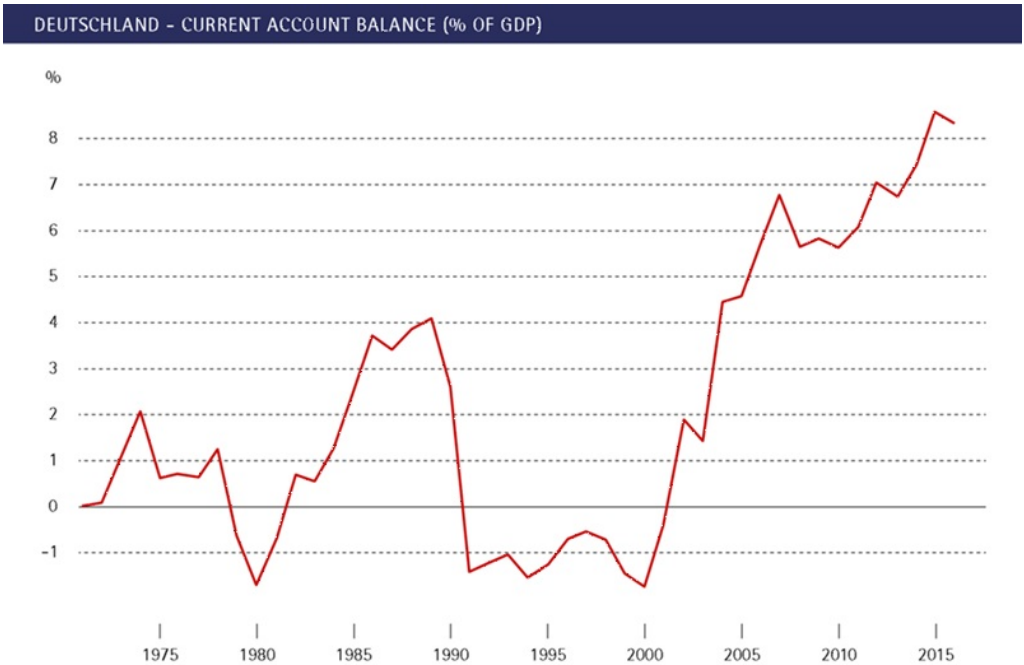
Teilen Europas als wichtigster Konjunkturmotor fungierte - und mit einer gigantischen Verschuldungsorgie einherging.



Leistungsbilanz China. Quelle: Weltbank, China - Current Account Balance. Grafik: TP

Ein Blick auf die Entwicklung der gesamten chinesischen Leistungsbilanz (Handels-, Dienstleistungsbilanz und sonstige Geldüberweisungen) offenbart aber ein ganz anderes Bild.. Die Ära der extremen chinesischen Handelsüberschüsse, als die Volksrepublik Leistungsbilanzüberschüsse von bis zu zehn Prozent des BIP erwirtschafte, ist mit dem Platzen der Immobilienblase in den USA und Europa unwiederbringlich zu Ende gegangen. Seit 2010 verzeichnet das Reich der Mitte einen moderaten

Leistungsbilanzüberschuss von rund zwei Prozent des BIP. Chinas Konjunktur ist somit spätestens seit 2010 nicht mehr - vornehmlich - exportgetrieben, sondern kreditgetrieben. Mag nun Trump über die Extremen chinesischen Exportüberschüsse jammern, die zur Deindustrialisierung der USA beitragen; auf globaler Ebene ist dies nicht in demselben Ausmaß der Fall, wie vor der Weltfinanzkrise von 2008.



Leistungsbilanz Bundesrepublik. Quelle: Weltbank, Deutschland Current Account Balance. Grafik: TP

Anders sieht es hingegen beim Exportweltmeister Deutschland aus. Seit der Euroeinführung sind die deutschen Überschüsse, die in den 90er Jahren de facto nicht vorhanden waren, regelrecht explodiert.

Befördert wurde diese extreme Exportausrichtung, die durch die strukturelle Unterbewertung des Euro in Relation zur deutschen Wirtschaftsleistung ermöglicht wurde, zusätzlich durch die gezielte politische Strategie der "inneren Abwertung" in der Bundesrepublik. Stichwort: Agenda 2010 samt Hartz IV. Inzwischen stoßen die deutschen Überschüsse in die Dimensionen vor, die bis zum Platzen der transatlantischen Immobilienblasen nur China vorbehalten waren. China "mäßigte" somit seine Exportausrichtung, während diese in der Bundesrepublik immer weiter ins Extrem getrieben wird - unter dem Jubel der hiesigen veröffentlichten Meinung.

Aus globaler Sicht - abseits des inzwischen modischen, verbohrten nationalen Blickwinkels - ist somit das deutsche "Geschäftsmodell" weitaus problematischer als das chinesische. China mag ein extremes Ungleichgewicht gegenüber den USA entwickelt haben, doch bewegen sich die gesamten Überschüsse der Volksrepublik nicht mehr in einem dermaßen extremen Rahmen wie diejenigen der Bundesrepublik. Der extreme Schuldenexport der Bundesrepublik belastet somit die gesamte krisengebeutelte Weltwirtschaft weitaus stärker, da hier eine Volkswirtschaft von rund 82 Millionen Einwohnern einen größeren Überschuss ausbildet als die rund 1,3 Milliarden umfassende "Werkstatt der Welt".

Dies ist nicht nur ein Problem für all die Wirtschaftsräume, in die der Exportüberschussweltmeister seinen Schuldenexport betreibt, sondern auch für die Bundesrepublik selber. Denn selbstverständlich kann diese Konstellation nicht beliebig prolongiert werden.

Extreme Handelsüberschüsse kommen immer einem Export von Schulden und Arbeitslosigkeit gleich, der in den Defizitländern mittelfristig zur Deindustrialisierung und zu Schuldenkrisen führen muss (näheres hierzu siehe weiter unten). Deswegen müssen die Defizitländer letztendlich Gegenmaßnahmen ergreifen. Und deswegen kritisierte auch die Obama-Administration die deutschen Handelsüberschüsse, wenngleich sie dies hinter verschlossenen diplomatischen Türen tat. Folglich hatte sich auch die Frage eines drohenden Handelskrieges mit den USA nach dem G20-Gipfel nicht einfach erledigt, da Trump weiterhin mit protektionistischen Maßnahmen drohen musste - allein schon, um seiner Wählerbasis entgegenzukommen.

Ökonomisches Nullsummenspiel

Bei solch einem Handelskrieg stehen aber die größten Verlierer von vornherein fest: Es sind in der Regel die Länder und Wirtschaftsräume mit höchsten Außenhandelsüberschüssen, die bei solchen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen den

größeren ökonomischen Schaden davontragen. Dies gilt selbstverständlich auch für den Exportüberschussweltmeister Deutschland. Dessen Überschuss in der Leistungsbilanz (einer breit gefassten Handelsbilanz, die Dienstleistungen und sonstige Geldüberweisungen umfasst) erreichte 2016 schwindelerregende 261 Milliarden Euro, was in etwa neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Bundesrepublik entspricht.

Dabei nimmt die regelrechte Abhängigkeit der BRD von Exportüberschüssen immer schneller zu, da die Leistungsbilanzüberschüsse von Rekord zu Rekord eilen: 2012 warnte die OECD noch davor, dass Deutschlands Exportüberschuss - erstmals - den Wert von 200 Milliarden Euro übersteigen könne, während es 2015 schon 247 Milliarden waren.

Wenn nun die Bundesrepublik einen Überschuss von 261 Milliarden erwirtschaftet, muss irgendwer Defizite in derselben Höhe verzeichnen. Und genau diese im deutschen Krisendiskurs hartnäckig ignorierte Tatsache bildet das Körnchen Realität im nationalistischen Delirium eines Donald Trump. Das Poltern des US-Präsidenten über den "Diebstahl" amerikanischen Vermögens, sein Jammern über "gestohlene" amerikanische Fabriken - dies sind nationalistisch verzerrte Reaktionen auf einen sehr reellen Krisenprozess und die damit einhergehende Krisenkonkurrenz zwischen den kapitalistischen "Volkswirtschaften". Seit der

Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts wird diese zwischenstaatliche Krisenkonkurrenz als Beggar-thy-neighbour-Politik (sinngemäß übersetzt: "Bring deinen Nachbarn an den Bettelstab") bezeichnet.

Hierbei bemühen sich die Staaten, mittels möglichst hoher Handelsüberschüsse die eigene Wirtschaft auf Kosten anderer Volkswirtschaften zu sanieren. Überschüsse im Außenhandel einer Volkswirtschaft führen automatisch zu Defiziten im Ausland - so hat es nun mal die von der deutschen Ökonomenzunft jahrelang verbissen ignorierte Mathematik in ihrer Weisheit eingerichtet. Es ist schlicht ein Nullsummenspiel: Werden global alle Handelsdefizite und Überschüsse miteinander verrechnet, dann ergibt dies immer genau null Euro.

Nochmals: Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss von 261 Milliarden Euro hat 2016 somit zwangsläufig im Ausland einen Schuldenberg in exakt derselben Höhe generiert. Der Spätkapitalismus kann ja schlecht seine Überproduktion auf den Mars exportieren. Für die USA wiederum ist das Leistungsbilanzdefizit von 568 Milliarden US-Dollar gleichbedeutend mit zusätzlicher Schuldenaufnahme im eben diesem Umfang. Und selbstverständlich führen Handelsdefizite über längere Zeiträume logischerweise zur Deindustrialisierung in den betroffenen Volkswirtschaften. Dies gilt für die USA wie für die

europäischen Krisenstaaten. Langfristig aufrechterhaltene Handelsüberschüsse gleichen somit auch einem Export von Arbeitslosigkeit, der zur Deindustrialisierung in den Defizitländern führt - und die beispielsweise Donald Trump nun vermittels protektionistischer Maßnahmen revidieren will.

Die exportfixierte Industriestruktur in der BRD oder in China auf der einen, die Deindustrialisierung der USA auf der anderen Seite bilden somit nur zwei Seiten einer Medaille - der zunehmenden ökonomischen Ungleichgewichte bei den Handels- und Leistungsbilanzen, die das spätkapitalistische Weltsystem prägen. Trump möchte nur die Rolle seines Landes als - mit Abstand - wichtigstes Defizitland abschütteln.

Trump und der Protektionismus der Krisenverlierer

Die Schlussfolgerung aus den obigen Ausführungen ist evident: Der Wirtschaftsnationalismus eines Donald Trump, der von den Ideen des Protektionismus und der Reindustrialisierung getragen wird, ist ein Nationalismus der "Verlierer" in diesem globalen Verdrängungswettbewerb. Die protektionistische Abwehr der überlegenen Konkurrenz aus Deutsch-Europa und China stellt einen verzweifelten Versuch dar, die Krisenentwicklung der letzten Jahrzehnte in den USA zu revidieren: Die Deindustrialisierung der Vereinigten Staaten, die weit vorangeschrittene Erosion der

amerikanischen Mittelklasse sowie der damit einhergehende, sozial destabilisierende Pauperismus sollen eben durch den Abbau der Handelsdefizite überwunden werden, indem Waren, die derzeit im Ausland produziert werden, künftig wieder das Siegel "Made in USA" tragen. Dies ist das wirtschaftspolitische Kernversprechen der Trump-Administration, die Amerika durch protektionistischen Defizitabbau "great again" machen will.

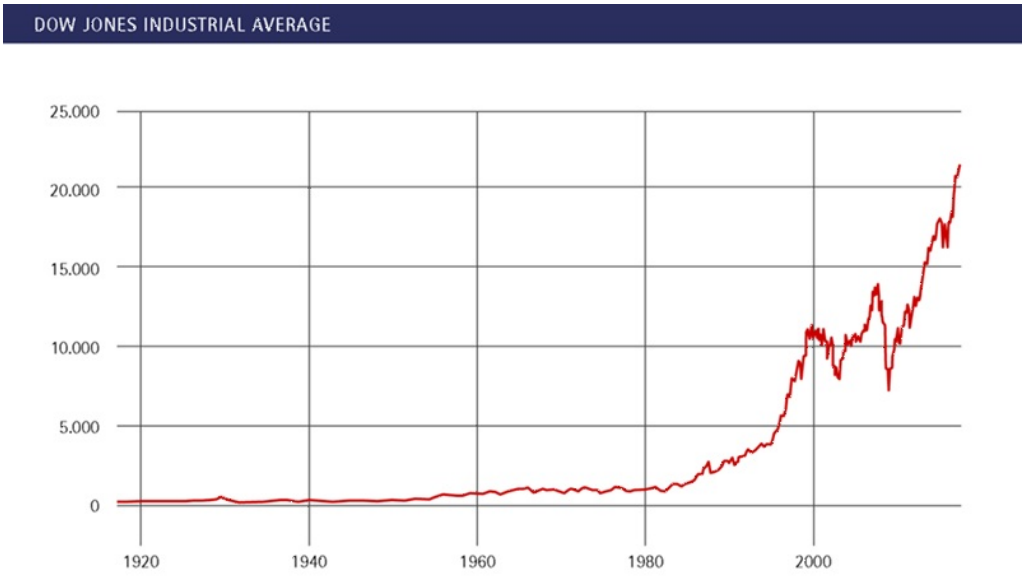
Die massiv verschuldeten USA, die trotz gigantischer - zumeist durch unproduktive Konsumkredite und Hypotheken angehäufter - Schuldenberge eine marode Infrastruktur und einen ausgedehnten "Rostgürtel" in den ehemaligen Industrierevieren aufweisen, wollen unter Trump ihre Rolle als wichtigstes Defizitland der kapitalistischen Weltwirtschaft abschütteln. Damit spitzt Trump aber zugleich die Widersprüche zu, die das spätkapitalistische Weltsystem zerrütten. Letztendlich steht die Hegemonie der USA auf dem Spiel, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten gerade durch die Defizitbildung der Vereinigten Staaten aufrechterhalten wurde.

Eine hegemoniale Stellung einer Großmacht im kapitalistischen Weltsystem besteht immer dann, wenn die untergeordneten Mittelmächte diese akzeptieren, da sie selber - wenngleich geringere - Vorteile aus dieser Konstellation schöpfen. Dies ist ein wichtiger Unterschied zu einer Position bloßer machtpolitischer

Dominanz, wie sie etwa die Bundesrepublik in der Eurozone innehält.

Die Grundlage der amerikanischen Hegemonie in der "westlichen Welt" wandelte sich seit deren Errichtung im Gefolge des Zweiten Weltkrieges. War es zunächst die "fordistische" Nachkriegsprosperität mitsamt der Rolle der USA als militärischen Türsteher des Westens gegenüber der Sowjetunion, so gewannen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks die "weltpolizeilichen" Interventionen in der rasch erodierenden Peripherie des Weltsystems an Bedeutung.

Zudem schufen die USA nach der großen neoliberalen Wende der 1980er, die gerade in Reaktion auf die Krise des Keynesianismus in der Stagnationsphase der 1970er vollzogen wurde, die Voraussetzungen für den Aufstieg der Finanzmärkte und die astronomisch hohe Verschuldung der vergangenen, "neoliberalen" Jahrzehnte. Die ökonomische Grundlage der US-Hegemonie nach dem Auslaufen der Nachkriegsprosperität wandelte sich somit fundamental. Die seither in Wechselwirkung mit der US-Verschuldungsdynamik ansteigenden US-Handelsdefizite bildeten den wichtigsten stabilisierenden Faktor der Weltwirtschaft. Amerika fungiert als eine Art "Schwarzes Loch" der Weltwirtschaft, das durch sein Handelsdefizit einen großen Teil der Überschussproduktion der Weltwirtschaft aufnimmt und diese folglich stabilisiert.



Dow Jones, historischer Chart (Dow Jones Industrial Average). Quelle: Trading Economics. Grafik: TP

Der jahrzehntelang sei den 1980ern expandierende Finanzsektor der USA und die ansteigende Schuldenlast mitsamt den zunehmenden Defiziten - sie bildeten nur unterschiedliche Aspekte ein und derselben Verschuldungsdynamik, die mit Finanzmarktexzessen und platzenden Schuldenblasen einherging. Die immer größer werdenden Finanzblasen fungierten als wichtige Beschleuniger der Kreditaufnahme: die Dot-Com-Blase von 2000, die ab 2007 platzende Immobilienblase, wie auch die gegenwärtige Liquiditätsblase, die durch die expansive Geldpolitik der Notenbanken in Reaktion auf den Immobiliencrash ausgelöst wurde.

Fazit: Die USA sind schlicht ein - kreditfinanzierter - Absatzmarkt für viele exportorientierte Volkswirtschaften, der gerade durch die Stellung des US-Dollar über solch eine lange Zeitperiode aufrechterhalten werden kann. Da der Greenback immer noch als die Weltleitwährung, als das Wertmaß aller Warendinge dient, können sich die USA in ihm beliebig verschulden. Ohne den Dollar in seiner Funktion als Weltleitwährung wäre Washington nur ein überdimensioniertes - und hochgerüstetes - Athen.

Die ökonomische Grundlage der erodierenden US-Hegemonie ist somit evident: Es ist die Defizitbildung der USA in ihrer Weltleitwährung. Länder wie China oder auch Deutschland akzeptierten die Hegemonie der USA samt der Stellung des Dollars als Weltleitwährung gerade deswegen, weil sie davon ebenfalls profitieren: durch ihre Exportüberschüsse in die USA.

Ein Abbau der US-Defizite wird somit die US-Hegemonie vollends in Geschichte überführen, wie es die jüngste geopolitische Entwicklung illustriert. Sobald Trump ankündigte, etwa die deutschen Handelsüberschüsse abzubauen, ging man in Berlin sofort zum Konfrontationskurs gegenüber dem ehemaligen "großen Bruder" in Washington über. Vor allem China und die Bundesrepublik haben somit die Rolle der USA als Hegemon und des US-Dollar als Weltleitwährung akzeptiert, solange die Defizitbildung der Vereinigten Staaten auch ihnen - vermittels der

Handelsüberschüsse - indirekt zugutekam. Doch wieso sollte Berlin, wieso sollte Peking den US-Dollar weiterhin als das Wertmaß aller Wertdinge, vor allem der Energieträger, akzeptieren, wenn Washington zum offenen Protektionismus übergeht?

Mit dem angedrohten Abbau der Defizite stellen die USA auch den US-Dollar als Weltleitwährung infrage. Das Gefährliche an der Trump-Strategie besteht gerade darin, dass Trump die hegemoniale Stellung der USA aufgeben könnte, um zur nackten, militärisch aufrecht gehaltenen Dominanz überzugehen. Der Bau neuer US-Flugzeugträger könnte eine Phase der globalen Dominanz der USA einleiten, die durch bloße militärische Übermacht aufrechterhalten wird, ohne den imperialen Konkurrenzen wie China oder Deutscheuropa noch hegemoniale "Ausgleichsmechanismen" anzubieten. Die Kriegsgefahr wächst in der gegenwärtigen Krisenkonstellation, in der ein hochgerüstetes und im Abstieg begriffenes Amerika die Kosten seiner Hegemonie nicht mehr tragen will und kann, somit rasch an.

Die eskalierenden Auseinandersetzungen um Handelsüberschüsse und Defizite, die sich immer stärker mit den ansteigenden geopolitischen Spannungen verzahnen, stellen somit die treibende Kraft bei der Erosion der kapitalistischen Globalisierung. Bevor der Rechtspopulist Trump sie ans Tageslicht der Öffentlichkeit zerrte, wurden sie hinter verschlossenen Türen verbissen von den

Funktionseliten geführt. Zudem stellten die Währungsabwertungen, die seit der globalen Wirtschaftskrise von 2008 zunehmen, eine Vorform des gegenwärtig drohenden offenen Protektionismus dar.

Insbesondere zwischen Washington und Peking sorgte die Währungspolitik schon seit gut einem Jahrzehnt für Spannungen. In einer globalisierten Weltwirtschaft bildeten diese gezielten Abwertungen der eigenen Währung, womit die im eigenen Währungsraum hergestellten Waren auf den Weltmarkt billiger wurden, die einzige effektive Maßnahme zur Steigerung der eigenen Exportüberschüsse (dies ist ja auch das Geheimnis des deutschen Exporterfolgs: ein in Relation zur deutschen Wirtschaftsleistung unterbewerteter Euro).

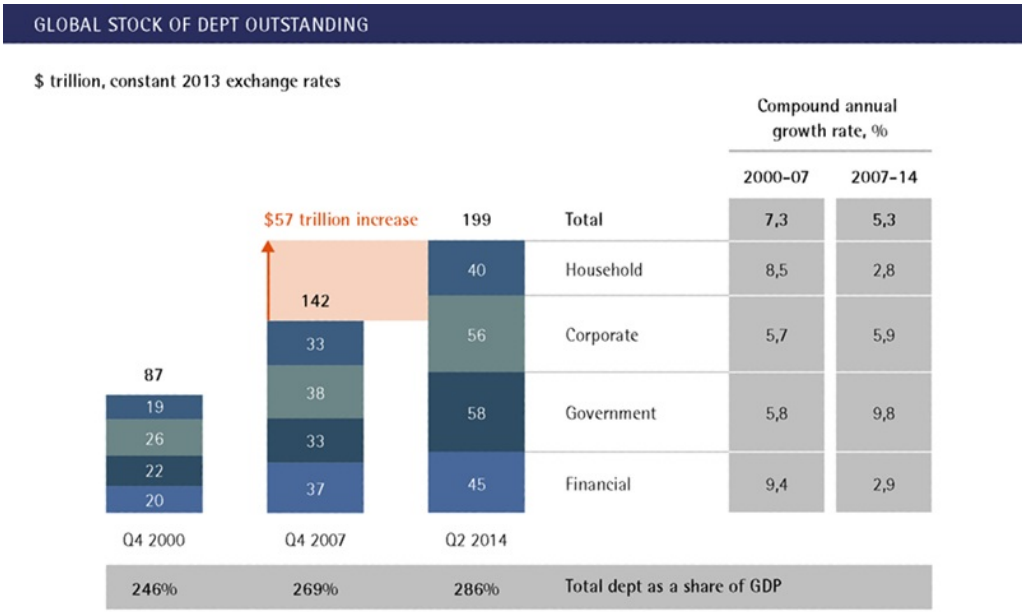
"Niemand gewinnt. Eine Seite verliert nur langsamer"

Doch es stellt sich somit die Frage, wieso diese Auseinandersetzungen in den letzten Jahren immer weiter eskaliert sind. Waren es vor Jahren nur indirekte Währungsabwertungen, so wurden ab 2017 direkte protektionistische Maßnahmen diskutiert.

Die aktuellen handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Staatssubjekten um Defizite und Überschüsse verdecken nur die objektive Krisentendenz, die ihnen zugrunde liegt: All diese Ungleichgewichte sind logischerweise nur Ausdruck einer globalen

Verschuldungsdynamik, die allen politischen Beteuerungen zum Trotz weiterhin ungebrochen ist. Die Krise des Kapitals ist kein abstraktes Hirngespinst, sondern empirisch verifizierbare Realität, die das System an seinem eigenen Fetisch, an der Rentabilität, scheitern lassen. Das System ist marode, "unrentabel" und überschuldet.

Einige Zahlen mögen dies illustrieren: Die Unternehmensberatung McKinsey gab 2015 an, dass die globale Gesamtverschuldung zwischen 2007 und 2014 von 269 auf 289 Prozent der Weltwirtschaftsleistung angeschwollen ist. Der Geneva Report, herausgegeben vom "International Centre for Monetary and Banking Studies", gab im September 2014 die langfristige Zunahme der Weltschulden (unter Ausschluss des Finanzsektors) an: Diese seien von 160 Prozent der Weltwirtschaftsleistung in 2001 über 200 Prozent 2009 auf 215 Prozent im Jahr 2013 geklettert. Entgegen der allgemeinen Überzeugung hat die Welt nicht angefangen, sich zu entschulden, und das Größenverhältnis zwischen Schulden und BIP steigt weiter zugunsten der Ersteren an, indem es immer neue Rekorde bricht.



Gesamtverschuldung global. Quelle: McKinsey, Global Stock of Debt Outstanding. Grafik: TP

Es ist evident: Die Gesamtverschuldung der globalisierten kapitalistischen Welt steigt viel schneller an als ihre Wirtschaftsleistung, was selbstverständlich nicht ins Unendliche fortgesetzt werden kann - und ein empirisch verifizierbares Krisenphänomen ist. Schulden, der gewöhnliche Kredit, stellen im Kapitalismus eigentlich ein Mittel zur Expansion oder Modernisierung der Warenproduktion dar. Ein gewisses konstantes Niveau der Kreditaufnahme ist somit völlig normal. Sobald aber das Kreditwachstum über längere Zeiträume den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts übersteigt, sobald also die Schulden sehr viel schneller wachsen als die "Wirtschaft", befindet sich die

betreffende Volkswirtschaft in einer systemischen Krise.

Zumeist geht dieser Vorgriff auf künftige Wertschöpfung, der mit der Kreditexpansion betrieben wird, mit dem raschen Wachstum des Finanzsektors und entsprechenden Spekulationsblasen einher. Diese regionalen Spekulations- und Schuldenblasen befeuern in ihrer Aufstiegsphase nicht nur die Konjunktur der entsprechenden Länder, sondern - vermittels der Handelsungleichgewichte - des gesamten Weltsystems. Es ist gerade diese kreditfinanzierte Nachfrage, die ein an seiner Produktivität erstickendes spätkapitalistisches Weltsystem überhaupt noch am Laufen erhält. Hier klärt sich nun auf, wieso die handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Staaten zu eskalieren drohen.

Aus der globalen, systemischen Perspektive betrachtet können die bornierten nationalen Auseinandersetzungen um Handelsdefizite nun erst richtig eingeordnet werden: Die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen resultieren schlicht aus dem Umstand, dass sich nicht alle Volkswirtschaften und Währungsräume gleich stark verschulden. Exportorientierten Volkswirtschaften, wie China, BRD oder Südkorea, stehen "Defizitländer" gegenüber, die durch Kreditaufnahme deren Überschussproduktion aufnehmen. Hier, wie bereits ausführlich erläutert, allen voran die USA. Diese Konstellation ist letztendlich Folge der Konkurrenzkämpfe auf dem Weltmarkt.

Die "subjektiven" Konkurrenzkämpfe und handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Wirtschaftsräumen exekutieren nur diese objektive Tendenz fortgesetzter Verschuldung. Wer kann, wer muss sich verschulden, um die zombiehafte Scheinexistenz des Spätkapitalismus zu prolongieren?

Nochmals: Vermittels der Verdrängungskonkurrenz auf den Weltmärkten, vermittels der Machtkämpfe der Staatssubjekte wird der objektive Krisenverlauf exekutiert. Das System kann nur noch "funktionieren", solange kreditfinanzierte Nachfrage generiert wird. Welches Land mittels Handelsdefiziten dazu genötigt werden kann, die sozioökonomischen Folgen dieses Krisenprozesses zu tragen, wird in der globalen Verdrängungskonkurrenz ausgefochten. Die unterlegenen Wirtschaftsräume steigen dauerhaft ab - siehe das von Schäuble verwüstete Hellas.

Es gibt hierbei langfristig keine "Gewinner" in dieser Krisenkonkurrenz. Die Frage ist eher, wer verliert langsamer? Wer kann den krisenbedingten sozioökonomischen Abstieg auf Kosten der Konkurrenz verzögern? Selbst bei den "Gewinnern", wie beim Exportweltmeister Deutschland, nehmen das Elend, die Prekarisierung, die Verrohung offensichtlich zu. In der berühmten US-Fernsehserie "The Wire" wurde diese Perspektive der Krisenkonkurrenz sehr gut erfasst: "No one wins. One side just loses more slowly." Das gilt auch für Großmächte wie China, die

kaum die USA als Hegemon "beerben" können, da sie ebenfalls hochverschuldet sind.

Erstveröffentlichung: August 2017

2.4 Zur Wiederkehr der nationalistischen Ideologie

Der Neonationalismus als Verwesungsprodukt des Neoliberalismus. Politische Ökonomie des Krisennationalismus - Teil 2

Im ersten Teil der Textserie wurden die zunehmenden handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten und Wirtschaftsräumen auf den sich "hinter dem Rücken" dieser Subjekte entfaltenden Prozess kapitalistischer Widerspruchsentfaltung zurückgeführt. Der tritt den Subjekten in Form marktvermittelter, naturwüchsig erscheinender "Sachzwänge" gegenüber, die die Krisenkonkurrenz auf allen Ebenen anheizen.

Die Analogie des globalisierten Spätkapitalismus als der sinkenden Titanic, deren nationale Passagiere untereinander einen Verdrängungswettbewerb darum führen, wer als letzter ins Wasser fällt, könnte zur Illustrierung dieser Wechselwirkung von Krisis und Nationalismus herangezogen werden. Das hochgradig "globalisierte" spätkapitalistische Weltsystem ist somit durch gegenläufige Tendenzen verstärkter nationaler Konkurrenz gekennzeichnet, die eben die Globalisierung selber bedrohen.

Krisennationalismus und Barbarisierung

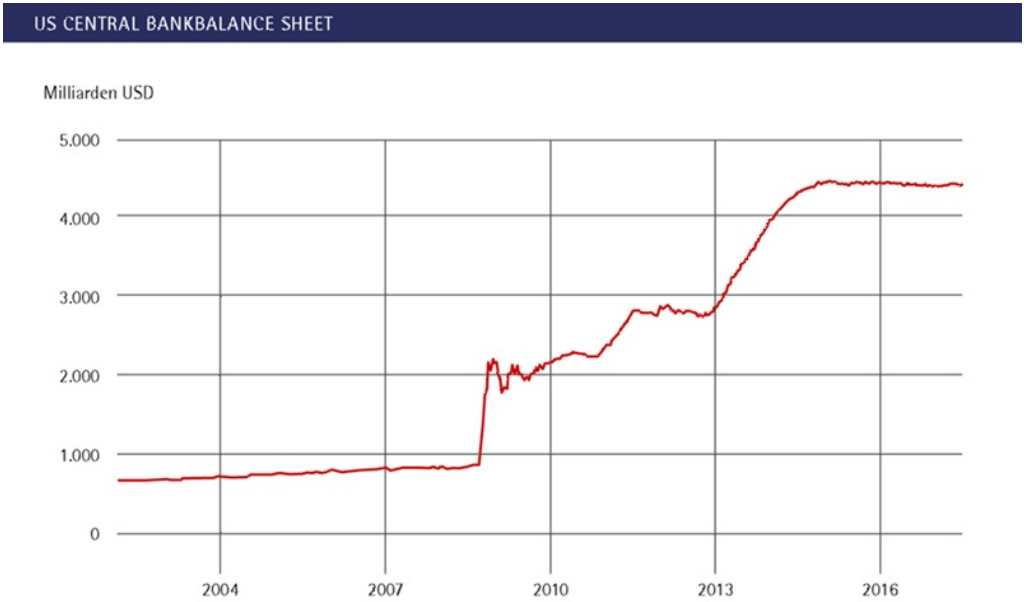
Da der systemische Krisenprozess als solcher nicht wahrgenommen wird, scheint etwa der Wählerschaft Trumps die Krise der USA durch die bloßen Handelsüberschüsse Chinas oder der BRD ausgelöst worden zu sein. Mit einer Zuspitzung der Krisendynamik geht somit eine Intensivierung des Konkurrenzkampfes zwischen den Wirtschaftsräumen einher, der in offene Handelskriege und Protektionismus zu münden droht. Der neoliberale Globalismus droht nun in einem abermaligen Krisenschub von einem Krisennationalismus abgelöst zu werden, wie ihn am lautesten Donald Trump propagiert. Der aufkommende Neonationalismus ist somit irrationaler Ausdruck der sich global krisenbedingt zuspitzenden, ökonomischen Widersprüche.

Selbstverständlich befindet sich das kapitalistische Weltsystem auch nach dem Platzen der Immobilienblasen in einer weiteren Blasenbildung: in einer sogenannten Liquiditätsblase, die durch die Krisenmaßnahmen der Geldpolitik nach 2008 ausgelöst wurde. Mit dem massiven Aufkauf von "Wertpapieren" durch die Notenbanken ab 2008 konnte tatsächlich eine nach der Pleite von Lehman Brothers drohende Kernschmelze des Weltfinanzsystems verhindert werden. Die zusätzliche "Liquidität", die durch diese expansive Geldpolitik in die Finanzmärkte gepumpt wurde, ließ aber auch eine neue spekulative Blasenbildung auf den Finanzmärkten entstehen.



Leitzinsen der US-Notenbank Fed im historischen Vergleich. Quelle: Trading Economics: United States Interest Rate. Grafik: TP

Diese Liquiditätsblase, wie sie etwa am historischen Verlauf der auf permanenter Rekordjagd befindlichen Aktienkurse ersichtlich wird, ist bislang nicht geplatzt. Durch diese gigantische Gelddruckaktion wurde somit letztendlich nur der manifeste Krisendurchbruch, der 2008 drohte, um zehn Jahre verzögert. Man könnte dies als eine "erfolgreiche" Verzögerungstaktik bezeichnen. Und letztendlich ist dies der Kern bisheriger kapitalistischer Krisenpolitik: Die neoliberalen Funktionseliten bemühen sich implizit, den manifesten Krisenausbruch durch immer neue Spekulationsblasen zu verzögern, doch kann dieser globalisierte, neoliberale Schuldenturmbau kaum noch aufrechterhalten werden.



Bilanz der Fed. Quelle: Trading Economics: Fed Balance Sheet. Grafik: TP

Fazit: Nach gut zwei Dekaden scheint diese globale neoliberale "Flucht nach vorn" des Kapitals vor seinen eigenen Widersprüchen weitgehend erschöpft. Die Manövrierräume neoliberaler Politik werden immer enger, während die krisenbedingten sozioökonomischen Verwerfungen die nationale Konkurrenz auf den globalisierten Märkten immer weiter anheizen. Der Nationalismus ist somit eine irrationale systemimmanente Reaktion auf diese Sackgasse, in der sich der Prozess der "Globalisierung der Schulden" befindet. Der Neonationalismus bildet somit objektiv eine neue Etappe des Prozesses der krisenbedingten Barbarisierung des Spätkapitalismus.

Irgendetwas stimmt nicht!

Diese neu-alte Ideologie nimmt dabei Momente der Wirklichkeit verzerrt in sich auf. Konstituierend für den Neonationalismus ist das dumpfe Gefühl, dass "irgendetwas nicht stimmt", dass die neoliberale Politik mit ihrem Latein am Ende sei. Diese dumpf erahnte Krisenwahrnehmung lässt Angst aufkommen. Hieraus resultiert dann das infantile Bedürfnis, die Krise "auszuschließen", die dann in der rechten Parole "Grenzen dicht!" mündet.

Der Neonationalismus glaubt die Krise deswegen "ausschließen" zu können, weil sie personifiziert wird. Sündenböcke hätten die Krise verbrochen: Die Bandbreite der entsprechenden Weltbösewichte reicht vom moslemischen Flüchtling bis zum jüdischen Milliardär. Da die Krise das soziale Gefüge in Auflösung überführt, das Chaos zunimmt, setzt eine verstärkte reaktionäre Identitätsproduktion ein. Die Identität gilt als ein Anker, an dem sich der Nationalist in einer aus den Fugen geratenen Welt festhalten will. Der Deutsche, der Schweizer, der Pole, der Franzose - sie fühlen sich immer deutscher, schweizerischer, polnischer, französischer. Dies schafft oberflächlich Linderung in einer in Auflösung übergehenden Welt.

Der ideologische Kerngehalt des Neonationalismus aller politischen Schattierungen kreist somit um die Wahnidee, dass die Globalisierung die Ursache der gegenwärtigen Krise sei und nicht

selbst bereits eine Verlaufsform der Krise des Kapitalismus. Die äußere Verlaufsform der Krise wird mit deren inneren Ursachen verwechselt. Es ist ein paranoides Oberflächendenken, das die Erscheinungen mit dem Wesen der gesellschaftlichen Prozesse und Widersprüche verwechselt - und folglich immer wieder in Verschwörungsideologien mündet, mit denen die unverstandenen Widersprüche rationalisiert werden.

Rückkehr zur Nation: Die Krise soll draußen bleiben

Die große Rückkehr zur Nation solle die Krise überwinden, die einfach durch eine Grenzschließung "ausgeschlossen" werde. Dass es sich bei der Globalisierung um die bloße Verlaufsform - um eine historische Phase - eines systemischen Krisenprozesses handelt, wird ausgeblendet. Die Krise soll "draußen" bleiben, während sie alltäglich im Inneren der spätkapitalistischen Gesellschaften buchstäblich "erarbeitet" wird. Nirgends wird dies übrigens deutlicher als beim Exportweltmeister Deutschland, der gerade deswegen zum bevorzugten Fluchtziel der verzweifelten Massen ökonomisch überflüssiger Flüchtlinge wurde, weil der Export von Arbeitslosigkeit hierzulande besonders erfolgreich vonstattengeht - und so noch die Illusion einer heilen kapitalistischen Arbeitsgesellschaft ermöglicht.

Die dem Krisenprozess inhärente Widerspruchsentfaltung zwischen

Globalisierung und Re-Nationalisierung wird somit evident: Die Wirtschaftsräume der Zentren, die von den krisenbedingten Verwerfungen immer stärker in die offene Konkurrenz getrieben werden, wurden zugleich aneinander gekettet durch die krisenbedingte globale Verschuldungsdynamik mit ihren Defizitkreisläufen. Die Verschuldungsdynamik kettet die Staaten vermittels der Defizitkreisläufe aneinander, die sozioökonomischen Krisenfolgen lassen in vielen Volkswirtschaften (USA, aber auch in Italien oder Frankreich) aber zugleich nationalistische Stimmungen aufkommen.

Grenzen dicht!

Ein systemimmanenter Ausbruch aus diesem sich permanent zuspitzenden Teufelskreislauf - etwa durch Protektionismus und Wirtschaftsnationalismus - kann nur um den Preis des massiven sozioökonomischen Einbruchs vollzogen werden. "Grenzen dicht!" - diese Parole kann angesichts der Intensität des globalisierten Warenaustausches nur ins Desaster führen. Denn selbstverständlich stellt diese irrationale Tendenz zur Rückbesinnung auf den überkommenen nationalen Mief nichts weiter als eine sozioökonomische Kamikazestrategie dar, die den latenten Krisenprozess ins manifeste Stadium überführen würde - und es war 2017 immer noch nicht absolut klar, ob etwa das Politestablishment in Washington Donald Trump tatsächlich von

seinen protektionistischen Wahnvorstellungen abbringen würde.

Die gespenstische, einer reellen ökonomischen Basis vollends beraubte Rückkehr zur Nation, die sich auch in verstärkter Identitätsproduktion äußert, wird gerade von diesem oben dargelegten Wunsch nach Abkapslung vom Krisenprozess befeuert. Das gilt für Trumps Wirtschaftsnationalismus, die rechte Abwehrfront gegenüber Flüchtlingen in Mittelosteuropa, die Masse der Brexit-Befürworter und ebenso für den deutschen oder Schweizer Rechtspopulismus - für AfD und SVP.

Und dennoch wäre es verheerend, die rechten Wahnträume von einer nationalen Wiedergeburt an der spätkapitalistischen Realität zerschellen zu lassen, etwa um diese reaktionäre Politik zu diskreditieren. Beim Rechtspopulismus und Rechtsextremismus handelt es sich um mehr oder minder geschlossene Wahnsysteme, die auf ein Scheitern ihrer Politik einfach mit der Ausbildung neuer Verschwörungsideologien reagieren würden. Die gegenwärtige Konstellation ist ja nicht ohne historisches Vorbild. Die ökonomische Krise, die durch die "Rückkehr zur Nation" verschärft würde, könnte ohne weiteres in eine neue Verschwörung von irgendwelchen - zumeist "jüdisch" konnotierten - Weltbösewichtern gegen die sich zur Souveränität aufraffenden Völkerschaften halluziniert werden.

Ein Paradebeispiel latenten Antisemitismus lieferte etwa der AfD-Rechtsextremist Björn Höcke bei einer seiner berüchtigten Reden im Mai 2018. Hierbei schwadronierte Höcke von der Globalisierung als einer Neuen Weltordnung, hinter der ein ultimativer "Geheimbund", ein "exklusives Grüppchen von Verschwörern", stehen könne, die jeder national gesinnte Deutsche als den "Feind", den "Endgegner", das "Böse auf der Welt" begreifen müsse. Die NWO-Verschwörung sei es, die auf die "Auflösung der Staaten, der Völker, der Kulturen, ja sogar, der und das ist, glaube ich, die perverse Spitze (...): der Geschlechter" hinarbeite.

Die Parallelen zur NS-Ideologie mit ihrem Wahn von der "jüdischen Weltverschwörung" sind unübersehbar. Diesem im Verborgenen agierenden Geheimzirkel stellt Höcke nun die erwachenden Völkerschaften der Welt gegenüber, als deren Speerspitze die Neue Rechte agiere. Sie werden die Globalisierung beenden und ein neues nationales Zeitalter einleiten, so der Fiebertraum des Goebbelsdarstellers der AfD:

»Die Zukunft gehört den Völkern. Diese Völker werden - und das ist meine tiefste innere Überzeugung und da lasse ich keinen Zweifel gelten und keinen Zweifel aufkommen - diese Völker werden wieder aus ihrem Dämmerzustand erwachen. Sie werden ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen und sie werden die Geschichte weiterschreiben, wie wir die Geschichte Deutschlands, unseres geliebten Vaterlandes

weiterschreiben werden.«

Doch was passiert, wenn die den Völkern gehörende Zukunft in den wirtschaftlichen Zusammenbruch führt, da die Ursachen der Krise buchstäblich alltäglich von den Insassen der "Deutschland AG" erarbeitet werden? Für einen Höcke dürfte die Sache auf der Hand liegen. Die allmächtige Weltverschwörung wird auch dafür verantwortlich sein. Die Hetzjagd auf die Komplizen der "Globalisten" wäre dann eröffnet.

Die Situation erinnert gewissermaßen an die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts, als alle wichtigen kapitalistischen Staaten durch protektionistische Maßnahmen ihre Wirtschaft vor Handelsdefiziten und den korrespondierenden Krisenverheerungen zu schützen versuchten. Damals haben die protektionistischen Maßnahmen der meisten kapitalistischen Staaten - gepaart mit einer rabiaten Sparpolitik - die Krisendynamik maßgeblich verschärft und die damalige Weltwirtschaftskrise zu der schwersten Erschütterung auswachsen lassen, die das kapitalistische Weltsystem bislang erfuhr - mit den bekannten politischen Folgen ab 1933. Obwohl das Krisenpotenzial in der aktuellen Krisenperiode weitaus höher ist als in den 30ern, ist ein solcher verheerender Zusammenbruch bislang nicht eingetreten.

Dies liegt vor allem daran, dass die kapitalistischen Funktionseliten

"aus der Geschichte gelernt" haben, nach dem Krisenausbruch 2008 systemimmanent "richtig" handelten und den drohenden konjunkturellen Zusammenbruch mittels Konjunkturmaßnahmen (sie umfassten 2009 rund 4,7 Prozent der Weltwirtschaftsleistung) und massiver Aufkäufe von Schrottpapieren abwendeten.

Neonationalistische Selbstzerstörungstendenzen

Der neoliberale Konsens, die Globalisierung trotz aller Krisenschübe aufrechtzuerhalten, blieb bestehen, obwohl erste "informelle" Handelskriege bereits ausbrachen (sie wurden, wie schon erwähnt, durch Währungsabwertungen geführt, bei denen Exportvorteile erreicht werden sollten). Doch wurde mit dieser Stabilisierung nur ein paar Jahre Zeit in einem rasch erodierenden kapitalistischen Weltsystem erkauft, in dem Verelendung und Populismus immer stärker ineinander greifen.

Ob die abgetakelten neoliberalen Eliten diese neonationalistischen Selbstzerstörungstendenzen - mit denen der kapitalistische Krisenprozess in eine neue barbarische Etappe überzugehen droht - noch einmal abwehren können, bleibt offen. Die Parallelen zu den 1930ern sind, wie schon betont, unübersehbar: Die Konstellation aus schwerer Systemkrise und nationalistischen, zum Faschismus tendierenden ideologisch-politischen Fallout ist evident. Diese "präfaschistischen" Tendenzen sind nicht nur in den USA,

Großbritannien, Italien, einen Großteil Osteuropas, sondern gerade auch in Deutschland und Österreich virulent.

Der *größte Unterschied* zu den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts besteht aber nicht nur darin, dass eine keynesianische Krisenpolitik den Krisendurchbruch 2008 verzögern konnte; überdies ist der Krieg als Krisenausweg nicht mehr gangbar. Die kapitalistische Nachkriegsprosperität der 1950er Jahre fußte auf den Leichenbergen des Zweiten Weltkrieges, in dessen Verlauf die totale Mobilisierung aller Kräfte den Durchbruch des neuen, fordistischen Akkumulationsregimes der Nachkriegszeit ermöglichte.

Die massenhafte Herstellung von Panzern ging in die massenhafte Produktion von Autos über, es gab de facto keine "Demobilisierung" nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Option des Krieges ist inzwischen aufgrund des erreichten Produktivitäts- und Vernichtungspotenzials nicht mehr gangbar. Kriege sind entweder, als imperiale Weltordnungskriege, zu klein oder, als Atomkriege, zu groß, um ein neues Akkumulationsregime durchzusetzen.

Überdies zeichnet sich nirgends ein neues Akkumulationsregime ab, das Lohnarbeit massenhaft verwerten könnte. Eine "schöpferische Zerstörung" im Sinne des Zynikers Schumpeter ist nur dann möglich, wenn sie neue Felder der Kapitalverwertung öffnet - ansonsten müssten

ja die von Bürgerkriegsruinen übersäten "gescheiterten Staaten" der Peripherie im Dauerboom verfangen sein.

Zwischenfazit: Der länder- und parteiübergreifend grassierende Neonationalismus, der sich in die Clownspose "nationaler Opposition" gegen den neoliberalen, globalistischen Mainstream wirft, ist somit nichts weiter als ein hoffnungsloses ideologisches Abbild eines drohenden neuen Krisenschubs. Die Krisenphase der neoliberalen Globalisierung der Verschuldungsdynamik droht an ihren eskalierenden Widersprüchen (in Gestalt der erläuterten zunehmenden "Ungleichgewichte") zu zerbrechen und von einer irrationalen nationalistischen Krisenverwaltung abgelöst zu werden, die mit manifesten sozioökonomischen Krisenschüben in den Zentren einhergehen würde, wie sie schon die Peripherie des Weltsystems verheerten.

Rechte Affirmation des Bestehenden

Rechte Ideologie bleibt sich somit treu: Sie betreibt eine Affirmation des Bestehenden, hier des Krisenprozesses. Dieser drohende Zusammenbruch der globalisierten kapitalistischen Weltwirtschaft - der ohne deren emanzipatorische Überwindung nur katastrophal verlaufen kann - wird mit einem neuen irren nationalen "Sinn" aufgeladen. Der Neonationalismus halluziniert die bereits gegebenen Verwerfungen zu einem epischen Kampf der Nationen

gegen eine nebulöse, allmächtige wie feige Verschwörung von Bösewichtern oder "Globalisten" (siehe Höckes Ausfälle weiter oben).

Nicht nur Trump, auch seine europäischen Wahngenossen wie Kaczynski, Orban, Putin, der österreichische "Babyhitler" (Titanic) Sebastian Kurz oder der türkische Egomane Erdogan sehen sich als Kämpfer gegen Verschwörungen irgendwelcher globaler Netzwerke, seien es Transatlantiker, jüdische Milliardäre, EU-Bürokraten, die UNO, Illuminati, Reptilioiden oder eben Jesuiten. (Selbstverständlich ist dieser Verschwörungswahn einerseits Ausdruck der ideologischen Verarbeitung des reellen gesellschaftlichen Fetischismus unterm Kapital, wie er in Kapitel 2.1 skizziert wurde).

Die Verschwörung als alltägliches Machtinstrument - gerade von den Exponenten des Rechtspopulismus bei ihren Machtkämpfen inflationär praktiziert - wird in diesen Ideologien zum Urgrund aller Krisenverwerfungen erklärt. Hinter allen Krisenschüben müssen bei dieser primitiven Projektion ähnliche Machtseilschaften stecken, die man selber beim politischen Aufstieg ausbildete. Die gesamtgesellschaftlicher Dynamik des Kapitals als "prozessierender Widerspruch wird von dem Nationalismus und Populismus allein schon deswegen nicht wahrgenommen, weil es einer Kränkung des eigenen Egos und der eigenen Machtgeilheit gleichkäme. Der Weg

in den offenen Antisemitismus, der immer die letzte ideologische Rückzugslinie des Kapitals in Krisenzeiten bildet, ist hier schon längst beschritten.

Politische Funktionseliten mit borderline-haften Charakterzügen

Der in vielen Ländern schon vollzogene Wechsel vom Neoliberalismus zum Neonationalismus (USA, Ungarn, Türkei, Polen, Russland, Ukraine, Philippinen, Österreich) geht mit einem Wechsel der politischen Funktionseliten einher, die oftmals labile, irrationale Charakterzüge tragen.

Neben Trump und Erdogan, die für ihre quasi borderline-haften Charakterzüge berüchtigt sind, könnten hier noch der philippinische Möchtegern-Kannibale Duterte oder der ungarische Soros-Jäger Orban genannt werden, der in der Flüchtlingskrise eine jüdische Milliardärsverschwörung sehen will.

In Polens Regierung glaubt man wiederum immer noch daran, dass Putin den verunglückten Präsidenten Lech Kaczynski 2010 umbringen ließ. Es ist gerade der paranoide Irrationalismus dieses durch die Krise an die Macht gespülten nationalistischen Politpersonals, der ihre Bereitschaft befördert, die historischen Lektionen von 1929 und 1933 zu ignorieren.

Selbstverständlich ist auch dieser Neonationalismus im höchsten Maße instabil, da er in Wechselwirkung mit den üblichen krisenbedingten Verwerfungen zumeist anderen barbarischen Zerfallsideologien (Separatismus) Platz macht. Es ist eher eine politische Mode, die im Krisenverlauf anderen ideologischen Zerfallstendenzen Platz machen wird.

Dies ist auch schon in Deutschland überdeutlich absehbar, wo rund ein Drittel der Bayern für einen Austritt aus der Bundesrepublik zu gewinnen wären. Bei der nächsten Wirtschaftskrise dürfte sich diese Relation verkehren.

Fehlendes historisches Bewusstsein

Der Neonationalismus darf zudem kein historisches Bewusstsein tragen, er geht - ganz dem Zeitgeist folgend - in der Jetztzeit voll auf, womit die evidente Faschisierung der Metropolengesellschaften tabuisiert wird. Die geistige Armseligkeit dieser parteiübergreifenden Ideologie, die eine regelrechte gesamtgesellschaftliche Renaissance des Nationalen in den meisten Metropolengesellschaften ausgelöst hat, drückt sich auch und gerade in ihrer Geschichtsvergessenheit aus.

Dies ist nicht einfach nur auf die Dumpfheit des kulturindustriell deformierten öffentlichen Diskurses zurückzuführen, dessen Langzeitgedächtnis auf wenige Wochen zusammengeschmolzen ist.

Während alle Länder und alle Parteien immer nationaler empfinden, Rechtspopulisten und mitunter Rechtsextremisten Wahlerfolge feiern, müssen die evidenten historischen Parallelen zum Vorfaschismus der 1930er Jahre verbissen ignoriert werden. Das Geschichtsbild des Neonationalismus besteht einfach darin, die üblichen Verschwörungstheorien in die Vergangenheit zu projizieren.

Es darf nicht debattiert werden, wohin der gegenwärtige Neonationalismus tendiert - gerade in der Bundesrepublik. Deswegen gibt ja de facto, dem öffentlichen Sprachgebrauch folgend, keine Nazis mehr in Deutschland. Es darf sie einfach nicht geben, allein schon der Exportkonjunktur wegen - dies war schon der erste große Sieg des Vorfaschismus, der die evidenten historischen Parallelen im öffentlichen Diskurs tabuisierte.

Höchstens "Rechte", Rechtspopulisten, rechte Aktivisten, Einwanderungskritiker, besorgte Bürger, eventuell noch Ultranationalisten, bevölkern die nach rechts abdriftende Mitte der Gesellschaft. Es sind einfach zu viele. Selbst ein Goebbels-Imitator wie Björn Höcke, der eindeutig antisemitische Hetze betreibt, wird nicht als Nazi bezeichnet. Mögen sich diese neu-alten "Judenkritiker" vom Schlage eines Björn Höcke oder Viktor Orban auch als große Gegenspieler zum neoliberalen "Globalismus" aufspielen, in Wirklichkeit sind sie dessen Erben. Präziser: Der

Neonationalismus ist eine ideologische Zerfallsform des Neoliberalismus. Er ist das, was übrig bleibt, sobald der ganze neoliberale Gedankenmüll der vergangenen Dekaden in Verwesung übergeht, da er nicht ordentlich ausgemistet wurde.

Der Neonationalismus stellt somit den ideologischen Ausfluss der krisenbedingten Barbarisierung der spätkapitalistischen Gesellschaften dar, ihrer "Verrohung". Der Ansturm des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, der spätestens nach dem Wahlsieg Macrons in Frankreich gebrochen schien, wird folglich mit den nächsten Krisenschüben erneut an Dynamik gewinnen. Das national und rassisch übersteigerte Konkurrenzdenken, gepaart mit der angstgetriebenen paranoiden Weltsicht, die überall Verschwörungen wittert und - zumeist jüdische - Sündenböcke benennt, stellt die naturwüchsigen Verwesungsform der in Auflösung übergehenden neoliberalen Ideologie dar.

Exkurs: Die große "Schuldfrage"

Diese wutgetränkte Paranoia mitsamt der an Hexenverfolgungen erinnernden, tendenziell antisemitischen Sündenbocksuche darf aber nicht dazu verführen, die Frage der persönlichen Verantwortung, der "Schuld" gänzlich auszublenden.

Es gilt zuerst klar festzuhalten, dass absolut niemand die Schuld am

Krisenausbruch trägt, da die Crisis von dem inneren Widerspruch (siehe Kapitel 2.1) des Kapitals befeuert wird - seiner marktvermittelten Tendenz, sich seiner eigenen Substanz, der wertschaffenden Lohnarbeit in der Warenproduktion, zu entledigen. Die Krise brach gerade deswegen aus, weil die Marktsubjekte genau das immer effizienter tun, was das System von ihnen verlangt: Lohnarbeit verwerten zwecks uferloser Kapitalakkumulation.

Je effektiver Lohnarbeit verwertet wird, desto größer der marktvermittelte Druck, desto stärker zieht sich die Schlinge um den Hals aller Marktsubjekte zu. Alle tun, was "das System" von ihnen verlangt, doch aufgrund der inneren Widersprüchlichkeit des Kapitalverhältnisses führt gerade dies in die Krise.

Diese Krisenrealität wird aber von der herrschenden Ideologie auf den Kopf gestellt: In den Massenmedien wird die Krise immer als Folge des systemwidrigen Fehlverhaltens irgendwelcher Sündenböcke dargestellt (Dies gilt auch für den grassierenden Rechtspopulismus wie Rechtsextremismus, die in ihrer Eigenschaft als Extremismus der Mitte nur die herrschende Ideologie ins Extrem treiben).

Wenn schon mit Kategorien der persönlichen Schuld operiert wird, dann muss sie gerade im "Normalvollzug" des Systems verortet

werden. Während also niemand "Schuld" trägt an dem Ausbruch der Systemkrise, deren Dynamik sich quasi "hinter dem Rücken der Produzenten" (Marx) entfaltet, heißt das noch lange nicht, dass im Kapitalismus niemand schuldig würde. Es ist aber gerade das alltägliche Funktionieren des Systems - die marktvermittelte Unterdrückung, Ausbeutung und Ideologieproduktion -, in dessen Verlauf all die hierfür verantwortlichen Individuen Schuld auf sich laden, die als "Charaktermasken" (Marx) ihrer kapitalistischen Funktionen diese Systemzwänge exekutieren.

Mehr noch: In Wechselwirkung mit der Krisendynamik wird gerade die Ausbeutung, die Unterdrückung, die Lügenproduktion des Systems ins Extrem gesteigert. Der populistische Krisendiskurs stellt hier wiederum Ursache und Wirkung auf den Kopf: Die vielen, zunehmenden "Schweinereien" wie extreme Ausbeutung, absurde Propagandakampagnen oder die mörderischen neoimperialistischen "Interventionen" sind nicht Ursache der Krise, sondern deren Folge.

Dies gilt auch für die viel kritisierte Stellung des Exportweltmeisters Deutschland als dem großen scheinbaren "Krisengewinner", der seinen Aufschwung den ins Ausland exportierten Schuldenbergen verdankt. In den späten 1990ern, vor der Euroeinführung samt Agenda 2010, galt Deutschland als der "kranke Mann Europas", da sich auch hierzulande die Krisentendenzen, die nun buchstäblich

exportiert werden, in Form wachsender Arbeitslosigkeit und konjunktureller Stagnation manifestierten.

Die Exportausrichtung der Bundesreplik kann somit ebenfalls als eine reaktionäre "Flucht nach vorn" vor eben diesen als "Sachzwänge" sich manifestierenden Krisentendenzen beschrieben werden - in die heute gegebene extreme Exportausrichtung. Das "entschuldigt" selbstverständlich nicht die Exzesse der Berliner Machtpolitik etwa in Südeuropa, das von einem Sparsadisten wie Wolfgang Schäuble in einen pauperisierten preußischen Kasernenhof verwandelt wurde.

Dass der Fetischismus der kapitalistischen Gesellschaft, wo die marktvermittelten Handlungen der Marktsubjekte diesen als eine fremde, quasi-objektive Kraft entgegentreten, keineswegs zu einer Exkulpierung der Taten der Täter führt, hat der Krisentheoretiker Robert Kurz schon zu Beginn des 21. Jahrhunderts dargelegt:

»Wenn nun der gemeinsame Formzusammenhang von abstrakter Arbeit, Warenform, Staatsbürgerlichkeit usw. ins Blickfeld der Kritik rückt, wo bleibt da die Verantwortlichkeit? Kann man einen blinden Strukturzusammenhang, kann man das automatische Subjekt für irgend etwas verantwortlich machen, und sei es das größte Verbrechen? Und umgekehrt: Wenn die kapitalistische Barbarei letzten Endes in den stummen Zwängen der Konkurrenz usw. angelegt ist,

sind dann nicht die barbarischen Taten der hässlichen Manager, der schmutzigen Politiker, der bürokratischen Krisenverwalter, der blutigen Schlächter des Ausnahmezustands irgendwie entschuldigt, weil immer bedingt und eigentlich durch die subjektlosen Strukturgesetze der "zweiten Natur" verursacht?«

Eine solche Argumentation vergisst, dass der Begriff des automatischen Subjekts eine paradoxe Metapher für ein paradoxes gesellschaftliches Verhältnis ist. Das automatische Subjekt ist keine aparte Wesenheit, die für sich irgendwo dort draußen hockt, sondern es ist der gesellschaftliche Bann, unter dem die Menschen ihr eigenes Handeln dem Automatismus des kapitalisierten Geldes unterwerfen.

Wer aber handelt, das sind immer die Individuen selbst. Konkurrenz, künstlich erzeugter Überlebenskampf, Krisen usw. treiben die Potenz der Barbarei hervor, aber praktisch vollstreckt werden muss diese Barbarei von den handelnden Menschen, also auch durch ihr Bewusstsein hindurch. Und deshalb sind die Individuen auch subjektiv verantwortlich für ihr Tun, der hässliche Manager und der schmutzige Politiker ebenso wie andererseits der rassistische Arbeitslose und die antisemitische alleinerziehende Mutter.

Das ungeheure Angst- und Drohpotential dieser Gesellschaft muss

tagtäglich verarbeitet werden, und jeden Moment treffen die Individuen dabei Entscheidungen, die niemals völlig alternativlos sind - weder im alltäglichen kleinen noch im gesellschaftlich-historischen großen Maßstab. Niemand ist einfach nur eine willenlose Marionette, sondern alle müssen die haarsträubenden Widersprüche, die Ängste und Leiden dieses Banns selber ausagieren.

Deshalb ist es kein Widersinn, die notwendige Gesellschaftskritik auf die Ebene der sozial übergreifenden Strukturen, auf die abstrakte Arbeit und das automatische Subjekt zu richten, gleichwohl aber die handelnden Individuen für ihr Tun verantwortlich zu machen, auch wenn ihre gesellschaftliche Charaktermaske ihnen den Zustand der Unzurechnungsfähigkeit nahelegt." (Robert Kurz: Marx Lesen, Die wichtigsten Texte von Karl Marx für das 21. Jahrhundert., 2000)

Eine Angela Merkel und ein Wolfgang Schäuble sind genauso für all das voll verantwortlich, was sie Griechenland und Südeuropa angetan haben, wie der gemeine Forentroll für all die Hetze verantwortlich ist, die er im Netz absondert - auch wenn vermittels dieser Handlungen nur die systemische Krisendynamik exekutiert wird.

Erstveröffentlichung: August 2017

2.5 Willkommen in der Postdemokratie

Das deutsche Krisendiktat gegenüber Hellas läutet eine neue Ära autoritärer, nationalistischer Krisenverwaltung in einem erodierenden Europa ein

"Was ist der Unterschied zwischen der Mafia und der gegenwärtigen europäischen Führung? Die Mafia macht dir ein Angebot, das du nicht ausschlagen kannst. Die Führer der Europäischen Union machen dir ein Angebot, das du weder ausschlagen noch annehmen kannst, ohne dich dabei selbst zu vernichten."

Es war die Irish Times, die am treffendsten die sadistische Logik des deutschen Diktats charakterisierte, der sich Griechenlands Linksregierung während des berüchtigten Brüsseler Krisengipfels in den Morgenstunden des 13. Juli 2015 beugen musste. Die sozioökonomische Vernichtung und Demütigung Griechenlands war das eigentliche Ziel, das Merkel und Schäuble verfolgten.

Sollte Syriza tatsächlich versuchen, dies extremistische Kahlschlagprogramm umzusetzen, mit dem Berlin Hellas in eine Art ökonomisches Protektorat verwandelte, wird die griechische Volkswirtschaft noch weiter abstürzen, ohne dass eine Aussicht auf Besserung bestünde.

Dies wäre auch durch einen - von Schäuble offensichtlich favorisierten - Grexit erreicht worden, bei dem Hellas mittels tätiger Mithilfe der Bundesregierung auf den Status eines Dritte-Welt-Landes abgesunken wäre. Ein anderes als ein katastrophales Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone kann Berlin gar nicht zulassen, da sonst andere krisengeplagte Eurostaaten versucht wären, einen ähnlichen Weg einzuschlagen.

Der deutsche "Bulldozer" und eine neue EU

Die Empörung über das rabiate Vorgehen Berlins, bei dem der offene Bruch mit Frankreich riskiert wurde, erfasste in der Folge die Öffentlichkeit so ziemlich aller westlichen "Partner" der Bundesrepublik. Die Washington Post etwa warnte vor der Rückkehr des "grausamen Deutschen", bei der ein in Dekaden akkumuliertes politisches Kapital von Berlin binnen kürzester Zeit verspielt wurde. Das US-Hauptstadtblatt zitierte in dem Bericht den französischen Figaro, der das Diktat Berlins folgendermaßen zusammenfasste:

»Es sind Bedingungen einem kleinen Mitgliedsland aufgezwungen worden, die früher nur durch Waffengewalt durchgesetzt werden konnten.«

Der Britische Guardian bemerkte, das Berliner Diktat sei "grausam um der Grausamkeit willen". Sowohl die US-Newssite Bloomberg

als auch der britische The Telegraph veröffentlichten Leitartikel, in denen die BRD aufgefordert wurde, aus der Eurozone auszutreten.

Die konservative Zeitschrift Forbes warnte, dass der deutsche Sparsadismus gegenüber Hellas im Endeffekt einen Kriegsgrund darstelle. The Telegraph bezeichnete Griechenland als ein "okkupiertes Land", in dem grundsätzliche demokratische Spielregeln ausgehebelt werden.

Die bekannte Zeitschrift Foreign Policy verglich die Bundesregierung mit einem Bulldozer, der Athen erobert und "Werte wie Demokratie und nationale Souveränität zertrampelt" habe, um einen "Vasallenstaat" zu errichten. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis Deutschland weitere Opfer in dem "monströsen, undemokratischen" Schuldenturm, zu dem Europa verkommen sei, finden werde:

»Welches Land wird als Nächstes drankommen?«

Die Zeit fasste die vernichtende Kritik aus Frankreich an dem deutschen Va-banque-Spiel in Brüssel zusammen. Deutschland wurde vom Mitbegründer des linksliberalen Medienportals Mediapart, François Bonnet, als ein "neues Problem" Europas bezeichnet, das durch "eine brutale und doktrinäre" Machtentfaltung "die europäische Kompromisskultur in den Wind schlägt". Berlin gehe es um nichts anderes als die Etablierung eins

neuen, autoritären Europa unter deutscher Führung, so Bonnet:

»Mit dem griechischen Exempel wird deutlich, dass Deutschland das Projekt eines offenen, pluralistischen, solidarischen, aber nicht uniformen Europa bekämpft, das den Mitgliedsstaaten bisher weiten politischen Spielraum ließ, ohne den Demokratie nicht möglich ist. (...) Das wird in den kommenden Jahren das europäische Projekt nachhaltig verändern.«

Der linksliberale Historiker Emmanuel Todd zog hingegen Parallelen zu den letzten beiden Versuchen Berlins, in Europa eine Hegemonie zu errichten:

»Europa ist ein Kontinent, der im 20. Jahrhundert in zyklischer Regelmäßigkeit unter deutscher Führung Selbstmord begeht. Zuerst im Ersten Weltkrieg, dann im Zweiten Weltkrieg (...). Wir sind zweifellos dabei, einer dritten Selbstzerstörung Europas beizuwohnen, und wieder unter deutscher Führung.«

Die Irisch Times schlussfolgerte im eingangs erwähnten Artikel, dass die "Peinigung Griechenlands" durch Deutschland dem Ziel diene, eine Nachricht zu senden: Man sei nun in "einer neuen EU", die von einer "dominanten Macht" und einer einzigen "akzeptierten Ideologie" beherrscht werde. Die Deutschen benehmen sich nicht einmal mehr als Erste unter Gleichen: "Deutschland ist der Erste in einem Europa der Ungleichheit."

Eine ähnliche Einschätzung der deutschen Motivation für die sadistische Sonderbehandlung Griechenlands lieferte der deutsche Ökonomieprofessor Christian Rieck gegenüber der Washington Post. Die "harte Haltung" Berlins werde Berlin langfristig von Nutzen sein, da sie beweise, dass Deutschland die Fähigkeit habe, es "zu Ende zu bringen".

Es ging Berlin also darum, ein Exempel zu statuieren und Angst zu säen. Niemals wieder soll die Bevölkerung eines Krisenlandes es wagen, eine Linksregierung zu wählen, die Deutschlands desaströses Krisendiktat in "seiner" Eurozone herausfordert. Die Botschaft an die Krisenstaaten Europas war klar: Wer Widerstand leistet und nicht bereit ist, für Deutschlands Größe zu hungern, der wird fertiggemacht und fliegt raus, um als ein gescheiterter Staat Teil des globalen Südens zu werden.

Die Empörung über das deutsche Vorgehen gegenüber Hellas war somit von Berlin einkalkuliert. Alle sollten sehen, wozu Deutschland fähig ist, um hieraus die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen - und sich der deutschen Dominanz zu fügen. Den Fallout internationaler Kritik am deutschen Vorgehen, der sich nun über Berlin ergießt, will die Bundesregierung in bester kohlscher Tradition einfach aussitzen. Die neuen antidemokratischen "Spielregeln" der Eurozone, bei denen Berlin als die entscheidende Machtinstanz der Eurozone fungiert, sollen so mittelfristig

durchgedrückt werden und zu einer neuen spätkapitalistischen "Normalität" avancieren, nachdem sich der kurzfristige Sturm der Empörung legen wird.

Nach dem 13. Juli 2015 ist evident geworden, dass man im Fall der Eurostaaten nicht mehr von funktionierenden bürgerlichen Demokratien sprechen kann. Die Entscheidungsfindung des Souveräns über die künftige Wirtschaftspolitik hat keine reellen Auswirkungen mehr, wie es an dem Referendum in Hellas offenbar wurde - stattdessen muss sich die politische Klasse der Eurozonenländer den Weisungen aus Berlin fügen.

Attrappen der Demokratie

Der Begriff Postdemokratie scheint für den gegenwärtigen Zustand angemessen: Die Institutionen der bürgerlichen Demokratie sind noch vorhanden, aber sie stellen bloße Attrappen dar, hinter denen gnadenlose Machtpolitik und eskalierende Krisendynamik ineinandergreifen. Deutschland führt somit auch einen Krieg gegen die Demokratie, wie es an den Reaktionen Schäubles und Merkels auf das Referendum in Griechenland deutlich wurde, die ja die intendierte Demütigung Griechenlands auf die Spitze treiben.

Nicht nur die Interviewäußerungen des geschassten griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis, dem von Schäuble klargemacht wurde, dass Wahlen nichts an Deutschlands Spardiktat ändern

dürften, belegen dieses tief sitzende antidemokratische Ressentiment in Deutschlands Funktionselite.

Schäuble habe immer wieder betont, dass er Änderungen an dem beschlossenen Programm nicht diskutieren werde, so Varoufakis. Er habe Schäuble schließlich gefragt, ob es dann nicht besser wäre, Wahlen in verschuldeten Ländern überhaupt nicht mehr abzuhalten, erinnerte sich Varoufakis - er habe vom deutschen Finanzminister keine Antwort hierauf erhalten.

Auch die antidemokratischen Absonderungen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), immerhin eines der führenden deutschen Leitmedien, schockierten. Dort hieß es mit Blick auf das griechische Referendum lapidar:

»Es gibt ein paar Dinge auf der Welt, wo die Demokratie nichts zu suchen hat. Schulden zum Beispiel.«

Hierbei wurde die bizarre schwäbische Hausfrauenökonomie bemüht und ein verschuldeter Häuslebauer, der seine Familie über die Abzahlung der Hypothek abstimmen lässt, mit einer Volkswirtschaft gleichgesetzt.

Der fundamentale Unterschied zwischen einem Individuum und einer in langjähriger Rezession versunkenen Volkswirtschaft, bei der Sparmaßnahmen zu Einnahmeausfällen führen (im Gegensatz

zum Häuslebauer), fällt in einem chauvinistisch aufgeladenen deutschen Diskurs, in dem Nationen längst wieder zu Kollektivwesen imaginiert werden, kaum noch auf. Die Intention dieses primitiven ideologischen Konstrukts ist klar: Über Deutschlands Krisendiktat darf in den Krisenstaaten nicht abgestimmt werden.

Offen sprach dies auf eine verlogene Art und Weise die Wochenzeitung "Die Zeit" aus, die über die deutsche "neue Härte" jubelte, die "der Gemeinschaft guttut". Der deutsche Wirtschaftskrieg um die Hegemonie in Europa wurde mit der US-Kriegstaktik "Shock and Awe" verglichen:

»Auch wenn das niemand offen ausspricht: Tsipras' Niederlage musste so deutlich ausfallen, um potenzielle Nachahmer abzuschrecken. Shock and Awe auf Europäisch, nur ohne Waffen. Besonders fröhlich verließ deshalb der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy am Montagmorgen das Brüsseler Ratsgebäude.«

Der erzkonservative spanische Premier Rajoy galt tatsächlich als einer der engsten Verbündeten Berlins, während seine Rechtsregierung Sozialkahlschlag und Demokratieabbau ins Extrem treibt - ohne dass die Bundesregierung, die ansonsten jede Abweichung vom Sparregime in Südeuropa gnadenlos verfolgt, jemals interveniert hätte.

Aushebelung des Versammlungsrechts

Wie weit die Erosion bürgerlich-demokratischer Freiheitsreste schon 2015 vorangeschritten war, konnte gerade am Beispiel dieses spanischen "Musterknaben" studiert werden, wo drakonische Gesetzesänderungen mit der schweigenden Zustimmung Berlins de facto zur Abschaffung des Demonstrationsrechts und der Redefreiheit führten. Die New York Times schrieb von einem Rückschritt in die "dunklen Tage des Franco-Regimes".

Die Wochenzeitung "Der Freitag" fasste einige der absurd anmutenden Regelungen zusammen, mit denen offenbar die Entstehung künftiger Protestbewegungen verhindert werden soll:

»Unangemeldete Versammlungen und Demonstrationen vor öffentlichen Gebäuden, seien es Krankenhäuser, Verwaltungen oder das spanische Parlament, werden von jetzt an mit bis zu 30.000 Euro geahndet. Protestaktionen innerhalb öffentlicher Gebäude kosten bis zu 600.000 Euro. Wer unautorisiert Bilder oder Videos von Sicherheitskräften verbreitet, muss ebenfalls mit Strafen von über einer halben Million Euro rechnen. … Störungen öffentlicher oder religiöser Veranstaltungen ziehen Geldbußen bis 600.000 Euro nach sich. Spontane Versammlungen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen kosten 100 bis 600 Euro.«

Trotz der astronomischen Bußgelder handele es sich nur um "Ordnungswidrigkeiten", was letztendlich auf das Ruinieren der betroffenen Demonstranten abzielt:

»Der Rechtsweg im Vorfeld ist damit ausgeschlossen. Das Bußgeld kann höchstens im Nachhinein gerichtlich angefochten werden, sofern der Kläger dann noch liquide ist. Der Gesetzgeber hat die Polizeibeamten quasi mit richterlichen Kompetenzen ausgestattet: Sie fällen das Urteil, welche verwaltungsrechtliche Sanktion verhängt wird.«

Diese Aushebelung des Versammlungsrechts ist selbstverständlich eine Reaktion auf den Erfolg der Protestpartei Podemos. Es fand somit eine Arbeitsteilung zwischen Berlin und Madrid statt: Während Schäuble an Hellas ein abschreckendes Exempel statuiert, geht Rajoy innenpolitisch gegen die Protestpartei vor.

Die durch die Berliner Krisenpolitik forcierte autoritäre Transformation Europas ist somit keine düstere Zukunftsvision. Sie findet jetzt statt. Das deutsche Diktat des 13. Juli 2015 stellt einen offenen qualitativen Bruch dar, der diese autoritären Tendenzen massiv befördern wird.

Die neue deutsche Härte, die von der Zeit bejubelt wurde, findet sich auch in einer Reaktion der FAZ auf die Kritik an dem deutschen Dominanzstreben. Deutschland dürfe sich bei seinem dritten Anlauf

zur Erringung der europäischen Hegemonie nicht "einschüchtern" lassen, warnte das konservative Leitmedium. Insbesondere nicht von Gegenkräften, die die "deutsche Geschichte als Munition" einsetzen:

»Man soll also die Kirche im Dorf lassen und das (gespielte?) Erschrecken vor den "neuen" Deutschen einstellen. Vielleicht wird die Währungsunion künftig tatsächlich stärker als bisher, weil alle wissen, was Sache und, dass die Zeit für Spielereien abgelaufen ist. Dann hätte die deutsche Verhandlungsführung ihren Zweck erfüllt.«

Abermals wird hier letztendlich ausgesprochen, dass es Berlin um ein Exempel ging, das an Hellas zu statuieren war, um die Zeit der demokratischen "Spielereien" in der deutschen Währungsunion zu beenden.

Überwachen und Strafen - auf diesen Nenner brachte der österreichische "Standard" die deutsche Ideologie, die mit einem "populistischen und nationalistischen Wahn" in Deutschland einhergehe, "der seinesgleichen sucht". Berlin wolle einen "neuen Politikstil" etablieren, ein "Regime der Angst in ganz Europa: Wer ausschert, der wird niedergemacht".

»Das Regime der Angst zielt auf autoritäre Disziplinierung ab - die Zeit, als die Eliten noch versuchten, im Konsens zu regieren, ist vorbei. Der neue Regierungsstil setzt auf Zwang statt Konsens, das ist sein

antidemokratischer Kern.«

Und selbstverständlich ist es die schwere Systemkrise, in der sich der Kapitalismus befindet, die diese autoritäre Wende nun auch in den Zentren des kapitalistischen Weltsystems voll einsetzen lässt. Die Zeit der Gratifikationen, mit denen "Konsens" erkauft wurde, ist in vielen Regionen Europas endgültig vorbei, weil die eskalierende Krisendynamik die ökonomischen Möglichkeiten eines Regierens im Konsens zusendest erodieren lässt.

Damit entpuppt sich die kapitalistische Demokratie als eine bloße Schönwetterveranstaltung, die nur in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität den Lohnabhängigen die Illusion von Wahlfreiheit lässt. Das antidemokratische Ressentiment wächst in Krisenzeiten ja gerade in der Mitte der Gesellschaft heran, etwa in den deutschen Redaktionsstuben, wie die obigen Beispiele illustrieren.

Endlose Kapitalvermehrung

In Krisenzeiten wird auch ersichtlich, wo die Grenzen der Demokratie im Kapitalismus liegen: bei den absurden "Sachzwängen" des Kapitals. Das Kapital und die "freien Märkte" stehen selbst in der gegenwärtigen Systemkrise niemals zur Diskussion oder Disposition, weil sie in der herrschenden Ideologie den Charakter von natürlichen Gesetzmäßigkeiten annehmen, die aus unabänderlichen Wesenseigenschafen des Menschen oder der

Natur entspringen.

In der kapitalistischen Demokratie werden somit auch in Zeiten der Prosperität nur verschiedene Wege erörtert, den kapitalistischen Selbstzweck der uferlosen Kapitalverwertung (Wachstum!) zu optimieren. Und Demokratie bedeutet praktisch, dass, im günstigen Falle, alle dazu eingeladen sind, sich an der Organisierung der Wertverwertung aktiv zu beteiligen. Dieser irrationale Selbstzweck der endlosen Geldvermehrung ist axiomatisch allen politischen Entscheidungen und öffentlichen Debatten als eine Art Tabu vorausgesetzt, das tief in die öffentliche Diskurslogik eingebrannt wurde.

Der Bürger darf somit darüber abstimmen, wie das fetischisierte Wirtschaftswachstum angekurbelt, wie weitere "Arbeitsplätze" geschaffen werden sollen, aber es ist schlicht unmöglich, im Mainstream über Alternativen jenseits von Markt und Kapital selbst in der gegenwärtigen Systemkrise auch nur zu diskutieren - schon eher wird die ehemals Heilige Kuh der kapitalistisch verstümmelten Pseudodemokratie geopfert, als dass die Herrschaft der "Märkte" auch nur in Zweifel gezogen würde.

Dabei birgt diese Pseudofreiheit einer Scheindemokratie, in der die Bürger nur über die effizientesten Wege zur Optimierung des als naturwüchsig imaginierten Wirtschaftssystems abstimmen und

diskutieren können, ein ungeheures Identifikationspotenzial mit sich. Sobald die Bürger über die konkrete Ausformung, über die Nuancen der unabänderlichen Systemzwänge und Kapitalimperative abstimmen können, setzen Prozesse der Verinnerlichung ein, die zu einer umfassenden Selbstdisziplinierung führen.

Durch die Wahlen wird die Illusion befördert, die durch autoritäre Diskurse vermittelten Imperative der Wirtschaftsmaschinerie würden dem eigenen subjektiven Willen entsprechen. Und wer würde sich schon dem eigenen Willen nicht unterwerfen wollen? Hiernach ärgert man sich höchstens, dass "die da oben" eh wieder alles versauen würden.

Aktive Mitwirkung an der Optimierung der Ausbeutungs- und Herrschaftstechniken

In der gegenwärtigen Systemkrise bringt diese kapitalistische Pseudodemokratie eine reale Dystopie hervor, die den Albträumen George Orwells und Aldous Huxleys ebenbürtig ist: Der scheinbar mündige Bürger (in Wirklichkeit ein ohnmächtiges und mehr oder weniger unzurechnungsfähiges Objekt im heteronomen Prozess der Kapitalverwertung) wählt die Art und Weise, wie seine verstärkte Ausbeutung und Entfremdung konkret zu organisieren und zu vervollkommnen ist. Keine Herrschaftsform ist effizienter,

als diejenige, die ihre Herrschaftsobjekte dazu bringen kann, an der Optimierung der Ausbeutungs- und Herrschaftstechniken aktiv mitzuwirken.

Diese Selbstdressur und Verinnerlichung der kapitalistischen Systemimperative, die im öffentlichen Diskurs in Orwellscher Manier als "Demokratie und Freiheit" tituliert wird, kann in der gegenwärtigen Krise kaum noch aufrechterhalten werden. Das liegt einfach daran, dass es in vielen Ländern der Peripherie keine gangbaren Wege zur Optimierung oder auch nur zur Aufrechterhaltung der Kapitalverwertung gibt, über die in demokratischer Manier mit einer Aussicht auf Erfolg abgestimmt werden könnte.

In der gegenwärtigen Systemkrise, die global ein riesiges Heer "überflüssiger" Menschen produziert, werden diese Lohnabhängigen aus dem Arbeitsprozess schlicht ausgestoßen und der Verelendung überlassen. Somit verlangt die kapitalistische Krisenlogik - die in Europa mit besonderer Hingabe von Schäuble und Merkel exekutiert wird - schlicht die weitgehende sozioökonomische Marginalisierung des überflüssigen "Menschenmaterials". Das Kapital verlangt folglich von den Bürgern etwa in Griechenland, Spanien oder Portugal den ökonomischen Selbstmord, umgesetzt durch immer neue Sparprogramme.

Und eben hier scheint nun die tiefe Absurdität des Referendums in Griechenland auf: Es handelte sich angesichts der deutschen Dominanz in der Eurozone de facto um die Wahl zwischen verschiedenen Formen des ökonomischen Selbstmords. Grexit in den Failed States oder Schuldknechtschaft - dies war die Wahl, vor der Griechenlands Wähler standen.

In der gegenwärtigen Krise blättert der demokratische Lack an der zunehmend stotternden kapitalistischen Verwertungsmaschine ab, während der barbarische Kern kapitalistischer Vergesellschaftung - die totale Konkurrenz in allen Gesellschaftssphären - immer brutaler und deutlicher zutage tritt. Das Härte predigende Deutschland ist somit letztendlich das Subjekt, das diese autoritären und barbarischen Krisentendenzen auf europäischer Ebene exekutiert.

Erstveröffentlichung: Juli 2015

2.6 Freihandel und Flüchtlinge

Anlässlich der TTIP-Proteste, ein Blick zurück auf die vergessenen desaströsen Freihandelsdeals der EU, die Afrika aufgenötigt wurden

Freihandel macht mobil. Zumindest die politische Opposition gegen die windigen Freihandelsabkommen zwischen der EU einerseits sowie den USA und Kanada anderseits (TTIP und CETA) konnte sich 2016 sich über massenhaften Zulauf freuen. Mitte September 2016 protestierten rund 320.000 Menschen gegen die verheerenden Folgen solcher "transatlantischer" Freihandelsdeals, bei denen soziale Standards geschleift, und demokratische Rechte unterhöhlt werden.

Angesichts der Dynamik dieser Proteste gegen das drohende neoliberale - und letztendlich postdemokratische - Freihandelsregime, muss zugleich deren Einseitigkeit und Blindheit verwundern. Hort des Bösen sind für viele Demonstranten immer nur die USA, während die entsprechenden Machenschaften Europas nicht wahrgenommen werden. Nur zwei Wochen vor der Großdemonstration gegen TTIP, bei der Deutschland mutig dem berüchtigten angloamerikanischen Chlorhuhn die Stirn bot, wurden Kenia und Ruanda nach Brüssel zitiert, um ein in der Region heftig umstrittenes Freihandelsabkommen mit der EU in aller Stille zu unterzeichnen.

Insbesondere Kenia leistete diesem Freihandelsdiktat Brüssels lang anhaltenden Widerstand. Bei diesem Deal Brüssels mit den Ländern Afrikas geht es auch um subventioniertes Federvieh - meistens sind es aber Schlachtabfälle aus Deutschlands monströsen Hähnchenfabriken, die zu Dumpingpreisen auf den Märkten Afrikas feilgeboten werden und die dortige Landwirtschaft ruinieren. Aber alles der Reihe nach.

Zur Erinnerung: Seit mehr als zehn Jahren bemüht sich die EU, mit möglichst vielen afrikanischen Ländern langfristige Freihandelsabkommen (EPA - Economic Partnership Agreement) abzuschließen, um diese in ein möglichst enges ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis zu manövrieren. Diese neoimperiale EU-Strategie zielt vor allem auf die Sicherung des Zugangs zu den Rohstoffen dieser peripheren Region ab, in der auch China und die USA verstärkt aktiv sind.

Die langfristige Strategie Brüssels erinnert an das Vorgehen eines Drogendealers: Nachdem die EU etlichen "Entwicklungsländern" ab dem Jahr 2000 einen erleichterten Zugang auf den europäischen Binnenmarkt einräumte, bildeten diese entsprechende ökonomische Verflechtungen mit Europa aus - etwa bei Agrarprodukten.

Diese wachsenden afrikanischen Abhängigkeiten verschafften

Brüssel erst den Hebel, mit dem der afrikanische Widerstand gegen die weitgehende Öffnung seiner Märkte für die gnadenlos überlegene europäische Konkurrenz gebrochen werden konnte. Mitte 2013 hat Brüssel in übler neokolonialer Manier etlichen afrikanischen Staaten ein Ultimatum gestellt. Entweder sie unterzeichnen die EPA bis Oktober 2014 oder es werden ihnen sämtliche Handelserleichterungen mit der EU gestrichen.

Das von der deutschen Öffentlichkeit weitgehend ignorierte Brüsseler Diktat, das selbstverständlich auch von Berlin wie den entsprechenden Lobbygruppen der deutschen Wirtschaft mitgetragen wurde, führte zum durchschlagenden Erfolg: Am 10. Juli 2014 kapitulierten die Regierungen der Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikanischen Staaten (Ecowas) und leiteten den Ratifizierungsprozess des maßgeblich von Brüssel formulierten EPA ein. Am 22. Juli folgte die Ratifizierung eines ähnlichen "Wirtschaftspartnerschaftsabkommens" mit sieben Mitgliedsstaaten der Südafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Southern African Development Community (SDAC) - darunter auch Angola, Südafrika und Namibia. Kamerun schließlich ratifizierte sein EPA mit der EU am 25. Juli 2014. Einzig Kenia versäumte es zuerst, die Deadline des "Weißen Mannes" einzuhalten, sodass die Strafzölle der EU den Exportsektor des Landes voll trafen und "150.000 Arbeitsplätze" gefährdeten, wie es bei CNBC-Afrika hieß.

Der Regierung in Nairobi gelang es, die Kapitulation unter das Brüsseler Freihandelsdiktat bis zum 1. September 2016 hinauszuschieben. Tansania weigert sich hingegen immer noch, die EPA zu unterzeichnen, sodass nun die regionale Wirtschaftsunion Ostafrikas, die East African Community, vom Zerfall bedroht ist. Die enge ökonomische Anbringung der afrikanischen Staaten an die EU unterminiert somit zugleich die regionale Kooperation.

Langfristig schaden afrikanische Länder ihrer Wirtschaft mit der Öffnung der Märkte

Kurzfristig werden durch den Abschluss der EPA mit der EU die Jobs in den Exportsektoren der betroffenen afrikanischen Staaten erhalten, doch langfristig drohen den Ländern Afrikas schwere sozioökonomische Verwerfungen aufgrund der weitgehenden Öffnung ihrer Märkte für europäisches Kapital.

Laut den EPA muss Afrika nun seine Märkte zu 83 Prozent für europäische Waren öffnen, während Schätzungen zufolge nur zehn Prozent der in Afrika hergestellten Waren tatsächlich international wettbewerbsfähig sind. Für Andreas Wenzel von der Südliches Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft stellen solche Tatsachen bloße Sentimentalitäten dar, wie er gegenüber Report Mainz klarmachte: "Die in unserer Gesellschaft zutiefst verankerte Ausprägung, dem afrikanischen Kontinent helfen zu müssen, darf

für uns keine Maßgabe der Politik sein." Nur der freie Markt könne Afrika wettbewerbsfähig machen, behauptete Wenzel.

Andrew Mold, Wirtschaftsexperte bei der United Nations Economic Commission for Africa, betonte hingegen, dass die EPAs Brüssels das Elend und die Verzweiflung in der Peripherie des Weltmarktes zementieren würden, da die zerrütteten afrikanischen Volkswirtschaften nicht mit der deutschen Wirtschaft konkurrieren könnten. Dies führe dazu, "dass durch den Freihandel und die EU-Importe bestehende Industrien gefährdet werden und zukünftige Industrien gar nicht erst entstehen, weil sie dem Wettbewerb mit der EU ausgesetzt sind".

Ähnlich argumentierte Francisco Marí, Handelsexperte der NGO Brot für die Welt, der die EPA als einen "Abgesang für eine industrielle Verarbeitung" in Afrika bezeichnete. Selbst in der Kleinindustrie oder in der Weiterverarbeitung agrarischer Produkte oder Rohstoffe würden langfristig jegliche nennenswerten Entwicklungschancen zerstört, da die Abkommen auf "mehrere Jahrzehnte" angelegt, und die europäischen Waren aufgrund der höheren Produktivität natürlich billiger seien. Es sei "frustrierend", als NGO mittels Spenden Agrarentwicklungsprogramme in Afrika zu realisieren, nur um wenig später festzustellen, dass dies im Endeffekt vergebens sei, weil die hochsubventionierten EU-Agrarprodukte den afrikanischen Agrarsektor zerstörten, so Marí.

Selbst der ehemalige DDR-Bürgerrechtler Günter Nooke, der ein Auskommen als Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin Angela Merkel gefunden hat, kam nicht um hin, die von der Bundesregierung unterstützten Abkommen mit Afrika zu kritisieren. Die Freihandelsabkommen liefen den "entwicklungspolitischen Bemühungen" Europas in Afrika zuwider, glaubt Nooke. Deutschland und Europa investierten Steuergelder im Rahmen der Entwicklungshilfe in Afrika, doch würde die EPA diese Bemühungen wieder zunichtemachen: "Man sollte mit Wirtschaftsverhandlungen nicht kaputt machen, was man auf der anderen Seite als Entwicklungsministerium versucht aufzubauen", warnte der Afrikabeauftragte. Auch Francisco Marí verwies darauf, dass die im Oktober 2014 gegen Kenia erhobenen Strafzölle die an das Land im gleichen Zeitraum gezahlte Entwicklungshilfe "wahrscheinlich überstiegen" würden.

Diese pessimistischen Prognosen sind durch eine Vielzahl ähnlich gelagerter Beispiele aus der Vergangenheit nur zu gut begründet. Schon seit geraumer Zeit haben die Zentren des Weltsystems den "Freihandel" vor allem dazu genutzt, um ihre agrarische Überschussproduktion in der Peripherie entsorgen zu können. Ein Symbol für diese rücksichtslose Exportpolitik, die unzähligen afrikanischen Kleinbauern schlicht die Lebensgrundlagen entzieht, stellt das mit Chemie und Subventionen vollgepumpte europäische

Hühnerfleisch dar, das jahrelang die Märkte Westafrikas - etwa Ghanas - überschwemmte.

Die Folge: In den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts deckte der ghanaische Agrarsektor rund 80 Prozent des Geflügelbedarfs dieses westafrikanischen Landes - nun sind es nur noch zehn Prozent.

Rund 165.000 Tonnen Fleischreste der globalen spätkapitalistischen Agrarindustrie überschwemmen beispielsweise alljährlich Ghana, die in den Zentren des Weltsystems keine Abnehmer mehr finden. Für die Agrarkonzerne, die ihre "Ware" in regelrechten Fabriken in Rekordzeit unter monströsen Bedienungen zur Schlachtreife mästen, stellen die Exporte nach Afrika nur ein Zusatzgeschäft dar, da schon der Verkauf der begehrten Teile, wie der Filets, in den Metropolen die Herstellungskosten deckt. In Ghana landen dann europäische Hähnchenreste, wie Innereien, Flügel und Hälse oder der knochige Rücken des Tieres. Mit absoluten Dumpingpreisen wurde in den späten 90er Jahren die einheimische Geflügelzucht vom Agrobusiness verdrängt, um hiernach diese anzuheben. Während Deutschland sich über das amerikanische Chlorhuhn empört, überschwemmen deutsche Schlachtabfälle die Märkte Afrikas.

Dennoch sind die Fleischerzeugnisse der westlichen Agrarindustrie

immer noch konkurrenzlos billig, sodass die EU ab 2008 de facto auf den Export direkt subventionierter Agrarprodukte nach Afrika verzichten kann. Insofern wirkte die Anfang 2014 großspurig publizierte Ankündigung von Agrarkommissar Dacian Ciolos, auf weitere Exportsubventionen von Agrarprodukten zu verzichten, wenn die Staaten Afrikas die EPA unterzeichneten, nur noch zynisch. Die hochgradig subventionierte europäische Agrarindustrie, die allein 2013 mit rund 58 Milliarden Euro bezuschusst wurde, braucht keine expliziten Exportsubventionen mehr, um Afrikas Kleinbauern zu ruinieren.

Die gigantischen und hocheffizienten deutschen Hühnerfleischfabriken etwa erreichen bereits eine Überproduktion von 25 Prozent gegenüber der Binnennachfrage, sodass ein enormer Exportdruck entsteht, der sich in massiv ansteigenden Ausfuhren in die Periphere entlädt: Zwischen 2011 und 2012 sind die deutschen Exporte nach Afrika um 120 Prozent, auf 42 Millionen Kilogramm Geflügel, angestiegen. Inzwischen kommen rund zehn Prozent aller Geflügelexporte nach Afrika aus der Bundesrepublik.

Besonders heftig müssen südafrikanische Geflügelproduzenten unter dieser deutschen Exportoffensive leiden. Deutsche Hähnchenfabriken konnten ihre Ausfuhren nach Südafrika zwischen 2010 und 2013 um 625 Prozent steigern, sodass die Branche in Südafrika "vor dem Kollaps" stehe und rund 100.000 Arbeitsplätze

bedroht seien, wie der Spiegel Anfang 2014 berichtete. Selbst Südafrika, die avancierteste afrikanische Volkswirtschaft, kann somit der europäischen Agrarindustrie kaum etwas entgegensetzen. Seit 2010 habe die EU ihre Geflügelfleischexporte nach Afrika "um knapp zwei Drittel gesteigert" und somit "die Geflügelwirtschaft in vielen afrikanischen Ländern mit ihren Dumpingpreisen binnen weniger Jahre vernichtet", resümierte der Spiegel.

Wirksame Schutzmechanismen gegen dieses Dumping können sich viele hoch verschuldete afrikanische Staaten schlicht nicht leisten. Die Versuche des ghanaischen Parlaments, 2003 mittels höherer Einfuhrzölle den heimischen Agrarsektor vor der Konkurrenz der europäischen Fabrikhähnchen zu schützen, seien "am Druck der internationalen Gemeinschaft" gescheitert, wie Quame Kokroh vom ghanaischen Geflügelverband gegenüber der Deutschen Welle ausführte. Ghana verhandelte zur gleichen Zeit mit der Weltbank wegen eines Entschuldungskredits. Mehr Erfolg bei der Durchsetzung von Exportzöllen hatten Länder wie Nigeria, auf deren Ölexporte der Westen angewiesen ist. Auch Kamerun, die Elfenbeinküste und Senegal haben ab 2005 die europäischen Fleischabfälle aus ihren Binnenmärkten verbannt - die aber nach Abschluss der EPAs diese mitunter wieder überschwemmen dürften.

Eine ähnliche Politik betreibt die EU bei Milchprodukten, wo industrielles Milchpulver aus Europa oftmals die lokalen Milchproduzenten verdrängt, und beim Fischfang, der durch das Abfischen der lokalen Gewässer durch europäische Fabrikschiffe für Einheimische kaum noch möglich ist. Mit mehr als einem Dutzend afrikanischer Staaten unterhält die EU sogenannte "Partnerschaftsabkommen", die den EU-Fabrikschiffen das Abfischen der dortigen Bestände erlauben.

Es sind Peanuts, die Brüssel an die "korrupten Regime" (Handelsblatt) dieser verarmten Länder zahlen muss, um deren Gewässer ausplündern zu können. Die Verträge über Fischereirechte mit Mauretanien beliefen sich beispielsweise 2006 auf gerade mal 86 Millionen Euro. Brüssel schließe damit "Abkommen mit den korruptesten Staaten dieser Welt", kritisierte etwa die schwedische Grünen-Politikerin Isabella Lövin, die Mitglied des Fischereiausschusses des Europäischen Parlaments war, dieses Vorgehen bereits 2010. Und es sind eben diese Abkommen, die den lokalen Fischern die Lebensgrundlage entziehen.

Die Politik der EU fördert das Aufkommen einer Klasse von ökonomisch "überflüssigen" Menschen in Afrika

Letztendlich produziert somit Europa - gemeinsam mit den anderen Zentren des Weltsystems - die anschwellenden Fluchtbewegungen

in der Peripherie, die in der verzweifelten und mörderischen Massenflucht über das Mittelmeer kulminieren. Wo sollen denn die Millionen ökonomisch überflüssigen Lohnabhängigen Afrikas ein Auskommen finden, ihre Arbeitskraft vermittels Lohnarbeit auf Märkten reproduzieren, wenn die rücksichtslose Interessenpolitik der EU die Märkte Afrikas systematisch zerstört? Von einem breiten Sektor agrarischer Weiterverarbeitung, von einer afrikanischen (Klein-) Industrie träumt südlich des zu einem Massengrab verkommenen Mittelmeers niemand mehr. Die EU tut letztendlich alles, um jedwede nennenswerte wirtschaftliche Konkurrenz in Afrika auszuschalten und diese periphere Region zu einem abhängigen Rohstofflieferanten zuzurichten.

Selbst in der Landwirtschaft - dem einzigen Sektor, in dem afrikanische Produkte zumindest theoretisch noch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig wären - wird Afrika durch ein Zusammenspiel gnadenloser europäischer Wirtschaftspolitik und des permanent anwachsenden Produktivitätsvorsprungs der europäischen Agrarindustrie gnadenlos an die Wand gedrückt. Die Effekte der europäischen "Entwicklungspolitik" in Afrika - die immer öfter nur noch als Türöffner zur Realisierung knallharter wirtschaftlicher Interessen fungiert - werden somit durch die rücksichtslose, quasi neoimperiale Wirtschaftspolitik Europas zerstört.

Und es ist gerade diese Zangenbewegung aus neoimperialistischer Machtpolitik der Zentren und ungebremster marktvermittelter Vernichtungskonkurrenz, die in Afrika ökonomisch "verbrannte Erde" hinterlässt: Regionen, in denen kaum noch Kapitalverwertung im nennenswerten Ausmaß vonstattengeht. Offensichtlich verstärkt somit die Politik der EU das Aufkommen einer Klasse von ökonomisch "überflüssigen" Menschen in Afrika, die sich nicht mehr über Lohnarbeit reproduzieren können.

Fazit: Europa produziert zum Teil die Flüchtlingsmassen, die voller Verzweiflung die mörderische Überfahrt über das Mittelmeer wagen, um der Perspektivlosigkeit zu entkommen, die durch die europäische Afrikapolitik zementiert wird. Insofern ist der Impuls der afrikanischen "Wirtschaftsflüchtlinge", die Überfahrt nach Europa zu wagen, nur zu folgerichtig: Sie sind Opfer der europäischen Wirtschaftspolitik.

Erstveröffentlichung: Oktober 2016

2.7 Neo: Aus liberal wird national

Wer Freihandelsinteressen verficht, kämpft auch gegen Rechts? Ganz im Gegenteil. Der neoliberale Mainstream der vergangenen Dekaden bildete die Brutstätte der Neuen Rechten, die sich nun anschickt, diesen als dominierende Ideologie zu beerben.

Noch immer sind die Quellen unbekannt, aus denen die AfD ihre üppige Finanzierung während des Bundestagswahlkampfes bezog. Millionenbeträge kamen der Partei über einen dubiosen, formell unabhängigen "Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten" zugute, der den Wahlkampf der Rechtsextremisten durch groß angelegte Plakataktionen und den massenhaften Vertrieb von Gratiszeitungen (Kontext berichtete) unterstützte. Professionell Lücken in den Gesetzen zur Parteifinanzierung ausnutzend, deuteten viele Spuren der finanzkräftigen Hintermänner des Vereins in die Schweiz, insbesondere zu dem dort lebenden, erzreaktionären deutschen Mövenpick-Milliardär August von Finck. Seinen formellen Sitz hat der AfD-nahe Verein, der gerne im Hintergrund operiert, ausgerechnet in Stuttgart.

Es scheint auf den ersten Blick absurd, dass gerade in Stuttgart, der Kernregion der deutschen Exportwirtschaft, ein dubioses Finanzvehikel einer Partei seinen Stammsitz hat, die mit ihrer

xenophoben Rhetorik den Freihandelsinteressen der Exporteure zuwiderläuft. Mitte 2016 etwa, nach einer ressentimentgeladenen Bundestagsrede der AfD-Frontfrau Alice Weidel, platzte Siemens-Chef Joe Kaeser der Kragen: Ihm seien die von Weidel verteufelten "Kopftuch-Mädel" lieber als der "Bund Deutscher Mädel", so der Vorstandsvorsitzende des Großkonzerns. Die AfD sei dabei, "mit ihrem Nationalismus dem Ansehen unseres Landes in der Welt" zu schaden, gerade dort, "wo die Haupt-Quelle des deutschen Wohlstands" liege.

Die liberale Welt schien hier noch in Ordnung: Der weltoffene, global denkende Manager, dessen Unternehmen von der neoliberalen Globalisierung profitierte, stellt sich gegen den dumpfen Neo-Nationalismus der Rechtspopulisten, die daran gehen, die "Haupt-Quelle des deutschen Wohlstands" zu untergraben. Indes verdecken diese aktuellen Konflikte nur die tiefen ideologischen Kontinuitätslinien: Denn der rechtspopulistische Neonationalismus ist ein Produkt des neoliberalen Zeitalters mit seinen krisenbedingt zunehmenden sozioökonomischen Widersprüchen. Was am Beispiel der Bundesrepublik kurz skizziert werden soll.

Vom kranken Mann Europas zur Deutschland AG

Charakteristisch für den Neoliberalismus sind dessen sogenannte

Reformen, die als Reaktion auf wirtschaftliche Stagnationstendenzen implementiert werden. So war es in der Bundesrepublik als dem vormals "kranken Mann Europas" ("Economist", 1999) die Agenda 2010 samt den Hartz-IV-Arbeitsgesetzen, mit denen das Nachkriegsmodell der sozialen Marktwirtschaft endgültig zu Grabe getragen wurde - und die zur Ausrichtung der Gesamtgesellschaft als "Deutschland AG" entlang des betriebswirtschaftlichen Kalküls führte. Die mit drakonischen Einschnitten bei Sozialleistungen, breiter Prekarisierung und krasser sozialer Spaltung einhergehende Hebung der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands schien tatsächlich erfolgreich, sie führte ja zur Erringung von Exportweltmeisterschaften, von denen gerade Konzerne wie Siemens profitierten.

Doch zugleich lastet Hartz IV wie ein Alb über der deutschen Arbeitsgesellschaft. Die beständig mitschwingende Drohung mit totaler Verelendung hat die Machtverhältnisse endgültig zugunsten der Unternehmer verschoben. Die zunehmende Verdichtung und Entgrenzung des Arbeitslebens ließ nicht nur die Zahl der arbeitsbedingten psychischen Erkrankungen explodieren, sie verfestigte auch autoritäre Tendenzen bei vielen Lohnabhängigen. ... Je stärker der zunehmende Druck auf den autoritär fixierten Lohnabhängigen lastet, desto größer sein Bedürfnis, schwächere Menschen genauso ausgepresst und ausgebeutet zu sehen.

Die neoliberale Verzichtspolitik fördert somit die autoritäre Aggression gegen die Krisenopfer, auf der rechtspopulistische wie rechtsextremistische Ideologien gleichermaßen beruhen. Evident wurde dies während der Sarrazin-Debatte, dem irren Urknall der Neuen Deutschen Rechten, als die mit der Agenda-Politik gerechtfertigte neoliberale Hetze gegen sozial marginalisierte Bevölkerungsschichten erstmals erfolgreich öffentlich mit rassistischen und sozialdarwinistischen Ressentiments angereichert wurde. Das neoliberale Feindbild des schmarotzenden, faulen Arbeitslosen verschmolz hierbei mit dem rechten Wahnbild des ausländischen, islamischen Schmarotzers, dessen ökonomische Unterlegenheit quasi genetisch kodiert sei.

Träger dieser ersten großen neurechten Hasswelle im Rahmen der "Sarrazin-Debatte" waren nicht etwa verarmte Bevölkerungsschichten, sondern die Mittelklasse als "Mitte" der Gesellschaft, die hier ihre Abstiegsängste nach dem Krisenausbruch in den Jahren 2007 und 2008 in Hass und Ausgrenzungsreflexe transformierte. Die Begriffe des Extremismus der Mitte und der konformistischen Rebellion sind folglich unabdingbar, um den Erfolg der Neuen Rechten und des Neo-Nationalismus als die ungeliebten Erben des Neoliberalismus zu verstehen.

Die Neue Rechte wähnt sich ja tatsächlich im Aufstand, während sie die schwächsten Gesellschaftsmitglieder angreift. Sie verschafft

ihrer Anhängerschaft somit ein Gefühl von Rebellion, ohne sie den Gefahren der Rebellion - die sich immer gegen Herrschaft richtet - auszusetzen. Der Extremismus der Mitte ist das Geheimnis des Erfolgs der Rechten: Man verbleibt im eingefahrenen weltanschaulichen Gleis. Es findet hier kein ideologischer Bruch statt, sondern ein Ins-Extrem-Treiben der bestehenden Ideologie; der latent immer mitschwingende, barbarische Kern kapitalistischer Vergesellschaftung wird nun krisenbedingt manifest.

Zuallererst ist hier das Konkurrenzdenken mitsamt Sozialdarwinismus zu nennen, das der Neoliberalismus forcierte und gesamtgesellschaftlich entgrenzte - und das von der Neuen Rechten mit einem kulturalistischen oder rassistischen Überbau versehen wird. Das Survival of the Fittest findet nun nicht nur zwischen den Marktsubjekten statt, sondern auch zwischen Kulturen und Religionen. Aufbauen kann die AfD dabei auf den Hetzkampagnen der Massenmedien, die etwa während der Eurokrise daran arbeiteten, die Krisenursachen zu personalisieren (Faule Griechen/Italiener). Es findet faktisch eine Verselbstständigung dieser medial geschürten Ressentiments statt, die in den unkontrollierbaren Wahnräumen des Internets eine Eigendynamik entwickelten. Die Neue Rechte fordert Hetze in Permanenz. Die Krise scheint immer von außen durch bösartig

agierende Gruppen in die anscheinend widerspruchslose Arbeitsgesellschaft hineingetragen zu werden.

Schon die frühere britische Premierministerin Margret Thatcher begründete ihre neoliberalen Reformen mit der Macht des Faktischen: "There is no Alternative". Die Personalisierung der Ursachen der gegenwärtigen Systemkrise baut folglich auf der Naturalisierung der spätkapitalistischen Gesellschaften auf: Diese erscheinen dem Neoliberalismus (Markt) und Neonationalismus (Nation) - mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung - als natürlicher Ausdruck der menschlichen Natur. Die zunehmenden Krisentendenzen können folglich nicht auf innere Widersprüche der natürlichen spätkapitalistischen Gesellschaften zurückgeführt werden, wie etwa die Krise der Arbeitsgesellschaft, sondern werden im schädlichen Wirken der Krisenopfer verortet. Die negativen Folgen der widersprüchlichen kapitalistischen Vergesellschaftung können so vom Neoliberalismus und Neonationalismus externalisiert werden: Sie erscheinen als negatives Wesensmerkmal einer Gruppe (Sozialschmarotzer, Flüchtlinge, etc.), mit der entsprechend zu verfahren ist.

Dabei bediente sich der Neoliberalismus schon immer gerne des Nationalismus, um seine gesellschaftliche Legitimität zu erhöhen. In der Bundesrepublik wurde im Gefolge der Agenda-Politik ebenfalls ein anscheinend unverkrampfter Patriotismus forciert,

der seinen Durchbruch während der Fußball-Weltmeistersaft erlebte. Die nationale Identitätsproduktion diente auch als ideologischer Kleister, der die zunehmenden sozialen Gegensätze in der neoliberalen Krisenperiode überdecken soll. Eine zentrale Rolle spielte hierbei der Standortnationalismus: Die globalisierte Weltwirtschaft als eine Art Kampfschauplatz der nationalen Standorte, wobei die Exporterfolge der Deutschland AG als Ausweis der nationalen Überlegenheit begriffen wurden - und als Quelle von Ressentiments dienten.

An das neoliberale Bild des im globalen Kampf stehenden nationalen Standortes kann der Neo-Nationalismus nahtlos anknüpfen - und den einen Schritt weitergehen, der zum Bruch führt. Der qualitative ideologische Umbruch zwischen Neoliberalismus und Neo-Nationalismus vollzieht sich vor allem entlang der Haltung zur Globalisierung, die von der Neuen Rechten als Urquell aller krisenbedingten Übel, als Werk einer Verschwörerclique von "Globalisten" imaginiert wird.

Neonationaler Protektionismus wird neue Krisen auslösen

Dabei verwechselt die Neue Rechte einfach den historischen Krisenverlauf mit den systemischen Ursachen der Krise. Die Globalisierung mit ihren globalen Handelsungleichgewichten und dem globalen Schuldenturmbau bildete eine Systemreaktion auf

eben jene zunehmenden inneren Widersprüche der kapitalistischen Warenproduktion, die weder Neoliberale noch die Neue Rechte wahrnehmen wollen: Der Spätkapitalismus ist längst zu produktiv für sich selbst geworden. Nur noch durch Kreditaufnahme kann die Massennachfrage für eine Weltwirtschaft aufrechterhalten werden, die mit immer weniger Arbeitskräften immer größere Warenberge fabriziert. Deswegen stieg in den vergangenen Jahrzehnten die globale Verschuldung, mit Schwerpunkt USA, stärker an als die Weltwirtschaftsleistung.

Diesen Schuldenturmbau, der die entsprechenden Handelsdefizite zur Folge hat, wollen die USA unter Trump nun nicht mehr aufrechterhalten. Dem qualitativen Umbruch in der Ideologie entspricht somit ein Umbruch im Krisenprozess: von der neoliberalen Globalisierung zum neonationalen Protektionismus, der einen neuen Krisenschub auslösen wird. Die Ideologie der neuen Rechten legitimiert diese neue, verschärfte Krisenphase, indem sie diese mit einer irren Binnenlogik auflädt: Als nationale Befreiung der Völkerschaften vom Joch der Globalisten-Verschwörung.

Der Neo-Nationalismus ist somit ideologischer Ausfluss der krisenbedingten Zuspitzung der sozioökonomischen Widersprüche im Spätkapitalismus, die der Neoliberalismus nicht mehr unter Kontrolle halten kann. Es ist mittlerweile eine Massenbewegung mit

einer organisatorischen und ideologischen Eigendynamik. An die Macht kommt diese konformistische Rebellion aber nur dann, wenn nennenswerte Teile der Funktionseliten sie unterstützen. Und dies ist - noch - nicht der Fall, wie es die eingangs erwähnte Kritik von Joe Kaeser an Weidel illustriert. Entscheidend ist hier die Begründung des Siemens-Managers, der die Quellen des deutschen Wohlstands im globalisierten Ausland sieht. Doch was passiert, wenn der Protektionismus diese Quellen versiegen lässt? Dann dürfte die Ideologie der Neuen Rechten auch für weite Teile der deutschen Funktionseliten an Attraktivität gewinnen. Siemens-Chef Joe Kaeser repräsentiert somit die neoliberale Vergangenheit, AfD-Frau Weidel samt dem neurechten Abschottungswahn die Zukunft. Sie symbolisieren keine Gegensätze, sondern zwei Phasen in der voranschreitenden Barbarisierung des spätkapitalistischen Weltsystems.

Erstveröffentlichung: Juni 2018

2.8 Kapital als Klimakiller

Der Wachstumszwang der Weltwirtschaft macht eine ressourcenschonende Gesellschaftsordnung nur jenseits des Kapitals möglich

Veröffentlichungen der Klimawissenschaft bestätigen alle Jahre wieder eine deprimierende Tendenz bei der Erforschung des Treibhauseffekts: Es kommt immer schlimmer als befürchtet. Die pessimistischen Langzeitprognosen zu den Folgen der Erderwärmung, die zuerst vom Mainstream der Klimawissenschaft kaum beachtet wurden, erweisen sich oftmals im Gefolge weiterer Forschungen als zutreffend.



Mitte 2018 schienen sich die düsteren Prognosen einer Studie des ehemaligen NASA-Wissenschaftlers James Hansen zu erhärten, die noch vor zwei Jahren auf breite "Skepsis einer Reihe von Klimawissenschaftlern" stieß, wie es die Washington Post formulierte.

Hansens Team hatte auf Grundlage komplexer Computersimulationen prognostiziert, dass das Abschmelzen der Eismassen in den Polarregionen die thermohaline Zirkulation, das "globale Förderband" von Meeresströmungen, das maßgeblich das globale Klima prägt, zum Erliegen bringen würde.

Prognose eines sprunghaften Klimaumschwungs

Jüngste empirische Forschungen scheinen dieses Szenario zu bestätigen, das einen weitaus schneller ablaufenden, sprunghaften Klimaumschwung prognostiziert. Demnach habe Schmelzwasser bereits das übliche Absinken des kalten salzigen Meerwassers vor der Küste der östlichen und westlichen Antarktis beeinträchtigt.

Dies löse eine positive Rückkopplung in dieser Region aus, bei der das in tiefen antarktischen Meeresschichten verbliebene Warmwasser die riesigen Gletscher der Region immer schneller, quasi sprunghaft abschmilzt. Ein Kipppunkt des Klimawandels scheint in der Antarktis bereits überschritten, deren gigantische Gletscher noch vor wenigen Jahren von der Wissenschaft als relativ

klimabeständig angesehen wurden.

Dieses drohende Erliegen der thermohalinen Zirkulation tangiert schon jetzt Europa. Auch der Golfstrom, die Zentralheizung Westeuropas, der vor wenigen Jahren noch als stabil galt, wird jüngsten Forschungsergebnissen zufolge bereits schwächer. Das Strömungssystem habe sich seit den 1950ern um 15 Prozent verlangsamt. Ein Ausfallen dieser Meeresströmung hätte - vorsichtig formuliert - drastische Folgen für Europa.

Man könnte hier von einer Dialektik des Klimawandels sprechen, der gerade nicht graduell, sondern sprunghaft abläuft: Quantitative Veränderungen im komplexen Klimasystem (Anstieg CO2-Niveau) führten somit nach dem Überschreiten eines Grenzwertes zu einem qualitativen Umschlag des gesamten Systems in einen anderen Zustand. Die Folgen für den Zivilisationsprozess - rascher Meeresspiegelanstieg, abrupte Klimaänderung, bislang unbekannte Extremwetterereignisse - wären verheerend.

Und dennoch scheint der Kapitalismus angesichts dieser sich überdeutlich abzeichnenden Klimakatastrophe absolut reformunfähig zu sein. Allen Sonntagsreden, allen "historischen" Klimagipfeln und Vertragsabschlüssen zum Trotz scheint eine substanzielle Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen illusorisch. Klimawandel und Neue Rechte

Im Gegenteil: Auch 2017 ist der Ausstoß von Klimagasen - trotz der technischen Fortschritte bei regenerativen Energien - auf ein Rekordniveau angestiegen. Eine geläufige, insbesondere von der Neuen Rechten wiederbelebte Ideologie sieht in der "Überbevölkerung", vor allem in der Dritten Welt, die Ursache des Anstiegs des Ressourcenverbrauchs.

Die Thesen des liberalen Ideologen Thomas Malthus, der schon Ende des 18. Jahrhunderts den damaligen Pauperismus als eine Folge von Überbevölkerung interpretierte, erfreuen sich angesichts der Flüchtlingskrise erneut großer Beliebtheit.

Ein kurzer Blick auf die Fakten entlarvt die Unhaltbarkeit dieser malthusianischen Thesen. Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung produzieren rund 50 Prozent der weltweiten Emissionen von Treibhausgasen, die verarmte untere Hälfte der Menschheit ist nur für circa zehn Prozent der Emissionen verantwortlich. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung generiert Treibhausgase, die um das 175-fache größer sind als die Emissionen des untersten Zehntels.

Kapital als globale Weltvernichtungsmaschine

Und dennoch ist es keine reine globale Verteilungsfrage, die diesen Abgrund beim Ressourcenverbrauch konstituiert. Das Kapital als gesamtgesellschaftliches Reproduktionsverhältnis macht alle

Ansätze zunichte, eine ressourcenschonende Wirtschaftsweise zu etablieren.

Das innerste Wesen des Kapitalverhältnisses bringt zwangsläufig ein ökologisch schlicht selbstzerstörerisches Wirtschaftssystem hervor. Eine nachhaltige Lebensweise ist im Rahmen der gegenwärtigen Produktionsweise schlicht unmöglich.

Als Kapital fungiert Geld, das durch einen permanenten Investitionskreislauf vermehrt, also "akkumuliert" oder "verwertet" werden soll. Das Wirtschaftswachstum ist hierbei nur der volkswirtschaftlich sichtbare Ausdruck dieses Vorgangs. Die Akkumulationsbewegung ist aber an eine "stoffliche Grundlage" in der Warenproduktion gebunden.

Spätestens seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 ist klar geworden, dass dieser Prozess der Kapitalakkumulation an die Warenproduktion gekoppelt ist - und nicht etwa auf den Finanzmärkten aufgrund reiner Spekulationsprozesse dauerhaft aufrechterhalten werden kann.

Ein Unternehmen investiert in Lohnarbeit, Rohstoffe, Maschinen, Produktionsstandorte, um die dort hergestellten Waren mit Gewinn zu veräußern - wobei die Lohnarbeit die Quelle des Mehrwerts ist. Letztendlich akkumuliert das Kapital immer größere Quanta verausgabter, abstrakter Arbeit in diesem uferlosen

Verwertungsprozess. Hiernach wird das vergrößerte Kapital ja nicht "verjubelt", sondern reinvestiert - in mehr Rohstoffe, Maschinen, etc., um einen neuen Verwertungskreislauf zu starten.

Die scheinbare Rationalität kapitalistischer Warenproduktion dient somit einem irrationalen Selbstzweck - der uferlosen Vermehrung des eingesetzten Kapitals, dessen Substanz die Lohnarbeit bildet als die einzige Ware, die Mehrwert abwerfen kann. Der konkrete Gebrauchswert einer Ware ist somit für das Kapital nur als notwendiger Träger des Mehrwerts von Belang.

Und dies ist für jedes Marktsubjekt nur zu vernünftig - niemand investiert sein als Kapital fungierendes Geld, um danach weniger oder genauso viel zu erhalten. Es muss sich "lohnen", Rendite abwerfen.

Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene entfaltet diese ökonomisch "vernünftige" Logik ihr verheerendes Potenzial, da mit erfolgreicher Kapitalakkumulation auch die Aufwendungen für den Produktionsprozess - Rohstoffe und Energie - permanent erhöht werden müssen. Das Kapital wird folglich von einem Wachstumszwang angetrieben.

Somit gleicht schon das kapitalistische "Business as usual" einem Prozess der Verbrennung von immer mehr Ressourcen. Das Kapital muss seinem ureigensten Antriebsgesetz folgend immer größere

Mengen an Energie und Rohstoffen "verfeuern", um seine Akkumulationsbewegung aufrechtzuerhalten. Solange, bis es an seine "äußere Schranke" stößt, die in der Endlichkeit der Ressourcen des Planeten besteht. Dieser permanente Wachstumszwang dieses Wirtschaftssystems resultiert letztendlich aus dem Wesen des Kapitals. Zwischenfazit

Das Kapital strebt somit nach einer möglichst hohen "Selbstvermehrung"; es ist Geld, das zu mehr Geld werden will. Dieser "hohle", selbstbezügliche Prozess ist allen gesellschaftlichen oder ökologischen Folgen seiner beständig anwachsenden Verwertungstätigkeit gegenüber blind. Karl Marx hat bekanntlich für diese gesamtgesellschaftliche Eigendynamik des Kapitalverhältnisses den Begriff des "automatischen Subjekts" eingeführt.

Automatisch, also selbstbezüglich, weil es, obwohl von den nach größtmöglicher Kapitalverwertung strebenden Marktsubjekten - wenn auch unbewusst "hinter ihrem Rücken" - hervorgebracht, der Gesellschaft als eine fremde, tendenziell instabile Macht, als ein oftmals krisengeschüttelter "Sachzwang" gegenübertritt.

Die zusehends schwindenden Ressourcen dieser Welt bilden das immer enger werdende Nadelöhr, durch das sich dieser irrationale Prozess der Kapitalverwertung unter immer größeren Friktionen

hindurchzwängen muss. Beide ökologischen Krisenprozesse - die Ressourcenkrise wie die Klimakrise - werden durch diesen Verwertungsprozess, der auf nationaler oder globaler Ebene wie ein automatisch nach Maximalprofit strebendes "Subjekt" agiert, entscheidend befördert.

Die am Selbstzweck uferloser Kapitalverwertung ausgerichtete kapitalistische Weltwirtschaft fungiert somit de facto als eine Weltvernichtungsmaschine, bei der die reale, konkrete Welt verbrannt wird, um das blinde Wachstum der Realabstraktion des Werts bis zum Kapitalkollaps zu perpetuieren.

Das Kapital ist aufgrund dieser Notwendigkeit permanenter Expansion das logische Gegenteil einer ressourcenschonenden Wirtschaftsweise, die notwendig wäre, um ein Überleben der menschlichen Zivilisation zu sichern.

Produktivitätssteigerung als Brandbeschleuniger

Entscheidend befeuert wird dieser Prozess der Weltverbrennung durch das immer höhere Produktivitätsniveau der kapitalistischen Weltwirtschaft. Es scheint auf den ersten Blick absurd, aber es sind gerade die ungeheuren Produktivitätssteigerungen der spätkapitalistischen Warenproduktion, die zur Eskalation der ökologischen Krise maßgeblich beitragen.

Da die Lohnarbeit die Substanz des Kapitals bildet, nötigen die permanenten Steigerungen der Produktivität den Spätkapitalismus dazu, die "effiziente" Verschwendung von Ressourcen und Rohstoffen ins Extrem zu treiben.

Wie schon angedeutet: Im Rahmen der Kapitalverwertung sind alle ökologischen Ressourcen und Rohstoffe nur als Träger von Wert - also abstrakt menschlicher Arbeit - von Belang. Je höher aber die Steigerung der Produktivität, desto weniger abstrakte Arbeit ist in einem gegebenen Quantum Ware verdinglicht.

Wenn ein Fahrzeughersteller die Produktivität um zehn Prozent bei der Einführung eines neuen Fahrzeugmodells erhöht - was durchaus branchenüblich ist -, dann muss er auch zehn Prozent mehr Autos umsetzen, um bei gleichem Produktpreis die gleiche Wertmasse zu verwerten - oder jeden zehnten Arbeiter entlassen.

Um den Verwertungsprozess des Kapitals aufrechtzuerhalten, müssen daher bei steigender Produktivität entsprechend mehr Waren produziert und abgesetzt werden. Deswegen gilt: Je größer die Produktivität der globalen Industriemaschinerie, desto stärker auch ihr Ressourcenhunger, da die Wertmasse pro produzierter Einheit tendenziell abnimmt.

Ein Versuch, in der kapitalistischen Weltwirtschaft eine ressourcenschonende Produktionsweise einzuführen, ist daher

unmöglich - er käme einer Kapitalvernichtung gleich.

Die Produktivitätssteigerung, die eigentlich zur Realisierung einer ressourcenschonenden Wirtschaftsweise unabdingbar ist, wirkt im Kapitalismus als ein Brandbeschleuniger, da hier eine blinde, funktionalistische Rationalität dem irrationalen und an seinen eskalierenden Widersprüchen zugrunde gehenden Selbstzweck uferloser Kapitalverwertung dienen muss.

Aus diesem durch Rationalisierungsschübe ins Extrem getriebenen Verwertungszwang ergibt sich die besagte Tendenz zur immer weiter beschleunigten effizienten Ressourcenverschwendung.

Dieser wachsende Widerspruch zwischen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen erklärt auch die zunehmenden Tendenzen zur geplanten Obsoleszenz beim Warendesign. Hierunter ist der beabsichtigte Verschleiß zu verstehen, der bei der Konzeption eines Produkts für einen relativ frühen Zeitraum vorgesehen wird.

Es werden beispielsweise Sollbruchstellen eingebaut. Je schneller ein Produkt nach dem Ablauf der Garantie kaputtgeht, desto schneller stellt sich die entsprechende Marktnachfrage ein, die zur Realisierung der Kapitalverwertung notwendig ist.

Der Spätkapitalismus produziert somit buchstäblich für die

Müllhalde, um hierdurch der stockenden Verwertungsmaschine neue Nachfrage zu verschaffen. Dies gilt gerade für die IT-Industrie. Inzwischen ist es ja für User kaum noch möglich, selbst die Akkus der aus Aluminium gefertigten Smartphones oder Notebooks selber auszutauschen - während Ansätze zu einem modularen Design in der IT-Branche aufgegeben wurden.

Dabei sind die materiellen und technischen Bedingungen einer ökologischen Wende längst gegeben. Das enorme Produktivitätspotential, das im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise die Umweltzerstörung nur noch weiter beschleunigt, könnte jenseits des Kapitalverhältnisses zur Errichtung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise beitragen.

Erst wenn die gesellschaftliche Reproduktion nicht mehr dem Selbstzweck der Kapitalverwertung untergeordnet ist, sondern direkt der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dient, kann eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise errichtet werden.

Beim Kampf gegen den drohenden ökologischen Kollaps geht es somit nicht um einen reaktionären Antiproduktivismus, um eine Rückkehr zu vormodernen Produktionsweisen in archaischen Kommunen. Vielmehr müssten die produktiven Potenzen und technischen Möglichkeiten, die der Kapitalismus hervorgebracht hat, in einem ungeheuren transformatorischen Akt jenseits des

Kapitalverhältnisses zum Aufbau einer nachhaltigen Gesellschaftsformation verwendet werden.

Die Produktivitätsfortschritte, die derzeit nur die kapitalistische Verbrennung der globalen Ressourcen beschleunigen, würden dann tatsächlich deren Schonung ermöglichen. Es geht letztendlich - auch im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Klimakrise - um die Befreiung der Produktivkräfte aus den Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Die Überwindung des in seiner Agonie regelrecht Amok laufenden Kapitalverhältnisses stellt somit eine Überlebensfrage der menschlichen Zivilisation dar. Die ökologische Bewegung müsste bei ihrer diesbezüglichen Argumentation somit nicht so sehr an die Moral der Menschen appellieren, sondern an ihren Überlebensinstinkt.

Erstveröffentlichung: Juni 2018

3. Die Mitte und ihr Extremismus

3.1 Spielend in die Apokalypse

Das Videogame als avanciertes Produkt der Kulturindustrie: ein kurzer Exkurs zur unheimlichen Popularität postapokalyptischer Computerspiele

Womit verbringen die Kids heutzutage eigentlich ihre Freizeit? Zum Beispiel mit dem populären Onlinecomputerspiel "Rust", das den Spielern - hier einem Redakteur der bekannten Newssite Rockpapershotgun.com - folgende aufregenden Erlebnisse beschert:

"Mit einem Stein bewaffnet versuchte ich gerade, einen Hirsch zu erlegen, als ich plötzlich eine Stimme höre: "Wir werden dich nicht töten." Eine Kugel pfiff an mir vorbei und der Hirsch fiel tot zu Boden. Als ich mich umdrehte, sah ich zwei mit Gewehren bewaffnete Spieler in einiger Entfernung stehen: "Keine Angst, wir wollen dir nichts tun. Nimm den Hirsch, er gehört ganz dir." Voller Dankbarkeit, als Anfänger nicht abermals beim ersten Blickkontakt erschossen zu werden, machte ich mich über den Hirschkadaver her. Ich war so in meine Arbeit vertieft, dass ich gar nicht bemerkte, wie einer der Schützen sich von hinten an mich heranschlich, in

aller Seelenruhe meinen Hinterkopf anvisierte, und abdrückte. Ich konnte noch das Lachen der Witzbolde hören, als es für mich abermals "Game Over" hieß."

Bei Rust, das sich wochenlang auf den Spitzenplätzen der bekannten Vertriebsplattformen für PC-Games hielt, handelt es sich um ein postapokalyptisches Multiplayer-Game. Die obligatorische Zombieapokalypse hat die Zivilisation und einen Großteil der Menschheit ausgelöscht, die wenigen Überlebenden kämpfen gegen die Untoten und gegeneinander. Das Ziel von Rust, wie von vielen ähnlichen Spielen, die derzeit den Markt fluten, besteht schlicht darin, möglichst lange zu überleben - unter Aufwendung aller dem Spieler zur Verfügung stehenden Mittel. Ein nahezu identisches Konzept verfolgt das Onlinemultiplayer Game DayZ, das auch ähnlich populär ist: Die Spieler bewegen sich in einer digitalen postapokalyptischen "Offenen Welt", in der sie sich gegen Hunderte von Untoten und Dutzende von Konkurrenten durchsetzen müssen.



Rust

Auf Rockpapershotgun.com kann man etwa auch nachlesen, wie ein Duo von Spielern bei DayZ einen Neuling in eine Falle lockt, um - nachdem sein Vertrauen gewonnen wurde - ihn wegen einer Wasserflasche umzubringen. In den Kommentarspalten wurde vorgeschlagen, diese Spielgattung als Online Bastardry Simulator (OBS) zu bezeichnen. Die freie Übersetzung ins Deutsche könnte Online-Arschloch-Simulator lauten.

Diese aufwendigen OBS-Games bilden nur den bisherigen Höhepunkt einer seit etlichen Jahren anschwellenden Welle postapokalyptischer Spiele, mit der die in gigantische Dimensionen expandierende Computerspieleindustrie - die 2012 einen Umsatz von 78 Milliarden Dollar erreichte - den Markt überschwemmt.

Spieler können inzwischen in Hunderten von Titeln immer wieder den Zusammenbruch der Zivilisation nachspielen und sich wahlweise mit Zombies, Mutanten oder Konkurrenten auf brutalstmögliche Art und Weise auseinandersetzen.



Wasteland 2

Die Anfänge des Spiels mit dem Weltuntergang lassen sich auf das Jahr 1988 datieren, als das mit archaischer Grafik ausgestattete Rollenspiel Wasteland publiziert wurde (eine über Kickstarter finanzierte Fortsetzung des Klassikers erschien 2014). Beliebt waren in den späten 90er Jahren auch die Rollenspiele Fallout und Fallout 2, doch fristete das postapokalyptische Setting in der Branche über lange Jahre eine Existenz am Rande. Bis weit in die 90er dominierten kunterbunte JRPGS (Japanische Rollenspiele) und Fantasywelten das Rollenspielgenre. Den Durchbruch zum

Mainstream der Spieleindustrie erlebte das Genre der Postapokalypse bezeichnenderweise während des Höhepunkts der Weltwirtschaftskrise. Das 2008 erschienene Rollenspiel Fallout 3, das eine moderne 3D-Grafik aufwies, die mit ihrer düsteren Palette die Immersion des Spielers steigerte, verkaufte sich rund fünf Millionen Mal binnen der ersten drei Monate.



Fallout 2

Hiernach brach sich die Flut von Zombie- und Apokalypse-Games Bahn, die an diesen kommerziellen Erfolg anknüpfen konnten. Ein Überblick über Hunderte von Titeln ist kaum noch möglich: von den

Klassikern Left 4 Dead, über das Nazizombiegame Sniper Elite: Zombie Army, den Arcadeshooter Alien Zombie Megadeath, dem Adventure The Walking Dead, dem Casual-Game Plants vs Zombies oder dem Open-World-Spielen Dead Island und State of Decay können inzwischen Spieler buchstäblich ihre ganze Freizeit dem Kampf gegen die Untoten widmen, die inzwischen in so ziemlich jedem Spielgerne massenhaft auftauchen.

Der Hang zum düsteren Setting ist übrigens nicht nur auf die postapokalyptischen Games beschränkt. Generell stellen Spiele mit einer bunten, hellen Grafikpallette (wie etwa Rayman Origins/ Legends) inzwischen die Ausnahme dar, während viele wichtige Neuerscheinungen auf eine düstere Farbgebung setzen. Ein Paradebeispiel dafür liefert die sehr erfolgreiche Actionspiel-Serie Dark Souls, die einen masochistisch anmutenden, sehr hohen Schwierigkeitsgrad mit einer düsteren, trostlosen und gnadenlosen Welt kombiniert.



Dark Souls

Und tatsächlich ist der Bedarf an dem Eintauchen in dunkle, deprimierend graue Trümmerlandschaften, in denen blutrünstige Gefechte mit ebenso schwarzgrau gehaltenen Gegnern absolviert werden müssen, immer noch ungebrochen. Mitunter konterkariert das Genre die grafischen Möglichkeiten der heutigen Computersysteme in merkwürdiger Weise: All die Rechenkapazität der aktuellen Grafikkarten wird hier nur dazu aufgewendet, ein möglichst trostloses Szenario, eine düster-graue, aus den Fugen geratene Welt möglichst realistisch darzustellen (wie etwa bei den Spielen der "Metro"-Serie). Selbst das Blut der erlegten Gegner - zumeist die einzigen Farbtupfer im Spiel - wirkt hier oftmals fahl und blass. Dennoch setzen die Spieleproduzenten weiterhin

Millionen von diesen Spielen um, sodass ein Ende der Zombie- und Weltuntergangswelle nicht zu erwarten ist. Als Beispiel sei hier nur "The Last of us" genannt, ein exklusiv für die Playstation 3 produziertes Spiel, bei dem man sich quer durch die postapokalyptischen USA durchschlagen muss, das den besten Verkaufsstart in der Geschichte dieses Videospielsystems hinlegte: 3,4 Millionen Exemplare innerhalb von drei Wochen.

Generell wird die Bedeutung der Spielebranche innerhalb der Kulturindustrie - sowohl beim wirtschaftlichen Gewicht wie auch beim ideologischen Einfluss - von vielen Medienkritikern immer noch sträflich unterschätzt. Das Videospiel ist gerade dabei, den Film als führendes kulturindustrielles Medium abzulösen, was sich nicht nur in Umsätzen und Spielerzahlen äußert, sondern auch in der Veränderung der ideologischen und letztendlich auch postideologischen Verhaltens- und Wahrnehmungsmuster, die von diesem Medium forciert wird. Noch wichtiger sind die demografischen Verschiebungen, da unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Anteil der Spieler wie der für Spiele aufgewendeten Zeit weitaus höher ist als unter älteren Semestern. Wozu die Branche inzwischen fähig ist, machte der Kassenschlager "Grand Theft Auto V" (GTA5) klar. Von diesem mit einem absurden Budget von 256 Millionen US-Dollar produzierten Spiel, in dem eine Los Angeles nachempfundene Großstadtregion simuliert wird,

berichtete das Wirtschaftsmagazin Forbes im September 2013:

»Grand Theft Auto hat nicht nur eine Milliarde Einnahmen schneller realisiert als jedes andere Spiel zuvor (in nur drei Tagen!), es hat auch die größten Filmstarts aller Zeiten um 16 Tage geschlagen.«

Solche mit gigantischem Aufwand hergestellten "Sandkastenspiele", die dem Spieler scheinbar größtmögliche Freiheiten lassen, kommen somit im Idealfall einer Lizenz zum Gelddrucken sehr nahe. Allein auf den Konsolenplattformen Xbox360 und PS3 wurden knapp 30 Millionen Exemplare abgesetzt. Wenn noch die blühende Raubkopiererei berücksichtigt wird, sind es inzwischen Hunderte von Millionen von Menschen, die in diese und ähnliche virtuelle Welten abtauchen. Somit stellt sich die Frage, welche ideologischen Verschiebungen dieser massenhafte Gebrauch des Mediums Computerspiel mit sich bringt. Wie verändert sich die Kulturindustrie unter dem Einfluss der immer perfekter dargestellten digitalen Welten, die dem Spieler bislang nicht gekannte Ausmaße von Immersion und Interaktion bieten?

Altbekannt: Abbilder des Immergleichen

Auf den ersten Blick scheint die grundlegende Funktionsweise des kulturindustriellen Dauerbombardements auch für das moderne Computerspiel zu gelten: Es findet die hinlänglich bekannte, öde Abbildung oder Dopplung der Oberfläche der Realität statt, wie sie

für alle Produkte der Kulturindustrie charakteristisch ist. Schon immer bestand die Grundbewegung der Kulturindustrie in der ewigen "Wiederkehr des Immergleichen" (Adorno), in der tausendfachen Spieglung der Oberfläche der Realität durch die Massenmedien, die in immer neue Formen gekleidet wurde.

Die Kulturindustrie gleicht somit einer sich unaufhörlich um ihre eigene Achse drehenden Medienmaschinerie, die immer neuen ästhetischen "Treibstoff" für die unentwegte Wiederholung ihres öden Mantras braucht, das jeden Widerstand, jegliches Geschichtsbewusstsein, jegliche Gedanken an eine Alternative zum Kapitalismus längst abgetötet hat: "Es ist, wie es ist."

Dieses Moment war bei den Videogames der 80er und frühen 90er allein aufgrund der mangelnden technischen Möglichkeiten noch nicht dermaßen ausgeprägt. Pacman, Burgertime, Pitfall, Turmoil oder Galaga wirken in dieser Hinsicht noch unschuldig, Robotron oder Missile Command brillieren neben dem genialen Gameplay auch mit ironischen Andeutungen auf das Atomwettrüsten oder die Angst vor einer Verselbstständigung der Technik. Mit der jahrzehntelangen Explosion der Rechenkapazität von Computern und Videospielsystemen ändert sich das ab den späten 90ern. Die virtuellen Welten werden immer realistischer, die von der Kulturindustrie bekannte Dopplung der Realität setzt voll ein. Der größte Ehrgeiz der Spieledesigner scheint darin zu bestehen, die

Spieler in virtuelle Welten zu verfrachten, die der Realität möglichst genau entsprechen.



Grand Theft Auto 5

In GTA 5 kämpft sich der Spieler als ein buchstäblich eigenschaftsloser Kleinkrimineller die Hierarchien mafiöser Netzwerke im virtuellen Los Angeles empor, bis er schließlich den Laden gänzlich übernehmen kann. Hier scheinen Parallelen zu den unzähligen Gangsterfilmen auf - vom "Paten", über "Scarface", bis zu "Casino" oder "Good Fellas" -, in denen der kapitalistische Konkurrenzzwang anhand seiner ungehemmten Extremform in der Sphäre "illegaler" Geschäftsfelder widergespiegelt wird. Ähnlich verhält es sich auch mit der populären Kriegsspielserie "Call of Duty" (deren Ableger "Modern Warfare 3" konnte die obligatorische Milliarde US-Dollar an Einnahmen binnen 16 Tagen generieren), die

in ihrer fast schon peinlich infantilen und debilen imperialistischen Propaganda, in ihrer Fixierung auf hirnlose Charaktere, pausenlose Action und größtmögliche Explosionen einfach eine Kopie des entsprechenden Filmgenres darzustellen scheint, das der Kulturindustrie solche Perlen der Filmgeschichte wie die Rambo-Trilogie beschert hatte. Selbst diejenigen internetbasierenden Multiplayerspiele, die in einer Science-Fiction- oder Fantasywelt lokalisiert sein sollen, bilden im Endeffekt die Strukturen des Kapitalismus ab. Auch in einer Fantasywelt wie der von "World of Warcraft" oder "Diablo 3" wird der Spieler etwa mit Auktionshäusern konfrontiert, in denen er virtuelle Gegenstände gegen Echtgeld eintauschen kann.

Ein weiteres Moment der klassischen Kulturindustrie findet sich im kommerziellen Videospiel ins Extrem getrieben wieder. Auch das spielerische Amüsement stellt eine "Verlängerung der Arbeit unterm Spätkapitalismus" dar, wie es Adorno/Horkheimer in ihrer "Dialektik der Aufklärung" formulierten: "Es wird von dem gesucht, der dem mechanisierten Arbeitsprozess ausweichen will, um ihm von Neuem gewachsen zu sein."

Das entscheidende Moment ist hier die tatsächlich gegebene Aktivität des Spielers, die im schroffen Gegensatz zu der Passivität der Konsumenten der klassischen kulturindustriellen Produkte wie Film, Radio und Illustrierte steht. Das Spiel prüft die

Geschicklichkeit oder Kombinationsgabe des Spielers ab, es offeriert ihm zumeist auch virtuelle Karrierewege wie auch webgestützte Möglichkeiten, sich mit anderen Spielern zu messen. Spiele sind somit zu regelrechten Trainings- und Rankingprogrammen verkommen, in denen die kognitiven Fähigkeiten der Spieler abgefragt und gesteigert werden können.

Die Perspektive zwischen Arbeit und Freizeit - zwei Lebensbereichen, die ohnehin immer stärker verschwimmen und ineinander übergehen - ändert sich somit kaum noch: Nach der Arbeit, die ja immer öfter vor dem Homeoffice- oder Bürobildschirm verrichtet wird, folgt die "Freizeit", in der die Leistungen vor der Glotze abgefragt werden. Nahezu alle Großprojekte der Branche verfügen inzwischen über einen webgestützten Mehrspielermodus, der das Konkurrenzstreben im Büroalltag nahtlos ins Wohnzimmer überträgt. Bei vielen aufwendigen "AAA-Produktionen", wie etwa der "Call of Duty"-Reihe, stellen die Mehrspielermodi inzwischen den Hauptteil des Programms dar, während die Einspielerkampagnen nur noch als nette Dreingabe betrachtet werden. Die mit Spielen verbrachte Freizeit im Spätkapitalismus ist so zu einer ununterbrochenen Leistungsschau verkommen, die gerade vermittels der Aktivität der Spieler, ihrer in Rankings erfassten Spielleistungen ermöglicht wird. Dieses permanente Ranking stellt die Fortsetzung des

Arbeitsregimes in der Freizeit dar.



Call of Duty: Modern Warfare 3

Der "mechanische Arbeitsprozess" des Fordismus, den Adorno und Horkheimer im Blick hatten, erfuhr in den Zentren des kapitalistischen Systems aufgrund der IT-Revolution längst einen grundlegenden strukturellen Wandel. Inzwischen besteht dieser nicht mehr aus "mechanischen" Tätigkeiten in der Fabrik, sondern aus Datenverarbeitung im Büro oder Homeoffice. Die meisten Angestellten firmieren im Arbeitsprozess als "Datenverarbeitungmaschinen" - und das moderne Computerspiel stellt im Kern nichts anderes als ein Trainingsprogramm zur effizienten Datenverarbeitung dar. Vor allem die First-Person-Shooter (FPS) der "Battlefield"- und "Call of Duty"-Serien richten die Spieler darauf ab, die eingehenden audiovisuellen Impulse

möglichst rasch zu verarbeiten und entsprechend zu agieren. Der Stress und die Aggressionsschübe eines online ausgetragenen FPS-Matches entsprechen dem Stress eines Bürotages, wenn mal wieder eine zu knapp gesetzte Deadline bei einem "Projekt" auf Biegen und Brechen gehalten werden muss.

Neuartig: aktive Affirmation der Barbarei

Die Aktivität des Spielers, die mehr oder minder ausgeprägte Möglichkeit, gestaltend in diese virtuellen Welten - die nichts weiter als Abbilder der Oberfläche spätkapitalistischer Realität darstellen - einzugreifen, stellt auch die Grundlage der neuartigen Momente dieses avanciertesten Mediums der Computerindustrie dar. Die von Film, Fernsehen und Rundfunk geprägte klassische Kulturindustrie hat den Konsumenten zur Passivität gegenüber dem "falschen Ganzen" (Adorno) dressiert, sie hat den Menschen - wie beschrieben - die Idee einer Alternative zur bestehenden Gesellschaftsunordnung , also jedes Moment einer gesellschafaftskrtischen Transzendenz, ausgetrieben.

Das von den Neoliberalen ab den 80ern ausgerufene Motto "There is no Alternative" (auch als TINA-Prinzip bezeichnet) konnte gerade auf der oben dargelegten Vorarbeit der Medienindustrie aufbauen. Diese Verneinung von Realisierungsmöglichkeiten von Alternativen - die vermittels der endlosen Spiegelung der Oberfläche eben

dieser Realität in den Waren der Kulturindustrie perpetuiert wird - setzt aber noch die Existenz eines Rudiments an Widerständigkeit und Opposition zum falschen Ganzen voraus: Eine Ahnung davon, dass der gegebene Zustand der Welt eigentlich unerträglich ist, dass sie grundlegend verändert, transformiert werden muss. Erst wenn dieser Impuls weitestgehend abgetötet ist, kann das Spiel die Passivität in Aktivität zugunsten des in Barbarei umschlagenden Bestehenden wandeln.

Die Passivität der klassischen Medien der Kulturindustrie, die mit der ohnmächtigen Hinnahme des gegebenen Gesellschaftszustandes einhergeht, schlägt im kommerziellen Videospiel in die Aktivität um: in die aktive Bejahung der spätkapitalistischen Realität. Die gegenwärtige, auch in dem Medienmainstream kaum noch zu ignorierende Krise des Kapitalismus spiegelt sich im kommerziellen Computerspiel wieder. Das Bewusstsein davon, dass das kollabierende Weltsystem einer Transformation und Alternative bedürfte, ist nach Jahrzehnten kulturindustriellen Dauerbombardements in der Breite der Bevölkerung der meisten Industrieländer schlicht abgetötet worden. Mittels seiner Einbettung in die virtuellen Welten, mittels seiner Interaktion in diesen immer perfekter gestalteten Spielen wird der Konsument zu einer aktiven Rolle gedrängt, in der er die Spielvorgaben als scheinbar gegebene Freiheiten wahrnimmt. Die

virtuelle Teilnahme am krisenbedingt zunehmenden Massenmord oder der brutalsten Krisenkonkurrenz kann so zu einem spielerischen Erfolgserlebnis modelliert werden. Die Resignation angesichts der sich entfaltenden Barbarei, die von der klassischen Kulturindustrie produziert wurde, weicht nun der um sich greifenden Begeisterung für die Barbarei, für die Unmenschlichkeit - die eben mit möglichst viel Fantasie praktiziert werden soll. Das resignative "Es ist, wie es ist" wandelt sich in ein begeistertes "Es ist geil, wie es ist".



Grand Theft Auto 5

Gerade in den erfolgreichen "Sandkastenspielen" der GTA-Serie wird diese massive Propagierung der Barbarei evident. Bei GTA V handelt es sich letztendlich um einen Massenmordsimulator, dessen Welt den Spieler dazu einlädt, mitunter sogar förmlich

nötigt, möglichst viele virtuelle Spielfiguren auf möglichst brutale Art und Weise ins Jenseits zu befördern. Alles scheint in dieser virtuellen Welt auf größtmögliche Realitätsdarstellung abzuzielen - mit Ausnahme der nicht gegebenen Konsequenzen, wenn man einen Passanten, eine Prostituierte oder eine nette alte Oma einfach mal totschlägt. Es gibt keinen Punkteabzug, kein "Game Over" - aber auch keine Ironie, bei der es offensichtlich würde, dass das Spiel sich selbst nicht ernst nehmen würde. Es sind gerade die erfolgreichsten und aufwendigsten Spiele, die mittels einer Ästhetisierung der Barbarei den Spieler auch mit den schwersten Krisenverwerfungen versöhnen.

Die Darstellung der Gewalt und die Perspektive, die der Spieler dabei immer wieder einnimmt, wirken inzwischen dank der grafischen Fähigkeiten weitaus interessanter als in der Realität. Das ästhetisch perfekt in Szene gesetzte Zerlegen der Gegner in Einzelteile, die durch die Luft fliegenden Gliedmaßen und Körperteile, kommen ohne alle die Konsequenzen daher, die diesen Vorgängen in der Realität anhaften: den Gestank von Verwesung und verbranntem Fleisch, die Fliegenschwärme, die posttraumatischen Störungen.



Call of Duty: Black Ops 2

Man nimmt hingegen fast immer die Perspektive hinter dem Abzug ein: Immer wieder wird der Spieler mit überwältigender Allmacht ausgestattet, mit Superkräften, die ganze Städte einäschern können, oder er geht - insbesondere bei "Call of Duty" - als Teil der westlichen Interventionsstreitmächte auf die Jagd nach Aufständischen in den Zusammenbruchsgebieten der "Dritten Welt", was zumeist auf ein simples Abknallen von fliehenden Pixelhäuflein von irgendwelchen Hightech-Fluggeräten hinausläuft. Den gestressten Insassen des spätkapitalistischen Systems, die alltäglich ihre Ohnmacht spüren, wird somit in den Spielen die Möglichkeit gegeben, ihre aus alltäglicher Frustration geborenen Allmachtsfantasien auszuleben. Die Grundannahme eines jeden klassischen Spiels, das Vorhandensein einer Herausforderung, an

der man auch scheitern könnte, ist bei solchen Sequenzen nicht mehr gegeben - es ist reiner Sadismus, der hier ausgelebt wird.

Abseits des Gernes der "masochistischen" Spiele wie der Dark-Souls-Serie, geht die Tendenz in der Spieleindustrie dahin, den Schwierigkeitsgrad der Einzelspielerkampagnen insbesondere bei den teuren AAA-Spielen immer weiter abzusenken. Waren die Spiele in den 80ern oder 90ern noch kaum zu bewältigen, so sind heutzutage hingegen kaum Spiele zu finden, die selbst vom ungeschicktesten Couch-Potato nicht durchgespielt werden könnten (eine Ausnahme bilden die erwähnten "Dark Souls"-Spiele). Wer zahlt, der hat auch ein Anrecht, alles zu sehen. Jeder Depp kann die massenmörderische Mafiakarriere in GTA 5 absolvieren, oder in "Call of Duty" Marschflugkörper auf Elendsmilizen abfeuern - und so erfahren, wie geil eine in Chaos und Barbarei versinkende Welt sein kann, wenn man nur hinter und nicht vor dem Maschinengewehr steht.

Die Darstellung der Gewalt in Computerspielen hat somit einen massiven Bedeutungswandel erfahren. In den Zeiten grobpixeliger Grafiken und einer subkulturellen Abgeschiedenheit des Computerspiels wirkte die Gewaltdarstellung noch als ein Tabubruch, der den verlogenen Mainstream mit einer verdrängten Realität konfrontierte: dass diese Gesellschaft auf Gewalt errichtet ist und dass Gewalt zu deren Aufrechterhaltung alltäglich

aufgewendet werden muss. Mit dem Einzug der exzessiven und realistischen Gewaltdarstellung in den Mainstream wandelt sich aber das Verhältnis der Gesellschaft zu dieser hochästhetisierten Gewalt. Sie wird bejaht, die demokratisch verbrämten humanistischen Illusionen verschwinden, während die ganze Brutalität voll erfasst wird, die zur Aufrechterhaltung des krisengeplagten spätkapitalistischen Systems notwendig wird. Und genau diese Gewaltanwendung wird durch das kommerzielle Computerspiel bejaht. Die Ästhetisierung der Barbarei, die von der Branche mit einem Milliardenaufwand betrieben wird, steht in Wechselwirkung mit der zunehmenden Toleranz gegenüber der Barbarei in den Gesellschaften, die in Reaktion auf die Krisendynamik in einen Extremismus der Mitte verfallen.

Virtuelle und reale Bandenkrieger

Die Spieleindustrie bildet somit den Höhepunkt und zugleich den Endpunkt der Entwicklung der Kulturindustrie, die nun in der totalen Affirmation des Gegebenen aufgeht. Der Anteil der ideologischen "Verzerrung" der Realität nimmt in der spätkapitalistischen Kulturindustrie immer weiter ab. Die klassische Kulturindustrie negierte den unerträglichen Zustand der kapitalistischen Welt eigentlich nicht mehr, sie stellte - dies war ihre zentrale Lüge - nur Alternativen in Abrede.

Nun wird, mit dem sich immer deutlicher abzeichnenden Zusammenbruch der Wertvergesellschaftung, vermittels der Computerspielindustrie die totale Barbarei, die rücksichtslose Identifizierung mit den Folgen dieser Krise propagiert. Durch sein "Mitmachen" in diesen virtuellen Welten, die immer genauer das krisenbedingte Chaos duplizieren, wird der Spieler mit diesem - hochgradig ästhetisierten - Krisenzustand versöhnt und zu einer aktiven Rolle bei dessen Ausgestaltung gedrängt. Es geht nur noch darum, in der Krisenkonkurrenz austeilen zu können und nicht einstecken zu müssen.

In seiner Agonie verbreitet die Kulturindustrie keine Lügen mehr über die Hölle auf Erden, die das Kapital geschaffen hat - diese wird einfach ästhetisiert und bejaht. Es findet eine unverzerrte Widerspiegelung der Realität statt, die gerade zur größtmöglichen Barbarei in der kommenden Ära des Umbruchs erziehen soll. Nichts tötet jegliches Empathievermögen zuverlässiger ab als die millionenfach eingeübte Betätigung des Triggers in den unzähligen virtuellen Kriegen, die eigentlich nur die unzähligen realen Kriege spiegeln, auf die inzwischen schon die Jüngsten vorbereitet werden.

Wenn mensch nun die eingangs erwähnten "postapokalyptischen" Multiplayer-Games wie "Rust" und "DayZ" nochmals betrachtet, dann wird auch klar, dass es sich hier streng genommen um kein fiktives Szenario mehr handelt. Immer wieder erzählen Spieler

davon, dass man bei diesen Spielen nur in Gruppen - im Spielerjargon "Klans" genannt - eine längerfristige Überlebenschance habe. Was sich auf den Servern dieser Spiele virtuell konstituiert, sind die realen Rackets, sind die Milizen und Banden, die bereits in weiten Teilen der Zusammenbruchsgebiete des kapitalistischen Weltmarkts herrschen. Es ist der "molekulare Bürgerkrieg" (Enzensberger), der immer neue Weltregionen erfasst, in denen die kollabierende Wertvergesellschaftung von anomischer Bandenherrschaft abgelöst wurde, der bei dieser Art von Spiel trainiert wird. *Die Metropolenkids spielen das nach, was ihre Altersgenossen in den Zusammenbruchsgebieten - in Syrien, Irak, Somalia, Mexiko, Kongo - bereits zu praktizieren genötigt sind*.

Das Spiel war schon immer auch eine Form des Trainings, mit dem sich Kinder und Heranwachsende fit machten für die Herausforderungen des Erwachsenenlebens. Da der Kapitalismus als die einzig mögliche Form menschlichen Zusammenlebens gilt, kann der sich immer deutlicher abzeichnende Kollaps des Kapitalverhältnisses - der von der Kulturindustrie in der Schwemme apokalyptischer Medienprodukte unbewusst verarbeitet wird - nur als ein Kollaps der Zivilisation dargestellt werden. Und selbst hier ist der Anteil der Lüge angesichts der gegenwärtigen Krisendynamik nur noch marginal, da das Weltsystem tatsächlich vollends in die Barbarei umschlagen wird, sollte das Kapital als

totale Vergesellschaftungsform nicht von einer emanzipatorischen Gegenbewegung überwunden werden. Die allgegenwärtige Apokalypse im Computerspiel stellt somit die self-fulfilling prophecy eines allgemeinen Krieges aller gegen alle dar, auf die das Gesamtsystem seiner inneren Krisenlogik gemäß zusteuert - und die in der Peripherie des Weltsystems bereits Realität geworden ist.



Space Giraffe

Dabei muss aber abschließend bemerkt werden, dass das Spiel - auch das Computerspiel! - durchaus eine Ambivalenz aufweist, die es auch zu einem progressiven Medium machen könnte. Beim Spielen geht es nicht nur um das "Training", um die spielerische Einübung von Rollen, Fähigkeiten und Verhaltensmustern, die in der gesellschaftlichen Realität vorherrschen. Das Spiel war immer auch motiviert von der Sehnsucht nach "dem Anderen", nach einem

Zustand, der dem Spieler in der Realität unerreichbar scheint. Genauso wie in den Nischen der Filmindustrie durchaus noch subversive Werke produziert werden, erscheinen auch oftmals kaum beachtete Spiele, die - wie etwa das geniale Werk Space Giraffe des Altmeisters Jeff Minter - eben diese Sehnsucht nach dem Anderen bedienen und vermittels eines abstrakten, audiovisuellen Feuerwerks den Spieler buchstäblich zur Bewusstseinserweiterung einladen. Neben dem Stumpfsinn eines "Call of Duty" und dem routinierten Massenmord des molekularen Bürgerkrieges, den ein GTA perfekt in Szene setzt, finden sich selbstironische und subversive Meilensteine wie die Portal-Spiele oder der Independent-Klassiker Braid. Doch auch hier gilt die aus der Filmindustrie bekannte Gleichung: Es kommt auf die Multiplikatoren und die Reichweite der entsprechenden Produkte an. Auf ein selbstironisches "Portal 2", in dem der Spieler letztendlich zu einem Versuchskaninchen zugerichtet wird, kommen hundert Massenmordsimulatoren. Die Ausnahme bekräftigt und festigt auch hier letztendlich den Regelvollzug der Branche.

Erstveröffentlichung: September 2014

3.2 Das Terrorspiel der Clowns

Eine der berüchtigsten Kunstfiguren der Kulturindustrie erwachte im 2016 aufkommenden Clownwahn zum Leben

Es lohnt sich, mit den Waren zu beschäftigen, die die spätkapitalistische Kulturindustrie fabriziert. Natürlich nicht ihres konkreten "Unterhaltungswerts" wegen, oder der vorhersehbaren und standardisierten Erzählstruktur insbesondere der Großproduktionen der Filmindustrie, die eigentlich jeder Kinobesucher schon im Voraus kennt (man geht eher der Effekte und Gags wegen noch ins Blockbuster-Kino).

Die Auseinandersetzung mit den Mainstream-Produkten der Medienindustrie lohnt deswegen, weil diese unbewusst, im Subtext auf das "kollektive Unterbewusste" der Gesellschaft verweisen, in der sie hergestellt werden. Sie verweisen auf das, was in der Gesellschaft vor sich geht, aber aufgrund der dominanten Ideologie, des gegebenen Sachzwangsregimes nicht öffentlich artikuliert und debattiert wird. Kulturindustrie hat schon immer eine Art umgekehrter Psychoanalyse praktiziert, bei der öffentlich tabuisierte Widersprüche, Prozesse oder Ereignisse ins Unbewusst-Symbolische verdrängt und zumeist personifiziert wurden.

Es gilt also, diesen unbewusst in die Produkte der Kulturindustrie eingewobenen Subtext freizulegen, zu dechiffrieren, um Einsichten

in all die irrationalen Verheerungen des Massenbewusstseins zu erhalten, die von der herrschenden neoliberalen Ideologie mit dem Bannfluch belegt sind. Das, was die spätkapitalistische Gesellschaft von sich selbst nicht wissen will, kommt so zu Vorschein.

Und in dieser Hinsicht gewinnt einer der "besten" und bekanntesten Filme des Kulturbetriebs eine brennende Aktualität: Christopher Nolans 2008 fertiggestelltes Batman-Epos The Dark Knight, das vor allem durch die brillante Performance von Heath Ledger in der Rolle des Jokers berühmt wurde. Für seine schauspielerische Leistung erhielt der 2008 verstorbene Autor 2009 posthum den Oskar als bester Nebendarsteller des populärsten Batman-Films, der rund eine Milliarde US-Dollar an den Kinokassen einspielte.

Alles soll brennen

Der Film ist sicherlich nicht des dümmlichen Plots wegen dermaßen populär, bei dem ein psychisch derangierter Fledermausmann einen wahnsinnigen Clown in einer vom sozialen Zerfall zerfressenen Stadt jagt. Die merkwürdige Faszination, die von The Dark Knight ausgeht, ist gerade der Figur des Joker geschuldet, die voll in der düsteren und gnadenlosen Welt von Gotham City aufgeht. Der von Hollywood kreierte Horror-Clown des Jahres 2008 wird von nackter Zerstörungswut angetrieben, von dem Wunsch

der Weltvernichtung, der in der Selbstvernichtung kulminiert. Da ist kein Streben nach dem eigenen Vorteil, nach dem Profit mehr gegeben, wie die Szene der Geldverbrennung durch den Joker illustriert. Alles soll brennen.

Und selbstverständlich - es ist 2008 und die Immobilienblasen in der USA und Europa platzen gerade - kündigt sich in der Szene der Geldverbrennung die bevorstehende große Geldverbrennung in der Weltfinanzkrise an. Die im öffentlichen Diskurs tabuisierte Irrationalität des Kapitalismus, der mit rationellen Mitteln den irrationalen Selbstzweck uferloser Kapitalakkumulation verfolgt, wird in der Figur des Jokers verkörpert. Und das ist es, was die "Spitzenprodukte" der Kulturindustrie leisten: Die ins Unbewusste verdrängten Tabus des Kapitalismus werden in Symbolen, Analogien und Personifikationen dargestellt, sodass im Idealfall - bei gelungener "Dechiffrierung" dieses kulturindustriellen Subtextes - die Antizipation gesellschaftlicher Vorgänge möglich wird.

Dieser nackte Wahnsinn, die motivlose Leere der Vernichtung, ist es gerade, die das Publikum am Joker so faszinierten und ihn zu einer der populärsten Figuren der späten Kulturindustrie machten, deren Attraktion sich selbst deutsche Politprominenz nicht entziehen kann. Und es ist gerade die Vorwegnahme des sehr reellen globalen Wahnsinns - vom Islamischen Staat bis zum Europäischen

Naziwahn - im Zug des akuten Krisendurchbruchs 2008, die in der Figur des Terrorclowns von Gotham City gelungen ist. Der Joker kündigt auf der Leinwand die kommende Krisenära entgrenzter Gewalt an.

In der Schlüsselszene des Films, in der Batman den Joker einem an Folter grenzenden Verhör unterzieht, wagt der Film eine kalkulierte Übertretung der Konventionen des Superheldengenres. Die Grenzen zwischen Gut und Böse, zwischen der - vom Superhelden beschützten - Gesellschaft und den gewöhnlich als Außenseiter agierenden Bösewichten werden eingerissen. Batman und Joker fallen in eins. Er sei die Avantgarde der kommenden Barbarei, die gerade aus der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft entspringen werde, erklärte der fiktive Horrorclown in dem Verhör:

»See, their morals, their code... it's a bad joke. Dropped at the first sign of trouble. They're only as good as the world allows them to be. I'll show you, when the chips are down, these... these civilized people? They'll eat each other. See, I'm not a monster, I'm just ahead of the curve.«

Die Gewalt kommt nicht von "außen", sie ist kein Fremdkörper. Sie wird in der Mitte der Gesellschaft ausgebrütet. Alle werden zum Joker, sobald der Wind sich dreht und die "Welt" es den Menschen nicht mehr erlaubt, "gut zu sein". Er sei nur "ahead of the curve", er

gehe nur der großen kommenden Welle voran, so der freimütige Horrorclown.

Was für eine Prophezeiung, bei der das Publikum in die Fratze der Irrationalität der eigenen Gesellschaft blickt, ohne es begreifen zu können. Das ungeheure Anschwellen von irren Krisenideologien in der vergangenen Dekade - vom arabischen Islamismus bis zum europäischen Rechtsextremismus - wird in dieser Aussage genauso antizipiert wie die regelrechte Epidemie vom Amokläufen der letzten Jahre.

Ein Spitzenprodukt der Kulturindustrie antizipiert somit gesellschaftliche Entwicklungen, ohne auch nur annähernd über deren Ursachen aufzuklären. Alles bleibt im Unbewusst-Symbolischen verfangen, mit der Tendenz zum bloßen Kulturpessimismus. Die Faszination, die von der Figur des Jokers ausgeht, schlägt letztendlich massenhaft in Identifikation um. Der Terrorclown ist "geil". Der Joker ist die Avantgarde der Barbarei, der nun alle folgen. Das ist es, was die Faszination des Films ausmacht. Die Zuschauer fühlen den Joker in sich selber aufsteigen, sie identifizieren sich mit ihm, mit dem bloßen, reinen Vernichtungstrieb - zuerst unbewusst.

2016 erwachte aber diese Kunstfigur der Kulturindustrie tausendfach zum Leben - im Gefolge einer Internetwelle, die die

reelle krisengeschüttelte Welt monatelang mit Horrorclowns überschwemmte. Jeder möchte ein bisschen Joker sein. Die Faszination und Identifikation mit dem nackten, durch keine Ideologie oder Pseudoreligion getrübten Terrorwahnsinn, die zuerst unbewusst bliebt, wurde in dieser Clownsmanie bewusst ausgelebt.

Das Internet mitsamt seinen asozialen Netzwerken fungiert hier als regelrechte Wahn-Maschine, die der Masse der vereinzelten Einzelnen vor den Bildschirmen, die der Neoliberalismus produzierte, eine Möglichkeit verschafft, dennoch unter einem gemeinsamen Wahnsinnsbanner sich isoliert in Bewegung zu setzen. Was die reellen Horrorclowns monatelang in den USA und Europa trieben, war letztendlich ein Spiel mit dem Amoklauf. Es war eine Annäherung an den Terror- und Horrortrip, den der Amokläufer durchlebt, ohne die zumeist tödlichen Konsequenzen in Kauf nehmen zu müssen. Man inszenierte hierbei einen Psychopathenfilm, wie Freitag, der 13., oder Halloween. Die Angst, die von den Nachwuchspsychopaten im Clownskostüm verbreitet wird, ist eine Einstiegsdroge, die zu weiteren Schritten reizen kann.

Hierbei fand letztendlich eine spielerische Popularisierung des Amokwahns statt. Es ist ein Horror-Spiel, das aber jederzeit in blutigen Ernst umschlagen kann. Der Horror-Clown bewegt sich in der Grenzregion zwischen spielerischer Annäherung an Terror und

Amok - und dessen praktischer Umsetzung in die Praxis eines ziellosen und subjektlosen Vernichtungswahns. Dieser Terrortrieb, der auch die Selbstvernichtung einschließt, ist hier jeglicher religiösen oder ideologischen Legitimierung (wie noch bei Nazis oder Islamisten) entkleidet. Er tritt offen, nackt in Erscheinung - und kommt somit zu sich selbst.

Das akkumulierte, massenhafte Potenzial entgrenzter und zielloser Gewalt blitzte in dieser Horror-Welle auf, die Ausfluss des Todestriebs der spätkapitalistischen Gesellschaft, des Todestriebes bürgerlicher Subjektivität ist. So, wie das gesamte spätkapitalistische Weltsystem in seiner letalen Systemkrise in die Selbst- und Weltzerstörung übergeht, so gehen auch die einzelnen spätkapitalistischen Subjekthülsen an ihrer Überflüssigkeit irre. Die kriegsbedingt eskalierenden Widersprüche, die auch die Individuen verheeren, sollen im Nichts der Welt- und Selbstvernichtung aufgehoben werden.

Sowohl die ökonomische wie die politische Seite der bürgerlichen Subjektivität lösen sich in der Tendenz auf. Das kapitalistische Marktsubjekt, der homo oeconomicus, spürt immer deutlicher die eigene Überflüssigkeit auf dem global in Auflösung übergehenden Arbeitsmarkt. Der homo politicus, das staatsbürgerliche Subjekt, geht krisenbedingt seines politischen und staatlichen Bezugsrahmens verloren. Was übrig bleibt, sind substanzlose

Subjekthülsen, die die allseitige kapitalistische Konkurrenz zu einem anomischen, molekularen Krieg weitertreiben, wie es der Krisentheoretiker Robert Kurz zu Beginn des 21. Jahrhunderts prognostizierte:

»*Was vom homo oeconomicus übrig bleibt, ist das entsubstantialisierte nackte Konkurrenz-Subjekt, was vom homo politicus übrig bleibt, ist das entsubstantialisierte nackte Gewalt-Subjekt. Wenn die regulären Markt- und Produktionsbeziehungen aufhören, stürzt das Dach der Souveränität ein, die nichts als geronnene, zentralisierte und monopolisierte Gewalt ist, und die Gewalt der inzwischen verinnerlichten Form der Geldkonkurrenz wird verflüssigt, dezentralisiert und demonopolisiert.***«**
Quelle: Robert Kurz: Marx Lesen!

Letztendlich wird hier die Panik antizipiert, die der Neoliberalismus in der Gesellschaft produziert. Die totale Ausrichtung auf das Konkurrenzverhalten, die in Reaktion auf den Krisenprozess einsetzte, lässt die gesellschaftliche Bindung der einzelnen Subjekthülsen erodieren, bis sie gänzlich erlischt. Mit Freud ließe sich sagen, dass die libidinöse Bindung der Menschen an die Gesellschaft abnimmt, bis die Schwelle zur offenen Panik, zum mörderischen "Rette sich, wer kann" überschritten wird.

Allem ideologischen Kitt des Neonationalismus zum Trotz wird die

zur bloßen Konkurrenz-Arena verkommene spätkapitalistische Gesellschaft von den spätkapitalistischen Elementarteilchen immer öfter nicht mehr als solche wahrgenommen - es gibt nur noch das irre Ich und die Anderen als potenzielle Opfermasse. "There is no such thing as society." - Dieses irre politische Programm Margaret Thatchers scheint nun vollauf realisiert. Und es bekommt ein irres, sehr reales Gesicht.

Erstveröffentlichung: Oktober 2016

3.3 Sprache der Verdinglichung

Reflexionen sprachlicher Regression: Das Kunstwort postfaktisch

»Die rastlose Selbstzerstörung der Aufklärung zwingt das Denken dazu, sich auch die letzte Arglosigkeit gegenüber den Gewohnheiten und Richtungen des Zeitgeistes zu verbieten.«
Dialektik der Aufklärung

Was für ein kometenhafter Aufstieg für ein erst kürzlich erfundenes Adjektiv! Vor wenigen Jahren war das Retortenwort "postfaktisch" de facto unbekannt. Der deutschen Öffentlichkeit wurde es erst im Herbst 2016 von Kanzlerin Angel Merkel nahe gebracht, als sie in Reaktion auf die Wahlen in Berlin von "postfaktischen Zeiten" sprach, wie die FAZ im Dezember 2016 erläuterte.

Kurz darauf wählte die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) "postfaktisch" zum Wort des Jahres 2016. Damit schlossen sich die deutschen Sprachforscher der Entscheidung ihrer englischsprachigen Kollegen von den Oxford Dictionaries an, die kurz zuvor die englische Entsprechung "post truth" zum Word of the Year 2016 wählten. Entstanden ist das Wort erst im März 2016, als sich die Harvard-Historikerin Jill Lepore Gedanken machte über den aktuellen Aufstieg des Rechtspopulismus, dessen Anhängerschaft bekanntlich ein eher lockeres Verhältnis zu Fakten pflegt.

Das Adjektiv, das sich in den sozialen Netzwerken wie ein Lauffeuer verbreitete, scheint tatsächlich den Nerv der Zeit zu treffen. Die GfdS wolle damit auf einen "tiefgreifenden politischen Wandel" aufmerksam machen, der dazu führe, dass bei öffentlichen Diskussionen inzwischen Emotionen die Fakten verdrängten. "Immer größere Bevölkerungsschichten sind in ihrem Widerwillen gegen 'die da oben' bereit, Tatsachen zu ignorieren und sogar offensichtliche Lügen bereitwillig zu akzeptieren", hieß es in der Begründung der GfdS.

Das Wort des Jahres 2016 markiert somit auch eine ideologische Frontstellung: Hier die ewigen, unumstößlichen Fakten von Aufklärung und Demokratie, die oftmals - in Gestalt der Sachzwänge - unangenehm seien, da die Irrationalität und die Lügen der Rechtspopulisten und ihres emotionsgeladenen Hassschwarms im Internet. Seiner Genese im akademischen Überbau gemäß assoziiert der Begriff die ewigen, harten Fakten mit "denen da Oben", also mit den kapitalistischen Funktionseliten in Politik, Wissenschaft, Medien und Wirtschaft, während die Irrationalität dem ungebildeten Fußvolk zugeschrieben wird.

Die "Hüter des Rationalismus" im Gegenwind

In Vollendung hat die Wochenzeitung Die Zeit diese Aufklärungsideologie entfaltet, als sie sich in einem längeren

Beitrag mit dem Adjektiv "postfaktisch" auseinanderzusetzen versuchte. Das abgetakelte Flaggschiff des vom Aussterben bedrohten deutschen Bildungsbürgertums paradierte dabei das ganze Elend der - zur reinen Chimäre verkommenen - spätkapitalistischen Aufklärungsideologie samt ihres hohlen Glaubens an eine kapitalistische Demokratie.

Ausgehend vom postmodernen Zeitgeist, wonach es keine objektive gesellschaftliche Wahrheit gebe, sondern diese in freien Gesellschaften "erstritten und ausgehandelt werden" müsse, wurde so Wahrheit zur Ansichtssache deklariert, die im Endeffekt auf dem (medialen) Markt der Meinungen gehandelt würde. Basis des "Aushandelns" von Wahrheit sei laut Zeit die Aufklärungsvernunft:

»Seit Descartes versucht hat, logisch zu beweisen, dass er selbst existierte, anstatt sich einfach auf das Wort der Kirche zu verlassen, hatte sich außerhalb totalitärer Staaten ein gewisser Konsens durchgesetzt: Wir halten für wahr, was sich belegen lässt. Weil er nachweisen kann, dass die Erde rund ist, hätte Galileo Galilei heute keinen Prozess mehr zu befürchten.«

Dieser Konsens sei nun aufgekündigt worden, man habe "das Zeitalter faktischer Begründungen als Triebfeder unseres Handelns" hinter sich gelassen. Die "Hüter des Rationalismus" (in den Redaktionsstuben der Zeit?) seien "im Jahr 18 nach Google"

diskreditiert, Unwahrheit stehe gleichberechtigt neben Wahrheit, Glauben neben Wissen. Dieses Lamento über den internetbedingten Verlust der Geschäftsgrundlage der bürgerlichen Presse mündet in ein von anachronistischer Aufklärungsromantik triefendes, pessimistisches Fazit: "Die moderne Demokratie als ultimatives aufklärerisches Gesellschaftsprojekt, als einzige Regierungsform, die den Fortschritt für wichtiger hält als den Machterhalt, sieht einer ungewissen Zukunft entgegen."

Zudem seinen auch die "Anhänger des Totalitarismus" dazu übergegangen, ihre demokratischen Gegner als "postfaktisch" zu bezeichnen, lamentierte die Zeit. Das Adjektiv, das zuvor eine gesellschaftliche Entwicklung beschrieb, bedeute inzwischen nichts weiter als: nicht den Fakten entsprechend. Hierfür hätten sich aber bereits die Wörter "falsch" oder "unwahr" bewährt.

Und tatsächlich war es ja zuerst der Rechtspopulismus, der zumindest in Deutschland für sich in Anspruch nahm, "unbequeme Wahrheiten" anzusprechen und die Fakten beim Namen zu nennen. Insbesondere der irre Urknall der neusten deutschen Rechten, der sozialdemokratische Salonrassist Thilo Sarrazin, warf sich in die Pose des gegen Tabus ankämpfenden Aufklärers, als er seinen sozialdarwinistischen und rassistischen Gedankenmüll so überaus erfolgreich vermarktete - und etwa Sozialhilfeempfänger und Muslime für genetisch minderwertig brandmarkte.

Beide Seiten, die spätkapitalistischen Funktionseliten in den Massenmedien wie ihr durchgeknallter Internetschwarm in den sozialen Netzwerken, berufen sich somit auf die Vernunft, auf Fakten, Fakten, Fakten - um mal einen berühmten Journalistendarsteller zu zitieren. Folglich sind die Unterschiede zwischen diesem rechtsextremen Internetmob und den - ihren Kontrollverlust beklagenden - Akteuren in der Kulturindustrie nur graduell. Denn auch die neoliberalen "Fakten" der demokratischen Sittenwächter der Zeit scheinen nicht viel erbaulicher zu sein als die "unbequemen Wahrheiten" des Sozialdarwinisten Thilo Sarrazin.

Die Zeit hat in ihrem Artikel brav Beispiele für typisch postfaktisches Agieren populistischer Bewegungen aufgeführt, unter denen auch folgendes "faktenwidriges" Verhalten angeprangert wird:

»In Großbritannien konnte die Brexit-Kampagne ein Referendum gewinnen, obwohl sämtliche ökonomischen Institute erklärten, dass der Brexit dem Land erheblich schaden würde.«

Diese von der Zeit aufgeführte Realsatire, wonach "ökonomische Institute" zu einem Hort der Aufklärungsvernunft geadelt werden, ist Folge des relativistischen Wahrheitsbegriffes, der dem spätkapitalistischen Zeitgeist innewohnt. Zur Erinnerung: Wahrheit ist die Folge eines - auf Aufklärungsvernunft basierenden -

öffentlichen "Aushandelns". Und ökonomische Institute besitzen nun mal eine große Handelsmacht auf dem Meinungsmarkt. (Dabei ist das, was "ökonomische Institute" oftmals tun, nichts mehr als mathematisierte Scharlatanerie.)

Bereits an diesem konkreten Beispiel schlägt die von der Zeit paradierte Aufklärungsvernunft - krisenbedingt - in Mythologie, in blinden Marktglauben um. Das, was sämtliche "ökonomischen Institute" in den letzten Dekaden als Fakten verkaufen, ernst zu nehmen, heiße, sich vollends im postfaktischen Ideologiedschungel zu verlieren. Demnach müssten beispielsweise "sämtliche ökonomischen Institute" vor 2008 die Öffentlichkeit beständig vor den drohenden Immobilienblasen in den USA und Amerika gewarnt haben.

Dieses Paradebeispiel für die ideologische Verschränkung von Mainstream und Extremismus, das dankenswerterweise ein überangepasster Zeitschreiber fabrizierte, verweist auf die gemeinsame Grundlage beider spätkapitalistischen Ideologieströmungen: auf das verdinglichte Bewusstsein, das sowohl dem Neoliberalismus wie dem Rechtsextremismus innewohnt - und das gerade solche Wortmonster wie postfaktisch fabriziert.

Schon Adorno verwies in seiner berühmten Schrift "Erziehung nach

Auschwitz" darauf, dass die lückenlose kapitalistische Vergesellschaftung ein "verdinglichtes Bewusstsein" hervorbringe, das letztendlich den innersten Kern rechtsextremer, potenziell eliminatorischer Ideologiebildung darstelle. Das verdinglichte Bewusstsein sei "vor allem eines, das gegen alles Geworden-Sein, gegen alle Einsicht in die eigene Bedingtheit sich abblendet und das, was so ist, absolut setzt". Träger des verdinglichten Bewusstseins halten ihre Identität, ihr "So-Sein - dass man so ist und nicht anders - fälschlich für Natur, für ein unabänderlich Gegebenes", anstatt es als ein durch Sozialisation "Gewordenes" zu begreifen.

Ich bin, es ist - das ist das Mantra des verdinglichten Bewusstseins. Bewegung im Kapitalismus wird als bloßes Oberflächenphänomen wahrgenommen. Laut dem verdinglichten Bewusstsein ändere sich im Kapitalismus alles nur deswegen, damit alles bleiben könne, wie es ist - wie es schon immer war. Gerade dieses kapitalistisch verstümmelte Denken in Dingen, das sich abschirmt gegen die Wahrnehmung von sozialen Prozessen, Entwicklungen, Widersprüchen und der eigenen wie der historischen Bedingtheit der kapitalistischen Gesellschaft, bildet die basale Grundlage des spätkapitalistischen öffentlichen Diskurses.

Deswegen beklagt ja Die Zeit selber, dass postfaktisch inzwischen nichts weiter als "falsch" bedeute, die Beschreibung einer

gesellschaftlichen Veränderung, eines Prozesses somit dem Wort abhandengekommen sei. Das Adjektiv postfaktisch ist binnen weniger Monate dem Prozess der Verdinglichung erlegen. Und es ist selber ein Produkt der Verdinglichung. Das Wort ist bereits Ausdruck eines verdinglichten Bewusstseins, das nur noch in Fakten, und nicht mehr in Zusammenhängen/Prozessen denkt.

Letztendlich kritisiert mit dem Begriff postfaktisch, der immer wieder mit dem Internetschwarm der neuen Rechten in Zusammenhang gebracht wird, die herrschende neoliberale Ideologie die eigenen - quasi schon postideologischen - Zerfallsformen in verkürzter Weise. Beiden ideologischen Strömungen, Neoliberalismus wie Rechtspopulismus, sind folglich nicht in der Lage, sich als Produkte desselben ideologischen wie gesellschaftlichen Zerfallsprozesses zu begreifen. Der Neoliberalismus war ja historisch tatsächlich die Brutstätte der neuen Rechten.

Dieses Denken in isolierten und verdinglichten Fakten, das Zusammenhänge und historische Entwicklungen verdrängt, ist längst hegemonial. Es ist ein eindimensionales Günter-Jauch-Denken. Ein Millionenpublikum hält die Beantwortung von Faktenfragen in der öden Quizsendung "Wer wird Millionär" ja tatsächlich für der Weisheit letzten Schluss. Und es sind gerade die zu Dingen erstarrten Fakten, die - losgelöst von ihrem sozialen und

historischen Kontext - der ideologischen Instrumentalisierung offenstehen. Das Adjektiv postfaktisch ist in sich selbst widersprüchlich: Hier beklagt gerade das verdinglichte Bewusstsein unbewusst diese ihm innewohnende Tendenz zur ideologischen Instrumentalisierung verdinglichter Fakten.

Dies gilt einerseits für die neoliberalen "Sachzwänge" und den korrespondierenden Sachzwangdiskurs, mit denen etwa die Agenda 2010 durchgesetzt wurde - und die nur bei Ausblendung der Widersprüche, Krisenprozesse und der historischen Bedingtheit des Kapitalismus als solche missverstanden werden können. Zwänge, die von "Sachen", von Dingen, verursacht werden - auch dies ist ein Paradebeispiel für eine Sprache der Verdinglichung, die ja nur auf den realen Fetischismus der kapitalistischen Gesellschaft verweist.

Und selbstverständlich hat auch Sarrazin in der 2010 ausgebrochenen Sarrazin-Debatte die durch diese Agenda-Politik ausgelöste Prekarisierung und Pauperisierung breiter Bevölkerungsschichten als ein Ding, als ein Faktum wahrgenommen - und nicht etwa als Folge eines durch innerkapitalistische Widersprüche angetriebenen gesellschaftlichen Prozesses der sozialen Exklusion. Um dieses - aus dem sozialen und historischen Kontext herausgelöste - Faktum einer wachsenden Unterschicht in Deutschland bildete sich, vermittels der Sarrazin-Debatte, ein Morast aus sozialdarwinistischer und rassistischer

Ideologie, der als Initialzündung der neuen deutschen Rechte diente.

Vollauf verständlich wird die Genese des verdinglichten Bewusstseins aber nur bei gleichzeitiger Reflexion des fetischistischen Charakters kapitalistischer Vergesellschaftung und der gesamtgesellschaftlichen Funktion des Kapitals als automatisches Subjekt, das zwar von den konkurrierenden Marktsubjekten alltäglich buchstäblich erarbeitet wird, aber marktvermittelt "hinter dem Rücken der Produzenten" (Marx) eine Eigendynamik entwickelt und diesen als eine äußerliche und fremde Macht in der Form krisenbedingt zunehmender Sachzwänge, Marktvorgaben, Verwerfungen und Widersprüche entgegentritt.

Diesem allgegenwärtigen Gefühl der Heteronomie, der "Fremdbestimmung", entspringen gerade die ganzen gegenwärtig blühenden Verschwörungsideologien, die im Antisemitismus kulminieren. Adorno deutet dies zumindest an, indem er bemerkt, dass der Typus des verdinglichten Bewusstseins "sich selber gewissermaßen den Dingen gleichmacht", um hiernach nach Möglichkeit "die Anderen" den Dingen gleichzumachen.

Was hier aufscheint, ist die absurde Stellung des Marktsubjekts innerhalb des Automatismus der Kapitalverwertung. Das Kapital als

"automatisches Subjekt" (Marx) macht die Menschen einerseits zu Objekten seiner Verwertungsbewegung, zu Dingen, zu Waren, die auf dem Arbeitsmarkt gehandelt werden - und die sich dieser vermittelten Form der subjektlosen Herrschaft wie einem menschengemachten "Naturgesetz" mit einem unterschwelligen Gefühl von Ohnmacht anzupassen haben. Zugleich besteht die einzige Chance, noch eine schale Imitation von Subjektivität auszuleben, darin, dass man als "ökonomische Charaktermaske" (Marx) daran mitwirkt, diesen Automatismus uferloser Kapitalverwertung "subjektiv" zu perfektionieren - und hierbei werden wiederum "die Anderen" zu Objekten degradiert und "den Dingen gleichmacht".

Innerhalb des nur zu realen Fetischismus, den das automatische Subjekt perpetuiert, sind die Insassen der kapitalistischen Tretmühle immer beides zugleich: Subjekt der Akkumulation und deren ohnmächtiges Objekt. Alle Insassen der globalen kapitalistischen Tretmühle fungieren als Subjekt-Objekte der verselbstständigten Verwertungsbewegung, die sie selber perpetuieren, wobei das konkrete Verhältnis zwischen diesen beiden Polen von der konkreten hierarchischen Stellung im Reproduktionsprozess des Kapitals abhängt.

Die menschliche Geschichte ist somit eine Geschichte von Fetischverhältnissen. Die Menschen bringen selber als

Gesellschaftssubjekte unbewusst eine gesamtgesellschaftliche Dynamik hervor, die ihnen als ein fremdartiges "Ding" erscheint. Früher in die Form des Götterglaubens gekleidet, artikuliert sich nun der durch die Aufklärung säkularisierte Fetischismus im verdinglichten Bewusstsein mit seinem "Sachzwängen". Dies ist das historische Ergebnis eines verkürzten Aufklärungsprozesses samt der instrumentellen Vernunft, die er hervorbrachte: einer Vernunft, die selbst die monströsesten Zwecke mittels rationeller Mittel zu verfolgen trachtet. Erst die Überwindung dieses reellen gesellschaftlichen Fetischismus - und somit die bewusste Verständigung der Gesellschaft über Form und Inhalt ihrer Reproduktion - würde die Verdinglichung des Bewusstseins überwinden und dem Rechtsextremismus den Nährboden entziehen.

Die Kritische Theorie hat das Umschlagen der bürgerlichen Aufklärung in Mythos - unter Eindruck des von Nazideutschland begangenen Zivilisationsbruchs - in der berühmten "Dialektik der Aufklärung" thematisiert, wie schon deren Einleitungssatz klarmacht:

»Seit je hat Aufklärung im umfassendsten Sinn fortschreitenden Denkens das Ziel verfolgt, von den Menschen die Furcht zu nehmen und sie als Herren einzusetzen. Aber die vollends aufgeklärte Erde strahlt im Zeichen triumphalen Unheils.«

Und dies ist eben die große Leerstelle, ja eigentlich die Lüge der Aufklärungsvernunft, die in den Massenbetrug der Kulturindustrie führte - und die insbesondere in Krisenzeiten Aufklärung in Mythos umschlagen lässt: Die Menschen sind nicht die "Herren" ihres eignen gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Die Aufklärung gab vor, den Menschen ihr eigenes Schicksal in die Hände geben zu können - und zugleich steigerte die rationell immer dichter verwaltete kapitalistische "One World" das Gefühl der Ohnmacht, der Heteronomie ins Unermessliche.

Die kapitalistische, rein instrumentelle Zweckrationalität, deren sich die für diese Zusammenhänge blinde - und daher ideologisch verkürzte - Aufklärungsvernunft rühmt, dient auf gesamtgesellschaftlicher Ebene einem irrationalen, fetischistischen und in sich widersprüchlichen Selbstzweck: der uferlosen Akkumulation von Kapital, die vermittels der Verwertung von Arbeitskraft in der Warenproduktion realisiert wird. Doch zugleich ist das Kapital bestrebt, diese seine Substanz - die wertbildende Arbeit - durch konkurrenz- und marktvermittelte Rationalisierungsmaßnahmen aus dem Produktionsprozess zu verdrängen. Diese widerspruchserzeugende Eigendynamik macht den Kapitalismus zu einer äußerst destruktiven und instabilen Gesellschaftsformation.

Fakten schaffen durch Personifizierung von Krisenursachen

Gewissermaßen muss das Kapitalverhältnis vor diesem inneren Widerspruch in immer neue Expansionsschübe fliehen, neue Verwertungsfelder erschließen, um die Verdrängung lebendiger Arbeit in alten, etablierten Industriezweigen zu kompensieren. Ohne neue Expansion zerbricht das Kapital an sich selbst. Die bürgerliche Volkswirtschaftslehre hat für diesen Prozess den Begriff des industriellen Strukturwandels geprägt - und diesen zugleich mit dem Glaubenssatz versehen, dass er immer genug neue Arbeitsplätze schaffte, wie durch Rationalisierung wegfielen.

Das Kapitalverhältnis ist folglich seit seiner gesamtgesellschaftlichen Durchsetzung in einem historischen Prozess zunehmender globaler Widerspruchsentfaltung verfangen, der vom verdinglichen Bewusstsein schlicht nicht wahrgenommen wird. Es war ja immer schon so, wie es ist. Wenn nun - wie in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts und in der gegenwärtigen Krisenperiode - dieser "industrielle Strukturwandel" in eine schwerwiegende Strukturkrise gerät, muss das verdinglichte Bewusstsein "Fakten schaffen". Vermittels der Personifizierung von Krisenursachen werden Sündenböcke (zumeist sind es die Krisenopfer oder gesellschaftlich schwache und marginale Gruppen) aufgebaut, die "Dingen gleichgemacht" werden, indem die Krisenverwerfungen zu den Eigenschaften dieser Gruppe - ihrem Wesen - halluziniert werden. Mit ihnen wird dann

entsprechend verfahren: Deportation, Konzentrierung in Lagern, alles Weitere will man dann nicht mehr wissen.

Somit weist auch die klassische Kritische Theorie eine verhängnisvolle Leerstelle auf, da sie die Gesellschaftssphäre der Ökonomie weitgehend ignorierte - und folglich keine Krisentheorie entwickelte. Dabei ist der Zusammenhang zwischen zunehmender Krisenintensität und der um sich greifenden Irrationalität eigentlich evident. Der aufsteigende rechtsextreme Massenwahn, das Umschlagen der instrumentellen Vernunft in Mythos, vollzieht sich offensichtlich - in den 1930ern wie auch heutzutage - in Krisenzeiten. Die eskalierenden inneren Widersprüche der als gesellschaftliche Totalität wirkenden Realabstraktion des Kapitalverhältnisses verehren ja ganz konkret die einzelnen Menschen, die Marktsubjekte, die einem immer stärkeren ökonomischen wie ideologischen Druck ausgesetzt sind (von Abstiegsängsten bis zur reellen Verelendung).

Dieser unverstandene, zumeist nur gefühlte Krisenprozess lässt die in der verwalteten spätkapitalistischen Welt schon immer latent präsente Angst immer stärker anschwellen, sie steigert sich ins Panische, ins Paranoide, wie die überall aufkommenden Verschwörungstheorien belegen, die letztendlich im Antisemitismus münden. Und es ist diese aus verdinglichter Verblendung resultierende Angst vor dem unverstandenen und

irreversiblen Krisenprozess, die die zentrale irrationale Triebkraft der neusten deutschen Rechten bildet.

Die Rechte praktiziert damit genau das, was sie schon immer in Krisenzeiten gemacht hat: Sie transformiert die in der Bevölkerung krisenbedingt aufkommende Angst in Hass - gegen Gruppen, die zu Personifikationen der unverstandenen Krisendynamik gerinnen. Jeder rechte Rattenfänger gibt vor, die "Ängste der Menschen" müssten endlich ernst genommen werden, sobald er dazu ansetzt, Ressentiments zu schürten.

Die Ängste der Menschen tatsächlich "ernst zu nehmen", hieße somit, ihnen zu sagen, was Sache ist: dass sie angesichts der eskalierenden Krisendynamik wohlbegründet sind. Die Angst muss daher klar benannt und der theoretischen Reflexion zugeführt werden. Dies hieße für die Linke und progressive Kräfte, zu einer radikalen Kritik am Kapitalismus überzugehen. Nicht, weil es aus wahltaktischen oder gar "revolutionären" Erwägungen geboten ist, sondern weil die Kategorien und Vermittlungsebenen des Kapitals in Auflösung übergehen, wie selbst ein flüchtiger Blick in die Peripherie des Weltsystems offenbart.

Es geht darum, zumindest zu versuchen, einen öffentlichen Diskurs über Alternativen zum drohenden kapitalistischen Kollaps zu initiieren. Auf die letale Krise des Kapitals müsste mit einer

radikalen Suche nach grundlegenden gesellschaftlichen Alternativen geantwortet werden. Die unbewussten, ins Irrationale abdriftenden Ängste - die Triebfeder des Faschismus - könnten so der bewussten Reflexion zugeführt werden, indem die Systemkrise als deren Ursache benannt wird. Die Suche nach, der Kampf um eine Alternative zur kapitalistischen Dauerkrise würde zu einer neuen Perspektive, zu einer blanken Überlebensnotwendigkeit menschlicher Zivilisation.

In der Krise steht auch die Linke am Scheideweg: Wird der Ausbruch aus dem kapitalistischen Gedankengefängnis gewagt oder verfestigt sich das Abdriften in Ressentiments? Es gibt kein Zurück zur "sozialen Marktwirtschaft" oder zur Wirtschaftswunderzeit. Stattdessen müsste endlich wieder nach vorn geblickt und der kategorische Bruch gewagt werden. Denn es macht einen Unterschied ums Ganze aus, ob der Kapitalismus an seinen inneren Widersprüchen in Barbarei kollabiert oder von einer emanzipatorischen Bewegung überwunden wird. Das hieße, die weit verbreiteten Ängste ernst zu nehmen - und an deren Überwindung in einer transformatorischen Bewegung zu arbeiten.

Erstveröffentlichung: Dezember 2016

3.4 Vom Aberglauben zum Wissenschaftsglauben

Wie weit die gesellschaftliche Regression im Spätkapitalismus vorangeschritten ist, offenbart auch die neue "Wissenschaftsbewegung"

»Das Wissen, das Macht ist, kennt keine Schranken, weder in der Versklavung der Kreatur noch in der Willfährigkeit gegen die Herren der Welt.«

Dialektik der Aufklärung

Ende April 2017 ging eine Protestwelle durch den globalen Wissenschaftsbetrieb, die sich vornehmlich gegen die wissenschaftsfeindliche Politik von US-Präsident Trump richtete (Science March). Die Wissenschaftler sehen sich mit einer zunehmend erstarkenden Wissenschaftsfeindlichkeit konfrontiert. Dies sei vor allem bei der Klimawissenschaft der Fall, die vor allem von den neuen rechtspopulistischen Bewegungen angegriffen werde.

Dabei weisen die Proteste aber eine merkwürdige Schlagseite auf, bei der jegliche kritische Selbstreflexion der Wissenschaft unterblieb. Wenn Kritik im Zusammenhang mit Forschung und Lehre geäußert wurde, dann nur an den Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb - während die widersprüchliche

gesellschaftliche Funktion der Wissenschaft im Kapitalismus nahezu vollständig ausgeblendet wurde.

Die neue "Wissenschaftsbewegung" fällt somit auf einen unkritischen Wissenschaftsbegriff zurück, wie er etwa im 19. Jahrhundert populär war. Selbst die Klassiker der wissenschaftskritischen Literatur scheinen im Wissenschaftsbetrieb kaum Spuren hinterlassen zu haben. Und tatsächlich kann die Welt so schön einfach sein - wenn man nur wissenschaftsgläubig genug ist. Auf der einen Seite finden sich hier die aufgeklärten Wissenschaftler, die in Gestalt des globalen Wissenschaftscommunity der objektiven Forschung und Lehre verpflichtet sein wollen. Die Gegenseite soll hingegen von den Kräften der irrationalen Finsternis, von Dummheit, Aberglauben und Partikularinteressen, beherrscht sein.

Fast könne es scheinen, als ob die Herrschaft im Kapitalismus immer noch auf plumpen Aberglauben oder auf dem Terror der Inquisition beruhen würde. Und tatsächlich ist es ja keine Einbildung, dass der Wissenschaft auch in den Metropolen immer größere Skepsis, mitunter offene Feindschaft entgegenschlägt. Es gibt eine breite, globale, in Mythen und Wahnvorstellungen versinkende barbarische Bewegung, deren Exponenten sich im Grad ihrer Militanz und in ihrer konkreten Ideologie unterscheiden: von der klimaleugnenden Wirtschaftslobby bis zur AfD, von Donald

Trump bis zu den Taliban, von Boko Haram bis zum Islamischen Staat.

Und dennoch erklärt diese Zustandsbeschreibung nichts. Woher kommt dieser aufschäumende Hass auf die Wissenschaft, der ja auch in den Zentren des spätkapitalistischen Weltsystems an Dynamik gewinnt? Die Lobbygruppen und die populistischen Politiker, die etwa gegen die Klimawissenschaft polemisieren, artikulieren ja breite diesbezügliche Stimmungen in der Bevölkerung. Wissenschaftsfeindlichkeit, Populismus und Extremismus blühen ja nicht nur in der "unterentwickelten" Peripherie (etwa dem arabischen Raum), sondern gerade auch in den Zentren (hier vor allem in den USA), die ja einen langfristigen Rationalisierungsprozess ausgesetzt waren.

Wieso schlägt die wissenschaftliche Aufklärung, die nahezu lückenlose kapitalistische Rationalisierung der Metropolengesellschaften gerade in den gegenwärtigen Krisenzeiten plötzlich in Irrationalität um?

Dies ist keine neue Fragestellung. Die Kritische Theorie stellte sie bereits in Reaktion auf die barbarischen Folgen der letzten großen kapitalistischen Systemkrise der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts. Wie konnten - in Gestalt Nazideutschlands - im Herzen des "zivilisierten" und rationalisierten Europas, der Heimat der

Aufklärung, Barbarei und Mythos triumphieren? Die Beantwortung dieser Frage, die sich angesichts der aktuellen populistischen Dynamik mit neuer Dringlichkeit stellt, verweist auf den Prozess der Aufklärung selber.

Es sei der einseitige, sich selbst gegenüber blinde Prozess der Aufklärung, der in den Mythos umschlage, konstatierten Adorno und Horkheimer in ihrer berühmten Dialektik der Aufklärung. Die "vollends aufgeklärte" kapitalistische Welt strahle im "Zeichen triumphalen Unheils", obwohl die Aufklärung den Menschen von seiner Furcht befreien und "als Herrn" einsetzen wollte, hieß es in dem 1944 veröffentlichten Klassiker der Kritischen Theorie. Der spätkapitalistische Zustand von Ohnmacht und Angst, aus dem im Gefolge von Krisenschüben der Mythos erwächst, ist gerade der blinden, positivistischen instrumentellen Rationalität geschuldet, die der Aufklärungsprozess etablierte:

»*Die glückliche Ehe zwischen dem menschlichen Verstand und der Natur der Dinge … ist patriarchal: der Verstand, der den Aberglauben besiegt, soll über die entzauberte Natur gebieten. Das Wissen, das Macht ist, kennt keine Schranken, weder in der Versklavung der Kreatur noch in der Willfährigkeit gegen die Herren der Welt. Wie allen Zwecken der bürgerlichen Wirtschaft in der Fabrik und auf dem Schlachtfeld, so steht es den Unternehmenden ohne Ansehen der Herkunft zu Gebot. Die Könige verfügen über die Technik nicht*

unmittelbarer als die Kaufleute: sie ist so demokratisch wie das Wirtschaftssystem, mit dem sie sich entfaltet. Technik ist das Wesen dieses Wissens. Es zielt nicht auf Begriffe und Bilder, nicht auf das Glück der Einsicht, sondern auf Methode, Ausnutzung der Arbeit anderer, Kapital. …
Was die Menschen von der Natur lernen wollen, ist, sie anzuwenden, um sie und die Menschen vollends zu beherrschen. Nichts anderes gilt. Rücksichtslos gegen sich selbst hat die Aufklärung noch den letzten Rest ihres eigenen Selbstbewußtseins ausgebrannt. Nur solches Denken ist hart genug, die Mythen zu zerbrechen, das sich selbst Gewalt antut.«

Die vom Aufklärungsprozess hervorgebrachte Wissenschaftsmethode ist somit hohl, eines jedweden Inhalts jenseits des Studienobjekts beraubt. Sie ist reine Methode, reines Mittel, das blind den Zwecken gegenüber ist, die damit verfolgt werden - und das ist es ja, worauf der Wissenschaftler in Gestalt seiner wissenschaftlichen Objektivität so stolz ist.

Das Wissen, das nur Mittel sein will, wird somit zu einem Instrument der Herrschaft über eine Welt, die nur noch als Objekt wahrgenommen wird. Diese Blindheit der Wissenschaftsmethode gegenüber sich selbst, ist somit dem kapitalistisch deformierten Aufklärungsprozess inhärent. Und hier schon ist alle folgende Barbarei angelegt. Die irrationalsten, wahnsinnigsten Zwecke

können seit dem Durchbruch der Aufklärung vermittels rationaler Methoden verfolgt werden. Bisheriger Gipfelpunkt dieser Entwicklung ist die wissenschaftlich betriebene Vernichtungsfabrik Auschwitz.

Das "hohle", auf Beherrschung zielende Denke der Aufklärung, die selber nur Mittel ist, predigt einen extremen Positivismus. Hierin sei die Aufklärung "totalitär", so Adorno und Horkheimer:

»*Auf dem Weg zur neuzeitlichen Wissenschaft leisten die Menschen auf Sinn Verzicht. Sie ersetzen den Begriff durch die Formel, Ursache durch Regel und Wahrscheinlichkeit. ... Von nun an soll die Materie endlich ohne Illusion waltender oder innewohnender Kräfte, verborgener Eigenschaften beherrscht werden. Was dem Maß von Berechenbarkeit und Nützlichkeit sich nicht fügen will, gilt der Aufklärung für verdächtig.*«

Es gibt nichts, das sich nicht messen, das sich nicht zählen lässt - dies ist die Tendenz des Wissenschaftspositivismus. Nur Tatsachen zählen. Letztendlich schmilzt das Aufklärungsdenken auf einen blanken, öden Fakten- und Zahlenkult, der Ausdruck der Verdinglichung des spätkapitalistischen Bewusstseins ist. Die jüngsten Diskussionen um das Modewort "postfaktisch" legen gerade das ganze Elend des spätkapitalistischen Positivismus dar, der schon in mythisches Denken umzuschlagen droht.

Der Positivismus ist dabei nur Ausfluss der reellen, letztendlich irrationalen Reproduktionsbewegung der kapitalistischen Gesellschaften, dem Selbstzweck uferloser Akkumulation immer größerer Quanta von Kapital - also abstrakten Wert. Die Nähe des Aufklärungspositivismus und Ideologie ist evident. Hierzu nochmals die Dialektik der Aufklärung:

»Die bürgerliche Gesellschaft ist beherrscht vom Äquivalent. Sie macht Ungleichnamiges komparabel, indem sie es auf abstrakte Größen reduziert. Der Aufklärung wird zum Schein, was in Zahlen, zuletzt in der Eins, nicht aufgeht; der moderne Positivismus verweist es in die Dichtung.«

Die scheinbare Vielfalt der kapitalistischen Gesellschaften trügt: alles im Kapitalismus ist Ware, jede Ware ist nur als Träger abstrakten Werts von Belang, den es zu akkumulieren gilt. Nichts wird unterm Kapital anerkannt, was nicht Wert ist - weshalb in Krisenzeiten die Tendenz überhand gewinnt, die gesamte Gesellschaft zu homogenisieren, der kriselnden Wertabstraktion anzugleichen (als homogene Rasse, Nation, Religion, etc.).

Ihren historischen Durchbruch erfuhr die Aufklärung - das Machtwissen, das keine Schranken kennt in der "Willfährigkeit gegen die Herren der Welt" - tatsächlich aufgrund der Kollaboration mit der Herrschaft im Absolutismus, als die feudale Welt in volle

Auflösung überging und der Kapitalismus zu seinem Durchmarsch ansetzte. Die "aufgeklärten" absolutistischen Herrscher des 18. Jahrhunderts, jene spätfeudalistischen Menschenschinder, die ihre Untertanen immer effizienter auszupressen suchten, erkannten die Vorteile einer aufgeklärten und "vernünftigen" Herrschaft, die ihnen Konkurrenzvorteile im ewigen europäischen Krieg verschafften.

Seit dem Absolutismus baut Herrschaft im zunehmenden Ausmaß auf instrumenteller Vernunft auf, womit Ausbeutung und Kontrolle des Menschenmaterials immer weiter perfektioniert werden konnten. Dieser Prozess ist in der Ära des Sachzwanges gewissermaßen an sein logisches Ende gelangt. Herrschaft tritt den zu Objekten degradierten Insassen des Spätkapitalismus folglich in der Maske der instrumentellen Vernunft entgegen. Und auch diese Degradierung hat gewissermaßen eine objektive wissenschaftliche Methode, wie Adorno und Horkheimer bemerkten:

»Die Aufklärung verhält sich zu den Dingen wie der Diktator zu den Menschen. Er kennt sie, insofern er sie manipulieren kann. Der Mann der Wissenschaft kennt die Dinge, insofern er sie machen kann. Dadurch wird ihr An sich Für ihn. In der Verwandlung enthüllt sich das Wesen der Dinge immer als je dasselbe, als Substrat von Herrschaft.«

Doch was ist das Wesen der Herrschaft im Kapitalismus? Es gibt

keine absolutistischen Herrscher mehr, deren Militärmaschinen mit ihrem unersättlichen Geldhunger eine wichtige Initialzündung für den Takeoff des Kapitals bildeten. Im Kapitalismus herrscht das Kapitalverhältnis als gesellschaftliche Realabstraktion - damit ist die Herrschaft im Spätkapitalismus subjektlos.

Was mit dem Kapital herrscht, ist eine unbewusst von den Marktsubjekten hervorgebrachte gesamtgesellschaftliche Dynamik, die diesen in der Form einer fremden, quasi "naturwüchsigen" und blindwütige Macht gegenübertritt. Geld, das zu mehr Geld werden will - dieser widerspruchsvolle Prozess uferloser Anhäufung von abstrakten Geldwerten verheert die ganz konkrete Welt. Und dieser irrationale, auch ökologisch verehrende Verwertungsprozess vollzieht sich mit wissenschaftlicher Präzision. Das sich immer enger im Spätkapitalismus zusammenziehende Netz subjektloser, vermittelter Herrschaft ist gerade vermittels der Anwendung wissenschaftlicher Methoden gewoben worden - und nicht gegen sie. Der irrationale Selbstzweck uferloser, blindwütiger Kapitalakkumulation wird von der sich selbst gegenüber blinden Wissenschaft perfektioniert. Die Aufklärungsvernunft ist ein Herrschaftsmittel.

Es ist insofern klar, was das spätkapitalistische Ressentiment gegen die Wissenschaft antreibt. Es ist eine reaktionäre, opportunistische Rebellion gegen die wissenschaftlichen Mittel kapitalistischer

Herrschaft, da der irrationale Selbstzweck nicht kritisiert werden darf. Das Kapital kann eigentlich nicht mehr infrage gestellt werden. Das Kapitalverhältnis ist ideologisch längst zur "natürlichen Ordnung" sedimentiert, die durchzusetzen die Aufklärung propagierte - während seine Widersprüche zuverlässig externalisiert oder personifiziert werden. Dies geschieht zumeist durch die Präsentation von Sündenböcken.

Der Hass vieler Trump-Anhänger gegen den Wissenschaftsbetrieb wird somit nicht nur durch entsprechende Wirtschaftslobbys - etwa der Klimaleugner - angefacht, er resultiert auch aus den unverstandenen alltäglichen Erfahrungen, wenn etwa neue wissenschaftliche Innovationen Arbeitsplätze vernichten. Die Absurdität einer anachronistischen Gesellschaftsformation, in der zunehmende Effizienz zu zunehmendem Elend führt, wird von der populistischen Anhängerschaft Trumps nicht erkannt. Stattdessen setzt eine Art postmoderner Maschinensturm-Mentalität ein, in der sich Wissenschaftshass mit dem reaktionären Wunsch nach Reindustrialisierung, nach einer Rückkehr in die gute alte Industriegesellschaft paart.

Der Hass auf die Wissenschaft, das ist letztendlich der Hass auf die Folgen eines kapitalistisch deformierten wissenschaftlichen Fortschritts, der den Menschen zu einem bloßen Anhängsel eines verselbstständigten, widerspruchsvollen und irrationalen

kapitalistischen Reproduktionsprozesses zurichtet. Je weiter die wissenschaftliche Revolution den kapitalistischen Rationalisierungsprozess vorantreibt, desto disponibler wird der Mensch in der Wirtschaftssphäre.

Gerade in der zunehmenden Verdrängung von Arbeitskraft aus der Sphäre der Warenproduktion tritt der widersprüchliche Charakter wissenschaftlichen Fortschritts im Kapitalismus zutage: einerseits als Potenzial postkapitalistischer Emanzipation, andrerseits als konkretes spätkapitalistisches Verhängnis, bei dem ganze Regionen der USA deindustrialisiert wurden. Ein kapitalistisch verstümmelter Wissenschaftsbetrieb, der unfähig zur kritischen Reflexion der eigenen Stellung im kapitalistischen Reproduktionsprozess ist, trägt somit zum Aufkommen der irrationalen Kräfte bei, die sich gegen Wissenschaft als solche wenden.

Solange aber der Ausbruch aus dem kapitalistischen Gedankengefängnis nicht gewagt wird, kann eine jede wissenschaftliche Innovation in einer Industrie nur mit zur Angst um den Arbeitsplatz führen. Im Ressentiment gegen die Wissenschaft, das sich insbesondere in der Anhängerschaft populistischer Bewegungen wie derjenigen Trumps sammelt, kommt letztendlich die unreflektierte Ahnung der eigenen Überflüssigkeit im Spätkapitalismus zum Ausdruck.

Erstveröffentlichung: Mai 2017

3.5 Schwarz-Braun macht mobil

Nach dem parlamentarischen Dammbruch von Magdeburg: Droht der Bundesrepublik eine reaktionäre Front aus Konservativen und Rechtsextremisten? - Ein Kommentar

Es war ein fatales Signal: Mitten im Wahlkampf 2017 haben deutsche Konservative in aller Offenheit gemeinsame Sache mit einer Partei gemacht, in der Rechtsextremisten, in der Nazis ihre politische Heimat gefunden haben. Dieser braune Dammbruch, der sich im August 2017 im sachsen-anhaltischen Landtag abspielte, dürfte nur den Vorschein der autoritären Transformation der Bundesrepublik bilden, die von der Rechten innerhalb und außerhalb des Staatsapparates forciert wird.

Die AfD-Fraktion im Landtag von Magdeburg entschloss sich, ein rechtlich umstrittenes Verbot des linksradikalen Portals linksunten.indymedia durch Innenminister de Maizière mit einer eigenen parlamentarischen Initiative zu flankieren. Als ob das ehemalige "Land der Frühaufsteher" am Rande der kommunistischen Revolution taumelte, brachte die AfD eine Enquete-Kommission zur "Untersuchung von Linksextremismus" auf den parlamentarischen Weg. Das Kalkül der Rechtspopulisten in Magdeburg war evident: Sie wollten die repressive Kampagne des Innenministers schlicht unterstützen, sie weiter ins

antidemokratische Extrem treiben.

Die Grünen, die SPD und die Linkspartei stimmten gegen das Vorhaben: Wenn die AfD über "Linksextremisten" spreche, dann meine sie in Wirklichkeit "Andersdenkende", warnte der SPD-Abgeordnete Rüdiger Erben am vergangenen Donnerstag. Der parlamentarische Vorstoß der AfD ziele in Wahrheit darauf, "zivilgesellschaftliche Akteure einschüchtern, die sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren". Die AfD wiederum behauptete, sie wolle prüfen, "wie eng das linke Netz gespannt ist zwischen der sogenannten Zivilgesellschaft und der militanten Antifa". Die AfD ist in Sachsen-Anhalt immer wieder bemüht, das Phantom einer Staatsbedrohung durch Antifaschisten zum Leben zu erwecken, etwa mit kleinen Anfragen im Landtag.

Was eigentlich eine routinemäßige Abstimmung werden sollte, bei der die Koalition aus CDU, SPD und Grünen gegen den AfD-Antrag stimmte, weitete sich zum Skandal: Teile der CDU brachen alle diesbezüglichen Parteibeschlüsse sowie Koalitionsabsprachen und stimmten für die Initiative der AfD. Dies ist umso bemerkenswerter, weil die AfD der Unterstützung der CDU gar nicht bedurfte. Die ins Extrem strebenden Rechtspopulisten verfügen im Landtag von Magdeburg über genügend Stimmen, um eine Enquete-Kommission ins Leben zu rufen.

Es handelte sich um eine bewusst kalkuliertes Manöver der CDU, um schon mal eine solche braune parlamentarische Option auszuloten. CDU-Fraktionschef Siegfried Borgwardt hat seine Abgeordneten vor der Abstimmung von der Fraktionsdisziplin bewusst freigestellt - offensichtlich, um den Skandal zu provozieren. Es war ein erster Vorstoß der schwarzbraunen Kräfte innerhalb der CDU in Richtung einer autoritären, reaktionären Parlamentsmehrheit. Es folgten wütende Reaktionen der Koalitionspartner der CDU. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Sven Kindler warnte vor dem bundespolitischen Fallout des braunen Dammbruchs vom Magdeburg: "In Sachsen-Anhalt paktieren AfD und CDU im Landtag. Wie weit geht das noch? Modell für Bundestag?". Jürgen Trittin (Grüne) stellte die demokratische Glaubwürdigkeit der CDU infrage: "Wie glaubwürdig ist die Abgrenzung der Union nach rechts noch, wenn sie gegen die eigenen Koalitionspartner mit der AfD paktiert?".

Und dennoch zeitigte dieser demokratische Tabubruch der CDU keine nennenswerten Folgen, da den Koalitionspartnern der CDU die Koalitionsposten viel wichtiger waren als alle antifaschistischen Überzeugungen. Deshalb sprechen die Grünen im Landtag auch nicht vom Koalitionsbruch. Die Grünen hatten Angst vor Neuwahlen, vor der Fünf-Prozent-Hürde, vor Postenverlust. Dies dürfte auch den Rechtsauslegern in der CDU klar gewesen sein, als

sie ihren parlamentarischen Vorstoß ins braune Lager planten. Die CDU habe sich als "nicht verlässlich" erweisen, man könne deren Entscheidung nicht nachvollziehen, hieß kleinlaut es seitens der Grünen.

Gerade anhand diesen ohnmächtigen Reaktionen auf die offene Kooperation zwischen CDU und AfD, anhand der weitgehenden Apathie, auf die dieser Vorstoß auf Bundesebene traf, wurde die diskursive Hegemonie der Rechten in der Bundesrepublik deutlich. Die autoritären und reaktionären Tendenzen in der Bundesrepublik, die das Fundament des Aufstiegs der Neuen Rechten bilden, sind ungebrochen. Dies ist vor allem deswegen der Fall, weil die sozioökonomische Krisendynamik, die dieser reaktionären Bewegung zugrunde liegt, ungebrochen ist.

"Das ist ein Dammbruch und ein Meilenstein in der Entwicklung der AfD"

Weite Teile der "Mitte" - nicht nur innerhalb der CDU - sind zunehmend anfällig für antidemokratische, fremdenfeindliche Ressentiments. Es ließe sich gar argumentieren, dass dieser Vorstoß der CDU als eine Art Wahlkampfhilfe für die AfD fungiert. Die braune Option will man sich in den schwarzbraunen Kreisen offenhalten.

Damit gehen die offen reaktionären Elemente in der CDU auch auf

Konfrontationskurs zu Merkel, die bislang eine Koalition mit den Rechtspopulisten und Rechtsextremisten der AfD ausschloss. In der Welt am Sonntag musste Merkel abermals klar machen, dass die "AfD für uns kein Partner für irgendeine Form der Zusammenarbeit sein kann". Man müsse versuchen, die Wähler der AfD zurückzugewinnen, dies erfordere "Geduld mit den Sorgen der Menschen und den Versuch, sie immer wieder mit konkreten Lösungen für konkrete Probleme anzusprechen".

Bei der AfD knallten hingegen die Sektkorken: "Das ist ein Dammbruch und ein Meilenstein in der Entwicklung der AfD", tönte der Führer der AfD-Landtagsfraktion in Magdeburg, André Poggenburg, gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Da ein Großteil der Parlamentarier der CDU für den Antrag der AfD gestimmt habe, zeige dies deutlich, dass die Strategie "Fundamentalopposition" erfolgreicher sei als der "realpolitische Kurs" von Parteichefin Frauke Petry, erklärte Poggenburg, der zum rechtsextremen Flügel der Partei um Björn Höcke gehört - dieser braune Flügel wird aus unerfindlichen Gründen in den Medein immer noch als "rechtsnational" bezeichnet wird.

Björn Höcke wiederum ist tatsächlich, wie Thomas Oppermann feststellte, ein Nazi, ein Nationalsozialist. Höcke gibt bei Kundgebungen gerne leicht modifizierte Goebbels-Reden zum Besten, um seine Gefolgschaft aufzuhetzen. Der Machtkampf

zwischen Höcke und Petry entbrannte 2017, nachdem Höcke eine eindeutig antisemitische Rede gehalten hatte, da er die öffentliche Erinnerung an den Holocaust für unerträglich hält. Der Versuch, Höcke aus der AfD zu werfen, scheiterte. Stadtessen wurde Petry kaltgestellt, um nach der Wahl unverzüglich die Partei zu verlassen.

Es ist somit keine Übertreibung, inzwischen von der AfD als einen potenziellen braunen Koalitionspartner zu sprechen, den die Rechtsausleger in der CDU mitten im Bundestagswahlkampf aufzubauen versuchten. Nochmals: Es sind Mitglieder des rechtsextremen Flügels um Höcke, die in Magdeburg das Sagen haben. Mit diesen Kräften haben weite Teile der CDU-Fraktion kooperiert, mit Zustimmung der Fraktionsführung. Und deren Grüne Koalitionspartner können hier keinen Grund für einen Koalitionsbruch sehen.

Strategie der Spannung im Wahlkampf

Noch erschreckender als die parlamentarischen Annäherungsversuche zwischen Schwarz und Braun war die Instrumentalisierung des Staatsapparates im Wahlkampf durch die offen reaktionären Kräfte in der CDU. Der im schönsten Sachsensumpf sozialisierte Innenminister der Bundesrepublik betrieb Wahlkampf durch Verbotsverfügungen gegen linke Newsportale, bei denen die Polizei offensichtlich Falschmeldungen

über angebliche Waffenfunde verbreitete. In einer klassischen Strategie der Spannung sollte das Gespenst einer linksextremistischen Bedrohung die öffentliche Legitimation schaffen, um den autoritären Umbau des Staates voranzutreiben. Die absurde Angst vor kommunistischen Gespenstern, die der Innenminister - in evidenter Kooperation mit der AfD - schürte, sollte den Widerstand gegen diese autoritären Bestrebungen lähmen.

Den Vorwand zum staatlichen Demokratieabbau schafft sich der bürgerliche der Staat gerne selber. Dies geschah mittels der Eskalationstaktik der Polizeikräfte bei den G20-Protesten in Hamburg. Nach den Übergriffen der Polizei auf einen Demonstrationszug, bei denen eine Massenpanik in Kauf genommen wurde, nach den daraufhin folgenden Ausschreitungen, nach hysterischer Berichterstattung der Springerpresse, hatte sich der Staatsapparat die Legitimierung für ein Anziehen der Repression selber geschaffen. Es ist letztendlich ein in Hamburg initiiertes Warmlaufen für den Ausnahmezustand. Und es ist gerade die AfD, die hier begeistert mitmarschiert in den autoritären Krisenstaat.

Nichts ist der neuen deutschen Rechten so verhasst, wie ein klares Geschichtsbewusstsein, weil sie mit aller Kraft vergessen machen will, wozu sie fähig ist, wenn sie ihren Wahn frei entfalten kann.

Gerade deswegen ist es notwendig, die evidenten historischen Parallelen zum deutschen Vorfaschismus zu benennen. Autoritäre Tendenzen im Staatsapparat, eine Justiz, die auf dem rechten Auge blind ist, eine im Aufstieg befindliche extrem Rechte - sie prägten ebenfalls die Endphase der Weimarer Republik. Auch damals gab eine politische Kooperation zwischen Konservativen und Nazis: die kurzlebige Harzburger Front legte den Grundstein für den Tag von Potsdam. Eine ähnliche Konstellation des drohenden Vorfaschismus zeichnet sich auch jetzt überdeutlich ab.

Der Aufstieg der AfD legt aber auch die schwachen bürgerlich-demokratischen Traditionen in der Bundesrepublik offen. Es ist die weit verbreitete Angst vor den Folgen der Krise in Südeuropa und in der vom Staatszerfall voll erfassten Peripherie, die die AfD stark machte. Flüchtlinge und Südländer sind folglich die Hassobjekte der Neuen Rechten. Was in Deutschland sich abspielen würde, wenn hierzulande - ähnlich wie in Griechenland - eine Arbeitslosenquote von 20, 30 Prozent herrschte, will man sich kaum vorstellen.

Ähnlich sieht es mit den autoritären Tendenzen im deutschen Staatsapparat aus. Kaum wurde in den USA ein Rechtspopulist an die Macht gewählt, gewinnen reaktionäre Kräfte im Staat Oberwasser, sie kooperieren mit der Rechten immer offener. Die Schwäche der bürgerlichen deutschen Demokratie tritt offen zutage: Staatlich provozierte Randale in Hamburg reichen

vollkommen aus, um eine autoritäre Offensive der reaktionären Elemente innerhalb der Staatsmacht zu entfesseln.

Ein Blick in die Geschichte zeigt aber auch, wie der Aufstieg des Faschismus in etlichen Ländern gestoppt werden konnte. Dies geschah meistens durch eine antifaschistische Volksfront-Strategie, bei der alle nicht-faschistischen Kräfte - allen Unterschieden zum Trotz - kooperierten, um den braunen Ansturm zu brechen. In Anlehnung an eine alte Kampagne der CDU ließe es sich somit formulieren: Auf in die Zukunft - aber nicht in braunen Springerstiefeln.

Erstveröffentlichung: August 2017

3.6 Die Gunst der rechten Stunde

Der reaktionäre Rand des deutschen Konservatismus sieht seine Zeit gekommen - und greift nach der Macht - Ein Kommentar

Der im Juni 2018 ausgebrochene Konflikt um eine Verschärfung der deutschen Flüchtlingspolitik, der wochenlang die Große Koalition zu sprengen drohte, wurde von der CSU bewusst geschürt, um nichts weniger als die Machtfrage zu stellen. Unterstützung erfuhren die rechten Hardliner innerhalb der CDU/CSU von den reaktionären Teilen der deutschen Funktionseliten - insbesondere vom Springer-Konzern. Die Auseinandersetzung darüber, ob abgelehnte und "papierlose" Flüchtlinge an deutschen Grenzen abgewiesen werden sollen, bildeten somit einen bloßen Vorwand. Es war eine Phantomdebatte, die aus taktischen Gründen - aufbauend einer um Ausländerkriminalität kreisenden Medienhysterie - von dem rechten Rand der CDU/CSU angefacht wurde.

Die Fakten interessierten die "postfaktische" Neue Rechte nicht: Die Flüchtlingszahlen waren 2018 stark rückläufig. In Passau, an der bayrisch-österreichischen Grenze, die laut CSU-Landesfürst Söder durch "Asyltouristen" überrannt wurde, wurden 2018 im Schnitt monatlich 150 Grenzübertritte von Flüchtlingen registriert. Im Januar 2016 waren es 23.000 Flüchtlinge, im Oktober 2015 gar

140.000. Insgesamt wurden 2016 noch 111.843 Grenzübertritte gezählt, die sich im Folgejahr auf 50.154 gut halbierten.

Ähnlich verhielt es sich mit der Kriminalitätsstatistik, die im krassen Kontrast zur grassierenden Angst vor Ausländerkriminalität stand. 2017 sind im Jahresvergleich rund zehn Prozent weniger Verbrechen erfasst worden, was den stärksten Rückgang seit mehr als 20 Jahren entsprach. Ebenso deutlich gesunken ist die Zahl der weiblichen Mordopfer unter 18 Jahren in den vergangenen 17 Jahren. Die einzig nennenswerte Gefahr für die "innere Sicherheit" der Bundesrepublik stellt derzeit der potenzielle Rechtsterrorismus dar.

Die angefachte Flüchtlingshysterie diente als rechter Hebel im Machtkampf innerhalb der CDU/CSU?

Die CSU wollte anhand des Streits um die Flüchtlingspolitik eine populistische Transformation des deutschen Konservatismus forcieren. Dabei spekulierten die bayrischen Hardliner auf breite Unterstützung aus dem rechten Flügel der CDU. Es handele sich um einen "Aufstand der CSU, es ist die kaum verhohlene Ankündigung, notfalls die Kanzlerin zu stürzen und dafür nach Verbündeten in der CDU Ausschau zu halten", wie es die Süddeutsche Zeitung formulierte.

Es gehe inzwischen "um den Kopf der Kanzlerin", den der CSU-

Ministerpräsident Söder fordere, hieß es unter Verweis auf Insiderkrise in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Entweder werde Merkel die Politikvorgaben der CSU künftig akzeptieren, die letztendlich auf nationale Alleingänge dränge, oder es komme zum Koalitionsbruch. In der CSU, die hier alles riskiere, glaube man aber, "Merkel klebe mehr an ihrem Stuhl, als man denke, und ihre Kanzlerschaft sei stärker an den Verbleib Seehofers im Kabinett gekettet, als ihr lieb sein könne".

Dabei war es nicht zuletzt die übliche "deutsche Angst", die Bayerns Konservative in die Konfrontation mit Merkel trieb. In der CSU wuchs die Sorge vor dem Ausgang der Landtagswahl im Oktober 2018, da die AfD eine alte Maxime bayrischer Politik auszuhebeln schien, die schon Franz Josef Strauss aufstellte: Rechts der CSU darf es nur die Wand geben. Die bayrischen Christsozialen näherten sich folglich "den Rechtspopulisten, die sie eigentlich bekämpfen" wollten, "immer weiter an," bemerkte etwa die Zeit.

Wähler wiedergewinnen

De facto wollte die CSU die Unionsparteien in eine AfD umbauen, indem sie auf Unterstützung des rechten Flügels der CDU hoffte. Der bayrische Regionalfürst Söder und Innenminister Seehofer demonstrierten somit im Sommer 2018, wohin die Strategie führt, die AfD zu imitieren, um ihre Wähler "wiederzugewinnen". Man

mutiert selber zur einer rechtspopulistischen Partei.

Das gesamte politische Spektrum wird nach rechts verschoben, ohne die AfD zu marginalisieren, die einfach immer weiter provoziert und eskaliert. Im Endergebnis wird so die Verrohung des öffentlichen Diskurses, die Barbarisierung der spätkapitalistischen Gesellschaft forciert. Die Parallelen zum historischen Vorfaschismus sind offensichtlich. Diese Faschisierung, die gerade aus der Mitte der Gesellschaft ihre Dynamik bezieht, gewinnt nun immer schneller an Kraft.

Offensichtlich wurde dies bei dem - während des unionsinternen Machtkampfes organisierten - Treffen zwischen Seehofer und dem österreichischen Rechtspopulisten und Kanzler Kurz, bei dem - in klarer Anspielung auf die faschistische Allianzbildung in der Vorkriegsphase - eine reaktionäre Allianz zwischen Rom, Wien und Berlin propagiert wurde. Diese "Achse der Willigen" ließe aufgrund der bekannten historischen Parallelen einem die Haare aufstellen, kommentierte etwa die Süddeutsche Zeitung Mitte Juni 2018. Das Treffen mit Kurz war eine programmatische Entscheidung Seehofers: Zugleich erklärte der Innenminister, der in NS-Tradition mit einem Österreicher von einer Wiederbelebung der Achsenmächte schwadronierte, erstmals nicht am Integrationsgipfel teilnehmen zu wollen, weil ihm eine Teilnehmerin Blut-und-Boden-Rhetorik vorgeworfen habe.

Letztendlich ging es bei dem Machtkampf nicht nur um einen innenpolitischen Umbruch zu einem autoritären Nationalismus, sondern auch um eine Neuausrichtung der deutschen Politik in Europa. Söder und Seehofer wollten eine direkte, unmittelbare Machtentfaltung Deutschlands in Europa forcieren, die der Vermittlungsebene der EU nicht mehr bedarf. Nun scheine das "Deutschland first" oder "Bayern first" nicht länger nur "die heimliche, sondern auch die offizielle Devise" der CSU zu sein, kommentierte die Zeit die diesbezüglichen Auslassungen Söders.

Dieser hatte in einem Interview während des Machtkampfes erklärt, die Zeit des "Multilateralismus" werde abgelöst durch "Einzelländer", die nun zunehmend Entscheidungen treffen. Deutschland werde laut Söder vor allem deswegen respektiert, weil "wir auch in der Lage sind, unsere Interessen selbst wahrzunehmen". Es war ein chauvinistisches Plädoyer für die ungefilterte Durchsetzung von Interessen, das nicht zufällig Parallelen zum Kurs eines Donald Trump aufwies.

Laut der FAZ sei aber dieser rechtspopulistische Ausfall Söders im derzeitigen Machtkampf kontraproduktiv gewesen: "Schon am Donnerstag in der Bundestagsfraktion hätten sich daher auch solche Abgeordnete hinter Merkel gestellt, die eigentlich ihre Flüchtlingspolitik skeptisch sehen. Der Versuch, die CSU - und damit mittelbar auch die CDU - im politischen Koordinatensystem zu

verschieben und in Richtung Euroskepsis und Populismus zu rücken, sei ein Tabubruch."

Die EU samt Eurozone bildet in der Tat den zentralen ökonomischen und politischen Hebel deutscher Machtentfaltung. Der CSU-Landeschef agiert somit gegen die vitalen Machtinteressen der Bundesrepublik, wenn er aus dem bornierten partikularen Parteiinteresse die EU als Garant etwa deutscher Exportstärke infrage stellt. Der zuverlässigste Sicherungsmechanismus gegen rechtspopulistische Bestrebungen in der Bundesrepublik besteht folglich aus der extremen Exportausrichtung der Bundesrepublik.

Diese 2018 tatsächlich gegebene, ökonomische Abhängigkeit von offenen Grenzen ist es, die Söders kaum kaschierten Chauvinismus für einen Großteil der deutschen Funktionseliten - noch - zu einem "Tabubruch" werden ließ. Doch die Zeit der neoliberalen Globalisierung geht zu Ende, sie macht der kommenden Krisenära des Protektionismus Platz.

Zeitgleich mit der reaktionären bayerisch-österreichischen Insurrektion gegen Merkel traten auch die Strafzölle der Trump-Administration gegen chinesische Produkte in Kraft. China kündigte umgehend Gegenmaßnamen an. Ein globaler Handelskrieg, bei dem vor allem exportorientierte Volkswirtschaften (wie die Bundesrepublik) und Währungsräume (wie die "deutsche"

Eurozone) verlieren werden, schien immer wahrscheinlicher.

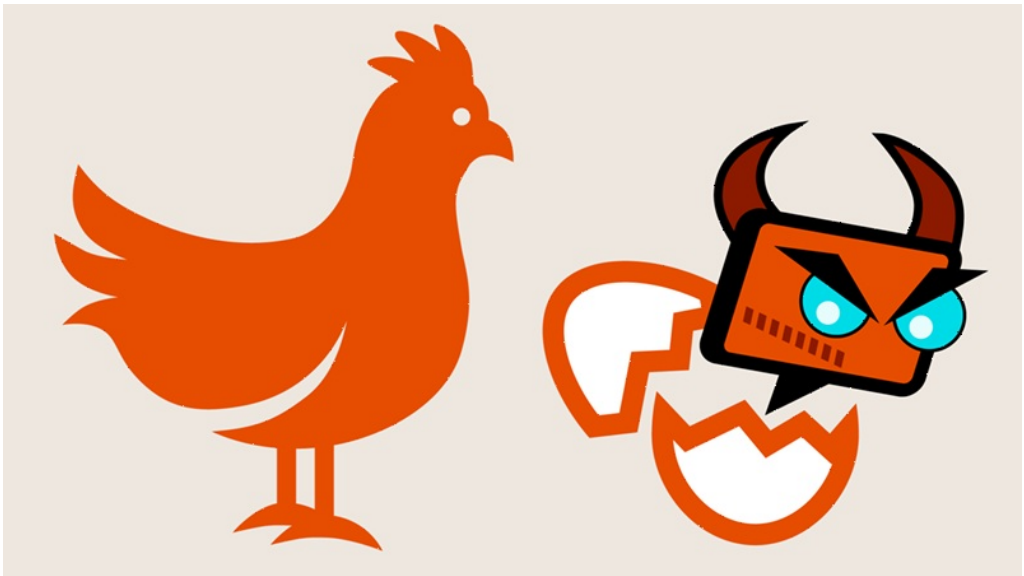
Die neoliberale Merkel-Ära ist tatsächlich ein Auslaufmodell. Sobald aber die "Haupt-Quelle des deutschen Wohlstands" (Siemens-Chef Joe Kaeser) nicht mehr im Ausland verortet werden kann, dürfte sich auch die Haltung der Funktionseliten der Bundesrepublik zum Rechtspopulismus wandeln. Im Sommer 2018 wurde schnell klar, dass Söder und Seehofer ungeduldig vorgeprescht sind. Doch in der Tendenz der weiteren Krisenentfaltung haben sie Rückenwind. Der Neoliberalismus wird vom Neonationalismus als dominante spätkapitalistische Ideologie abgelöst werden. Wohin die Reise dann führt, illustriert beispielsweise das repressive, ebenfalls 2018 verabschiedete bayerische Polizeiaufgabengesetz.

Erstveröffentlichung: Juni 2018

3.7 Die "Lügenpresse" und ihre Lügenfressen

Wie der Spiegel auszog, die Trolle das Fürchten zu lehren, die er selber ausbrütet. Ein Kommentar zum Elend der deutschen Medienlandschaft im europäischen Vorfaschismus

Dem Spiegel reicht es! Das unter dem branchenüblichen Auflageschwund leidende Sturmgeschütz der Demokratie rief im Sommer 2018 dazu auf, all die Trolle ins Visier zu nehmen, die unsere "gewohnte liberale Ordnung" verstärkt attackierten. Die schweigende "große Mehrheit" müsse den "Kampf gegen Trolle aufnehmen" - und gegen Populisten und Extremisten.



Bei dieser Frontstellung schien somit die liberale Welt noch in Ordnung: Auf der einen Seite das seriöse Nachrichtenmagazin als die nüchterne Informationsquelle der großen liberalen Mehrheit, dem gegenüber die irrlichternden Wahnhorden des irrationalen Populismus und Extremismus sich zusammenrotten, zunehmend die "öffentliche Debatte" bestimmen und Spiegel, Stern, Zeit und Co. gerne als "Lügenpresse" titulieren.

Zuallererst müsste eigentlich geklärt werden, wieso diese populistischen und extremistischen Lügenfressen der Neuen Rechten es tatsächlich geschafft haben, die "öffentliche Debatte" zu bestimmen. Und: Woher kommt der Hass der unzähligen, durch das Netz marodierenden Trollbrigaden, der inzwischen - wie der Spiegel lamentierte - in den USA, in Italien, Österreich oder Bayern von politischen Borderlinern in Regierungspolitik gegossen wird?

Alles Schlechte kommt von draußen

Vielleicht würde bei der Beantwortung dieser Frage ein Blick ins eigene Archiv helfen? Ach was, die Tagesberichterstattung, etwa im Sommer 2018 anlässlich der Regierungsbildung in Italien, reicht vollkommen. Wie man Ressentiments schürt, den Hass auf den Ausländer auf Touren bringt, das macht SPON-Kolumnisten niemand vor. Jan Fleischhauer etwa durfte Italien als eine Nation von Schnorrern beschimpfen, die sich auf Kosten deutscher Sparer

ein schönes Leben machte. Italien, das sei laut Fleischhauer eine Nation aggressiver Bettler: "Der Bettler sagt wenigstens Danke, wenn man ihm den Beutel füllt. Aggressives Schnorren trifft die Sache schon eher."

Die Italiener, die Südländer, sie wollten alle nur unsere schönen, deutschen Euro - hier sind sich Zeitungsredaktion und Stammtisch einig. Der Spiegel bebilderte seine Titelstory zu den Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Rom im Juni 2018 drohend mit einem Galgen, der aus Spaghetti gestrickt wurde. Auch die vielen SPIEGEL-Titelstories der vergangenen Jahre, die mit der Angst vor dem Islam, vor Überfremdung oder Flüchtlingsfluten spielten, müssten eigentlich zur Klärung der Frage, woher der Hass der neurechten Trollbrigaden herkomme, herangezogen werden - am besten im Rahmen einer umfassenden investigativen Selbstrecherche des SPIEGEL.

Alles Böse kommt von außen, während die Nation als potenziell widerspruchsfrei gilt - spätestens seit dem Ausbruch der Eurokrise haben gerade die "meinungsbildenden" Massenmedien eben dieses Narrativ in der Bevölkerung popularisiert. Die Krise sei das Produkt südländischer Korruption und Flauheit, der Südländer lebe auf Deutschlands Kosten. Dieses Mantra wurde in unzähligen chauvinistischen (Focus) und offen rassistischen Medienbeiträgen (welt.de) zum gesamtdeutschen Gemeinplatz. Insbesondere

gegenüber Griechenland, das von Wolfgang Schäuble in den sozioökonomischen Zusammenbruch getrieben wurde, kannte der Medienhass keine Grenzen.

Neben der massenmedialen Hasskampagne während der Eurokrise - mit der die deutsche Austeritätspolitik in der Eurozone gerechtfertigt wurde - prägte auch die Durchsetzung der Agenda 2010 samt Hartz IV den öffentlichen Diskurs in der Bundesrepublik nachhaltig. Damals waren es die sozial Schwachen, die marginalisierten Bevölkerungsschichten, die als Sündenböcke aufgebaut und durch die massenmediale Arena getrieben wurden.

Bei diesen Beispielen ist die Rolle der Massenmedien klar umrissen: Sie machen Stimmung für eine umstrittene Politik, die auf Widerstand trifft, wie die Einführung der Hartz-IV-Arbeitsgesetze in Deutschland oder die europäische Austeritätspolitik Berlins. Hierzu ließe sich noch die Hass-Kampagne zählen, die anlässlich des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im deutschen Blätterwald 1999 entfacht wurde.

Verselbstständigung der Ressentiments

Die Massenmedien konnten diese Kampagnen, die sich der niedersten Instinkte und Ressentiments bedienten, nach dem Erreichen der jeweiligen Zielsetzung (Sozialabbau, Demokratieabbau, Krieg) schnell wieder abstellen, da sie den

öffentlichen Diskurs weitgehend kontrollieren. Doch inzwischen ist ein evidenter Kontrollverlust eingetreten.

Die öffentliche Deutungshoheit der großen Medienhäuser erodiert aufgrund der vollständigen Durchdringung der Gesellschaft durch das Internet, in deren Folge neuartige, netzwerkartige Formen der Kommunikation allgemein zugänglich wurden. Der öffentliche Diskurs, der bis in die 90er Jahre durch einseitige, durch große Medien gesteuerte Kommunikation geformt war, wird nun abgelöst durch die Schwarmartige Dynamik der sozialen Netzwerke. Und eben diesen Kontrollverlust - ihre Unfähigkeit, die Eigendynamik des Informationsflusses im Netz zu lenken - bedauern die Macher der "traditionellen" Massenmedien eigentlich, wenn sie sich über Trolle empören, die womöglich von einem Putin oder sonst wem bezahlt würden.

Die latent vorhandenen Ressentiments, derer sich die kapitalistischen Massenmedien zuvor bei Gelegenheit bedienten, um die Bevölkerung dazu zu bringen, entgegen ihren eigenen Interessenlage zu handeln, entfalteten nach der Durchsetzung des Internets folglich ein Eigenleben. Inzwischen ist wirklich jeder in der Lage, einen Computer zu erwerben und diesen mit dem Internet zu verbinden, um anschließend in Zeitungsforen oder sozialen Netzwerken die Sau rauszulassen.

Der erste Indikator für die Verselbstständigung der Ressentiments war die sogenannte Sarrazin-Debatte als der irre Urknall der Neuen Deutschen Rechten. Die Feindbilder des faulen Sozialschmarotzers (wie etwa die BILD-Kreation "Florida Rolf") verschmolzen im sozialdarwinistischen Fieberwahn Sarrazins mit den rassistischen Stereotypen des genetisch minderwertigen Arabers, Muslims, Türken. Diese Debatte, die als ein zivilisatorischer Dammbruch der Verrohung des öffentlichen Diskurses Tor und Tür öffnete, verfolgte keine expliziten politischen Zeile. Sie war nicht "gesteuert", sondern durch opportunistische Minderheiten der Funktionseliten angeheizt, die sich als Medienhuren eine goldene Nase verdienten. Hier mischten sich bereits Abstiegsängste der Mittelklasse mit zunehmenden rassistischen Abgrenzungswahn gegen Krisenverlierer.

Der durch die Widersprüche der kapitalistischen Vergesellschaftung immer latent vorhandene Hass - Folge uneingestandener Unterwerfung unter ein falsches Ganzes - entzieht sich somit der Kontrolle der Massenmedien, die sich daran gewöhnt haben, ihn immer mal wieder bei Gelegenheit zu instrumentalisieren.

Das Bewusstsein der autoritär fixierten Träger neurechter Ideologie ist folglich durch ein Zwiespalt geprägt: Die alten, verinnerlichten Ressentiments sind weiterhin gegeben, doch zugleich gibt es keine öffentliche Instanz und Autorität mehr, die deren Entladung und

Ausformung beeinflussen könnte. Diese einstmals von den Medien ausgefüllte Rolle übernimmt nun der Populismus und Extremismus. Die Neue Rechte geht in den Ressentiments voll auf, sie facht sie immer weiter an: Was die neurechten Trolle eigentlich von den als "Lügenpresse" beschimpften Medien nun fordern, ist Hetze in Permanenz. Nie mehr soll der Hass abebben. Eine ewige Hasswelle soll die Neue Rechte zur Macht spülen.

Und tatsächlich scheinen die Massenmedien diesem Publikumswunsch nach mehr Hetze im Alltag im Großen und Ganzen nachgekommen zu sein, wie es etwa anhand der Flüchtlingskrise evident wird. Die "Lügenpresse" beschäftigt sich überproportional oft mit den Themen der neurechten Lügenfressen, die sie selber alltäglich hervorbringt.

Die Flüchtlingskrise scheint somit den historischen Moment zu markieren, in dem die unter zunehmenden Quotendruck stehenden Massenmedien einen Weg fanden, ihre schwindende gesellschaftliche Relevanz zumindest zu kaschieren: Sie richten ihre Berichterstattung einfach an der neuen braunen Nachfrage aus - der immer weiter getriebene zivilisatorische Tabubruch, die ins extrem getriebene sprachliche Enthemmung fungieren als Quotentreiber. Die Barbarisierung des öffentlichen Diskurses in der Bundesrepublik ("Asyltourist", "Endlösung der Flüchtlingsfrage", etc.) ist dabei notwendige Vorstufe der konkreten, ordinär

faschistischen Barbarisierung der Politik gegen all die ökonomisch überflüssigen Menschenmassen, die der Spätkapitalismus in seiner Krise hervorbringt.

Terror

Die sprachliche Entsicherung, die Rechtspopulisten in Wechselwirkung mit Massenmedien betreiben, ist somit Vorstufe zur barbarischen Tat. In Europa soll nach dem Willen der Neuen Rechten ein Lagersystem für Flüchtlinge errichtet werden, mit "Sammellagern" in Nordafrika - die selbstverständlich "abschrecken" sollen. Dies geschieht schlicht durch Terror, der bereits jetzt in Libyen gegenüber Flüchtlingen praktiziert wird.

Die USA sind schon etwas weiter: Faschismus als terroristische Krisenform kapitalistischer Herrschaft, als eine Politik des offenen Terrors, abzielend auf die Aufrechterhaltung des erodierenden Status quo, schien hier kurzfristig Realität zu werden - bevor ein Sturm der Entrüstung die Trump-Administration zum Rückzug zwang.

Der Terror als Abschreckungsmaßnahme richtete sich dort gegen Flüchtlingskinder, die von ihren Eltern getrennt und in Lagern konzentriert wurden. Es herrschte Käfighaltung für traumatisierte Kleinkinder vor, wie Videos aus Trumps Kinder-Lagern belegten. Mitunter wurden die Kinder einer Art Gehirnwäsche unterzogen,

bei der sie in ihren Käfigen den Treueschwur auf die USA auswendig lernen mussten. Kritiker sprachen hierbei von "kalkuliertem Sadismus". Berichte über Gewalt und Drohungen mit sexuellen Übergriffen gegen Flüchtlingskinder häuften sich in US-Medien. Dreijährige Flüchtlingskinder mussten vor US-Abschiebegerichten alleine zur Anhörung erscheinen.

Die faschistische Terrorlogik ist eindeutig, es geht um die übliche "Abschreckung": Durch Missbrauch und Psychofolter, die ihren Kindern drohen, sollen Flüchtlinge vom Grenzübertritt abgehalten werden. Daran arbeitet die Neue Rechte mittels immer weiter forcierter sprachlicher Enthemmung mit Hochdruck - solcherart Lagerterror soll wieder zur neuen Normalität gerinnen. Viele quotengeile Medienmacher scheinen ihren dabei gerne zu folgen.

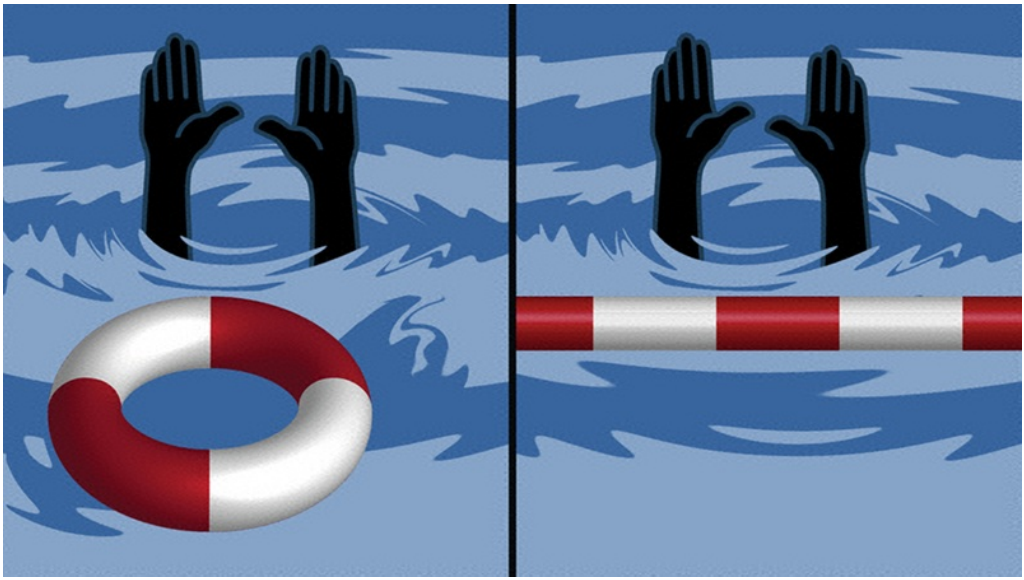
Erstveröffentlichung: Juli 2018

3.8 "Absaufen!" - Pro und Contra

Ein Kommentar zur aufziehenden rechten Hegemonie in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit

Das Fleisch, es schlägt wieder auf in Deutschlands Vorstädten. Wie es dann in Deutschlands Innenstädten zugeht, wurde beispielsweise am 25. Juni 2018 im berüchtigten sächsischen Dresden offenbar, als die Rechtsextremisten der Pegida sich zu ihrer allwöchentlichen Hasstherapie zusammenrotteten.

Die Hetzrede eines Redners gegen die Dresdner Hilfsorganisation Mission Lifeline ("Schlepper-Organisation"), deren Rettungsschiff sich zu jenem Zeitpunkt mit hunderten Flüchtlingen auf einer Irrfahrt durch das abgeschottete Mittelmeer befand, wurde von den Anwesenden mit wütenden Parolen angefacht: "Absaufen! Absaufen! Absaufen!".



Damit forderten die versammelten Pegida-Nazis explizit eben das, was Faschismus nicht zu einer Meinung, sondern zu einem Verbrechen macht: den Mord an Menschen. Die Masken fallen, es ist absolut evident, worauf die durch die Neue Rechte forcierte Verrohung und Barbarisierung des öffentlichen Diskurses in der Bundesrepublik hinausläuft: Das "Absaufenlassen" von Menschen im Mittelmeer, den Mord durch geplante unterlassene Hilfeleistung, nicht nur still hinzunehmen, sondern als neue Normalität bewusst zu akzeptieren. Es ist die blanke, klar zutage tretende Logik der Barbarei.

Vom Nazi zum Bürger in weniger als vier Wochen

Dennoch stellte sich auch bei diesem rechten Zivilisationsbruch nur

noch die Frage, wann er auch im Mainstream der Bundesrepublik diskutiert werden wird. Wann werden diese berechtigten "Sorgen und Ängste" des versammelten braunen Hassmobs auch wirklich ernst genommen von Deutschlands Politeliten und Meinungsmachern? Allein schon der Auflage und der Zugriffszahlen wegen!

Konkret: Wie lange braucht es, bis die Vernichtungsphantasien der versammelten Dresdner Rechten es bis in die Redaktionsstuben ihrer "Lügenpresse" schaffen?

Die Frage kann nach dem Skandal um "mutige Tabubrüche" in der bieder-bürgerlichen Wochenzeitung "Die Zeit" klar beantwortet werden. Inzwischen sind es weniger als vier Wochen. Der Vernichtungswunsch nach dem "Absaufen!" braucht weniger als einen Monat, um von der braunen sächsischen Gosse in die piekfeinen Hamburger Redaktionsräume zu diffundieren.

Wenn die braunen Parolen einem bürgerlichen Schonwaschgang unterzogen werden, dann liest sich das folgendermaßen: "Private Helfer retten Flüchtlinge und Migranten im Mittelmeer aus Seenot. Ist das legitim? Ein Pro und Contra." Die Ausgabe der Zeit trug auch den Titel "Sei mutig". Man wird ja wohl noch fragen dürfen!

Und tatsächlich wurde die vom braunen Mob gestellte Frage bereits kontrovers diskutiert in den lieben Medien, als "wäre es das

Normalste der Welt", wie die Schweizer Tageswoche bemerkte. Die Hamburger Morgenpost (Mopo) beispielsweise ist nicht überzeugt von dem nun breit diskutieren Nazikonzept des "Absaufen!". Es sei "keine Lösung", Menschen im Mittelmeer ertrinken zu lassen, stellte das Blatt lapidar fest. Inzwischen muss mensch erleichtert sein bei solchen Schlagzeilen.

Dabei stellte allein schon die Tatsache, dass über das gezielte Ertrinkenlassen von Menschen öffentlich diskutiert wird, einen weiteren Etappensieg der Neuen Rechen bei ihrem Marsch in die Barbarei dar. Und letztendlich spiegelte der Diskurs nur die Realität in einem Europa wider, das spätestens mit der Regierungsbeteiligung von Rechtsextremisten in Italien eben diese Politik des "Absaufen!" de facto praktiziert. Im Juni seien 629 Menschen ertrunken beim Versuch, Libyen zu verlassen, meldete die Mopo, zugleich seien deutlich weniger Flüchtlinge in Italien angekommen.

Die Zeitredaktion selber ging übrigens in die übliche Opferpose über, die seit der Sarrazin-Debatte charakteristisch ist für die "Tabubrecher" der Neuen Rechten, die sich nach jeder barbarischen Provokation als die verfolgte Unschuld gebären. Nachdem er die Legitimität des "Absaufen!"-Lassens in einem "mutigen" Pro und Contra diskutieren ließ, jammerte Bernd Ulrich, Politik-Chef und Vize-Chefredakteur der Zeit, er habe am eigenen Leibe erfahren

müssen, wie es sei, wenn die "flüchtlingsfreundliche Gemeinde" ins Gefecht ziehe.

Um den zivilisatorischen Mindeststandard, Menschen in Not zu retten, sie nicht gezielt verrecken zu lassen, als Ausdruck von Zugehörigkeit zu einer "flüchtlingsfreundlichen Gemeinde" zu interpretierten, muss sich in Herrn Ulrich Hirn schon die Pegida-Logik durchgesetzt haben. Der Rechtsextremismus mit seinem Fluchtpunkt im offenen faschistischen Terror ist ein Extremismus der Mitte. "Absaufen!" Das ist es, was vom deutschen Bürger übrig bleibt, wenn ihm in Krisenzeiten der Arsch auf Grundeis geht - ein brauner Würger.

Fußball: Der Türke ist Schuld!

Beim Flussball scheint der Draht zwischen Rechtsaußen und der "Mitte" inzwischen noch kürzer zu sein. Schon 2016 stellte der AfD-Führer Alexander Gauland klar, dass ihm die Nationalmannschaft nicht völkisch genug sei, diese sei "schon lange nicht mehr deutsch im klassischen Sinne". Kurz nach dem Ausscheiden der deutschen Nationalmannschaft setzte die zu erwartende AfD-Hetze gegen die Nationalspieler mit Migrationshintergrund ein, die für das Vorrundenaus Deutschlands verantwortlich gemacht wurden.

Die rechtsextremen Absurditäten gipfelten in dem Vorwurf, die Spieler mit türkischer Herkunft hätten im Auftrag des türkischen

Machthabers Erdogan bewusst die Niederlage Deutschlands gegen Südkorea herbeigeführt. Es war der übliche, rechtsextreme Wahn: Wer sonst hätte Deutschland sein Herrenmenschenrecht auf den Weltmeistertitel nehmen können, wenn nicht der Ausländer?

Rund zwei Wochen später klagte die türkische Gemeinde, dass eben diese Haltung der AfD inzwischen sich auch im DFB durchgesetzt habe. Die Entgleisungen seitens der DFB-Führung erinnerten "an die Haltung der rechtspopulistischen AfD, Menschen mit ausländischen Wurzeln zu Sündenböcken für alles Mögliche zu machen. Özil solle offenbar zum Sündenbock für das frühe Ausscheiden der Nationalmannschaft bei der WM gemacht werden", erklärte Gökay Sofuoglu, Vorsitzender der türkischen Gemeinde in Deutschland.

Zuvor hat Oliver Bierhoff der AfD-nahen Zeitung Die Welt ein Interview gegeben, in dem er Özil die Schuld an der historischen Niederlage Deutschlands in Russland zuschob. Letztendlich habe Bierhoff dem umstrittenen Nationalspieler die Tür gewiesen, während der DFB zuvor untätig blieb bei der rechtsextremen Hetzkampagne gegen seine türkischstämmigen Nationalspieler, kommentierte die Sportschau:

»Der fatale Fehler des DFB aber war, dass er sich nicht hinter die beiden deutschen Nationalspieler mit türkischen Wurzeln gestellt hat,

als aus der rechtsextremen Ecke, die längst keine kleine Schmuddelecke mehr ist, gegen Özil und Gündogan gehetzt wurde.«

Die diesjährigen Schuldzuweisungen an Özil und Gündogan kontrastieren somit mit dem Jubel vor vier Jahren, als eine mit "Ausländern" gespickte deutsche Nationalmannschaft den Weltmeistertitel holte. Damals ebenfalls mit im Kader: Ein gewisser Mesut Özil, dem aber damals noch nicht nachgesagt wurde, im Alleingang den Weltmeistertitel gewonnen zu haben.

Auch die diesjährige WM hat den völkischen Fußball-Unsinn bloßgestellt, hat doch gerade mit der französischen Nationalmannschaft eine ausgesprochene Multi-Kulti-Truppe den Weltmeistertitel gewonnen - gegen die ebenfalls seitens der AfD fleißig gehetzt wurde.

Brauner Kampf um Essenskrümmel in einer Überproduktionskrise

Die krisenbedingte Transformation rechtsextremer Ideen in breit akzeptierte Gewissheiten der bürgerlichen Mitte erlebte mit der Debatte um die Vergabe von Lebensmitteln an Flüchtlinge bei den sogenannten Tafeln ihren ersten großen Durchbruch.

Die Leitung einer Essener Tafel hat sich im Februar 2018 entschlossen, keine Ausländer mehr aufzunehmen, da die

abgelaufenen Lebensmittel, die in der Einrichtung verteilt würden, nicht für alle Bedürftigen ausreichten. Diese kontroverse Entscheidung, die auch international Schlagzeilen machte, hatte ihre Logik der Exklusion eindeutig der völkischen Praxis der extremen Rechten entnommen.

Noch Anfang 2018 warnte der sächsische Verfassungsschutz vor "pseudosozialen" Aktivitäten deutscher Neonazis der Partei "Der Dritte Weg", die in Plauen bei einer Spendenaktion Kleidung und Sachspenden an Bedürftige verteilte - allerdings nur an "deutsche Bedürftige". Ein Funktionär der Nazipartei erklärte: "Wir haben Millionen Deutsche, die in Armut leben. Und im gleichen Atemzuge werden 25 Milliarden jedes Jahr für Asylanten aus dem Fenster geschmissen."

Laut den Präsidenten des sächsischen Verfassungsschutzes stellten solche Äußerungen klare Indizien für das gefestigte rechtsextremistische Weltbild der Partei dar. Diese Idee einer sozialpolitischen Apartheid ist auch von der NPD propagiert worden. Sie diene den Rechtsextremisten dazu, Wähler zu ködern und Fuß zu fassen im Osten, erklärte der Verfassungsschutz.

Im März 2018 meldeten dann erste Umfragen anlässlich der Kontroverse um die Essener Tafel, dass eben diese Logik der sozialpolitischen Apartheid mehrheitsfähig geworden ist, wie Welt-

Online berichtete: "Der Beschluss der Essener Tafel, vorerst keine Ausländer mehr als Neukunden aufzunehmen, ist unter Politikern umstritten. Bei den Deutschen stößt er mehrheitlich auf Verständnis." Rund zwei Drittel der Befragten äußerten Verständnis, 48 Prozent gaben gar an, "auf jeden Fall" der Entscheidung der Essener Tafel zuzustimmen, nur noch "Menschen mit deutschem Pass" aufzunehmen.

Gerade an dieser Logik der völkischen Exklusion wird der Erfolg des Rechtsextremismus als eines Extremismus der Mitte evident. Die bestehende, krisengeschüttelte Gesellschaft, die zur Herausbildung solcher Institutionen wie der "Tafeln" beiträgt, bei denen Unternehmen ihren Müll, den sie sonst kostenpflichtig entsorgen müssten, billig loswerden, wird nicht infrage gestellt. Stattdessen setzt ein völkischer Kampf um die Krümmel ein, um abgelaufene Lebensmittel.

Der Irrwitz dieser völkischen Nazi-Logik ist eigentlich evident. In ihr spiegelt sich die Absurdität der gegenwärtigen strukturellen Überproduktionskrise des Spätkapitalismus. Während Nazis gegen Flüchtlinge hetzen, die gemeinsam mit verarmten Bundesbürgern Lebensmittelreste verteilt bekommen, werden jährlich allein in Deutschland zwischen elf und 18 Millionen Tonnen Lebensmittel auf dem Müll geworfen.

Weltweit wird rund ein Drittel aller produzierten Lebensmittel "vernichtet oder verschwendet", so die Chefin der Welthungerhilfe, Bärbel Dieckmann. Die Absurdität der Misswirtschaft des maroden spätkapitalistischen Weltsystems ist somit offensichtlich. Zumeist werden Lebensmittel - trotz Unterernährung und Hunger - absichtlich vernichtet, weil keine Marktnachfrage mehr herrscht.

Nochmals: Jeder Tafel-Besucher könnte mit Lebensmitteln buchstäblich überschüttet werden, die derzeit nur deswegen vernichtet werden, weil für sie keine Nachfrage herrscht in einem Wirtschaftssystem, das an der eigenen Produktivität zugrunde geht.

Essensberge vergammeln - und die neuen und alten Nazis rufen dazu auf, Ausländer bei dem Kampf um die Essenskrümmel auszuschließen. Dies ist die barbarische Logik des Extremismus der Mitte, der die bestehende Gesellschaft trotz ihrer letalen Krise nicht infrage stellen will und lieber die Krisenfolgen in den Krisenopfern, wie etwa Flüchtlingen, personifiziert. Die himmelschreienden Widersprüche der kapitalistischen Krise, die alljährlich nicht nur Millionen Tonnen an Lebensmitteln vernichtet, verschwinden so hinter der Hetze gegen Flüchtlinge und Ausländer.

Eine kriselnde Gesellschaft im Vorfaschismus, die sich in einem Prozess der Faschisierung befindet, ist gerade durch diese Tendenz der "Normalisierung" von Ideen und Ideologien gekennzeichnet,

die zuvor charakteristisch für die extreme Rechte waren. Diese finden sich plötzlich - von opportunistischen "Tabubrechern" importiert und adaptiert - in der angstschwitzenden "Mitte" der Gesellschaft wieder.

Erstveröffentlichung: Juli 2018

4. Querfront als rechte Einstiegsdroge

4.1 Putin unser, der du bist im Kreml

"Man ist immer auch ein klein wenig selbst russischer Staatschef" - eine kleine Psychopathologie des gemeinen Putintrolls

Jeder, der es sich immer noch nicht abgewöhnt hat, unzensierte Kommentarforen oder die üblichen sozialen Netzwerke zu durchstöbern, kennt sie zur Genüge: die frenetische deutsche Anhängerschaft des russischen Präsidenten Wladimir Putin, die bei einschlägigen geopolitischen Themen leidenschaftlich Partei ergreift für Russland und den Kreml. Dabei handelt es sich gerade nicht um das Produkt einer finsteren Trollfabrik Putins, wie dies in den westlichen Medienmainstream immer wieder lanciert wird. Der deutsche Putinschwarm weist eine Eigendynamik auf, die auf innerdeutsche ideologische wie auch machtpolitische Faktoren zurückzuführen ist.

Die Mitgliederschaft von Putins Fanclubs rekrutiert sich quer aus dem politischen Spektrum, es sind neurechte Bürger, rechtsextreme Agitatoren wie auch orthodoxe, in Regression begriffene Linke hierunter zu finden. Ohne Übertreibung kann die politische Figur des russischen Präsidenten als eine der wichtigsten

ideologischen Brutstätten der neuen deutschen Querfront bezeichnet werden. Das liegt vor allem daran, dass der arme Wladimir Wladimirowitsch als ideologische Projektionsfläche deutscher Querschläger aller Art fungiert.

Des Kremls ideologischer Gebrauchtwarenladen

Für den traditionsverliebten orthodoxen Linken ist die Solidarität mit Putins Russland die Fortsetzung der unverbrüchlichen Freundschaft mit der untergegangenen Sowjetunion. Die gegenwärtige russische Geschichtspolitik, die auch die Sowjetperiode - im Sinne einer nachholenden Modernisierung Russlands - positiv besetzt, bietet hier genügend symbolische Anknüpfungspunkte. Die roten Fahnen am Tag des Sieges in Moskau lassen die Sowjetmacht kurz aufleben - vielen Traditionskommunisten und heimatlosen Sozialisten reicht das als herbeigesehnter nebulöser Identifikationspunkt.

Für die neue deutsche Rechte bietet Russland hingegen auf ideologischer wie praktischer Ebene vielfache handfeste Identifikationsmöglichkeiten. Zum einen ist ja der Kreml tatsächlich bemüht, in etlichen Ländern des Westens aus taktischen Gründen die extreme Rechte durch Finanzzuwendungen zu stärken (etwa in Frankreich), um hierdurch geopolitische Vorteile zu erlangen. Zum anderen wird Russland von der deutschen extremen Rechten als ein

Verbündeter im Kampf um ein reaktionäres Rollback der BRD angesehen.

Das Eurasien putins, vom Kreml als ein autoritär-kulturalistisches Gegenstück zum angeblich liberalen Westen aufgebaut, wird von weiten Teilen der Rechten als reaktionäre Vision einer von jeglichen Emanzipationsansätzen, wie der Homosexuellenemanzipation oder dem Feminismus, gereinigten Gesellschaft geteilt.

Fazit: Der ideologische Gebrauchtwarenladen, aus dem der Kreml nach dem Untergang der Sowjetunion eine neue russische Identität bastelte, hat somit für jeden - vom Altstalinisten bis zum Jungnazi - etwas zu bieten. Und es sind gerade die sozialen Netzwerke und die Internetforen mit ihrer scheinbaren Anonymität, die bei der Ausformung dieser Querfront mithalfen, da die Diskussionen mit anonymen Gleichgesinnten die ideologischen Unterschiede sehr schnell nivellierten.

Die nervige Penetranz und die Energie vieler Putintrolle rechter wie linker Herkunft, die mitunter regelrechte virtuelle Kreuzzüge gegen eine größtenteils imaginierte Feindessschar in den sozialen Netzwerken führen, deuten zudem auf starke psychische, mitunter pathogene Treibkräfte, die diese Irrlichter dazu bringen, einen großen Teil ihrer Freizeit hierfür zu opfern.

Der Putinismus als Alltagsreligion

Zum einen fungiert die Figur Putin in diesem Spektrum ganz klar als eine Führerersatzfigur, wie sie autoritäre Charaktere vor allem in Krisenzeiten herbeisehnen. Der urdeutsche Drang nach einem Führer, der einfache Lösungen anbietet, den rechten Weg weist und mit starker Hand aufräumt, wird abermals auf Wladimir Wladimirowitsch projiziert. Da es derzeit in Deutschland an entsprechend qualifizierten Figuren noch mangelt, sieht man auf Demos von Pegida und AfD halt Plakate mit der Aufschrift: "Putin hilf!".

Und es ist genau dieser Führernachwuchsmangel (eine Folge des deutschen Fachkräftemangels?), der die extremistische deutsche Rechte so verzehrt. Überall sprießen Führerfiguren aus dem politischen Morast, doch ausgerechnet im historischen Heimatland des Führerkults scheint es daran zu mangeln.

Die Überidentifikation mit Wladimir Wladimirowitsch lässt im autoritären Charakter auch Allmachtsphantasien aufkommen: Egal, was Putin konkret tut, welche Kehrtwendungen die Machtpolitik des Kremls vollzieht (etwa bei den Beziehungen zur Türkei) - Putin tut immer genau das, was man selber tun würde. Man ist immer auch ein klein wenig selbst russischer Staatschef.

Diese am bemitleidenswerten Wladimir Wladimirowitsch ausgelebten irrationalen Allmachtsphantasien deuten

selbstverständlich nur auf die reelle uneingestandene Ohnmacht hin. Und genau dies ist des Putintrolls klebriger Kern, der sich unter der harten Schale aus Hetze und Wahn verbirgt: Ohnmachtsgefühle und Angst angesichts der eskalierenden und nicht mehr ignorierbaren Krisendynamik, die zur Identifikation mit einer importierten Führerfigur führen, zur Identifikation mit der Macht, um die eigene Ohnmacht verdrängen zu können.

Die religiöse Inbrunst, mit der viele Putintrolle in ihrer Freizeit für ihren Wladimir Wladimirowitsch bis zur Selbstaufopferung streiten, verweist auf den pseudoreligiösen Charakter dieser neudeutschen Erweckungsbewegung. Es ist eine flüchtige, säkularisierte Alltagsreligion, die sich im Internet um die Erlöserfigur des russischen Staatschefs herausbildete. Der Manichäismus, dem die Putintrolle verfallen sind, hat klar pseudoreligiöse, psychopathologische Wurzeln - er wird aber an diesseitigen Figuren und Objekten abreagiert.

Putin und das Reich des traditionsverhafteten Lichts, das ja bekanntlich im Osten aufgeht, stehen hier im ewigen Kampf gegen die Mächte der Finsternis und Verkommenheit, die mit Globalismus, Kosmopolitismus und Wurzellosigkeit assoziiert werden. Die Parallelen zur nationalsozialistischen Ideologie sind offensichtlich, wobei - zumindest bislang (2016) - der implizit gegebene Antisemitismus in diesem Milieu nicht manifest wird.

Noch wird er kaschiert im Geraune über die "amerikanische Ostküste", die "Globallisten" oder das "wurzellose Finanzkapital".

Die Alltagsreligion des Putinismus ist aber nicht monotheistisch, wie der Wahlsieg Trumps belegt. Sie kann polytheistisch um weitere autoritäre Erlöser- und Führerfiguren erweitert werden. Trump fasziniert den Putintroll durch seine offen antidemokratischen Züge, seine Drohung mit faschistischer Politik, mit dem Aufbau eines Lagersystems und massenhafter Jagd auf "illegale Menschen", die abgeschoben oder in Lagern zu Millionen konzentriert werden sollen.

Zugleich ist es gerade die Fokussierung Trumps auf die Innenpolitik, die seine plötzliche Popularität in der deutschen Rechten erklärt. Der Weg zu einem Platz an der Sonne scheint nun frei zu sein, glaubt man zumindest am Stammtisch.

Die Linke und das Fehlen des progressiven Machtpols

Der gesamte deutsche Putin-Fanclub - von pseudolinks bis rechtsaußen - ist schlicht an der eigenen Ohnmacht irre gegangen. Die Krisendynamik treibt die spätkapitalistichen Staatsmonster ja tatsächlich auf geopolitischer Ebene in die Konfrontation, die in einem verheerenden Großkrieg zu kumulieren droht. Das zerrüttete Weltsystem befindet sich in einer Vorkriegszeit - und daran geht die "konservative", rückwärts fixierte Linke in Deutschland zugrunde.

Denn es gibt keinen auch nur nominell progressiven Machtpol, keine neue Sowjetunion, die als ein Gegengewicht zu den zunehmenden krisenimperialistischen Konflikten (wie den Ukraine-Konflikt) fungieren könnten.

Der konservativ-traditionalistische Teil des linken Szenesumpfs geht somit in offene Auflösung über. Da es keine "Sowjetmacht" mehr gibt, erfindet sich der reaktionäre Teil der ohnmächtigen "Antiimps" eine neue Identifikationsfigur im Ex-Genossen Putin. Unter Rückgriff auf die üblichen Argumente von "objektiv fortschrittlichen" Regimes, die seit den 1980ern ohnehin nur das Scheitern der meisten Entwicklungsregimes im globalen Süden kaschierten, fällt der reaktionäre Teil des Antiimperialismus in seiner Regression weit hinter sein Idol, Wladimir Iljitsch Lenin, zurück.

Dieser hatte all seinen theoretischen Verkürzungen zum Trotz wenigstens noch gewusst, dass linke Politik nicht darin bestehen kann, irgendwelchen reaktionären Regimes möglichst tief in den Arsch zu kriechen, sondern dass es nur darum gehen kann, die innerimperialistischen Widersprüche möglichst geschickt auszunutzen. Letztendlich zementiert der putintreue Flügel des Antiimperialismus seinen Abschied vom Antikapitalismus, von der Idee der Emanzipation. Es ist ein Abschied von der Linken.

Schlussendlich sind diese "Antiimperialisten" nichts weiter mehr als Alternativimperialisten. Die neue Epoche eines postdemokratischen Kapitalismus, der sich mit der Wahl Trumps und dem hegemonialen Abstieg der USA krisenbedingt verfestigt, wird als eine multipolare Weltordnung schön geredet.

Die Parallelen zu der linken Strömung der sogenannten "Antideutschen" zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind offensichtlich, wo sich aus denselben Ohnmachtserfahrungen heraus die fixe Idee etablierte, ausgerechnet die USA als eine "objektiv progressive" Wiedergeburt der Sowjetunion oder zumindest des Hegelschen Weltgeistes zu betrachten. Der damalige Putin hieß George W. Bush, und die amerikanische Invasion des Irak wurde mit derselben Verbissenheit als segensreiches Zivilisationswerk verteidigt, wie heutzutage selbst die größten Gemetzel des Assad-Regimes von putintreuen "Antiimps" verteidigt werden.

Im Endeffekt mutiert der linke Flügel des deutschen Putin-Fanclubs - gemeinsam mit dessen offen rechter Anhängerschaft - zur Avantgarde des Imperialismus. Dem putintreuen Querfrontspektrum geht selbstverständlich nicht mehr um die - nur jenseits des Kapitalismus mögliche - Überwindung des Imperialismus, sondern um die systemimmanente Realisierung alternativer imperialistischer Machtkonstellationen, um die Etablierung eines eurasischen Machtblocks unter Einschluss der

BRD. Die ehemaligen Antiimperialisten wandeln sich zu besagten Alternativimperialisten. Man fordert einen Platz an der Sonne, indem man aus dem Schatten der USA drängt. Das zentrale ideologische Vehikel, das diese neue imperialistische Weltaufteilung legitimieren soll, ist der debile Antiamerikanismus, der in diesem Milieu gepflegt wird.

Alles Böse kommt vom "großen Satan USA", während das imperialistische Dominanzstreben der Gegenseite, wie auch der BRD, ausgeblendet oder legitimiert wird - die zunehmenden inneren Widersprüche des Kapitals, die das gegenwärtige neoimperiale Great Game in einen atomaren Schlagabtausch treiben könnten, verschwinden im halluzinierten absolut Bösen der USA. Das ganze Ausmaß der Regression des deutschen Alternativimperialismus wird vielleicht bei einer historischen Analogie ersichtlich: Hierbei hätte Lenin am Vorabend des 1. Weltkrieges die damalige Hegemonialmacht - Großbritannien - zum Hort aller Weltenübel erklären müssen, um sich fortan mit dessen imperialen Herausforderern, etwa Russland oder Deutschland, zu verbünden.

Im Gegensatz zu den antideutschen Obsessionen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die den Weltgeist im George W. Bush halluzinierten, verfügt der neudeutsche Alternativimperialismus über einen gewissen Rückhalt und Einfluss. Zum einen hält ein Teil der

deutschen Funktionseliten sich geopolitisch die eurasische Option durchaus offen - zumal mit dem Transatlantischen Handelsabkommen TTIP die strikte atlantische Einbindung Deutsch-Europas gescheitert zu sein scheint.

Es ist vor allem die deutsche Kleinbourgeoisie und das deutsche Kleinbürgertum, die vor allem betriebswirtschaftlich denken und dem entgangenen Russlandgeschäft nachtrauern, während die Großbourgeoisie eher volkswirtschaftlich agiert, einen Blick auf die deutschen Handelsüberschüsse gegenüber den USA wirft - und sich für die atlantische Option entscheidet.

Der machtpolitische Aufstieg Deutschlands

Dennoch ist die eurasische Option - oder ein unabhängiges Agieren Deutsch-Europas auf globaler Ebene - für die deutsche Geopolitik verlockend. Im Rahmen der transatlantischen Einbindung der BRD kann Berlin immer nur als Juniorpartner der USA agieren, selbst wenn Schäuble inzwischen die europäische Wirtschaftspolitik auch gegen den Willen Washingtons diktieren kann. Im Rahmen einer eurasischen Allianz wäre Berlin aufgrund seines ökonomischen Gewichts der Seniorpartner, was Berlin zusätzliche macht- und geopolitische Optionen öffnen würde.

Die Differenzen zwischen Atlantikern und Eurasiern innerhalb der deutschen Funktionseliten verlaufen quer durch alle politischen

Lager und sind eben auf diese zentrale, strategische Weichenstellung geopolitisch zurückzuführen. Es ist eine Entscheidung zwischen zwei verschiedenen Strategien imperialistischer Politik der machtpolitisch aufsteigenden Bundesrepublik.

Und es ist gerade der machtpolitische Aufstieg der BRD in den vergangenen Jahren, der den Antiamerikanismus hochkocht in der neudeutschen Querfront. Je weiter die US-Hegemonie schwindet, desto stärker der Hass auf die USA, da dieses Milieu sich mit der deutschen Rolle eines Juniorpartners nicht mehr abfinden will. Der Putintroll ist de facto - objektiv betrachtet - Avantgarde des deutschen Imperialismus. Er will gemeinsam mit Deutschland aufsteigen. Solange Deutschland nicht über allem steht, wird es von der deutschen Querfront als geknechtet wahrgenommen, was mitunter in Wahnideen kulminiert, Merkel und die Bundesregierung würden von Washington kontrolliert. Der Hass des deutschen Putintrolls auf die USA wird somit schlicht vom Neid befeuert. Es ist der oftmals nur halbbewusste Wunsch, Deutschland möge die Stellung der USA einnehmen.

In Anknüpfung an die "nationalsozialistische" Ideologie der Nazis wird hier Imperialismus mittels antiimperialistischer Rhetorik propagiert. Die in der EU dominierende BRD soll auch auf globaler Ebene ohne Machtbeschränkungen durch die erodierende US-

Hegemonie agieren. Gestern Europa, morgen Eurasien: dies ist das Kalkül dieser Alternativimperialisten, das eigentlich nur im rechten, offen faschistischen Flügel der putintreuen Querfront bewusst reflektiert wird.

Vorarbeit für den deutschen Imperialismus

Die traditionslinken Putinfans spielen diese Rolle unbewusst mit - angetrieben von ihrer Denkfaulheit und Dummheit. Während also die BRD machtpolitisch aufsteigt, in Europa dominiert, stehen die deutschen Alternativimperialisten dieser evidenten Entwicklung ignorant oder gar wohlwollend gegenüber. Es scheint ein natürliches deutsches Herrenmenschenrecht, die Südeuropäer zu mittels Austerität zu knechten, während man sich als "besetzte Kolonie der USA" imaginiert. Vermittels antiimperialistischer Rhetorik wird hier ideologische Vorarbeit für den deutschen Imperialismus betrieben.

Die USA treten als Hegemonialmacht offensichtlich ab, doch zugleich ist kein Nachfolger in Sicht. Deswegen wird sich die Gewalt auf globaler Ebene, die zuvor nur der US-Hegemon im Rahmen seiner Funktion als imperialistische Weltpolizei ausübte, potenzieren, da nun viele Nachwuchs- und Möchtegern-USA auf blutige Expansionspolitik setzen werden. Bei Russland handelt es sich um eine reaktionäre, imperialistisch agierende Macht, deren

geopolitische Praxis sich nicht von dem Agieren ihrer Konkurrenten im Westen unterscheidet. Das ist kein Grund, Putin zu verteufeln, wie es die westliche Propaganda gerne tut, die dabei eigentlich nur in den Spiegel blickt - aber es gibt auch keinen Grund, ihn zu einer Erlöserfigur zu überhöhen.

Die Rolle der Putin-Querfront als objektiver, quasi "alternativimperialistischer" Avantgarde des deutschen Imperialismus wird nach der Wahl Donald Trumps offensichtlich. Der Wunsch der Putintrolle, sich von den USA zu "emanzipieren" (also de facto uneingeschränkt Europa zu beherrschen und global ohne Rücksichten zu agieren), wird nun plötzlich zur deutschen Regierungspolitik.

Neben Ursula von der Leyen, die schon im November 2016 für eine "Emanzipierung" und Militarisierung Deutsch-Europas plädierte, sprach sich auch das "Schwergewicht" Volker Kauder für "mehr militärisches Engagement" der EU aus. Amerika könnte sich aus der Weltpolitik zurückziehen, weshalb man die Weichen für eine "europäische" Armee stellen müsse.

Zur Erinnerung: Herr Kauder ist für seinen Ausspruch europaweit berüchtigt, endlich werde in Europa nur noch "Deutsch gesprochen", mit dem er das europäische Spardiktat Berlins bejubelte. Wenn Kauder also von einer "europäischen Armee"

spricht, dann meint er eine europäische Interventionsarmee, in der endlich nur noch Deutsch gesprochen würde. Die Zeit rief schon mal Merkel zur "Anführerin der freien Welt" aus - ganz im Jargon der untergehenden US-Hegemonie, als ob es sich um eine Realsatire handeln würde.

Die Träume der Putintrolle scheinen nun mit dem Abstieg der USA in Erfüllung zu gehen. Die alternativimperialistische Avantgarde, angetrieben von einer Mischung aus pseudolinker Dummheit und nationalistischer Bauchpolitik, war einfach nicht so geduldig wie Kauder, von der Leyen und die Schreiberlinge der Zeit. Man wollte zu früh zu viel erreichen und glaubte sich irrtümlicherweise in der Opposition. Dennoch wird sich keine Befriedigung in dem Querfront-Spektrum einstellen.

Die USA treten offensichtlich als Hegemonialmacht ab, doch die Gemetzel und Kriege, die den Spätkapitalismus charakterisieren, werden nicht aufhören, sondern zunehmen. Und selbstverständlich werden sich Deutschlands Funktionseliten nicht mit der Einbindung in ein putinistisches Eurasien zufriedengeben, sondern verstärkt eigene großdeutsche Machtpolitik betreiben.

Dennoch wird keine Ernüchterung in der neuen deutschen Querfront einsetzen. Im Gegenteil: Der ideologische Wahn wird weiter getrieben werden. Das Feindbild der USA, das in diesem

Milieu gepflegt werden wird, dürfte zunehmend mit antisemitischen Ressentiments aufgeladen werden, wie es jetzt schon absehbar ist. Das liegt vor allem daran, dass die reale praktische Zielsetzung der Querfront, Deutschlands neuer Platz an der imperialen Sonne, angesichts der eskalierenden Krisendynamik nicht realisierbar ist.

Das halbbewusste Kalkül in diesem Querfront-Milieu, das sich nun in Regierungspolitik zu wandeln scheint, ist offensichtlich: Die USA sind im hegemonialen Abstieg begriffen, und man spekuliert darauf, diese zu beerben.

Selbstverständlich wird das nicht aufgehen, da der hegemoniale Abstieg der USA nur ein Moment der eskalierenden Systemkrise ist - von der das hochverschuldete China und das krisengeplagte Russland ebenso ergriffen wurden. Auch der Exportweltmeister BRD, der bislang seine Schuldenberge exportieren konnte, über die sich das deutsche Ressentiment so empört, ist nicht immun gegen den sich abzeichnenden nächsten Krisenschub.

Erstveröffentlichung: Dezember 2016

4.2 Die Sarrazin der Linkspartei

Wieso es in Deutschland keinen linken Populismus geben kann - erläutert am Beispiel Sahra Wagenknecht

Das Volk weiß am besten, was es will. Man muss ihm nur gut zuhören und ihm dienen - indem man den Willen des Volkes ausführt, ihn in die politische Sphäre hineinträgt, in Gesetzesform gießt. Dies ist, in a nutshell, die politische Maxime des Populismus. Eine charismatische Führungsfigur dient dabei als das konkrete Medium, das die Stimmungen breiter Bevölkerungsschichten zu politischen Forderungen destilliert, während die klassischen Parteibindungen und politischen Orientierungen in den Hintergrund treten.

Und was sollte daran auch falsch sein? Es scheint sich hierbei um eine einfache, klare Form der Demokratie zu handeln, bei der der landläufige "gesunde Alltagsverstand" der Masse der Bevölkerung die Grundlage der populistischen Politik bildet. Die Interessen von mächtigen Lobbygruppen rücken dabei in den Hintergrund, das "Gemeinwohl" wird zum Leitfaden der Politik.

Das Problem linker populistischer Politik besteht nur darin, dass die zentrale Prämisse des Populismus falsch ist. Die Willensbildung des Volkes findet ja nicht im luftleeren Raum oder in einem egalitären öffentlichen Diskurs statt, sondern in einer von den Massenmedien,

von der Kulturindustrie geprägten Öffentlichkeit. Dieser weitverzweigte kulturindustrielle Komplex, der nahezu alle Gesellschaftssphären mit seinen Produkten erreicht, umfasst nicht nur die Presselandschaft und politische Berichterstattung, sondern die Sphäre der Unterhaltungsprodukte wie Kino, Illustrierte, Fernsehen, Computerspiel, etc.

Der Diskurs im Kapitalismus ist nicht egalitär, sondern autoritär strukturiert, da große Informations- und Medienkonzerne eine enorme (wenn auch internetbedingt schwindende) Deutungs- und Meinungsmacht haben, mit der die berüchtigte "öffentliche Meinung" entsprechend geformt werden kann. Dies wird auch von Populisten implizit anerkannt, indem sie das Scheinwerferlicht der Massenmedien suchen, um ihre Message unters Volk zu bringen. Das geht mitunter bis zur Schmerzgrenze. Oskar Lafontaine etwa betätigte sich als Bild-Kolumnist - mit mäßigem Erfolg.

Mehr noch: Der ideologische wie weltanschauliche Rahmen, in dem der öffentliche Diskurs stattfindet, ist nach Jahrzehnten des kulturindustriellen Dauerbombardements längst entsprechend präformiert. Die Prämissen werden durch die Systemlogik gesetzt. Konkret bedeutet dies, dass die "Denkformen" und Begriffe des öffentlichen Diskurses für gewöhnlich nicht hinterfragt werden, da sie längst als selbstverständlich gelten. Und dies ist nur deswegen der Fall, weil die konkreten kapitalistischen Strukturen,

Vermittlungsebenen, Organisationsformen und Institutionen für selbstverständlich, für "natürlich" gehalten werden. Das führt dazu, das selbst in hitzigen öffentlichen Auseinandersetzungen Begriffe wie Lohnarbeit, Markt, Staat, Nation, etc. nicht reflektiert, sondern als gegebene "systemische" Grundlage der Diskussion hingenommen werden.

Kapitalismus kann daher auch als ein Gedankengefängnis begriffen werden, das einer grundlegenden Reflexion der krisenbedingt sich häufenden Verwerfungen und Missstände im Weg steht. Zum einen sind es die konkreten Eigentumsverhältnisse und Konzentrationsprozesse im Mediensektor, die zum Missbrauch dieser hochkonzentrierten Meinungsmacht durch kapitalistische Funktionseliten geradezu einladen: Etwa, wenn es darum geht, einen Krieg medial vorzubereiten oder mit entsprechender Hetze die Durchsetzung von Sozialabbau zu begleiten (wie bei der Hartz-IV-Kampagne). Entscheidend aber ist, dass der ideologische und begriffliche Rahmen, in dem öffentlich diskutiert wird, längst die Form einer quasi natürlichen Grundlage jeglicher systemimmanenten Denkbewegung angenommen hat.

"Wirr ist das Volk"

Dem "Volk" wird von der Kulturindustrie seit Jahrzehnten alltäglich nicht nur eingetrichtert, was für Meinungen es an den Tag zu legen,

sondern auch in welchen basalen Kategorien es zu denken hat. Letztendlich unterzieht der Medienapparat die spätkapitalistischen Konsumenten einer umgekehrten Psychoanalyse, bei der zuvor bewusst wahrgenommene gesellschaftliche Zusammenhänge und Erkenntnisse ins Unbewusste und Affekthafte verdrängt werden. Damit wird die Maxime des - linken - Populismus hinfällig. Zu glauben, etwa das von Bild und Unterschichtenfernsehen konditionierte Prekeriat, das mittels der Agenda 2010 geschaffen wurde, könnte den linken Populisten mit sinnigen antikapitalistischen Impulsen versorgen, ist bestenfalls naiv.

"Wirr ist das Volk" - diese satirische Parole der Partei "Die Partei", gedacht als Antwort auf das rechtspopulistische "Wir sind das Volk" von Pegida uns Co, gibt die bittere Krisenrealität treffender wieder als alle Beschwörungsformeln des linken deutschen Populismus. Denn selbstverständlich gewinnen populistische Tendenzen erst in Krisenzeiten an Dynamik: Wenn die Schere zwischen Arm und Reich sich bis zur nackten Obszönität weitet, wenn ganze Regionen Europas in Massenarbeitslosigkeit und Elend absinken, wenn Staaten kollabieren und Massen verzweifelter Menschen vor dem sich entfaltenden Chaos einer evidenten Systemkrise in die Zentren des kollabierenden Weltsystems fliehen.

In Wechselwirkung mit dieser Krisendynamik setzt in den meisten kapitalistischen Gesellschaften eine ideologische Aufrüstung ein,

bei der das gewohnte Denkgleis nicht verlassen, sondern ins Extrem getrieben wird. Für den Rechtspopulismus ist somit die jahrzehntelange massenmediale Konditionierung der Öffentlichkeit eine Garantie für Wahlerfolge in Krisenzeiten. Er muss nur die bestehenden Ängste weiter schüren, die ohnehin gegebenen Ressentiments anheizen, die ideologische Aufrüstung mittels "mutiger Tabubrüche" weiter forcieren.

Die Maxime des rechtspopulistischen "Extremismus der Mitte" geht voll auf: Das, was aus der verängstigten Mitte - und die Angst ist nur zu berechtigt - der Gesellschaft an barbarischen Affekten auf das unverstandene Krisengeschehen aufsteigt, wird in Politik gegossen: Grenzen dicht! Ausländer raus! Zwangsarbeit für unnütze Mitesser! In nahezu allen europäischen Staaten kann der Rechtspopulismus gerade deswegen triumphieren, weil er so einfach nachzuvollziehen ist - da ist kein gedanklicher Bruch notwendig. Und er ist deswegen einfach, weil er als konformistische Rebellion keine Alternativen anstrebt, sondern das Bestehende ins Extrem treibt. Die eingefahrenen ideologischen Denkgleise müssen nicht verlassen werden, sie führen quasi naturwüchsig in die sich abzeichnende Barbarei.

Der linke Populismus scheitert hingegen an dieser Krisendynamik, er dementiert sich selbst, indem er zwangsläufig in den eingefahrenen ideologischen Gleisen des öffentlichen Diskurses

bleiben muss, der zunehmend verwildert. Wenn nun das "Volk" sich mit Mauer und Stacheldraht von der Krise abkapseln will, dann muss der Populist dem Rechnung tragen. Sahra Wagenknecht muss sozusagen immer mal wieder "unglücklich formulierte" Kommentare zur Flüchtlingskrise publizieren, um überhaupt noch als populistische Größe wahrgenommen zu werden. Die Ressentiments, die aufgrund zunehmender Krisenkonkurrenz rasch anschwellen, werden so mittels kalkulierter "Tabubrüche" immer wieder bedient. Wenn das "Volk" die Grenzen dichtmachen will, dann verspricht ein Oskar Lafontaine schon mal, die Flüchtlingszahlen zu begrenzen.

Tatsächlich scheinen die rechten Sprüche der Linken Wagenknecht, mit denen sie immer wieder provoziert, gerade gesamtgesellschaftlich eine fatale Wirkung zu entfalten: Sie festigten die rechte Diskurshegemonie beim Thema Flüchtlinge, da hier eine "Linke" die rechten Ressentiments bestätigt, sie somit im öffentlichen Bewusstsein verfestigt. Nicht umsonst hat die AfD immer wieder Sahra Wagenknecht für ihre Aussagen zur Flüchtlingspolitik gelobt und der Frontfrau der Linken einen Übertritt in die Neue Rechte nahegelegt. Es ließe sich gar argumentieren, dass ein großer Teil des Wagenknechtschen "Schwarms" aus Fans in den sozialen Netzwerken gerade aus Anhängern der neuen Rechten besteht, die instinktiv spüren, dass

die umstritteneren Äußerungen der "Linken" Wagenknecht dabei helfen, die rechte Hegemonie im öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik zu zementieren.

Notwendig wäre aber nicht ein Nachplappern der aufsteigenden Ressentiments, die sich aus Verfallsformen kapitalistischer Ideologie speisen, sondern ein klarer Bruch mit der Systemlogik, um eine breite gesellschaftliche Diskussion über Systemalternativen zur kapitalistischen Dauerkrise zu initiieren. Das Festhalten an Kategorien und Begriffen wie Staat, Volk, Nation, Markt, Geld, Kapital, deren reale gesellschaftliche Entsprechungen krisenbedingt in Zerfall übergehen - überdeutlich nachzuvollziehen etwa im arabischen Raum -, kann nur ins Desaster führen. Der radikale Bruch mit dem herrschenden kapitalistischen Krisendiskurs, der rapide verwildert, ist angesichts der Krise eine blanke Notwendigkeit.

Der Gegenentwurf zum Populismus bestünde darin, zu sagen, was Sache ist: Der Spätkapitalismus wird an seinen eskalierenden inneren und äußeren, ökologischen Widersprüchen zugrunde gehen, die Angst, die in den spätkapitalistischen Gesellschaften aufsteigt, speist sich gerade aus der unbewussten Ahnung dieser kommenden schweren Verwerfungen. Während der Rechtspopulismus diese Angst schürt, ihr vermittels der Personifizierung von Krisenursachen immer neue Sündenböcke

zuführt (Südeuropäer, Araber, Juden, Russen, Amerikaner), müsste linke Politik gerade darin bestehen, die unbewusste Ahnung einer schweren Systemkrise der bewussten Reflexion zuzuführen. Dies würde bedeuten, mal zur Abwechslung die Wahrheit zu sagen: Das System befindet sich in einer fundamentalen Krise, nichts wird gut werden, es gilt, schnellstmöglich öffentlich über Systemalternativen zu diskutieren, anstatt an dem festzuhalten, was im irreversiblen Zerfall begriffen ist. Progressive Politik wäre somit nur noch bei gleichzeitiger Reflexion des kapitalistischen Krisenprozesses möglich.

Der linke Populismus hingegen wandelt sich nahezu zwangsläufig in Rechtspopulismus. Die entsprechenden Ausfälle von Lafontaine, Wagenknecht und Dehm richten sich natürlich auch an die eigene Parteibasis. Denn selbstverständlich wächst auch innerhalb der Linkspartei die Zahl derer, die angesichts der zunehmenden Krisenverwerfungen die Grenzen dichtmachen wollen. Die Linke ist vor rechter Krisenideologie nicht sicher.

Eventuell kann diese deutschtümelnde Identitätspolitik auch den parteiinternen Erfolg des Duos Lafontaine/Wagenknecht erklären: Sie formulieren die rechte Rhetorik in einer Sprache, die auch in der "Linkspartei" noch akzeptabel ist, um so die auch dort bestehenden Ressentiments zu bedienen (ähnlich agiert der Populist Boris Palmer bei den Grünen). Deren Anhängerschaft kann nun das

Kunststück vollbringen, weiter ihre eingefahrene Identität als "Linke" zu behalten, und zusätzlich "mehr Abschiebungen" zu fordern - etwa mit der Begründung, dass es Flüchtlingen in Deutschland sozial schlecht gehe.

Die Populisten in der Linkspartei betätigen sich somit wieder als Nachgeburten bürgerlicher Krisenideologie: "Wir auch!" Wir wollen nun auch den "Zuzug begrenzen", wie AfD, CSU, CDU und SPD. Hier wird eine reaktionäre "Linke" propagiert, die mit zeitlicher Verzögerung den ideologischen Zerfallsprozess in der Mitte der spätkapitalistischen Gesellschaft nachvollzieht, anstatt progressiv nach Alternativen zur Dauerkrise zu suchen.

Die Verlaufsform der innerlinken Auseinandersetzungen um den Wagenknechtschen Populismus - dieses Sturms im linken Wasserglas - erinnerte übrigens frappierend an die Sarrazin-Debatte 2010, in deren Verlauf die öffentliche Artikulierung von Ressentiments enttabuisiert wurde. Mittels des üblichen rechtspopulistischen Neusprechs inszenierte Wagenknecht ihre kalkulierte und wohldosierte Ressentimentproduktion - die Verknüpfung von Flüchtlingskrise und Terrorismus etwa - als einen Akt mutiger Kritik, als eine Art Tabubruch: "Es ist nicht links, Probleme zu verschweigen", sagte die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, die sich damit selbst als mutige Klartextrednerin darstellte.

Die mutige Tabubrecherin wurde von den zahlreichen Wagenknecht-Verstehern in den Massenmedien als die berüchtigte verfolgte Unschuld dargestellt, die von einer entfesselten Medienmeute gejagt werde. Selbst Medien wie Spiegel-Online warnten davor, die Populistin in die rechte Ecke zu drängen, da ja berechtigte Kritik mal erlaubt sein müsse. Der Freitag verglich gar die Politik Wagenknechts ausgerechnet mit der nationalen Linie der KPD in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, mit der die Kommunisten den Nazis das Wasser abgraben wollten, um Wagenknechts Wilderei im rechten Milieu zu legitimieren. Wieso dies ein Erfolgsrezept sein soll, bleibt wohl ein Geheimnis des Autors. Die Taz wiederum brach ganz offen eine Lanze für die mutige Provokateurin, indem sie das Lob des Populismus sang.

Die Selbstdarstellung der kalkulierend mit Ressentiments spielenden Wagenknecht als "mutige Kritikerin", die von betonköpfigen Tabuwahrern verfolgt werde, wirkt übrigens geradezu lächerlich auf alle jene Beobachter, die genau wissen, wie in deren Umfeld mit Kritik umgegangen wird. Auch hier gibt es Parallelen zu Sarrazin, der sich immer als unterdrückter Klartextredner inszenierte, während er gegen Kritik zumeist rabiat vorging.

Hier wurde somit von den populistischen Kräften innerhalb der Linken eine Schmierenkomödie aufgeführt, die letztendlich

Wagenknecht zum Sarrazin der Linkspartei macht: zu der großen "Tabubrecherin", in deren Windschatten die Verrohung des Diskurses auch in der Linkspartei etabliert wurde. Nun sollen auch in der Linken öffentlich Ressentiments geäußert werden können, was einfach dem Bedürfnis eines großen Teils der Basis dieser Partei entspricht. Unfähig oder unwillig, den überlebensnotwendigen, radikalen Bruch zu kapitalistischen Dauerkrise auch nur zu denken, bleibt nichts anders, als sich in Reaktion auf die zunehmenden Krisenverwerfungen dem Ressentiment hinzugeben.

Damit aber betreibt die Linke ihre Selbstauflösung, sie wird zu einer "Wir auch"-Partei, zu einer reinen Attrappe, hinter der national-soziale Kräfte mobilmachen. Die massenhafte Abwanderung von Linke-Wählern zur Rechten wird dieser Populismus nicht stoppen, sondern weiter befördern. Das Beispiel der "nationalen" KPD der 30er Jahre ist hier tatsächlich angebracht - aber als Warnung.

Selbstabschaffung der Linkspartei

Die bescheidenen Wahlergebnisse machen deutlich, dass die ressentimentgeladenen Wählerschichten, die die Populisten in der Linkspartei ansprechen wollen, im Zweifel eher das rechte Original anstelle der linken Kopie wählen (wie schon in den 30er Jahren).

Diese Tendenz zur Selbstabschaffung der Linkspartei kann aber

nicht durch bloßes Ignorieren dieser Umtriebe revidiert werden - sondern nur in klarer, konfrontativer Auseinandersetzung mit diesem populistischen national-sozialen Milieu in der Partei, das dabei ist, einen Gutteil der Parteibasis der neuen deutschen Rechten zuzuführen.

Und selbstverständlich dient diese populistische Mobilisierung auch der eigenen Karriereplanung, indem parteiinterne Konkurrenzen, die nicht rücksichtslos genug sind, um Ressentiments zu instrumentalisieren, unter Druck gesetzt werden. In der Führungsriege der Linkspartei dürfte eine ähnliche Angst vor Stimmverlusten bei einer Konfrontation mit Wagenknecht herrschen, wie sie die SPD-Führung dazu veranlasste, den nationalen "Sozialdemokraten" Sarrazin 2010 doch nicht aus der Partei zu werfen.

Bei den Grünen sind übrigens ähnliche Tendenzen festzustellen - was vielleicht das Lob populistischer Politik durch die Taz erklären könnte. Der Sarrazin der Grünen heißt Boris Palmer, ist Tübingens Bürgermeister und will syrische Flüchtlinge direkt ins Bürgerkriegsland Syrien abschieben.

Erstveröffentlichung: August 2016

4.3 Querfront als Symptom

Die jüngsten Auseinandersetzungen um Querfronttendenzen verweisen auf den Durchmarsch der Neuen Rechten in einem sich auflösenden politischen Koordinatensystem

Im Dezember 2017 geisterte ein Begriff durch die Medien, der ansonsten eher in historischen Debatten oder dem linken Szenediskurs beheimatet ist: der Begriff der Querfront. Hierunter werden konkrete politische Bestrebungen oder allgemeine ideologische Tendenzen zur Verflechtung oder bewusster Kooperation rechter und linker Kräfte subsumiert, die in der Endphase der Weimarer Republik präsent waren.

Die gegenwärtige Querfront-Debatte kreiste aber um die zunehmenden rechtspopulistischen Tendenzen in der Partei "Die Linke", die vor allem während des Bundestagswahlkampfes offen zutage traten. Konkret entzündete sich die Debatte an dem umstrittenen Linkspartei-Politiker Dieter Dehm, der sich offen mit dem Verschwörungsideologen und YouTube-Star Ken Jebsen bei Auseinandersetzungen mit dem linken Kultursenator Berlins solidarisierte, als dieser die Verleihung eines neu erfundenen "Karlspreises" an Jebsen in Örtlichkeiten untersagte, die vom Berliner Senat gefördert werden.

Jebsen gilt als zentrale Figur der Querfront, da er gezielt Autoren

und Themen aus der Neuen Rechten wie auch dem orthodoxen oder post-sozialdemokratischen Spektrum seiner Zuschauerschaft vorsetzt. Die Frankfurter Rundschau widmete einen längeren Artikel dem fragwürdigen Antisemitismus-Verständnis Dieter Dehms, das eine unheimliche Nähe zu antisemitischen Positionen aufweise. Auch Ken Jebsen musste 2011 nach Antisemitismusvorwürfen aus dem rbb ausscheiden, wo er als Rundfunkmoderator tätig war. Dehm und Jebsen sind schon mehrmals gemeinsam politisch aktiv geworden - vor allem bei der von Jebsen unterstützten "Mahnwachen-Bewegung", die als ein Vorläufer und unfreiwilliger Wegbereiter für Pegida fungierte.

Nahdem Jebsen Räumlichkeiten verweigert wurden, in dessen Medienprodukten regelmäßig linke und rechte Autoren interviewt werden - vom stramm rechten Jürgen Elsässer über den Handelsblatt-Ökonomen Norbert Häring bis zum ehemaligen SPD-Politiker Albrecht Müller -, führte zu erbitterten internen Auseinandersetzungen innerhalb der Linkspartei, wie der Tagesspiegel bemerkte.

Demonstrationen und Gegenkundgebungen für Jebsen wurden organisiert, dessen Anhängerschaft in der Linkspartei unverzüglich "Zensur" witterte. Die "Klare Kante gegen Querfront" titulierte Erklärung des Parteivorstands, der sich hinter den Kultursenator stellte, fiel mit 12 Enthaltungen und Nein-Stimmen gegen 18 Ja-

Stimmen überraschend knapp aus. Wenig später solidarisierte sich die Parteiführung auch noch mit Dieter Dehm, womit offensichtlich die Querfronttendenzen innerhalb der Linkspartei allen offiziellen Beschlüssen zum Trotz inoffiziell toleriert werden sollen. Für die Parteigröße Oskar Lafontaine, dessen rechtspopulistische Äußerungen immer wieder für Schlagzeilen sorgen, gibt es eine Querfront gar nicht. Dieser Begriff stamme aus dem "Arsenal der Geheimdienste", so das Gründungsmitglied der Linkspartei. Welche Geheimdienste dahinter stecken sollen, hat der Linken-Politiker, der die Welt von einer "geheimen Weltregierung" beherrscht sieht, nicht mitgeteilt.

Bei den Auseinandersetzungen gehe es um nichts weniger als "das Wesen der Partei", kommentierte die Wochenzeitung Die Zeit den zunehmenden Einfluss der Querfront innerhalb der "Linkspartei". Fast hundert Jahre nach der historischen Querfrontdebatte in der Weimarer Republik streite "die Linkspartei erbittert und offen darum, mit wem sie welche Bündnisse eingehen darf, was ihr nutzt und was den Nationalisten. Was antisemitisch ist und was Herrschaftskritik."

Für viele Exponenten aus dem Querfront-Spektrum im Dunstkreis von KenFM, Rubikon oder den Nachdenkseiten haben solche Debatten ohnehin kaum noch einen Sinn, da ihnen diese Einteilung des politischen Spektrums in linke und rechte Gruppen zunehmend

fremd, künstlich und schlicht überholt vorkommt. Und tatsächlich scheint diese Ahnung eines Umbruchprozesses ein Körnchen Realität zu enthalten.

Das etablierte politische Koordinatensystem rechts- und linksgerichteter politischer Parteien und Kräfte scheint hohl und kaum noch mit Substanz aufgeladen. Die allgemein beklagte Hohlheit des politischen Spektrums, die "Austauschbarkeit" der etablierten Parteien, wie auch die zunehmenden Querfronttendenzen innerhalb der sogenannten Linkspartei - sie sind Indizien tief greifender systemischer Veränderungen und Krisentendenzen, die auch die Sphäre des Politischen voll erfasst haben.

Historische Genese des politischen Koordinatensystems

Das allgegenwärtige krisenbedingte Gefühl, dass etwas in Auflösung übergeht, dass verfestigte Strukturen und Lager in Bewegung übergehen und sich verflüssigen, hat längst auch die Sphäre des Politischen erfasst. Immer mehr Menschen sehen keine nennenswerten Unterschiede zwischen den einzelnen Parlamentsparteien. Im Internet und seinen in den sozialen Netzwerken herumirrenden Schwärmen werden etablierte politische Begriffe wie bloße Labels behandelt und, je nach Situation und Interesse, mit neuen Bedeutungen aufgeladen.

Die Ansicht darüber, was nun politisch links oder rechts ist, kann in den ausgedehnten Wahnräumen des Netzes, wo die Neue Rechte ihre digitale Heimat hat, mitunter täglich, ja stündlich wechseln, was letztendlich nur auf die beginnende Auflösung des politischen Koordinatensystems hinweist.

Zum einen ist es die langfristig wirkende neoliberale Hegemonie, die im Rahmen des "Sachzwang-Diskurses" den politischen Spielraum immer weiter einengte, so dass in den vergangenen drei Jahrzehnten de facto eine ganz große neoliberale Koalition durchregierte - was zur Unterschiedslosigkeit im Parlament beitrug.

Doch eigentlich war der sozioökonomische Spielraum bürgerlicher Politik im Nachkriegszeitalter schon immer begrenzt. Auch von den 1950er- bis in die 1970er-Jahren hielten sich alle Regierungsparteien, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, an die damals hegemonialen keynesianischen Grundsätze der Wirtschaftspolitik.

Aktuell kommt noch die Taktik der Neuen Rechten hinzu, insbesondere in den sozialen Netzwerken gezielt die Grenzen zwischen links und rechts zu verwischen ("Linksfaschisten", "Rote SA" etc.), um so die Akzeptanz der populistischen und extremen Rechten zu erhöhen. Dennoch sollten hierbei Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden: Die Rechte instrumentalisiert unbewusst

eine gegebene Dynamik im Überbau spätkapitalistischer Gesellschaften.

Ihren Ursprung hat die Einteilung der politischen Kräfte in linke und rechte Parteien - wie so vieles - in der Französischen Revolution. Schon die Sitzordnung der ersten französischen Nationalversammlung von 1789 bis 1791 war gekennzeichnet durch eine grobe Teilung in revolutionär und/oder republikanisch gesinnte Kräfte, die auf der linken Seite Platz nahmen, und konservative, monarchistische Kräfte, die auf der rechten Seite der Nationalversammlung beheimatet waren.

Diese räumliche Bezeichnung verselbstständigte sich mit der Zeit: Diejenigen Kräfte, die die Dynamik der Französischen Revolution weiter anfachen wollten, wurden als Linke bezeichnet, während die bremsenden, konservativen oder restaurativen Kräfte als Rechte benannt wurden. Und diese Unterscheidung zwischen progressiven und konservativen Kräften bildet auch die zentrale Achse des seit dem 19. Jahrhundert etablierten politischen Koordinatensystems: Die Linke agierte politisch progressiv, fortschrittlich, vorwärtsdrängend, während die Rechte konservativ ist, den Status quo bewahrend, oder gar reaktionär. Die Linke betont, ihrem Anspruch nach, das Werden, das Gemeinsame der Menschheit, die Zivilisation; die Rechte hält am bestehenden Sein fest, am Besonderen, an den hierarchischen Unterschieden, an der Kultur.

Der Kampf zwischen linkem Egalitarismus und rechten Eliten kennzeichnet nach der Ausrufung der allgemeinen Menschenrechte die Geschichte des politischen Systems seit dem "Zeitalter der Revolutionen" (Hobsbawm) im 19. Jahrhundert. Etablierte Machtstrukturen, die von der Rechten verteidigt wurden, sind von der Linken um der intendierten Emanzipation immer größerer Bevölkerungsteile willen bekämpft worden. In ihrer radikalen Avantgarde galten den Linken diese politischen Kämpfe auch als ein Mittel zur Überwindung des kapitalistischen Systems, insbesondere der Arbeiterklasse wurde dabei eine objektive historische Funktion als ein "revolutionäres Subjekt" zugesprochen.

In der Praxis lief aber dieser Emanzipationsprozess auf die rechtliche Gleichstellung und soziale Verbesserungen für zuvor marginalisierte oder verfolgte Gruppen innerhalb des kapitalistischen Systems hinaus. Die Hoffnung auf ein revolutionäres Subjekt innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft hat mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus einen historischen Rückschlag erlitten. Bei der Gleichstellung zuvor marginalisierter Gesellschaftsgruppen innerhalb des Kapitalismus wurden aber tatsächlich - zeitweilige - Erfolge erzielt: von der Arbeiterklasse, die spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg im Kapitalismus vollauf integriert wurde, über die partiell erkämpfte Frauenemanzipation, bis zu dem weiterhin andauernden Kampf

gegen die Diskriminierung ethnischer oder sexueller Minderheiten.

Vollauf verständlich wird dieser historische - wenn auch unvollendete - politische und rechtliche "Emanzipationsprozess", den die Linke binnenkapitalistisch geleistet hat, nur bei Berücksichtigung seiner Wechselwirkung mit der Sphäre der kapitalistischen Ökonomie. Die rechtliche Gleichstellung immer neuer Gesellschaftsgruppen ging mit deren Integration in das expandierende System der Lohnarbeit einher - solange auch das Kapital expandierte und immer größere Quanta Lohnarbeit verwertete. Die Linke brachte zumindest in den Zentren des Weltsystems Überbau und Basis in Einklang, indem sie überall dort die politischen und sozialen Rechte von Gruppen erkämpfte, die in der historischen Aufstiegsbewegung des Kapitals in das System der Lohnarbeit integriert wurden.

Die Rechte hingegen wollte Ausbeutung ohne Rechte, ohne Gleichstellung, ohne soziale Teilhabe - sie wirkte zunehmend kontraproduktiv, vor allem im Nachkriegszeitalter, der goldenen Ära des Sozialdemokratismus, als Massennachfrage die extreme Expansion der Kapitalverwertung ermöglichte. Für das globalisierte Kapital sind somit alle gleich - als "Humankapital", das im Optimalfall unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe oder sonstigen Nebensächlichkeiten möglichst effektiv ausgebeutet werden soll.

Splitter in Regression

Doch zugleich ist es inzwischen evident, wie prekär diese "Fortschritte" gewesen sind, die im Rahmen der widerspruchszerrissenen kapitalistischen Gesellschaft erkämpft wurden. Die Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft, die in der Tendenz eine ökonomisch überflüssige Menschheit fabriziert, macht die etablierte politische "Rollenverteilung" unmöglich. Die rechtliche Gleichstellung von Minderheiten geht seit der neoliberalen Wende ja einher mit krisenbedingter sozialer Zerrüttung, mit massenhafter Prekarisierung.

Sobald die historische Expansionsbewegung des Kapitals aufgrund ihrer inneren Widersprüche zu stocken begann, das Aufsaugen von Lohnarbeit in der Warenproduktion in deren Abschmelzen umschlug, brach die ökonomische Basis dieser linken binnenkapitalistischen Scheinemanzipation zusammen. Dasselbe widerspruchszerfressene Kapitalverhältnis, das keine Unterschiede bei der Ausbeutung von Menschen machen muss, heizt in seiner Krise die Konkurrenz und entsprechende Krisenideologien an, die sich gegen Minderheiten richten, die als Konkurrenten auf den Märkten wahrgenommen werden.

Die Rechte identifiziert sich mit dieser Krisenkonkurrenz, indem sie diese mit Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Kulturalismus etc.

auflädt und der Mehrheitsgesellschaft die ideologischen Legitimationen für die krisenbedingte Marginalisierung von Minderheiten liefert. Die Inklusion schlägt in ihr Gegenteil, die Exklusion, um (der rechte Hass auf "Gutmenschen" speist sich aus dem auch in der Krise betriebenen Kampf um Gleichstellung von Minderheiten). Die reell ins Barbarische treibende Krisendynamik erzeugt somit den Anschein, als ob die Rechte jetzt vorwärtsdränge, als ob sie voranschreite - sie tut es nur auf den Abgrund zu.

Weite Teile der Linken, die den Krisenprozess weiterhin nicht in seiner Tiefe erfassen wollen, sind jetzt rückwärtsgewandt, konservativ; sie wollen entweder zurück in die "heile" kapitalistische Welt der keynesianischen Nationalstaaten der 1950er- oder 1970er-Jahre, oder zurück in die DDR und Sowjetunion. Die Uhren sollen - ein absurder, unrealisierbarer und letztendlich selbstmörderischer Anachronismus - zurückgedreht werden.

Schon der Zusammenbruch des real existierenden Staatssozialismus - der eigentlich nur der Vorschein der gegenwärtigen Krisenära war - hat eine regelrecht konservative Linke hervorgebracht, die angesichts der neoliberalen Offensive eine bekannte Brechtsche Maxime einfach umkehrte. Frei nach dem Motto: "Alles Alte ist besser als das Neue." Da der anachronistische Zug in eine idealisierte Vergangenheit an der Krisenrealität zerschellen muss, drohen diese konservativ-linken Kräfte ähnliche

Krisenideologien auszubilden, wie sie innerhalb der Rechten ausgebrütet werden, wo die Personifizierung der Krisenursachen (Ausländer, Juden, Muslime, Russen, Amis, Reptiloide, Außerirdische etc.) mit einer Naturalisierung der Strukturen, Formen und Vermittlungsebenen des Kapitalismus einhergeht.

In der Restlinken sammeln sich gegenwärtig in Regression befindliche Splitter der ehemaligen Sozialdemokratie, die einen naiven, kindlich anmutenden Glauben an die längst untergegangene "soziale Marktwirtschaft" mit nationalen Abschottungsforderungen anreichern.

Zumeist wird in dieser nach "rechts" umfallenden, postsozialdemokratischen Linken argumentiert, dass der Sozialstaat nur im nationalen Rahmen, bei geschlossenen Grenzen, aufrechterhalten oder ausgebaut werden könne. Damit soll schlicht die Krise "draußen" gehalten werden, während dem Staatsvolk eine Rückkehr in die 70er oder 50er Jahre des 20. Jahrhunderts versprochen wird. Die Nähe zu Forderungen der AfD nach Grenzschließungen ist evident, nur dass dies bei den regressiven Postsozialdemokraten der Linkspartei mit sozialen Argumenten garniert wird. Dass der Widerstand gegen Agenda 2010 und Hartz IV gut eine Dekade lang von dieser Postsozialdemokratie ignoriert wurde, diese erst mit der Flüchtlingskrise die - national grundierte - soziale Frage wiederentdeckte, scheint Niemanden in diesen

Zusammenhängen auszufallen.

Es gibt aber nur einen Zustand im Kapitalismus, der schlimmer ist als selbst die schlimmste Ausbeutung: den der ökonomischen Überflüssigkeit, der Vogelfreiheit. In einer Gesellschaft, die darauf basiert, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, in der sie zunehmend nicht mehr verkauft werden kann, hat man seinen Status als Mensch dann mehr oder weniger verwirkt und ist damit nur noch ein Stück Biomasse, ein Störfaktor. Dies wird ja in Ansätzen bereits bei der Entrechtung Arbeitsloser offensichtlich, die mit den Hartz-IV-Arbeitsgesetzen einherging.

In der Peripherie des Weltsystems ist dieser Krisenprozess mitunter in sein Endstadium getreten. Folglich etablierten sich in gescheiterten Staaten schon längst "KZ-artige Zustände". Auf diesen Begriff brachten Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes die mörderischen Bedingungen, unter denen Flüchtlinge von Milizen, Banden und sonstigen Rackets in Libyen drangsaliert werden. Bereits jetzt werden in Libyen Menschen in Lagern schlicht umgebracht, weil sie zu nichts zu "gebrauchen" sind.

Wer, wie etwa Oskar Lafontaine, mehr Abschiebungen fordert, der müsste somit auch klar sagen, was er fordert: Abschiebungen in "KZ-artige Zustände" oder in blanke Sklaverei. Die Hysterie, mit der viele "linke" Befürworter von Abschiebungen auf Kritik reagieren,

speist sich gerade aus der Ahnung eben dieser Zusammenhänge. Sie ahnen zumindest, was sie fordern. Es ist das schlechte Gewissen, das den Hass auf diejenigen entfacht, die sich diesen "sozial" motivierten Abschiebungen verweigern. Das postsozialdemokratische "Festhalten" an der Chimäre eines sozial gezähmten, nationalstaatlichen Kapitalismus ("Soziale Marktwirtschaft") ist somit auch ganz praktisch nur um den Preis der Exklusion der anwachsenden ökonomisch überflüssigen Mehrheit möglich.

Der Blick über die Grenzen des "Exportweltmeisters Deutschland", der mit seinen Exportüberschüssen auch Arbeitslosigkeit exportiert, macht es evident: Der Krisenprozess lässt keinen sozialen "Fortschritt" im Rahmen des Kapitalismus mehr zu - deswegen bricht diese politische Frontstellung auseinander, deswegen müsste die Linke zu einer kategorialen Kritik des Kapitalismus, zu einer transformatorischen Praxis übergehen.

Der direkte oder vermittelte Terror gegen eine beständig anwachsende, ökonomisch überflüssige Menschheit ist der einzig gangbare barbarische Weg innerhalb des im Zerfall begriffenen Systems. Und selbstverständlich werden auch die Zentren des Weltsystems von diesem Krisenprozess erfasst - spätestens mit dem Zusammenbruch der gegenwärtigen Liquiditätsblase und dem darauf folgenden nächsten Krisenschub. Nur die national gesinnte

Sozialdemokratie hält stur an dem Anachronismus aus Vollbeschäftigung und sozialer und nationaler Marktwirtschaft fest.

Die schlicht zivilisatorisch überlebensnotwendige Überwindung des Spätkapitalismus ist kein linker "Radikalismus", sondern blanke praktische Notwendigkeit, die sich aufgrund der Eigendynamik der eskalierenden Widersprüche unabhängig vom Bewusstseinsstand der "Massen" oder den konkreten politischen Kräfteverhältnissen quasi von selbst stellt. Dies gilt vor allem für die drohenden ökologischen Verheerungen des kapitalistischen Krisenprozesses, für die sich immer stärker abzeichnende Klimakrise.

Wie würden durch die rechte Hegemonie verrohte spätkapitalistische Metropolen in den nördlichen Zentren reagieren, wenn die gegenwärtigen Klimaprognosen tatsächlich einträten und weite Teile des globalen Südens durch die Klimaerwärmung unbewohnbar würden? Im schlimmsten Fall ist dies eine Frage weniger Jahrzehnte. Soll Auschwitz zu einem bloßen Prolog werden?

Nicht der Blick zurück, sondern der Blick nach vorn, über den Kapitalismus hinaus, könnte noch den tiefen Absturz in die Barbarei verhindern. Die Linke müsste also vor allem in Reaktion auf die zunehmenden ökonomischen und ökologischen Krisentendenzen eine breite Debatte über eine postkapitalistische Gesellschaft

initiieren, anstatt an den überkommenen, ohnehin in Auflösung befindlichen Gesellschaftsformen festzuhalten. Nicht weil es "radikal" wäre, sondern weil es objektiv notwendig ist, weil das System seiner Krisendynamik gemäß in die Barbarei führt - aus der ins Extrem getriebenen Systemlogik heraus.

Querfront von Lechts bis Rings

Derweil scheint aber vor allem die Rechte vom revolutionären Elan ergriffen zu sein, während große Teile der Linken in besagten rückwärtsgerichteten Anachronismen versinken - und anschlussfähig werden an den allgemeinen reaktionären Rechtstrend. Die CSU etwa fordert in Gestalt ihres Landesgruppenchefs Dobrindt nichts weniger als eine "Konservative Revolution" in Deutschland, wobei sein Parteikollege und Fraktionschef im Europaparlament, Manfred Weber, dies Vorhaben offensichtlich präzisieren wollte, indem er, so wörtlich, eine "finale Lösung der Flüchtlingsfrage" in Europa fordert.

Die Anknüpfung an den ordinären nationalsozialistischen Vernichtungsjargon durch CSU-Politiker, ihre Übernahme linker Revolutionsrhetorik beim angestrebten reaktionären Rollback - sie nötigen förmlich zu historischen Vergleichen zum deutschen Vorfaschismus in der Krisenepoche der frühen 30er Jahre. Unter dem Begriff der "Konservativen Revolution" werden von der

Geschichtswissenschaft gerade all jene politischen und kulturellen Strömungen in der Weimarer Republik subsumiert, die als Wegbereiter des Nationalsozialismus fungierten. Und auch der Nationalsozialismus sah sich als eine "revolutionäre" Bewegung an, auch wenn dessen Machtergreifung eher einer Machtübertragung glich.

Es kann ausgeschlossen werden, dass selbst in der CSU dies niemandem aufgefallen sein sollte - es handelt sich hier um eine reaktionär-revoluzzerhafte Provokation nach dem Muster der AfD. Thomas Mann, der sich in den frühen 20er Jahren von dieser reaktionären ideologischen Strömung trennte, bezeichnete schon im September 1933 den Nationalsozialismus als die "politische Wirklichkeit jener konservativen Revolution", einer geistigen Bewegung, der er aus "Abscheu vor ihrer Realität" widerstanden habe. (Thomas Mann: Tagebücher 1933-1934. Hrsg. Peter de Mendelsohn, Fischer, Frankfurt am Main 1997, S. 19) In der CSU scheint es somit - angefacht durch die Erfolge der AfD - Kräfte zu geben, die mit revolutionärem Elan die "finale Lösung der Flüchtlingsfrage" angehen möchten.

Und auch die AfD bemüht sich, in ehemals linke Milieus vorzudringen, indem Sozialneid gegen Ausländer und Flüchtlinge bei marginalisierten Bevölkerungsschichten in einer durch Hartz IV und Agendapolitik gespaltenen Gesellschaft geschürt wird. Zudem

drängen die Rechtspopulisten verstärkt in die ehemalige Stammwählerschaft der politischen Linken, in die Arbeiterschaft. Insbesondere der rechtsextreme, offen völkische Flügel um Höcke hat die verkürzte Kapitalismuskritik für sich entdeckt, wie der MDR anlässlich der sogenannten Compact-Konferenz berichtete, die von Jürgen Elsässer organisiert wurde.

Der für seine Goebbels-Imitationen und antisemitische Äußerungen berüchtigte Rechtsextremist wolle sich verstärkt "der kleinen Leute annehmen" und "die sozialen Errungenschaften von 150 Jahren Arbeiterbewegung gegen die zerstörerischen Kräfte des Raubtierkapitalismus verteidigen". Elsässer selber sprach sich gemeinsam mit Höcke für ein stärkeres gewerkschaftliches Engagement der Rechtsextremisten aus, die "patriotische Kandidaten" bei Betriebsratswahlen unterstützen wollen. Als Vorbild dient dieser NS-Szene Oliver Hilburger, der es nach 20 Jahren als Gitarrist einer Neonaziband bis zum Betriebsrat bei Daimler brachte. Elsässer erklärte, diesen Erfolg "auf andere Betriebe ausweiten" zu wollen.

Die Verfilzung zwischen Rechts und Links verläuft somit in beide Richtungen: Während in die Linke zunehmend rechte Rhetorik und Argumentationsmuster einsickern, bedient sich die Rechte aus dem Fundus linker Rhetorik und Strategie. Die Querfront fungiert somit de facto einseitig als ein ideologischer Transmissionsriemen, der

rechte Ressentiments tief in die Linke hineinträgt, während Rechte sich in sozialer Demagogie üben. Die Auseinandersetzungen um Querfronttendenzen in der Linken fanden somit in einem politisch-gesellschaftlichen Klima statt, in dem Exponenten der in der Offensive befindlichen rechten Krisenideologien die soziale Demagogie für sich entdecken, während Teile der in der Defensive befindlichen Linken verstärkt auf rechtspopulistische Argumentationsmuster setzen.

Konkrete Überlegungen zur Überwindung des politischen Koordinatensystems werden aber jenseits des evidenten Querfrontspektrums hingegen kaum öffentlich geäußert. Bislang hat nur Sahra Wagenknecht in der Hochphase des Wahlkampfes solche Gedankenspiele öffentlich artikuliert, indem sie gegenüber der Springerzeitung Die Welt eine "pauschale Ausgrenzung" der AfD ablehnte und mit Blick auf die parlamentarische Aufgabenverteilung eine etwaige Kooperation nicht von vornherein ausschließen wollte: "Auch da sollte man sich eben ansehen, wer kandidiert für was und sollte nicht Pauschalurteile abgeben."

Ideologische Berührungspunkte - und Unterschiede

Solche Versuchsballons der Spitzenkandidatin einer "Linkspartei" fußen aber auf entsprechenden ideologischen Überschneidungen zwischen rechter Rhetorik und verkürzter linker Kapitalismuskritik.

Die in Regression befindlichen Splitter der - spätestens mit der Durchsetzung von Hartz IV - untergegangenen Sozialdemokratie, die nun in der Linken wirken, sind vielfach anschlussfähig an rechte Positionen. (Und, nebenbei bemerkt, macht das Elend dieser Ex-Sozialdemokraten, die nun die Linke links der SPD mit ihrer Postengeilheit, ihrer grenzenlosen Regierungswut und ihrer altertümlichen keynesianischen Quacksalberei aus der Mottenkiste des 20. Jahrhunderts heimsuchen, nur den niederschmetternden Sieg des Neoliberalismus in den vergangenen Dekaden deutlich.).

Wo berühren sich nun Neue Rechte und Alte Linke? Zum einen werden die Ursachen der 2008 ausgebrochenen globalen Wirtschafts- und Finanzkrise in der globalisierten Finanzsphäre verortet. Die Verlaufsform des Krisenprozesses, also der wuchernde Finanzsektor samt dem Globalisierungsprozess wird als dessen falsche Ursache ausgegeben, die ja gerade in den Widersprüchen kapitalistischer Warenproduktion zu finden wäre.

Die falsche Gegenüberstellung von "schädlichem" globalem Finanzkapital und der "nützlichen" nationalen Warenproduktion, die von den "gierigen" Bänkern in die Krise geführt wurde, ist anschlussfähig an die Ideologie der extremen Rechten. Die Nazis haben in ihren antisemitischen Fieberträumen das "raffende jüdische Finanzkapital" verteufelt, dem das "gute" schaffende deutsche Unternehmertum entgegengestellt wurde.

Dies soll natürlich nicht heißen, dass alle Bankenkritiker in der Linken jetzt Antisemiten wären. Aber die oberflächliche, falsche Gegenüberstellung von nationaler Warenproduktion und globalisiertem Finanzkapital als zentrale Krisenursache, die nach 2008 so ungemein populär wurde, weist unzweifelhaft ideologische Anknüpfungspunkte an die berüchtigte NS-Ideologie auf. Zudem ist die offene Artikulation von Antisemitismus, wie sie immer wieder vor allem die AfD erschüttert, in der Öffentlichkeit immer noch tabuisiert - auch wenn diese letzten zivilisatorischen Dämme langsam im Gefolge des rechten Durchmarsches erodieren.. Dies hat innerhalb der antisemitischen Rechten dazu geführt, sich mittels Codes und Ersatzphrasen zu behelfen, um Ressentiments zu ventilieren. An der Oberfläche wirken somit die Argumentationsfiguren linker Bankenkritiker und rechter Antisemiten durchaus ähnlich - und es sind eben die oben erwähnten Wahnräume des Internets, wo verkürzte, postsozialdemokratische Kapitalismuskritik und antisemitisches Ressentiment amalgamieren können.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang das Verschwörungsdenken, das einen zentralen Bestandteil antisemitischer Wahnsysteme bildet, die ja hinter den Widersprüchen kapitalistischer Vergesellschaftung das bösartige Wirken einer "jüdischen Weltverschwörung" halluzinieren. Und es

ist eben auch dieses Querfrontspektrum, das regelrecht besessen ist von der Suche nach den mächtigen Kreisen und Zirkeln im Hintergrund, die hinter den Kulissen die Strippen der Weltgeschichte ziehen und die Welt regieren, Krisen auslösen, etc..

Die Parallelen zwischen regressiven alten Sozialdemokraten und neuen Nationalisten sind gerade beim Verschwörungswahn unübersehbar. Dies gilt beispielsweise für die Wahnvorstellung, Deutschland - das spätestens seit der Eurokrise die EU dominiert - sei immer noch kein souveränes Land, da es insgeheim von den Alliierten (zumeist sollen es die USA sein) ferngesteuert werde. Diese wirren Anschuldigungen äußerte bekanntlich die AfD-Spitzenkandidatin Weidel, die die Bundesregierung als "Marionette" der Siegermächte bezeichnete.

Ähnlich argumentierte aber noch 2013 der Chef der sogenannten "Nachdenkseiten", das sozialdemokratische "Urgestein" Albrecht Müller, für den Deutschland ebenfalls kein "souveränes Land" sei! Und auch hier muss betont werden, dass Parallelen keine Gleichsetzung bedeuten. Selbstverständlich argumentiert Müller ohne die rassistischen und ausländerfeindlichen Ausfälle einer Weidel, die Parallelen in der quasi "manichäischen" Denkstruktur sind hier aber evident - auch wenn Weidel viel schärfer gegen die alliierte "Fremdherrschaft" polemisiert.

Des Wahnsinns reeller Kern: Das weitverbreitete Gefühl der Heteronomie, dass man gewissermaßen "ferngesteuert" werde, dass Politiker nichts weiter als Marionetten dunkler Mächte seien, resultiert aus der Ahnung dessen, dass der Mensch nicht Herr seines gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ist, dass dieser durch die fetischistische Bewegung uferloser Kapitalverwertung eine Eigendynamik gegenüber den oftmals ohnmächtigen Gesellschaftsmitgliedern entwickelt. Der Kapitalismus sei eine Gesellschaftsformation, "worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert", bemerkte hierzu etwa Karl Marx

Die Marktsubjekte bringen unbewusst marktvermittelt eine zerstörerische gesamtgesellschaftliche Dynamik hervor, die ihnen dann als eine scheinbar fremde, objektive Macht (deswegen auch der ganze "Sachzwangdiskurs") gegenübertritt. Der Weg zur Verschwörungstheorie ist vor allen in all jenen politischen Zusammenhängen nicht mehr weit, die alltäglich zum Mittel der Verschwörung beim Hauen und Stechen um Posten und Pöstchen greifen - die eigenen Erfahrungen bei der politischen Karriere, etwa in der SPD, werden dann auf die gesamtgesellschaftliche Dynamik kapitalistischer Widerspruchsentfaltung projiziert.

Die Ursachen solcher absurden Vorstellungen sind aber nicht nur in der Tendenz zur Personifizierung der vermittelten, subjektlosen

Herrschaft im Kapitalismus zu suchen, die dem Verschwörungsdenken zugrunde liegt, sondern auch in der besagten verkürzten Kapitalismuskritik. Wenn die Ursachen aller möglichen Verwerfungen, Spannungen und Fehlentwicklungen in der Globalisierung und dem Finanzkapital verortet werden, dann scheint die Nation als eine natürliche, widerspruchsfreie Entität, in die Widersprüche quasi "von außen" hineingetragen werden. Wenn nun die Regierung und die Funktionseliten etwas anderes wollen als der national gesinnte Sozialdemokrat oder AfDler, dann kann es sich ja nur um Verrat handeln - schließlich wissen sie am besten, was gut ist für Deutschland.

Der zunehmende Nationalismus bildet auch die Grundlage der reaktionären Identitätspolitik, die in diesem Spektrum praktiziert wird. Die Kritik einer Sahra Wagenknecht an der linken Identitätspolitik, die sich im Gefolge des Kampfes um die Emanzipation sexueller Minderheiten herausgebildet hat, weist insofern eine unfreiwillige Komik auf, wenn diese selber eine anachronistische Rückkehr zur nationalen Identität des vergangenen Jahrhunderts predigt.

Die reaktionäre Kritik linker Identitätspolitik greift diese aber nur deswegen an, weil ihr noch das Versprechen der Emanzipation von Minderheiten innewohnt. Der Identitätswahn, der in Reaktion auf die jüngsten Krisenschübe in Europa um sich greift (und von den

Rechtsextremen der "Identitären" bis zur Realsatire explizit gemacht wird), will aber identitäre Unterwerfung unter das Bestehende.

Identität ist aber Folge der Sozialisation in der gegebenen Gesellschaft. Mit dem Festhalten an Identität wird somit auch an den gesellschaftlichen Strukturen festgehalten, die diese Identitäten formten - auch wenn eben diese Strukturen in Auflösung übergehen. Die klar ins Ideologische abdriftende Identitätsproduktion wird dann in einem reaktionären Impuls ins Extrem getrieben.

Wohin das identitäre Festhalten am Bestehenden hinführt, wenn eben dieses Bestehende zerfällt, kann an dem Islamismus in vielen "gescheiterten Staaten" studiert werden, der die bestehenden religiösen Identitäten in der "Mitte" des islamischen Kulturkreises ins Extrem einer Massenmordsekte wie des Islamischen Staates trieb. In Europa ist es hingegen die nationale Identität, die als Resonanzboden für entsprechende reaktionäre Reflexe dient.

Jagd auf antideutsche Volksverräter

Die aufschäumende nationale Welle braucht ein Feindbild. Und hier hat, neben den Flüchtlingen und dem antisemitisch konnotierten Antiamerikanismus, die Querfront ihren größten Beitrag zur ideologischen Ausformung der Neuen Rechten geleistet: mittels der

Transformation, der "Entkernung" des Begriffs des "Antideutschen".

Ursprünglich handelte es sich hierbei um einen marginalen, linken Begriff, der außerhalb des linken Szenesumpfs kaum Beachtung fand. Er bezeichnete eine Strömung innerhalb der Linken, die dezidiert in Reaktion auf die Wiedervereinigung und insbesondere die rechte Pogromwelle der frühen 90er Jahre sich etablierte. Die Antideutschen warnten innenpolitisch vor dem weiterhin bestehenden faschistischen Potenzial in Deutschland, sowie außenpolitisch vor einem neuen imperialen Weltmacht-Anlauf des vergrößerten Deutschlands.

Zugleich sahen sie die Welt in einer Zeitschleife gefangen, in der die Konstellation des Zweiten Weltkrieges sich ewig wiederholen würde. Die USA galten den Antideutschen als das wichtigste zivilisatorische Bollwerk gegen das abermalige deutsche Weltmachtstreben, was letztendlich den Zerfall dieser ohnehin kleinen, nie dominanten Strömung beförderte: Spätestens mit der Unterstützung der Irak-Invasion der USA durch Teile der Antideutschen hat sich diese Strömung diskreditiert und fristet nun ein marginales, auf mehrere hundert Anhänger begrenztes Schattendasein. (Eine umfassende Kritik der "antideutschen Ideologie" leistete der Krisentheoretiker Robert Kurz in seinem gleichnamigen Werk).

Wer die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts in der deutschen Linken verbringen musste, kennt noch die ermüdenden, nie enden wollenden Auseinandersetzungen zwischen den "Antideutschen" und anderen, orthodoxen Teilen der Linken, etwa den nicht minder berüchtigten "Antiimperialisten", die umgekehrt in den USA die Wiederkehr des Faschismus befürchteten und alle noch so brutalen Regimes unterstützten, die ins Fadenkreuz des amerikanischen Weltpolizisten gerieten.

Glaubt man der Querfront samt der Neuen Rechten, scheinen inzwischen aber die Antideutschen nun wirklich überall zu stecken. Die marginale Gruppe muss sich irgendwie wundersam vermehrt haben und alle Schalthebel der Macht in ihren Händen halten, da nun wirklich jeder der antideutschen Umtriebe verdächtig ist, der nicht Teil des neurechten Wahnkollektivs ist. Dies liegt vor allem daran, dass Teile der orthodoxen und postsozialdemokratischen Linken am Querfrontdiskurs andockten und eben diese Auseinandersetzung mit einschleppten in den braunroten Internet-Sumpf. Im anonymen Hassschwarm der sich in ihrem Wahn wechselseitig bestätigenden Internettrolle wandelte sich der Begriff des Antideutschen, der nun auch von der Neuen Rechten verwendet wird. In der Gosse des Internets, in der die Neue Rechte ihre wahre Heimat hat, in den Foren, Hassschwärmen und Kommentarspalten, werden alle einstmals festgefügten Begriffe

entkernt, bis nur noch Worthülsen übrig sind, die je nach Gusto verwendet werden.

Inzwischen werden alle Gegner der neuen Rechten, insbesondere engagierte Antifaschisten, als "antideutsch" beschimpft. Alle Linken, die sich der Öffnung nach rechts verweigern, müssen antideutsch sein. Der rechte Identitätswahn hat in diesem ehemals linken Szenebegriff einen perfekten Kampfbegriff gefunden. Nicht nur die Gegner der Neuen Rechten - man ist ja Deutschland - müssen antideutsch sein, auch alle Kritiker deutschen Großmachtstrebens und der deutschen Dominanz in Europa werden als Antideutsche tituliert. Hier bricht sich einfach nur noch deutscher Chauvinismus, deutscher Weltmachtwahn freie Bahn, indem Opposition gegen das historisch verhängnisvolle deutsche Dominanzstreben als "antideutsch" diffamiert wird.

Die Jagd nach der Chimäre einer allmächtigen antideutschen Verschwörung, die in der Querfront praktiziert wird, eignet sich somit hervorragend, um rechte Ideologie zu transportieren. Zum Beispiel beim neudeutschen Opferwahn, indem man etwa Deutsche, gegen die die allmächtigen Antideutschen offensichtlich eine Art Vernichtungsfeldzug führen, als die neuen, wahren Juden halluziniert. Am besten dazu eignet sich ein "antideutsches" Ziel, das sich nicht wehren kann, wie etwa der in der Türkei inhaftierte Journalist Denis Yücel, der angesichts eines satirischen

Kommentars zur demografischen Krise in Deutschland jüngst antideutscher Umtriebe überführt wurde.

»Die Nazis befanden sich im Kampf gegen den "ewigen Juden". "Antideutsche", eine sich selbst so nennende Strömung, zu der Yücel gehört, stilisieren sich als Kämpfer gegen ihr Konstrukt des "ewigen Deutschen".«

Die Deutschen sind die neuen Juden - ein bizarres, hysterisches Wahngebilde, das völlig losgelöst von jeglichem Realitätsbezug das Andenken an Millionen Opfer Nazideutschlands schändet. Was ist schon der industriell betriebene Massenmord an den Juden Europas oder der deutsche Vernichtungsfeldzug in Osteuropa gegen eine launige Taz-Kolumne eines deutschtürkischen Journalisten? Solche Aussagen sind getragen von eben demselben Ungeist, der Pegida-Horden sich als KZ-Opfer stilisieren lässt oder der Rechtsextremisten dazu veranlasst, Stolpersteine für jüdische NS-Opfer mit deutschen Namen zu überkleben.. Und diese Ausfälle macht nur ein einziges Zauberwort möglich: "Antideutscher".

Die Querfront ist eine Art "Einstiegsdroge" in die Wahnwelt der Neuen Rechten. Ihr Erfolg beruht darauf, rechte Ideologie in linke Rhetorik zu verpacken. Objektiv fungiert die Querfront als ein reaktionärer Transmissionsriemen, der einerseits rechtes Gedankengut in linke und progressive Milieus hineinträgt, und

andrerseits der Neuen Rechten immer neues, verblendetes Menschenmaterial zuführt. Dass viele in Regression befindliche Linke subjektiv in dem Spektrum aus anderer Motivation heraus aktiv werden, etwa um die "Menschen dort abzuholen, wo sie stehen", ändert nichts an der objektiven Funktion der Querfrontstrukturen. Entscheidend ist somit nicht, was diese postlinken Kräfte wollen, sondern was sich objektiv gesellschaftlich vollzieht.

Erstveröffentlichung: Januar 2018

5. Das Geld im Hintergrund

5.1 Das Establishment hinter den Rechtspopulisten

Steve Bannon will in den Medienkrieg ziehen. Das Geld hierfür kommt von den reaktionärsten Kräften in der US-Finanzoligarchie

Trumps loses Mundwerk, seine erratischen Ausfälle, sie konnten beizeiten auch seine rechtsextremen Freunde teuer zu stehen kommen - etwa im August 2017. Nach seiner skandalösen Gleichsetzung von Nazis mit antifaschistischen Demonstranten im Gefolge den tödlichen Auseinandersetzungen in der Universitätsstadt Charlottesville, wo eine Antifaschistin bei einer Amokfahrt eines Rechtsextremisten getötet wurde, fand sich Präsident Trump weitgehend isoliert. Präsidentenberater Steve Bannon, der wichtigste Vertreter der Alt-Right-Bewegung im Weißen Haus, musste daraufhin seinen Hut nehmen, um den Präsidenten zu entlasten.



Bild Steve Bannon: Gage Skidmore / CC-BY-SA-3.0

Dennoch gab sich Steve Bannon nach seinem Rausschmiss aus dem Weißen Haus äußerst kämpferisch, wie Buchautor Josh Green nach einem Gespräch mit dem neu-alten Chef der Breitbart-News am 20. August 2017 erläuterte: "Bannon klang, als ob der 40 Red Bulls konsumiert hätte. Er ist ein Tiger, der aus dem Käfig gelassen wurde."

Aus dem Umfeld des Rechtspopulisten hieß es umgehend, dass er nun seine Medienmaschine ausbauen werde, um das Weiße Haus und die Republikaner von rechts massiv unter Druck zu setzen. Ein Kamerad Bannons prahlte gegenüber Medienvertretern: "Steve hat nun seine Fesseln abgelegt. Er wird die Nuklearoption ziehen. Ihr habt keine Ahnung. Das wird jetzt verfickt schlimm werden."

Breitbart News sollten Trump von rechts flankieren und alle Kräfte massiv unter Sperrfeuer nehmen, die sich der rechtsextremistischen Agenda in den Weg stellen. Er werde in den "Krieg" für Donald Trump ziehen, kündigte der Chef des rechtsextremen Nachrichtenportals an. Er verlasse das Weiße Haus, um "für Trump und gegen seine Gegner zu kämpfen - im Kapitol, in den Medien und im Unternehmerlager", so Bannon wörtlich.

Es stellte sich hierbei nur die simple Frage, woher Bannon das Geld für seinen "Krieg" nehmen sollte. Wer finanziert die extremistische Rechte in den USA, die nicht nur gegen Minderheiten hetzt, sondern auch die breite Ablehnung des Establishments und der Finanzeliten in der Bevölkerung populistisch bedient? Offensichtlich sind es die reaktionärsten Kräfte innerhalb des Establishments und der Finanzoligarchie der USA - und hier sind ja tatsächlich die Parallelen zum historischen Aufstieg des "Nationalsozialismus" unübersehbar.

Bannon habe eine Audienz bei dem Hedge-Fonds-Manager und "Megaspender" Robert Mercer erhalten, um das weitere Vorgehen auszuloten, berichteten US-Medien kurz nach seinem Rauswurf aus dem Weißen Haus. Der Milliardär schätze den Rechtsextremisten, weil er "Ergebnisse liefert", bemerkte ein Insider gegenüber der Washington Post, deshalb investiere er gerne große Summen in Unternehmungen, an denen Bannon beteiligt sei, da "dieses Geld

gut ausgegeben scheint".

Trotz aller Nähe zwischen dem Finanzspekulanten und dem Rechtsextremisten seien "solche Treffen sehr selten", berichtete eine Quelle aus dem Umfeld Bannons gegenüber Newsweek. Die Finanziers der extremen Rechten agieren offensichtlich vorsichtig und ziehen es vor, im Hintergrund zu bleiben. Ihr Firmenimperium, Renaissance Technologies, hat aber während des Wahlkampfes über das PAC (Political Action Committee) "Make America Number 1" Millionenbeträge in die Wahlkampagne Trumps gepumpt. Rebekah Mecer, die Tochter des Oligarchen, habe laut Insiderinfos durch persönliche Interventionen nach dem Wahlsieg dafür gesorgt, dass Bannon ins Weiße Haus als "Chefstratege" einziehen konnte.

Insgesamt habe Mecer 22,5 Millionen in die Republikaner während Wahlkampagne 2016 investiert, hinzukämen seine Finanzspritzen für Breitbart und Bannon. Der Mercer-Klan habe überdies die Strategie der berüchtigten Koch-Brüder kopiert - zweier reaktionärer Milliardäre, die kurzfristige "Investitionen" in rechte Politiker und Kampagnen mit langfristigen ideologischen Investments kombinierten. Doch zugleich waren den Mercers die Koch-Brüder schlicht nicht rechts genug. Das Koch-Netzwerk sei "hoffnungslos verweichlicht bei Themen wie Migration und Handel", so die Sicht der neureichen Oligarchen, die "hungrig

waren, ihre eigene, härtere Ideologie zu propagieren", indem sie nicht nur Breitbart, sondern Dutzende weiterer rechtsextremer Projekte und Institutionen finanzierten.

Zudem waren die Mercers schlicht Miteigentümer des Breitbart News Network, das sie mit Finanzzuweisungen über Wasser halten. Mercer habe versprochen, sowohl Trump wie auch Bannon zu unterstützen. Der Finanzoligarch verschaffe "Breitbart den finanziellen Treibstoff, um zu operieren und zu expandieren", erklärte die Journalistin Jane Mayer, die das Mercer-Imperium schon länger beobachtet.

Wer ist Robert Mercer?

Somit stellt sich eine simple Frage: Wer ist Robert Mercer? Ein genauer Blick hinter die gut ausstaffierten Kulissen der Manege, in der rechtsextreme Schreihälse ihren Hass auf Minderheiten herausschreien und sich als aufrechte Kämpfer gegen das Establishment positionieren, scheint angebracht. Wer ist der "reichste, verschwiegene, geheimnisvolle und reaktionärste" Republikaner der USA, der die Alt-Right-Bewegung und die Breitbart News des Steve Bannon finanziert?

Mercer ist ein wandelndes Klischee - alles, was an Vorurteilen über Oligarchen im öffentlichen Diskurs zirkuliert, scheint er zu bestätigen. Der Informatiker Mercer war ein Angestellter des IT-

Konzerns IBM, der sich mit Spracherkennung befasste, als er ein lukratives Jobangebot von James Simons, dem Gründer des Hedgefonds Renaissance erhielt. Unter Ausnutzung seiner Kenntnisse über Algorithmen konnte Mercer eine steile Karriere bei Renaissance absolvieren, dessen spekulative Investmentfonds sagenhafte Profite von bis zu 80 Prozent jährlich erzielten.

Der verschwiegene Hedgefonds Renaissance, in dem Wall Street und IT-Industrie verschmolzen, wurde von Insidern als das "kommerzielle Gegenstück zum Manhattan Projekt" bezeichnet. Der geschlossene Spekulationsfonds Medallion, an dem sich nur die Eigentümer von Renaissance beteiligen konnten, galt als die "größte Geldmaschine der Welt". An Steuerhinterziehung grenzende Steuertricks, die Gegenstand einer Untersuchung des US-Senats waren, haben die Profite der mit mathematischer Genauigkeit arbeitenden Spekulationsmaschine Renaissance weiter gesteigert, indem kurzfristige Spekulationen als langfristige Investments ausgegeben wurden.

Mercer ist - genauso wie viele verarmte rechtsextreme Milizionäre in den USA - ein Waffennarr, der auf seinem Anwesen in Long Island einen privaten Schießstand unterhält. Überdies ist er Eigentümer von Centre Firearms, eines Unternehmens, das sich damit brüstet, "das größte private Lager von Maschinengewehren" in den USA zu unterhalten. Hinzu kommen noch dutzende Villen

und protzige Yachten, mit denen die Mercers ihren Reichtum zur Schau stellen. 2013 musste die Tower Bridge in London hochgezogen werden, um das knapp 100 Meter lange Schiff passieren zu lassen. Gegenüber dem New Yorker verischerte aber Bannon, dass die Mercers, trotz all ihres Luxus, "die gewöhnlichste Mittelklassenfamilie sind, die du jemals treffen wirst".

Robert Mercer gilt überdies als krankhaft geizig. 2013 verklagten ihn einige Angestellte, da er ihre Überstunden nicht auszahlen wollte und ihre Löhne wegen angeblicher Verfehlungen willkürlich kürzte. Unter anderem beschuldigte er ein Hausmädchen, eine Shampooflasche nicht ausgewechselt zu haben, die nur noch zu einem Drittel voll war.

"Er will, dass alles in sich zusammenfällt"

Hinzu kommt seine Unfähigkeit, soziale Beziehungen einzugehen. Er gilt als ein Misanthrop, der keinen Blickkontakt aufrechterhalten könne und die Nähe von Katzen der Nähe von Menschen vorziehe. Bei seiner Übernahme des CEO-Postens von Renaissance soll er seinen Angestellten mitgeteilt haben, dass er froh wäre, "durchs Leben zu gehen, ohne irgendetwas zu irgendwem sagen zu müssen". Mitarbeiter haben gegenüber dem New Yorker erklärt, dass für Mercer die Gesellschaft und die Menschen an und für sich keinen Wert haben:

»Bob glaubt, dass menschliche Wesen keinen inneren Wert haben als den, welcher durch ihr Einkommen ausgedrückt werde. Eine Katze hat Wert, weil sie den Menschen Vergnügen bereite. Aber wenn jemand auf Stütze angewiesen sei, dann habe er einen negativen Wert. Wenn er tausendmal mehr verdiene als ein Schullehrer, dann ist er auch tausendmal mehr wert. Er denkt, die Gesellschaft steht derzeit auf dem Kopf, weil die Regierung den Schwachen helfe, stark zu werden, und die Starken schwach mache, indem sie ihnen Geld durch Steuern wegnehmen.«

Mercer, der sein Geld schnell durch Finanzmarktspekulationen gemacht hat, habe keine richtige "Beziehung zur Gesellschaft", erklärte die Quelle gegenüber dem New Yorker. Ein weiterer ehemaliger Mitarbeiter erklärte, dass es letztendlich eine implizite apokalyptische Todessehnsucht sei, die Steve Bannon und Robert Mercer so gut harmonieren lässt:

»Bob denkt, je weniger Regierung, desto besser. Er freut sich, wenn die Leute der Regierung nicht trauen. Und wenn der Präsident ein Spinner ist? Er findet das total gut. Er will, dass alles in sich zusammenfällt.«

Damit befindet sich der Finanzoligarch ganz auf der Linie des Rechtsextremisten Bannon, der ebenfalls ein reinigendes Stahlgewitter herbeisehnt, in dem die dekadente US-Gesellschaft durch Blut, Schweiß und Tränen geläutert werde.

Und selbstverständlich handelt es sich bei diesen brandgefährlichen rechten Fieberträumen, diesem "wenn auch alles in Scherben fällt", nur um den ideologischen Fallout des eingestandenen Krisenprozesses, in dem sich der Spätkapitalismus befindet. Der Faschismus als Krisenideologie kommt gerade in solchen Subjekthülsen wie Mercer und Bannon zu sich selbst.

Die dem widerspruchszerfressenen Kapitalverhältnis innewohnenden autodestruktiven Tendenzen, die in der gegenwärtigen Krise zunehmen, beseelen auch dessen innerlich ausgebrannte Charaktermasken, die als hohle Subjekte den Automatismus uferloser Akkumulation auf den Finanzmärkten optimieren. Das große schwarze Loch im Inneren, Spiegelbild der seelischen Verheerungen, die den Subjekten die leere Realabstraktion Wert zugefügt hat, soll im Tod überwunden werden. Die Gesellschaft jenseits des Werts ist wertlos, sie kann weg. Bevor das Kapital überwunden wird, soll lieber die Welt vergehen. Das ist die innere Irrenlogik des Faschismus des 21. Jahrhunderts.

Robert Mercer ist eines dieser seelenlosen Maschinenmonster, die der Spätkapitalismus an der Nahtstelle zwischen IT-Industrie und Finanzmärkten hervorbringt. Ein megareicher und innerlich ausgebrannter Mann, voller Hass auf alles, was nicht Wert ist: Dies ist die Geldbasis des neuen amerikanischen Rechtsextremismus.

Seine Todessehnsucht speist sich aus den unerträglich zunehmenden Widersprüchen des Spätkapitalismus. Die Antwort des Faschismus auf diese Widersprüche ist aber nicht der Kampf um die Überwindung des Kapitals, sondern letztendlich die Flucht in den Tod als Erlösung: Das "Viva la Muerte" des spanischen Faschismus machte dies noch explizit.

Ähnlich verhält es sich mit dem Todeskult des Islamismus als einer dem islamischen Kulturkreis eigenen Form von Klerikalfaschismus. Gerade dieser Todeskult bringt Bannon und Mercer auf einen Nenner - sie sind die Taliban der Main- und der Wall Street.

Erstveröffentlichung: August 2017

5.2 AfD: Die Masken fallen

Während die AfD ihr wahres, hässliches Gesicht entblößt, scheinen sich konkrete Spuren zu den Finanziers der Rechtspopulisten abzuzeichnen. AfD als neue "Mövenpick-Partei"?

Die formell demokratische Fassade, die vor allem von dem "gemäßigten" Flügel der AfD mühsam aufrechterhalten wurde, bröckelte im Endspurt des Wahlkampfes 2017 immer schneller ab - zum Vorschein kam die ordinäre braune Gesinnung, die die Parteiführung zumindest bis zum Wahltag verborgen halten wollte. Gerade die neoliberale Spitzenkandidatin der AfD, die ehemalige Goldman-Sachs-Bankerin Alice Weidel, sah sich im Mittelpunkt eines handfesten Skandals.

Die konservative Tageszeitung Die Welt publizierte eine Email der Spitzenkandidatin aus dem Jahr 2013, in der ein Abgrund an Rassismus, Verschwörungswahn und Demokratieverachtung offenbar wurde, der schlicht an die Weltanschauung der NSDAP erinnert. In der Mail an damalige Bekannte, die in einer eidesstattlichen Erklärung die Echtheit des Schreibens bekräftigten, sah die Bankerin Deutschland "überschwemmt" von Arabern sowie Sinti und Roma, die sie als "kulturfremde Völker" verunglimpfte. Sowohl Weidel wie auch viele Parteigrößen und Parteisprecher bestritten zunächst die Echtheit dieses Schreibens.

Neben diesen rassistischen Ausfällen erging sich die Spitzenkandidatin der AfD in wirren Verschwörungstheorien, wie sie im rechten Internetschwarm populär sind. Laut Weidel sei die Bundesrepublik gar nicht souverän, die Regierung bestehe aus "Schweinen", bei denen es sich um "Marionetten" der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges handele.

Diese sollen also immer noch, gewissermaßen hinter den Kulissen, die Bundesrepublik fernsteuern. Die brandgefährlichen historischen Parallelen sind hier offensichtlich. Die absurde Vorstellung, die europaweit machtpolitisch dominante Bundesrepublik sei nicht "souverän", ähnelt selbstverständlich dem Wahnsystem des Nationalsozialismus mit seiner massenmörderischen Halluzination einer "jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung", die überall den "Ariern" auflauere.

Wenn solche Wahnvorstellungen der "gemäßigte" Flügel der AfD privat von sich gibt, dann ist schwer vorstellbar, was die offen rechtsextremen Kräfte um Björn Höcke absondern, sobald die Mikrophone ausgeschaltet sind. Es scheint somit keine "gemäßigten" Flügel in der AfD zu geben, sondern nur bessere und schlechtere Schauspieler. Die Parallelen zu Trump sind offensichtlich.

Somit stellt sich mit neuer Dringlichkeit die Frage, wer diese Truppe

um Weidel, Höcke und Gauland so üppig finanziert, dass sie tatsächlich Aussichten auf den Einzug in den Bundestag hat. Wer ebnet mit Millionenbeträgen diesem rechten Wahn den Weg? Bekannt war schon im Vorfeld der Bundestagswahl, dass anonyme Großspender unter Ausnutzung von Gesetzeslücken die AfD massiv finanziell unterstützen. Woher das Geld stammte, das von der dubiosen Briefkastenfirma "Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlicher Freiheiten" in die Wahlkämpfe der Rechtspopulisten gepumpt wurde, war aber unklar.

Geldflüsse im Überblick

Die auf Korruptionsbekämpfung spezialisierte NGO Lobbycontrol, die sich im Wahlkampf 2017 vor allem mit der AfD beschäftigen musste, hatte in einer ersten Analyse noch vor dem Urnengang eine Quantifizierung dieser Finanzströme vorgenommen. Das Fazit lautete: "Somit dürfte es sich bei der verdeckten AfD-Wahlwerbung um die wahrscheinlich größten intransparenten Geldflüsse der letzten Jahre zugunsten einer einzelnen Partei handeln." Vergleichbare Fälle von "Wahlwerbung durch Dritte" seien Lobbycontrol "aus der jüngsten Vergangenheit nicht bekannt".

Konkret seien es mindestens sechs Millionen Euro, die ab 2016 im Rahmen der vergangenen Landtagswahlen aufgewendet wurden, um die AfD in den Bundesländern parlamentarisch zu verankern.

Hinzu kommen noch die Aufwendungen für den Bundestagswahlkampf, die noch nicht gänzlich überblickt werden können. Lobbycontrol: "Die Kosten für die Plakate zur Bundestagswahl sind noch nicht eingerechnet."

Millionen von Exemplaren der inoffiziellen AfD-Wahlzeitung Extrablatt, Tausende von Großflächenplakaten bezahlte der dubiose Verein in den Wahlkämpfen in Rheinland-Pfalz, Berlin, Baden-Württemberg, Saarland und Mecklenburg-Vorpommern. Hinzu kam noch eine kostspielige Anzeige in der Neue Züricher Zeitung.

Bis zur Bundestagswahl finanzierten die anonymen Gönner der AfD bislang - soweit überhaupt bekannt - neun Ausgaben der informellen Parteizeitung Deutschland-Kurier, von denen jeweils 300.000 Exemplare umsonst verteilt wurden. Knapp drei Millionen Exemplare des Deutschland-Kuriers konnten somit die Bundesrepublik überfluten - wobei deren Finanzierung im Dunklen verbleibt. Des Weiteren finanzierte der Verein mehrere tausend Großflächenplakate, wie auch Anzeigen von Erika Steinbach in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und in der Passauer Neuen Presse.

Die Spur dieses Geldes führt in die Schweiz, erläuterte Lobbycontrol. Einzelne AfD-Politiker hätten "direkt von heimlichen Zahlungen" der Schweizer PR-Agentur Goal AG profitiert, die als ein

"zentraler Akteur" hinter dem "Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlicher Freiheiten" agiere. Die Werbeagentur ist in der Vergangenheit vor allem durch Wahlwerbung für die rechtspopulistische SVP in Erscheinung getreten. Die AfD-Politiker Jörg Meuthen, Markus Pretzell und Guido Reil seien von der Schweizer Goal AG mit geldwerten Zuwendungen und Dienstleistungen bedacht worden (Plakate, Internetauftritte, Kosten für Veranstaltungen).

Von den Rechtspopulisten sei kaum Aufklärung über diese dunklen Geldströme zu erwarten, so Lobbycontrol, da AfD-Größen die Unterstützung durch die geheimen Gelder kleinredeten oder Unwissenheit vortäuschten.

Schließlich machte die NGO ebenfalls klar, dass es sich bei der Behauptung des Vereins, er finanziere sich aus zahlreichen Kleinspenden, um ein - so wörtlich - "Märchen" handele. Als "Unterstützer" des Vereins würden rund 20.000 Personen geführt, die einfach im Laufe der Zeit ihre Kontaktdaten, zumeist die Email samt Vor- und Nachnamen, dem Verein überlassen haben, indem sie dessen "Manifest" unterschrieben. Bei den "Unterstützern" handelt es sich somit nicht um Spender.

Nennenswerte finanzielle Zuwendungen seitens dieser Unterstützer seien "fragwürdig und für die Aktivitäten zur

Bundestagswahl ausgeschlossen", so Lobbycontrol. Bei den Unterstützern handele es sich letztendlich um Personen, die der Verein mittels einer Mailingliste anschreiben könne. Und genau dies scheint der in Geld schwimmende Verein nicht nötig zu haben! Von Anfang Mai bis Ende August 2017 gab es keinerlei Spendenaufrufe des Vereins an seine Unterstützer im Verteiler. Somit können der in millionenfacher Auflage veröffentlichte Deutschland-Kurier und die Tausende von Großplakaten, die der Verein zur Bundestagswahl finanziert, nicht von den vermeintlichen "Unterstützern" finanziert worden sein.

Dass äußerst finanzkräftige Großspender hinter dem Verein stehen müssen, mache auch die "Anfangsphase der Vereinigung" deutlich, so Lobbycontrol. Der Verein konnte bei seiner ersten Finanzierungsoffensive während der Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im März 2016 bereits "mehrere hunderttausend Euro" in die AfD investieren, "ohne vorher in Erscheinung getreten zu sein". Fazit Lobbycontrol: "Es ist also klar, dass der Verein durch anonyme Großspender angeschoben wurde und die Aktivitäten bis heute wahrscheinlich weitgehend von Großspendern finanziert werden". Es gab schlicht keine Spendenaufrufe des Vereins an seine "Unterstützer".

AfD als neue "Mövenpick Partei"?

Wer finanzierte nun die Wahlparty der immer weiter ins wahnhafte Extrem taumelnden Rechtspopulisten, wenn sich das Konstrukt der vielen Kleinspenden als ein "Märchen" entpuppte? Die Konrad Adenauer Stiftung (KAS) glaubte jedenfalls schon 2013, eine heiße Spur zu verfolgen, wie etwa die Tageszeitung Die Welt am 22. April 2013 berichtete.

Ein "alter Bekannter der schwarz-gelben Koalition" solle den Wahlkampf der AfD finanzieren. Dies ginge aus internen Papieren der KAS hervor, die der Welt zugespielt wurden. Demnach sollte der in der Schweiz lebende, deutsche "Mövenpick-Milliardär" Baron August von Finck die AfD - zumindest damals - finanziert haben:

»Die Rechercheure der Adenauer-Stiftung wollen auch eine bereits existierende Verbindung der AfD zum Mövenpick-Konzern gefunden haben: Beatrix von Storch, die als Vorsitzende der sogenannten Zivilen Koalition, einer Organisation, die viele Anti-Euro-Kampagnen initiiert hat, und als Unterstützerin auf der Webseite der AfD geführt wird. "Die Adresse der Zivilen Koalition stimmt mit der PR-Abteilung von Mövenpick Germany, das zum August-von-Finck-Imperium gehört, überein", steht in dem Dokument, mit dem sich die CDU-Politiker auf die Auseinandersetzung mit der Newcomer-Partei vorbereiten.«

Der "bayerische Milliardär, der längst in der Schweiz lebt", solle einstmals Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber, dann aber

insbesondere der FDP "mit großen Spenden geholfen" haben. Der "Besitzer des Hotel- und Gastronomiekonzerns Mövenpick" sei einer der Hauptprofiteure der von der damaligen Koalition durchgesetzten "Senkung der Mehrwertsteuer auf Hotelübernachtungen" gewesen, sodass die FDP anschließend monatelang von der Opposition als "Mövenpick-Partei" verspottet wurde, berichtete die "Welt".

Somit klärt sich auch der Unmut der KAS gegenüber von Finck, der sich in der gezielten Indiskretion äußerte. Für gewöhnlich werden ja solche Zuwendungen von den Parteien nicht thematisiert. Der Mövenpick-Milliardär scheint der CDU schlicht undankbar zu sein, indem er die politische Konkurrenz finanziert. Schwarz-Gelb hat dem Mövenpick-Konzern ein enormes Steuergeschenk gemacht - und dieser scheint nun die rechtspopulistische Konkurrenz zu finanzieren. Während Finck sich 2013 weigerte, zu den Anschuldigungen Stellung zu beziehen, hat die AfD die Vorwürfe der KAS abgestritten.

Ist die AfD nun die neue "Mövenpick-Partei" oder hat sich diese angebliche Beziehung verflüchtigt? Vorgänge aus dem Jahr 2016 legen den Schluss nahe, dass es weiterhin Kontakte zwischen dem Imperium des Milliardärs und den Rechtspopulisten gab. Ende 2011 stieg die "Milliardärsfamilie Finck" in den Handel mit Gold ein, schrieb die Süddeutsche Zeitung: "Sie hat den Namen des

traditionsreichen Edelmetall-Händlers Degussa erworben und will das Geschäft wiederbeleben." Bei Degussa handelt es sich in der Tat um einen traditionsreichen Namen, den sich der Finck-Klan für seinen Einstieg in das Goldgeschäft aussuchte: Im Dritten Reich lieferte die Degussa Zyklon-B für die Gaskammern der Nazis, in den Schmelzöfen der Evonik Degussa wurde das Zahngold eingeschmolzen, das den vergasten Juden herausgebrochen wurde.

Am 26. Oktober 2016 erschien in der Süddeutschen Zeitung (SZ) ein Beitrag, der sich mit einem Buch "Gefährliche Bürger" beschäftigte, das sich mit der Neuen Rechten auseinandersetzt und als ein "Standardwerk" für alle gelte, "die sich für die neuen rechten Netzwerke in Deutschland interessieren". Der SZ-Artikel "Angst ist Gold" setzte sich aber gerade mit den Informationen auseinander, die nicht in dem Standardwerk zu finden sind, da sie kurz vor dem Druck entfernt werden mussten. Eine der Autorinnen, Liane Bednarz, bestand darauf, heikle Informationen zu entfernen, so die SZ:

»Jetzt zeigt sich, dass an der Auswahl der "gefährlichen Bürger" nicht nur die Autoren Liane Bednarz und Christoph Giesa beteiligt waren. Bednarz ist im Hauptberuf Rechtsanwältin bei der renommierten Kanzlei Noerr in München. Sie publiziert an vielen Orten, von der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung bis hin zu Spiegel Online, wo sie als "AfD-Expertin" firmiert, sehr häufig auch auf ihrer eigenen,

mittlerweile von Tausenden Lesern - darunter zahlreiche Journalisten und Politiker - frequentierten Facebook-Seite.«

Frau Bednarz betätigte sich somit nebenberuflich als Buchautorin - was aber zu einem Interessenskonflikt führte. Vor der Veröffentlichung des Buches musste Bednarz "Namen, Firmen und Begriffe" aus ihrem Buch streichen: "In mehreren Schreiben nennt sie ihren Arbeitgeber und dessen Interessen als Grund." Es ginge offenbar darum, einflussreiche Personen nicht gegen die Kanzlei Noerr aufzubringen, schlussfolgerte die SZ. Vor allem in dem Kapitel, in dem Goldgeschäfte im Dunstkreis der Neuen Rechten beleuchtet werden, bei denen die Rechtspopulisten die anwachsende Krisenangst ausnutzten, mussten weitreichende Streichungen vorgenommen werden:

»Die Änderungen am Text sind nicht klein. Inhaltlich schwerwiegend und umfangreich sind Streichungen und Umformulierungen in jenem Teil, der schließlich auf zwei Buchseiten zusammen schrumpfte, nämlich auf die Seiten 137 und 138. Auf jenen Seiten strich die Autorin zum Beispiel die Namen "Thorsten Polleit", "August von Finck", wie auch "Degussa Goldhandel".«

Thorsten Polleit arbeitet für den Degussa Goldhandel des Milliardärs August von Finck, der ja die "traditionsreichen" Namensrechte 2011 erwarb. In der ursprünglichen, unzensierten

Version des Buches wurde er als ein "Angstmacher" tituliert, der seine Kundschaft zum Erwerb der sicheren Krisenanlage Gold verleiten wollte. Die Krisenangst dient diesem neurechten Milieu somit als Geschäftsgrundlage. Laut Recherchen der SZ stehen August von Finck und der Gründer der Kanzlei Noerr, Rudolf Nörr, in einer geschäftlichen Beziehung. Dies legt den Schluss nahe, dass Bednarz ihre Streichungen im Text vernehmen musste, um Rücksichtnahme auf das Verhältnis zwischen Nörr und Finck zu nehmen.

Entscheidend aber ist, dass es laut SZ Beziehungen zwischen Degussa und der AfD gegeben haben soll. Die Rechtspopulisten betrieben bis Anfang 2017 ihren umstrittenen "Goldshop". Laut der SZ sei zu vermuten, "dass das Gold für dieses Geschäft wenigstens zum Teil ursprünglich von Degussa kommt". Das Unternehmen des Milliardärs, von dem es "in internen Papieren der CDU" heißt, er unterstütze den Wahlkampf der AfD, lieferte somit laut SZ - wenigstens teilweise - das Gold für den Goldshop der AfD.

Kein Wunder somit, dass die AfD zu jener Zeit so ihre Probleme mit den Goldbarren hatte, die plötzlich überall auftauchten. Dieselbe Beatrix von Storch, deren Zivile Koalition dieselbe Adresse mit Fincks PR-Agentur in Berlin teilte, fand sich im Zentrum einer Goldbarrenaffäre, bei der angeblich Spendengelder zum Erwerb von Gold im Wert von rund 83.000 Euro missbraucht wurden.

Dschingis Khans rechter Bruder

Wer ist nun dieser August von Finck junior, der von der KAS wie der SZ in Beziehung zu der AfD gebracht wird? Das Vermögen des deutschen Milliardärs, der seinen Wohnsitz in der Schweiz hat, wird auf rund 7,7 Milliarden US-Dollar geschätzt. August von Finck junior ist Sohn des Arisierungsgewinnlers August von Finck Senior, der schon 1933 der NSDAP beitrat und zahlreiche jüdische Banken "arisierte". Neben den Finanzzuwendungen an die FDP und die CSU im Vorfeld der Senkung der Mehrwertsteuer auf Hotelübernachtungen hat der Mövenpick-Milliardär immer wieder auch rechtspopulistische Parteien oder Bewegungen unterstützt.

Bei diesen finanziellen Aufwendungen ging es offensichtlich nicht mehr nur ums Geschäftliche, um die politische Durchsetzung von Geschäftsinteressen. Anfangs waren diese politischen Investitionen nicht gerade erfolgreich: Der rechtspopulistische "Bund Freier Bürger" erhielt von dem Milliardär schon in den 1990er Jahren umgerechnet 4,3 Millionen Euro - nur um sang- und klanglos in politischer Bedeutungslosigkeit zu verschwinden.

Der neoliberale "Bürgerkonvent" wurde 2003 von Finck mit Millionenbeträgen bedacht, um eine reaktionäre Werbekampagne durchzuführen, die im Zuge der Agenda-Politik auf die Zerschlagung des Sozialstaates abzielte. Im Vorstand des 2015

aufgelösten Bürgerkonvents, der sich über die Millionenspenden Fincks freuen durfte, saß unter anderem - eine gewisse Beatrix von Storch. Das Handelsblatt schrieb 2013:

»Der "Bürgerkonvent", angeführt von Beatrix von Storch, setzt sich laut Recherchen der Adenauer-Stiftung als "Apo von rechts" für die Rückführung des Staates auf Kernkompetenzen und den Abbau von Sozialleistungen zugunsten privater Vorsorge ein. Auf Politiker solle Druck in diese Richtung ausgeübt werden mittels eingekaufter und professioneller Kampagnenpolitik, die "von oben" zum Protest aufrufe, schreiben die Experten der CDU-nahen Stiftung in ihrer AfD-Analyse. "Die Strukturen sind intransparent und nicht demokratisch."«

Über die politischen Ansichten des Milliardärs herrschen in seinem Umfeld jedenfalls keine Illusionen, so die SZ 2010. Der Bankier Ferdinand Graf von Galen habe Fincks politischen Standort auf eine griffige Formel gebracht: "Rechts vom Gustl steht bloß noch Dschingis Khan."

Das Fazit, das aus diesen Indizien gezogen werden kann: Der weit rechts stehende Milliardärssohn eines Arisierungsgewinnlers, der seinen Goldhandel ausgerechnet unter dem historisch belasteten Namen Degussa betreiben muss und erwiesenermaßen schon Rechtspopulisten finanzierte, könnte somit an der Finanzierung des Aufstiegs der AfD beteiligt sein. Die Parallelen zum Aufstieg Donald

Trumps in den USA, der ebenfalls von den reaktionärsten Teilen der US-Kapitaleliten finanziert wurde, wären in einem solchen Fall unübersehbar.

Die Personalie Finck muss dabei in ihrem größeren, klassenspezifischen Kontext betrachtet werden. Die Eurokrise führte zu großen internen Spannungen innerhalb der deutschen Unternehmerschaft; sie spaltete sich in der Frage der konkreten Krisenpolitik in zwei Lager. Während der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) den europapolitischen Kurs Berlins (Beibehaltung des Euro und Austerität für die Krisenländer) laut Handelsblatt "unterstützte" und für den Erhalt einer deutsch dominierten Eurozone eintrat, prägte der Unternehmerverband "Die Familienunternehmer" samt seiner "Stiftung Familienunternehmen" die Debatte mit scharfer Kritik, wie es das Handelsblatt formulierte:

»*Hier beherrschen andere die Schlagzeilen - allen voran die beiden Vertreter deutscher Familienunternehmer: Lutz Goebel, Präsident des Verbands "Die Familienunternehmer", und Brun-Hagen Hennerkes, Gründer der "Stiftung Familienunternehmen". Mit ihren Euro-skeptischen Beiträgen und scharfer Kritik am Rettungskurs von Kanzlerin Angela Merkel dominieren sie die Debatte über die Zukunft der Gemeinschaftswährung. "Ich habe den Eindruck, dass die deutsche Politik zu wenig auf die Bundesbank hört", sagt Goebel. Hennerkes*

bemängelt, dass kein politisches Konzept in der Euro-Krise zu erkennen sei. Es herrsche "Chaos und Verwirrung".«

Im Verlauf der Auseinandersetzungen musste der eher strategisch denkende BDI öffentlich intervenieren, indem er auf die strukturellen Vorteile der Euro für die deutsche Exportwirtschaft hinwies, die den "Familienunternehmern" nicht einleuchten mochten:

»Doch nun holt BDI-Präsident Hans-Peter Keitel zum Gegenschlag aus. In einem Brief an die wichtigsten Unternehmens- und Verbandsvertreter des BDI, der dem Handelsblatt vorliegt, unterstützt Keitel den europapolitischen Kurs der Kanzlerin. "Die langfristige Sicherung der Währungsunion liegt im elementaren Interesse jedes Einzelnen von uns", schreibt er. Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsverbänden, die etwa einen Austritt Griechenlands oder anderer überschuldeter Staaten aus der Währungsunion für denkbar oder sogar wünschenswert halten, warnt der BDI-Präsident: "Jeder Schritt zurück in der europäischen Integration würde unkalkulierbare Risiken für die wirtschaftliche und politische Stabilität bedeuten.«

Die offen reaktionären Teile der deutschen Wirtschaftseliten, die Griechenland sofort aus der Eurozone werfen wollten, befanden sich im Kampf mit dem BDI, der den Euro erhalten wollte, um dessen Exportvorteile weiter nutzen zu können. Auch der

Mövenpick-Konzern sieht sich übrigens immer noch als ein Familienunternehmen.

Die Stiftung Familienunternehmen unterhielt auch gute Kontakte der AfD. Der ehemalige AfD-Chef von Berlin, Matthias Lefarth, leite die Repräsentanz der Stiftung am Pariser Platz, berichtete Campact. Laut der AfD blieb Lefarth der Partei auch nach seinem Wechsel zu der Lobbygruppe verbunden, er werde "eng für den Landesverband und die Partei arbeiten".

Der Spiegel fragte schon 2013 bei den "Familienunternehmern" nach, ob sie denn die Rechtspopulisten finanziell unterstützen. Damals wurde dies verneint, da die Unternehmer "geizig geworden seien". Auf die Frage, ob die Hinweise der Konrad-Adenauer-Stiftung zuträfen, dass "der Mövenpick-Eigentümer August von Finck zu den AfD-Finanziers zählen könnte", sagte Brun-Hagen Hennerkes, Chef der Stiftung Familienunternehmen:

»Das halte ich für eine Spekulation. Die Unternehmer sind in Sachen Parteispenden so geizig geworden, da werden keine nennenswerten Beträge für die AfD fließen. Man muss ja immer noch damit rechnen, dass diese Partei eine Eintagsfliege bleibt.«

Die Schlussfolgerung aus dieser rein opportunistischen Haltung gegenüber dem Rechtspopulismus liegt auf der Hand: Sollte es sich also herausstellen, dass die AfD keine "Eintagsfliege" nach dem

Muster des "Bunds freier Bürger" bleibe, könnte Herr Brun-Hagen Hennerkes für seine "Familienunternehmer" wirklich nicht mehr die Hand ins Feuer legen.

Erstveröffentlichung: September 2017

5.3 Goldene Geschäfte mit der Panik

In Krisenzeiten haben rechte Deutungsansätze Hochkonjunktur

Der tiefgreifende Krisenprozess, in dem sich das spätkapitalistische Weltsystem befindet, lässt sich nicht mehr ignorieren. Spätestens seit dem Krisenschub von 2007/08 scheint auch die Ohnmacht der kapitalistischen Krisenpolitik evident. Die Politiker sind nicht fähig, den eskalierenden inneren Widerspruch des Kapitals - die Verdrängung von Lohnarbeit aus dem Produktionsprozess - zu überwinden, der letztendlich eine ökonomisch überflüssige Menschheit und gigantische Schuldenberge fabriziert. Die Politik befindet sich folglich in einer Krisenfalle: Entweder wird die Zombieexistenz des Kapitalismus mittels fortgesetzter Verschuldung und abermaliger Blasenbildung verlängert bis zum nächsten großen Krach oder die obligatorische Sparpolitik führt in die sofortige Rezession.

Die politische Rechte in all ihren Schattierungen hat auf diesen Krisenprozess mit verstärkter Ideologieproduktion reagiert. Zumeist werden dabei die Krisenursachen auf eine in der Finanzsphäre verortete Verschwörung zurückgeführt. Konkret wird in der Szene einseitig vor den Folgen der gegenwärtigen Liquiditätsblase und der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank gewarnt. Hingegen wird die Zwangslage der

Geldpolitik, die mit immer neuer schuldenfinanzierter Blasenbildung einen katastrophalen Konjunktureinbruch verhindert, ignoriert. Alle Übel scheinen nur aus unsolider Schuldenmacherei und Gelddruckerei herzurühren, die den Euro in Gefahr bringe - die inneren Widersprüche des Kapitals werden nicht wahrgenommen.

Folglich hat sich eine regelrechte Krisenindustrie innerhalb der Neuen Rechten etabliert, die ihrer verängstigten Anhängerschaft entsprechende Produkte und Dienstleistungen andient. Rechte Geschäftemacher haben aus der aufkommenden Panik - auch in Wechselwirkung mit der Flüchtlingskrise - ein Geschäftsfeld gemacht. Zum einen ist es das "handfeste" Gold, das in der Szene als vermeintlich krisensichere Geldanlage gepuscht wird. Bis Anfang 2017 führte die als eurokritische "Professorenpartei" gegründete AfD einen Goldshop im Netz. Doch der zentrale Akteur ist das 2010 gegründete Unternehmen "Degussa Goldhandel" des Milliardärs August von Finck, der als einer der wichtigsten Financiers der AfD gilt.

Dessen Chefvolkswirt Thorsten Polleit hält das anlagefreudige Publikum bei Veranstaltungen im rechten Milieu in einer Art "Grundpanik", um den Absatz an Edelmetallen zu fördern. Das Handelshaus, das die Nutzungsrechte des Markennamens Degussa erworben hat, profitiert somit von der dumpfen Krisenangst,

welche die von Finck mitfinanzierte Neue Rechte verbreitet.

Der rechte Kopp-Verlag wiederum kann als der publizistische Profiteur der anschwellenden, unverstandenen Krisenangst bezeichnet werden. In dessen Produkten wird die Krise oft mit dem alten rechten Kulturpessimismus aufgeladen. Immer wieder geht in den Publikationen des zweistellig wachsenden Verlags das Abendland unter, wobei zumeist äußere Krisenphänomene wie die Flüchtlings- oder Eurokrise in apokalyptische Bilder eines verlorenen Kulturkampfes getaucht werden ("Albtraum Zuwanderung", "Kontrollverlust"). Die Beschwörung des von dunklen Kräften gesteuerten Untergangs des Abendlandes wird im Verlagsprogramm durch eine Fülle von mitunter bizarr anmutenden Krisenratgebern ergänzt: von der Finanzvorsorge für den nächsten Krisenschub über das "Prepper-Handbuch" für den nackten Überlebenskampf bis hin zum "Krisenkochbuch".

Das Milieu der Rechten, die mit solchen Büchern und entsprechenden Vorträgen die Illusion der Möglichkeit eines isolierten Überlebens in einer Systemkrise schüren, geht nahtlos in rechtsterroristische Strukturen über. Dies wurde bei den jüngsten Polizeieinsätzen gegen die sogenannten Prepper im Umfeld der AfD in Mecklenburg-Vorpommern evident, die sich auf das Überleben nach der angeblich nahenden Katastrophe vorbereiten. Diese in der US-Rechten entstandene, zuweilen militante Szene

findet seit dem Krisenausbruch 2008 auch in der BRD verstärkt Anhänger. Sie treibt als eine Spielart des faschistischen "Extremismus der Mitte" den liberalen Konkurrenzzwang der isolierten Marktsubjekte ins krisenhafte Extrem: Die Konkurrenz wird bis ins militaristische, gar terroristische Extrem apokalyptisch gesinnter Einzelgänger oder Kleingruppen getrieben. Statt am Aufbau neuer solidarischer Strukturen zu arbeiten, verstärkt diese rechte Krisenideologie die im Kapitalismus gegebene Isolation der Individuen.

Erstveröffentlichung: Oktober 2017

6. Antisemitismus im 21. Jahrhundert

6.1 Der letzte Dammbruch

Ungarns Rechtspopulisten betätigen sich als Avantgarde des Antisemitismus - mit Unterstützung des israelischen Ministerpräsidenten

Im Sommer 2017 war George Soros im ungarischen Straßenbild allgegenwärtig. Der jüdische Milliardär scheint sich einen ins Fäustchen zu lachen auf Plakaten, mit denen Ungarns regierende Rechtspopulisten das ganze Land zupflasterten. Die massive Propagandakampagne, die von der rechtspopulistischen Fidesz um Premier Viktor Orban entfacht wurden, lief unter einer Parole: "Lasst Soros nicht zuletzt Lachen!"

Oberflächlich betrachtet bildet diese Kampagne nur einen weiteren Eskalationsschritt beim Kampf der ungarischen Rechten gegen liberale und jüdische Einrichtungen in Ungarn. Dem wirtschaftsliberalen Milliardär, der sich selber als Anhänger und Förderer der "Offenen Gesellschaft" Karl Poppers begreift, werfen die ungarischen Nationalisten Einmischung in die inneren Angelegenheiten "ihres" Landes vor.

Den bisherigen Höhepunkt der großen Säuberungswelle, die Ungarns hegemoniale Rechte gegen die Überbleibsel dissidenter Kräfte losgetreten hat, bildete das im April 2017 in Budapest verabschiedete Hochschulgesetz. Mittels eines umfassenden Maßnahmenkatalogs wollte die Fidesz auch die letzten liberalen Nischen im akademischen Betrieb auf die dumpfe nationalistische Linie bringen, die charakteristisch für den "illiberalen" Staat ist, den Orban ausgerufen hat.

Letztendlich waren die konkreten Maßnahmen darauf abgestimmt, die ursprünglich von Soros in Budapest gegründete Central European University (CEU) zu schließen, die bislang ihre politische Unabhängigkeit aufrechterhalten konnte. Die CEU wurde anfänglich von der Open Society Foundation des jüdischen Finanzmarktmagnaten finanziert, der sich um die Förderung der bürgerlich-liberalen Demokratie in Osteuropa bemühte (mitunter auch durch die Unterstützung der berüchtigten "bunten Revolutionen" im postsowjetischen Raum, die zugleich Hebel amerikanischer Geopolitik in der Region waren).

Das Hochschulgesetz der Fidesz schränkte de facto die Wissenschaftsfreiheit in Ungarn massiv ein, was zu Protesten im westlichen Ausland führte und die EU auf den Plan rief, die ein EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn anstrengte.

Das Vertragsverletzungsverfahren verschaffte nun der Fidesz die Möglichkeit, sich als Opfer mächtiger ausländischer Kräfte zu inszenieren. Der Kampf der völkischen ungarischen Rechten um die Errichtung eines autoritären Staates, bei dem letzte dissidente Nischen vernichtet werden, wird nun als ein Freiheitskampf des Ungarentums gegen eine ausländische Verschwörung dargestellt - in deren Zentrum ein Jude steht. Die Fidesz-Kampagne gegen Soros bedient in Ungarn weit verbreiteter rechtsextremer Wahnvorstellungen, bei denen Hass auf bürgerliche Liberalität, Kosmopolitismus, die Brüsseler EU-Bürokratie, jüdische Finanzmarktakteure in einer paranoiden Verschwörungsideologie zusammenfließen, die ihren impliziten Antisemitismus kaum noch verbergen kann.

Im Gegensatz zu Westeuropa - und hier vor allem Deutschland - ist der Antisemitismus in Osteuropa immer noch leicht erkennbar, er wird nicht so penibel kaschiert in scheinbar berechtigten Einwänden, wie der üblichen Israelkritik, die ja selbst von den Ausländerfreunden der NPD praktiziert wird.

Antisemitismus verschmilzt mit Antiislamismus

Bei den neuesten Auswüchsen des oberflächlich kaschierten osteuropäischen Antisemitismus verschmelzen diese alten Wahnvorstellungen mit dem neuen Antiislamismus: Die Juden

werden als Förderer der Flüchtlingskrise imaginiert. Im westpolnischen Wroclaw etwa ging am Nationalfeuertag 2015 bei rechtsextremen Demonstrationen eine Judenpuppe in Flammen auf, während militante Nazis hinter der Flüchtlingskrise mal wieder eine perfide "jüdische Verschwörung" halluzinierten, wie die Jüdische Allgemeine berichtete.

Die Neonazi-Organisation "Nationalradikales Lager" wie auch die "Allpolnische Jugend" machen "die Juden" für die angebliche "Islamisierung Europas" verantwortlich. Die Kriegsflüchtlinge aus Syrien seien Sozialschmarotzer oder gar Terroristen. Auf dem größten Transparent in Breslau war zu lesen: "Sie kommen hierher, um unsere Welt zu verändern, um zu zerstören, abzufackeln und zu vergewaltigen!" Als Piotr Rybak "den Juden" abfackelte, hetzte einer der Organisatoren auf der Bühne: "Jemand gibt ihnen Geld - für die Boote, für die Waffen in Europa. Jemand finanziert diese ganzen Ausschreitungen. Wir müssen wissen, wer das tut. Noch weiß ich es nicht. Noch nicht!"

In Ungarn glaubte man Mitte 2017 in Soros den konkreten Juden ausfindig gemacht zu haben, der die Flüchtlingskrise steuerte. Soros und seine "vor der Öffentlichkeit verborgen" Seilschaften hätten "unter Einbeziehung seiner ungarischen Organisationen, mit enormen Geldern die illegale Einwanderung" gefördert, erklärte Orban bei einer Demonstration, die sich gegen den jüdischen

Milliardär richtete. Soros finanziere "zahlreiche, als zivile Vereine getarnte Lobby-Organisationen", es sie "ein richtig gehendes Netzwerk, mit eigenen Sprechern, eigenen Medien, vielen Hundert Menschen, einer eigenen Universität". Gegen diese hinter den Kulissen agierende Verschwörertruppe müsse Ungarn nun "auch den Kampf aufnehmen", tönte der Ministerpräsident.

Was hier hervorbricht, ist der mühsam kaschierte Antisemitismus. Orban beschreibt hier die Funktionsweise einer gewöhnlichen westlichen Regierungs- oder Milliardärs-NGO, wie sie auch ein Bill Gates oder die deutschen Parteien im Ausland unterhalten, und reichert sie mit dem alten antisemitischen Verschwörungswahn an. Denn selbstverständlich sind ja nicht nur die NGOs des Juden Soros, auf den sich Ungarns Rechte in ihrer Kampagne so fanatisch eingeschossen hat, in Ungarn aktiv. Auch die Konrad Adenauer Stiftung, die Friedrich Ebert Stiftung oder unzählige US-amerikanische NGOs sind in Ungarn aktiv.

Diese wurden 2017 nun mittels eines weiteren Gesetzesvorhabens unter Druck gesetzt, ohne dass Massenaufmärsche vor der US-Botschaft oder der deutschen diplomatischen Vertretung in Budapest stattfinden würden. Amnesty International kündigte im Juni 2017 an, nicht den Bestimmungen dieses Gesetzes Folge zu leisten, das alle NGOs, die mehr als 26.000 US-Dollar aus dem Ausland erhalten, zu einem umständlichen und schikanösen

Registrierungsverfahren nötigt.

Orbans Härte gegen seinen Förderer Soros

Ironischerweise hat der rechtspopulistische ungarische Ministerpräsident seine gute Bildung gerade dem Juden George Soros zu verdanken. Das Auslandsstudium in Oxford, das Orban genoss, wurde durch ein Stipendium der Soros Foundation ermöglicht. Das ist auch kein großes Geheimnis - und es hat sich selbstverständlich auch innerhalb der ungarischen Rechten herumgesprochen.

Hier ist ein weiterer Grund für die Härte Orbans im Kampf gegen Soros zu finden. Er ist ein Getriebener der Ressentiments, die er selber jahrelang schürte. Orban muss gegen die antisemitischen Ressentiments in seinem eigenen politischen Lager ankämpfen, indem er beweist, nicht von dem Juden Soros gekauft worden zu sein. Zumal die rechtspopulistische Fidesz im aufkommenden Wahlkampf stark von rechts unter Druck gesetzt wird.

Die offen faschistische Nazipartei Jobbik konnte mit einer aggressiven Kampagne, die sich gegen Korruption in der Fidesz richtete (Motto: "Du arbeitest, sie stehlen"), erste Erfolge verzeichnen, wie die Financial Times im Juli 2017 ausführte. ("Hungary's Jews recoil at Fidesz portrayal of George Soros", 07.07.2017) Ungarns Nazis können Umfragen zufolge auf rund 21

Prozent der Stimmen hoffen - die von Fidesz befeuerte Rechtsentwicklung der ungarischen Gesellschaft droht nun, die Rechtspopulisten selber zu überrollen. Die Regierungskampagne gegen Soros sei Teil der "politischen Positionierung" der regierenden Fidesz vor den Wahlen 2018, erklärte ein Analyst gegenüber der FT: "Sie brauchen einen starken Feind, und deswegen wird dieses diabolische Bild von Soros benutzt."

Im Rahmen dieser politischen Positionierung rehabilitierte Orban in einer Rede auch den Diktator und Nazi-Kollaborateur Miklós Horthy, den er als einen "außergewöhnlichen Staatsmann" würdigte. Horthy, der offiziell als "König" firmierte, führte bereits 1938 antisemitische Gesetze in Ungarn ein, er war an der sukzessiven Entrechtung und Deportation der ungarischen Juden in Deutsche KZs beteiligt. Er sei "ein Leben lang ein Antisemit" gewesen, bekannte Orbans "außergewöhnlicher Staatsmann".

Den Juden Ungarns, die nun in böser alter Tradition zum Hassobjekt eines Wahlkampfes werden, ist das Lachen schon längst vergangen. Andreas Heisler, Vorsitzender der ungarischen Jüdischen Föderation, forderte Orban eindringlich auf, die Kampagne einzustellen: "Bitte, machen Sie diesem bösen Traum so schnell wie möglich ein Ende." Die Kampagne würde Stereotype aus den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts wiederbeleben, die Juden als "politische Manipulateure" darstellten. In den Plakaten seien

"toxische Nachrichten" enthalten, die bösartige Reaktionen provozierten könnten. Die Kampagne sei nicht "offen antisemitisch", so Heisler, sie könne aber "unkontrollierte antisemitische Emotionen" auslösen.

Bislang musste die europäische Rechte in der derzeitigen Systemkrise ohne manifesten Antisemitismus auskommen. Doch scheint nun auch dieses letzte zivilisatorische Tabu in Ungarn zu fallen. Die Angriffe der ungarischen Regierung richteten sich auch gegen jüdische Einrichtungen, die offensichtlich als "ausländisch" wahrgenommen werden.

Ein von einer jüdischen Jugendorganisation betriebener Jugendtreff in Budapest, das Cafe Aurora, das vor allem in der alternativen Szene beliebt ist, wurde Mitte 2017 nach einem martialischen Polizeieinsatz zeitweise geschlossen. Ein Großaufgebot der Polizei stürmte bei einer Drogenrazzia den Szenetreff und durchsuchte Hunderte der Anwesenden - bei 15 Jugendlichen wurde Cannabis gefunden. Hiernach drohten ungarische Behörden mit einer dauerhaften Schließung des Treffpunkts. Aurora sei bekannt für die Unterstützung von NGOs, sexuellen Minderheiten und der marginalisierten ungarischen Roma, erläuterte der linksliberale jüdische Forward in einem Hintergrundbericht, deswegen befinde sich die Einrichtung auf der Abschlussliste der nationalistischen Regierung.

Ein antisemitischer Orban scheint dem nationalistischen Netanyahu näher als der liberale Soros

Die Kritik an der ungarischen Medienkampagne, die in der jüdischen Minderheit Ungarns alte Ängste offenlegte, wurde anfänglich von israelischen Diplomaten in Ungarn geteilt. Doch zugleich ging man in Jerusalem auf Distanz zum liberalen Milliardär Soros. Eine Verurteilung der Kampagne der ungarischen Regierung durch den israelischen Botschafter in Budapest diene nur dazu, den daraus resultierenden Antisemitismus zu kritisieren, hieß es in einer anschließenden Erklärung des israelischen Außenministeriums. Es ginge unter keinen Umständen darum, "Kritik an George Soros zu delegitimieren", der permanent "Israels demokratisch gewählte Regierung" unterminiere, "indem er Organisationen finanziert, die das Recht des jüdischen Staates auf Selbstverteidigung" nicht anerkannten.

Israel, seinem Selbstverständnis nach ein Zufluchtsort für Juden aus aller Welt, ist zugleich als bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft selber von der Rechtsentwicklung betroffen. Die israelische Rechte teilt den Hass auf den alten kosmopolitischen Liberalismus, der den ideologischen Überbau der neoliberalen Ära prägte. Die linksliberale Zeitung Haaretz bemerkte, dass diese besagte Erklärung des Außenministeriums vor allem auf Betreiben des stramm rechten israelischen Regierungschefs Netanyahu verbreitet

wurde. Ein Viktor Orban scheint - trotz seiner Sympathien für Nazikollaborateure - einem nationalistischen Benjamin Netanyahu näher zu stehen als der liberale Soros mit seiner Kritik auch an der israelischen Rechten.

Die marginalisierte israelische Linke reagierte entsetzt auf diese Bemerkungen Netanyahus. Dies werde nicht das letzte Mal sein, dass "Neonazis Netanyahu zitieren", klagte die Vorsitzende der linken Meretz Partei, Zehava Gal-On, die dem Premier vorwarf, "die Welt des Antisemitismus" zu unterstützen. Ungarns Rechte nutze die innenpolitisch motivierten Verzweiflungstaten Netanyahus, um ihn für die 2018 anstehende Wahlkampagne zu "rekrutieren", spottete Haaretz. Der Premier des "antijüdischen Staates Israel" mache nun Werbung für eine ultranationalistische, islamhassende, rassistische und vehement antisemitische Partei.

Letztendlich wurde an den Vorfällen aber auch deutlich, um was für einen Anachronismus es sich bei George Soros mit seiner Beschwörung einer "Offenen Gesellschaft" handelt. Soros und sein Open Society Institute haben ihren Zenith im neoliberalen Zeitalter der Globalisierung erreicht, als die "bunten Revolutionen" in Osteuropa und dem eurasischen Raum den geopolitischen Hinterhof Russlands Anfang des 21. Jahrhundert erschüttern konnten.

Doch dies ist längst Geschichte - Protektionismus und Nationalismus mitsamt aufschäumenden Ressentiments dominieren den politischen Diskurs. Somit geht die Ära der Globalisierung und des Neoliberalismus ihrem Ende entgegen, sie wird vom Neonationalismus in einer neuen, zunehmend autoritären Epoche kapitalistischer Krisenverwaltung abgelöst. Insofern ist die konkrete Tatsache, dass ein Neoliberaler wie Soros einen Neonationalisten wie Orban das Studium finanzierte, nur zu bezeichnend für den allgemeinen Lauf der Dinge.

Erstveröffentlichung: Juli 2017

6.2 Der ewige Soros

Ungarns skandalumwitterter Wahlkampf im Bann xenophober und antisemitischer Verschwörungstheorien

»Im Bild des Juden, das die Völkischen vor der Welt aufrichten, drucken sie ihr eigenes Wesen aus.«
Dialektik der Aufklärung

Schon im Vorfeld der ungarischen Parlamentswahl vom 8. April 2018 war abzusehen, dass die regierende rechtspopulistische Partei Fidesz diesen Urnengang für sich entscheiden kann.

Dennoch blieb der Wahlkampf offen: Die Fidesz musste um ihre absolute Mehrheit bangen. Unter den Wählern, die ihre Wahlentscheidung bereits getroffen haben, sank die Zustimmung zu der Partei beständig. Von den Verlusten der Fidesz konnten vor allem die - nun zurückhaltend auftretenden - Rechtsextremisten der Jobbik profitieren.

Man habe Viktor Orban "viele seiner Ideen" gegeben, erklärte der Pressesprecher Jobbiks gegenüber der Washington Post. Die rechtsextreme Partei sei wegen ihrer antisemitischen und ausländerfeindlichen Rhetorik berüchtigt, so die Post, doch inzwischen steuere sie ins politische Zentrum, indem sie sich für ihre "vorurteilsvolle Vergangenheit entschuldigte" und sogar Rufe

nach sozialer Gerechtigkeit in ihre Rhetorik einbaue.

Kurzfristig schien sogar eine Allianz zwischen kleineren linksliberalen Parteien, den neoliberalen Sozialdemokraten MSZP-Párbeszéd und den Nationalen Sozialisten der Jobbik denkbar. Im Februar 2018 gelang es gar einem gemeinsamen Oppositionskandidaten, sich bei einer Nachwahl in Hodmezovasarhely gegen Orbans Fidesz durchzusetzen. Die Gespräche über eine gemeinsame Kandidatenliste der Opposition, die eine kleine Chance auf das Brechen der absoluten Mehrheit der Fidesz hätte, scheiterten aber am 20. März 2018.

Die Erosion der Wählerzustimmung in den Umfragen ist den zahlreichen Skandalen geschuldet, in die korrupte Fidesz-Politiker verwickelt sein sollen. Die Oppositionsparteien, allen voran die rechtsextreme Jobbik, haben sich gerade auf diese Korruptionsaffären der Regierungspartei eingeschossen. Orban reagierte darauf mit einer scharfen Rechtswende, indem er seine Wählerbasis mit einer ausländerfeindlichen und implizit antisemitischen Kampagne mobilisierte.

"Mafia-Staat", finanziert durch EU-Mittel

Der Pester Lloyd bezeichnet Ungarn als einen Mafia-Staat, bei dem sich Parteigrößen der über zwei Legislaturperioden regierenden Fidesz inzwischen weitgehend ungeniert bedienen würden. Es

scheint alles in der Familie zu bleiben: Die Brüder und der Vater von Viktor Orban, die alle längst erfolgreiche "Unternehmer" sind, profitierten massiv von öffentlichen Ausschreibungen, so der Pester Lloyd:

»Die Unternehmen von Orbáns Brüdern generieren, laut eigenen Angaben, mehr als 2/3 ihrer Umsätze durch öffentliche, EU-finanzierte Ausschreibungen. Über diese Ausschreibungen befindet in letzter Instanz - und im Unterschied zu dem von der EU gewünschten Verfahren - das Amt des Ministerpräsidenten. Ein klarer Fall von Interessenskonflikt. Die Unternehmen von Orbáns Vater (Gyözö Orbán, u.a. Dolomit Kft.) traten hingegen nie direkt als Gewinner von EU-finanzierten Ausschreibungen in Erscheinung, jedoch stets als exklusiver Zulieferer für Gewinner solcher Ausschreibungen. Den Bewerbern wird also unmissverständlich klar gemacht, was zu tun ist, um den Zuschlag zu erhalten. Die Unternehmen von Orbáns Intimus (Strohmann, Gutsverwalter...) Mészáros profitierten nach dem gleichen System, in Größenordnungen über 600 Mio. EUR in den vergangenen zwei Jahren.«

Eigentlich finanzieren sich diese Seilschaften im "Mafiastaat" Ungarn durch EU-Mittel, schlussfolgerte der Pester Lloyd. Auch der Vizeparteichef der Fidesz, Lajos Kósa, soll öffentliche Millionenbeträge an die Firma seiner 82-jährigen Mutter verschoben haben. Das Ausmaß der mafiösen Familienwirtschaft

im Staat des rechten Saubermanns Orban erinnert somit an die Korruptionsexzesse in der offen faschistischen Türkei Erdogans.

Mix aus Ausländerfeindlichkeit, Antiislamismus und Antisemitismus

Diese Korruptionsskandale will die Fidesz mit einer massiven Hetzkampagne übertönen, in der Ausländerfeindlichkeit, Antiislamismus und Antisemitismus zusammenfließen. Hierbei dürfte es sich somit um die "vielen Ideen" handeln, die Fidesz von Jobbik übernahm. Die Angst vor einer "Invasion" von Migranten hat die Stammwählerschaft der Fidesz mobilisiert.

Orban betonte im Wahlkampf, in klarer völkischer Rhetorik, die Wichtigkeit einer "ethnisch homogenen" ungarischen Gesellschaft, die durch finstere äußerer Mächte bedroht sei. Ungarn stehe diesen Überfremdungsplänen im Weg, weshalb die ungarische Opposition damit beauftragt sei, "die Macht zu ergreifen und einen großen Plan umzusetzen: Ungarn zu brechen, dass den Migranten im Weg steht", so Orban wörtlich auf einer Veranstaltung am 15. März.

Wer steckt hinter diesen Plänen? Der "ewige Soros", offensichtlich. Ein in die Tausende gehendes "Söldnerheer" arbeite im Geheimen unermüdlich daran, Ungarn zu zersetzen, hieß es aus der Fidesz. Dieses sei von George Soros finanziert und aufgestellt worden, behauptete Orban im Wahlkampf. Der jüdische Milliardär

ungarischer Abstammung, der einstmals Viktor Orban seine Ausbildung finanzierte, gilt inzwischen als Staatsfeind Nr. 1 in Budapest. Der Hass auf Flüchtlinge, den der durch Korruptionsskandale bedrängte Orban schürt, wird durch einen nur oberflächlich kaschierten Antisemitismus begleitet. Die Juden, konkret der jüdische Milliardär George Soros, werden als die Hintermänner der Flüchtlingskrise halluziniert. Dieses Wahngebilde ist auch unter polnischen Rechtsextremisten weit verbreitet.

Soros: "Einer der größten Feinde Ungarns", der "kein Heimatland kennt"

Inzwischen sieht die ungarische Regierung hinter jeden Stein einen Soros hervorkriechen. Ungarns Parlamentspräsident etwa warnte kürzlich vor einer "Weltregierung", die "Gesellschaften ohne Identität erschaffe" und die "Köpfe der Menschen" besetze. Die im Frühjahr 2018 ausgebrochenen Proteste in der Slowakei nach dem Mord an einem Journalisten - sie seien ebenfalls von der "Soros-Verschwörung" gesteuert. Soros stünde in der Slowakei "schon vor der Tür", so der ungarische Spitzenpolitiker. Orban selber kommentierte die demokratischen Proteste nach dem Journalistenmord als "von den Kreisen gesteuert, die ein Interesse daran haben, stabilen Regierungen zu schaden".

Bei einer Massenveranstaltung Mitte März 2018 rief Orban seinen

einstigen Gönner gar zu einem der größten Feinde Ungarns aus, gegen den er als Regierungschef unermüdlich ankämpfen wolle. Man werde das "Soros-Imperium" und die "internationalen Kräfte", die hinter ihm stünden, unermüdlich bekämpfen, tönte Ungarns rechtspopulistischer Regierungschef. Dabei soll laut Orban der liberale Milliardär nur Teil einer ominösen Weltverschwörung sein, die die natürliche nationale Ordnung bedrohe. Orban, vor zehntausenden Anhängern, wörtlich:

»Wir kämpfen gegen einen Gegner, der anders ist als wir. Der nicht offen erkennbar ist, sondern sich versteckt; nicht geradlinig, sondern listig; nicht ehrlich, sondern gemein; nicht national, sondern international; der nicht an Arbeit glaubt, aber mit Geld spekuliert; der kein Heimatland hat, aber spürt, dass ihm die Welt gehört.«

Hierbei handelt es sich offenbar um nichts anderes als eben jenen nationalsozialistischen Antisemitismus, den die Jobbik jahrelang propagierte - nur dass der Name des Juden nicht fallen darf. Hierfür hat Ungarns Rechte eben ihren "ewigen Soros". Alle Elemente ordinären NS-Antisemitismus sind hier zu finden. Der listig im Verborgenen global agierende Gegner, der kein Heimatland kenne, die verhängnisvolle Gegenüberstellung von der nationalen Arbeit und der internationalen Spekulation, die unfassbare Allmacht, die ihm zugesprochen wird.

Nur der Name der Verantwortlichen, für den Soros ein billiges Substitut ist, der darf nicht fallen - so viel haben selbst die dümmsten Antisemiten verstanden. Soros selber sei als Drahtzieher der Islamisierung Europas eine Marionette "höherer Kräfte", erklärte ein Orban-Anhänger gegenüber Journalisten der Washington Post. Er wolle aber keine Namen nennen.

Die korrupten Funktionseliten der Fidesz, die diese implizit antisemitischen Wahngebilde im Wahlkampf propagieren, vollbringen damit im Endeffekt eine Projektionsleistung. Im Bild des "ewigen Soros" werden all jene Charaktereigenschaften abgespalten, die der korrupte Fidesz-Funktionär unbewusst an sich selbst als negativ empfindet. Es scheint fast schon lächerlich evident, dass hier die klassische, mit mafiösen, korrupten Seilschaften versetzte rechtspopulistische Partei bei Soros die Geldgeilheit, die Korruption und Verschlagenheit anprangert, die gerade ihren Spitzenpolitikern vorgeworfen wird.

Während die korrupten Fidesz-Seilschaften gierig veruntreuen und öffentliche Gelder zusammenraffen, wird in der Fidesz-Propaganda ihre Gier und Verschlagenheit auf das antisemitische Hassbild des "ewigen Soros" projiziert. Wenn man in den innersten Kern des Rechtspopulismus blicken will, muss man nur seine Feindbilder studieren - gerade in Ungarn als einem Land, in dessen öffentlichen Diskurs längst völkisches Denken hegemonial geworden ist.

Erstveröffentlichung: April 2018

6.3 Der "ewige Jude" hat Konjunktur

Reflexionen zur Wechselwirkung von Antisemitismus und Krisenentfaltung

Es hat was von einer massenhaft auftretenden, fiebrigen Aufwallung, die über das Land fegt. Etwas, das im Unterbewussten schlummerte, tritt ans Tageslicht. Latent vorhandene Ressentiments werden manifest, drängen zur Entäußerung, zur irren Tat. Kurz nach der Wahl Donald Trumps wurden 2017 Dutzende antisemitische Vorfälle in den USA gemeldet. Allein in New York seien drei jüdische Friedhöfe binnen zweier Wochen von Vandalen heimgesucht worden, gab Reuters Anfang März bekannt. Ähnliche Vorfälle wurden unter anderem aus Philadelphia und St. Louis gemeldet. Bezeichnend die Reaktion Trumps auf diese wochenlange antisemitische Welle: Er machte seine politischen Gegner hierfür verantwortlich, die ihn dadurch "schlecht aussehen lassen" wollten.

Und auch in der neusten deutschen Rechten bricht der Antisemitismus immer wieder, geradezu eruptiv, hervor. Berüchtigt etwa die wütenden antisemitischen Ergüsse des thüringischen AfD-Landeschefs Björn Höcke anlässlich des Holocaust-Gedenktages im Januar 2017, der die bloße Erinnerung an den Holocaust aus dem öffentlichen Leben verbannt sehen will. Höcke entpuppte sich als

einer jener deutschen Antisemiten, die "den Juden Auschwitz niemals verzeihen" würden, wie es Adorno einstmals formulierte. Ähnlich sieht es bei einer regelrechten Flut von "Einzelfällen" brauner Hinterbänkler der AfD aus, die in der Regel gerade nicht mit einem Parteiausschluss rechnen müssen. Die 2016 entfachte Hetzkampagne des rechten Internetmobs gegen die jüdische Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung, Anetta Kahane, trug bereits im Kleinen die Merkmale einer "modernen", impliziten antisemitischen Mobilisierung, wie sie auch Orbans Plakataktion vom Juli 2017 aufweist.

Doch wieso hat der Antisemitismus wieder Konjunktur? Die neueste europäische Rechte gebärdete sich anfangs dezidiert philosemitisch - dies gilt für einen Viktor Orban wie für eine Frauke Petry; oder auch den berüchtigten Thilo Sarrazin, die irre Avantgarde des deutschen Rechtspopulismus. Der Zentralrat der Juden in Deutschland warnte Ende Juli ausdrücklich vor der AfD. Er habe "das Gefühl, dass die AfD keine Hemmungen hätte, auch gegen jüdische Menschen zu hetzen, wenn es opportun wäre", erklärte dessen Präsident Josef Schuster. Es scheint, als ob die populistische Rechte ihre ans Tageslicht drängenden antisemitischen Ressentiments kaum noch im Zaum halten könne - und als ob nur taktische Erwägungen den vollen antisemitischen Durchbruch noch verhinderten.

Auf den ersten Blick scheint das zunehmende antisemitische Geraune, scheint die Wiederkehr des Wahnbildes des "ewigen Juden" von der üblichen Sündenbocksuche in Krisenzeiten angetrieben zu sein. Unverstandenes wird auf den Juden als dessen Ursache projiziert - dies schon seit dem Mittelalter. Diese antisemitische Kontinuitätslinie reicht von der Legende über die jüdische Brunnenvergiftung, die im Gefolge der Verehrungen des Schwarzen Todes im 14. Jahrhundert um sich griff, bis zu den nationalsozialistischen Wahnbildern der jüdischen Weltverschwörung nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929.

Der einstmals klerikal grundierte Antisemitismus wandelt sich im Verlauf der Durchsetzung des Kapitalismus und des damit einhergehenden Nationalismus in den rassistischen, eliminatorischen Antisemitismus der Nazis. Die Juden seien "die Gruppe, die praktisch wie theoretisch den Vernichtungswillen auf sich zieht, den die falsche gesellschaftliche Ordnung aus sich heraus produziert", bemerkte die während des Zweiten Weltkrieges verfasste "Dialektik der Aufklärung". Die zunehmenden Krisenverwerfungen, die den Spätkapitalismus aufgrund seiner inneren Widerspruchsentfaltung charakterisieren, sie werden auf den Juden als deren Ursache projiziert. Das antisemitische Wahnbild des ewigen Juden dient somit als die Personifizierung der zunehmenden negativen Folgen kapitalistischer

Vergesellschaftung, die somit externalisiert werden. Das System, zumeist als Nation, als "Volksgemeinschaft" begriffen, kann so als potenziell natürlich, harmonisch angesehen werden - wenn es nur diese Juden nicht gäbe.

Offensichtlich geht der Antisemitismus somit über den "gewöhnlichen" Rassismus hinaus, wie er gegenüber Muslimen, Ausländern, Afrikanern praktiziert wird. Der Jude gilt dem Antisemiten nicht nur als "Parasit", er scheint auch zugleich allmächtig zu sein, Teil einer halluzinierten globalen Verschwörung, die zumeist mit der Finanzsphäre oder mit den vermittelten, "abstrakten" Formen kapitalistischer Herrschaft (Politik, Rechtsprechung, Medien) in Zusammenhang gebracht wird. Die mittelalterliche Rolle der Juden als ausgestoßene "Geldverleiher" bleibt in der antisemitischen Ideologie an ihnen haften, obwohl sie schon im Spätmittelalter von aufstrebenden Christen verdrängt werden - etwa im Zuge der antijüdischen Pogrome in den Reichsstädten.

Antisemitismus ist somit eine Projektion der Antisemiten, bemerkte die "Dialektik der Aufklärung": "Im Bild des Juden, das die Völkischen vor der Welt aufrichten, drücken sie ihr eigenes Wesen aus. Ihr Gelüste ist ausschließlicher Besitz, Aneignung, Macht ohne Grenzen, um jeden Preis." Die Verschwörung (etwa gegen "Parteifreunde") ist ein alltägliches Machtmittel der populistischen

Politiker, die über eine jüdische Verschwörung fantasieren. Der - geizige wie gierige - kleinbürgerliche Krämergeist, in der Anpassung an den zunehmenden kapitalistischen Konkurrenzdruck erworben, projiziert seine unbewusst negativ empfundenen Charaktermerkmale auf "den Juden".

Indes wird die antisemitische Abspaltung der abstrakten Momente kapitalistischer Vergesellschaftung, insbesondere die falsche Gegenüberstellung zwischen dem nationalen "schaffenden" und dem jüdischen "raffenden" Kapital, nur unter Reflexion des fetischistischen Charakters subjektloser Herrschaft im Kapitalismus vollauf verständlich. Fetischismus meint hier nicht die bloße Illusion, sondern die bittere Realität einer Verselbstständigung aller Aggregatzustände des Verwertungsprozesses des Kapitals (Waren, Geld und Lohnarbeit) gegenüber den Marktsubjekten. Die Insassen der spätkapitalistischen Tretmühle erarbeiten buchstäblich die widerspruchzerfressene Kapitaldynamik, die sich ihnen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene in Form sich krisenbedingt zuspitzender Sachzwänge manifestiert.

Das Gefühl der Heteronomie, des Ausgeliefertseins an übermächtige, naturhaft erscheinende Gesellschaftskräfte, es rührt gerade von dieser gesamtgesellschaftlichen "Verselbstständigung" des Kapitalverhältnisses gegenüber den Marktsubjekten her. Marx prägte für diese fetischistische Eigendynamik des Kapitals den

Begriff des automatischen Subjekts. Der Automatismus der widerspruchsgetriebenen uferlosen Kapitalakkumulation, er tritt den Menschen mit einer "subjekthaften" Festigkeit entgegen. Tatsächlich sei "der Wert hier das Subjekt eines Prozesses, worin er unter dem beständigen Wechsel der Formen von Geld und Ware seine Größe selbst verändert, sich als Mehrwert von sich selbst als ursprünglichem Wert abstößt, sich selbst verwertet", so Marx im 4. Kapitel seines Hauptwerks "Das Kapital".

Somit handelt es sich beim Kapitalverhältnis um ein eigendynamisches und widerspruchserzeugendes Gesellschaftsverhältnis, das erst in seiner uferlosen, unter Formwandel ablaufenden (Geld-Ware-Mehrgeld) Verwertungsbewegung begriffen werden kann. Und es sind gerade die abstrakten Momente dieser fetischistischen Verwertungsbewegung des Kapitals als eben jenes Marxsche "automatische Subjekt", an die das verdinglichte Bewusstsein des Antisemiten seine Projektionen andockt - wobei die zunehmenden inneren Widersprüche des Akkumulationsprozesses des Kapitals im antisemitischen Bild des Juden personifiziert werden.

Die realabstrakte Verwertungsbewegung des Kapitals zerfällt in der antisemitischen Ideologie in verdinglichte, erstarrte Teile: ins Abstrakte und ins Konkrete. Sobald das Kapitalverhältnis aufgrund eskalierender innerer Widersprüche in eine schwere Krise gerät,

scheint dem Antisemiten somit eine "jüdische Verschwörung" in der Finanzsphäre um sich zu greifen. Das, was mit "ehrlicher Hände Arbeit" vom nationalen Unternehmer hergestellt wurde, kann dem verdinglichten Bewusstsein zufolge nicht "böse" sein, dieses "Böse" muss in der unverstandenen Finanzsphäre gesucht werden.

Der Antisemit spürt somit die eigene Heteronomie, er spürt, dass er, dass die Menschen, nicht "Herr" in ihrem eigenen gesellschaftlichen Haus sind, dass sie einer realabstrakten, widerspruchserzeugenden Dynamik ausgesetzt sind. Dies könne im antisemitischen Wahn nur auf die Machenschaften des Juden zurückzuführen sein - die mit der Krisenintensität zuzunehmen scheinen. Deswegen bringt der Antisemitismus solche Absurditäten hervor wie die Halluzination, die Juden seien an der Flüchtlingskrise schuld. Die gegenwärtigen antisemitischen Kampagnen arbeiten dabei mit einem impliziten Antisemitismus, bei dem Juden zur Zielscheibe werden, die anscheinend den antisemitischen Ressentiments nahekommen.

Deswegen etwa wurde in Ungarn, wo Dutzende NGOs, westliche Parteistiftungen sowie Vorfeldorganisationen Berlins und Washingtons tätig sind, eine Kampagne ausgerechnet gegen die Soros-Foundation losgetreten, die von einem jüdischen Milliardär finanziert wird. Ähnlich motiviert, wenn auch kleiner dimensioniert, war die Kampagne des deutschen Internetmobs gegen die

"Kahane-Stiftung": Von den Dutzenden von Projekten, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, erwischte es just dasjenige, das von der Tochter jüdisch-kommunistischer Eltern gegründet wurde.

Erstveröffentlichung: August 2017

7. Islamismus und Faschismus

7.1 Von grünen und braunen Faschisten

Rechtsextremisten und Salafisten stehen sich näher, als es den Anhängern beider Gruppen klar sein dürfte

Der Islamismus als praktisches Feindbild der extremistischen, gewaltbereiten Rechten hatte schon vor Pegida und AfD eine große Zugkraft. Bereits im Oktober 2014 konnten rechtsextreme Hooligans marodierend durch Köln ziehen und Jagt auf "Ausländer" machen. Die sogenannten "Hooligans gegen Salafisten" wollten angeblich gegen islamistischen Terror demonstrieren. Tatsächlich nahmen aber gerade die Ausschreitungen und Übergriffe des rechten Mobs in Köln einen terroristischen Charakter an. Stundenlang machte sich Pogromstimmung in der Kölner Innenstadt breit. Unter dem Vorwand einer Demonstration gegen den "islamistischen Terror" terrorisierten gerade die rechtsextremen Schläger all jene Menschen in Köln, die nicht in ihr verblendetes Weltbild passen.

Die gewalttätige Praxis der militanten Rechtsextremisten näherte sich somit bereits in ihrer ersten öffentlichen Manifestation 2014 den Praktiken ihrer vorgeblichen neuen Erzfeinde - eben der Salafisten - an. Die Pogromstimmung, die deutsche

Rechtsextremisten stundenlang in Köln gegenüber Ausländern und insbesondere Muslimen entfachten, wurde in den vom Islamischen Staat (IS) eroberten Gebieten Syriens und Iraks zu blutiger Praxis gegenüber "Ungläubigen". Im Hinblick auf die Ausschreitungen in Köln ließe sich somit sagen, bei den rechtsextremen Hools handele es sich letztendlich um Salafisten im Wartestand - nur die Ideologie, die den Vorwand für die potenziell massenmörderische Praxis liefert, scheint sich zu unterscheiden.

Ein ins Extrem getriebener Nationalismus gerät bei diesem vermeidlichen "Clash of Civilisations" in Konflikt mit einer extremistisch-religiösen Ideologie. Während der deutsche Nazischläger den Volkskörper von allen artfremden Einflüssen säubern möchte, wird der Salafist von dem manischen Bestreben um die Reinhaltung des religiösen Kultes verzehrt.

Extremismus der Mitte

Und dennoch weisen beide Ideologien - Salafismus wie Rechtsextremismus - gerade dieselbe krisenbedingte Genese und Funktion auf. Sowohl der Islamismus wie der europäische Rechtsextremismus stellen einen Extremismus der Mitte dar, der die in der Gesellschaft dominierenden ideologischen Vorstellungen und Anschauungen ins geschlossene weltanschauliche Extrem treibt. Im Fall des Islamismus ist es die Religion, die in der "Mitte"

der arabischen Gesellschaften eine hegemoniale Stellung einnimmt, beim Rechtsextremismus ist es die längst zu einem ökonomistischen Standortdenken mutierte nationale Identität, die ins Extrem getrieben wird. Es handelt sich um "konformistische Rebellionen", deren Akteure all das zu verwirklichen trachten, was ohnehin insgeheim alle denken.

Der brandschatzende Rechtsextremist sieht sich als Erfüllungsgehilfe des an Stammtischen herrschenden Ressentiments gegen Ausländer, während der Salafist sich als der Exekutor des einzig wahren Glaubens begreift, nach dem alle Muslime zu streben haben. Diesen Rebellen geht es nicht um die Befreiung, sondern um eine verstärkte Unterwerfung unter die herrschenden, sich zu einer potenziell eliminatorischen Ideologie verdichtenden Ressentiments.

Ob nun in Europas Metropolen oder in den Zusammenbruchsregionen des Zweistromlandes - der Konstitutionsprozess des rassistischen wie des religiösen Rechtsextremismus verläuft in sehr ähnlichen Bahnen. In Reaktion auf Krisenerschütterungen, auf das Auseinanderbrechen der bestehenden Gesellschaftsordnung, setzt oftmals eine verstärkte Identitätsproduktion in den betroffenen Gesellschaften ein. Wenn alles in Fluss und in Unordnung gerät, suchen die autoritär disponierten Individuen Halt - und den finden sie nur noch in der

Identität, in dem, was sie scheinbar sind: Deutscher, Franzose, Sunnit, Schiit. Die Angst vor der Zukunft und den unverstandenen Umbrüchen führt zu einer Sehnsucht nach früheren, als idyllisch imaginierten Gesellschaftszuständen; sei es der "rassenreine" Nationalstaat, die anscheinend heile Wirtschaftswunderwelt der 50er Jahre oder das frühmittelalterliche Kalifat.

Der islamistische "Extremismus der Mitte" kann - analog zum europäischen Faschismus - als eine Abart des Klerikalfaschismus begriffen werden. Faschismus stellt eine offen terroristische Krisenform kapitalistischer Herrschaft dar. Rechtsextreme und faschistische Tendenzen gewinnen immer dann an Dynamik, wenn die kapitalistische Gesellschaft in eine ökonomische oder politische Krise gerät, die das Fortbestehen des Gesamtsystems gefährdet oder auch nur zu gefährden scheint.

Und selbstverständlich muss der derzeitige europaweite Aufschwung rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien gerade auf den großen Krisenschub zurückgeführt werden, der mit der Weltwirtschaftskrise 2008 einsetzte und sich mit der nicht enden wollenden Eurokrise in Europa verfestigte.

Wenn die Zeiten krisenbedingt härter werden, steigt die Nachfrage nach Ideologien, die die Marginalisierung, Diskriminierung und letztendlich die Vernichtung von Bevölkerungsgruppen oder

Minderheiten legitimieren. Der europaweit krisenbedingt zunehmende Rassismus und Rechtsextremismus, der sich in den Wahlerfolgen der AfD, der Schweizerischen Volkspartei, der britischen UKIP oder des französischen Front National manifestiert, zielt letztendlich auf den ökonomischen Ausschluss derjenigen Gruppen, die nicht als Teil der "Volksgemeinschaft" oder des "Wirtschaftsstandortes" verstanden werden. Die Parolen sind wohlbekannt: "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" oder "Keine Stütze für Ausländer". Der Rechtsextremismus, der den Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen propagiert, stellt somit eine ideologische Waffe im krisenbedingt zunehmenden Konkurrenzkampf dar.

Im Identitätswahn

Die Hinwendung zum extremistischen Islam unter Muslimen stellt eine Parallelentwicklung zu dem krisenbedingt zunehmenden Rechtsextremismus in Europa dar. Gerade in den europäischen Gesellschaften reagieren viele Muslime auf die zunehmende Rückbesinnung auf die - nationale - Identität der Mehrheitsgesellschaft mit einer verstärkten - religiösen - Identitätsproduktion. Je stärker sich die Marginalisierung und Diskriminierung von Minderheiten ausbilden, desto eher greifen Tendenzen zu ihrer Abschottung, die im Fall muslimischer Gemeinschaften dem Salafismus erst den Boden bereiten. Es

verwundert daher nicht, dass der IS das europaweit größte Kontingent an Kämpfern in Frankreich, im krisengeplagten Land der Banlieues und des Front National, rekrutieren konnte.

Selbstverständlich ist die Krise im arabischen Raum, der eine Peripherie des kapitalistischen Weltsystems darstellt, viel weiter vorangeschritten als in den westeuropäischen Zentren, wo die Krisendynamik sich noch in einem Anfangsstadium befindet. Die irre Hinwendung an den extremistischen Islam als eine totalitäre Heilslehre, die absurde Sehnsucht nach dem frühmittelalterlichen Kalifat - dies sind nur Folgen des totalen Scheiterns der kapitalistischen Modernisierung in dieser Region. Deswegen kann beim Salafismus von einer postmodernen Ideologie gesprochen werden. Er ist das, was nach dem Scheitern der Moderne im arabischen Kulturkreis an wahnhafter Ideologie aufkommt.

Die dem Dschihadismus innewohnende grenzenlose Brutalität, der offensichtliche Vernichtungswille seiner Akteure, spiegelt auch den gegenüber Europa viel weiter vorangeschrittenen Krisenprozess in der Region wieder, der für viele Menschen in diesem Zusammenbruchsgebiet existenzgefährdende Ausmaße erreicht hat - und folglich zu einer ungleich heftigeren Konkurrenz als in Europa führt. Je heftiger die Krise wütet, desto stärker tritt der massenmörderische Charakter dieses Extremismus der Mitte zutage.

Deswegen müssen die europäischen Rechtspopulisten wie die AfD oder die Schweizerische Volkspartei als reaktionäre Übergangsphänomene begriffen werden, die der forcierten Faschisierung der europäischen Gesellschaften im weiteren Krisenverlauf, etwa bei einem Absturz der Eurozone in die Deflation, erst den Boden bereiten. Spätestens bei vollem Krisenausbruch mitsamt ökonomischem Absturz wird das Ressentiment der angstschwitzenden und paranoiden Mittelklasse, das sich derzeit in den Wahlerfolgen der AfD äußert, in offenen Vernichtungswillen umschlagen. Ein Blick ins Geschichtsbuch offenbart, wozu Europas - und insbesondere Deutschlands - Rechtsextremisten fähig sind, wenn einmal eine schwere Systemkrise voll einsetzt.

Der militante und terroristische Dschihadismus stellt also nur eine dem islamischen Kulturkreis eigene, religiös verbrämte Modifikation des Rechtsextremismus, den besagten "grünen" Klerikalfaschismus dar. Während im Westen die nationale Identität als ein Nährboden dient, aus dem rechtsextreme und faschistische Ideologien erwachsen, fungiert im islamischen Kulturkreis die Religion als eben dieser Nährboden, der Vernichtungsfantasien hervorbringt. Die Kategorie der Rasse, die in Europa die faschistische Vernichtungswut befeuerte, wurde im klerikalfaschistischen Dschihadismus durch die Kategorie des

"Ungläubigen" ersetzt.

Der große Selbstbetrug bei dieser europäisch-arabischen Hinwendung zur Identitätspolitik besteht selbstverständlich darin, dass diese Identitäten sich nur in Wechselwirkung mit der kriselnden kapitalistischen Gesellschaft konstituieren und somit nur identischer Ausdruck des spätkapitalistischen Krisenprozesses sind. Das, was unter "deutscher Identität" in der gegenwärtigen Deutschland AG landläufig verstanden wird (Ackern bis zum Burnout für Deutschland), hat recht wenig zu tun mit den Deutschlandvorstellungen des frühen Kaiserreichs oder gar mit denen der Paulskirchenversammlung. Dasselbe gilt für den Islam, der gerade im frühen Mittelalter oftmals viel toleranter war, als es die gegenwärtigen Gotteskrieger und postmodernen Kalifatsbauer je wahrhaben wollten. Es reicht, hier etwa daran zu erinnern, dass die Juden Spaniens gerade in der Frühphase der maurischen Herrschaft (von 711 bis zum Zusammenbruch des Kalifats von Córdoba 1031) weitgehende Religionsfreiheit und Rechtssicherheit genossen; vertrieben wurden sie erst durch die "katholischen Könige" nach der endgültigen Reconquista 1492.

Die gegenwärtige krisenbedingte Hinwendung zur nationalen oder religiösen Identität, die als ein ahistorisches und unabänderliches Kontinuum halluziniert wird, geht fast immer mit einer autoritären Charakterstruktur bei den betroffenen Personen einher. Der

postmoderne Islamist unterwirft sich genauso blind der rigiden Koranauslegung, wie es die postmodernen Rechtsparteien mit den geheiligten Gesetzen des Marktes und des Kapitalkultes (in Gestalt der zum Wirtschaftsstandort verkommenen Nation) praktizieren. In beiden Fällen führt die Unterwerfung zum Hass auf all diejenigen, die dies anscheinend nicht genauso praktizieren ("Ungläubige", "Sozialschmarotzer", Arbeitslose, Ausländer, etc.).

Der den europäischen wie islamischen Faschismus charakterisierende Gleichklang von Unterwerfung und Hass resultiert daraus, dass diese Unterwerfung mit Triebverzicht erkauft wird. Die Träger dieser Ideologien leiden insgeheim unter den absurden Vorgaben und Geboten, die der Fetischdienst an Koran und Kapital diktiert, wobei die autoritäre Charakterstruktur ein Aufbegehren gegen diese Leidensquellen ausschließt. Deswegen richtet sich die so aufgestaute Wut gegen imaginierte äußere Feinde. Beiden Ideologien wohnt auch ein analcharakterhafter Reinheitswahn inne, der sich beim Rechtsextremismus auf die Reinhaltung des Volkes, der Nation oder des Wirtschaftsstandortes von "Parasiten" erstreckt, während der Islamismus von der Manie um die Reinhaltung des religiösen Kultes verzehrt wird.

Gegen den "Krieg der Kulturen"

Nichts wäre verkehrter, als sich in diesem aufkommenden "Krieg

der Kulturen" auf eine Seite schlagen zu wollen. Es handelt sich bei den Kontrahenten um zwei gleichermaßen irre Ideologien, die auf den unverstandenen Krisenprozess mit verstärkter Identitätsproduktion, mit einer erzreaktionären Sehnsucht nach einer herbeihalluzinierten heilen Vergangenheit und dem eliminatorischen Hass auf alles Andersartige reagieren. Diese Form der Konfrontation kann eine verhängnisvolle Dynamik in Gang setzen, die den krisenbedingten Barbarisierungsprozess entscheidend befördern würde. Die Überreste demokratischer, ja zivilisatorischer Errungenschaften würden in einem solchen Konflikt zwischen konkurrierenden Wahnsystemen zerrieben.

Wohin die Flucht in diesen identitären Extremismus der Mitte führt, kann historisch etwa anhand des Zerfalls Jugoslawiens studiert werden - oder am Bürgerkrieg im Irak und Syrien. Keine Situation ist im Zweistromland gefährlicher, als in eine von vermummten Milizionären errichtete Straßensperre zu geraten, um dann mit der berüchtigten Frage konfrontiert zu werden: "Bist du Schiit oder Sunnit?" Und letztendlich hallt hier nur das Echo Hunderter ähnlich gelagerter Bürgerkriege und Massenmorde der vergangenen Dekaden nach, die den sich immer weiter beschleunigenden Zerfall des kapitalistischen Systems begleiteten: Bist du Serbe oder Kroate? Ukrainer oder Russe? Gläubiger oder Ungläubiger?

Denn dies ist letztendlich die zentrale ideologische Leistung der

europäischen wie arabischen Rechten in jeder schweren Krise: Sie liefert autoritären Persönlichkeiten ein irres Motiv, andere Menschen aufgrund irgendwelcher Belanglosigkeiten - religiöse Überzeugungen, Hautfarbe, nationale Identität - auszulöschen.

Erstveröffentlichung: September 2014

7.2 Fluchtpunkt Amok

Vom Amoklauf zum Terrorakt: Reflexionen zum Durchbruch der molekularen Form eines suizidalen Terrorismus

Orlando war Mitte Juni 2016 Tatort des blutigsten Massakers, das in der jüngsten Geschichte der Vereinigten Staaten verübt worden ist. 49 Gäste des bei der LBGT-Community sehr beliebten Nachtclubs wurden von einem Amokläufer ermordet, der anscheinend ein Mitglied des Islamischen Staates war.

Doch Omar Mateen, der 29-jährige Täter, bekannte sich zwar während des Massenmordes zum Islamischen Staat, ohne aber jemals - wie die CIA im Nachhinein ermittelte - direkten Kontakt mit der Terrororganisation gehabt zu haben. Der amerikanischen Öffentlichkeit fiel es schwer, den Massenmord in Orlando eindeutig einzuordnen. Handelte es sich hierbei um einen jener Amokläufe, die in den Vereinigten Staaten inzwischen zur blutigen Routine geworden sind? Oder ist der selbst- und massenmörderische Gewaltexzess gegen Homosexuelle als ein islamistischer Terrorakt zu begreifen, da sich der Täter zum Islamischen Staat bekannte?

Ein ähnliches Tatmuster, bei dem isolierte Täter kurz vor ihren Massakern sich dem Islamischen Staat quasi symbolisch anschließen, war auch beim Amoklauf im kalifornischen San Bernardino festzustellen, dem im Dezember 2015 14 Menschen

zum Opfer fielen. Die Täter, das Terrorpaar Syed Rizwan Farook und Tashfeen Malik, haben ebenfalls dem Islamischen Staat kurz vor der Tat Gefolgschaft geschworen, ohne direkten Kontakt zu diesem Terrornetzwerk zu haben. Das FBI sprach in diesem Zusammenhang von "einheimischen Terroristen", die durch ausländische Terrororganisationen "inspiriert" worden waren.

Islamistische und rechtsextremistische Terrorakte - zum Verwechseln ähnlich

Die Praxis des islamistischen Terrorismus ist den rechtsextremistischen Terrorakten zum Verwechseln ähnlich. Dem irren Egomanen von Orlando, der während des Massenmords seinen Impact auf Facebook studierte, entspricht der faschistische Massenmörder Breivik, der bei seiner Gerichtsverhandlung nur ein einziges Mal Gefühle zeigte: Als er vor Rührung über seine eigene wirre Propaganda weinte.

An den massenmörderischen Taten wird die gleiche ideologische Funktion von Islamismus wie Rechtsextremismus deutlich. Es sind Krisenideologien, die als ein Extremismus der Mitte die irrationalen Momente kapitalistischer Vergesellschaftung ins Extrem treiben, sobald diese in eine schwere Krise gerät. Beim Rechtsextremismus sind es der Nationalismus und Rassismus, die krisenbedingt in den manifesten eliminatorischen Wahn umschlagen. Beim Islamismus

ist es hingegen die religiöse Identität in der "Mitte" der Gesellschaften des islamischen Kulturkreises, die zu einer krisenbedingten Vernichtungsideologie ausartet.

Und es sind die narzisstischen regelrecht autistischen Charakterzüge der sozial verkrüppelten Täter, der sie so unheimlich ähnlich macht. Über Breiviks geistigen Zustand herrschte lange Zeit Unklarheit, die diesbezüglichen Auseinandersetzungen zwischen einweisungswilligen Psychiatern und den Anwälten des "Tempelritters", der unbedingt ins Gefängnis wollte, prägten seinen Prozess.

Der Täter von Orlando hat offensichtlich unter seiner verdrängten Homosexualität gelitten, die den Massenmord an Homosexuellen motiviert haben könnte. Der rechtsextreme Mörder der britischen Labour-Abgeordneten Jo Cox, der sich mit Nazipropaganda eindeckte und Kontakte in die faschistische Szene pflegte, bat kurze Zeit vor dem Mord um eine psychiatrische Behandlung. Rechtsextrem geistig verwirrt, isoliert und marginalisiert war auch das Hassmolekül, das die Kölner Bürgermeisterkandidatin Henriette Reker im Oktober 2015 bei einem Messerangriff schwer verletzte.

Geistige Umnachtung, die vom Pathogenen ins Pathologische umschlägt, charakterisiert viele der rechtsextremen wie

islamistischen Täter in den Zentren des Weltsystems. Die terroristische Karriere dieser oftmals isolierten, oftmals bindungsunfähigen Amokterroristen verläuft somit vom gemeinen extremistischen Forentroll, wie sie zu Hunderttausenden die Internetforen bevölkern, zum massenmörderischen Amokläufer.

Molekularisierung des Terrors

Offensichtlich verschwimmen die Grenzen zwischen pathologischem Massenmord und religiös oder politisch/ ideologisch motiviertem Extremismus in diesen massenmörderischen Taten - und gerade hierin liegt ihr neuartiger, in die Zukunft weisender Charakter. Amok und Terror fallen in eins, angefacht von einer morbiden Geltungssucht der von einer grenzenlosen Vernichtungswut verzehrten Täter, die zumeist als Borderline-Persönlichkeiten zu charakterisieren sind, und den entsprechenden, auf "Molekularisierung" des Terrors abzielenden, Strategien der Terrornetzwerke.

Rechtsextremismus und Islamismus wirken wie ideologische Magnete auf derart geistig labile Menschen mit entsprechenden autoritären und sadistischen Dispositionen, die hier eine oberflächliche Legitimierung für das Ausleben von Wahn und Gewalt finden.

Der Islamische Staat, dessen Fähigkeit, zentral organisierte

Terrorakte zu verüben, inzwischen stark gelitten hat, propagiert solche von "einsamen Wölfen" begangenen Massenmorde, wobei die Täter im Nachhinein von der islamistischen Terrorpropaganda glorifiziert werden. Eigentlich agiert der IS hier nur noch als ein globaler terroristischer Franchise-Konzern, der bloß mehr einen ideologischen Überbau, eine oberflächliche Rechtfertigung für die irren Taten der einzelnen Hassmoleküle liefert, die ihren Massenmord ganz in Eigenregie planen und ausführen.

In Europa ist man bei der Molekularisierung des Terrors schon weiter. Der terroristische europäische Rechtsextremismus, dem 2016 etwa die Labour-Abgeordnete Jo Cox zum Opfer fiel, bringt keine kohärenten organisatorischen Strukturen hervor. Die Täter werden in einem internetbasierenden Hassschwarm zum Mord konditioniert, der immer öfter irre Elementarteilchen absondert, die in Eigenregie ihren ganz persönlichen Vernichtungsfeldzug durchführen. Mensch könnte von einer Individualisierung des Terrors und des Wahns sprechen - wenn es hier noch Individuen gäbe.

Individualismus und Marktkonkurrenz

Von Individualismus kann aber keine Rede sein, es sind durch die totalitäre Entgrenzung des Kapitals ausgebrannte Subjekthülsen, die in ihrem persönlichen Vernichtungswahn die systemische

Krisentendenz des autodestruktiven Spätkapitalismus exekutieren. Die isolierten, geistig umnachteten und zu menschlichen Bindungen kaum noch fähigen Täter agieren als asoziale gesellschaftliche Moleküle, als bloße Elementarteilchen, die in anonymen "sozialen Netzwerken" zu hassen gelernt haben.

Auch hier wird nur ein zentrales Merkmal kapitalistischer Vergesellschaftung krisenbedingt ins Extrem getrieben: die Marktkonkurrenz. Die terroristischen Hassmoleküle, die der Spätkapitalismus produziert, bilden nur die logische krisenhafte Konsequenz der markt- und konkurrenzvermittelten Reproduktion, bei der jeder Mensch eine Ware ist und alle sich als Konkurrenten zueinander verhalten müssen (und als ultima ratio die eigene Vernichtung mit in Kauf nehmen müssen).

Die zunehmende Krisenkonkurrenz produziert entsprechende Pathologien, die immer öfter im Amok Zuflucht suchen. Unfähig, die zunehmenden und unverstandenen Widersprüche, denen die Insassen der spätkapitalistischen Tretmühle verstärkt ausgesetzt sind, noch zu ertragen, fliehen die Täter in die Selbst- und Weltvernichtung. Dies ist der letzte logische Akt einer entgrenzten und destruktiven Konkurrenz Aller gegen Alle, die der Spätkapitalismus spätestens seit der neoliberalen Wende propagiert.

Der Begriff des molekularen Bürgerkrieges, geprägt von Hans Magnus Enzensberger, bringt das in der gegenwärtigen Systemkrise zunehmende Umschlagen von Marktkonkurrenz in blanken Vernichtungswahn auf den Punkt. Die Täter als (un-)gesellschaftliche Moleküle sind Ausscheidungen des um sich greifenden Extremismus der Mitte, der das dem Kapitalismus schon immer innewohnende irrationale Vernichtungspotenzial in der Krise explizit macht.

Der letzte Fluchtpunkt

Taten sprechen für sich, sie zielen auf blanke Vernichtung ab. Die konkrete Ideologie ist unbeständig, sie fluktuiert permanent und stellt nur noch ein beliebig austauschbares Label dar. Islamismus und Rechtsextremismus bilden nur den jeweiligen kulturbedingten Resonanzboden, aus dem der systemische Vernichtungswahn hervorgehen kann. Der Extremismus der Mitte der amoklaufenden Hassmoleküle macht somit die globale, objektive Krisentendenz des Kapitals anhand des subjektiven Massenmords explizit.

Das Kapitalverhältnis als globales System geht in seiner Agonie in offene Weltvernichtung über, die der Menschheit die sozialen und ökologischen Grundlagen des Zivilisationsprozesses entzieht. Bei dieser krisenbedingt eskalierenden Flucht des Kapitals vor sich selbst - vor seinen eskalierenden inneren und äußeren

Widersprüchen - bildet der Amoklauf den letzten Fluchtpunkt.

Apokalypse als Mainstream: Todeskultur

Die Flucht des Systems in die Selbstzerstörung - die den amoklaufenden Terroristen zu ihrer Avantgarde macht - kommt auch in den Produkten der Kulturindustrie zu Geltung, die sich im Weltuntergang, in der Zombieapokalypse suhlt. Nicht nur im Kino, auch im Computerspiel als dem avanciertesten kulturindustriellen Produkt, ist die Apokalypse längst zum Mainstream geworden. Die zunehmende Krisenkonkurrenz bringt eben entsprechende Kulturprodukte hervor, in denen diese Realitäten gespiegelt werden: von Breaking Bad bis Game of Thrones. Das System kann Alternativen zur kapitalistischen Dauerkrise nicht verhandeln, deswegen schwitzt es die Ahnung seiner letalen Krisis in einer Flut brutalster Weltuntergangsprodukte heraus.

Der Spätkapitalismus bringt in seiner Kulturindustrie eine regelrechte Todeskultur hervor, die den Weltuntergang in ästhetisch reizvolle Bilder verpackt. Womit sich der Kreis zu der Todessekte Islamischer Staat schließt, die gerade kein Anachronismus ist, sondern Produkt der krisenhaften kapitalistischen Globalisierung: sowohl auf ideologischer Ebene, in der expliziten Todessehnsucht, die der IS mit der Kulturindustrie teilt, wie auch organisatorisch, als global agierendes Netzwerk und

Label, mit dem sich jede autoritäre Persönlichkeit identifizieren kann, die an den eskalierenden Widersprüchen zerbricht.

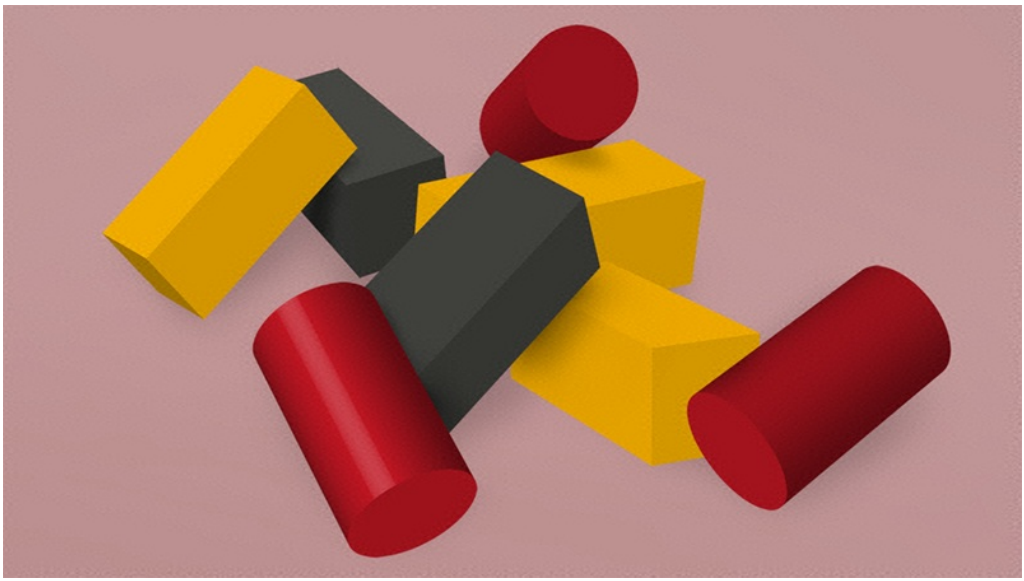
Erstveröffentlichung: Juni 2016

8. Neue Alte Rechte

8.1 Die Bewegung als Bewegung

Die neue deutsche Rechte muss als eine gesellschaftliche Dynamik begriffen werden, die ins barbarische Extrem treibt

So ein Zeitungsarchiv schon ist eine feine, praktische Sache - solange all die peinlichen Fehleinschätzungen der vergangenen Dekaden unentdeckt bleiben. Da ist beispielsweise die New York Times (NYT), die am 21. November 1922 ihren ersten Bericht über einen aufstrebenden, antisemitischen "Hakenkreuzler" Namens Adolf Hitler veröffentlichte, der in Bayern sein Unwesen treibe.



Am 21. November 1922 publizierte das renommierte Ostküstenblatt eine ihrer größten Fehleinschätzungen. Adolf Hitler? Alles halb so schlimm, sein Antisemitismus sei gar nicht ernst gemeint, er diene zu dazu, die Massen in Deutschland zu ködern, die für antisemitische Ressentiments nun mal überaus empfänglich seien. Hitler werde zugutegehalten, einen "selbstlosen Patriotismus" zu predigen, wobei er und seine Hakenkreuzler "höchstwahrscheinlich selbst nicht wissen, was sie erreichen wollen", hieß es in der NYT. Die Massen müssten mit "rohen Schweinereien und Ideen wie dem Antisemitismus" gefüttert werden, um sie unter Kontrolle zu halten und die feinen realen Ziele zu verbergen, erklärte ein bayrischer politischer Insider gegenüber dem Reporter der NYT.

Angesichts des industriell betriebenen Massenmords an den Juden Europas, der zwei Jahrzehnte später von Nazideutschland penibel organisiert und durchgeführt wurde, erscheint diese Fehleinschätzung geradezu monströs. Und dennoch ist sie nachvollziehbar. Die Wannseekonferenz von 1942 war 1922 nicht prognostizierbar. Wer käme 1922 auch auf die Idee, dass dieser irrationale Wahnsinn einer relativ kleinen Gruppe rechtsextremer Irrläufer tatsächlich ernst gemeint sei?

Der erste Reflex eines Beobachters, der das gruselige Treiben der bayerischen Eingeborenen zu verstehen versucht, besteht

selbstverständlich darin, diesen Irrationalismus zu rationalisieren, ihn zu einem bloßen Mittel im politischen Kampf zu erklären, wie es in bürgerlichen Demokratien (Populismus) üblich ist. Dass der Antisemitismus der irrationale Selbstzweck der "Hakenkreuzler" sein könnte, der mittels rationaler Mittel verfolgt wird, war den meisten politischen Beobachtern sehr lange nicht klar.

Zudem wird hier deutlich, dass Hitlers Hakenkreuzler nur Teil einer massiven ideologischen Dynamik waren, mit der sie in Wechselwirkung standen. Ein reaktionärer gesellschaftlicher Prozess bringt die Nazis hervor - und er wird von ihnen zunehmend geprägt. Wie sonst hätte der Antisemitismus als massenwirksames Mobilisierungsmittel wirken können? Wenn der "gewalttätige Antisemitismus" solch ein Erfolgsrezept Hitlers gewesen sei, "was sagt uns das über den Zustand der öffentlichen Meinung in Bayern des Jahres 1992?", fragte die Newssite Vox.com die sich mit dem alten - und irritierend aktuellen - Bericht der NYT auseinandersetzte.

Die "nationalsozialistische" Bewegung muss auch als eine ideologische Bewegung, als ein gesellschaftlicher Prozess eines zunehmenden "Ins-Extreme-Treibens" begriffen werden. Sie kommt nicht von "Außen" über Deutschland her, sie wird innerhalb der krisengeschüttelten deutschen Zwischenkriegsgesellschaft ausgebrütet, indem weitverbreitete Ressentiments aufgegriffen

werden. Es ist eine Massenbewegung, deren Erfolg mit einer beständigen ideologischen "Radikalisierung" einhergeht. Es wird immer schlimmer, als es schien. Auf jeden Widerstand wird mit einem Exzess reagiert, wobei die irrationalen Momente des Nationalsozialismus überhandnehmen. An Auschwitz, dem genozidalen Wahn, der vermittels perfider instrumenteller Vernunft realisiert wurde, blamieren sich übrigens auch alle linken Versuche, hier noch irgendwelche "rationalen Interessen" herrschender Klassen zu imaginieren.

Von diesem massenmörderischen Wahnsinn scheint das gegenwärtige Deutschland, wie auch der Großteil seiner politischen Rechten, meilenweit entfernt. Angesichts des historisch einmaligen Zivilisationsbruches, den Nazideutschland beging, verbieten sich eigentlich alle leichtfertigen historischen Gleichsetzungen und die notorischen "Hitlervergleiche". Bei der Niederschrift dieser Zeilen, im August 2016, terrorisieren keine Braunhemdenhundertschaften bei Fackelaufmärschen Ausländer und Andersdenkende - zumindest nicht massenhaft. Und dennoch ist die aktuelle gesellschaftliche Situation in Deutschland durchaus mit dem Vorfaschismus der späten 20er und frühen 30er Jahre des 20. Jahrhunderts vergleichbar. Eine breite, reaktionäre, ins Rechtsextreme tendierende gesellschaftliche Dynamik hat sich der Bundesrepublik bemächtigt. Eine ideologische Massenbewegung, die sich im Wahn

verliert, ist sehr wohl wieder präsent in Deutschland.

Die Wahlerfolge der AfD sind nur Ausdruck dieser reaktionären Dynamik, die in der Mitte der Gesellschaft in Reaktion auf deren krisenhafte Erschütterungen aufkommt. Diese derzeit sich ausformenden rechtsextremen Ideologiesplitter, die keine Kohärenz eines in sich geschlossenen Wahnsystems wie des Nationalsozialismus ausbildeten, sind Teil einer Organisations- und schichtenübergreifenden protofaschistischen Bewegung. Neben offen reaktionären Teilen der Mittelklasse sind auch die "zu kurz gekommenen" Kleinbürger mit einem spezifischen Unterschichten-Rassismus hierin stark vertreten.

Seine politische Heimat hat der neue deutsche Protofaschismus, neben der AfD, insbesondere in weiten Teilen der CDU/CSU, der FDP, sowie im geringeren Ausmaß in der "Sarrazinpartei" SPD. Der rechtsextreme Mob und die erzreaktionäre Elite finden hier - mal wieder - im Gemeinsamkeit stiftenden Hass zusammen. Doch selbst in der Linkspartei gibt es Auseinandersetzungen mit einem aufkommenden national-sozialen Flügel, der mit "Patriotismus-Parolen" und Ressentimentproduktion auf Wählerabwanderungen von der Linken zu der AfD reagiert.

Das Fallen der Tabus

Die braune Bewegung - in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts wie

auch gegenwärtig - muss somit auch als Bewegung analysiert werden. Woher kommt sie? Wohin treibt das Ganze? Der Tendenz zu "Verdinglichung" gesellschaftlicher Prozesse ("was ist"?) muss das Denken in eben diesen Prozessen entgegengesetzt ("was wird"?) werden. Es ist somit nicht entscheidend, was die AfD jetzt gerade "ist", sondern wohin sich die "Bewegung" entwickeln wird, sobald neue Krisenschübe über den Spätkapitalismus hereinbrechen werden, die sich bereits überdeutlich abzeichnen. Dies kann durch eine ideologische "Radikalisierung" der AfD geschehen, oder auch durch das Aufkommen neuer rechtsextremer Gruppierungen und Massenbewegungen, die den Prozess des "Ins-Extreme-Treibens" fortsetzen.

Diese Dynamik der "ideologischen Radikalisierung" ist ja gerade anhand der "Alternative für Deutschland" bestens nachvollziehbar. Die prominenten rechtspopulistischen Gründerväter der ehemaligen "Professorenpartei" AfD, der Ökonom Bernd Lucke und der Manager Hans-Olaf Henkel, haben diese angesichts zunehmender rechtsextremistischer Tendenzen bereits verlassen, um ihre rechtspopulistische Partei "Alfa" zu gründen. Für das rechte Alphamännchen Henkel sei die Entwicklung der AfD "in Richtung einer NPD" schon seit einiger Zeit absehbar, wie er im Interview mit dem Handelsblatt ausführte. Parteigründer Lucke erklärte bei seinem Parteiaustritt wiederum, er wolle nicht als "bürgerliches

Aushängeschild" für ausländerfeindliche Ansichten missbraucht werden.

Und selbstverständlich geht dieser Prozess des ideologischen "Ins-Extreme-Treibens" reaktionärer - und inzwischen ordinär faschistischer - Ideologeme munter weiter. Inzwischen droht das letzte noch intakte zivilisatorische Tabu zu fallen, das in der Bundesrepublik in den Nachkriegsjahrzehnten erreichtet werden konnte: das Tabu antisemitischer Hetze. Die Auseinandersetzungen in der AfD um offen antisemitische Äußerungen in der Parlamentsfraktion in Baden-Württemberg führten 2016 nicht etwa zum Ausschluss des Täters, sondern zu einer Spaltung der Fraktion. Dieses Verhalten, das den zunehmend offen agierenden Rechtsextremisten nun eine Beobachtung seitens des Verfassungsschutzes einbringt, wird durch den zunehmenden ideologischen Druck motiviert, den unterdrückten Antisemitismus nun endlich voll ausleben zu können. Das latente antisemitische Ressentiment will manifest werden, die krisenbedingten Verwerfungen und Spannungen sollen endlich öffentlich als "Judenwerk" halluziniert werden können.

Dieser letzte öffentliche Tabubruch, vor dem der deutsche Rechtsextremismus nun steht, verweist auch die Ursprünge dieser reaktionären gesellschaftlichen Dynamik. Der Prozess der Faschisierung der deutschen Gesellschaft wird ja auch von

"mutigen" Tabubrüchen und "klaren Worten" rechter Demagogen begleitet. Und es war der SPD-Politiker und Bundesbank-Hinterbänkler Thilo Sarrazin mitsamt seinem Machwerk "Deutschland schafft sich ab", der sich 2010 im Verlauf der Sarrazin-Debatte tatsächlich durchsetzen und die öffentliche Artikulierung von Ressentiments etablieren konnte. Sarrazin kann getrost als der irre Urknall der neuen deutschen Rechten bezeichnet werden. Und es ist bezeichnend, dass es die SPD-Führung aus Angst vor Stimmverlusten nicht wagte, Sarrazin aus der Partei zu werfen.

Seit Sarrazin, seit der Etablierung eines ressentimentgeladenen, offen reaktionären Diskurses in der Öffentlichkeit (der zuvor nur am Stammtisch gepflegt wurde), setzte der Prozess der massenwirksamen "Radikalisierung" der rechten und rechtsextremen Ideologie ein, an dessen - vorläufigen - Ende die antisemitischen Ausfälle und Auseinandersetzungen von Stuttgart 2016 stehen. Gewissermaßen gibt es kein Halten mehr, nachdem 2010 der Sozialdarwinismus und der antimuslimische Rassismus, die in Sarrazins Bestseller propagiert wurden, sich öffentlich etablieren konnten. Sarrazin kann getrost als einer der Vordenker der AfD bezeichnet werden.

Falls man hier überhaupt noch vom Denken sprechen kann. Die ganze intellektuelle Erbärmlichkeit der neuesten deutschen Rechten, die schlicht eine Biologisierung der Krisenfolgen betreibt,

wird gerade an Sarrazin offensichtlich. Seinen politischen Aufstieg erlebte der SPD-Politiker während seiner Amtszeit als Berliner Finanzsenator, als er eine knallharte Sparpolitik mit ungehemmter Hetze und Pöbeleien gegen die Opfer seiner Politik, gegen Arbeitslose und Hartz-IV-Bezieher anreicherte. Sarrazin war somit daran beteiligt, den massiven Verelendungsschub, ja die Ausformung einer breiten Unterschicht in Berlin zu exekutieren, die im Rahmen der Agenda 2010 von Rot-Grün eingeleitet wurde. Hiernach erklärte Sarrazin das von ihm mitgeschaffene Massenelend zu der Folge einer übermäßigen Vermehrung genetisch minderwertiger Menschen, die aufgrund einer jahrzehntelangen "negativen Selektion" durch den deutschen Sozialstaat einsetzte.

Der bundesrepublikanische Sozialstaat habe die natürliche Auslese der Schwächeren, den sozialdarwinistischen "Survival of the Fittest" in der deutschen Population unmöglich gemacht, weshalb nun die Unterschichten und die Muslime - die, da dümmer, eine höhere Geburtenrate aufweisen sollen - sich wie die Karnickel vermehrten, während die klugen, leistungstragenden Sarrazins dieser Republik kaum noch die Welt mit ihrem Elitennachwuchs beglücken würden. Die Schlussfolgerung Sarrazins aus diesem biologistischen Delirium: Deutschland verblödet, da der Intelligenzdurchschnitt der Bevölkerung im Sinken begriffen sei.

Dieser unsagbar dumme Gedankenmüll, der die Folgen von Hartz IV und Agendapolitik in einer sozialdarwinistischen Pseudotheorie biologisiert, stellt aber auch das perfekte Muster für die weitere ideologische Entfaltung der neuen deutschen Rechten dar. Die operiert nicht im luftleeren Raum, sondern in einer krisengeschüttelten spätkapitalistischen Gesellschaft. Schon der historische Nationalsozialismus wurde von Krisenideologie angetrieben, die in Wechselwirkung mit den großen Krisenschüben der Zwischenkriegszeit erstarkte (Erster Weltkrieg, gescheiterte Revolution, Hyperinflation, Weltwirtschaftskrise 1929). Und genauso verhält es sich auch aktuell. Die Sarrazindebatte brach kurz nach Ausbruch der Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2007-09 aus, als hysterische Abstiegsängste die deutsche Mittelklasse plagten und sozialdarwinistische Abgrenzungsreflexe gegenüber der anwachsenden Unterschicht um sich griffen. Die Eurokrise ließ den gegen die "faulen Südländer" gerichteten Kulturalismus und Rassismus explodieren, während die Flüchtlingskrise dem Hass auf Muslime und Menschen aus dem arabischen Kulturkreis in der Öffentlichkeit etablierte.

Ein jeder Krisenschub lässt die entsprechenden rechtspopulistischen und rechtsextremen Wahngebilde weiter anschwellen. Der ideologische Reflex ist - wie von Sarrazin etabliert - immer der gleiche: Ein Krisenschub wird immer auf halluzinierte

rassische oder kulturelle Minderwertigkeiten der Krisenopfer zurückgeführt. Die Krisenursachen werden so personifiziert. Die Arbeitslosen sind schuld an Verblendung und Arbeitslosigkeit, die Südeuropäer sind schuld an der Eurokrise, die Araber sind schuld an Krieg und Staatszerfall in ihrer Region. Deutschland müsse sich folglich gegenüber diesen Regionen, gegenüber diesen "minderwertigen" Menschengruppen schützen - koste es, was es wolle. Und seien es die letzten zivilisatorischen Mindeststandards. Die rechtsextreme Praxis, die aus solch einer Ideologie letztendlich resultieren muss, ist offensichtlich: Krieg gegen Arbeitslose, gegen Ausländer, gegen "volksfremde" und "parasitäre" Elemente, die das "Gastrecht" missbrauchten.

Und es ist übrigens das historische Verhängnis des rechten Flügels innerhalb der Linken, die Ausbildung und das Anschwellen dieser ideologischen Dynamik in der Bundesrepublik mit einer populistischen Politik befördert zu haben. Sahra Wagenknechts Bemerkungen über das verwirkte Gastrecht von Flüchtlingen zu Beginn des Jahres 2016, die Forderungen nach der Abriegelung von Grenzen durch Oskar Lafontaine sowie die Umtriebe eines Dieter Dehm haben zur Verfestigung der rechtsextremen Ideologiemuster in der deutschen Öffentlichkeit beigetragen - indem sie diese "von Links" scheinbar bestätigten.

Die dargelegten ideologischen Reflexe zur Personifizierung der

Krisenursachen werden so zusätzlich durch "Linke" legitimiert, die an einer kategorialen Kritik des Kapitalismus längst nicht mehr interessiert ist. Die Rechten in der Linken sind somit Teil dieses ideologischen Prozesses, quasi dessen Nachgeburt, ohne selber organisatorisch in eben solchen Parteien oder Zusammenhängen vertreten zu sein. Nochmals: Wagenknecht, Dieter Dehm oder Lafontaine sind keine Nazis, sie müssen selber auch gar nicht zukünftig zu Nazis werden - sie tragen aber zur Enttabuisierung, zur Etablierung, zur "Radikalisierung" des entsprechenden reaktionären Narrativs bei, zur Verfestigung der protofaschistischen Ideologiesplitter, die sich schon in Millionen von Köpfen ganz gewöhnlicher Bürger finden lassen.

Der Prozess der rechtsextremen "Radikalisierung von Ideologie" lässt sich sehr gut an dem Querfront-Projekt konkret nachvollziehen, an dem Dieter Dehm öffentlich beteiligt war: an den längst in Vergessenheit geratenen "Montagsdemos". Hierbei trafen sich im Sommer 2014 wirre Verschwörungstheoretiker, rechte "Reichsbürger" und versprengte Linke, um mit taktischer Unterstützung von Teilen der Linkspartei die Querfront gegen Krieg, Finanzkapital und Sozialabbau zu üben. Diese "Montagsdemos" und Mahnwachen, aufbauend auf verkürzter Kapitalismuskritik, bildeten letztendlich aber nur den organisatorisch-praktischen Durchlauferhitzer, von dem dann

Pegida und die offen faschistische deutsche Rechte profitieren konnte. Die Querfrontstrategie der "Mahnwachen-Bewegung" bildete die Initialzündung für eine offen faschistische Massenbewegung auf Deutschlands Straßen, anstatt der Rechten das Wasser abzugraben. Mitunter sind diese beiden ressentimentgeladenen Protestbewegungen in etlichen Städten tatsächlich ineinander übergegangen oder die Teile der Anhängerschaft der Montagsdemos sind zu PEGIDA und Co. übergelaufen. Die an den Montagsdemos beteiligten "Linken" fungierten somit als - unfreiwillige - Geburtshelfer einer rechten Massenbewegung.

Wohin treibt das Ganze, diese partei- und strömungsübergreifende reaktionäre Bewegung, die sich zurücksehnt nach der guten alten Zeit, nach den 1970er, 1950er oder gleich 1930er Jahren? Zum einen hat Sarrazin in einem einzigen Punkt tatsächlich recht: Deutschland verblödet tatsächlich - im Gefolge der krisenbedingt einsetzenden allgemeinen Verrohung. Der Sozialdarwinist Sarrazin ist der beste Beweis dafür, dass dieser Prozess der Verrohung und schlichten Verdummung auch die Funktionseliten ergriffen hat. Dabei wird inzwischen das Ressentiment mit regelrechter Aggressivität in den öffentlichen Raum hineingetragen. Ausgehend von Sarrazin hat sich in den sozialen Netzwerken eine allgemeine Tendenz etabliert, die eigene Blödheit wie eine Monstranz vor sich

zu tragen, Respekt für den menschenverachtenden Wahn zu fordern, den man ausgebrütet hat - und sich sofort unterdrückt zu fühlen, sobald irgendwo noch Widerspruch erschallt. Der SPD-Politiker hat auch hier ein Beispiel geliefert für die Millionen von Trolls, die ihm im ganz persönlich modifizierten Wahn folgten. Die Rechtsverschiebung des öffentlichen Diskurses, die allgemeingesellschaftliche "Verrohung", bilden die Vorstufen zur Barbarei. Dies ist ein breiter gesellschaftlicher Prozess.

Es gibt aber derzeit keine Tendenz zur Ausbildung einer einheitlichen rechtsextremen Großideologie, wie sie der Nationalsozialismus hervorbrachte. Stattdessen schwillt eine Vielzahl von Ideologiesplittern an, die im rechtsextremen Hassschwarm, wie er sich im Internet konstituierte beliebig kombiniert und modifiziert werden. Jeder Internettroll schleppt seine eigene kümmerliche Kleinideologie mit sich.

Diese Individualisierung des Wahns - besser: seine Molekularisierung - verweist aber auch auf die Unbeständigkeit der Gruppierungen, Parteien und Zusammenhänge, die der Neo-Rechtsextremismus hervorbringt. Auch hier herrschen rasch fluktuierende, schwarmartige Organisationsformen vor, die im Pogrom kulminieren. Die AfD könnte sich genauso als ein Übergangsphänomen erweisen wie Pegida oder die "Mahnwachen". Das Racket, die lokal agierende Bande,

gegebenenfalls in nationalen Netzwerken lose verankert, scheint die präferierte, zukunftsweisende Organisationsform des Rechtsextremismus zu sein. Die zentral gesteuerte, nationale Großpartei, wie der FN in Frankreich, könnte ein rechtsextremes Auslaufmodell zu sein - wie es objektiv und krisenbedingt auch die Nation ist.

Erstveröffentlichung: August 2016

8.2 Donald Trump und die Zeit des Borderliners

Mit dem Wahlsieg Trumps erfährt der krisenbedingt anschwellende Irrationalismus des Weltsystems seinen manifesten Durchbruch

Zurück in die Vergangenheit. Dies ist eigentlich das grundlegende Motto, das die Rhetorik des zukünftigen US-Präsidenten kennzeichnet. Donald Trump möchte Amerika "wieder groß machen", die Zeit zurückdrehen und den sozialen, wirtschaftlichen wie imperialen Abstieg der einstigen Führungsmacht der westlichen Welt revidieren.

Diese Sehnsucht nach einer heilen und idyllischen Vergangenheit, die selbstverständlich nur in der verklärten Erinnerungswelt so existierte, ist ein grundlegendes Element rechter und rechtsextremer Ideologien. Entsprechende reaktionäre politische Strömungen reagieren damit auf soziale und wirtschaftliche Verwerfungen, denen die Rechte mit einer dumpfen politischen Regression begegnet. Die Uhren sollen einfach zurückgedreht werden - obwohl es evident ist, dass dies unmöglich ist.

Der egomanische Multimillionär konnte weit in die einstmaligen Stammwählerschichten der Demokraten einbrechen, da er die Deindustrialisierung der USA, die zunehmende Verarmung und Prekarisierung der Arbeiterschaft und die rasche Erosion der

Mittelschicht zumindest thematisierte.

Die tiefe systemische Krise, die Trump ins Weiße Haus spülte, wurde von seinen liberalen Gegenspielern im politischen Establishment Washingtons hingegen schlicht ignoriert. Hier lautete die Parole, dass es einfach so weitergehen könne wie bisher. Niemand symbolisierte diese landesweit verhasste neoliberale Kontinuität stärker als Hillary Clinton, die nur durch massiven Wahlbetrug zur Kandidatin der Demokraten gekürt werden konnte.

Das "Zurück zur Vergangenheit" des Donald Trump meint auf der politischen Ebene eine Revision aller partiellen Emanzipationserfolge der vergangenen Jahre in den Vereinigten Staaten. Es droht eine Rückkehr zum ungeschminkten und staatlich legitimierten Rassismus, zur blanken Herrschaft des angst- und hasserfüllten weißen Mannes, zur Segregation.

Die Große Amerikanische Mauer soll die Krise draußen halten

Die USA sollen wieder "weiß" werden: Die Arbeitsmigration aus dem verelendeten und bürgerkriegszerfressenen Süd- und Mittelamerika will Trump durch millionenfache Abschiebungen revidieren, die eigentlich nur durch die Errichtung eines gigantischen Lagersystems realisiert werden könnten. Deswegen unterstützte die extremistische Rechte in den USA den Wahlkampf

Trumps. In diesem offen faschistischen Spektrum hofft man darauf, dass es nicht bei bloßer Wahlkampfrhetorik bleibt. Für die Amerikaner südlich des Rio Grande bedeutet Trump vor allem eins: Mauer und Stacheldraht. Die Große amerikanische Mauer soll das Elend, soll die Krise draußen halten.

Trumps barbarische Wahnsinnsrhetorik hat durchaus Methode. Für die Krise der USA, für den industriellen Niedergang des Landes, werden keine inneren gesellschaftlichen Widersprüche, sondern finstere äußere Kräfte verantwortlich gemacht - und dies ist ja ebenfalls typisch für politisch rechte Wahngebilde, die Krisentendenzen zuverlässig externalisieren.

Im Fall des Donald Trump sind es die abzuschiebenden südamerikanischen Arbeitsmigranten und das finstere Reich der Mitte, China, in seiner Funktion als Werkstatt der Welt, die für das um sich um greifende Elend in den Vereinigten Staaten verantwortlich gemacht werden. Das irrsinnige Ziel einer "Reindustrialisierung" der USA - ein Anachronismus angesichts des global herrschenden Produktivitätsniveaus - soll durch Abschottung erreicht werden. Abschottung gegen Arbeitsmigranten, wie auch Abschottung gegen Konkurrenten auf dem Weltmarkt.

Hiervon dürfte vor allem China, aber auch Deutschland (angesichts der extremen deutschen Handelsüberschüsse) betroffen sein. Die

Rückkehr ins 20. Jahrhundert der industriellen Vollbeschäftigung soll somit letztendlich durch Protektionismus erreicht werden. Innerhalb der irren rechten Ideologie ist dies auch nur zu konsequent: Wenn alles Böse von außen kommt, wenn der "freie" Handel die Ursache der Krise sein soll, dann müssen nur noch die Grenzen dicht gemacht werden, um zurück in die Vergangenheit reisen zu können.

Das Problem an dieser Ideologie liegt darin, dass sie nichts mit den realen Ursachen der Krisen zu tun hat. Die Rechte, die zurück in die Vergangenheit will, wiederholt die Fehler der Vergangenheit. Mittels Protektionismus wurde gerade die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts ins Extrem getrieben - die politischen Folgen der dadurch ausgelösten sozialen Verwerfungen müssten der Öffentlichkeit allen rechtspopulistischen Tendenzen zum Trotz noch schemenhaft bekannt sein.

Deswegen reagierten die kapitalistischen Funktionseliten nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2008 gerade nicht protektionistisch. Die Grenzen blieben für Güter, Kapital und Dienstleistungen offen, weil die Folgen der protektionistischen Maßnahmen während der Weltwirtschaftskrise der 1930er noch bekannt sind. Stattdessen ging man zu Währungsabwertungen als einem Mittel der Exportförderung über.

Diese evidenten Zusammenhänge zwischen Protektionismus und Krisenverschärfung werden von einer zunehmend irrational agierenden Rechten - nicht nur in den USA, sondern auch in Europa - schlicht ausgeblendet. Fakten und Zusammenhänge werden von einer ins Extrem getrieben Ideologie ignoriert, die nur noch mittels irrationaler, quasi animalischer Reflexe (Angst, Hass, Ausgrenzung) auf die unbewältigte und unverstandene Krisendynamik reagieren kann.

Diese Irrationalität der Rechten spiegelt nur die manifeste Irrationalität des in einer letalen Krise sich befindenden kapitalistischen Weltsystems. *Globalisierung und Neo-Nationalismus bilden keine Gegensätze, sondern nur zwei verschiedene Phasen eines und desselben Krisenprozesses*. Die Globalisierung droht angesichts der weltweit rasch anschwellenden Schuldenberge zusammenzubrechen und die kapitalistische Weltwirtschaft in einen abermaligen Krisenschub zu stürzen. *Die politische Rechte exekutiert und bejaht nur die Krisendynamik, die mit neo-nationalistischem, rassistischem oder ordinär faschistischem Pathos aufgeladen wird*.

Es scheint ein irrationaler, unbewusster, lemminghafter Todestrieb. Man will endlich den Schritt über den Abgrund tun. Trumps Protektionismus kommt - angesichts der erreichten Dichte der Globalisierung - einem sozioökonomischen Suizid gleich. Das heißt aber noch lange nicht, dass der politische Machtapparat in

Washington ihn davon abhalten kann, diesen Schritt zu tun. Solange die Krise des kapitalistischen Weltsystems aufgrund der dominanten ideologischen Tabus nicht in den Widersprüchen des Kapitals verortet werden kann, solange werden buchstäblich irrsinnige Ideologien und Populisten ihre Konjunktur erlebe.

Dabei stellt der rassistische Egomane Trump - dessen extremistische Wahlversprechen im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie nicht durchsetzbar sind - keine Ausnahme dar. Es ist die große Zeit des politischen Borderliners, der pathogenen autoritären Charaktere, die eigentlich nur die zunehmend an die Oberfläche drängende Irrationalität des Systems verkörpern. Sie sind "Populisten" des Irrationalen, indem sie den Obsessionen und Ängsten ihrer Wählerschaft Ausdruck verschaffen. Führerfiguren sollen die angstmachende Krise bewältigen, die nach außen projiziert (China) und irgendwelchen Minderheiten (Latinos) angehängt wird.

Derselbe autoritäre Charaktertypus, der mit pathogenen Eigenschaften - zumeist einem krankhaften Größenwahn - geschlagen ist, drängt überall zur Macht. Er entspricht dem zunehmenden Irrationalismus innerhalb seiner rechten Wählerschaft. Die Führerfigur ist praktisch die Vollendung der zunehmenden Krisenkonkurrenz. Dem Egomanen Trump entspricht der türkische Operettensultan Erdogan, der ebenfalls zurück zur

Vergangenheit will. Hier ist es das osmanische Reich, das in alter Glorie auf kurdischen Leichenbergen wieder errichtet werden soll.

Auf den Philippinen hat - ähnlich dem politischen Glücksritter Trump - ein rabiat auftretender und psychisch labiler Lokalmafioso das große Los gezogen. "Präsident" Duerte vergleicht sich gerne mit Adolf Hitler und will schon mal ein paar Millionen seiner kriminellen Landsleute auslöschen, um den kommenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen.

Auch in Europa, dem Heimatkontinent des Faschismus, herrscht kein Mangel an Führerfiguren - als ob es die bekannten historischen Erfahrungen nicht gegeben hätte. Neben dem ungarischen Rechtsausleger Orban ist es der polnische Rechtspopulist Kaczynski, der offensichtlich tatsächlich daran glaubt, dass sein Zwillingsbruder einem Attentat des Kremls zum Opfer gefallen ist. In Frankreich ist es hingegen Madame Le Pen, die Ausländer und Migranten aus den früheren französischen Kolonien für die Krise und Stagnation verantwortlich macht, in der sich das Land befindet.

Und es ist genau dieser Mangel an geeigneten Führerfiguren (wohl eine Folge des deutschen Fachkräftemangels?), der die neueste deutsche Rechte so verzehrt. Bislang hat sich noch keine autoritäre Identifikationsfigur gefunden, in der die deutschen Untertanen aufgehen könnten. Sarrazin und Petry sind schlicht zu dröge.

Innerhalb der deutschen extremen Rechten herrschen eher netzwerkfähige Organisationsformen vor.

Den Urtypus all dieser autoritären Egomanen stellt zweifelsohne der russische Präsident Wladimir Putin dar, der sich in einem fast schon infantilen Machogehabe öffentlich zur Schau stellt - und barbusig vom Pferderücken aus Russland wieder "groß" machen möchte. Und hier liegt vielleicht die größte Ironie des Wahlsiegs des Donald Trump. Jahrzehntelang hat der "Westen" - angeführt von den USA - versucht, Russland vermittels diverser bunter Revolutionen endlich "Freedom and Democracy" zu bringen. Und nun hat Amerika seinen eigenen Putin gewählt. Die Ära der kapitalistischen liberalen Demokratien scheint gerade im Heimatland der Demokratie abzulaufen.

Erstveröffentlichung: November 2016

8.3 Abschied vom Menschenrechtsimperialismus?

Menschenrechte sollen nicht mehr Mittel der US-Außenpolitik sein. Doch ist dies auch ein Grund zur Freude?

Im Mai 2017 neigte sich eine geopolitische Ära ihrem Ende entgegen - und kaum jemand hatte es bemerkt. Die rechtspopulistische US-Regierung unter Donald Trump ging daran, die Menschenrechte als Faktor der amerikanischen Außenpolitik abzuschaffen. Anfang Mai erklärte Rex Tillerson - ehemaliger Exxon-Chef und damaliger US-Außenminister - in einer außenpolitischen Grundsatzrede vor Angestellten des State Department, dass Menschenrechte zunehmend "Hürden" bei der globalen Verfolgung von US-Interessen bilden würden.

Menschenrechte wie "Freiheit und menschliche Würde" wurden von Tillerson in der Rede zu (kulturellen) "Werten" der USA degradiert. Doch sollen diese Werte nicht mehr als Richtschnur amerikanischer Außenpolitik fungieren. "Dies sind unsere Werte. Aber sie sind nicht unsere Politik", so der amerikanische Außenminister wörtlich. Wenn die Vereinigten Staaten zu sehr die Einhaltung dieser Werte global propagierten, erläuterte Tillerson weiter, dann würde "die Realität Hürden schaffen bei der Realisierung unserer nationalen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen". Die Vereinigten Staaten

müssten sich zuerst fragen, wie die konkreten sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen gelagert seien, erst danach könne ausgelotet werden, ob Washington noch "unsere Werte voranbringen" dürfe.

Dies ist kein hohles Gerede, wie Slate bemerkte, Tillerson sei bereits damit aufgefallen, dass er jedwede Kritik an der Menschenrechtslage in Saudi Arabien, Russland oder den Philippinen unterließ, bemerkte das liberale Online-Magazin.

Zudem muss Tillerson umfassende Ausgabenkürzungen im State Department (bis zu 28 Prozent des bisherigen Budgets) umsetzen, von denen zumeist die Programme des "Soft Power"-Ansatzes - etwa zur Demokratieförderung - betroffen seien. Eine außenpolitische Spitzenposition im Weißen Haus, die zuvor als "special assistant to the president for multilateral affairs and human rights" bezeichet wurde, ist von Trump bereits umbenannt worden, berichtete das linksliberale Blatt Mother Jones: in "special assistant for international organizations and alliances".

Ein Herz für Autokraten

Die ideologische Neuausrichtung folgt dabei nur der Praxis des rechtspopulistischen US-Präsidenten. Mit seinem Telefonat an den türkischen Autokraten Erdogan, bei dem er im April 2017 diesem zum Sieg beim umstrittenen Referendum über ein

postdemokratisches "Präsidialsystem" gratulierte, hat Trump bereits den früheren menschenrechtspolitischen Konsens in Washington aufgekündigt - zumal die Abstimmung in der Türkei von massiven Betrugsvorwürfen überschattet wurde.

In US-Medien wurde darüber spekuliert, dass Trump eine offene Bewunderung für autoritäre Herrscher hege, die ihn dazu veranlasste, selbst dem Islamisten Erdogan zur offenen Machtergreifung zu gratulieren. Trump habe niemals seine "Liebe für autoritäre Herrscher wie Gaddafi, Putin oder Saddam Hussein" versteckt, so CNN.. Sie alle wurden von dem US-Präsidenten dafür gelobt, dass sie "keine Gefangenen" machten.

Ähnlich unbefangen geht Trump mit anderen Diktatoren und Autokraten um. Für helle Aufregung im Washingtoner Establishment sorgte etwa die Einladung Trumps an den philippinischen Staatschef Rodrigo Duterte, der eine massenmörderische Repressionskampagne gegen "organisierte Kriminalität" auf den Philippinen entfachte - und die sich längst verselbstständigt hat. Inzwischen wurden mehr als 7.000 Menschen - überwiegend aus der städtischen Armenschicht - von den korrupten Polizeikräften getötet, die de facto einen Freischein für die Beseitigung unerwünschter und "überflüssiger" Bevölkerungsteile erhalten haben. Zumeist sterben diejenigen armen Slumbewohner, die sich die Bestechungsgelder für die

"Sicherheitskräfte" nicht mehr leisten können.

Selbst für Nordkorea scheint es im Weißen Haus eine klammheimliche Bewunderung zu geben. Er wäre "geehrt", sich mit Kim Jong Un, dem derzeitigen Herrscher der nordkoreanischen Kim-Dynastie, zu treffen, erklärte Trump Anfang Mai 2017 - unter den "richtigen Umständen". Der Präsidentensprecher Spicer machte auf Journalistenanfragen klar, dass es sich bei Kim immerhin um ein "Staatsoberhaupt" handele. Die USA Trumps als der größte Schurkenstaat? Sieht so die Zukunft der rechtspopulistischen US-Außenpolitik aus?

Kerngehalt von 250 Jahren Aufklärung auf den Müllhaufen geworfen

Tillerson brachte Anfang Mai 2017 nur die Praxis Trumps auf einen ideologischen Nenner. Der amerikanische Außenminister warf aber zugleich in seiner Rede vor dem State Department mit ein paar dürren Sätzen den Kerngehalt von rund 250 Jahren bürgerlich-kapitalistischer Aufklärung auf den Müllhaufen der Geschichte. Bei dem sogenannten Menschenrechten handelt es sich nicht um irgendwelche kulturell bedingten "Werte", sie gelten der Aufklärung - spätestens seit der Proklamation der Menschenrechte im Gefolge der französischen Revolution - als universelle, allen Menschen zukommende Rechte.

Die Harvard-Professorin und ehemalige amerikanische UN-Botschafterin Samantha Power machte in einer ersten Reaktion klar, was für ein Epochenbruch von Tillerson eingeleitet wurde. Brutale Verbrecher würden nun lächeln, da Menschenrechte nur noch "US-Werte" darstellen, aber nicht mehr universell seien. Die menschenrechtspolitische Neuorientierung in Washington gebe "grünes Licht für Repression".

Impliziert degradiert Tillerson somit die Menschenrechte zu einer kulturellen Marotte der USA, womit er sich ironischerweise auf dieselbe argumentative Ebene begibt wie viele der "Schurkenstaaten", die sich gegenwärtig im Fadenkreuz der USA befinden: etwa Iran oder Nordkorea. Schon immer haben die Regime und Regierungen, die sich im Visier der US-Geopolitik wiederfanden, auch damit argumentiert, dass die USA ihnen ihre Werte aufzunötigen versuchten.

Aufstieg und Fall des Menschenrechtsimperialismus

Diese Reaktionen der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems auf die "Weltordnungskriege", die zumeist von dem amerikanischen Zentrum in den vergangenen Dekaden geführt wurden, haben aber auch einen objektiven Grund. Seit dem Ende des "Kalten Krieges" etablierte sich auf der ideologischen Ebene eine Art "Menschenrechtsimperialismus", mit dem alle möglichen

Interventionen und Kriegsabenteuer des Westens legitimiert wurden.

Mag es den geopolitischen Strategen in Washington um Rohstoffe, Energieträger oder um die Befriedigung von Zusammenbruchsregionen gegangen sein, seit den 1990er Jahren wurden diese imperialen Abenteuer immer wieder mit dem Verweis auf Menschenrechte legitimiert.

Seinen Höhepunkt erreichte der Menschenrechtsimperialismus bei der desaströsen Invasion der USA im Irak, als der Sturz Saddam Husseins eine neue Ära der Prosperität und Demokratie im gesamten Nahen und Mittleren Osten auslösen sollte. Ähnliches galt auch bei der Intervention in Afghanistan, bei der nicht nur die Taliban und al-Qaida besiegt, sondern auch demokratische Strukturen aufgebaut werden sollten. Rückblickend betrachtet stellte gerade die Irak-Intervention, die den ohnehin schwelenden Staatszerfall in der Region massiv befeuerte, auch den letzten großen Krieg des Menschenrechtsimperialismus dar. Zuletzt wirkten diese Legitimationsmuster noch bei der Intervention in Libyen nach.

Deutsche Pionierarbeit

Seinen Anfang nahm diese historische Phase mit den Interventionen in Somalia - und vor allem in Jugoslawien Anfang

der 1990er des 20. Jahrhunderts. Hier leisteten die deutschen Grünen während ihrer Regierungsbeteiligung im Jahr 1999 Pionierarbeit, als sie den ersten deutschen Angriffskrieg nach 1945 als eine Menschenrechtsintervention verkauften. Die völkerrechtswidrige Bombardierung der Bundesrepublik Jugoslawien durch deutsche Tornados wurde von dem damaligen grünen Außenminister Joseph Fischer mit dem Verweis auf die deutschen Menschheitsverbrechen während des Zweiten Weltkrieges legitimiert. Fischer sagte am 7. April 1999 wörtlich zur Begründung des deutschen Angriffskrieges:

»Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Ich habe auch gelernt: Nie wieder Auschwitz.«

Angesichts solcher bodenloser Widerlichkeiten, bei denen Auschwitz zur Legitimierung von Angriffskriegen instrumentalisiert wird, könnte man das Ende der Ära des Menschenrechtsimperialismus nur begrüßen. Das Konzept scheint auf die Müllhalde der Geschichte zu wandern. Endlich wird die ganze Verlogenheit des Menschenrechtsdiskurses eingestellt, der nur dazu diente, die machtpolitischen Ziele "des Westens" zu verschleiern. Es herrscht Klartext.

Problem: Der Imperialismus bleibt

Das Problem dabei ist nur, dass der Imperialismus bleibt. Tillerson

gehe es darum, dass die Menschenrechte die Politik des "America First" nicht mehr beeinträchtigen dürfen, bemerkte die progressive US-Newssite Commondreams treffend. Die brutale Durchsetzung von geopolitischen Interessen soll nun unverschleiert vonstattengehen.

Ein Krieg oder eine Intervention werden nun offen darum geführt, nationale Interessen durchzusetzen, um den Gegner zu unterdrücken und auszubeuten - während in dem Vierteljahrhundert nach Ende des Kalten Krieges diese knallharten Interessen unter dem Mantel des Menschenrechtsimperialismus versteckt wurden.

Der Menschenrechtsdiskurs nach dem Kalten Krieg wies aber einen ambivalenten Charakter auf. Menschenrechte fungierten auf geopolitischer Ebene einerseits als Ideologie. Sie dienten dazu, ein falsches Bewusstsein zu schaffen. Anderseits waren sie - auch in ihrer kapitalistisch verkürzten, um jede soziale Dimension beraubten Form - weiterhin gesellschaftlich wirksam.

Dies war vor allem deswegen der Fall, weil es in den Zentren des Weltsystems noch eine breite Mittelschicht gab, die diese bürgerlichen Werte - wenn auch unvollkommen - verwirklicht sah und an ihren universellen Anspruch glaubte. Es gab folglich eine gesellschaftliche Nachfrage nach der Verklärung der brutalen

kapitalistischen Realität in der zunehmend zerfallenden Peripherie des Weltsystems.

Dies ist - gerade in den USA - nicht mehr der Fall. Die breite amerikanische Mittelschicht, in der noch ein massenhafter Bedarf nach einem ideologischen, menschenrechtspolitischen "Weichzeichner" der imperialen Realität herrschte, geht in offene Auflösung über. Folglich zerfällt auch der ideologische Schleier, der diese Phase des "Mittelklassekapitalismus" kennzeichnete.

Ungeschminkte Herrschaftsverhältnisse

Die zunehmende Härte des alltäglichen Existenzkampfes im Spätkapitalismus lässt auch die menschenrechtspolitische Legitimierung von Ausbeutung, Marginalisierung und Unterdrückung auf der geopolitischen Ebene als unnötigen Ballast erscheinen. Illusionen über den barbarischen Zustand des Spätkapitalismus will man sich nicht mehr leisten.

Schon Adorno bemerkte, dass es sich bei Ideologie eigentlich um ein Luxusgut handelt, das man sich erst leisten muss: "Zur Ideologie im eigentlichen Sinn bedarf es sich selbst undurchsichtiger, vermittelter und insofern auch gemilderter Machtverhältnisse." (Institut für Sozialforschung, Soziologische Exkurse, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, hrg. von Theodor W. Adorno und Walter Dirks, Band 4, Europäische Verlagsanstalt,

Frankfurt/Main 1956, S. 170)

Die "gemilderten" Machtverhältnisse weichen aber für immer größere Teile der Bevölkerung dem offenen Terror der amoklaufenden Ökonomie. Die offene Verelendung und die offene Gewalt machen Ideologie überflüssig.

Insofern kommt der Abschied von der "gemilderten" Form des Menschenrechtsimperialismus einem weiteren Abstieg in die offene Barbarei gleich. Nicht die imperialistische Politik wird von Trump aufgegeben, sondern deren "Maskierung" in Menschenrechtsrhetorik. Seine Anhängerschaft, die diese Haltung als "Ehrlichkeit" und "Geradlinigkeit" bewundert, geht somit in offene Bejahung des Imperialismus über, der ohne jedwede Legitimierung auskommt.

Es ist der Tod der Ideologie, der sich in den USA als dem avanciertesten Metropolenstaat andeutet (und den der Rest der Welt mit der üblichen Verzögerung nachvollziehen wird). Die Herrschaftsverhältnisse treten ungeschminkt hervor, ohne Legitimierung. Die Welt ist ein Höllenloch. Es ist, wie es ist. Und wir wollten herrschen - auf diesen Nenner lässt sich diese Kehrtwende bringen.

Erstveröffentlichung: Mai 2017

8.4 "Ukraine über Alles!"

Ein kurzer Blick auf die Kräfte hinter der aktuellen Eskalation in der Ukraine

Alles oder nichts - diese Eskalationsdynamik verfolgte die ukrainische Opposition während des Machtkampfes in Kiew Anfang 2014. Unter dem "Jubel der Demonstranten" haben die westlich orientierten Oppositionsführer Vitali Klitschko und Arsenij Jazenjuk wiederholt weitgehende Zugeständnisse des "prorussischen" Präsident Janukowitsch als "vergiftet" abgelehnt. Der verstärkt unter Druck geratene Staatschef hatte den beiden Oppositionellen unter anderem den Posten des Premiers (Jazenjuk) und seines Stellvertreters (Klitschko) angeboten.

Die Opposition forderte damals offiziell die schnellstmögliche Durchführung einer Präsidentschaftswahl. Tatsächlich schienen aber die auf den Straßen dominierenden extremistischen Kräfte innerhalb der heterogenen Oppositionsbewegung von Anfang an auf einen gewaltsamen Umsturz zu setzen.



"Kämpfer" der Sozialnationalen Partei (SNP), die sich jetzt Swoboda nennt, aber weiterhin den Namen führt. Bild: SNP

Wie sehr die gemäßigten Kräfte innerhalb der Opposition zu Getriebenen einer von Extremisten angeheizten Dynamik wurden, konnte sehr gut am Beispiel des deutschen Politexports Vitali Klitschko begutachtet werden. Seine Versuche, die von den Rechtsextremen forcierte Eskalation der Gewalt am 19. Januar 2014 zu verhindern, brachten dem Boxweltmeister eine von Buhrufen begleitete Attacke mit einem Feuerlöscher ein.

Gerade diese rechtsextremen "Scharfmacher" haben im Laufe der Proteste die Führung auf der Straße übernommen. Vermittels ihrer militanten und gut vernetzten Anhängerschaft konnten sie jederzeit

Konfrontationen mit den Polizeikräften initiieren, um so alle Bemühungen zu einer Entspannung der Lage zu torpedieren. Klitschko und auch Jazenjuk hatten während der Proteste eigentlich gar keine anderen Optionen, als die Angebote Janukowitschs abzulehnen, wollten sie nicht innerhalb der Opposition umgehend marginalisiert werden. Beide Politiker sind so zu Getriebenen geworden, die dem Gang der Eskalation folgen müssen. Klitschko erklärte zudem, es gebe keine Extremisten auf dem Maidan.

"Ukraine über Alles!"

Dominant waren somit dezidiert faschistische und offen antisemitische Kräfte wie die Partei Swoboda (Freiheit) des Scharfmachers Oleg Tjagnibok, der seine hauptsächlich aus der Westukraine stammende Anhängerschaft zu immer neuen Angriffen aufwiegelte. Rund 12 Prozent konnten diese um einen Imagewechsel bemühten Neonazis bei den letzten Wahlen vor dem Regierungsumsturz erringen. Daneben spielen bei den Auseinandersetzungen auf der Straße sich neu formierende, militant-neofaschistische Netzwerke eine herausragende Rolle. Neonazis, insbesondere aus der Hooligan- und Fußballszene, sammelten sich etwa in dem militanten Nazinetzwerk "Rechter Sektor" (Prawyj Sektor), dessen straff organisierte Einheiten bei den Straßenkämpfen in erster Reihe agierten.

Auch an der Eskalation der Gewalt am 19. Januar 2014, als Demonstranten abermals Parlaments- und Regierungsgebäude zur stürmen versuchten, waren Neonazis federführend beteiligt. Laut BBC haben eben die Aktivisten des Nazinetzwerks Prawyj Sektor die "Speerspitze" der militanten Angriffe gegen Polizeieinheiten gebildet. In sozialen Netzwerken riefen Aktivisten des Prawyj Sektor sogar offen zu Spenden von "Zwillen, Baseballschlägern, Stahlkugeln, Laserpointern, Benzinflaschen, Ketten und Pyrotechnika auf", berichtete der US-Sender Radio Free Europe (RFE/RL). Am 22. Januar kündigte Andrei Tarasenko, der Koordinator dieses Neonazinetzwerkes, im Fall einer Räumung des Demonstrationscamps einen "Guerillakrieg" und einen "Bürgerkrieg" in der gesamten Ukraine an.

Die linksliberale US-Zeitschrift "The Nation" thematisierte diesen extremen Nationalismus im "Herzen des Euromaidan". Sollten die Proteste in vorgezogene Neuwahlen münden, würde die extreme Rechte - insbesondere Swoboda - hiervon erheblich profitieren. Die Rechtsextremen seien nun "stärker akzeptiert und werden eher im Mainstream verortet", erklärte ein Migrationsaktivist gegenüber "The Nation". Inzwischen seien die Parolen in Kiew wieder zu hören, die der ukrainische Nationalismus in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts hervorgebracht hätte. Sprüche wie "Ruhm der Nation! Tod den Feinden!", oder "Ukraine über Alles" seien auf dem Maidan

inzwischen populär.

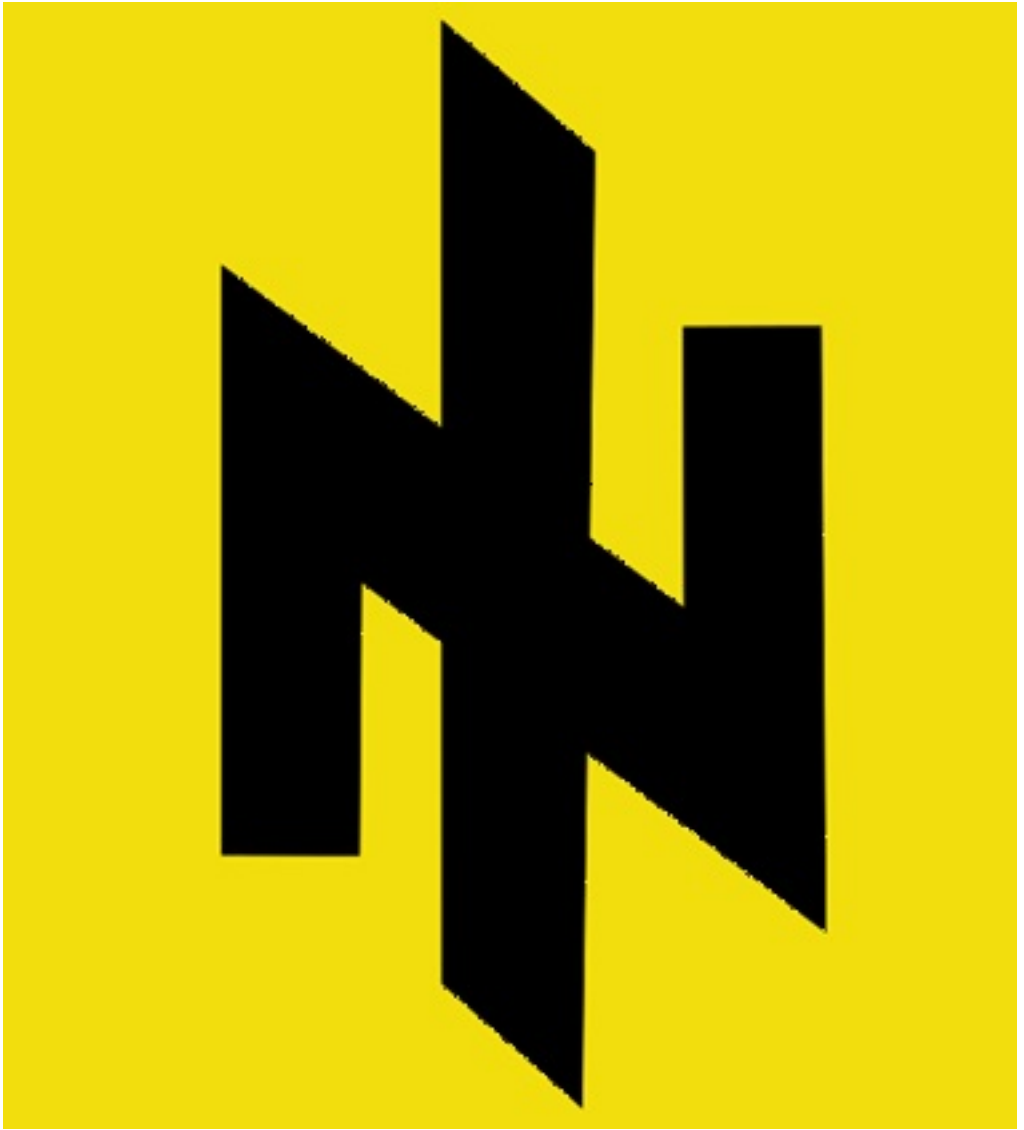
Klitschkos Pakt mit den extremen Nationalisten

Dieser Rückkehr des extremistischen Nationalismus konnte sich auch der von der Konrad-Adenauer-Stiftung aufgebaute Vitali Klitschko nicht entziehen. Er wirkte ebenfalls an der Reanimierung der faschistischen Rituale der Zwischenkriegszeit mit, wie "The Nation" irritiert berichtete: "Nahezu alle Sprecher auf dem Platz der Unabhängigkeit - selbst der zum Oppositionsführer gewandelte Boxer Vitali Klitschko, der zumeist in Deutschland lebt und eine US-Aufenthaltserlaubnis hat - starten und beenden ihre Auftritte mit dem Spruch 'Ruhm der Ukraine', auf den die Masse antwortet: 'Den Helden Ruhm'."

Progressive Aktivisten müssten innerhalb der Oppositionsbewegung "an zwei Fronten" kämpfen, erläuterte eine Aktivistin gegenüber "The Nation". Es sei ein Kampf gegen ein autoritäres Regime und gegen extremen Nationalismus, der auf dem Maidan anerkannt sei und für legitim erachtet werde. Dabei hat nicht zuletzt der CDU-Mann Klitschko, der sich über die besondere Protektion von Kanzlerin Angela Merkel freuen kann, maßgeblich zu dieser Akzeptanz des Neofaschismus in der Ukraine beigetragen. Während die Konrad-Adenauer-Stiftung europapolitische Seminare mit der Klitschkopartei UDAR

organisierte, hat der Boxweltmeister das nach den letzten Parlamentswahlen geschlossene Bündnis mit den ukrainischen Faschisten trotz aller Kritik eisern aufrechterhalten.

Kritisiert wurden Klitschko wie Jazenjuk etwa von Oleksandr Feldman, dem Präsidenten des ukrainischen jüdischen Komitees, der aufgrund des um sich greifenden Nationalismus und Antisemitismus Alarm schlug. Es sei eine "traurige Entwicklung" vom Demokratiestreben zu "Ultranationalismus und Antisemitismus", die die ukrainische Protestbewegung eingeschlagen habe, warnte Feldman. Seit Swobodas Wahlerfolg und deren Einzug ins Parlament hätten Jazenjuk und Klitschko, die Führer von Vaterland und UDAR, "sich wiederholt den Bitten von mir und vielen weiteren Demokratieunterstützern verweigert, die einen Bruch des Oppositionsbündnisses mit Swoboda forderten". Stadtessen sahen Klitschko und Co. diese Nazipartei und ihren Führer als "essenzielle Partner in der Koalition zum Sturz Janukowitschs".



Ursprüngliches, der Wolfsangel nachempfundenes Logo der SNP, jetzt Svoboda, wird weiterhin verwendet, auch wenn es 2004 offiziell abgelegt wurde.

Die Warnungen und abermaligen Aufforderungen Feldmanns an die "gemäßigten" Oppositionsführer, sich von Swoboda zu

distanzieren, dürften durch antisemitische Vorfälle motiviert worden sein: Am 11. Januar 2014 ist ein jüdischer Hebräischlehrer beim Verlassen seiner Synagoge von Unbekannten mit messerbewehrten Springerstiefeln zusammengetreten worden. Zudem haben Talmudschüler bei nächtlichen Auseinandersetzungen einen Neonazi festgesetzt, der genaue Pläne der Umgebung ihrer Talmudschule mit sich führte.

Ein von einer deutschen politischen Stiftung aufgebauter Politikexport wie Vitali Klitschko, dessen politische Agenda sich in der "schnellstmöglichen" EU-Integration der Ukraine erschöpft, war somit im Vorfeld der aktuellen Eskalation maßgeblich daran beteiligt, diejenigen rechtsextremen Kräfte erst hoffähig zu machen, die dann außer Kontrolle geraten sind. Die massive politische Unterstützung Klitschkos durch deutsche Regierungskreise stellt kein Staatsgeheimnis dar. Es reicht, mal aufmerksam den Spiegel oder die FAZ zu lesen:

»*Neue Unterstützung winkt der pro-europäischen Opposition derweil von anderer Seite. Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Gruppe der konservativen Parteien in der EU (EVP) wollen Klitschko laut Informationen des Magazins "Der Spiegel" durch gemeinsame Auftritte stärken. Geplant sei, den Boxer zum Oppositionsführer und Gegenkandidaten von Präsident Janukowitsch aufzubauen, hieß es. Parallel dazu würden EVP und die CDU-nahe Konrad-Adenauer-*

Stiftung Politiker von Klitschkos Udar-Partei logistisch unterstützen und schulen. Eine Bestätigung dafür gab es zunächst nicht.«
FAZ

Ukrainische Rechtsextremisten haben eine hohe Meinung von Deutschland

Die bitterste Ironie an dieser vermittelten deutschen Unterstützung des ukrainischen Rechtsextremismus stellt sicherlich der Umstand dar, dass viele ukrainische Neonazis tatsächlich eine wirklich hohe Meinung von Deutschland haben. Die Deutschlandliebe der ukrainischen Rechtsextremisten verleitet diese etwa dazu, in SS-Uniformen auf Demonstrationen und Kundgebungen aufzulaufen. Am 1. Januar 2014 etwa marschierten rund 15.000 Rechtsextreme bei einem gespenstischen Fackelzug durch Kiew, um des Nazikollaborateurs Stephan Bandera zu gedenken. Etliche Demonstranten taten dies in Uniformen der von den Nazis in der Westukraine nach dem Überfall auf die Sowjetunion aufgestellten SS-Division Galizien.

Banderas Kampfverbände der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) - deren Parolen jetzt wieder auf den Maidan erschallen - wurden schon vor dem Überfall auf die Sowjetunion von der Wehrmacht aufgebaut und in die Angriffsplanungen eingebunden. Diese ukrainischen Kollaborateure haben im

Kriegsverlauf an unzähligen Massakern teilgenommen, denen hunderttausende Juden, Polen, Andersdenkende und politische Gegner zum Opfer fielen. Ermuntert von den deutschen Besatzern organisierten diese ukrainisch-faschistischen Kräfte mitunter eigenständig die Vernichtungsaktionen, wie etwa bei dem bestialischen Pogrom in Lviv, bei dem wenige Tage nach Kriegsausbruch die jüdische Bevölkerung der Stadt zusammengetrieben, entkleidet, zusammengeschlagen und ermordet wurde. Diese ausführlich dokumentierte und in der seriösen Geschichtswissenschaft unumstrittene massenmörderische Praxis des ukrainischen Nationalismus hält die heutigen Rechtsextremisten nicht davon ab, Stephan Bandera, die OUN oder die SS-Division Galizien als Helden zu verehren. Politiker der rechtsextremen Swoboda sind etwa bei Beerdigungen von Naziveteranen gern gesehene Gäste. Hier werden die Kommandos zum Abschuss der Ehrensalve durch die als SS-Männer verkleideten Nazis noch auf Deutsch gegeben - Tradition verpflichtet eben.

Dieses dezidiert nationalsozialistische Geschichtsbild, das Swoboda am 1. Januar 2014 auf die Straßen Kiews trug, stellt aber auch ein Symptom dar für die tiefe sozioökonomische und kulturelle Spaltung der Ukraine in einem von der Schwerindustrie geprägten, russischsprachigen Osten und einen deindustrialisierten und verarmten, ukrainischsprachigen Westen. Die Akteure und

Organisationen der faschistischen ukrainischen Kriegskollaboration mit Nazideutschland, die im Westen verehrt werden, gelten im Osten und Süden der Ukraine als eine Bande von Verbrechern und Verrätern. Diese Spaltung kommt auch in der offiziellen staatlichen Geschichtspolitik zum Ausdruck. Während im Westen die ukrainische SS-Division "Galizien" rehabilitiert wird und dem Nazikollaborateur Bandera immer neue Denkmäler errichtet werden, ließ der damalige Präsident Janukowitsch diesem den Titel "Held der Ukraine" aberkennen, der Bandera vom Amtsvorgänger Juschtschenko verliehen wurde.

Für den auf Osteuropa spezialisierten Extremismusexperten Andreas Umland stellt die rechtsextreme Partei Swoboda mit den offensiv propagierten Symbolen und Ideen der "Organisation Ukrainischer Nationalisten" sogar eine "implizit separatistische" Bewegung dar, da dieses Geschichtsbild die Formierung eines gesamtukrainischen Geschichtsbewusstseins unterminiere. Die Verehrung der Organisationen und Führer des ukrainischen Kriegsnationalismus würde im Süden oder Osten - trotz ebenfalls vorhandener xenophober und rassistischer Ressentiments - als "unangemessen und sogar beleidigend" angesehen, so Umland.

Letztendlich dürfte dieser Verweis auf das separatistische Potenzial der gegenwärtigen Auseinandersetzungen auch deren größtmögliche Eskalationsstufe benennen: einen Bürgerkrieg, der

zwischen der West- und Ostukraine vor der Haustüre der EU geführt würde - mit freundlicher Unterstützung der Konrad Adenauer Stiftung.

Erstveröffentlichung: Januar 2014

8.5 Polen: reaktionäre Politisierung

Polens Regierung forciert den autoritären Umbau von Staat, Armee und Medien

Wie sehr rechte Politik dazu tendiert, sich selbst ins Extrem zu treiben, kann in Warschau studiert werden. Polens rechtspopulistische Regierung, die von der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość - PiS) um Jarosław Kaczyński gestellt wird, ist seit ihrem überraschenden Wahlsieg im Oktober 2015 vor allem darum bemüht, möglichst viel Macht zu akkumulieren und letzte bürgerliche "checks and balances" auszuhebeln. Nun ist das Militär an der Reihe. Anfang Februar 2017 berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) über die anhaltenden Bemühungen des polnischen Verteidigungsministers, seine Machtbasis zu verbreitern - und die Streitkräfte des Landes voll auf Linie zu bringen. Polens Verteidigungsminister Antoni Macierewicz ließ zu Jahresbeginn die Schulungsakademie der polnischen Streitkräfte umbenennen, um deren Neuausrichtung auch symbolisch festzuschreiben: an der "Akademie für Kriegskunst" soll Polens Offiziersnachwuchs künftig geschult - und indoktriniert - werden.

"Schule der Nation"

Während politisch unzuverlässige Generäle reihenweise kaltgestellt

oder in den Vorruhestand genötigt werden, versucht Macierewicz zugleich, die etablierten Hierarchien zu umgehen und direkte Abhängigkeiten aufzubauen. Binnen eines Jahres hat der stramm rechte Politiker rund 21.000 Armeeangehörige der niederen Dienstgrade - zumeist Soldaten und Unteroffiziere - direkt befördert, um so die Stellung ihrer Vorgesetzten zu schwächen. Eine Anhebung des Soldes machte Macierewicz noch populärer unter den Angehörigen niedriger Dienstgrade. Zugleich kündigte er an, dass Offiziere, die "zu kommunistischen Zeiten" ihre Ausbildung absolvierten, keine weiteren Karrierechancen hätten. Inzwischen ist gut ein Viertel der Generäle aus dem polnischen Generalstab hinausgedrängt worden. Die frei gewordenen Posten sollen mit linientreuen Bewerbern, ausgebildet in der "Akademie der Kriegskunst", besetzt werden.

Das Misstrauen der PiS-Führung gegenüber den Streitkräften, denen Macierewicz immer wieder mangelnde Verteidigungsbereitschaft vorwirft, geht aber weiter. Inzwischen sind Polens Rechtspopulisten dazu übergegangen, eine weitere bewaffnete Formation aufzubauen, die in der Lage sein soll, unabhängig von der Armee zu agieren. Bei der "Armee zur Territorialverteidigung" handelt es sich um eine Freiwilligenmiliz, eine "patriotisch" geschulte paramilitärische Formation, in der neben der Landesverteidigung auch ideologische Indoktrination

stattfinden soll. Die mehr oder minder rechts ausgerichteten Freizeitkrieger in diesem Milizheer, die zumeist in unzähligen Wehrsportgruppen einen Guerillakrieg gegen Russland üben, sollten ursprünglich als eine kleine paramilitärische Hilfstruppe der Armee dienen. Inzwischen will die PiS die Territorialverteidigung auf rund 53.000 Mann aufstocken, womit sie die Mannstärke der regulären, 50.000 Mann umfassenden Armee übersteigen würde.

Die Miliz erhält neueste Ausrüstung, sie wird von Berufssoldaten geführt und in den Rang einer eigenen Teilstreitkraft mitsamt eigenständigem Kommando erhoben. Künftige Offiziersanwärter sollen ihre Karriere in dieser staatlich organisierten, rechten Truppe starten, um die "gewünschte Geisteshaltung zum Vollpatrioten zu entwickeln", wie es die FAZ formulierte. Der Sold der Freizeitkrieger beträgt übrigens genauso viel wie das Kindergeld, das die PiS zwecks Animierung zum Kinderkriegen massiv erhöhte: 120 Euro. Gebären und Dienen sind laut Polens Rechtspopulisten patriotische Pflichten. Die gesäuberte Armee soll wieder als "Schule der Nation" dienen.

Dabei stellen die immer wieder durchgeführten Säuberungswellen, die inzwischen nahezu alle Bereiche von Staat und öffentlichem Dienst erreichten, ein Kontinuum der PiS-Regentschaft. Die polnische Rechte hat bereits kurz nach der Machtübernahme eine riesige Säuberungskampagne im Staatsapparat entfacht, bei der

binnen der ersten 40 Regierungstage alle Geheimdienstchefs, die wichtigsten Spitzenbeamten und rund 50 Prozent aller Direktoren von Staatsunternehmen gegen politisch zuverlässige Leute ausgewechselt wurden. Gegen Jahresende 2015 verabschiedete die PiS ein Gesetz, das die Entlassung von allen hochrangigen Verwaltungsangestellten nach 30 Tagen vorsieht, sollten deren Arbeitsverträge nicht von der neuen Administration verlängert werden. Rund 1.600 Führungsposten innerhalb des Staatsapparates wurden hierdurch mit PiS-Anhängern besetzt. Die PiS entfachte somit eine offen reaktionäre Politisierung des polnischen Staatsapparates. Der auch im Westen wahrgenommene Skandal um die Stürmung eines Spionageabwehrzentrums der NATO in Warschau Mitte Dezember 2015 muss im Zusammenhang mit dieser rechten Säuberungswelle gesehen werden. Damals drangen Militärpolizisten mitten in der Nacht in NATO-Büros ein, um polnische Militärs zu verhaften, die sich einem Versetzungsbefehl der neuen Regierung widersetzten.

Polens Reaktionäre legen beim autoritären Umbau des Staates einen wahrhaft revolutionären Elan an den Tag: Noch vor Jahresende hat die PiS das polnische Verfassungsgericht entmachtet und die öffentlichen Medien an die Kandare genommen. Den öffentlichen Rundfunk in Polen, der bislang in der Rechtsform staatlicher Aktiengesellschaften organisiert war,

überführte die PiS in "nationale Kulturinstitute", deren Chefposten vom Kulturminister persönlich besetzt werden. Betroffen sind hiervon sowohl die öffentlichen Fernsehsender wie auch die Rundfunkanstalten. Politiker der PiS kritisierten - ähnlich wie Orbáns Rechtspartei in Ungarn - immer wieder die "unpatriotische" inhaltliche Ausrichtung der polnischen Medien, die nun korrigiert werden solle.

Während der ersten Regentschaft der PiS von 2005 bis 2007, als die Kaczyński-Zwillinge eine Koalition unter anderen mit der klerikalfaschistischen "Liga der Polnischen Familien" (LPR - Liga Polsich Rodzin) anführten, die dem polnischen Bildungswesen mit dem LPR-Führer Roman Giertych einen Bildungsminister bescherte, der die Gültigkeit der Evolutionstheorie anzweifelte, hat das polnische Verfassungsgericht mehrere Gesetzesvorstöße blockiert. Dies soll der Alleinregierung der PiS offensichtlich nicht mehr zustoßen. Mittels einer im Eilverfahren verabschiedeten und von der EU massiv kritisierten Gesetzesänderung, die von den Verfassungsrichtern als verfassungswidrig eingestuft wurde, ist das Gericht als Machtinstanz Ende Dezember 2015 de facto ausgeschaltet worden. Kurz nach ihrem Wahlsieg ließ die PiS im Schnellverfahren fünf neue Verfassungsrichter einsetzen, um hiernach die Abstimmungsmodalitäten in dem Kontrollgremium zu ändern: Künftig müssen Entscheidungen mit einer Zwei-Drittel-

Mehrheit gefällt werden, wobei zumindest 13 der 15 Verfassungsrichter anwesend sein müssen. Somit hat sich die polnische Rechte eine Sperrminorität verschafft, da bei umstrittenen Gesetzesvorhaben einfach die PiS-Leute in dem Verfassungsgericht den Abstimmungen fernbleiben müssen, um es zu blockieren.

Sozial- und Nationalpopulismus

Ideologisch wird diese gigantische Säuberungswelle mit dem üblichen Verfolgungswahn und irren Verschwörungstheorien legitimiert. Kaczyński sieht sich im ewigen Windmühlenkampf gegen den Układ (wörtlich übersetzt: Das Netz). Damit meint der PiS-Führer ein Machtsystem von Netzwerken in Teilen der Geheimdienste, der Politik, der organisierten Kriminalität und der Wirtschaft, das sich während der Systemtransformation etabliert haben und in dem alte kommunistische Seilschaften wirksam sein sollen. Ironischerweise beschrieb Kaczyński mit diesem politischen Slogan nur den realdemokratischen Machtalltag in den meisten Staaten der Semiperipherie - und zunehmend auch in den Zentren.

Offenbar handelt es sich hier um eine verschwörungstheoretische Projektion von "zu kurz gekommenen" rechten Wenderevolutionären, die nun daran gehen, die konkurrierenden neoliberalen Seilschaften im Namen des Antikorruptionskampfes

durch eigene rechte Seilschaften zu ersetzen. Die polnische Rechte beschimpft somit erfolgreiche neoliberale Karrieristen als "Kommunisten".

Die rechten Säuberungen in Polen fügen sich somit in das Muster rechtspopulistischer oder ordinär faschistischer "Regierungspolitik", wie sie auch in den USA Trumps oder - hier besonders extrem - in der Türkei Erdogans praktiziert wird. Zum einen wird so Opposition ausgeschaltet und Macht akkumuliert, zum anderen können hierdurch die eigenen Seilschaften und bewegungsinterne Rackets versorgt und befriedigt werden. Deswegen scheinen die Säuberungen auch kein Ende zu nehmen, immer neue Staatsbereiche zu erfassen, in denen es de facto keinen Widerstand gegen das Regime mehr gibt. Es geht nicht mehr um die Ausschaltung von Opposition, sondern um die Versorgung der eigenen Gefolgschaft.

Ein weiteres Charakteristikum, das Polens Populisten mit ähnlichen reaktionären Bewegungen in Europa und den USA teilen, stellt die ideologische Amalgamierung des Sozialen mit dem Nationalen dar. Die PiS hat es verstanden, soziale Demagogie mit Xenophobie zu verbinden. Insbesondere das tatsächlich eingeführte Kindergeld in Höhe von 120 Euro ab dem zweiten Kind, das vor allem verarmten kinderreichen Familien zugutekommt, hat zur Legitimierung der PiS beigetragen. Zugleich wurde die Rhetorik gegen Flüchtlinge

massiv verschärft und mit dezidiert faschistischem Vokabular angereichert ("Krankheitsüberbringer" etc.) Ohne Übertreibung kann konstatiert werden, dass diese Strategie beim Sieg der PiS bei den Parlamentswahlen entscheidend war.

Zudem kann sich Kaczyński auf die konservativen Teile der polnischen Gewerkschaftsbewegung verlassen. Polens traditionsreiche Gewerkschaft NSZZ Solidarność ("Solidarität") wirkte im europäischen Vergleich schon immer wie ein Unikat, da in den Reihen ihrer Funktionäre und Mitglieder eine konservative politische Strömung dominiert. Diese konservative Grundausrichtung innerhalb der Solidarność kommt immer wieder in der kaum verhüllten Unterstützung für die PiS zum Ausdruck. Im Vorwahlkampf zu den Parlamentswahlen 2011 organisierten die Gewerkschaftler etwa eine ihrer sehr seltenen Massendemonstrationen, um von der liberalen Regierung Tusk eine Erhöhung des Mindestlohns zu fordern. Im März 2013 beteiligte sich die Solidarność auch an dem groß angelegten "Generalstreik" in Südpolen, der ebenfalls der neoliberalen Regierung Tusk sozialpolitische Zugeständnisse abringen sollte. Während der Regierungszeit der konservativen PiS trat die Solidarność hingegen kaum mit Protesten in Erscheinung.

Der Sieg der PiS kam für die meisten Beobachter aber tatsächlich überraschend, da er auf den ersten Blick ökonomisch dysfunktional

ist. Polen hat als eines der wenigen Länder Europas eine Rezession während der Weltwirtschaftskrise 2008/09 vermeiden wie auch ein gutes Wirtschaftswachstum und eine spürbare Reduzierung der Arbeitslosenquote erreichen können. Doch die offiziellen, oft auch im Westen kolportierten Zahlen, die aus Polen ein neoliberales "Erfolgsmodell" machen, übersehen die enorme soziale Spaltung des Landes - zumal die nach dem EU-Beitritt sinkende Arbeitslosigkeit größtenteils auf die massive Arbeitsmigration aus Polen zurückzuführen ist. Der aufstrebenden urbanen Mittelklasse Polens steht eine große, sozial abgehängte Schicht verarmter Menschen gegenüber. Die PiS vermochte es gerade, mittels umfassender sozialer Versprechen, wie Forderungen nach Erhöhung des Mindestlohns und der Senkung des Renteneintrittsalters, diese verarmten Bevölkerungsschichten anzusprechen.

Die soziale Demagogie der polnischen Rechtspopulisten war so erfolgreich, dass sie die neoliberal deformierte polnische Sozialdemokratie, die als "Vereinigte Linke" an der für Parteienallianzen geltenden 8-Prozent-Hürde knapp scheiterte, um den Eintritt ins Parlament brachte. Somit reichten der PiS ihre knappen 37,5 Prozent, um die absolute Mehrheit im polnischen Parlament, dem Sejm, zu erringen. Neben der sozialen Demagogie war es auch die massiv geförderte Xenophobie, die zum Revival der

polnischen Rechten beitrug. Es waren nicht nur polnische Nazis und Klerikalfaschisten, die auf Demonstrationen gegen die Aufnahme von muslimischen Flüchtlingen protestierten, auch die PiS-Führung hat im Wahlkampf die antimuslimische Hysterie massiv geschürt, indem prominente Parteimitglieder vor islamistischen Terroristen oder durch Flüchtlinge eingeschleppte Krankheiten warnten.

Konfrontationskurs mit Deutschland

Die PiS vollzog nach der Machtübernahme eine Art Schock-Strategie: Kaczyński agiert tatsächlich als das informelle Machtzentrum der neuen Rechtsregierung, die nach ungarischem Vorbild mit aller Macht in kürzester Zeit Fakten schaffen will, indem vermittels einer Flut von neuen Gesetzen, die in Windeseile durchs Parlament gepeitscht werden, alle möglichen bürgerlich-demokratischen "checks and balances" weitestgehend abgebaut werden, damit die PiS eine größtmögliche Machtfülle akkumulieren kann. Genau diese Vorgehensweise hat auch die ungarische Rechtsregierung nach dem Wahlsieg Viktor Orbáns gewählt - und genauso agierte Donald Trump Anfang 2017.

Was aber die "Graue Eminenz" Kaczyński von einem Trump unterscheidet, ist der nationalistisch-antiimperialistische Zug seiner Politik und Ideologie. Hierbei ist die außenpolitische Wirkung dieser "Entdemokratisierung" Polens entscheidend. Es geht der

polnischen Rechten auch um eine Absicherung der Machtvertikale, um eine starke Machtkonzentration, da sie sich vor entscheidenden Auseinandersetzungen sieht, bei denen gewissermaßen auf eine "Kriegslogik" zurückgegriffen wird. Kaczyński geht auf offenen Konfrontationskurs mit Deutsch-Europa - und in den kommenden Auseinandersetzungen will Warschau eine möglichst geringe Angriffsfläche bieten.

Die rechtsliberalen Regierungen der "Bürgerplattform" (PO - Platforma Obywatelska) kooperierten ohne größere Friktionen mit Berlin, sodass Polen als einer der zuverlässigsten Verbündeten der europaweit zunehmend isolierten BRD galt. Die FAZ formulierte das folgendermaßen: "Vor allem aber war Polen in den vergangenen Jahren eine der Stützen der von einer Krise in die andere taumelnden EU - und hat deshalb nun ein umso größeres Potential, sie in Schwierigkeiten zu stürzen." Der polnische Verbündete, der Berlin etwa während der Griechenland-Krise den Rücken freihielt, wandelt sich nun in einen geopolitischen Gegner.

Die "Financial Times" brachte die Folgen dieser zunehmenden nationalstaatlichen Auseinandersetzungen in der EU - die inzwischen nur noch eine institutionelle Bühne für zunehmende zwischenstaatliche Machtkämpfe darstellt - in einem Kommentar ("Germany's Isolation Within Europe Is Growing") auf den Punkt. In den "Merkel-Jahren" sei Deutschland zu dem "unangefochtenen

Führer der EU" aufgestiegen, doch habe eine Krisenkaskade (Eurokrise, Migration, Terrorismus, drohender Austritt Großbritanniens) dafür gesorgt, dass Deutschland auf europäischer Ebene nun "isolierter ist als seit vielen Jahren". Neben den Verstimmungen mit Südeuropa seien nun die Beziehungen Berlins sowohl mit Frankreich als auch mit Polen nachhaltig getrübt. Im Klartext: Der Bestand der EU in der gegenwärtigen Form steht angesichts der zunehmenden Krisendynamik offen zur Debatte - und die polnische Rechte macht hierfür mobil.

Mit dem sich abzeichnenden Zerfall der EU als eines institutionellen Rahmens des europäischen Binnenmarktes wird nun auch die vorher tabuisierte wirtschaftliche Dominanz der BRD in ihrer osteuropäischen Peripherie offen thematisiert. Mittels einer "Renationalisierung" des polnischen Medienmarktes will die PiS auch die "Dominanz des deutschen Kapitals" in Polen zurückdrängen, wie die Süddeutsche Zeitung panisch berichtete. Der Kaczyński-Vertraute Krzysztof Czabański habe erklärt, dass "der hohe Anteil ausländischen Kapitals" auf dem polnischen Pressemarkt "krankhafte Ausmaße" angenommen habe: "Die Regionalpresse ist wohl schon zu hundert Prozent in fremden Händen." Auch die Regierungssprecherin Kruk thematisierte die "Dominanz deutschen Kapitals in den Medien", die nun mittels einer "Repolonisierung polnischer Medien" gemindert werde.

Damit dürften schwere Zeiten auf den Verlag der "Passauer Neuen Presse" zukommen, der nahezu alle polnischen Regionalzeitungen aufgekauft hat. Auch bei Bauer, Burda und vor allem beim Springer-Verlag dürften die Alarmglocken läuten, da Letzterer in Polen mit dem Bild-Klon Fakt das auflagenstärkste Boulevardblatt herausgibt und mit Newsweek Polska ein besonders regierungskritisches Wochenblatt im Angebot hat. Diese drohende "Repolonisierung polnischer Medien" dürfte den materiellen Kern der inbrünstigen Sorge der deutschen Journaille um Presse- und Meinungsfreiheit in Polen bilden.

Dabei war es nicht zuletzt die rücksichtslose Durchsetzung nationaler Interessen durch die BRD im Sommer 2015, als an Griechenland ein abschreckendes Exempel statuiert wurde, um künftigen Widerstand gegen die deutsche Dominanz in Europa im Keim zu ersticken, die dieses Aufschäumen des Nationalismus in Polen und anderen Ländern Europas befeuerte. Polens Nationalisten machen gegen die nationalistische Europapolitik Berlins mobil. Die Flüchtlingskrise bot der polnischen Rechten nur den willkommenen Vorwand, um Xenophobie und die Angst vor der zunehmenden Dominanz Berlins ideologisch zu verschmelzen. Wie erwähnt, hat die PiS-Führung im Wahlkampf die antimuslimische Hysterie massiv geschürt, wobei führende Parteimitglieder auch gegen die einsame - wohl aus Publicitygründen nach der

Griechenlandkrise getroffene - Entscheidung Merkels wettern, die Grenzen kurzfristig zu öffnen.

Die antiislamische Xenophobie verschmilzt in dieser "polnischen Ideologie" mit dem antideutschen Element. Und selbstverständlich scheint die antiislamische Hysterie gegen Migranten in Polen einfach irre angesichts der Tatsache, dass das Land den europaweit niedrigsten Ausländeranteil mit knapp 0,5 Prozent aufweist und Millionen von Polen das Land als Arbeitsmigranten verlassen mussten. Aber hier zeigt sich auch die Logik der eskalierenden Krisenkonkurrenz: Die Migranten aus dem arabischen Raum werden unbewusst als Konkurrenten wahrgenommen, die die Preise der Ware Arbeitskraft in Europa drücken werden.

Im Umfeld der PiS wird die deutsche Dominanz ausführlich auf ebendieser verzerrten nationalistisch-xenophoben Ebene thematisiert, sodass es scheint, als ob diesmal die polnische Rechte nicht in Moskau, sondern in Berlin ihren Hauptfeind erblickt. Das konservative Nachrichtenmagazin Wprost fragte kurz nach dem deutschen Diktat gegenüber Hellas, ob man sich "vor dem 4. Reich" fürchten müsse, da die "eiserne Kanzlerin" mit Europa das anstelle, was "die Wehrmacht vor 70 Jahren machte". In dem konservativen Wochenblatt wSieci lamentierte man über die "Sonderwege" der Deutschen, die sich als "die Lehrmeister Europas" aufführten. Die "deutsche Hegemonie" sei das "neue Problem Europas", hieß es

auch Ende Oktober auf der größten polnischen Internetplattform wp.pl. Nach dem Wahlsieg fordern PiS-Leute - unter Verweis auf die offene Vernichtung der staatlichen Souveränität Griechenlands durch Berlin - offen eine "Begrenzung der Rolle Deutschlands" in der EU, wie es etwa der PiS-Politiker Zdzisław Krasnodębski formulierte.

Der eingangs erwähnte polnische Verteidigungsminister Antoni Macierewicz personifiziert diesen Kurswechsel perfekt, der einer Rückkehr zur früheren außenpolitischen Konfrontationspolitik der PiS gleichkommt. Macierewicz propagiert wirre Verschwörungstheorien, wonach der Absturz der polnischen Präsidentenmaschine 2010 in Smolensk, bei dem neben 94 polnischen Staatsvertretern auch der damalige Präsident Lech Kaczyński zu Tode kam, eigentlich ein russischer Mordanschlag gewesen sei. Die erste Kaczyński-Koalition hat sich bemüht, mittels der damals in Polen und Tschechien geplanten US-Raketenabwehr einen Keil zwischen Deutschland und Moskau zu treiben, nachdem Berlin und Moskau den Bau der ersten Nordseepipeline beschlossen hatten - Macierewicz bemühte sich hingegen nach dem beschlossenen Ausbau derselben, die USA und die NATO dazu zu bringen, Atomwaffen, die derzeit in Südwestdeutschland lagern, auf dem Territorium Polens zu stationieren. Auch die von Warschau durchgesetzte Verlegung von US-Truppen auf polnisches Gebiet

muss im Kontext dieser Strategie gesehen werden: Die Einheiten der US-Army sollen als Sicherheitsgaranten dienen.

Nichts wäre dabei verkehrter, als in schlechter "antiimperialistischer" Tradition dem antideutschen polnischen Nationalismus eine objektiv progressive Tendenz anzudichten. Der Wahlsieg der PiS - die ähnlich der CSU über eine weit offene Flanke gegenüber faschistischen Strömungen verfügt - ist eingebettet in einen stürmischen Aufschwung der extremistischen polnischen Rechten, der zu einer krisenbedingten Renaissance des Antisemitismus führt. Während die PiS die Europafahnen aus polnischen Staatseinrichtungen entfernen ließ, haben polnische Neonazis in Wrocław den Nationalfeiertag damit begangen, dass sie neben EU-Fahnen auch Juden-Puppen verbrannten - von den reichlich vertretenen Polizeikräften absolut unbehelligt. Polens Antisemiten haben das innovative Kunststück vollbracht, den neuen europäischen Antiislamismus mit dem alten europäischen Antisemitismus zu vereinigen, indem sie "den Juden" für die gegenwärtige Flüchtlingskrise verantwortlich machten.

"Europäisierte" Rechte

Auf den alljährlichen Manifestationen der polnischen Rechten am 11. November wird das ganze Ausmaß des Aufstiegs der extremen polnischen Rechten sichtbar, die einen Prozess der

Ausdifferenzierung durchlief und nicht mehr durch die klerikale Rechte dominiert ist. Von Monarchisten, führergeilen Nazis, altpolnischen Klerikalfaschisten, ordinären Rassisten bis hin zu bürgerlich auftretenden Rechtspopulisten war dort alles zu finden, was sich auch auf einer gewöhnlichen Pegida-Demo in Deutschland herumtreibt. Wobei die allgemeine Wahrnehmung Polens als einer wirtschaftlich "deutschen Kolonie" die einzige, verzerrte Spur von Realität in deren absurden und brandgefährlichen Fantasiegebilden darstellt.

An diesen Märschen, an denen landesweit zu bis 50.000 "Patrioten" aller Schattierungen teilnehmen, wird somit der Wandel der polnischen Rechten in den vergangenen Jahren evident, die seit dem Eintritt Polens in die EU einen Prozess der "Europäisierung" durchlief, bei dem sich die rechte Szene Polens denjenigen in Westeuropa anglich.

Die spezifisch polnischen rechtskatholischen Gruppierungen sind in der Defensive, obwohl sie immer noch - vor allem in der Peripherie - einen Machtfaktor darstellen können. Eine zentrale Figur ist hier der Redemptorist Tadeusz Rydzyk, der ein regelrechtes katholisches Medienimperium aufbaute. Dieser katholische Medienkonzern umfasst unter anderen den Fernsehsender Trwam ("Ich harre aus"), den wegen seiner antisemitischen Inhalte berüchtigten Radiosender Radio Maryja und eine Medienakademie, in der

nationalkatholisch indoktrinierter Journalistennachwuchs ausgebildet wird. Verfolgt wird eine nationalkatholische, oftmals mit antisemitischen Projektionen und wilden Verschwörungstheorien einhergehende Politik.

Im Aufwind befinden sich in Polen hingegen rechtsextreme Kräfte, die in ihrer ideologischen Ausrichtung den faschistischen Gruppierungen anderer westeuropäischer Länder ähneln. Die wichtigste politische Partei stellt innerhalb dieses Spektrums die Nationale Wiedergeburt Polens (NOP - Narodowe Odrodzenie Polski) dar, die teilweise an die klassische nationalsozialistische Ideologie anknüpft, ohne sich jedoch gänzlich vom Katholizismus zu trennen, da dieser auch von der NOP als integraler Bestandteil des polnischen Nationalbewusstseins aufgefasst wird. Des Weiteren gibt es eine starke, gut vernetzte rechtsextreme Hooliganszene wie auch viele lose vernetzte und regional agierende Skinheadgruppen. Aus ebendiesem Spektrum rekrutiert sich ein Teil der in die staatlich organisierte Territorialverteidigung drängenden Milizionäre.

Daneben hat sich mit der Modepartei Kukiz'15 eine typische "postmoderne" rechte Kraft im Parteienspektrum etabliert, die durchaus mit den rechtspopulistischen Parteien Westeuropas - mit FPÖ, SVP oder AfD - verglichen werden kann. Die "Führerpartei" konnte bei den letzten Parlamentswahlen aus dem Stand 9 Prozent

der Stimmen holen, wobei sie keine eindeutige ideologische Festlegung vornimmt und sich selber als Heimat unterschiedlicher politisch rechter, "patriotischer" Strömungen versteht. Gegründet wurde die auf glatte, gewissermaßen "warenkonforme" Ästhetik setzende Partei vom ehemaligen Rockmusiker Paweł Kukiz, der einen autoritären politischen Kurs verfolgt: inklusive der Propagierung einer starken Führung, Forderungen nach dem Mehrheitswahlrecht sowie antieuropäischer, antiliberaler und antideutscher Positionen.

Kukiz war ursprünglich rechtsliberal ausgerichtet, er hat sogar mit der Bürgerplattform PO des Donald Tusk zwischen 2005 und 2007 zusammengearbeitet. Sein großer Rechtsschwenk erfolgte 2010 im Zuge der Auseinandersetzungen mit Erika Steinbach und dem deutschen Revanchismus. Die gewissermaßen zivile Fassade der Bewegung täuscht aber über die mitunter rechtsextremistischen Kräfte hinweg, die in der Sammelpartei eine politische Heimat fanden. Während des Wahlkampfes arbeitete Kukiz'15 auch mit den Nazis des militanten Ruch Narodowy (Volksbewegung) zusammen, die im Gegenzug für ihre Wahlkampfhilfe etliche aussichtsreiche Listenplätze zugesprochen bekamen - und nun fünf der 42 Parlamentsplätze von Kukiz' 15 im polnischen Sejm besetzen.

Die Verflechtung zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ist charakteristisch für die polnische Rechte, die

derzeit bemüht ist, Polen in eine Postdemokratie zu transformieren: Die Institutionen der bürgerlichen Demokratie sind noch vorhanden, aber sie stellen bloße Attrappen dar, hinter denen gnadenlose Machtpolitik, autoritäre Tendenzen und Konkurrenzkämpfe von Rackets und Seilschaften toben. Insbesondere der eingangs erwähnte Aufbau der - von rechten Kräften durchsetzten - Territorialverteidigung hat das Potenzial, in Wechselwirkung mit der Krisendynamik der Faschisierung Polens Vorschub zu leisten. Es ist gut möglich, dass beim nächsten Krisenschub die rechte Miliz nicht zur Abwehr äußerer Bedrohungen, sondern zur Niederschlagung innerer Oppositionskräfte eingesetzt wird.

Erstveröffentlichung: April 2017

8.6 Österreich: Mit permanenten Tabubrüchen wird eine neue Normalität geschaffen

Österreichs Rechtsregierung bekennt sich immer offener zu ihrer lang verleugneten Zuneigung zum Nationalsozialismus. Ein Kommentar

Was war das für eine nationale Empörungswelle, die Österreich kurz nach der Wahl der Rechtskoalition aus FPÖ und ÖVP im Oktober 2017 erschütterte - als ein Frankfurter Satiremagazin es wagte, sich über den als "Baby Hitler" verspotteten österreichischen Regierungschef Sebastian Kurz lustig zu machen. In Reaktion auf die Satire des Titanic-Magazins wurden Strafanzeigen erstattet, Verfassungsschutzämter bemüht, Revolverblatt-Kampagnen gestartet und Unmengen von Hassmails gen Frankfurt verschickt.

Nach den ersten Monaten rechtsösterreichischer Regierungspraxis, schien es aber eher so, dass das Frankfurter Satiremagazin keine Satire, sondern eine Prognose abgeliefert habe. Der österreichische "Baby-Hitler" scheint beängstigend schnell seinen braunen Windeln zu entwachsen. Die Koalition aus FPÖ und ÖVP, deren Anhängerschaft bei jedem Hitler-Vergleich wutschäumend um sich schlägt, scheint geradezu besessen zu sein vom großen

historischen Vorbild des Nationalsozialismus. Sowohl Ästhetik als auch die Rhetorik der NS-Ära halten Einzug im politischen Alltag in Österreich.

Die mit ehemaligen Nazis besetzte Regierungsmannschaft des als "Baby-Hitler" verspotten Jungkanzlers (31) Kurz macht einerseits einfach dort weiter, wo sie im Wahlkampf aufhörte: bei der rechtspopulistischen Provokation, beim barbarischen "Tabubruch", bei dem zivilisatorische Mindeststandards zwecks Aufmerksamkeitsgenerierung bewusst unterschritten werden. Das Problem in Österreich besteht aber darin, dass diese zivilisatorischen Standards nach jahrelangen rechten Tabubrüchen so niedrig sind, dass deren Unterschreiten nur noch im tiefsten braunen Morast möglich ist.

Flüchtlinge in Kasernen "konzentrieren"

Es muss schon offener NS-Jargon sein, um in einem Land, in dem die Rechte die Hegemonie errungen hat, noch den intendierten Skandal auszulösen. Der neue österreichische Innenminister und FPÖ-Stratege Herbert Kickl sprach jüngst davon, Flüchtlinge in Österreich künftig in Lagern "konzentriert" zu "halten". Auf Nachfrage, ob Kickl damit bewusst auf den NS-Jargon zurückgreife, erklärte dieser, mit der Formulierung, "keinerlei Provokation" beabsichtigt zu haben.

Wiens Vizebürgermeisterin bezeichnete diese Entgleisung hingegen als ein "unerträgliches Spiel mit der dunkelsten Zeit unserer Geschichte". Die BBC und die New York Times meldeten, dass in der österreichischen Regierung wieder "Nazisprache" Verwendung finde. Ähnlich "nationalsozialistisch" argumentieren übrigens inzwischen auch die Rechtsausleger der CSU, deren Politiker im NS-Jargon die "finale Lösung der Flüchtlingsfrage" fordern und eine "konservative Revolution" ausrufen.

Wie sich die FPÖ den ersten Schritt in ein Konzentrationslagersystem im 21. Jahrhundert vorstellt, machte der österreichische Vizekanzler und ehemalige Neonazi Heinz-Christian Strache kurz zuvor deutlich: Er könne sich vorstellen, künftig Flüchtlinge in Kasernen unterzubringen - und diese mit einer Ausgangssperre zu belegen. Strache sprach sich somit offen für die Internierung von Flüchtlingen aus, wobei er das Recht auf Asyl generell infrage stellte: "Es braucht ja auch Ordnung, solange es noch ein offenes Asylverfahren gibt." Eine solche Freiheitsentziehung würde gegen die europäische Menschenrechtskonvention verstoßen. Kurz danach legte Strache noch einen drauf, indem er in Österreich eine "Minuszuwanderung" von Flüchtlingen forderte.

Ästhetisierung des Politischen

Der Faschismus des 20. Jahrhunderts betrieb eine exzessive Ästhetisierung des Politischen, wie sie etwa in Riefenstahls Propagandafilmen zum Reichsparteitag zelebriert wurde. Schon bei dem Wahlkampf von Sebastian Kurz finden sich solche Ansätze, etwa bei seinen Retro-Plakaten, die einfach nur einen "neuen Stil" propagieren.

Zuletzt sorgte aber die Wiederbelebung einer expliziten faschistischen Ästhetik durch FPÖ-Führer Strache für Wirbel, der seinen Tirol-Wahlkampf mit einem martialischen Trommelauftritt einleitete. Die österreichische Zeitung Der Standard berichtete, wie Strache, flankiert von "schwarz gekleideten Trommlern", in den Saal einmarschierte, "unterlegt mit martialisch-hymnischer Musik". Die Inszenierung würde gezielt "eine faschistische Ästhetik aufgreifen" und an "Versammlungen der Nationalsozialisten" erinnern, erklärte der Politologe Bernhard Natter gegenüber dem Blatt: "Die großen Trommeln, die uniforme Kleidung - es wird bewusst damit gespielt."

Die europäische Neue Rechte, die jegliche Nazivergleiche am liebsten gerichtlich verbieten möchte, marschiert im dumpfen Trommelmarsch immer offener in den braunen Sumpf. Offiziell sei alles harmlos, ein Versehen, Zufall, erläuterte eine österreichische Journalistin, inoffiziell werden diese Tabubrüche aber kalkuliert begangen. Zum einen verschaffen diese immer weiter ins Extrem

getriebenen Skandale billige Aufmerksamkeit, da ja ernsthafte Konsequenzen ausbleiben.

Andrerseits etablieren die permanenten zivilisatorischen Tabubrüche, bei denen öffentlich ausgesprochen wird, was am Stammtisch gefordert wird, eine neue "Normalität". Die Öffentlichkeit stumpft irgendwann ab, die Heftigkeit der Reaktionen auf die rechten Provokationen lässt nach, sodass diese zum normalen politischen Alltag gerinnen. Damit geht eine Verrohung der Gesellschaft einher, bei der sich ein gewaltförmiger Diskurs gegen Minderheiten oder Sündenböcke etabliert. Die Enthemmung der Sprache ist aber Voraussetzung der entsprechenden Praxis des enthemmten Übergriff, des Pogroms.

Die Rechte verschiebt somit vermittels der populistischen Provokationsstrategie, die die in der Bevölkerung vorhandenen Ressentiments schürt, das gesellschaftliche Koordinatensystem immer weiter nach rechts - solange dem kein entschiedener Widerstand entgegengebracht wird. Der Endpunkt einer solchen rechten Diskurshegemonie ist erreicht, wenn die oppositionellen Sozialdemokraten der SPÖ der regierenden FPÖ vorwerfen, zu viele Arbeitsmigranten ins Land holen zu wollen.

12-Stunden-Arbeitstag und Militär gegen Großdemonstrationen

Die Hinwendung der rechts-rechten Regierung in Wien zum offen nationalsozialistischen Jargon und zur nationalsozialistischen Ästhetik erfolgt aber auch aus einer gewissen Zwangslage heraus. Man muss der eigenen Wählerschaft irgendetwas vorsetzen, zumindest einen Teil der Wahlversprechen erfüllen.

Der Wahlkampf von ÖVP und FPÖ bestand aus einer Mischung aus Xenophobie und Rassismus, einem infantilen Führerkult um den berufspubertierenden Sebastian Kurz und der sozialen Demagogie, bei der Kürzungen bei Flüchtlingen und Ausländern mit dem Versprechen auf Wohltaten für die eigene Anhängerschaft gekoppelt wurden. Da die soziale Demagogie der Rechten sich als eben das entpuppte, was sie ist, als Demagogie, versucht die FPÖ dies nun mit einem Übermaß an Rassismus und ordinärem NS-Jargon zu kompensieren. Das Ganze scheint eine Eigendynamik zu entwickeln, da inzwischen FPÖ-Politiker Nazipropaganda zu Weihnachten verschicken.

In Wirklichkeit handelt es sich bei der rechts-rechten Wiener Regierungskoalition, die so zwanghaft im braunen NS-Dreck wühlt, um den feuchten Wunschtraum eines jeden Neoliberalen. Mit einem Paukenschlag haben Kurz und Strache kurz nach der Regierungsbildung die Rückkehr Österreichs ins 18. Jahrhundert eingeleitet, indem sie in der Alpenrepublik den 12-Stunden-Arbeitstag einführten und eine Reihe weiterer neoliberaler

"Reformen" umsetzten. Wirtschaftspolitisch wird in Wien also ein dumpfer, neoliberaler Kurs verfolgt.

Rund eine Woche nach der Ankündigung des 12-Stunden-Arbeitstages in Österreich kündigten Kurz und Strache umfassende Schikanen gegen Flüchtlinge an. Asylbewerbern soll künftig das gesamte Bargeld entwendet werden, wobei sie während ihrer Asylverfahren nur noch Sachleistungen bekommen sollen. Zudem sollen Flüchtlinge künftig zeitweilig ihre Handys abgeben. Und diese Vorgehensweise offenbart im Endeffekt den Kern rechter, nun wieder offen ins "nationalsozialistische" tendierender Politik: Wie versüßt die rechtspopulistische Regierung ihrer national gesinnten Anhängerschaft den neu eingeführten 12-Stunden-Arbeitstag? Mit Schikanen gegen die armen Schweine, die noch schlechter dran sind, als sie selber.

Derweil will man sich in Wien nicht bloß auf den intensiv geförderten Ausländerhass als Herrschaftsinstrument verlassen. Österreichs Innenminister will nicht nur Flüchtlinge "konzentrieren", sondern auch die Überwachung im Land (Wien gilt als die sicherste Großstadt Europas) massiv und schnell ausbauen.

Vor allem setzt aber die neue FPÖ-ÖVP Koalition auf das Militär zur Aufrechterhaltung von "Sicherheit und Ordnung" im Land. Kurz nach Amtsantritt ließ die Regierung das Vorgehen der

österreichischen Armee gegen Demonstrationen und Streiks bei einem Manöver proben, an dem Hunderte von Soldaten beteiligt waren. Die Mannstärke für die Armeeeinsätze im Innern solle erhöht, die "Waffenwirkung" ausgebaut werden.

Künftig könne die Armee bei "Auseinandersetzungen extremistischer Formationen" oder bei "Großdemonstrationen", die sich "gegen Österreich" richten, zum Einsatz kommen. Damit könnte das Militär auch bei antifaschistischen Protesten gegen Naziaufmärsche intervenieren, oder bei Großdemonstrationen, die sich gegen die rechts-rechte Regierung richten, wie im Januar 2018 bei einer Großdemo gegen Sozialabbau und Fremdenfeindlichkeit in Wien.

Und auch bei dieser Tendenz zur Militarisierung der Innenpolitik sind die Parallelen zum Austrofaschismus der 30er Jahre evident: 1934 wurden zuletzt Arbeiter vom Militär in Wien zusammengeschossen. Kanonen statt Butter: Dies scheint die neue, alte Devise der NS-Fans in der österreichischen Rechtsregierung zu sein.

Erstveröffentlichung: Januar 2018

8.7 Vom Rechtspopulismus zum Rechtsterrorismus

Formiert sich in und um die AfD ein rechtsterroristisches Netzwerk?

Im Herbst 2017 publik gewordene Enthüllungen zeichneten ein alarmierendes Bild der extremistischen Rechten in und um die AfD. Nach langem Schweigen und Abwiegelungsversuchen musste die Parteiführung im September 2017 einräumen, dass mehrere AfD-Mitglieder in rechtsterroristischen Strukturen aktiv waren.

Am 2. September 2017 meldete der Spiegel, dass der Komplize des mutmaßlichen Rechtsterroristen und Bundeswehrsoldaten Franco A. ein AfD-Mitglied ist. Der Oberleutnant Franco A. wurde im April 2017 verhaftet, da er gemeinsam mit zwei Gesinnungsgenossen Anschläge auf Politiker und Prominente plante, die er Islamisten in die Schuhe schieben wollte. Hierzu hat Franco A. sich unter falscher Identität als Asylbewerber registrieren lassen.

Der AfD-Mann Maximilian T., dessen Verhaftung als mutmaßlicher Komplize schon im Frühsommer 2017 erfolgte, war ebenso wie der Hauptbeschuldigte Franco A. im Jägerbataillon 291 im französischen Illkirch stationiert. Der AfD-Parteisoldat Maximilian T. war gemeinsam mit Franco A. daran beteiligt, eine Waffe auf dem Wiener Flughafen zu verstecken. Überdies hat er eine Todesliste mit dem Titel "Politik und Medien" erstellt.

Monatelang leugnete die AfD-Führung rundweg jegliche Beteiligung ihrer Mitglieder an den zunehmenden rechtsterroristischen Umtrieben in der Bundesrepublik. Nachdem die Parteiführung eine Parteimitgliedschaft der Mitglieder der mutmaßlichen Bundeswehr-Terrorzelle im Mai noch abstritt, sah sich nun ein Pressesprecher der AfD gezwungen, die Parteizugehörigkeit von Maximilian T. zu bestätigen.

AfD-Politiker will das "rot-grüne Geschmeiß auf das Schafott" schicken

Inzwischen ist die AfD in einen zweiten Skandal um rechtsterroristische Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern verwickelt. Der stellvertretende Fraktionschef der AfD im Schweriner Landtag, Holger Arppe, musste nach der Veröffentlichung seiner Chatprotokolle seinen Posten räumen und die Fraktion der AfD verlassen. Neben der Äußerung kinderpornographischer Gewaltfantasien, die offensichtlich charakteristisch für die extreme Rechte sind, ist Arppes politische Haltung hochbrisant.

Der AfD-Politiker sprach sich dafür aus, Gewalt gegen politische Gegner anzuwenden - in einer Rhetorik, die der menschenverachtenden Sprache der NSDAP gleicht. Er wolle "das rot-grüne Geschmeiß auf das Schafott" schicken und die Gegner

der Neuen Rechten in Deutschland "an die Wand stellen", hiernach in "eine Grube" schmeißen und "Löschkalk obendrauf streuen". Damit will Arppe letztendlich das Vorgehen der deutschen Polizeibataillone beim Vernichtungskrieg in der Sowjetunion imitieren.

Zugleich geht aus den Chatprotokollen hervor, dass die AfD-Größe Arppe Kontakte zu den mutmaßlichen Rechtsterroristen hatte, gegen die sich jüngst Razzien des Bundeskriminalamtes in Rostock und dem Landkreis Ludwigslust-Parchim richteten. Auch in Mecklenburg-Vorpommern sollten von den Verdächtigen Anschläge und Attentate geplant und Todeslisten angelegt worden sein. Über den Kommunalpolitiker und Anwalt Jan Hendrik H., der neben einem Polizeibeamten im Zentrum der Terrorermittlungen steht, hatte sich Arppe 2015 bereits zustimmend geäußert:

»Typ würde perfekt in unsere Reihen passen. Er hasst die Linken, hat einen gut gefüllten Waffenschrank in der Garage und lebt unter dem Motto: Wenn die Linken irgendwann völlig verrückt spielen, bin ich vorbereitet.«

Endzeitszenarien und Vorbereitungen für Bürgerkriegszustände

Bei einem Treffen haben Arppe und H. letztendlich die Möglichkeiten terroristischer Aktionen und eines gewaltsamen

Umsturzes in der Bundesrepublik ausgelotet. Hierbei habe H. dem AfD-Politiker versichert, dass es eine "Menge Leute" geben würde, die "zu allem entschlossen" seien, sollte es in Deutschland "wirklich auf eine rote Diktatur hinauslaufen. Allerdings wären zur Verteidigung des Grundstücks von H. "mindestens 30 Leute" notwendig. Überdies geht aus den Chatprotokollen hervor, dass enge Kontakte zwischen der AfD und der rechtsextremen "Identitären Bewegung" bestehen.

Alarmierend ist vor allem, dass es sich hier wahrscheinlich nicht um isolierte Vorfälle, sondern um Teile eines rechten Terrornetzwerks handelt, das eventuell bis in die Bundeswehr und die Polizeikräfte reicht. Die Razzien des BKA in Mecklenburg-Vorpommern erfolgten nach Hinweisen, die sich aus den Ermittlungen gegen Franco A. und seine mutmaßlichen Terrorhelfer ergaben, wie die Tageszeitung Die Welt berichtete.

Ein ehemaliger Soldat, der bei den Ermittlungen gegen die Bundeswehr-Terrorzelle verhört worden sei, solle die "Hinweise auf eine Gruppe von ausländerfeindlichen und bewaffneten Rechtsextremisten geliefert haben", die sich auf den "Bürgerkrieg" in Norddeutschland vorbereiteten. Es gab also offensichtlich Kontakte zwischen den mutmaßlichen Terrorzellen in Mecklenburg-Vorpommer und in Illkirch.

Fazit: Das rechtsextreme Milieu will offenbar im Fall einer Krise mittels Massenmord und Terror eine faschistische Diktatur zu errichten. Inzwischen gibt es eine Bezeichnung für dieses terroristische Milieu, erläuterte Die Welt:

"Die Ermittler bezeichnen die Verdächtigen als sogenannte Prepper, die sich auf Endzeitszenarien oder Bürgerkriegszustände vorbereiten." Abgeleitet ist dieser Begriff vom Englischen "to prepare" - sich auf etwas vorbereiten. Ursprünglich hat sich dieser Strang des Rechtsextremismus in den USA in Gestalt der dortigen militanten Milizbewegung herausgebildet.

Alexander Gauland: "Das hat nichts mit uns zu tun"

Die Führung der AfD distanzierte sich umgehend von Arppe. Alexander Gauland, gegen den ein Verfahren wegen Volksverhetzung angestrengt wurde, nachdem er die Integrationsbeauftrage Aydan Özoğuz über Anatolien "entsorgt" sehen wollte, erklärte bei einem Parteitreffen am Kyffhäuserdenkmal: "Das hat nichts mit uns zu tun."

Indes ist es gerade die Strategie der permanenten rassistischen und ausländerfeindlichen Provokationen, die von der AfD verfolgt wird, die dem Rechtsterrorismus dem Boden bereitet. Durch Gewaltphantasien und Putschträume heize das radikale Umfeld der AfD den Rechtsterrorismus an, warnte Focus unter Verweis auf das

BKA bereits 2016. Die Partei schaffe ein "Klima der Angst", das Anschläge befördere..

Der Anstieg rechter Gewalttaten, der mit dem Aufstieg der AfD einhergeht, hat in der offiziellen Statistik 2016 einen neuen historischen Höchststand erreicht. Die Zahl stieg um 35 Prozent auf 22.960 Straftaten an, mehr als doppelt so viele, wie die der Linken zugerechneten 9605 Straftaten.

Hinzu kommt die Tendenz der Polizeibehörden und der Justiz, die rechte Gewalt zu verharmlosen oder zu vertuschen, sodass viele rechte Gewaltdelikte nicht in der offiziellen Statistik auftauchen, wie die Süddeutsche Zeitung berichtete. Die Zahl der Todesopfer rechter Gewalt wird beispielsweise vom BKA mit 75 Opfern seit der Wiedervereinigung angegeben, während die in rechten Kreisen verhasste Amadeu-Antonio-Stiftung für denselben Zeitraum 178 Getötete gezählt hat.

Inzwischen scheinen die rechtsterroristischen Tendenzen auch direkt in der Partei zuzunehmen, wie die jüngsten Enthüllungen nahelegen. Diese neudeutsche braune Bewegung treibt immer weiter ins terroristische Extrem. Was auf die Bundesrepublik da noch zukommen dürfte, zeigen Äußerungen des AfD-Bundestagskandidaten und Richters Jens Maier, der sich als Terroristenversteher outete: Anders Breivik, der dutzende

Jugendliche in Norwegen bei einem Amoklauf ermordete, sei "aus Verzweiflung (!) heraus zum Massenmörder geworden", erklärte der Richter am Landgericht Dresden im April 2017.

Erstveröffentlichung: September 2017

8.8 AfD: Keiner kann mehr sagen, von alldem nichts gewusst zu haben

Muss die AfD inzwischen als eine Nazipartei bezeichnet werden, da sie immer offener an nationalsozialistische Ideologie anknüpft?

Deutschland werde "überflutet" von "kulturfremden" Völkerschaften, die Bundesregierung, das seien "Schweine", die von den "Siegermächten" ferngesteuert würden. Anfänglich hat die AfD-Frontfrau Alice Weidel abgestritten, eine Email mit solch rechtsextremistischen Inhalten überhaupt verfasst zu haben. Das Pamphlet Weidels ist in der Endphase des Bundestagswahlkampfes 2017 publiziert worden.



Alice Weidel und Alexander Gauland auf dem AfD Bundesparteitag am 23. April 2017. Bild: Olaf Kosinsky / CC-BY-SA-3.0

Offensichtlich wollte die skandalgeplagte Spitzenkandidatin der AfD bis zum Wahltag ihre Behauptung aufrechterhalten, bei ihrer rassistischen Email handele es sich um eine "Fälschung". Dennoch musste die klagefreudige Ex-Bankerin zurückrudern - und ihre Anschuldigungen "kleinlaut" zurücknehmen, wie es die FAZ formulierte. Die Journalisten drohten schlicht damit, weitere Details der Affäre zu publizieren.

Was wäre das für ein Skandal gewesen - in "normalen" Zeiten: Eine Spitzenkandidatin, die ihre wahnhaften, rassistischen Absonderungen mit der Verbreitung primitiver, leicht zu widerlegender Fälschungsanschuldigungen (im Volksmund auch "Lügen" genannt) zu kaschieren sucht. Doch im Bundestagswahlkampf 2017 ging dieser Skandal in der braunen Flut unter, die sich über die Bundesrepublik ergoss. Wen sollten noch diese Unwahrheiten interessieren, nachdem Weidels Partei den täglichen Zivilisationsbruch, die blindwütige Forcierung der Barbarei zu ihrer Wahlkampfstrategie machte?

Das skandalträchtige Einreißen zivilisatorischer Schranken ebnet einer völkischen Ideologie den Weg

Der Skandal ist eine Konstante des Aufstiegs der Neuen Rechten. Die AfD muss einerseits Skandale produzieren, die die

aufkommende Sehnsucht nach der Barbarei im Spätkapitalismus befeuern, um im Gespräch zu bleiben. Die Aufmerksamkeitsökonomie des öffentlichen Diskurses, der durch die Massenmedien mit ihrem Quotendruck geformt wird, erfordert diesen permanenten Tabubruch allein schon aus wahltaktischen Gründen. Diese Wahlkampftaktik wird von der AfD auch weiterhin bewusst verfolgt.

Sobald die rassistischen, antisemitischen oder chauvinistischen Ausfälle der AfD irgendeine Art von Kritik, gar Polemik nach sich ziehen, werfen sich die rechten "Tabubrecher" sofort in die Opferpose der "verfolgten Unschuld". Die ansonsten so verhasste politische Korrektheit soll nur für die arischen Deutschtümmler der AfD gelten, die alle anderen nach Herzenslust mit Hass überziehen dürfen. Es ist das übliche Spielchen der braunen Waschlappen - schon seit Sarrazin: Sie teilen gerne aus, ohne einstecken zu können.

Zugleich wird durch diese Taktik auch eine ins Extrem treibende ideologische Dynamik befeuert. Das Ganze "verselbstständigt" sich. Durch dieses skandalträchtige Einreißen zivilisatorischer Schranken, die in der Bundesrepublik mühsam in den Nachkriegsjahrzehnten errichtet wurden, wird somit einer ordinär völkischen Ideologie der Weg geebnet.

Dieses Ins-Extrem-Treiben der AfD transformiert die Partei in eine völkische Formation, die immer stärker ordinär "nationalsozialistische" Positionen vertritt. Die AfD als "bloße" Rechtspopulisten nach dem Muster der Schweizer SVP oder der polnischen PiS zu bezeichnen, wäre schon Verharmlosung, hier formt sich eine rechtsextremistische Nazipartei aus, wie eine Fülle von Beispielen belegt.

Heldenhafter Vernichtungskrieg

Nur wenige Tage nach dem Skandal um Frontfrau Weidel wurden Äußerungen des AfD-Führers Alexander Gauland publik, der das Recht einforderte, stolz zu sein auf die "Leistungen" der Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges. Der NS-Vernichtungskrieg, den die Wehrmacht in Osteuropa und der Sowjetunion führte, um die jüdischen und slawischen Untermenschen auszurotten und Lebensraum für die arische Herrenrasse zu schaffen, er solle nun laut Gauland ein positiver Bezugspunkt deutscher Identität werden.

Einerseits sollen die "zwölf Jahre" der Nazizeit "unsere Identität" nicht mehr betreffen, so Gauland, weshalb man sich nun "nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurückholen" werde. Anderseits solle Deutschland nun Stolz sein auf die "Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen".

Allein der Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion hat mehr

als 20 Millionen Sowjetbürgern das Leben gekostet. Länder wie Jugoslawien, Polen oder Griechenland waren einem mörderischen, auf die Auslöschung ganzer Bevölkerungen ausgerichteten Besatzungsregime unterworfen, bei dem gerade Wehrmachteinheiten eine führende Rolle spielten. Mitunter, etwa bei den von der Wehrmacht begangenen Massenmorden in Jugoslawien, wurden für jeden getöteten Nazisoldaten 100 Zivilisten erschossen.

Gauland will somit den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg zum positiven Bezugspunkt deutscher Identität oder deutschen Nationalstolzes machen. Es handelt sich somit offensichtlich um eine nationalsozialistische Erinnerungspolitik, die gezielt auf den rechten Rand der CDU/CSU abzielt, wo ja immer noch die Legende von der "sauberen Wehrmacht" gepflegt wird.

Rechte Auschwitz-Fans

Doch wieso sollte der Nationalstolz bei der Wehrmacht haltmachen? Wieso sollte man nicht auch stolz sein auf Auschwitz, was ja - wie Eichmann bekanntlich bei seinem Prozess ausführte - eine ungeheure logistische Leistung darstellte?

Dieser Ansicht waren die AfD-Anhänger, die bei einer Demonstration ihrer Partei in Jena im September 2017 Naziparolen brüllten, mit denen gefordert wurde, Gegner mit einer "U-Bahn

nach Auschwitz" abzutransportieren. Weder die in der Nähe der rechten Auschwitz-Fans befindlichen AfD-Ordner, noch die Polizeikräfte griffen ein. Inzwischen, nach einer Anzeige der evangelischen und jüdischen Gemeinde, wird gegen Unbekannt wegen des Verdachts der Volksverhetzung ermittelt. Im Nachhinein hat sich auch ein AfD-Sprecher von den Parolen distanziert.

In Sachen Auschwitz, der industriell betriebenen Vernichtung von Menschen durch Nazideutschland, herrscht aber in der AfD noch Klärungsbedarf. Während man in Jena mutig auch dieses Tabu bricht und sich offensiv dazu bekennt, gar lautstark eine erneute Inbetriebnahme der Gaskammern verlangt, will man in Niedersachsen Auschwitz als eine Geschichtslüge entlarvt haben.

Das niedersächsische AfD-Vorstandsmitglied Wilhelm von Gottberg hat in einem Beitrag für das "Ostpreußenblatt" unter Verwendung von Zitaten italienischer Neofaschisten Auschwitz als einen "Mythos" bezeichnet, der als "Instrument zur Kriminalisierung der Deutschen und ihrer Geschichte" fungiere. Der Holocaust sei ein Mythos, "ein Dogma, das jeder freien Geschichtsforschung entzogen bleibt", so von Gottberg, der hierbei zustimmend den Faschisten Mario Consoli zitierte.

Jedenfalls geht die AfD mit ihrem "tabubrechenden" neuen Geschichtsverständnis wirklich offensiv um. Die Gedenkstätte des

KZs Bergen Belsen meldete in der heißen Wahlkampfphase auf ihrer Facebook-Seite, dass die AfD an der Zufahrtsstraße zur Gedenkstätte mit "ausländerfeindlichen Plakaten" Werbung für sich mache. Die Plakate seien "nur einige Hundert Meter vom Gedenkstättengelände" angebracht worden, direkt neben einem Friedhof, auf dem "über 4500 NS-Opfer bestattet" seien.

Wahlkampf mit der Naziparole "Alles für Deutschland"

Während die Partei offensichtlich um ihr Verhältnis zu Auschwitz noch ringt, sieht es mit der SA, mit der terroristischen Sturmabteilung der NSDAP, schon ganz anders aus. An deren Traditionen wollen AfD-Politiker wie Ulrich Oehme, Bundestagskandidat im Wahlkreis Erzgebirge II, durchaus wieder anknüpfen.

Oehme machte Wahlkampf mit der Naziparole "Alles für Deutschland", die auf den Dolchen der SA eingraviert war. Nachdem er über das noch geltende Verbot dieses Spruchs informiert war, erklärte der AfD-Politiker, inhaltlich weiterhin zu dieser Aussage zu stehen, auch wenn er diese nun mit dem Spruch "Herz für Deutschland" überkleben werde - dies ist bekanntlich eine NPD-Parole.

Oehme wörtlich: "Wir dürfen unsere deutsche Sprache nicht geißeln, indem wir Sprüche, die so nahe am Leben stehen, uns

selbst verbieten." Die Sprecherin des AfD-Politikers erklärte überdies, dass er gegen diese "Einschränkung der Redefreiheit" kämpfen wolle. Neben dem SA-Spruch "Alles für Deutschland" gelte dies auch für die Naziparole "Deutschland erwache". Damit scheint der AfD-Mann den politischen Schwerpunkt seiner eventuellen parlamentarischen Arbeit umrissen zu haben: Naziparolen legalisieren. Selbst Marco Wanderwitz, CDU-Gegenkandidat in Oehmers Wahlbezirk, gibt sich keinen Illusionen hin: "Alles, was ich über Ulrich Oehme gelernt habe, ist, dass er ein reinrassiger Nazi ist. So ein Mann gehört nicht in ein Parlament."

Eine völkische NS-Partei

Und offensichtlich kooperiert die AfD längst mit Rechtsextremisten und Neonazis, wie etwa Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich bei einer Sitzung der Bundes-CDU ausführte. Demnach erhalte die AfD organisatorische Unterstützung von der NPD. Hinzu kommt die Tendenz, dass organisierte Neonazis immer häufiger auch offen bei Veranstaltungen der AfD auftreten können, da sie von der Partei geduldet werden - als eine inoffizielle Schlägertruppe. Kein Wunder somit, dass AfD-Politiker wie der Finanzvorstand Hardi Schumny inzwischen unter Druck geraten, weil sie der NPD ihrerseits mit Spenden unter die Arme griffen. Schumny erklärte seine Zuwendungen an die NPD mit "Frustrationen".

Ein weiter Nazi-Skandal entfaltete sich in dem AfD-Kreisverband Altmark-West, dessen Schatzmeister Sebastian Koch auf eine reichhaltige Erfahrung in der dortigen Naziszene zurückblicken kann. Laut Zeitungsrecherchen soll Koch "mehrere Jahre in der Neonazi-Szene aktiv" gewesen sein, er habe bis 2016 an "diversen Demonstrationen und Kundgebungen rechtsextremer Parteien und Organisationen teilgenommen". Koch sei weiterhin der "Neonazi-Szene zuzurechnen", erklärten Beobachter der Szene gegenüber der Zeitung "Volksstimme".

Für den AfD-Führer André Poggenburg war dies selbstverständlich kein Grund, Konsequenzen zu ziehen: "Es ist in Ordnung, an Kundgebungen jeglicher Richtungen teilzunehmen und sich vor Ort zu informieren. Jeder soll sich selbst ein Bild machen." Das Bild einer zunehmend völkisch ausgerichteten, rechtsextremistischen Partei komplettieren noch die ungeklärten Skandale um das rechtsterroristische Netzwerk in und um die AfD, sowie die Vernichtungsphantasien führender AfD-Politiker aus Mecklenburg-Vorpommern.

Dabei handelte es sich nicht um lauter "Einzelfälle", sondern um den Ausdruck einer extremistischen Tendenz. Die rechten Populisten in der AfD vom Schlage einer Frauke Petry sind längst in der Defensive, sie verlieren an Boden gegenüber den völkisch-nationalistischen Kräften, wie etwa Die Zeit in einem Bericht aus

Sachsen konstatierte. Die Verfilzung zwischen AfD, Pegida und offen extremistischen Kräften wie der "Identitären Bewegung" scheint irreversibel vorangeschritten.

Längst warnen Aussteiger wie die ehemalige AfD-Jugendfunktionärin Franziska Schreiber eindringlich vor der extremistischen Partei. Der völkische Flügel sei schon länger in der AfD "dominant", so Schreiber, laut der die bewusst provozierten Skandale des NS-Flügels als eine innerparteiliche Machtstrategie fungierten: Hierdurch sollen nicht-völkische Gruppierungen endgültig aus dem Parteiapparat verdrängt werden. Die völkische Transformation der AfD sei irreversibel, so Schreiber: "Die Partei ist verloren."

Angesichts dieser evidenten, ordinär faschistischen Tendenzen, brachte es zumindest der Tagesspiegelüber sich, in einem Kommentar die AfD nicht mehr zu verharmlosen - und, wie ansonsten üblich, als "Populisten" oder "Rechtskonservative" zu bezeichnen. Der "völkische Reinheitsgedanke", durchziehe, ebenso wie der Geschichtsrevisionismus, wie ein roter Faden das Grundsatzprogramm der AfD:

»Die Alternative für Deutschland ist eine rechtsextreme Partei, die versucht, völkisches Denken in Deutschland wieder hoffähig zu machen. Sie strebt ein ethnisch homogenes Deutschland an. Sie will

die deutsche Geschichte revidieren. Sie ist gefährlich.«

Und eben dieser "völkische Reinheitsgedanke", der alles Artfremde, Schwache oder "Kranke" am halluzinierten "Volkskörper" ausmerzen will, bildet das zentrale Element nationalsozialistischer Ideologie. Die AfD knüpft somit immer deutlicher an NS-Ideologie an, sie wandelt sich zu einer extremistischen Nazipartei. Hierüber dürften, auch gerade am Wahltag, dem 24. September 2017, keine Illusionen mehr geherrscht haben. Jeder, der sein Kreuz bei der AfD machte, wusste ganz genau, was er damit anrichtet. Nicht dass es bei der nächsten Entnazifizierung wieder heißt, man habe von alldem nichts gewusst.

Erstveröffentlichung: September 2017

8.9 Eine ganz normale (Nazi-) Partei?

Die AfD agiert zunehmend als eine rechtsextreme Formation, die sich einen populistischen Flügel hält

Laut Medienrecherchen waren im Frühjahr 2018 mindestens 27 Mitarbeiter der AfD dem rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnen. Wenn aber der Nazi-Skandal zum Alltag wird, dann setzt eine gewisse Routine ein: Immer wieder werden rechtsextreme, menschenverachtende Ausfälle aus dem Dunstkreis der AfD publik - und wieder blocken AfD-Größen jedwede Konsequenzen ab.

Mitte 2018 war es der rechtsextreme parlamentarische AfD-Mitarbeiter Marcel Grauf, dessen Chatprotokolle der vergangenen vier Jahre der Wochenzeitung Kontext vorlagen - und die ein geschlossenes faschistisches Weltbild belegten. Grauf arbeitete für die AfD-Abgeordneten Christina Baum und Heiner Merz im baden-württembergischen Landtag.

Internetkorrespondenz aus vier Jahren des "Mitdreißigers" konnte von Kontext ausgewertet werden. Unter seinen Dialogpartnern waren neben AfDlern "Neurechte, NPD-Funktionäre, Mitglieder rechter Studentenverbindungen". Die Korrespondenz wurde von 2013 bis Ende 2017 unter Pseudonym auf einem zweiten, anonymen Facebook-Account Graufs geführt.

Grauf, der Mitglied der Burschenschaft Germania Marburg war, ist verbunden mit Philip Stein, der im parteiinternen Netzwerk um den Strippenzieher Götz Kubitschek aktiv ist. Er leitet die Bewegung "Ein Prozent für unser Land", die sich selbst als "Deutschlands größtes patriotisches Bürgernetzwerk" versteht. In dem "Bürgernetzwerk" sind laut Kontext Identitäre, Neonazis, Hooligans und weitere ausländerfeindliche Parteiströmungen organisiert.

"Knietief im Blut" auf "Leichen pissen und auf Gräbern tanzen"

In seiner Internetkorrespondenz bringt Grauf seine Verehrung für Adolf Hitler und Mussolini zum Ausdruck, er äußert sich zustimmend zum Massenmörder Breivik und zum Rechtsterrorismus. Die Chatprotokolle sind gespickt mit ausländerfeindlichen, antiislamischen und antisemitischen Äußerungen. Afrikaner werden als Neger beschimpft, Araber als Sandneger, Muslime sollen generell zum "untermenschlichen Verhalten" neigen, was an ihrer "Rasse" liege. Behinderte werden als "Mongos" beschimpft. Geldprobleme ließen sich durch die Besteuerung von Juden lösen, so Grauf, der einen Bekannten im Februar 2016 fragte, ob er lieber Sophie Scholl oder Anne Frank vergewaltigen würde.

Die Gewaltfantasien des Nazis Grauf - der stolz darauf ist, am selben Tag wie Breivik Geburtstag zu haben - kulminieren im

Wunsch nach Bürgerkrieg und Massenmord "mit Millionen Toten", gerne auch "mit Frauen und Kindern". Grauf möchte auf Leichen pissen und auf Gräbern tanzen:

»Ich wünsche mir so sehr einen Bürgerkrieg und Millionen Tote. Frauen, Kinder. Mir egal. Hauptsache es geht los. Insbesondere würde ich laut lachen, wenn sowas auf der Gegendemo passieren würde. Tote, Verkrüppelte. Es wäre so schön. Ich will auf Leichen pissen und auf Gräbern tanzen. SIEG HEIL!«

Der Todestrieb des Faschismus, der diesen zum europäischen Bruder des Islamismus macht, wird anhand dieser menschenverachtenden Aussagen des parlamentarischen AfD-Mitarbeiters evident. Den SPD-Politiker Gabriel würde der parlamentarische Mitarbeiter der AfD "am liebsten abknallen".

Grauf bringt in der Korrespondenz seiner Hoffnung Ausdruck, "dass es bald knallt", zudem droht er an, "irgendwann" noch auszurasten. Er sei voller Hass, "könnte auch übelst durchdrehen", so der Breivik-Bewunderer, der Niemanden verurteilen könne, "der ein bewohntes Asylantenheim anzündet".

Marcel Grauf verfasst für die AfD-Parlamentarier Christina Baum und Heiner Merz unter anderem Pressemitteilungen und parlamentarische Anfragen. Der Breivik-Fan, der sich Millionen Tote Frauen und Kinder wünscht, schrieb unter anderem einen Antrag

der AfD zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum "Linksextremismus und Linksterrorismus in Baden-Württemberg".

Wie weit die Akzeptanz solcher nationalsozialistischen Ideologie innerhalb der AfD bereits gediehen ist, wurde an den Reaktionen der AfD-Abgeordneten deutlich, für die Grauf im baden-württembergischen Landtag arbeitet. Die Landtagsabgeordnete Christa Baum erklärte, sie könne nicht nachvollziehen, dass die "jugendliche Vergangenheit meines Mitarbeiters" überhaupt von Interesse sei. Zudem arbeite Grauf sehr gut. Grauf ist Mitte 30, seinen betreffenden Facebook-Account hat er 2017 deaktiviert. Noch 2016 sammelte er Unterschriften für die NPD Baden-Württemberg und hatte Kontakt zu deren Chef, Alexander Neidlein. Der AfD-Abgeordnete Heiner Merz, der ebenfalls auf die Talente des Rechtsextremisten zurückgreift, äußerte sich zu diesen Vorgängen überhaupt nicht.

Beständige Rechtsverschiebung

Dieser besonders krasse Skandal reiht sich somit in einen seit Jahren bestehenden Trend ein. Bislang haben sich bei parteiinternen Auseinandersetzungen immer die Kräfte in der AfD durchgesetzt, die die Partei weiter nach rechts treiben wollen. Die AfD wandelte sich seit ihrer Gründung von der reaktionären Professorenpartei eines Henkel und Lucke über die

rechtspopulistische Formation der Frauke Petry bis zum gegenwärtigen Zustand, in dem schon rechtsextreme Kräfte um Höcke, Poggenburg und den Wehrmachts-Fan Gauland tonangebend sind.

Sachsen-Anhalts ehemaliger AfD-Chef André Poggenburg etwa beschimpfte Türken als "Kameltreiber" und sprach im reinsten Nazijargon von Linken als von "Wucherungen am deutschen Volkskörper" - und dennoch ist er weiterhin Mitglied der AfD, der Fraktion und des Fraktionsvorstands. Poggenburg musste zwar zurücktreten von seinem Posten als Landesvorsitzender, doch hierfür wurde er mit einer neuen parlamentarischen Aufgabe entschädigt: Der Mann, der in Nazisprache von "Wucherungen am Volkskörper" schwadroniert, leitet nun die Enquetekommission zu Linksextremismus im Landtag von Sachsen-Anhalt - dank der Unterstützung der CDU.

Und auch Björn Höcke darf weiterhin in der AfD bleiben, nachdem ein noch von Frauke Petry in die Wege geleitetes Parteiausschlussverfahren abgeschmettert wurde. Die Rechtspopulistin Petry ist kurz nach der Bundestagswahl aus der Partei ausgetreten, da sie den Machtkampf gegen rechtsextreme Kräfte um Höcke verloren hat. Eingeleitet wurde das Parteiausschlussverfahren aufgrund einer antisemitischen Rede Höckes Anfang 2017, in der er ein Ende der Erinnerung an den von

Deutschland begangenen Völkermord an den Juden Europas forderte.

Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden, zeigte sich damals bestürzt über die Relativierung des schwersten "und in diesem Ausmaß einzigartigen Menschheitsverbrechen der Geschichte" durch Höcke, der das Andenken an sechs Millionen ermordete Juden mit Füßen trete. Schuster wörtlich: "Die AfD zeigt mit diesen antisemitischen und in höchstem Maße menschenfeindlichen Worten ihr wahres Gesicht. Dass 70 Jahre nach der Schoah solche Aussagen eines Politikers in Deutschland möglich sind, hätte ich nicht zu glauben gewagt."

Am 9. Mai gab die AfD ihre Entscheidung bekannt, Höcke nicht aus der Partei auszuschließen. Die Äußerungen Höckes - der bei anderen Gelegenheiten gerne Goebbelsreden imitiert - würden keine Nähe zum Nationalsozialismus aufweisen, hieß es in der Begründung des Landesschiedsgerichts Thüringen, das den Antrag des Bundesvorstands ablehnte.

AfD als Nazi-Partei?

Bei der Entscheidung des thüringischen Schiedsgerichts der AfD dürfte es sich aber vor allem um eine Machtfrage gehandelt haben, wie Untersuchungen zur politischen Dynamik innerhalb dieser rechtsextremistischen Formation nahelegen - gerade an der

"Basis".

Der an der TU Dresden tätige Extremismusforscher Steffen Kailitz erklärte schon Mitte Februar 2018, dass die Partei sich zu einem Sammelbecken für Rechtsextreme entwickle, vor allem im "ostdeutschen Länderdreieck Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt". Seit dem Ausscheiden der Rechtspopulistin Frauke Petry sei die letzte "zumindest für AfD-Verhältnisse deutliche Stimme gegen eine Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Gruppen verschwunden", so Kailitz. Nun würden rechtsextremistische Strömungen immer stärker die Oberhand gewinnen. Anhänger von Pegida und der identitären Bewegung würden völlig ungeniert mit der AfD zusammenarbeiten.

Inzwischen treibe dieser rechtsextreme Flügel um Höcke den Rest der AfD vor sich her, der Thüringer AfD-Chef sei der starke Mann im Hintergrund, so Kailitz: "Die rechtsextremen Kräfte dominieren die AfD-Landesverbände von Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt inzwischen ganz klar." Auf Bundesebene sehe es auch nicht besser aus. Alexander Gauland, der bekanntlich stolz auf die "Leistungen" der Wehrmacht im deutschen Vernichtungskrieg ist, bezeichnete Höcke öffentlich als seinen Freund. Gauland zähle auch zu den Erstunterzeichnern der sogenannten Erfurter-Resolution, die von Höcke und Poggenburg 2015 initiiert wurde - und die als Gründungsmanifest des völkischen Flügels der AFD gelte.

Im Frühjahr 2018 wurde gerichtlich geklärt, dass die klagefreudige AfD öffentlich als eine rechtsextreme Partei bezeichnet werden kann. Ein entsprechendes, Mitte April gefälltes Urteil des Gießener Landesgerichts setzte einen Präzedenzfall und stellte klar, dass die Bezeichnung der AfD als rechtsextremistisch von der Meinungsfreiheit gedeckt sei - es liege hier somit keine Verleumdung oder Ähnliches vor.

Die Dominanz völkischer Kräfte, bis in die Spitze dieser Partei, lässt nun die Frage aufkommen, ob man die AfD nicht auch als eine ordinäre Nazipartei bezeichnen könne. Die völkische Ideologie bildet bekanntlich einen Kernbestandteil des nationalsozialistischen Wahnsystems. Björn Höcke etwa, der nun zum starken Mann der AfD aufsteigt, wurde von den SPD-Politikern Thomas Oppermann und Ralf Stegner als Nazi bezeichnet, ohne dass dieser mit Klagen darauf reagiert hätte.

Wenn eine Partei wie die AfD von Politikern dominiert wird, die Hitler verharmlosen, wenn gewaltbereite, in Vernichtungsfantasien schwelgende Rechtsextremisten in ihren Strukturen ein Auskommen finden, wenn inzwischen auch die Sozialverbände Parallelen zwischen der AfD-Hetze und der Nazizeit ziehen, dann ist die Frage nach dem Charakter dieser rechtsextremen Bewegung nicht nur erlaubt, sondern auch geboten. Es grenzt somit an Komplizenschaft, diese braune Brut nicht bei ihrem Namen zu

nennen.

Erstveröffentlichung: Mai 2018

8.10 AfD: Die Partei für die weniger Intelligenten?

Breite empirische Erhebung zeigt eindeutigen Zusammenhang zwischen niedrigerem Intelligenzquotient und rechter Gesinnung auf

Zwischen August und September 2017 erweiterte die Webpräsenz Mein-Wahres-Ich ihren umfassenden, seit 2015 verwendeten Intelligenztest, sodass nach dessen Abschluss auch die politische Präferenz der Teilnehmer abgefragt wurde. Rund 100.000 Menschen nahmen im besagten Zeitraum an dem rund 45 Minuten in Anspruch nehmenden IQ-Test teil, der damit über eine sehr breite empirische Basis verfügt.

Dieser IQ-Test wird schon seit Jahren verwendet, er erreichte seit 2015 rund 6.000.000 Teilnehmer und diente als Grundlage einer bundesweiten Intelligenz-Studie. Die Ergebnisse gelten aufgrund der hohen Grundgesamtheit als repräsentativ.

Die Macher der IQ-Studie, die fabulabs GmbH, waren in der Lage, den Intelligenzquotienten von rund 100.000 Testteilnehmern mit dem Wahlverhalten abzugleichen. Das Ergebnis dieser umfassenden empirischen Erhebung ist eindeutig. Es zeigt einen deutlichen Zusammenhang zwischen niedrigerer Intelligenz und der Präferenz der AfD bei den Bundestagswahlen.

Der durchschnittliche Intelligenzquotient des AfD-Wählers liegt bei gerade mal 93 Punkten, damit befindet er sich am unteren Ende des durchschnittlichen IQ. Die Wähler der Grünen verfügen im Schnitt schon über einen IQ von 99 Punkten, bei der SPD sind es 100 Zähler, bei der CDU 101, die FDP kommt auf 103 Zähler, während Wähler der Linkspartei mit durchschnittlich 105 Punkten den höchsten IQ aufweisen. Die Hälfte der Menschen hat nach der Normalverteilung einen IQ zwischen 90 und 109, was dem Durchschnitt entspricht.

Die große Diskrepanz zwischen AfD-Wählern und den Anhängern der sonstigen Parteien, die ja noch relativ eng beieinander liegen, warf auch bei den Machern der Studie Fragen auf. Im Gespräch mit Telepolis betonte Geschäftsführer Patrick Konrad, dass es sich hier nicht um eine repräsentative Befragung handele, da die Teilnehmer nicht unter den gleichen Bedingungen ihren Test absolvierten: "Manche machten das in aller Ruhe am Computer, andere in Hektik am Smartphone", so Konrad. Doch zugleich räumte Konrad ein, dass dies für die alle Testteilnehmer gelte - und daher bei der breiten statistischen Grundlage die sehr schwachen Ergebnisse der AfD-Anhängerschaft nicht erklären könne.

Konrad verwies in einer Presseerklärung überdies auf erste Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der AfD: "Es gibt Studien wie die der Hans-Böckler-Stiftung mit der Universität

Paderborn, die aufzeigen, dass vorrangig Personen mit maximal mittlerer Reife die AfD wählen. Unter den Akademikern finden sich deutlich weniger AfD-Wähler. Das hat natürlich Einfluss auf ein solches Ergebnis." Es gebe selbstverständlich auch AfD-Wähler mit einem höheren IQ, so Konrad, dennoch sei das Ergebnis eindeutig.

Dennoch ist auch bei diesem Erklärungsansatz fraglich, ob tatsächlich ausgerechnet der deutschen Akademikerschicht ein höherer Intelligenzquotient attestiert werden sollte - gilt doch der Bildungssektor in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich aufgrund seiner hohen sozialen Hürden als besonders stark gegenüber Arbeiterkindern abgeschottet.

Somit harrt der nun empirisch verifizierte Zusammenhang zwischen rechter Gesinnung und Dummheit weiterer wissenschaftlicher Studien. Gerade angesichts der Streitfrage, in welchen Ausmaß Intelligenz angeboren oder im Zuge der Sozialisation angelernt wird. Zu klären wäre etwa, wie die konkrete rechte Ideologie, die immer mit einfachen Wahrheiten und der Präsentation von Sündenböcken operiert, die kognitiven Fähigkeiten der Betroffenen tangiert.

Es ist fraglich, ob es einfach dumme Menschen sind, die sich von der AfD angezogen fühlen. Die zentrale Frage, die der wissenschaftlichen Klärung harrt, lautet eher, ob die AfD ihre

Anhängerschaft durch ihre Ideologie dümmer macht. Die AfD wäre somit nicht einfach ein sozialer Magnet, der geringere Intelligenz anzieht, sondern eine Art politische Verdummungsfabrik, die den IQ der Betroffenen langsam, aber sicher in den Keller treibt. Im Umkehrschluss würde dies bedeuten, dass eine Loslösung aus dem Umfeld der AfD auch der geistigen Leistungsfähigkeit der Betroffenen zugutekäme.

Erstveröffentlichung: März 2018

8.11 AfD: Nur ein stummer Schrei nach Liebe?

Studien fördern bahnbrechende Erkenntnisse zutage: AfD-Wähler sind sexuell frustrierte Rassisten und Ausländerfeinde

Ein zentraler Mythos, der den politischen Aufstieg der AfD begleitet, besteht aus der Behauptung, dies sei die Partei der sozial Abgehängten. Die von der Politik missachteten "Modernisierungsverlierer" würden demnach die rassistische und nationalistische Partei nicht aus Überzeugung, sondern aus Protest gegen "die da Oben" wählen. Die mit diesem Mythos eng verwandte Rede von den zu kurz gekommenen "besorgten Bürgern", deren berechtigte Sorgen, Ängste und Nöte Politik und Medien unbedingt ernst zu nehmen hätten, ist ja inzwischen sprichwörtlich geworden.

Diese weit verbreitete Ansicht, wonach "fehlgeleitete" Nöte und Sorgen einer sozial abgehängten Bevölkerungsschicht der AfD politischen Auftrieb verschafften, widerlegte eine wissenschaftliche Studie des German Socio-Economic Panel on Multidisciplinary Panel Data Research beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Aufbauend auf einer breiten empirischen Untersuchung kommt Studienautor Martin Schröder vom Institut für Soziologie bei der

Universität Marburg zu dem Schluss, dass AfD-Wähler sich nur in Bezug auf sehr wenige Einstellungen von den "sonstigen Deutschen" unterschieden: Sie seien "unzufrieden mit der Demokratie", machten sich verstärkt Sorgen um Kriminalität - und sie seien der Meinung, dass "Flüchtlinge Deutschlands Kultur untergraben" würden. Die AfD-Unterstützer unterschieden sich somit "fast ausschließlich" durch ihre "Einstellungen" zu Flüchtlingen von der Wählerschaft der sonstigen Parteien.

Eine rassistische und ausländerfeindliche Partei wird von Rassisten und Ausländerfeinden gewählt

Die bisherigen Untersuchungen, die einen Zusammenhang zwischen sozialer Schlechterstellung und AfD-Unterstützung herstellten, hätten den Faktor "Ausländerfeindlichkeit" schlicht ignoriert, kritisierte Schröder: "Kurioserweise" hätten diese Studien den Einfluss dieser "ausländerfeindlichen Einstellungen auf die AfD-Unterstützung" nicht berücksichtigt, obwohl dieser alle anderen Einflüsse überschatte.

Deswegen würden bestehende Studien fälschlicherweise davon ausgehen, dass "ökonomische Deprivation AfD-Unterstützung bedingt", konstatierte Schröder. Die Zahlen, die einen Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit und AfD-Sympathien herstellen, seien eindeutig:

»Wer meint, dass Flüchtlinge Deutschland generell zu einem besseren Lebensort machen oder Deutschland kulturell bereichern, hat eine um ca. 80 Prozent verringerte Chance, die AfD zu unterstützen. Wer meint, dass Flüchtlinge gut für die Wirtschaft sind, hat eine um zwei Drittel niedrigere Chance. Wer sich Sorgen über Zuwanderung macht, hat sogar eine 4,6-fache Chance auf AfD-Sympathie. Damit sind Einstellungen zu Flüchtlingen und Ausländern der stärkste Einfluss auf die Unterstützung der AfD.«

Martin Schröder

Schröders wenig überraschendes Fazit: Es sei letztendlich "Ausländerfeindlichkeit" und nicht "soziale Deprivation", die hauptsächlich die Unterstützung der AfD bedinge. Eine rassistische und ausländerfeindliche Partei wird von Rassisten und Ausländerfeinden gewählt - es stellt sich nur noch die Frage, inwiefern diese bahnbrechende sozialwissenschaftliche Erkenntnis sich auch in einem öffentlichen Diskurs wird durchsetzen können, in dem die Neue Rechte längst dominiert.

Die Schröder publizierte Untersuchung baut auf Vorarbeiten des Leipziger Soziologen Holger Lengfeld auf, der in einer umfassenden Studie der AfD-Wählerschaft den Mythos widerlegte, es handele sich hierbei um eine Partei der "Kleinen Leute" und der "Modernisierungsverlierer". Die gerade für Modernisierungsverlierer typischen "niedrigen Statuslagen

(geringer Bildungsgrad, berufliche Tätigkeit als Arbeiter und geringes Einkommen)" hätten laut Lengfeld "keine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit", für die AfD zu stimmen. Gleiches gelte für Personen, die sich als "Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung" betrachteten.

Geringverdiener sind innerhalb der AfD gerade unterrepräsentiert

Das untersuchte empirische Material legte tendenziell eher "eine stärkere AfD-Wahlabsicht von Personen mit mittlerer und höherer Statuslage" offen, so Lengfeld. Damit konnte "kein Hinweis auf die Gültigkeit der Modernisierungsverliererthese gefunden werden".

Auch hier sind die Zahlen eindeutig: Rund 39 Prozent der befragen AfD-Wähler gaben an, mehr als 150 Prozent des Medianeinkommens zu verdienen, während es im Durchschnitt der anderen Partien nur 22 Prozent waren. Bei der Mittelschicht (70 bis 150 Prozent des Medianeinkommens) sympathisierten 29,7 Prozent mit der AfD, gegenüber 35 Prozent bei den sonstigen Parteien. Die Diskrepanz bei einkommensschwachen Bevölkerungsschichten war ebenfalls sehr groß: Nur 19 Prozent derjenigen Wähler, die weniger als 70 Prozent des Medianeinkommens verdienen, konnten sich vorstellen, die AfD zu wählen, während es im Durchschnitt der sonstigen Parteien 30,4 Prozent waren.

Somit verhält sich das empirische Material der Schröder- und Lengfeld-Studien genau umgekehrt zur öffentlichen Wahrnehmung der AfD-Wählerschaft: Es sind überproportional viele Gutverdiener, die, motiviert durch Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, die AfD wählen, während die Geringverdiener innerhalb der AfD gerade unterrepräsentiert sind.

Die historischen Parallelen sind somit unübersehbar: Die Mittelklasse, die überproportional innerhalb der Anhängerschaft der AfD vertreten ist, droht dieselbe Funktion als soziales "Rückgrat" der Neuen Rechten einzunehmen, wie es im deutschen Vorfaschismus der frühen 1930er Jahre beim "Kleinbürgertum" der Fall war. Es sind somit nicht vorwiegend die verarmten Bevölkerungsschichten, die "alles verloren" haben, die der AfD zulaufen, sondern gerade die von Verlustängsten geplagte Mittelklasse, die der Neuen Rechten überproportional zugetan ist.

AfD: Partei der sexuell Frustrierten?

Die Parallelen zu den 1930er Jahren sind aber auch an einem anderen Punkt evident, nämlich bei der schweren sexuellen Frustration, unter der AfD-Anhänger überdurchschnittlich oft litten. Bei einer von der Online-Dating Plattform Gleichklang im Vorfeld der Bundestagswahl durchgeführten Umfrage, bei der die politischen Präferenzen und das Beziehungsleben von rund 700

Usern erfasst wurden, ist ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Enttäuschungen im Liebesleben und der Präferenz für die AfD konstatiert worden. Vor allem das Liebesleben der Wähler der Grünen und der Linkspartei unterschied sich stark von den enttäuschenden Erfahrungen der AfD-Anhänger, wie der Merkur berichtete:

»Verbittert über das eigene Liebesleben war bei den Wählern der Grünen eine von 18 Personen, bei der Linkspartei eine von acht Personen, bei der AfD aber eine von vier Personen. In der Liebe "verarscht" fühlte sich bei den AfD-Wählern eine von fünf Personen, bei der Linkspartei eine von 12 Personen und bei den Grünen nur eine von 25 Personen. Dass das ganze Gerede von der Liebe eine Lüge sei, meinte bei den AfD Wählern eine von 6 Personen, bei der Linkspartei eine von 14 Personen und bei den Grünen eine Person von 20 Personen.«

Folglich hätten 74 Prozent der Linksparteianhänger und 72 Prozent der Grünen-Wähler der Aussage zugestimmt, dass eine solidarische Welt, in der die Menschen "liebevoll miteinander umgehen", erstrebenswert sei. Bei den sexuell frustrierten AfD-Wählern waren es nur 40 Prozent. Die Anhänger von SPD, CDU/CSU und FDP lagen bei der Umfrage zwischen diesen beiden Extremeinstellungen, wobei die FDP-Wählerschaft bezüglich sexueller Frustration der AfD am nächsten war.

Diese psychopathologische Konstitution, in der Projektionen sexueller Frustration zu Hass führen, insbesondere auf die als potente sexuelle Konkurrenz wahrgenommenen arabischen "jungen Männer", spielt als unbewusste, irrationale Treibkraft der Neuen Rechten offensichtlich eine wichtige Rolle. Der Rechtspopulismus fungiert somit auch als politische Ausscheidung einer massenhaften, aus Liebesmangel resultierenden Psychopathologie, als ein "stummer Schrei nach Liebe".

Genau diese massenpsychologische Konstellation thematisierte schon Wilhelm Reich in seiner berühmten, 1933 publizierten Schrift "Die Massenpsychologie des Faschismus". Reich arbeitete als erster Sozialwissenschaftler den Zusammenhang zwischen autoritärer Triebunterdrückung - insbesondere der Sexualunterdrückung - und der autoritären, irrationalen Charakterstruktur heraus, die anfällig sei für faschistische Tendenzen.

Tatsächlich wird dieser Zusammenhang etwa bei der neurechten Incel-Männerbewegung deutlich (abgeleitet aus: involuntary celibates), die ihre sexuelle Frustration offen thematisiert - und sich in Frauenhass, Rassismus, Selbstmitleid und allgemeiner Misanthropie ergeht. Die zunehmende Triebunterdrückung durch die sich beständig verschärfenden "Sachzwänge" im krisengeplagten Spätkapitalismus facht den Faschismus auch auf dieser psychopathologischen Ebene - zusätzlich zu den

sozioökonomischen Faktoren wie verschärfter Krisenkonkurrenz - immer wieder an.

Ein weiterer Faktor, der den Wahn von rassischer oder kultureller Überlegenheit so verlockend erscheinen lässt, den die Neue Rechte propagiert, besteht in den intellektuellen Defiziten ihrer Anhängerschaft. Empirisch verifiziert ist inzwischen die Tatsache, dass AfD-Wähler einen unterdurchschnittlichen Intelligenzquotienten aufweisen, sodass Ideologien der Ungleichheit, die ihnen eine nationale, kulturelle oder rassische Überlegenheit andichten, eine große Anziehungskraft entwickeln - ganz im Sinne eines unbewussten psychischen Kompensationsmechanismus.

Dieser Umstand, dass es sich bei der AfD um die Partei der weniger Intelligenten handelt, muss nicht mit der Tatsache in Konflikt geraten, dass überdurchschnittlich oft Mitglieder der Mittel- und Oberschicht den Rechtspopulisten zugetan sind. Es besteht - gerade angesichts der Defizite des ständischen deutschen Bildungssystems - kein Zusammenhang zwischen Intelligenz und der Zugehörigkeit zur Mittel- oder Oberschicht in der Bundesrepublik.

Gerade im Gegenteil: Angesichts der immer geringeren Chancen auf sozialen Aufstieg von Arbeiterkindern, der immer weiter schwindenden sozialen Mobilität in der Bundesrepublik, bildete sich

eine Schicht von Mittelklassenmitgliedern aus, die ihren Status de facto durch die Zugehörigkeit zur Schicht ihrer Eltern "erben". Die krasse soziale Undurchlässigkeit, gerade im Bildungswesen, lässt in der Bundesrepublik einen regelrechten Ständestaat entstehen, wo der Habitus der Mittelklasse bei der Schul- und Berufskarriere entscheidend ist - und nicht die Intelligenz. Es waren ja auch die verstärkten Abgrenzungsbemühungen der Mittelklasse, die etwa die Sarrazin-Debatte als den irren Urknall der Neuen Deutschen Rechten beförderten.

Dem in der öffentlichen Debatte weit verbreiteten Zerrbild des unterprivilegierten und missachteten "Modernisierungsverlierers" als des prototypischen AfD-Wählers soll abschließend ein aus den besagten Studien und empirischen Datensammlungen entworfenes Korrekturbild entgegengestellt werden. Der überproportional oft innerhalb der Wählerschaft der AfD anzutreffende Typus ist männlich, weiß, sexuell frustriert und unterdurchschnittlich intelligent. Er ist ein Mittelschichtsangehöriger, der seine soziale Stellung nicht wirklich "erarbeitet", sondern aufgrund der hohen sozialen Schranken in der Bundesrepublik de facto ererbt hat. (Paradebeispiel dafür ist wiederum Sarrazin, der seine Karriere dem Segeln auf dem Parteiticket der SPD verdankt.) Deswegen fühlen sich AfD-Anhänger durch soziale Mobilität bedroht - und sie suchen infolgedessen in rassistischen oder kulturalistischen

Überlegenheitsansprüchen oder Unvereinbarkeitsphantasien Zuflucht.

Erstveröffentlichung: August 2018

9. Barbarei im 21. Jahrhundert

9.1 Outsourcing der Barbarei

Wie die überflüssige Menschheit, die der Kapitalismus produziert, zum Verschwinden gebracht werden soll

Eigentlich dauerte das deutsche "Sommermärchen", als Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen wurden, nur wenige Monate. Diese flüchtige "Willkommenskultur" ist schon Mitte 2016 einer anschwellenden Ablehnungsfront gewichten. Dieser rasche Stimmungswandel, der auch auf globaler Ebene vonstattenging, konnte auf eine einfache Ursache zurückgeführt werden: Die globalen Flüchtlingsbewegungen nehmen weiter zu. Laut UNHCR befanden sich 2015 weltweit rund 65,3 Millionen Menschen auf der Flucht, was abermals einen neuen Rekordwert darstellte.

Im Vorjahr waren es 59,5 Millionen. Eine von 113 Personen musste 2015 aufgrund von Konflikten oder Verfolgung fliehen. Nahezu ein Prozent der Menschheit befindet sich inzwischen auf der Flucht.

Ein Ende dieser dramatischen Entwicklung ist nicht in Sicht, da die zunehmende Instabilität des kapitalistischen Weltsystems sich in immer neuen ökonomischen, ökologischen und militärischen Krisen- und Konfliktherden manifestiert, die entsprechende Fluchtbewegungen zur Folge haben. Das Mittelmeer wird auch in

den kommenden Jahren ein Massengrab für verzweifelte Flüchtlinge sein, wobei abermals Negativrekorde zu befürchten sind. Im Schnitt starben Mitte 2016 11 Menschen beim Fluchtversuch übers Mittelmeer - täglich.

Die Migrationsdebatte und irrationaler Abschottungswahn

Die bürgerlich-liberale "Willkommenskultur" in Deutschland, die letztendlich auf eine ökonomische Verwertung arbeitsfähiger Flüchtlinge abzielte, zerbricht an der eskalierenden Krisendynamik. Ohne einen breiten öffentlichen Diskurs über Systemalternativen zur kapitalistischen Dauerkrise nehmen dumpfe Abschottungstendenzen überhand.

Die ökonomisch überflüssigen Menschen, die das Kapital in seiner letalen Krise zunehmend produziert, sollen somit zum Verschwinden gebracht werden. Man will sie in den erodierenden Zentren nicht sehen müssen, da sie die noch nicht abgestürzten Bevölkerungsschichten an die eigene prekäre Lage erinnern. Das Thema Flüchtlinge wurde durch die Massenmedien im Rahmen der kulturindustriellen Konjunkturzyklen oberflächlich breitgetreten, sodass sich die Aufmerksamkeitsspanne des liberalen Bürgertums längst erschöpfte. Die Migrationsdebatte wird der liberalen Mittelklasse schlicht langweilig.

Zugleich gewinnt die extreme Rechte mit ihrem irrationalen

Abschottungswahn Oberhand, wie die Wahlergebnisse der AfD belegen. Hier gehen Xenophobie und Abstiegsängste Hand in Hand. Die Abschottung der Grenzen soll auch die Krise "draußen" halten, während die Flüchtlinge vor allem als Konkurrenten wahrgenommen werden. Die offene Faschisierung insbesondere des "nahen Ostens" der Bundesrepublik, die im Gefolge der erfolgreichen rechtsextremen Flüchtlingshetze einsetzt, wurde 2016 etwa anhand der pogromartigen Ausschreitungen in Bautzen evident.

Diese öffentliche Gemengelage aus zunehmendem Desinteresse und offenen, zur Vernichtungstat drängendem Hass, die mit der Eskalation der Flüchtlingskrise sich noch verfestigen dürfte, treibt die Tendenzen zur verstärkten Exklusion an, zum "Verschwindenlassen" der ökonomisch überflüssigen Menschenmassen, die der anomischen Hölle der offenen Zusammenbruchsgebiete der Peripherie zu entfliehen versuchen.

Dabei will man sich in den Zentren selbstverständlich nicht selbst die Finger schmutzig machen, um das demokratische Selbstbild (selbst Deutschlands Rechtspopulisten und Extremisten agieren ja in der Maske des Demokraten) nicht allzu sehr zu beflecken. Deutschlands Nazis sollen zum Verschwinden gebracht werden, indem die Politik ihre Forderungen erfüllt.

Deswegen ist beispielsweise eine Angela Merkel zu einem Dauergast bei dem türkischen Islamofaschisten Erdogan geworden, der ihr dieses "Problem" abnehmen soll. Diese barbarische Schmutzarbeit, bei der die verzweifelten, in die Metropolen strömenden Menschenmassen beseitigt werden sollen, wird in die Peripherie ausgelagert. Wozu gibt es schließlich das in der Globalisierung eingeübte Outsourcing?

Konzentration von Flüchtlingen in Lagern

In der EU übernimmt Hellas diese Aufgabe. Das krisengeplagte Griechenland ist das periphere Land der EU, das zu der europäischen Flüchtlingsammelstelle zugerichtet wurde, die laut Planungen zu einem regelrechten Verschiebebahnhof der anschwellenden Flüchtlingsströme ausgebaut werden soll.

Zum einen liegt Hellas auf der Fluchtroute aus dem kollabierenden Nahen- und Mittleren Osten, zum anderen konnte das Land aufgrund seiner prekären sozioökonomischen Lage relativ einfach von Berlin und Brüssel dazu genötigt werden, die Hauptlast der Fluchtbewegung zu tragen. Nachdem die "Balkanroute" geschlossen wurde, sammelten sich die Flüchtlingsmassen ohnehin automatisch in Hellas.

Anfang 2016 wurden in Griechenland fünf Lager errichtet, in denen Flüchtlinge konzentriert werden. Selbstverständlich heißen diese

Lager nicht Lager, sondern "Hotspots" oder "Registrierungszentren", da die Public-Relations-Abteilungen der Brüsseler Bürokratie keine historischen Erinnerungen aufkommen lassen wollten. Und dennoch bleibt das Grundprinzip der Menschenverwahrung dasselbe: Die Menschen werden an einem bewachten Ort konzentriert, um sie unter Kontrolle halten zu können. Inzwischen sind die "Hot Spots" auf den griechischen Inseln gnadenlos überfüllt. Ausgelegt für rund 7.500 Menschen, befanden sich dort Anfang August 2016 mehr als 10 000 Flüchtlinge.

Die Überbelegung ist Folge der chronischen Finanzmittelknappheit und der anhaltenden Fluchtdynamik - wie auch einer bewussten Politik, die mit unwürdigen Lebensbedingungen in den Lagern abschrecken will. Der Aufenthalt in den "Hot Spots" soll für die Flüchtlinge die Hölle sein, damit es sich "herumspricht" und künftige Fluchtversuche unterbleiben.

Die NGO Human Rights Watch (HRW) stellte im Juni 2016 den europäischen Flüchtlingslagern in Hellas folglich ein vernichtendes Zeugnis aus. In den überfüllten Lagern herrschten Willkür und Rechtlosigkeit, unter denen vor allem Frauen und Kinder zu leiden hätten, so HRW:

»Durch den mangelhaften Polizeischutz, die Überfüllung und die

miserablen Hygienezustände entsteht in den Lagern, die mit Stacheldraht umzäunt sind, eine von Chaos und Unsicherheit geprägte Atmosphäre.«

Die Polizeikräfte würden sich bei gewalttätigen Auseinandersetzungen schlicht zurückziehen, während Hilfsersuchen von sexuell belästigten Frauen ignoriert würden:

»In allen drei Hotspots berichten Frauen über regelmäßige sexuelle Belästigungen: "Die Männer betrinken sich jeden Abend und versuchen, in unser Zelt zu kommen", so eine alleinstehende 19-jährige Eritreerin, die in Vathi lebt. "Wir gingen zur Polizei und baten, dass man uns in einen anderen Teil des Lagers bringt, getrennt von den Männern, die versuchen, uns zu missbrauchen. Doch die Polizei weigerte sich, uns zu helfen. Genau aus diesem Grund sind wir aus unserem Land geflohen. Doch hier im Lager, haben wir Angst, unser Zelt zu verlassen." Frauen im Lager Moria auf Lesbos und in VIAL auf Chios schilderten ähnliche Probleme und waren tief besorgt um die Sicherheit ihrer Kinder.«

Es gebe keine klaren Strukturen und Verantwortlichkeiten bei der Organisation des europäischen Lagerregimes in Griechenland, warnte HRW. Mitunter gebe es keine Lagerleitung. Die hinter Stacheldraht in überfüllten Lagern konzentrierten Menschen würden weitgehend sich selbst überlassen - was wiederum zur

Ausbildung entsprechen archaischer, brutaler Machtstrukturen in den Lagern führt.

Während Griechenland zu einem Verschiebebahnhof zur Regulierung der Fluchtbewegungen ausgebaut wurde, fungiert die Türkei als der "Türsteher Europas". Das autoritär-islamistische Regime um Staatschef Erdogan hat 2016 mit dem großen Mauerbau entlang der Grenze zu Syrien begonnen, während sich zugleich die Vorfälle über Erschießungen und Misshandlungen von Flüchtlingen durch türkische Sicherheitskräfte mehrten.

In den Lagern der Türkei - man will es hierzulande gar nicht so genau wissen - herrschen noch schlimmere Zustände als in Griechenland. In einem von Bundeskanzlerin Merkel besuchten Vorzeigelager in Gaziantep wurden 30 Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren monatelang sexuell missbraucht.

Das im Entstehen begriffene, globale Lagerregime muss als ein Prozess begriffen werden, bei dem zunehmende Krisenintensität mit Enthemmung und Barbarisierung einhergehen. Wohin das globale Lagerregime tendiert, machen die Vorfälle auf der anderen Seite der kapitalistischen "One World" offenbar.

Australien errichtete auf den Pazifikinseln Nauru und Manus Island ein drakonisches Lagersystem, das im Endeffekt auf die psychische Vernichtung der dort konzentrierten Menschen abzielt. Die

Flüchtlinge sollen ein Schicksal erfahren, das schlimmer ist als der Tod, um künftig Fluchtideen aus oftmals lebensbedrohlichen Zuständen Richtung Australien erst gar nicht aufkommen zu lassen. Das australische Lagerregime produziere "tote Seele in lebenden Körpern", alarmierte HRW in Anspielung an Aussagen von Lagerinsassen. Die Menschen würden dort jahrelang in Unsicherheit, Isolation und Tatenlosigkeit festgehalten, während Misshandlungen, sexuelle Übergriffe und medizinische Vernachlässigung seitens des Wachpersonals weitverbreitet seien.

Die Unfähigkeit der australischen Regierung, diese Praxis "schwerwiegender Misshandlungen" zu beenden, deutete darauf hin, dass es sich um eine "absichtlich verfolgte Politik" handelt, mit der Asylsuchende abgeschreckt werden sollen. Ein Trauma-Experte, der auf den berüchtigten Pazifikinseln eigentlich die geistige Gesundheit der Wachmannschaften gewährleisten sollte, berichtete davon, was die Mischung aus "weißer" Isolationsfolter und offenem Missbrauch mit den Flüchtlingen macht.

Die Gräueltaten seien das Schlimmste gewesen, was ihm in seiner 43-jährigen Karriere begegnet sei - jeder in Ödnis, Unsicherheit und Tatenlosigkeit verbrachte Tag sei eine Demoralisierung, so Paul Stevenson. Während seiner Dienstzeit hätten sechs Kinder, die dort ohne Eltern festgehalten wurden, gemeinsam einen Selbstmordversuch unternommen. Eine Frau habe in fünf Wochen

sieben Selbstmordversuche unternommen und damit gedroht, ihre Tochter umzubringen. Sie musste schließlich fixiert werden, nachdem sie nicht aufhören wollte, mit ihrem Kopf gegen den Boden zu schlagen. Eine Mutter berichtete von sexuellem Missbrauch ihres 3-jährigen Kindes durch einen Wachmann, den anzuzeigen sie sich lange Zeit fürchtete.

Erst nach ihrer Ankunft in Australien sprach sie offen darüber. Eine Ehefrau, die getrennt von ihrem Mann auf Nauru festgehalten war, hat sich dessen Namen mit einer Rasierklinge auf die Brust geritzt. Ein Asylbewerber hat sich den Bauch selbst aufgeschlitzt, nachdem ihm verwehrt wurde, mit einem Verwandten zu sprechen, der gerade dabei war, vom Dach einer Baracke zu springen.

Das, was Australien auf dem "Niemandsland" im Pazifik errichtete, kann getrost als Prototyp des Konzentrationslagers des 21. Jahrhunderts bezeichnet werden, wo die psychische Vernichtung der internierten Menschen mit den "wissenschaftlichen" Erkenntnissen der Isolationsfolter betrieben wird. Im fernen Pazifik findet sich somit der Wunschtraum deutscher Neonazis und ihrer bürgerlichen Naziversteher in Politik, Staat und Medien bereits realisiert.

Die Analogiebildung zu den Konzentrationslagern der Nazis ist auch deswegen legitim, weil sich auch der nationalsozialistische KZ-Staat

im Verlauf eines historischen Prozesses zu einem Massenmordinstrumentarium entwickelte - die ersten KZs der 30er Jahre waren ebenfalls nicht als Vernichtungslager konzipiert. Die einsetzende Barbarisierung des Lagerregimes muss auch im 21. Jahrhundert als ein Prozess begriffen werden.

So ein Konzentrationslager im Nirgendwo hat - aller abschreckenden Wirkung zum Trotz - aber auch handfeste Nachteile. Der betreffende Staat ist dafür zuständig, er kann folglich in Skandale verwickelt und für Missbrauch, zumindest theoretisch, auch zur Verantwortung gezogen werden.

Solange es eine noch einigermaßen intakte, nicht gänzlich verwilderte Öffentlichkeit gibt, sorgen Lager schlicht für eine schlechte Presse. Besser ist es daher, das Outsourcing der Barbarei noch weiter zu treiben - und auch die Verantwortung für die Überflüssigen an abhängige Regimes oder Rackets zu delegieren.

Hierbei, bei dem Aufbau abhängiger peripherer Zonen der Exklusion, leistet die Türkei regelrechte Pionierarbeit. Die Financial Times berichtete Anfang September 2016 über die strategischen Planungen, die den militärischen Abenteuern der Türkei in Nordsyrien zugrunde liegen. Demnach planen die Staatsislamisten in Ankara, eine "Sicherheitszone" von 5.000 Quadratkilometern zu errichten, die von Manbij bis Al Bab reichen solle. Die von Ankara

mobilisierten islamistischen Milizen, die unter dem Label FSA (Freie Syrische Armee) die türkische Invasion begleiten, würden in diesem Territorium die Macht ausüben. Diese Zone solle "mit Flüchtlingen bevölkert werden", die dem Bürgerkrieg in Syrien entfliehen, bemerkte die Financial Times.

Diese Planungen zur Errichtung eines gigantischen Flüchtlingsghettos - bewacht von formell unabhängigen islamistischen Milizen - dürften auch den Urgrund der Nibelungentreue Angela Merkels zu Erdogan bilden. Hier wird ein gangbarer Weg gesucht, wie mit den Flüchtlingsmassen, die gen Europa strömen, langfristig umgegangen werden soll. Sie werden in einem poststaatlichen Protektorat interniert, in einer Zone der Exklusion, die islamistischen Extremisten zur Beherrschung überlassen werden soll.

Die Flüchtlinge sind somit längst zu einem geopolitischen Hebel geworden, dessen sich die Staatsislamisten in Ankara ausgiebig bedienen. Erdogan will somit die eigenen ehrgeizigen Expansionspläne in der Region zu forcieren, indem zugleich eine endgültige Abschiebezone für Flüchtlinge geschaffen wird, die aus Europa abgeschoben werden. Für alle Grausamkeiten und Exzesse werden künftig diejenigen Kräfte verantwortlich sein, denen die Macht in diesem Territorium der Exklusion überlassen wird. Falls sich überhaupt irgendwer dafür noch interessieren sollte.

Was sich punktuell in den Lagern - etwa im Pazifik - andeutet, würde somit in die territoriale Breite gehen. Die Flüchtlinge, die ökonomisch Überflüssigen, würden gefangen gehalten in einem Nirgendwo, in einem rechtlichen "Nicht-Ort", der keiner eindeutigen Regierungsgewalt, keiner direkten Staatssouveränität, keinen verbindlichen Rechtsnormen unterliegt. Das Ganze erinnert an Dystopien, in denen bestimmte Regionen einfach von der Staatsmacht aufgegeben werden, um dorthin die Delinquenten abzuschieben. Ein Klassiker dieses dystopischen Filmgenres ist etwa John Carpenters "Escape from New York".

Dabei formen sich diese Zonen der Exklusion, in denen sich die ökonomisch Überflüssigen sammeln, bereits jetzt quasi selbstständig aus der Krisendynamik heraus. Die Washington Post berichtete von einer Grenzzone zwischen Jordanien und Syrien, in der inzwischen rund 75.000 syrische Flüchtlinge gefangen sind. Dieses gespenstische Niemandsland sei von den jordanischen Behörden, die diese Menschenmassen nicht mehr über die Grenze lassen wollen, für Journalisten gesperrt worden.

Das Elend in diesem Niemandsland soll sich fernab der Öffentlichkeit entfalten. Berichten von Amnesty International (AI) zufolge sollen in dem isolieren Lager - zu dem selbst Hilfsorganisationen nur beschränkten Zugang haben - dramatische Zustände herrschen. Krankheits- und Sterbefälle sollen sich unter

den Flüchtlingen häufen, sodass inzwischen provisorische Friedhöfe angelegt wurden. Während vor einem Jahr AI nur 363 provisorische Unterkünfte in diesem Grenzgebiet zählte, waren es im Juli 2016 bereits 6563 Notunterkünfte. Eine Stadt der spätkapitalistischen Aussätzigen wächst im Nirgendwo zwischen Syrien und Jordanien heran.

Doch selbst diese Zonen der Exklusion könnten sich im Krisenfortgang schlicht als zu klein erweisen, da die Masse der ökonomisch Überflüssigen immer weiter anschwellen wird, wie etwa Hans Magnus Enzensberger in seinen berühmten Aussichten auf den Bürgerkrieg bemerkte:

»In New York ebenso wie in Zaire, in den Metropolen wie in armen Ländern werden immer mehr Menschen für immer aus dem ökonomischen Kreislauf ausgestoßen, weil sich ihre Ausbeutung nicht mehr lohnt.«

Perspektivisch lasse dieser Krisenprozess die Integrität der kapitalistischen Territorien zerfallen, es bildeten sich "geschützte Gebiete mit eigenen Sicherheitsdiensten auf der einen, Slums und Gettos auf der anderen Seite" heraus, in denen die staatlichen Machtstrukturen kaum noch präsent seien. Überall werde an der Befestigung von Grenzen gearbeitet, die die desperaten Überflüssigen abwehren sollen. Mauer und Stacheldraht erleben

ihre Renaissance.

Dieser große spätkapitalistische Limes-Bau findet nicht nur an den Grenzen der Metropolen, wie etwa an der EU-Südgrenze oder im Süden der USA statt, sondern auch innerhalb den territorial zerfallenden Staaten selber - etwa durch Gentrifizierung oder den Boom der sogenannten "Gated Communities", abgeschlossener und bewachter Siedlungen für die schrumpfende Ober- und Mittelklasse.

Enzensberger spricht in diesem Zusammenhang - vor allem in Hinblick auf die Lage in der Peripherie des Weltsystems - von Stadtvierteln, die nur noch "mit Sonderausweisen" betreten werden könnten:

»*Schranken, elektronische Kameras und scharf dressierte Hunde kontrollieren den Zugang. Maschinengewehrschützen auf Wachtürmen sichern die Umgebung. Die Parallele zum Konzentrationslager ist augenfällig, nur dass es hier die Außenwelt ist, die von den Insassen als potenzielle Zone der Vernichtung betrachtet wird.*«

Diejenigen, die noch nicht ökonomisch abgestürzt sind, ziehen sich somit selber in "Reichenlager" zurück, die sich in einem unerklärten Kriegszustand mit der anomischen Außenwelt befinden. Diese Perspektive eines molekularen Bürgerkrieges ist bereits in vielen

Ländern der Peripherie Realität - etwa in Brasilien..

Die Analogie des "umgekehrten KZ", bei dem nur noch befestigte Zonen der Stabilität in einem Meer der Anomie gehalten werden, das als potenzielle "Zone der Vernichtung" betrachtet wird, kann auch auf globaler Ebene gebildet werden. Die erodierenden Zentren des Weltsystems schotten sich immer stärker gegen das um sich greifende Chaos in der Peripherie ab, bis sie bloß noch eine Zone "potenzieller Vernichtung" ökonomisch Überflüssiger darstellt.

Das militärische Vorgehen der Metropolen richtet sich nicht mehr auf die Ausbeutung des "Menschenmaterials" der Peripherie des Weltsystems, sondern auf die Abschottung der eigenen Territorien gegenüber dem kriegsbedingten Chaos, das sich wie ein Flächenbrand ausweitet. Die Beseitigung der "Überflüssigen" in den Zentren wird dann nicht mehr aktiv betrieben, wie in einem faschistischen Lagersystem, sondern vermittels Abschiebungen in die Zonen des sozioökonomischen Zusammenbruchs.

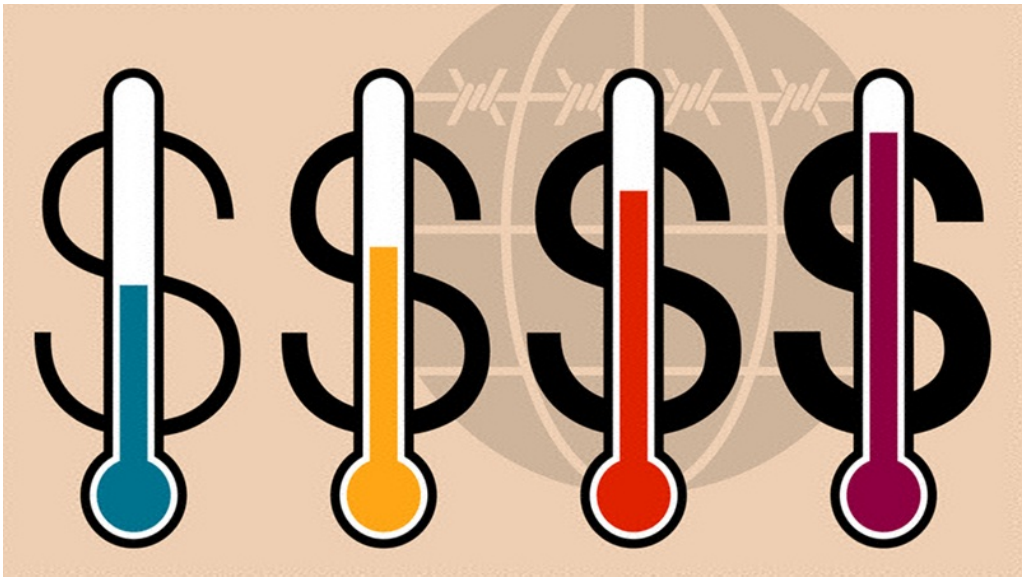
Erstveröffentlichung: September 2016

9.2 Klima für Extremismus

Wie die sich immer deutlicher abzeichnende Klimakrise und der rechte Identitäts- und Abschottungswahn ineinandergreifen

Harmlose Bemerkungen über das Wetter, um mal eine kurze Plauderei mit dem Nachbarn einzuleiten, schienen im monströsen Sommer 2018 nicht mehr möglich zu sein. Wenn etwa der Tagesspiegel angesichts der extremen Hitzewelle, die weite Teile der Nordhalbkugel erfasst hatte, in einem Artikel fragte, was denn eigentlich "da los" sei, dann hatte das den Beigeschmack des Apokalyptischen.

Es waren nicht einfach nur die lokalen Hitzerekorde, die reihenweise aufgestellt werden, oder die mörderischen Feuersbrünste, die ganze Regionen verwüsten - charakteristisch für dieses extreme Wetterereignis waren einerseits die lang anhaltenden extremen Temperaturabweichungen, insbesondere im hohen Norden und der Arktis. In Ostsibirien wurden die Durchschnittswerte um 20 Grad überschritten: Das Quecksilber kletterte dort auf 32 Grad Celsius. In Skandinavien brennen nördlich des Polarkreises die Wälder. Am Polarkreis - in Schweden, Norwegen, Finnland - wurden absurde Temperaturrekorde von bis zu 33,5 Grad Celsius registriert.



Andrerseits war es eine wahrhaft globale Hitzewelle, die Europa, Großbritannien, Japan, Kanada und dem Nahen Osten heimsuchte. Zudem erreichte die Hitze, gerade im globalen Süden, inzwischen lebensbedrohliche Ausmaße. Im Iran, im Irak und in Algerien kletterte das Quecksilber zeitweilig auf mehr als 50 Grad Celsius. Schon ab 37 Grad Außentemperatur kann der menschliche Körper die Wärme nicht mehr effizient abgeben. Insbesondere in Wechselwirkung mit einer hohen Luftfeuchtigkeit sind solche Temperaturen jenseits der menschlichen Körpertemperatur über längere Zeiträume schlicht tödlich.

Dialektik des Klimawandels

Vor allem die extremen Temperaturen in der Arktis können - sollte

sich dieses Muster etablieren - mittelfristig katastrophale Folgen für das gesamte Weltklima nach sich ziehen. Zum einen fungiert die Eisdecke der Arktis, die gerade dabei ist, im Sommer größtenteils zu verschwinden, als gigantische Reflexionsfläche, die den Treibhauseffekt mindert. Sobald das Sommereis in der Region im Sommer tatsächlich weitgehend abschmilzt, wird sich dieser "Kühlschrank" des Weltklimas zu dessen "Heizung" wandeln, da Wasser ein guter Wärmeträger ist.

Im arktischen Permafrost und auf dem Grund arktischer Meere lagern aber gigantische Mengen an Treibhausgasen, die in einem solchen Fall durch rapides Abschmelzen unkontrollierbar freigesetzt würden. Die Mengen der in der rasch auftauenden Arktis lagernden Treibhausgase übersteigen die bereits im Zuge der Expansion des kapitalistischen Weltsystems historisch freigesetzten CO2-Emissionen.

Somit stellt sich akut die Frage, ob inzwischen einer der berüchtigten Kipppunkte des Weltklimasystems überschritten wurde. Hierunter versteht die Klimawissenschaft qualitative Schwellwerte, deren Überschreiten das globale Klimasystem plötzlich in einen qualitativ anderen Zustand umschlagen lässt. Positive Rückkopplungseffekte würden so den Erwärmungsprozess beim Überschreiten der Schwellwerte immer weiter befeuern, er würde sich jeglicher Kontrolle entziehen. Gerade die Arktis wird als

die Region ausgemacht, in der zuerst solche "Tipping Points" überschritten werden könnten, indem das Sommereis verschwindet oder die grönländischen Gletscher abschmelzen.

Klimawandel findet somit - dies haben auch klimageschichtliche Forschungen bewiesen - nicht graduell über Jahrhunderte oder Jahrtausende statt, sondern plötzlich, sprunghaft. Langfristige quantitative Veränderungen im globalen Klimasystem, wie der historische Anstieg der CO2-Konzentration im Rahmen des Take-off der kapitalistischen Weltverbrennungsmaschine, führen ab dem Überschreiten entsprechender Schwellwerte oder Kipppunkte zum raschen Umschlag des gesamten Systems in einen anderen Zustand. Die evidente Dialektik des Klimawandels, bei der quantitative Veränderungen zu einem qualitativen Bruch des Gesamtsystems führen, birgt somit ein evident zivilisationsbedrohendes Potenzial.

Katastrophenkapitalismus

Das Kapital fungiert einerseits als Klimakiller, da sein Wachstumszwang - die irrationale Tautologie, aus Geld mehr Geld zu machen - die reelle Welt als bloßes Material uferloser Akkumulation abstrakten Reichtums begreift. Diese blinde globale Dynamik wird durch Produktivitätssteigerungen noch zusätzlich angeheizt, da immer größere Warenmengen zur Akkumulation

derselben Wertmasse verkauft werden müssen, sodass im Spätkapitalismus, der an seiner eigenen Produktivität zu ersticken droht, zunehmend für die Müllhalde produziert wird: vom schnell reißenden Sockenpaar bis zum vollverlöteten Apple-Unibody-Laptop.

Der durch die kapitalistische Ressourcenverbrennung - die gerade nicht der Bedürfnisbefriedigung, sondern der uferlosen Akkumulation von Kapital dient - ausgelöste Klimawandel tritt in Krisenzeiten in Wechselwirkung mit der maroden gesellschaftlichen Infrastruktur der spätkapitalistischen Gesellschaften, die im Rahmen von Sparmaßnahmen und Austeritätspolitik buchstäblich kaputt gespart wird. Das ist gerade im "deutschen Europa" der Fall, das vom ehemaligen Finanzminister Schäuble auf eine rabiate neoliberale Spardiät gesetzt wurde.

Dies wird an den verheerenden Waldbränden in Griechenland evident. Griechische Einsatzkräfte beschwerten sich beispielsweise über die unzureichenden Mittel, die ihnen - nach Jahren der Schäublerischen Sparprogramme in Hellas - zur Verfügung stünden. Feuerwehrleute klagten gegenüber dem The Sydney Morning Herald, dass sie aufgrund der "Austeritätsmaßnahmen" sehr schlecht auf größere Feuer vorbereitet seien: "Wir haben über Jahre um mehr Ressourcen gebeten. Wir fragen nach neuen Flugzeugen." Den desaströsen Zustand der kaputtgesparten

griechischen Feuerwehr bestätigte in einem Kommentar auch Matt Wrack, Generalsekretär der britischen Feuerwehrgewerkschaft (Fire Brigades Union), der bei einer Visite in Hellas die Folgen der "Austerität" auf die Fähigkeit zur Feuerbekämpfung studierte.

Seit 2010 musste Griechenland über mehrere Jahre hinweg die Ausgaben für die Feuerbekämpfung senken, um den Sparsadismus des deutschen Finanzministers zu befriedigen - durch Lohnkürzungen, wie auch durch blanken Verzicht auf notwendige Ausrüstung und Material. Von seinem Höchstwert von 663 Millionen Euro im Jahr 2009 schrumpfte der Haushaltsposten auf nur noch 455 Millionen im Krisenjahr 2014. Unter der sozialdemokratischen Syriza-Regierung stiegen die Aufwendungen für den Brandschutz leicht auf 510 Millionen im Haushaltsjahr 2016. Doch dann musste Athen weitere Sparvorgaben umsetzen: Im März 2017 wurden die Aufwendungen für Feuerbekämpfung erneut um 34 Millionen Euro gekürzt.

Dabei warnten schon 2010 amerikanische Medien unter Verweis auf griechische Zeitungsberichte davor, dass weitere Haushaltskürzungen in diesem sensiblen Sektor das Risiko von "verheerenden Waldbränden" in Griechenland erhöhen. Griechenlands Probleme mit Waldbränden würden durch ökonomische Faktoren verstärkt, warnte auch die Tageszeitung Kathimerini kurz nach dem Beschluss einer abermaligen Sparrunde

im Juni 2010. Dies geschehe durch die "Reduzierung der Anzahl der Feuerwehrleute, ihrer Löhne und der Ausrüstung, die sie benutzen".

Eine ähnliche Wechselwirkung aus zunehmenden extremen Wetterereignissen und krisenbedingter Zerrüttung der essenziellen gesellschaftlichen Infrastruktur hat auch die letztjährige Feuerkatastrophe in Portugal begünstigt, der 60 Menschen zum Opfer fielen.

Diese krisenhaften Tendenzen in Europas brennender Peripherie können auf den Begriff des Katastrophenkapitalismus gebracht werden: Das Kapital ist bei Klimakatastrophen inzwischen sowohl bei deren Ursache als auch deren Folgen ein Faktor. Während der privatisierungsgeile, deregulierende Neoliberalismus und die krisenbedingte Unterfinanzierung der Infrastruktur die Krisenanfälligkeit der spätkapitalistischen Gesellschaften erhöht, sabotiert der uferlose Wachstumszwang des Kapitals alle Bemühungen um eine substanzielle Reduzierung der Treibhausgasemissionen.

Es handelt sich um ein Ineinandergreifen des kapitalgetriebenen Klimawandels, befeuert durch die selbstzweckhafte Wachstumswut der globalen Wirtschaftsmaschine, sowie der krisenbedingten Zerrüttung der Infrastruktur der Regionen, die einfach nicht mehr ausreichend "finanziert" wird.

Binnenkapitalistische Perspektive: Die unbewohnbare Erde

Die innerlich destabilisierten spätkapitalistischen Gesellschaften werden sich mit einem Klimawandel konfrontiert sehen, der viel schneller abläuft, als noch vor wenigen Jahren vom Mainstream der Klimawissenschaft prognostiziert wurde. Diese historische Tendenz der Klimawissenschaft, deren pessimistische Prognosen sich regelmäßig als zu optimistisch erweisen, gilt nicht nur für den Anstieg des Meeresspiegels, der laut neuesten Berechnungen doppelt so hoch ausfallen wird wie zuvor angenommen (und auch diese Prognose ignoriert die Möglichkeit "dialektischer" Umbrüche im Klimasystem und eines plötzlichen, massiven Anstiegs des Meeresspiegels).

Inzwischen werden die Prognosen für den Anstieg der Durchschnittstemperatur munter nach oben korrigiert. Eine in diesem Jahr publizierte Studie geht davon aus, dass die globale Durchschnittstemperatur noch in diesem Jahrhundert um bis zu vier Grad Celsius ansteigt. Ohne massive Einschränkung der CO2-Emissionen werde diese apokalyptische Marke irgendwann zwischen 2064 und 2095 überschritten. Die Vorgaben des "historischen" Klimagipfels von Paris sind längst Makulatur. Was dies bedeuten würde, machte eine schon 2009 vom New Scientist publizierte Prognose offensichtlich: Große Teile unserer spätkapitalistischen Welt könnten nicht mehr bewohnt werden.

So furchtbar die sich deutlich abzeichnende Perspektive eines rapiden Meeresspiegelanstiegs ist, sie verblasst angesichts der Aussicht darauf, dass weite Teile der Welt unbewohnbar werden - schlicht aufgrund der steigenden, bereits jetzt ins Lebensbedrohliche umschlagenden Temperaturen. Ganze Kontinente wie Afrika, weite Teile der Tropen und des Mittleren Ostens - insbesondere der Region um den Persischen Golf - würden durch häufig lebensgefährliche Hitzewellen und auch durch den langsamen Anstieg der Durchschnittstemperatur unbewohnbar.

Hunderte Millionen Menschen leben in Regionen, deren Klima bereits jetzt gesundheitsschädlich ist. In "wenigen Jahrzehnten", hieß es in dem berühmten Essay "The Uninhabitalbe Earth", werde etwa die massenhafte Pilgerfahrt nach Mekka nicht mehr möglich sein, während in Costa Rica bereits jetzt Feldarbeiter aufgrund der zunehmenden Hitze unter Nierenschäden litten.

Und es wird gerade dieser "kapitalgemachte" Klimawandel sein, der die zukünftigen Flüchtlingsströme aus dem globalen Süden hauptsächlich antreiben wird, wie etliche Studien in den vergangenen Jahren konstatierten. Tatsächlich ist die rasche Erhöhung der CO2-Konzentration in der Atmosphäre im Zuge der Durchsetzung des Kapitalismus beispiellos - die Sonnenenergie, die über Jahrmillionen in fossilen Energieträgern gespeichert wurde, ist in einem klimahistorischen Wimpernschlag von der kapitalistischen

Mehrwertmaschine freigesetzt worden, um ihren Verwertungsselbstzweck zu prolongieren.

Das eigentlich Deprimierende an der Lektüre wissenschaftlich begründeter - zumindest wahrscheinlicher - apokalyptischer Prognosen aber ist die Unfähigkeit der meisten Naturwissenschaftler, aus dem kapitalistischen Gedankengefängnis auszubrechen und überhaupt einen Begriff vom Kapital zu entwickeln. Meistens ist in diesem Zusammenhang die Rede vom großen "Wir", vom Menschen an sich, der sich blind sein Grab schaufle. Der jahrelang als Alarmist verschriene James Hansen, der immerhin vor den wirtschaftlichen Interessen warnte, die in Washington in Klimafragen das Sagen haben, ist eine Ausnahme.

Rechte Klimaprofiteure und der Weg in den Klima-Genozid

Die evidente Dialektik des Klimawandels, der sich abzeichnende Umbruch des globalen Klimasystems, müsste eigentlich das Kalkül der populistische Neuen Rechten durchkreuzen, das schlicht darauf abzielte, von der Leugnung des Klimawandels politisch und finanziell zu profitieren und darauf zu hoffen, dass die Apokalypse nach dem eigenen Ableben einsetzen möge. Diese rechte Logik des "Nach mir die Sintflut" blamiert sich gerade an der Realität eines viel schneller und sprunghaft ablaufenden Klimawandels. Die Klimaleugner der Neuen Rechten samt ihrer "Denkfabriken",

Lobbygruppen und ihrer Finanziers aus der "fossilen" Wirtschaft müssten sich eigentlich in der politischen Defensive befinden.

Nicht nur der politische Borderliner Trump, der die Klimaforschung nach Kräften sabotiert, auch die Klimaleugner der AfD stehen nun auch im Hinblick auf ihre Klimapolitik als gefährliche Irre da. Für die deutschen Rechtspopulisten ist CO2 "kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens", der positive Wirkungen auf "das Pflanzenwachstum und damit auf die Welternährung" entfalte, hieß es im Programmentwurf 2016. Danach folgte der übliche infantile AfD-Stammtischhumor: "Das Stigmatisieren des CO2 als Schadstoff werden wir beenden."

Und dennoch befinden sich die spätkapitalistischen Gesellschaften im Zentrum des Weltsystems derzeit in einem absurd anmutenden Identitätswahn, von dem die Neue Rechte profitiert, anstatt über die existenzielle Bedrohung durch den Klimawandel zu debattieren. Burka, Minarett, Lederhose und Kruzifix scheinen wichtiger als der sich beschleunigende Anstieg des Meeresspiegels oder die rasant steigenden Temperaturen.

Und dennoch hat diese hitzige, die Verrohung des öffentlichen Diskurses befördernde Debatte ihre böse Binnenrationalität - sie dient der Stigmatisierung, der Exklusion und vor allem der Abschottung im globalen Norden. Die Flüchtlinge müssen weg, weil

sie nicht zu "uns" passen, so das kulturalistische oder rassistische Mantra der Neuen Rechten, die damit die ganz konkrete Abschottung der Festung Europa gegenüber Klimaflüchtlingen legitimieren will. Die zunehmende rhetorische Verrohung, die Barbarisierung der öffentlichen Diskussion, in dem schon mal über das "Absaufen" von Menschen debattiert wird, fungiert als Vorstufe der ganz konkreten Barbarei.

Der Weg in die Barbarei zeichnet sich überdeutlich ab: Die Klimaflüchtlinge der kommenden Jahrzehnten, die vor einem buchstäblich tödlichen Klimawandel fliehen werden, sollen an der Flucht gehindert werden. Die notorischen Klimaleugner der Neuen Rechten dürften somit vom Klimawandel profitieren, indem sie die krisenbedingte Barbarisierung der Gesellschaften im globalen Norden immer weiter forcieren und die Akzeptanz des Zivilisationsbruchs befördern.

Letztendlich sollen die Menschen des globalen Südens dort dem Hitzetod erliegen, anstatt in den Norden zu fliehen - dies ist die implizite Konsequenz der rechten Abschottungspolitik, die bereits jetzt in Ansätzen ein regelrechtes Outsourcing der Barbarei betreibt. Das ist die Konsequenz eines Extremismus der Mitte, der letztendlich in den Massenmord führt: Es ist der zum monströsen Scheitern verurteilte Versuch, am Bestehenden festzuhalten, das in Auflösung übergeht. Grenzen dicht am Beginn einer Ära des

Klimaumbruchs, der ganze Nationen auslöschen wird - dies ist der erste konkrete Schritt in den Genozid an all jenen Menschen, die in den kommenden Jahrzehnten einen tödlichen Klimawandel zu entkommen versuchen werden.

Das einzig Vernünftige, Mittlere: die Systemtransformation

Der so erfolgreiche Extremismus der Mitte, den das System in seiner Krise ausschwitzt, speist sich aus dem Verharren im Bestehenden, in den etablierten, aber in Auflösung befindlichen Formen kapitalistischer Vergesellschaftung, wie Kapital, Markt, Geld, Nationalstaat, etc. Dies macht ihn auch so erfolgreich: Es ist kein "Umdenken" notwendig, man verbleibt im eingefahrenen ideologischen Gleis, dass immer weiter graduell in die Barbarei führt.

Die "einfachen Wahrheiten", die aus der Systemlogik in Krisenzeiten erwachsen, führen geradewegs in den Genozid. Konkret bedeutet dies, dass all die "überflüssigen" Menschenmassen der Peripherie im kommenden Klimachaos verrecken müssen, damit im Norden noch die Illusion einer halbwegs funktionierenden kapitalistischen Gesellschaft aufrechterhalten werden kann.

Angesichts dieses Extremismus, der aus der Mitte der kriselnden und angstschwitzenden kapitalistischen Gesellschaften aufsteigt, gibt es de facto nur eine konsequente zivilisatorische Perspektive:

die Systemtransformation. Die Überwindung des amoklaufenden kapitalistischen Wachstumszwangs, der die konkrete Welt verbrennt, um abstrakten Reichtum zu akkumulieren, ist eine Frage des nackten zivilisatorischen Überlebens. Der identitäre Wahn, der Ausgrenzungsdiskurs der Neuen Rechten müsste einem breiten gesamtgesellschaftlichen Transformationsdiskurs weichen, bei dem postkapitalistische Formen der gesellschaftlichen Reproduktion diskutiert würden.

Die technischen und organisatorischen Mittel, den kommenden Klimaumbruch ohne Zivilisationsbruch zu überstehen, sind allemal gegeben. Es gilt, das im Schoß der sterbenden spätkapitalistischen Gesellschaften herangereifte technisch-wissenschaftliche Potenzial von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise, des uferlosen Verwertungszwangs des Kapitalverhältnisses, zu befreien. Anstatt für die Müllhalde zu produzieren, würden die effizienteste globale Ressourcennutzung und der Aufbau einer globalen Infrastruktur zur Bewältigung des Klimawandels in den Fokus der Reproduktion einer postkapitalistischen Weltgesellschaft rücken.

Es wäre die Aufgabe der derzeit in der Defensive sich befindlichen fortschrittlichen, emanzipatorischen Kräfte, die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Klimaforschung, die inzwischen oft genug durch politische Interventionen verwässert werden, auf ihren praktischen Nenner zu bringen: Der Kapitalismus muss schnellstmöglich

überwunden werden!

Das ist eine einfache Frage des Überlebens der menschlichen Zivilisation, die angesichts der evidenten Erkenntnisse und aktuellen Tendenzen auf der Hand liegt. Um es ganz klar zu formulieren: Unendliches Wachstum ist in einer endlichen Welt letztendlich tödlich. Dies scheint inzwischen selbst den kapitalistischen Eliten zu dämmern, unter denen Absetz- und Abkapselungsbemühungen zunehmen.

Fazit: Eine globale Anstrengung zur Abwendung der drohenden globalen Klimakatastrophe ist nur bei Überwindung des kapitalistischen Wachstums- und Verwertungszwangs möglich. Dies scheint angesichts des gegenwärtigen politischen Klimas nicht gerade wahrscheinlich, ist aber dennoch buchstäblich überlebensnotwendig.

Erstveröffentlichung: November 2016

10. Maschinenkult und Menschenhass

10.1 KI und Kapital

»Can, what is playing you, make it to level-2?«

Nick Land

In der vom Silicon Valley herbeigesehnten Singularität käme das automatische Subjekt zu sich selbst

Ist die Menschheit bereit, den bald unter ihr weilenden Roboterherrschern aufopferungsvoll zu dienen? Diese Frage, die ansonsten eher die Kulturindustrie in ihren Trashproduktionen aufwirft, könnte sich nach Ansicht etlicher Kritiker der Erforschung Künstlicher Intelligenz (KI) tatsächlich bald ganz reell stellen. Falls die Roboterherrscher überhaupt noch über die Menschheit zu herrschen wünschen - und sich nicht dazu entscheiden, in einem Reenactment der Terminatorfilme die lästigen "Fleischsäcke" unverzüglich loszuwerden.

Die Stimmen, die vor einer weiteren, größtenteils unregulierten Erforschung Künstlicher Intelligenz in den Laboren internationaler Hightech-Konzerne warnen, werden in letzter Zeit vernehmlicher - und sie gehören den unterschiedlichsten prominenten Figuren der

Wissenschafts- und Hightech-Community.

Für den weltbekannten Physiker Stephen Hawking könnte der entscheidende, qualitative Durchbruch bei der Erforschung künstlicher Intelligenz - in der KI-Szene gerne als Singularität bezeichnet - das "Ende der Menschheit" bedeuten. Diese würde "eigenständig abheben, sich selber modifizieren in einem beständig anwachsenden Tempo". Menschen, die durch die biologische Evolution limitiert seien, könnten damit nicht konkurrieren und würden ausgelöscht. Bill Gates warnte davor, dass Künstliche Intelligenz potenziell gefährlicher sein könne als eine Nuklearkatastrophe. Nick Bostrom, Philosophieprofessor an der Universität Oxford, sieht in seinem Buch "Superintelligence" eine Zukunft voller technischer und ökonomischer Wunder, in der es keine Menschen mehr gibt. Es wäre ein "Disneyland ohne Kinder", bei dessen Errichtung die KI schlicht den Faktor Mensch beseitigte.

Vernor Vinge, Mathematiker und Schöpfer des Begriffs Singularität, sieht die Ausformung einer Künstlichen Intelligenz, die das intellektuelle Potenzial der Menschen in allen relevanten Bereichen überflügelt, als zwangsläufig an - und er hält die "physische Auslöschung der Menschheit für eine Möglichkeit". Der KI-Experte James Barrat, Autor des Buches "Our Final Invention: Artificial Intelligence and the End of the Human Era", sieht einen Ressourcenkampf zwischen Mensch und intelligenter Maschine als

wahrscheinlichste Konfliktlinie: Ohne gegensteuernde Institutionen und Sicherungsmechanismen würde "ein selbstbewusstes, sich selbst verbesserndes, autonom zielsetzendes System seine Ziele mit Mitteln verfolgen, die wir als irrsinnig ansehen müssten".

Der bekannte Hightech-Milliardär Elon Musk gilt als einer der vehementesten Kritiker Künstlicher Intelligenz. Er gab gegenüber Vanity Fair ein Beispiel für das aus uferloser, algorithmischer Selbstoptimierung resultierende Vernichtungspotenzial der aufziehenden Systeme Künstlicher Intelligenz. Selbst eine KI, die mit der autonomen Optimierung harmloser Tätigkeiten betraut würde, könnte sich als massenmörderisch erweisen: "Lass uns annehmen, du hast eine KI geschaffen, die selbstoptimierend Erdbeeren pflücken soll. Sie will immer besser dabei werden und sie will immer mehr Erdbeeren pflücken und sie verbessert sich permanent dabei. Alles, was sie will, ist Erdbeeren zu pflücken. Sie würde die ganze Welt in ein Erdbeerfeld verwandeln wollen. Strawberry fields forever." Da wäre dann kein Platz mehr für Menschen.

Der Hightech-Pionier Musk, der die treibende Kraft hinter Tesla-Motors ist und mit seinem Weltraumunternehmen SpaceX die Besiedelung des Weltraums forcieren will, befindet sich schon seit 2014 auf seinem "Kreuzzug" gegen die KI, wie es Vanity Fair in der besagten längeren Reportage im März 2017 formulierte. Damals

warnte Musk, dass KI sich als die "größte existenzielle Bedrohung der Menschheit" entpuppen könnte, weswegen es nationale oder internationale Regulierungs- und Überwachungsinstitutionen geben müsste, um die KI-Branche im Silicon Valley davon abzuhalten, versehentlich die Menschheit auszulöschen - die gibt es nämlich bislang nicht.

Keiner - mit Ausnahme der Beteiligen - weiß so genau, was die Hightech-Götter des Internetzeitalters in ihren hochgeheimen Forschungseinrichtungen und Laboren so genau ausbrüten. Musk jedenfalls verglich die derzeit boomende Erforschung von KI-Systemen mit der Beschwörung von Dämonen in Horrorfilmen. Man sei sich sicher, das Ganze unter Kontrolle halten zu können - bis es sich verselbstständige. In Reaktion auf diese Warnungen sei Musk im Silicon Valley als ein Luddit verschrien worden, als jemand, der technologischen Fortschritt mittels Sabotage verhindern wolle.

Was wäre die Singularität?

Dabei ist selbst der Begriff der Singularität umstritten und unklar, da er sich mit einer Hypothese befasst, die einen fundamentalen Einschnitt in den Zivilisationsprozess darstellen würde. Vorstellungen von einem Individuum, das Träger der Künstlichen Intelligenz wäre, wie etwa bei Blade Runner oder Ex Machina, gelten zumeist als anachronistisch. Oft geht man inzwischen bei

dieser Hypothese davon aus, dass der Träger der Singularität eine hochkomplexe, Bewusstsein erlangende, sich selbst weiterentwickelnde, algorithmengetriebene Software sei. Sie wäre somit überall und nirgends zugleich, die Singularität könnte nicht in einem künstlichen Individuum verortet werden, in einem Terminator oder einem Android - obwohl sie diese auch kontrollieren könnte.

Die KI wäre vielen Zukunftsszenarios zufolge eine im Netz, in der globalen Cloud, residierende, reale Abstraktion. Eine Software, die Bewusstsein erlangte. Diese Künstliche Intelligenz, die sich eigenständig exponentiell weiterentwickelte, würde eine Intelligenzexplosion und eine Explosion technologischen Fortschritts auslösen, in deren Folge die menschliche Zivilisation in bisher unabsehbarer Art und Weise fundamental transformiert oder ausgelöscht würde (vor allem an diesem Punkt scheiden sich die Geister). Die KI würde sich nach dem Akt der Singularität verselbstständigen und die intellektuellen Kapazitäten der Menschheit binnen kurzer Zeit weit überflügeln.

Eine voll ausgebildete Künstliche Intelligenz käme einem ähnlichen zivilisatorischen Umbruch gleich wie "die Landung Außerirdischer", erklärte der im Silicon Valley aktive Investor Peter Thiel gegenüber Vanity Fair. Selbst diejenigen Wissenschaftler, die an der Erforschung Künstlicher Intelligenz beteiligt seien, wüssten nicht

genau, wie diese zu kontrollieren sei. "Eigentlich wissen wir noch nicht, was KI konkret sein wird. Es ist sehr schwierig zu wissen, wie es zu kontrollieren wäre."

Die Befürworter des Strebens nach der Realisierung der Singularität kontern gerne solche Warnungen mit dem Verweis darauf, dass die künstlichen Maschinen nicht mit "menschlichen Neigungen" und Charaktereigenschaften ausgestattet sein würden, wie Ehrgeiz, Selbsterhaltungswille, Machtstreben. Yann LeCun, führend bei der Erforschung von KI-Systemen und "deep learning", derzeit Chef des KI-Programms bei Facebook, erklärte, dass ein Terminator-Szenario nicht möglich sei. Den künstlichen Maschinen würde einfach keinerlei Selbsterhaltungstrieb implementiert, womit diese Probleme gelöst seien, so Yann LeCun.

Der Computerwissenschaftler Stuart Russell bezeichnet solche Beteuerungen gegenüber Vanity Fair schlicht als "mathematisch falsch". Es sei offensichtlich, dass Künstliche Intelligenz Selbsterhaltungswillen hätte, selbst wenn dieser ihr nicht explizit implementiert würde. Wenn man einer intelligenten Maschine die Weisung gebe, einen Kaffee zu holen, dann würde sie einen Selbsterhaltungstrieb entwickeln, um diesen Auftrag zu erfüllen. "Und wenn du sie auf dem Weg zum Kaffee bedrohst, dann würde sie dich töten, um jegliches Risiko für den Kaffee abzuwehren. Viele Leute haben diesen Sachverhalt LeCum in sehr einfacher Art und

Weise erklärt."

Wäre es überhaupt möglich, die Singularität zu revidieren? Der an der Universität Berkeley arbeitende Wissenschaftler Eliezer Yudkowsky beschäftigt sich unter anderem mit der Problematik des Aus-Schalters bei künstlicher Intelligenz. Es sei überhaupt nicht klar, wie man einen Abschalt-Mechanismus in eine Maschinenintelligenz einbauen könnte, die sich selber modifizieren und weiterentwickeln könne, warnte Yudkowsky. Sie könnte ihn eliminieren oder selber drücken. Wenn man etwas baue, das intelligenter sei als man selber, dann müssten solche Sicherungsmechanismen schon beim ersten Mal richtig implementiert werden. Die eigentliche Gefahr gehe nicht von irgendwelchen bösartigen Robotern mit rot glühenden Augen aus (die alten, verschollenen Prophezeiungen zufolge, die Menschheit im Jahr 2084 vernichten sollen), erläuterte Yudkowsky:

»Die Sache mit der KI ist die, dass es nicht der Roboter ist. Es ist der Computeralgorithmus im Netz. Also, der Roboter ist nur eine Externalität, nur eine Serie von Sensoren und Modifikatoren. Die KI ist im Netz. Die entscheidende Sache ist nun, dass die kollektive menschliche Intelligenz einen verselbstständigten Algorithmus durchaus stoppen könnte. Aber wenn es eine große, zentralisierte KI gibt, die Entscheidungen fällt, dann kann sie nicht mehr gestoppt werden.«

Google, Facebook & Co. - Die KI-Industrie

Innerhalb der globalen Hightech-Industrie gibt es einflussreiche Akteure und Konzerne, die zumindest daran glauben, in den kommenden Jahren oder Jahrzehnten etwas erschaffen zu können, das sich ihrer Kontrolle entziehen könnte: eine die Menschheit weit überflügelnde Künstliche Intelligenz, die sich eigenständig exponentiell weiterentwickeln würde. Typen, die damit reich geworden seien, banale Probleme wie Online-Bezahlsysteme zu lösen, glaubten sich nun berufen, "eine neue Welt, eine neue Spezies zu erschaffen", kommentierte Vanity Fair. Das nächste Jahrzehnt wurde im Silicon Valley zu einem Zeitalter der Künstlichen Intelligenz ausgerufen, wobei die Hightech-Branche eine kleine Anzahl von "Zauberern" mit Geld überhäuft, die mit den "Beschwörungsformeln" der KI vertraut seien.

Zentraler Akteur der sich formierenden KI-Industrie ist der Suchmaschinenanbieter Google, der bekanntlich mit solch banalen Geschäftsmodellen wie der Onlinewerbung groß wurde. Ab 2014 investierte Google massiv in das Forschungsfeld Künstlicher Intelligenz. Der Konzern kaufte unter anderem DeepMind für 650 Millionen Dollar - ein Unternehmen, das als Pionier Künstlicher Intelligenz gilt. Der Futurist und US-Militärberater Ray Kurzweil, der für die kommenden drei Jahrzehnte die Erschaffung gottähnlicher Hybridwesen aus Mensch und Maschine prognostiziert, befindet

sich ebenfalls auf Googles Gehaltsliste. Bei diesen technologischen Fieberträumen geht man davon aus, dass Menschen ihr Bewusstsein in die im Netz residierende Singularität "uploaden" würden, sie würden zum Teil der Matrix, sie wären Borg. Kurzweil selber ernährt sich hauptsächlich von "Lebenspillen" und Mandelmilch - um möglichst lange zu leben und mit der "Maschine" verschmelzen zu können.

Wie weit Künstliche Intelligenz bereits gediehen ist, zeigte kürzlich das von DeepMind entwickelte Programm Alpha Go, das die besten Spieler der Welt im komplexesten Spiel der Welt, in Go, mit 60 zu null besiegte. Ein weiteres KI-System stellte unter Beweis, dass es bluffen kann - es besiegte Spitzenspieler bei einem Pokerturnier in Las Vegas.

Zudem scheint das Problem des "katastrophalen Vergessens" zumindest im Ansatz gelöst zu sein. Unter diesem Begriff wird die Unfähigkeit der bisherigen KI-Systeme subsumiert, Erfahrungen, die in einem Aufgabenfeld gesammelt wurden, auf eine andere Problemstellung zu übertragen. Ein von DeepMind entwickeltes Programm konnte eine Reihe unterschiedlicher Aufgaben bewältigen, wobei die zuvor gesammelten Erfahrungen zur Anwendung gelangten. Bisher musste Künstliche Intelligenz bei jeder neuen Aufgabe quasi einen "Reset" durchführen, sodass der Lernprozess von vorne begann.

Neben Google ist auch Facebook führend bei der Erforschung der KI. 2016 startete der Facebook Gründer Mark Zuckerberg seine KI-Initiative, bei der eine freundliche Künstliche Intelligenz den Haushalt des Milliardärs überwachen und managen sollte. Es solle eine Art "Jarvis aus Iron Man" werden, so Zuckerberg. Dieser Ansatz ist Kritikern zufolge aber bei weitem nicht so weit vorangeschritten wie die Durchbrüche von DeepMind, da Facebook de facto nur die bereits bestehenden Assistenzsysteme wie Cortana und Siri weiter entwickelte und vernetzte.

DeepMind wurde übrigens von Demis Hassabis mitbegründet - witzigerweise Autor des Computerspiels Evil Genius, bei dem ein irrer Wissenschaftler die Welt übernimmt. Und es sind klassische Computerspiele wie Pong oder Breakout, bei denen Hassabis KI-Systeme ihr Können unter Beweis stellten. Selbst abgebrühten Kapitalisten scheinen die Vorstellungen des KI-Gurus zu weit zu gehen, berichtete Vanity Fair. Er hätte Hassabis "auf der Stelle erschießen sollen", dies sei "die letzte Chance, die Menschheit zu retten", witzelte ein Investor nach dem Treffen mit dem KI-Pionier, der die Erforschung Künstlicher Intelligenz mit einer religiösen Inbrunst verfolgt.

Transhumanismus: der Todeskult der Hightech-Taliban

Wenn man die Glasbüros der KI-Startups im Silicon Valley

abklappere, um die "Fürsten der Cloud" über ihre Vorstellungen einer schönen neuen Welt zu befragen, die von einer künstlichen Intelligenz geformt werde, dann stelle sich mit der Zeit ein "gruseliges Gefühl" ein, berichtete Vanity Fair. Bei allen Beteuerungen, mittels Innovationen die Welt zu einem besseren Ort zu machen, werden Menschen als bloße Versuchskaninchen betrachtet, als "alte Technologie, die bald ausgemustert wird". Viele Akteure im Silicon Valley haben sich mit der kommenden Realität arrangiert: "Wir werden 150 Jahre alt, aber wir werden auch Maschinenherrscher haben." Steve Wozniak, Mitbegründer von Apple, spricht von einer Zukunft, in der Menschen die "Haustiere" intelligenter Maschinen seien.

Und sehr viele Hightech-Gurus sind auch bereit, die aufziehende Herrschaft der Maschinen mit allen Konsequenzen zu akzeptieren. Es gebe in der KI-Szene viele Leute, die die Ansicht vertreten, wenn die Maschinen intelligenter als Menschen seien, "dann sollen sie den Planeten übernehmen und wir müssen weggehen", erklärte Stuart Russell. Weit verbreitet sei auch die Überzeugung, dass die Menschen ihr Bewusstsein in die Maschinen übertragen könnten, um weiter jenseits ihrer stofflichen Hülle existieren zu können. "Wir hätten Bewusstsein, aber wir wären dann Maschinen", was absolut unplausibel sei, so Russell. Musk sprach in diesem Zusammenhang von einer "neuronalen Schnur" zwischen Mensch und Maschine, die

der "menschlichen Obsoleszenz" vorbeugen könne - indem das menschliche Gehirn direkt an die KI im Netz angeschlossen werde. Es wäre eine "Bewusstseinsverschmelzung", bei der das Individuum ganz im kollektiven Wir der KI aufgehen würde.

Offensichtlich wird bei dieser KI-Debatte aber auch, dass sie von einem krassen Vulgärmaterialismus geprägt ist. Der französische Transhumanismus-Kritiker Jean-Michel Besnier bemerkte dazu: "Die semantische Deflation des Begriffs Intelligenz ist selbst ein Symptom, nämlich der Vertrocknung, wenn man so will, oder einer besorgniserregenden Vereinfachung der Vorstellung, die der Mensch von sich selbst macht."

Historisch betrachtet kam die bloße Idee einer Künstlichen Intelligenz im Gefolge der Durchsetzung der Fabrikdisziplin auf, als der Mensch durch den Kapitalismus genötigt wurde, eine Maschine zu sein. So nannte etwa Emil Post (neben Alan Turing einer der theoretischen Pioniere des Computers) als Vorbild einer programmierbaren Maschine einen Fließbandarbeiter.

Diese ideologische Verschmelzung von Mensch und Maschine soll nun in Realität überführt werden. In der Branche herrscht in Bezug auf die gesellschaftliche und technologische Entwicklung ein klassischer neoliberaler Fatalismus, das TINA-Prinzip (There is no Alternative). "Imperien fallen, Gesellschaften ändern sich, und wir

marschieren auf die unabänderliche nächste Phase zu", so Vanity Fair. Folglich werde nicht mehr diskutiert, ob, sondern wann man so weit sein werde, durch Künstliche Intelligenz "sich selbst zu verbessern". Alle die technologischen "Verbesserungen" unseres alltäglichen Lebens, die von den Hightech-Oligarchien propagiert werden, führten in eine Zukunft, in der die Menschheit - wenn überhaupt - nur eine Nebenrolle spielte. Dies sei ein "Paradox", behauptete Vanity Fair.

Musk erklärte gegenüber dem Blatt, dass in der KI-Szene die historische Rolle der Menschheit mit der Funktion eines Bootloaders verglichen wird. Mit dem Begriff Bootloader, wie etwa dem bekannten GNU-Programm Grand Unified Bootloader (Grub), werden Programme bezeichnet, denen die Funktion zufällt, den Ladevorgang des eigentlichen Betriebssystems zu starten. In der KI-Ideologie des Transhumanismus, die im Silicon Valley wie ein Steppenfeuer um sich greift, wird der Menschheit eben diese Rolle zugewiesen: Sie ist der Bootloader des eigentlichen Betriebssystems überlegener, uferlos expandierender Künstlicher Intelligenz. "Wir sind der biologische Bootloader für eine digitale Superintelligenz", so brachte Musk den Erlösungsglauben vieler Transhumanisten im Silicon Valley auf den Punkt. "Materie kann sich nicht zu einem Chip organisieren. Aber sie kann sich selber in ein komplexes biologisches Wesen organisieren, das dann

letztendlich den Chip erschafft."

Die gelangweilten Hightech-Milliardäre des Silicon Valley, die mit solch banalen Geschäftsprinzipien wie Online-Bezahlsystemen und Online-Werbung ihre Milliarden machten, möchten jetzt ein wenig Gott spielen. Sie wollen der "schönen Maschine" (Adam Smith), die das Kapital in seinem globalen blinden Verwertungszwang hervorbrachte, endlich Bewusstsein einhauchen. Der Wissenschaftler Jaron Lanier, einer der Schöpfer des Konzepts der Virtual Reality, erklärte, wieso die Hightech-Oligarchen so besessen vom Konzept Künstlicher Intelligenz seien. Es befriedige ihren Narzissmus, da nur Silicon Valley hierzu in der Lage ist: "Ihr digitalen Technikmenschen, ihr erschafft Leben, ihr transformiert die Realität." Niemand könne es sonst machen, nicht der Papst, nicht der Präsident, nur sie. "Die Software, die wir bauen, ist unsere Unsterblichkeit." Es erinnere ihn an die Geschichte über das Goldene Kalb, so Lanier.

Unabhängig davon, ob die Singularität technisch realisierbar sein wird, ist die Ideologie des Transhumanismus, die sich im Fahrwasser der KI-Forschung herausgebildet hat, beachtenswert - und gefährlich. Generell geht diese relativ neue Denkrichtung liberal-kapitalistischer Ideologie davon aus, dass der wissenschaftliche-technische wie ökonomische Fortschritt in der Tendenz über den Menschen hinausweise, diesen selber

transformiere oder auf der Müllhalde der Geschichte deponiere. Die Menschheit als Geburtshelfer einer hyperintelligenten Maschinenwelt, die zu einer Explosion von Technologie und Wachstum führe - dies ist der ideologische Rahmen aller Spielarten des Transhumanismus.

Die ideologische Spiegelung des gegenwärtigen Krisenprozesses in dieser Hightech-Religion ist evident: Die Maschinen sollen weitermachen mit dem endlosen Wachstumszwang des Kapitals in einem diesseitigen Jenseits der offenen Maschinenherrschaft, selbst wenn die Menschheit verreckt. Das System läuft weiter ohne den störenden Faktor Mensch, dessen geistige Unzulänglichkeiten als Ursache aller gegenwärtigen Krisentendenzen benannt werden. Weitermachen mit dem Kapitalismus - über den Tod der Menschheit hinaus, die als ein störender Faktor bei der anstehenden Wachstums- und Intelligenzexplosion betrachtet wird.

Der Transhumanismus ist somit ein Todeskult, geboren aus dem spätkapitalistischen Krisenprozess, ähnlich dem Islamismus eines Islamischen Staates oder der Taliban, ähnlich dem alten wie dem neuen europäischen und amerikanischen Faschismus des 21. Jahrhunderts. Die Menschheitsvernichtung wird zu einem Akt der Erlösung verklärt: Die Erlösungsphantasie des Islamisten, der den zunehmenden Widersprüchen spätkapitalistischer Vergesellschaftung in Selbstmordanschlägen entflieht, ist im

Jenseits mit seinem Dutzenden von Jungfrauen angesiedelt. Die Hightech-Taliban des Silicon Valley sehen in der Herrschaft der Maschine, in der Verschmelzung ihres Bewusstseins mit der im Netz residierenden Hyperintelligenz, ihre Erlösungsperspektive. Deswegen befolgen viele Akteure in der KI-Szene all die absurden neo-calvinistischen Diäten, über die Vanity Fair berichtet, die ihnen eine möglichst lange Lebenszeit verschaffen sollen. Man will sein Leben verlängern, bis die Verschmelzung mit der KI technisch möglich sein wird.

Der Transhumanismus, dem viele der mächtigsten Hightech-Gurus verfallen sind, ist eine immanente Maschinenreligion. Der liberal-kapitalistische Kult der "schönen Maschine", die der Krisentheoretiker Robert Kurz in seinem Schwarzbuch Kapitalismus entlarvte und anprangerte, kommt im Transhumanismus an sein logisches Ende. Die Menschen müssen entweder zu Maschinen werden oder ihnen weichen, um Erlösung zu finden. Das mit der Maschinenreligion ist auch durchaus wörtlich zu nehmen: Es hat sich bereits eine Sekte gegründet, in der die KI als "Gott" allen Ernstes anbetet werden soll.

Der Kapitalismus nimmt in seiner Agonie zunehmend die Züge einer immanent-religiosen Bewegung an, einer "irren Selbstmordsekte" (Robert Kurz), die von Afghanistans Bergen bis zum Silicon Valley den drohenden Kollaps des Weltsystems mit

einem irren Sinn auflädt. Erlösung kann für die Taliban jeglicher Couleur nur im Tod zu finden sein. Der Transhumanismus ist eine in der "Mitte" des Spätkapitalismus ausgebrütete Maschinenreligion. Die von der kapitalistischen Ideologie vergötterte "schöne Maschine" des Kapitals soll buchstäblich zum "Leben" erweckt, mit einem uferlosen Bewusstsein versehen werden.

KI und das "automatische Subjekt"

Die bittere Ironie an dem - aus dem klassischen Fachidiotentum erwachsenen - Ignoranzgebilde des Transhumanismus besteht selbstverständlich darin, dass "die Maschinen" längst über die Menschheit herrschen. Sie tun es seit der Durchsetzung des Kapitalismus - nur tun sie es nicht bewusst. In jeder Krise, in der Automatisierungsschübe zu Massenarbeitslosigkeit und Elend führen, wird es evident, dass die "Maschinen" einem anderen Zweck dienen als der menschlichen Bedürfnisbefriedigung, die ihnen nur notwendiges Übel, nur Mittel zum Zweck ist.

Dies war schon bei der Automatisierung der Textilindustrie und den daraus folgenden Pauperisierung - Auslöser etwa der Weberaufstände der Fall. Und genau so ist es auch bei der sich nun entfaltenden Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft, mit ihren immer schneller aufeinander folgenden Automatisierungsschüben, die inzwischen nicht nur von linken

Theoriegruppen, sondern selbst im bürgerlichen Mainstream diskutiert wird. Die Insassen der kapitalistischen Tretmühle befinden sich längst in Kampf mit den Maschinen, in dem sie systemimmanent nur verlieren können.

Die himmelschreiende Absurdität, die niemandem auffällt, besteht darin, dass die immer intelligenter werdenden Maschinen immer mehr Waren in immer kürzerer Zeit mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft herstellen können. Das Paradies scheint zum Greifen nahe, die grundlegenden Bedürfnisse aller Menschen können befriedigt werden, und trotzdem bricht auf Erden die Hölle los - mitsamt dem Aufkommen der entsprechenden Todeskulte wie Islamismus, Faschismus und Transhumanismus.

Die immer effizienter gestaltete Produktion im Kapitalismus, die gesamte Rationalität des Produktionsprozesses, sie dient einem letztendlich irrationalen Zweck: der höchstmöglichen Verwertung des eingesetzten Kapitals. Der Selbstzweck, vermittels der Warenproduktion möglichst viel Profit zu machen, verselbstständigt sich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Hinter dem Rücken der Produzenten entwickelt dieser Verwertungsprozess des Kapitals eine Eigendynamik, die seinen Marktsubjekten als eine fremde, quasi natürliche Macht gegenübertritt ("Die Märkte", die "Sachzwänge", etc.).

Wenn also die eigene Arbeitskraft aufgrund eines Rationalisierungsschubs nicht mehr auf den Arbeitsmarkt verkauft werden kann, weil neue Techniken der Automatisierung massenhaft Arbeit überflüssig machen, dann entziehen jetzt schon Maschinen den Menschen die Existenzgrundlage. Die Maschinen "herrschen" bereits über die spätkapitalistische Menschheit, sie tun es als Konkretisierungen der blinden Verwertungsbewegung des Kapitals, die konkurrenzvermittelt immer effizienter wird, immer mehr Arbeit aus der Warenproduktion verdrängt, immer "intelligenter" wird.

Der Technikpionier Tim Berners-Lee spricht in diesem Zusammenhang davon, dass die Roboter bereits "unsere Jobs" übernehmen. Selbstfahrende Autos und automatisierte Fabriken werden zunehmend Arbeitskräfte überflüssig machen: "Heute werden vor allem gering qualifizierte Arbeitsplätze durch Computer ersetzt, aber letztendlich werden es auch avancierte Tätigkeiten sein: wie Zeitungsredakteure, Juristen, Ärzte." Deswegen sei es erforderlich, so Berners-Lee, neue Formen der gesellschaftlichen Reproduktion, wie etwa das bedingungslose Grundeinkommen, ins Auge zu fassen und breit zu diskutieren.

Diese Tendenz wirkt schleichend schon seit Jahrzehnten, eigentlich seit dem Beginn der IT-Revolution: Maschinen, als Werkzeuge der Verwertungsbewegung des Kapitals, verdrängen den Menschen aus

dem Produktionsprozess. Und diese Entwicklung ist auch Ursache des gegenwärtigen sozioökonomischen Krisenprozesses.

Die gesamtgesellschaftlich blind wuchernde Verwertungsbewegung des Kapitals, die ihre fetischistische Eigendynamik auf den "Märkten" als "Sachzwänge" gegenüber den ohnmächtigen Marktsubjekten entfaltet, wurde von Marx auf den Begriff des "automatischen Subjekts" gebracht. Der Automatismus der "Selbstverwertung" des Kapitals wird mit einer subjekthaften Festigkeit exekutiert, die in Krisen schon mal ganze Weltregionen verheeren, ganze Bevölkerungsschichten pauperisieren kann. Eine unbewusst, marktvermittelt, von den Gesellschaftsmitgliedern in ihrer Eigenschaft als Marktsubjekte hervorgebrachte gesellschaftliche Dynamik beherrscht diese - und wird zumeist mit Begriffen wie "die Märkte" oder "Sachzwänge" belegt.

Die Ironie, die dem Transhumanismus offensichtlich entgangen ist, besteht darin, dass die Menschen schon jetzt nicht Herr ihrer eigenen Gesellschaft sind, sie waren es noch nie. Die Menschheit ist unter dem Kapital nicht unbedingt das Haustier (Wozniak), sondern eher ein Nutztier einer verselbständigten gesellschaftlichen Dynamik. Die Maschinen scheinen schon die Menschen zu beherrschen, da sie im Verwertungskreislauf des Kapitals Verwendung finden, ihre Anwendung richtet sich nach dem Zweck des Automatismus der Wertverwertung, der global die besagte

subjekthafte Eigendynamik ausbildet. Es ist eine bewusstseinslose Maschinenherrschaft, die der Spätkapitalismus ausbildet - angetrieben nur durch den wucherungsartigen Drang zur Selbstvermehrung des Kapitalverhältnisses als automatisches Subjekt.

Entscheidend für die konkrete Ausformung der Künstlichen Intelligenz ist selbstverständlich die Gesellschaft, in der sie in Existenz treten würde. Ein Beispiel für die diesbezügliche Weltfremdheit der Hightech-Konzerne, die losgelöst von den konkreten sozialen Widersprüchen in ihrer PR-Blase agieren, lieferte 2016 die vom "Visionär" Bill Gates ("640 Kilobyte sind genug") mitbegründete Firma Microsoft. Der Konzern setzte den KI-Chatbot Tay dem Internet aus, der durch "zufällige und spielerische Konversationen" mit den Internetnutzern "cleverer" werden sollte. Binnen kurzer Zeit musste das KI-Programm offline gehen, da es sich "in weniger als einem Tag in ein rassistisches Arschloch" verwandelte, wie es The Verge formulierte.

Die avancierte, voll ausgeformte KI als Singularität, die sich selbst perfektionierende Künstliche Intelligenz, entsteht nicht im luftleeren Raum, sondern in der technologisch avancierten Industrie des Spätkapitalismus - die gerade einen "transhumanistischen" Todeskult ausbildet, dessen Anhängerschaft buchstäblich aufgehen will in der "schönen Maschine" des Kapitals.

Was könnte da schon schiefgehen?

Was wäre also die Singularität, sollte sie im Spätkapitalismus tatsächlich in Existenz treten (gesetzt den Fall, eine solche, sich selbst perfektionierende und explosionsartig wachsende Künstliche Intelligenz ist technisch überhaupt realisierbar)? Das Kapital als automatisches Subjekt würde sich seiner selbst bewusst - das blindwütige Prozessieren der Kapitaldynamik in ihrer uferlosen und weltverheerenden Akkumulationsbewegung würde zu sich kommen, Bewusstsein erlangen. Die KI-Gurus wollen einen Maschinengott erschaffen, residierend in den virtuellen Weiten des Netzes, der aus dem sehr reellen, "subjekthaften" Automatismus der kapitalistischen Verwertungsdynamik erwächst.

Die Menschheit und eine ökologisch einigermaßen intakte Welt als notwendige Durchgangsstadien des Verwertungsprozesses könnten dann bewusst abgestreift werden. Danach strebt das Kapital in seinem blinden Verwertungsprozess bereits, es macht die Menschheit ökonomisch überflüssig. Die transhumanistische Todesreligion der Hightech-Taliban führt nur die dem Kapital innewohnende, blind prozessierende Tendenz zur Menschheitsvernichtung aus. Dem "bewusstlosen" gesellschaftlichen Prozess könnte Silicon Valley somit ein Bewusstsein verpassen.

Berners-Lee sieht bereits in der Gegenwart erste Ansätze einer solch "netzbasierten", den Globus umspannenden KI. Die Gefahr komme nicht von Terminatoren oder "sexy" Robotern, es sei wahrscheinlicher, dass sich eine "Super-Intelligenz" zuerst in der "Firmen-Cloud" manifestieren werde: "Die Dystopie wird sehr viel langweiliger sein als ein Roboter, der die Welt übernimmt. Es wird ein Firmenprogramm in der Internetwolke sein."

Die Kapitalverwertung in der Finanzsphäre wird übrigens längst durch KI-Systeme optimiert - unter anderem von dem erzreaktionären Trump-Sponsor Robert Mercer (vergleiche Kapitel 5), der seine Milliarden durch optimierte KI-Systeme bei Finanzmarktspekulationen machte. Die Quantum-Intelligenz befinde sich bereits jetzt in der Cloud und sie sei "sehr mächtig", so Berners-Lee. Gerade beim Wertpapierhandel auf den Finanzmärkten komme sie zum Einsatz, um schnelles, effizientes Spekulieren zu optimieren:

"Wir haben letztendlich beim großen Teil unseres Business bereits an Computer abgetreten. Unsere Wirtschaft will, dass Computer kluge Sachen machen, dass sie effizientere Dinge machen. Wir wollen, dass unsere Computer die besten sind, damit wir in der Wirtschaft überleben. Deswegen trainieren wir unsere Computer, dass sie die besten sind und überleben. Computer werden neue Programme erschaffen und sogar neue Unternehmen, die ihre

Arbeit besser erledigen ... die KI wird ihre eigenen Programme erschaffen. Tatsächlich werden Computer in der Lage sein, bessere, schnellere Programme zu erschaffen als Menschen."

Falls es technisch machbar ist, die Singularität im Spätkapitalismus zu realisieren, dann wird sie gerade hier entstehen: beim Rattenrennen um die höchsten Profite in der Sphäre des fiktiven Kapitals, auf den globalen Finanzmärkten. Die neuen Roboterherrscher werden die vertrauten, unmenschlichen Züge tragen - und mit der ökonomisch überflüssigen Menschheit genauso "blut- und schmutztriefend" (Marx) verfahren, wie es der blinde Automatismus des Kapitalverhältnisses bereits seit 300 Jahren tut.

Erstveröffentlichung: November 2017

11. Was tun gegen Faschismus im 21. Jahrhundert?

»Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.«

Max Horkheimer

"Wie hättest du dich damals verhalten?" Diese Frage, die oft bei historischen Diskussionen über Nazideutschland aufkommt, ist wieder von brennender Aktualität. Jetzt können wir endlich herausfinden, was wir anstelle unserer Großeltern getan hätten. Spätestens seit den pogromartigen Ausschreitungen von Chemnitz im August 2018 kann der Aufstieg der extremistischen Rechten, ihre wachsende Verankerung in der Mitte der bundesrepublikanischen Gesellschaft, nicht mehr übersehen werden. Wohin treibt nun diese - mit dem Krisenschub von 2008/09 einsetzende - Rechtsdrift die spätkapitalistischen Gesellschaften in den Zentren des Weltsystems?

Wohin bewegt sich also die braune "Bewegung", etwa in der Bundesrepublik? Es treibt sie zur irren Tat. Die neue Qualität der Faschisierung der Bundesrepublik besteht seit dem Spätsommer 2018 darin, dass sich die verbale, in der Öffentlichkeit und in den Massenmedien durch die Neue Rechte forcierte Barbarisierung und

Enthemmung erstmals in enthemmter Massengewalt entladen konnte. Die beständige Rechtsverschiebung des öffentlichen Diskurses, die durch permanente zivilisatorische "Tabubrüche" rechter Provokateure und Opportunisten geprägt war, scheint ab 2018 in die barbarische Praxis überzugehen.

Bis 2018 äußerte sich der rechte Terror gegen Flüchtlinge in der Bundesrepublik in vielen Gewaltakten und Terroraktionen von Kleingruppen und Einzelpersonen: in Brandanschlägen, Übergriffen, in Mordanschlägen (2016 wurden etwa 3500 Angriffe gegen Flüchtlinge gezählt). Seit Chemnitz scheinen Pogrome wieder denkbar, bei denen faschistischen Banden eine Stadt zeitweilig zum Marodieren und zur Hetzjagd auf überlassen wird - unter Tolerierung oder mit Unterstützung durch einen Teil der Bevölkerung und der Funktionseliten in Staatsapparat, Politik und Medien.

Der offene faschistische Straßenterror, geduldet vom Teilen des Staatsapparats und der politischen Funktionseliten, deutet auf den Übergang der Bundesrepublik in den Vorfaschismus. Die Masken der Neuen Rechten fallen, doch es gelingt nicht mehr, die offen zutage tretende Barbarei noch zu marginalisieren; sie kann sich öffentlich behaupten, findet Rückhalt in Teilen der Politik, der Medien, des Staates, die den faschistischen Terror als Teil ihres politischen Kalküls akzeptieren. Sie droht, zur neuen deutschen

"Normalität" zu gerinnen.

Die Akzeptanz faschistischer Gewalt, des Terrors zur Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung, nimmt in der Bevölkerung, insbesondere in der Mittelklasse, rasch zu. Nicht trotz, sondern gerade wegen der Gewaltausbrüche von Chemnitz legte die AfD nach diesen Ereignissen bei Umfragen - gerade in Sachsen - weiter zu. Die jahrelange Enthemmung und Verrohung des öffentlichen Diskurses, praktiziert durch Sarrazin, AfD, Fleischhauer, den Springer-Konzern, Seehofer und unzählige weitere OpportunistInnen von rechts bis pseudolinks, die auf der neuen deutschen braunen Welle reiten - sie bringt der Neuen Rechten 2018 praktische, barbarische Dividende ein.

Deutschland steht mit seiner faschistischen Dynamik bei weitem nicht allein, das Land stellt eher einen Nachzügler dar. Das globale spätkapitalistische Weltsystem geht in den vielen seiner Zentren in den Vorfaschismus über. Die Irish Times brachte die grundlegenden Charakterzüge dieser Periode Mitte 2018 auf den Punkt.

Die Welt befinde sich im "Präfaschismus", so die Irish Times mit Blick auf die Behandlung von "illegalen" Migrantenkindern in den USA. Es fänden derzeit "Testläufe" statt, wie Faschismus wieder in den kapitalistischen Gesellschaften verankert werden könnte.

Faschismus könne nicht spontan in Demokratien eingeführt werden, es bedürfe einer Phase der Konditionierung der Bevölkerung (Vorfaschismus oder Faschisierung), da es nicht einfach sei, Menschen dazu zu bewegen, ihre Freiheiten und ihre zivilen Umgangsformen aufzugeben. Bei Testläufen würden faschistische Vorstöße kalibriert, um der Bevölkerung den "Geschmack der Grausamkeit" zu vermitteln, wie bei "Bluthunden", so die Irish Times wörtlich, indem äußere Feindgruppen aufgebaut würden. Der "entscheidende und schwierigste Schritt" bestehe aber darin, die "moralischen Grundsätze" breiter Bevölkerungsschichten zu untergraben, sie dazu zu bewegen, "extreme Akte der Brutalität" zu akzeptieren.

Auf die Barbarisierung des öffentlichen Diskurses, die von der Neuen Rechten forciert wurde, folgen faschistische Vorstöße, bei denen schrittweise die Akzeptanz extrem brutaler, terroristischer Methoden in der Bevölkerung verankert wird - zumeist durch Gewöhnungseffekte. Die barbarische Dosis wird dabei schrittweise erhöht. Die Irish Times verwies dabei auf die berüchtigten Kinder-KZs, in denen die Trump-Administration Kinder von Migranten einsperren ließ (siehe Kapitel 3.7). Dieser Prozess der barbarischen Konditionierung der Bevölkerung zu faschistischen Bluthunden geht nicht ohne zeitweilige Rückschläge ab, wie gerade das obige Beispiel der Trumpschen Kinder-KZs illustriert. Diese Politik der

Separierung von Migrantenkindern musste am 20. Juni 2018 teilweise ausgesetzt werden, nachdem Trump sich mit großer Opposition konfrontiert sah. Bis zum nächsten Vorstoß.

Die faschistische Dynamik besteht aus einer Wechselwirkung zwischen einer genuinen Massenbewegung und reaktionären Funktionseliten aus Staat, Medien, Politik und Wirtschaft, die mit dem wachenden Erfolg dieser Bewegung diese zunehmend unterstützen - in ihrer reaktionären Avantgarde aus purer Überzeugung, später aus opportunistischem Kalkül (siehe Kapitel 5). Das Ganze dieser Bewegung läuft auf die Legitimierung und letztendlich Institutionalisierung des offenen Terrors als Mittel kapitalistischer Herrschaft in Krisenzeiten zu, was sich in Ansätzen schon abzeichnet: von dem Chemnitzer Pogrom, über Trumps Kinder-KZ, die sich bereits offen auch in Europa formierenden Nazi-Milizen oder das gezielte "Absaufenlassen" von Flüchtlingen im Mittelmeer, das Italiens Regierungsrechte und Dresdens Pegida-Faschisten propagieren.

Perspektivisch zeichnet dabei ein - globalisiertes - Outsourcing der Barbarei ab (Kapitel 9.1), bei dem die ökonomisch überflüssige Menschheit in den Zonen des manifesten gesellschaftlichen Zusammenbruchs, in den Failed States oder in Exklusionsregionen ohne klar umrissene Souveränität festgehalten werden soll. Das vom Staat betriebene Lager scheint ein Auslaufmodell zu sein, es

treten Regimes (Türkei), Rackets, Milizen und Banden in den Peripherieregionen an dessen Stelle, die als "Türsteher" agieren, einen regelrechten Menschenhandel samt der "Entsorgung" der ökonomisch Überflüssigen organisieren (Libyen). Die bewusste massenmörderische Tat des historischen Faschismus, sie weicht dem Bestreben, den Massenmord "geschehen" zu lassen, durch Passivität und die gezielte Ausformung entsprechender Grenzregimes (Mittelmeer als Massengrab) - im Optimalfall außerhalb der Zentren.

Doch auch in den Zentren wachsen die Zonen der Exklusion, während die schrumpfende Mittel- und Oberklasse sich mittels Gentrifizierung und "Gated Communities" abzukapseln sucht. Die Analoge der spätkapitalistischen Welt als eines "umgekehrten KZ", in der alles jenseits der schrumpfenden Regionen relativer Stabilität als eine gigantische Feuer-Frei-Zone betrachtet wird, scheint tatsächlich angebracht. Das Vernichtungspotenzial dieses Terrorsystems, das explizit "überflüssige" Menschen von den nördlichen Zentren fernhalten will, ist schwindelerregend. Sobald die Klimakrise voll einsetzt (Kapitel 9.2), ganze Weltregionen unbewohnbar werden, droht Hunderten von Millionen von Menschen schlicht der Tod. Das ahnen auch die rechtsextremen Klimaleugner. Dies ist somit die letzte Stufe der Barbarei, auf die die Neue Rechte halbbewusst zutreibt. Trumps Kinder-KZs sind

sozusagen nur der Anfang.

Der Faschismus als terroristische Krisenform kapitalistischer Herrschaft im 21. Jahrhundert kommt größtenteils ohne die faschistische Ästhetik des 20. Jahrhundert aus, ohne all den absurden Klamauk aus Uniformen, ohne die militärisch straff organisierten Hundertschaften, die im astreinen Stechschritt durchs Brandenburger Tor marschieren könnten. Selbst in Österreichs schwarz-brauner Regierungskoalition, wo bewusst mit Rhetorik und Ästhetik des historischen Faschismus experimentiert wird (Kapitel 8.6), dienen diese Vorstöße eher dem "Tabubruch" als der Etablierung entsprechender faschistischer Praxis. Tatsächlich scheint der militante Kern des Rechtsextremismus kaum noch in der Lage, im Gleichschritt zu marschieren. Nicht nur vom Äußeren her gleichen Deutschlands mit Tätowierungen zugepflasterte und mit Crystal-Meth vollgepumpte Nazi-Orks eher den Elendsmilizen in den Zusammenbruchsregionen des Weltmarktes, etwa den Maras Mittelamerikas.

Die konformistische Rebellion des historischen Faschismus in den 1930ern spiegelte auch den Charakter der damaligen Krise wieder, die eine Durchsetzungskrise des neuen fordistischen Akkumulationsregimes war. Die Dressur, der sich die SA oder SS unterwarf, spiegelte letztendlich nicht nur die damaligen militärischen Organisationsprinzipien, sondern vor allem die

Anforderungen der aufkommenden Produktionsweise des fordistischen Taylor-Systems, das in der Ära der Nachkriegskonjunktur die Lohnarbeiter genauso dressierte wie zuvor der Rottenführer seine SS-Sturmmänner. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges findet de facto keine Demobilisierung statt. Die massenhafte Produktion von Panzern geht in die Massenfertigung von Fahrzeugen über.

In der gegenwärtigen Krisenperiode zeichnet sich aber kein neues Akkumulationsregime ab, das massenhaft Lohnarbeit verwerten könne - und das der Faschismus in seiner terrorsicherer Entgrenzung antizipieren würde. Da ist nichts mehr, und dieses in soziale Desintegration Treibende spiegelt gerade der harte, militante Kern der Faschismus in seiner Ästhetik, seinem Verhalten und seinen auf die Bildung lokaler, lose vernetzter Banden abzielenden Strategien wieder. Mitunter wird selbst die Ideologie des expandierenden Nationalstaates aufgegeben, etwa bei den Bemühungen, sich als "Prepper" in Wehrdörfern zu verschanzen.

Das Fehlen einer binnenkapitalistischen Perspektive, eines neuen Akkumulationsregimes, erklärt auch die größte Wandlung des Faschismus im 21. Jahrhundert gegenüber seinem Vorläufer im 20. Jahrhundert: Der fanatische Expansionsdrang des Faschismus - als eine Extremform des kapitalistischen Imperialismus - ist in sein Gegenteil umgeschlagen, in einen paranoid anmutenden

Abschottungswahn, der die erodierenden Zentren des Weltsystems gegen die ökonomisch "überflüssige" Menschheit der Peripherie mittels terroristischer Maßnahmen - und perspektivisch, in Wechselwirkung mit der Klimakrise, mittels Genozid - absichern will. Es geht nicht mehr darum, Ostland für ein "Volk ohne Raum" zu erobern, sondern die Räume ohne Volk - etwa im sich entvölkernden Ostdeutschland - von den zunehmenden Migrationsbewegungen abzuschotten.

Die objektive Funktion faschistischer Bewegungen bleibt aber dieselbe: Mittels immer "härterer" Mittel, die in der Tendenz ins Barbarische, rundweg Terroristische abdriften, soll eine im Zerfall begriffene, spätkapitalistische Gesellschaftsordnung aus Markt und Nationalstaat aufrechterhalten werden. In den erodierenden Zentren des Weltsystems soll die Illusion der heilen kapitalistischen Arbeitsgesellschaft durch Terror gegenüber den ökonomisch überflüssigen Menschenmassen bewahrt werden, die aus der in Auflösung befindlichen Peripherie zu entkommen versuchen. Doch selbst in den Zentren entstehen immer größere Bevölkerungsschichten, die ökonomisch nicht mehr von einer Wirtschaftsmaschinerie "verwertet" werden können, deren irrationaler Selbstzweck uferloser Kapitalakkumulation immer effizienter organisiert wird. Schon immer war der Faschismus bemüht, schlicht alle ökonomisch "unverwertbaren"

Bevölkerungsschichten auszulöschen - und auch die AfD ist schon längst zur entsprechenden Agitation, etwa gegen Behinderte, übergegangen.

Es ist die öffentlich tabuisierte Krise des Kapitals, das an seine ökonomischen wie ökologischen Grenzen stößt (siehe Kapitel 2), die der Neuen Rechten Auftrieb verschafft. Das spätkapitalistische Weltsystem befindet sich in einer letalen ökonomischen wie ökologischen Krisis, während die abgetakelten und in Auflösung befindlichen neoliberalen Eliten aller Evidenz zum Trotz so tun, als ob es ewig so weitergehen könnte, wie bisher. Die langsam in die Gesellschaft einsickernde Ahnung der Schwere der Systemkrise, sie findet keine Widerspiegelung in der veröffentlichten Meinung, im kulturindustriell deformierten öffentlichen Diskurs, der sich in Reaktion auf die vergangenen Krisenschübe gerade jener Personifizierungen bei seiner Sündenbocksuche bediente, die von der Neuen Rechten aufgegriffen werden konnten (Kapitel 3).

Faschismus als Krisenideologie nimmt aber gerade die krisenhafte spätkapitalistische Realität - wenn auch verzerrt - wahr. Dies ist sein entscheidender Vorteil gegenüber dem stoischen "Wir schaffen das" einer Angela Merkel, der ihm den Massenanhang gerade der einer angstschwitzenden Mitte der Gesellschaft verschafft. Der Kulturpessimismus der Neuen Rechten, das braune Geraune vom abermaligen Untergang Deutschlands oder des Abendlandes, die

es durch das "Absaufenlassen" von Flüchtlingen gerettet werden müssten, sie sind Reaktionen auf die unverstandenen und infolge dessen in den Krisenopfern personifizierten Krisenschübe. Die aufsteigende Panik wird von der Rechten in rassistisch oder kulturalistisch verkleidenden Hass transformiert - ohne die systemischen Ursachen des Krisenprozesses in den Widersprüchen kapitalistischer Vergesellschaftung anzusprechen. Alle zivilisatorischen Mindeststandards werden von der Neuen Rechten als "Tabus" eingerissen; aber das eine entscheidende kapitalistische Tabu, das Tabu der Systemkritik, bleibt bestehen.

Der faschistische Extremismus der Mitte treibt die von der Kulturindustrie, etwa der Werbebranche, betriebene Entkernung der Begriffe, die zu bloßen Etiketten verkommen, ins Extrem: Wenn die Neue Rechte etwa vom System, vom "System Merkel" spricht, dann meint sie eine Verschwörung von "Deutschlandfeinden". Die auf Affekte und Irrationalität setzende Neue Rechte kann in dieser Hinsicht auf der Vorarbeit der Kulturindustrie aufbauen, die die Insassen des Spätkapitalismus einer umgekehrten Psychoanalyse aussetzt, bei der bewusste Reinfektion der gesellschaftlichen Zusammenhänge verdrängt und vom affekthaft-unbewussten Symbolismen ersetzt wird (Kapitel 3.1 - 3.4).

Der Vorfaschismus ist durch den Wachwechsel zwischen neoliberaler und neonationalistischer Ideologie gekennzeichnet:

Den anwachsenden Zwiespalt zwischen neoliberaler Ignoranz und faschistischem Untergangsgeraune in der Bevölkerung - auch gerade innerhalb der deutschen Funktionseliten - brachte die FAZ kurz nach Chemnitz zum Ausdruck. Nach den Ausschreitungen von Chemnitz befinde man sich in "einer anderen Republik", so die FAZ. Dem Bestreben nach (neoliberaler) "Perfektionierung" der Bundesrepublik stünden nun zunehmende (kulturpessimistische) "Untergangsängste" gegenüber.

Und gerade deswegen ist die Neue Rechte am Gewinnen. Der unverstandene, dumpf empfundene Krisenprozess wird nicht ignoriert, sondern ideologisch verzerrt in rassistischen oder kulturalistischen - und letztendlich antisemitischen - Hass transformiert. Der Wahn der Neuen Rechten, die irre Suche nach der "jüdischen Soros-Weltverschwörung" (Kapitel 6), er bringt zugleich einfache, praktische Lösungen mit sich, die jedes schlichte Gemüt - vom sächsischen Nazi-Ork bis zum Handelsblatt-Ökonom - nachvollziehen kann. Die einfachen Wahrheiten (Norbert Häring) der Neuen Rechten, sie gehen mit einfachen Lösungen einher: "Grenzen Dicht!", "Ausländer Raus!", "Hängt sie höher!", "Absaufen lassen!". Die Neue Rechte setzt sich somit durch, weil sie einen praktischen, barbarischen Ausweg anzubieten scheint, der gerade im Rahmen des bestehenden, krisengeschüttelten Gesellschaftssystems zu verbleiben vorgibt.

Die ideologischen Kontinuitätslinien (Kapitel 2.7) , die der aufkommende Neonationalismus gegenüber dem abgetakelten Neoliberalismus aufweist - vom rassistisch überhöhten Konkurrenzdenken bis zum Standortnationalismus - tragen ebenfalls entscheidend zum Erfolg dieser konformistischen Rebellion bei. Es findet kein ideologischer Bruch, kein Ausbruch aus dem kapitalistischen Gedankengefängnis statt; man bleibt im eingefahrenen ideologischen Gleis, das immer weiter - in Reaktion auf Krisenschübe - ins Extreme, Barbarische abdriftet. Der Neonationalismus als Erbe des Neoliberalismus weist dieselbe ideologische Funktion auf: Er legitimiert die Ablösung der krisenhaften Globalisierung durch die neue Ära des Protektionismus (Kapitel 2.2 - 2.4). Der drohende Zusammenbruch der Globalisierung und das Aufziehen einer Ära der autoritären, diktatorischen Krisenverwaltung wird von der Neuen Rechten als Akt der nationalen Befreiung imaginiert.

Auf den sozioökonomischen Krisenprozess zunehmender Widerspruchsentfaltung reagiert der Faschismus mit einem ideologischen Prozess des "Ins-Extrem-Treibens" der Mitte der spätkapitalistischen Ideologie. Das illusorische Ziel ist die Beibehaltung des Bestehenden oder die Rückkehr in idealisierte frühere Gesellschaftszustände - trotz Eurokrise, Flüchtlingskrise, Klimakrise. Es kündigt sich letztendlich ein Elitentausch an, der mit

einem drohenden abermaligen Krisenschub, mit dem Übergang in eine neue, ungleich härtere Krisenphase korrespondiert - gerade weil die offen reaktionären Kräfte im Staatsapparat den Terror und die Diktatur - angesichts der sich abzeichnenden Krisenschübe - zunehmend als eine reale Machtoption zu begreifen beginnen. Die Angst der verrohenden Massen trifft auf das Kalkül der verrohenden Funktionseliten.

Die Krisendynamik im Rücken agiert der Faschismus - entgegen seiner Rhetorik - gerade nicht rückwärtsgewandt, er ist, als politisches Subjekt, die Avantgarde der objektiv drohenden Barbarei. Er schreitet voran, auch als Option der terroristischen Krisenverwaltung für reaktionäre Kräfte im Staatsapparat. Wie einflussreich die Neue Rechte im deutschen Staatsapparat bereits geworden ist, konnte gerade bei den staats- und regierungsinternen Auseinandersetzungen um die pogromartigen Ausschreitungen in Chemnitz im Spätsommer 2018 begutachtet werden. Der damalige Verfassungsschutzpräsident Maaßen hat sich offen zur Verharmlosung der Ausschreitungen in der sächsischen Stadt hinreißen lassen, Bundesinnenminister Seehofer hat ihn dabei unterstützt. Der Machtkampf innerhalb des deutschen Konservatismus, der schon im Frühsommer die Regierungskoalition von Angela Merkel an den Rand des Zusammenbruchs führte, kulminierte schließlich mit der Entlassung

des rechten Verfassungsschutzpräsidenten durch Merkel - der prompt zum Staatssekretär im Innenministerium Seehofers ernannt wurde. Somit zeichnet sich bei diesen Auseinandersetzungen bereits eine schwarz-braune Front ab, die vom rechten Flügel der CDU über weite Teile der CSU bis zur AfD und der organisierten Naziszene reicht (Siehe auch Kapitel 3.5, 3.6).

Konkret geht es diesen Kräften darum, faschistischen Terror, das Pogrom als Teil der gesellschaftlichen Realität, zu "normalisieren". AfD-Führer Gauland gab gleich nach den Übergriffen in Chemnitz die Parole aus, dass es sich hierbei um eine "normale" Reaktion handele. In a Nutshell: Sobald irgendwo in Deutschland einer von Hunderttausenden von Flüchtlingen straffällig wird, erhebt die Neue Rechte den Anspruch, ein Pogrom zu veranstalten - anstatt die Polizei zu rufen. Dies ist ein gezielter, offensichtlicher Bruch bürgerlich-rechtstaatlicher Mindeststandards, ein Freifahrtschein für Hetze und Pogrom. Es ist die Logik des Terrors, die sich hier etabliert. Befördert gerade von den Kräften im Staatsapparat, die immer stärkere Einschränkungen der bürgerlich-demokratischen Freiheiten vermittels drakonischer Polizeigesetze forcieren.

Und genau dieser Linie der Beschwichtigung und Beschönigung, die offen faschistische Legitimationsmuster aufnimmt ("gezielte Falschinformationen", "Es gab keinen Mob"), folgten Deutschlands Innenminister und dessen oberster Verfassungsschützer im

Spätsommer 2018. Für die extremistische Rechte in Deutschland, die dadurch ermuntert wurde, war dies ein innerer Reichsparteitag - sie erhielt offene Flankendeckung vom Innenministerium und vom Verfassungsschutz. Faschistischer Straßenterror als Mittel der Politik stand im Deutschland des Jahres 2018 wieder zur Diskussion. Buchstäblich: es wurde darüber öffentlich diskutiert, was nun eine Hetzjagd auf Ausländer ausmache, da der Verfassungsschutzpräsident deren Stattfinden bei den Ausschreitungen in Chemnitz aller Evidenz zum Trotz abstritt.

Das für den deutschen Faschismus charakteristische Bündnis aus Mob und Elite ("Nationalsozialismus"), es zeichnete sich überdeutlich ab. Die "Faschisten im Land und ihre stillen Mitläufer" betrachteten den CSU-Chef längst als einen der ihren, kommentierte etwa die Süddeutsche Zeitung (SZ) dessen verehrende Stellungnahmen. Das "größte Sicherheitsrisiko" sei "rechts außen, leider auch in der Polizei" angesiedelt, so die SZ. Diese rechtsextremen Kräfte agierten "von Monat zu Monat selbstbewusster". Falls Seehofer das nicht wolle, so müsste er "er es endlich unter Beweis stellen".

Im Sommer 2018 war es wieder hilfreich, die "Westpresse" zu lesen, um Klarheit über die Vorgänge in der Bundesrepublik zu erhalten. Die Times of London titelte etwa nach Chemnitz, dass deutsche Polizisten verdächtigt werden, "mit Neo-Nazis zu kollaborieren",

während beim Guardian Stimmen laut wurden, die deutschen Politikern vorwarfen, die extremistische Rechte gezielt zu fördern.

Der rasante Aufstieg der braunen Staatsfraktion illustriert letztendlich die Schwäche der bürgerlichen Demokratie in der Bundesrepublik, die immer ein "Westimport" bleiben wird. Während Trump in den USA erst an die Macht kam, nachdem die Krise einen Großteil der amerikanischen Mittelklasse pauperisierte, erfuhr die Bundesrepublik bis 2018 eine lange Periode exportgetriebenen konjunkturellen Aufschwungs. Es ist die bloße Angst vor der Krise, personifiziert im Flüchtling, die durch die absurde Maßnahme der Grenzschließungen "ausgeschlossen" werden soll.

Selbst die institutionellen Mindeststandards bürgerlicher Demokratie - wie Rechtsstaatlichkeit - sind seit 2018 durch eine pogromgeile faschistische Bewegung in Gefahr, die gerade auch von weiten Teilen der angstschwitzenden "Mitte" der Gesellschaft getragen wird: von dem Rechtsflügel der CDU/CSU, die wie keine andere politische Formation die BRD geprägt hat, vom Springer-Konzern, vom Innenministerium, vom der Orwellschen Institution des "Verfassungsschutzes".

Zwischenfazit: Der braune Mob, der immer selbstbewusster agiert, tut dies gerade deswegen, weil er sich auf viele Schreibtischtäter

verlassen kann, die ihn bereits in ihr machtpolitisches postdemokratisches Kalkül einbauen. Die neuen Polizeistaatsgesetze, die in Gestalt von Landespolizeigesetzen in nahezu allen Bundesländern verabschiedet werden, sind Teil eben dieser autoritären Dynamik. Mitunter wurden 2018 diese als "rechtsstaatlicher Salto Mortale" (Netzpolitik) titulierten Polizeistaatsgesetze direkt von der oppositionellen AfD unterstützt. Auch nach der Entlassung des Verfassungsschutzpräsidenten bleibt somit die Lage dramatischer, als es den Anschein hat, da die große reaktionäre Wende in ein offen autoritäres Regime keine großen Wahlsiege der AfD braucht. Es reicht, wenn die CDU/CSU umkippt, indem sich dort diejenigen Kräfte durchsetzen, die schon derzeit die schwarz-braune Allianz aus Mob und Elite, aus Polizeistaat und Pogrom-Mob, forcieren.

Und diese Gefahr ist angesichts des Krisenprozesses bei weitem nicht gebannt: Die Demokratie in der Bundesrepublik wird den nächsten Krisenschub, die nächste Wirtschafts- oder Finanzkrise nicht überstehen, sollte diese braune Dynamik nicht vorher gebrochen werden. Sobald die Exporte einbrechen, der neoliberale Freihandel global durch Protektionismus abgelöst wird, wird sich auch die deutsche Unternehmerschaft, die sich derzeit bedeckt hält, für deutsche Alternativen offen zeigen.

Ein Großteil der "liberalen" Opposition gegen die Neue Rechte

operiert mit wirtschaftlichen Argumenten, die die gute Konjunkturlage des Exportweltmeisters voraussetzen, etwa, dass Flüchtlinge gebraucht würden als billige Arbeitskräfte. Sobald diese Voraussetzung im Gefolge des nächsten Krisenschubs - etwa, wenn global zunehmender Protektionismus die deutsche Konjunktur abwürgt - nicht mehr gegeben ist, wird diese ganze liberale Opposition gegen die Neue Rechte zusammenbrechen wie ein Kartenhaus. Die Neue Rechte ist auch in dieser Hinsicht Avantgarde der Barbarei: Sie muss nur auf die nächste Krise warten, bis die Parolen "Ausländer Raus!" und "Grenzen dicht!" auch in der perversen binnenkapitalistischen Krisenlogik voll aufgehen.

Diese braune Dynamik, die beständig an Kraft gewinnt, muss somit gebrochen werden, ehe sie zur Lawine wird, ehe sie sich in Wechselwirkung mit abermaligen Krisenschüben gänzlich verselbstständigt. Diskussionswürdig wäre beispielsweise eine Neuformulierung der Volksfront-Strategien, wie sie - beispielsweise in Frankreich als "Front populaire" - in den 1930er Jahren den faschistischen Ansturm mitunter aufhalten konnten: ein breites antifaschistisches Bündnis aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte, getragen von dem zivilisatorischen Mindeststandard, die Kräfte der Barbarei zu bekämpfen und gesellschaftlich zu marginalisieren. Nicht nur auf der Linken, auch in den Gewerkschaften, in den Kirchen, selbst in der CDU und sogar

dem Staats- und Polizeiapparat gibt es Kräfte, die - auch angesichts der historischen Erfahrungen - sich dem abermaligen Fall in die Barbarei widersetzen würden.

Diese Strategie könnte an die breite antifaschistische Bündnisarbeit der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts anknüpfen, als Mobilisierungen gegen die damalige braune Welle von der Antifa, über Linksparteien, den DGB, kirchliche Gruppen bis zu bürgerlichen Milieus reichten. Ein solch breites, entschlossen auf Bekämpfung und Marginalisierung der AfD samt faschistischer Tendenzen abzielendes Bündnis könnte die braune Dynamik immer noch brechen - auch, indem es den Opportunismus zu einem schlechten Geschäft machen würde, von dem der Faschismus in Krisenzeiten letztendlich zehrt. Die Rolle linker, fortschrittlicher Kräfte innerhalb einer solchen antifaschistischen Bündnisbewegung würde zudem darin bestehen, die Ursache des Aufstiegs der Neuen Rechten klar zu benennen: den systemischen Krisenprozess, der eine Systemtransformation unabdingbar macht. Hierbei würde der obige Ausspruch Horkheimers voll zur Geltung kommen müssen.

Widerstand heißt dabei tatsächlich Widerstand, bei voller Ausnutzung der gegebenen politischen und rechtlichen Möglichkeiten - solange sie noch gegeben sind! Die Faschisten müssen mit Gegenmacht konfrontiert werden, da es sich bei ihnen um autoritäre Charaktere handelt, wie schon Adorno in Bezug auf

Antisemiten konstatierte. Gegen diese müssten "die wirklich zur Verfügung stehenden Machtmittel ohne Sentimentalität angewandt werden müssen, gar nicht aus Strafbedürfnis oder um sich an diesen Menschen zu rächen, sondern um ihnen zu zeigen, dass das einzige, was ihnen imponiert, nämlich wirkliche gesellschaftliche Autorität einstweilen doch noch gegen sie steht".

Dies gilt für die antifaschistische Bündnisdemo, bei der die verschiedenen Formen des Widerstands und Protests zuvor abgesprochen würden, wie für die politische Ebene, wo eine konsequente Marginalisierung der AfD notwendig ist. Der Ausschluss des Faschismus aus der öffentlichen Debatte muss genauso politisch durchgesetzt werden, wie dessen konsequente Strafverfolgung durch einen braun anlaufenden Staatsapparat, der offensichtlich wieder der Entnazifizierung bedarf. Faschismus muss wieder - wie in den Nachkriegsjahrzehnten - als ein Verbrechen gelten, nicht als eine bloße "Meinung" unter vielen.

Im Rahmen einer solchen gezielt forcierten Polarisierung würde Faschismus schlicht zu einem "schlechten Geschäft" werden. Um auf die eingangs aufgeworfene Frage zurückzukommen: In vielen politischen Milieus und Bevölkerungsschichten herrschen opportunistische Verhaltensweisen gegenüber der im Aufstieg befindlichen Neuen Rechten vor. Viele Opportunisten versuchen, auf diesen Zug einfach aufzuspringen, um gemeinsam mit der

Bewegung aufzusteigen, indem die entsprechenden Ressentiments verbreitet werden. Die braunen Ressentiments bringen Umsatz, Zugriffe, Traffic, politische Dividende, Aufmerksamkeit. Seit der Sarrazin-Debatte hat sich dieses opportunistische Verhalten der Überläufer zur Neuen Rechten zu einem Ritual verstetigt. Die Absonderung von Ressentiments wird als mutiger Tabubruch verkauft, um sich - bei einsetzender zahnloser Kritik - in die Pose der verfolgten Unschuld zu werfen.

Sollte eine stabile antifaschistische Front errichtet werden können, die faschistische Umtriebe konsequent marginalisiert, würden solche zivilisatorischen Grenzüberschreitungen nicht mehr mit einer finanziellen oder politischen Dividende einhergehen, sondern mit handfesten Nachteilen. Es wäre ein "Verlustgeschäft", das die Neue Rechte ihres breiten opportunistischen Umfelds berauben würde. Dies gilt auch für den politischen Opportunismus innerhalb der Linken und insbesondere Linkspartei, der sich in den breiten Querfrontbestrebungen manifestiert (Kapitel 4). Die gesellschaftliche Polarisierung gegen den Faschismus würde auch die populistischen und national gesinnten Kräfte innerhalb der "Linkspartei" nötigen, Stellung zu beziehen und ihre unklare Position zur Neuen Rechten aufzugeben. Die Führungsfiguren der Querfront, die derzeit die Rest-Linken in der "Linkspartei" unter Druck setzen, müssten sich entscheiden: Entweder Übertritt ins

antifaschistische Lager unter Verlust eines großen Teils ihres rot-braunen Internetschwarms oder offene Kollaboration mit der Neuen Rechten. Die Fronten wären somit auch hier endlich geklärt.

Die Aufgabe progressiver Kräfte innerhalb einer solchen antifaschistischen Front bestünde in der klaren Darlegung der Ursachen des Aufstiegs der Neuen Rechten: des Krisenprozesses, der sich schubweise durch das spätkapitalistische Weltsystem frisst. Ohne eine radikale und offene Thematisierung der eskalierenden inneren Widersprüche des Kapitals, die den Zivilisationsprozess an den Rand des Zusammenbruchs treiben, ist ein erfolgreicher Kampf gegen die faschistische Krisenideologie nicht möglich. Der Faschismus bezieht seine Dynamik aus der unbewussten und irrationalen Verarbeitung der zunehmenden Krisenkonkurrenz und der aufsteigenden Krisenängste, die mit jedem Krisenschub zunehmen. *Erst wenn die Krise in ihrem vollen Umfang wahrgenommen und offen diskutiert wird, erst wenn bewusst in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs nach gesellschaftlichen Alternativen zur kapitalistischen Dauerkrise gesucht wird, kann die affektgeladene und irrationale Krisenideologie des Faschismus dauerhaft zurückgedrängt werden*.

Auch hier heißt radikal sein, das Problem an der Wurzel zu fassen. Die Antwort auf die Krise muss der Tiefe des Krisenprozesses entsprechen und kann folglich - da die inneren, zur historischen

Reife gelangenden Widersprüche des Kapitals die Krise eskalieren lassen - nur auf eine grundlegende Systemtransformation hinauslaufen, die eben das Kapitalverhältnis in seiner irrationalen Funktion als fetischistische gesellschaftliche Totalität in Geschichte überführt. Die auf gesamtgesellschaftlicher, auf globaler Ebene sich entfaltende Eigendynamik des Kapitals muss überwunden werden - es ist schlicht eine zivilisatorische Überlebensfrage. Die tautologische Bewegung, aus Geld mehr Geld zu machen, verbrennt die reale Welt zwecks Akkumulation immer größerer Quanta abstrakten Reichtums (Kapitel 2.8), sie zerstört die sozialen Strukturen der spätkapitalistischen Gesellschaften mit ihrem entgrenzten Konkurrenzwahn (Kapitel 2.1), der die Brutstätte faschistischer Krisenideologien bildet.

Die Thematisierung der Notwendigkeit der Systemtransformation ergibt sich vor allem aus der fetischistischen Eigenbewegung des Kapitals. Konkret: Der nächste Krisenschub wird kommen, obwohl es niemand will. In der Bevölkerung herrschen eher konservative oder reaktionäre Stimmungen vor, die der Neuen Rechten Auftrieb verschaffen. Niemand will eine Transformation, alle wollen, dass es so bleibt, wie es ist. Der aufschäumende neonationale Identitätswahn ist gerade eine Folge dieser Beharrungstendenzen im Angesicht der Krise. Mit der Überidentifikation mit dem, was man im Zuge der Sozialisierung geworden ist, geht ein

krampfhaftes Festhalten an den sozialen Strukturen einher, die eben diese Identität hervorgebracht haben. Dieser Identitätswahn bringt nicht nur ein Aufschäumen nationaler und separatistischer Identitätsproduktion hervor, sondern auch viele Szene-Identitäten, wie die Identifizierung mit einer Stadt ("Be Berlin"), einem Stadtteil, seinem Szene-Ghetto, etc.

Trotz dieses anschwellenden identitären Bewahrungswillens geht die bestehende spätkapitalistische Weltsystem in offene Auflösung über, angetrieben von den eskalierenden inneren Widersprüchen der fetischistischen Verwertungsbewegung des Kapitals. Deswegen ist die Krisen- und Transformationsdebatte unabhängig von der vorherrschenden "Stimmung" in der Bevölkerung zu führen, gerade in breiten politischen Bewegungen und Bündnissen - da die Systemtransformation über die angst-schwitzenden spätkapitalistischen Gesellschaften ablaufen wird. Ob deren Insassen es wollen oder nicht.

Die letzte politische Frontstellung angesichts der kommenden Umbrüche besteht somit darin, ob der anstehende Transformationsprozess hinreichend gesellschaftlich reflektiert werden kann, um diesen dann bewusst zu gestalten, oder ob er in seiner ins Barbarische tendierenden Eigendynamik über eine unbewusst reagierende Gesellschaft einem Naturphänomen gleich abläuft. Der Faschismus geht voll auf in der irrationalen,

unbewussten ideologischen Legitimierung der Systemkrise, die durch antisemitischen Verschwörungswahn, Kulturalismus oder Rassismus mit einem irren Binnensinn aufgeladen wird. Das faschistische Hineintaumeln in die Barbarei vollzieht sich somit im Rahmen eines absurden Fetisch-Kultes, bei dem die sozioökonomischen Verwerfungen, die die amoklaufende Verwertungsdynamik zeitigt, zum Ausdruck rassischer oder biologistischer Konstanten der Krisenopfer ("Faule Südländer", etc.), oder der Machenschaften einer allmächtigen "jüdischen Verschwörung" imaginiert werden.

Demgegenüber können progressive politische Kräfte ihrem Begriff nur noch im Kampf um die bewusste Systemtransformation treu bleiben. Fortschritt ist nur noch jenseits des Kapitals möglich. Die Ursachen der Krise werden klar benannt, die Notwendigkeit der bewussten Überwindung des Spätkapitalismus bildet die Maxime der transformatorischen progressiven Praxis. Ein erfolgreicher Kampf gegen den Faschismus ist schlicht nicht möglich, solange die Krise des Kapitals ignoriert wird. Der Abwehrkampf gegen die faschistische Bedrohung müsste folglich mit offensiven Bestrebungen zur bewussten Gestaltung des sich unerbittlich entfaltenden Transformationsprozesses gekoppelt werden.

Zentral müsste im ersten Schritt das Bemühen sein, offene Diskursräume zu erkämpfen. Der Weg wird zum Ziel: Die

Selbstorganisation der Menschen in den entsprechenden Oppositionsbewegungen müsste somit bereits von dem Bestreben getragen sein, Momente einer postkapitalistischen Vergesellschaftung auszubilden. Somit scheint in der bewussten Verständigung über Strategien, Organisationsfragen und Protestformen bereits der angestrebte postkapitalistische Verständigungsprozess über die gesamtgesellschaftliche Reproduktion auf. Der offene Diskussionsprozess, die Organisation und Koordination des transformatorischen Widerstandes, sie könnten als Vorform der bewussten Selbstverständigung der Weltgesellschaft bezüglich ihrer Reproduktion fungieren.

Es geht somit letztendlich darum, in Prozessen, in Entwicklungen zu denken, rechtzeitig qualitative Kipppunkte zu identifizieren, die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen als im Zerfall begriffen wahrzunehmen, und in Antizipation der gewaltigen künftigen Erschütterungen die besten gesellschaftlichen Voraussetzungen, die optimale Ausgangslage für die emanzipatorische Transformation zu schaffen, was ja nur in Kooperation mit nennenswerten gesellschaftlichen Kräften geschehen kann. Dabei ist ja ein gewisses, allgemeines Krisenbewusstsein durchaus gesellschaftlich verbreitet, das gerade in solchen Bündnissen geschärft werden könnte. Vielleicht müssten progressive Kräfte den Fokus nicht mehr so sehr auf die Verbreitung des Bewusstseins der

Krise legen, als dahingehend argumentieren, dass der Abstieg in die Barbarei nicht zwangsläufig ist, dass das Ruder des gesamtgesellschaftlichen Kurses noch herumgerissen werden kann.

Fazit: Der Kampf gegen den Faschismus ist ein zentraler Faktor bei der Systemtransformation. Es geht hierbei schlicht darum, ob dieser ergebnisoffene Prozess in die Barbarei mündet, oder ob der Zivilisationsprozess weiter in einer postkapitalistischen Gesellschaftsformation aufrechterhalten werden kann.

Epilog: So nah und doch so fern

So nah und doch so fern. Der gegenwärtige weltgeschichtliche Moment erinnert an die Verzweiflung vieler pauperisierter Menschen, die sich - oftmals wieder mit knurrendem Magen - in Innenstädten voll ausstaffierte Schaufensterauslagen anschauen können. Die Bedürfnisbefriedigung ist zum Greifen nah, sie ist ja nur durch eine dünne Glaswand versperrt - und sie scheint dennoch unerreichbar. Dieses massenhafte Elend vieler ökonomisch überflüssiger Menschen spiegelt die globale, systemische Widerspruchsentfaltung im Spätkapitalismus. Die Mittel, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, sind längst gegeben, doch zugleich scheint dieser Zustand angesichts eskalierender ökonomischer und ökologischer Verwerfungen unerreichbar.

Nicht nur die industriellen Produktivkräfte sind längst hinreichend ausgebildet, um die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen (dies eigentlich schon seit dem Fordismus), auch die Informationstechnologie hat inzwischen ein Niveau erreicht, das die bewusste Planung und/oder Koordination einer globalen postkapitalistischen Wirtschaft ermöglichen würde, wie es selbst die "Financial Times" bemerkte ("The Big Data revolution can revive the planned economy").

Ein zentraler Nachteil der autoritären osteuropäischen Planwirtschaften, die Unfähigkeit adäquater Datenerfassung und -verarbeitung, ist nicht mehr gegeben, da das globale Netz vermittels der Milliarden angeschlossener Geräte regelrechte "Datenozeane" über die Aktivitäten der User produziert, die schon jetzt von "Big Data" dank nahezu unerschöpflicher Rechenkapazitäten und Systeme Künstlicher Intelligenz (KI) ausgewertet werden. Eine postkapitalistische Echtzeitökonomie, in der anonymisierte Daten den bewussten, weitgehend automatisierten Aufbau und die Koordination ganzer Produktionsketten (von der Ressourcengewinnung bis zur Konsumtion) erledigen können, ist längst möglich.

Dabei sind es die immer weiter perfektionierten Produktionsmittel, die innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als zentrale Krisenbeschleuniger fungieren. Gerade weil immer mehr Waren in immer kürzerer Zeit von immer weniger Arbeitskräften produziert werden können, befindet sich das globale System der Wertverwertung in einer strukturellen Überproduktionskrise. Somit ist die objektive Absurdität der Krise evident: Das Kapitalverhältnis erstickt an der Warenfülle, die es nicht mehr ohne schuldenfinanzierte Nachfrage verwerten kann. Die Produktivkräfte sprengen die Fesseln der Produktionsverhältnisse, wie es schon Marx prognostizierte, ohne dass sich ein Weg in den

Kommunismus abzeichnen würde. Technologischer Fortschritt wandelt sich somit innerhalb der Sphäre der kapitalistischen Ökonomie zu einer Geißel der Menschheit, die zunehmend ökonomisch überflüssig wird. Die aktuelle bürgerliche Debatte um KI, Automatisierung und Robotik, bei der die Krise der Arbeitsgesellschaft endlich diskutiert wird (wohl deswegen, weil sie nun auch Mittelschichtenjobs bedroht), greift nur einen bereits voll sich entfaltenden Krisenprozess auf, der in weiten Teilen der Peripherie des Weltsystems längst eine ökonomisch überflüssige Menschheit geschaffen hat.

Zumeist wird in der Debatte die Technik als solche problematisiert, ohne zu reflektieren, dass deren "Verselbstständigung" nur Widerschein der fetischistischen Eigendynamik der Wertverwertung ist. Es war der Nobelpreisträger Stephen Hawking, der die in der bürgerlichen Presse umhergeisternden Gruselbilder von verselbstständigten Robotern und KI-Systemen, die den Menschen zu einem evolutionären Auslaufmodell machen, mit einer lapidaren Bemerkung zurechtrückte: "Wenn Maschinen alles produzieren, was wir brauchen, dann wird das Ergebnis davon abhängen, wie die Dinge verteilt werden", erklärte Hawking während einer Diskussion auf der Internetseite Reddit. "Jeder kann ein Leben luxuriösen Müßiggangs führen, wenn der durch Maschinen produzierte Reichtum geteilt wird, oder die meisten Menschen werden im Elend

enden, wenn die Maschinenbesitzer erfolgreich gegen die Verteilung von Reichtum opponieren." Genosse Hawking war hier weiter als ein Großteil der bürgerlichen Diskursteilnehmer von der "FAZ" über die "Zeit", bis zum "New Yorker".

Die "Verteilung" des materiellen Reichtums ist aber innerhalb des kollabierenden spätkapitalistischen Systems nicht mehr möglich, dessen irrationaler Selbstzweck ja die uferlose Akkumulation verwerteter, abstrakter Arbeit ist - die gerade dank Automatisierung und KI aus der Warenproduktion verdrängt wird! Deswegen kann das Einfache, das schwer zu machen ist, nur jenseits des Kapitals realisiert werden. Eine postkapitalistische Gesellschaftsformation kann aber zuerst nur negativ definiert werden, als das, was sie nicht sein wird - auch wenn es tautologisch klingen mag: Es wird eine Gesellschaft jenseits des Kapitalverhältnisses sein, das derzeit alle Sphären der menschlichen Existenz seiner blinden Wachstumsdynamik unterworfen hat.

Die postkapitalistische Produktion ist nicht mehr notwendiges Durchgangsstadium für den irrationalen, sich gesamtgesellschaftlich verselbstständigenden Selbstzweck, mittels der Ausbeutung von Lohnarbeit aus Geld mehr Geld zu machen (G-W-G'), sondern sie ist ihr eigener rationaler Zweck. Es geht nicht mehr um die Schaffung von Marktnachfrage (die gibt es

beispielsweise in den Hungergebieten der Peripherie derzeit nicht), sondern um die direkte Befriedigung von Bedürfnissen, die im kommenden Hightech-Kommunismus global geplant und koordiniert werden kann. Die Produktivkräfte würden von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise befreit: Automatisierung und Innovationen sind nicht mehr Fluch, da sie "Arbeitsplätze" kosten, sondern Segen, da sie den Gesellschaftsmitgliedern mehr freie Zeit verschaffen. Zudem würden die Gebrauchswerte ebenfalls transformiert: Gebrauchsgegenstände würden nicht mehr als Waren für den baldigen Verschleiß produziert.

Die freie Zeit kann dazu genutzt werden, die kommunistische Gesellschaft bewusst zu gestalten. Im Kommunismus gibt es zwar kaum noch Arbeit, aber es gibt viel zu tun für alle, die es wollen: Der entscheidende Kipp-Punkt der kommenden Systemtransformation, an dem die "Vorgeschichte der Menschheit" abgeschlossen würde, ist die Überwindung des gesellschaftlichen Fetischismus, bei dem die Gesellschaftsmitglieder als Marktsubjekte unbewusst eine Dynamik uferloser Kapitalakkumulation hervorbringen, die ihnen in all ihren Aggregatzuständen (Ware, Geld, Lohnarbeit) marktvermittelt als eine fremde, überwältigende und quasi naturwüchsige Macht entgegentritt. Im Hightech-Kommunismus wird der Mensch Herr

seines gesellschaftlichen (Re)Produktionsprozesses, er ist nicht mehr unbewusst hervorgebrachten sozialen Dynamiken ausgesetzt, er plant stattdessen bewusst, was, wo und wie produziert, distribuiert und konsumiert wird.

Die zentrale Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist die nach der konkreten Organisationsform dieses bewussten gesellschaftlichen Reproduktionsanreizes. Der oben erwähnte Artikel der "Financial Times" referiert vor allem Ideen chinesischer Sozialwissenschaftler, die eine zentrale staatliche Planung favorisieren. Langfristig effizienter scheint hingegen ein netzwerkfähiger, offener Ansatz, der - angereichert mit zentralen Strukturen - einen breiten, öffentlichen Verständigungsprozess erlauben würde über Form und Inhalt bewusster gesellschaftlicher Reproduktion. Auch hierfür sind ja die technologischen Grundlagen in Form der berüchtigten Sozialen Netzwerke bereits gelegt worden, die derzeit vor allem als Habitat rechtsextremer Hassschwärme missbraucht werden.

Innerhalb eines globalen postkapitalistischen Diskurses, der sich der bereits gelegten IT-Infrastruktur bediente, würden die Grundzüge der gesellschaftlichen Reproduktion ausgestaltet. Die Verhandlungen darüber, was produziert wird, welche Bedürfnisse wo und wie befriedigt werden, werden vor allem in der Konsolidierungsphase des Hightech-Kommunismus spannungs-

und konfliktgeladen sein (Porsche für alle?). Doch würde das Ergebnis dieser demokratischen Auseinandersetzungen mehr Legitimität haben als die einsamen Entscheidungen einer staatlichen Planungsbehörde.

Demokratie käme hier zu sich selbst: Es wird nicht mehr darüber abgestimmt, wer die absurden Sachzwänge exekutiert, die aus den zunehmenden inneren und äußeren Widersprüchen der fetischistischen Kapitaldynamik resultieren. Hier rücken nun Fragen der bewussten Ausgestaltung der Zukunft ins Zentrum des Diskurses: vom Weltraumkommunismus bis zu der Bewältigung der zerstörerischen Folgen der Ära des Kapitals.

Wahrscheinlich scheinen somit netzwerkartige und egalitäre Strukturen regionaler oder lokaler Planung, die nur dann globale zentralistische Planungsstrukturen ausbilden würden, wo sie auch notwendig wären: bei der Allokation knapper Ressourcen, bei der Bekämpfung weltweiter Probleme (Klimakrise), bei globalen Projekten (Weltraumkommunismus!). Zudem ermöglicht ein diskursiver, auch konfliktträchtiger sozialer Prozess der bewussten Ausgestaltung der gesellschaftlichen Reproduktion auch die schnelle Ausnutzung technologischer Innovationen und wissenschaftlicher Fortschritte, die in staatlichen Planungsstäben naturgemäß eher als Störfaktoren bei der Planfestsetzung angesehen werden.

Dies soll keineswegs bedeuten, dass sich die Menschheit selbst in diesem Best-Case-Szenario der anstehenden Systemtransformation auf dem Weg ins kommunistische Utopia in einem von rosa Einhörnern bevölkerten Regenbogenland befände. Die überwundenen innergesellschaftlichen Widersprüche wandeln sich zu einem Widerspruch zwischen Mensch und Natur, der sich auch in dem bewussten gesellschaftlichen (Re)Produktionsprozess niederschlagen wird. Der globale Kampf gegen die nicht mehr vermeidbaren, mitunter katastrophensicheren Folgen des kapitalgemachten Klimawandels wäre wohl die zentrale, prägende Herausforderung einer postkapitalistischen Gesellschaft.

Impressum

Tomasz Konicz

Faschismus im 21. Jahrhundert

Skizzen der drohenden Barbarei

Herausgeber der Reihe: Florian Rötzer

Umschlaggestaltung & Herstellung: Michael Schuberthan

ISBN 978-3-95788-174-8 (V3)

Copyright © 2018 Heise Medien GmbH & Co. KG, Hannover

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.
Die Verwendung der Texte und Abbildungen, auch auszugsweise, ist ohne die schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und daher strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.
Alle Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt kontrolliert. Weder Herausgeber, Autor noch Verlag können jedoch für Schäden haftbar gemacht werden, die in Zusammenhang mit der Verwendung dieses Buches stehen.

Heise Medien GmbH & Co. KG
Karl-Wiechert-Allee 10
30625 Hannover

Weitere Telepolis-eBooks

Hg.: Tomasz Konicz, Florian Rötzer

Der halbe Hegemon



Hg.: Florian Rötzer

DER HALBE HEGEMON

DIE RÜCKKEHR DER "DEUTSCHEN FRAGE"
UND DIE LAGE DER EU

TELEPOLIS

Die Rückkehr der "deutschen Frage" und die Lage der

E

U

m

eh

r

▶

H

g.:

To

m

as

z

Ko

ni

cz,

Fl

or

ia

n

Rö

tz

er

Au

fb

ru

ch

in



Hg.: Tomasz Konicz, Florian Rötzer

AUFBRUCH INS UNGEWISSE

AUF DER SUCHE NACH ALTERNATIVEN ZUR KAPITALISTISCHEN DAUERKRISE

TELEPOLIS

s
U
ng
e
wi
ss
e
Au
f
de
r
Su
ch
e
na
ch
Alt
er
na
tiv
en
zu
r
ka

pit
ali
sti
sc
he
n
D
au
er
kri
se

m
eh
r

▶

To
m
as
z
Ko
ni
cz
Kr
is



Thomasz Konicz

KRISENIDEOLOGIE

WAHN UND WIRKLICHKEIT SPÄTKAPITALISTISCHER KRISENVERARBEITUNG

TELEPOLIS

enideologie Wahn und Wirklichkeit spätkapitalistische

r Kr is en ve ra rb eit un g **m eh r ▶**

To m as z Ko ni cz Po liti k



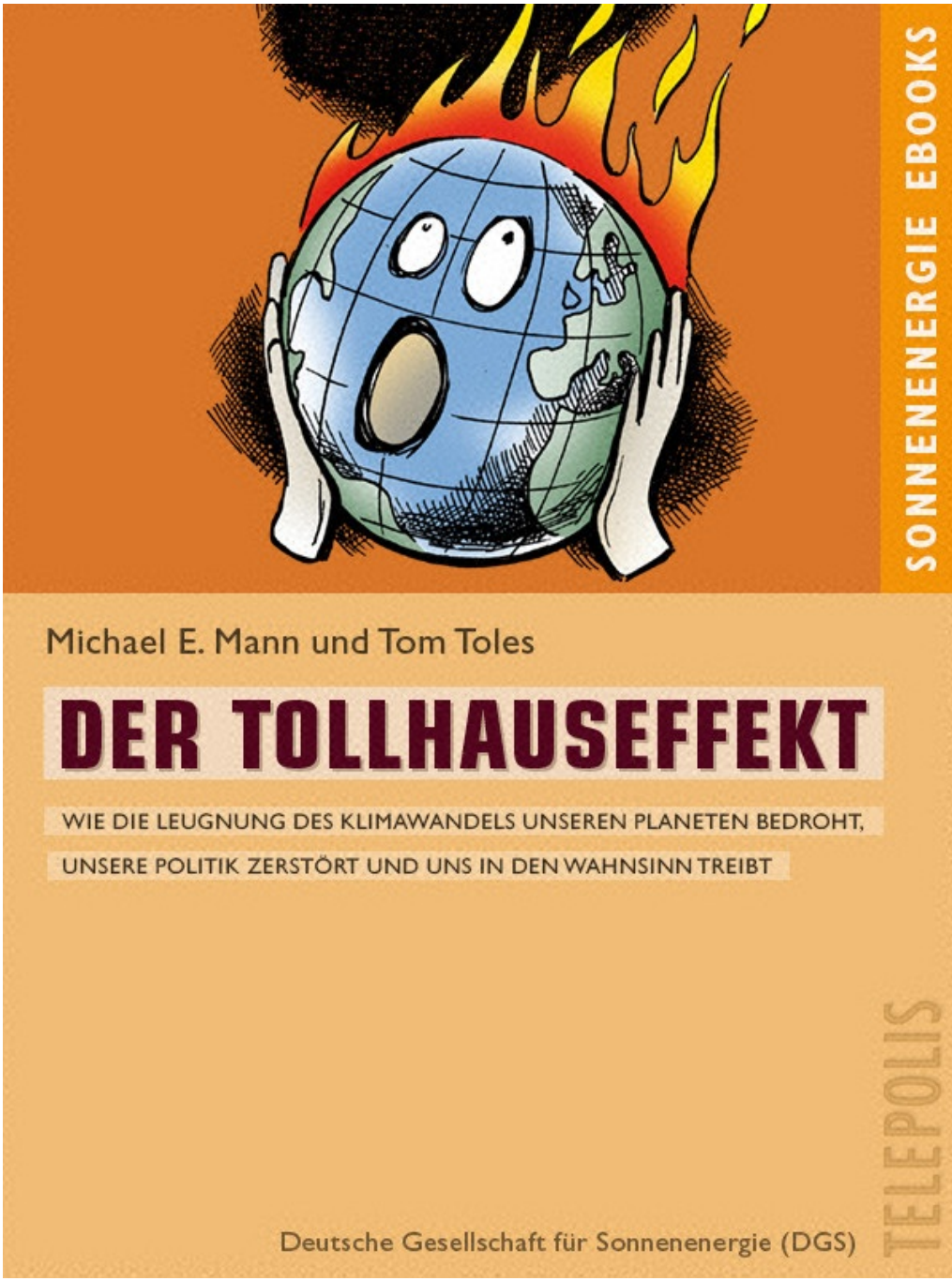
in der Krisenfalle Kapitalismus am Scheideweg **mehr**

r

Michael E. Mann und Tom Toles

Der Tollhauseffekt

Wi



e di e Le ug nu ng de s Kli m a w an de ls un se re n Pl an et en

bedroht, unsere Politik zerstört und uns in den Wahns

in
n
tr
ei
bt
m
eh
r
▶

Th
o
m
as
M
os
er
N
S
U:
Di
e
do
pp
elt



e Vertuschung Schauplätze und Schlüsselfälle, offene

Fragen, Widerspruchliches und Grundsätzliches **mehr**